

## Die demografische Lage der Nation: was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet

Kröhnert, Steffen; Klingholz, Reiner; Sievers, Florian; Großer, Thilo; Friemel, Kerstin

Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kröhnert, S., Klingholz, R., Sievers, F., Großer, T., & Friemel, K. (2011). *Die demografische Lage der Nation: was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet*. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-323554>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Die demografische Lage der Nation

Was freiwilliges **e**ngagement für die Regionen leistet



Kinder, aber gut betreut +++ Teenagermütter in Krisenregionen +++ Berlin auf Aufholkurs +++ Was leistet die Zivilgesellschaft? +++ Baden-Württemberg  
+++ Ehrenamt auf der Suche nach neuen Aufgaben +++ Drohende Altersarmut +++ Mittelmaß in Niedersachsen +++ Mecklenburg-Vorpommern: Vorzeig

## Mit Ihrer Spende oder Zustiftung unterstützen Sie die unabhängige Arbeit des Berlin-Instituts

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen globaler demografischer Veränderungen und der Entwicklungspolitik beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten.

Das Berlin-Institut erstellt Studien, Diskussions- und Hintergrundpapiere, bereitet wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf und betreibt ein Online-Handbuch zum Thema Bevölkerung.

Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Online-Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter **[www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org)**.

Das Berlin-Institut finanziert sich über Projektzuwendungen, Spenden und Forschungsaufträge. Das Institut ist als gemeinnützig anerkannt und erhält keinerlei öffentliche Grundförderung. Spenden und Zustiftungen an das Berlin-Institut sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung:  
Bankhaus Hallbaum  
BLZ 250 601 80  
Konto 20 28 64 07

Bei Überweisungen bitte unbedingt Name und Adresse angeben, damit eine Spendenquittung gestellt werden kann.

Kontakt:  
**Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung**  
Schillerstraße 59  
10627 Berlin  
Telefon 030 22324845  
Telefax 030 22324846  
E-Mail: [info@berlin-institut.org](mailto:info@berlin-institut.org)

# Die demografische Lage der Nation

Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet

## Impressum

Herausgeber:

**Berlin-Institut** für Bevölkerung und Entwicklung

Schillerstraße 59

10627 Berlin

Telefon: (030) 22 32 48 45

Telefax: (030) 22 32 48 46

E-Mail: [info@berlin-institut.org](mailto:info@berlin-institut.org)

[www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org)

Erste Auflage

März 2011

Autoren:

Steffen Kröhnert, Reiner Klingholz, Florian Sievers, Thilo Großer, Kerstin Friemel

Feldforschung:

Steffen Kröhnert, Michael Wehrstedt

Datenbank und Dokumentation:

Iris Hoßmann

Lektorat:

Margret Karsch, Tanja Kiziak

Organisation:

Christian Kutzner

Gestaltung:

Jörg Scholz, Köln ([www.traktorimnetz.de](http://www.traktorimnetz.de))

Druck:

Gebrüder Kopp GmbH & Co. KG, Köln

Der überwiegende Teil der thematischen Landkarten wurde auf Grundlage des Programms EasyMap der Lutum+Tappert DV-Beratung GmbH, Bonn, erstellt.

Das Berlin-Institut dankt dem Generali Zukunftsfonds für die Unterstützung bei der Erstellung dieser Studie.

Der Generali Zukunftsfonds initiiert und unterstützt Projekte mit dem Schwerpunkt „Förderung des Engagements von und für die Generation 55plus“. Darüber hinaus ist der Zukunftsfonds als Change-Manager, Vernetzer und Anstifter im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements tätig.

ISBN 978-3-9812473-5-0

# INHALT

VORWORT – AUF DER SUCHE NACH DEM WOHLERGEHEN IN SCHRUMPFLAND.....	4
GESAMTBEWERTUNG .....	6
DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE.....	14
SCHLESWIG-HOLSTEIN UND HAMBURG .....	34
NIEDERSACHSEN UND BREMEN.....	40
MECKLENBURG-VORPOMMERN .....	46
BRANDENBURG UND BERLIN.....	50
SACHSEN.....	56
THÜRINGEN .....	60
SACHSEN-ANHALT .....	64
NORDRHEIN-WESTFALEN .....	68
RHEINLAND-PFALZ UND SAARLAND.....	76
HESSEN.....	82
BADEN-WÜRTTEMBERG .....	88
BAYERN.....	94
ZUR LAGE DES ENGAGEMENTS IN DEUTSCHEN REGIONEN – KLAMME KOMMUNEN UND ENGAGIERTE BÜRGER .....	102
WAS TUN? EMPFEHLUNGEN FÜR EINE ERFOLGREICHE ZIVILGESELLSCHAFT .....	134
INDIKATOREN, BENOTUNG UND IHRE KRITERIEN.....	140
QUELLEN.....	146

Das Berlin-Institut dankt allen Interviewpartnern in und um Bremerhaven, Demmin, Holzminden, Ludwigshafen, Wunsiedel sowie im Kyffhäuserkreis.

# AUF DER SUCHE NACH DEM WOHLERGEHEN IN SCHRUMPFLAND

Dies ist die dritte Studie des Berlin-Instituts zur demografischen Lage der Nation. Der Ausblick, den wir im Jahr 2004 zum ersten Mal gegeben haben, hat sich nicht eben verbessert. Die demografischen Rahmendaten haben sich vielmehr verschlechtert. Die jährliche Zahl der Neugeborenen ist noch einmal kräftig gesunken, um rund 40.000, die Zuwanderung ist in den vergangenen Jahren komplett zum Erliegen gekommen. Sollte die heutige Entwicklung anhalten, wäre die erst im Jahr 2009 publizierte „mittlere“ Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes schon wieder Makulatur: Demnach soll sich die Bevölkerungszahl in Deutschland bis Mitte des Jahrhunderts um acht bis zwölf Millionen vermindern. Doch nach heutigem Trend könnte der Schwund auch ein paar Millionen mehr betragen.

Das heißt, der eigentliche Wandel steht uns noch bevor. Dabei sind weniger Einwohner in einer dicht besiedelten Nation wie Deutschland per se kein Problem. Doch die 70 Millionen, die den Vorausberechnungen zufolge 2050 hierzulande leben werden, unterscheiden sich deutlich von jenen 70 Millionen, die Anfang der 1950er zwischen Rügen und dem

Bodensee gelebt haben: Das Medianalter, das eine Bevölkerung in eine jüngere und eine ältere Hälfte teilt, wird in diesem Zeitraum aller Voraussicht nach von damals rund 35 auf dann 48 Jahre ansteigen. Und während die Nachkriegsgeneration Aufbau und Wachstum demografischer wie wirtschaftlicher Art vor sich hatte, müssen wir heute mit Stagnation und Rückbau leben lernen. Das gilt vor allem für die peripheren ländlichen Räume in Ost und West, aber auch für jene Ballungsgebiete an Saar und Ruhr, in denen früher rauchende Schloten Prosperität bezeugten.

All diese Entwicklungen sind vorgezeichnet, und die Zeit der direkten Interventionsmöglichkeiten ist vorbei. Bei langfristigen Prozessen wie dem demografischen Wandel bleiben, genau wie beim Klimawandel, nach der Periode der verpassten Chancen nur noch Anpassungsstrategien.

Deshalb ist es auch bei der dritten Ausgabe zur demografischen Lage der Nation unser Anliegen, einen nüchternen Blick auf den Sachstand zu werfen. Die vorgelegte Analyse und die Empfehlungen sollen als Grundlage zum Handeln dienen – auch wenn die Handlungsfreiheiten im Laufe der Zeit immer mehr abnehmen. Denn es fehlen nicht nur junge Menschen mit geeigneten Qualifikationen, um die Lücken auf dem Arbeitsmarkt zu füllen. Es mangelt nicht nur an Personen, die sich um die wachsende Zahl an Pflegebedürftigen kümmern können. Sondern es gibt auch keine Rücklagen in der Staatskasse, mit denen sich die Kosten der Alterung finanzieren ließen. Dafür hätte man eigentlich in der goldenen Zeit von Vollbeschäftigung und hohem Wirtschaftswachstum vorsorgen müssen.

In Zukunft wird es weniger zu verteilen geben, das wissen Rentner, Kommunen und auch der Finanzminister. Der Staat muss massiv sparen, sonst fehlen ihm die Mittel für die notwendigen Zukunftsinvestitionen in Bildung und Integration sowie für den Abbau von Schulden. Der demografische

Wandel wird unser Land in den kommenden Jahrzehnten von Grund auf verändern. Ohne Reformen etwa in der Finanz-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, warnt eindringlich die Ratingagentur Standard & Poor's, drohe der Staatsbankrott. Bisher aber fehlt der Politik das Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft, für einen neuen Generationenvertrag, der den Alten eine angemessene Sicherheit bietet und die Jungen nicht überlastet.

Die Vorstellung von dauerhaftem Wachstum ist überholt. Sie wird sich in einer alternden, schrumpfenden und vom Konsum her weitgehend gesättigten Gesellschaft nicht mehr erfüllen lassen. Menschen wissen das längst, wie Umfragen belegen. Das zeigt nicht etwa, dass die Deutschen notorische Pessimisten und Zukunftsskeptiker, sondern dass sie Realisten sind.

Aber wenn der Staat nicht mehr alles kann, was er einst vorgab zu können, wer springt dann in die Lücke? Die Zivilgesellschaft, die engagierten Bürger, die Freiwilligen aus Stadt und Land sollen es nun richten. Sie sind nicht mehr nur die nette Begleiterscheinung von gestern, die sich am Dienstagabend bei den Rotariern trifft, für die Restaurierung einer alten Kirche spendet und an Weihnachten den Basar für die Notleidenden der Welt veranstaltet. Sie soll jetzt zu einer tragenden Säule sozialstaatlicher Strukturen werden.

Doch bei allen Appellen an das Engagement ist die Aufgabenverteilung zwischen dem Staat und seinen Bürgern noch nicht annähernd geregelt. Denn auch wenn der Staat ganze Zuständigkeitsfelder aufgibt, muss klar sein, wo er noch Verantwortung

trägt und welche Standards er setzt, etwa bei der Bildung, im Pflegebereich oder bei der Versorgung der Menschen in dünn besiedelten demografischen Schrumpfreionen.

Für die schwierige Übergangszeit von einigen Jahrzehnten, in der wir mit dem Schrumpfen und der massiven Alterung der Gesellschaft leben müssen, bis zu einer neuen Stabilität auf niedrigerem Niveau, bei dem das Wohlergehen aller gesichert ist, bleibt das Engagement der Bürger unverzichtbar. Notwendig ist aber auch der Aufbau einer Infrastruktur, die das bürgerschaftliche Engagement ermöglicht und verstetigt. Dies ist auch eine staatliche Aufgabe.

Die Erwartungen an die Zivilgesellschaft sind hoch – und rein theoretisch steht mit den Babyboomern eine kopfstärke Gruppe bereit, die über beste Voraussetzungen für Engagement verfügen: Sie sind so gut gebildet, so wohlhabend und so fit und gesund wie keine Generation zuvor. Und viele von ihnen haben das Bedürfnis, ihrem immer länger währenden Leben mehr Sinn zu geben.

Die Bereitschaft zum Engagement dieser „jungen Alten“, die viel mehr sind als rüstige Rentner, gilt es mit geeigneten, attraktiven Angeboten abzurufen – von Mentoren-Programmen für Migrantenkinder, über den Betrieb von Dorfgemeinschaftszentren bis zur Betreuung hilfebedürftiger alter Menschen in Mehrgenerationenhäusern. Die wenigsten Angehörigen der Generation 60plus hängen dem für gewisse Zeit gehegten Traum nach, den vierten Lebensabschnitt nach Jugend, Ausbildung und Beruf, der für manche Menschen zum längsten Abschnitt im Leben geworden ist, auf dem Golfplatz oder auf Kreuzfahrtschiffen zu verbringen. Und vielleicht haben sie auch schon vor Augen, dass sie die nächste – und dann besonders starke – Generation stellen, die es bald schon zu versorgen gilt. Da baut man schon mal vor.

Das Engagement wird in urbanen Zentren mit einer stabilen Bürgerschaft und in mittleren und kleinen Städten mit aktivem Unternehmertum und einer starken Mittelklasse gut funktionieren. Aber gerade in den vom demografischen Wandel am meisten geplagten Gebieten, wo die qualifizierten Jungen abgewandert sind und die weniger Mobilen, die Alten und die Menschen ohne Arbeit zurückbleiben, gelten andere Voraussetzungen. Dort, wo die Not an größten ist, fehlen am ehesten die engagierten Bürger, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen könnten.

Die vorliegende Studie zeigt, wo die großen Herausforderungen der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts liegen, und was die Zivilgesellschaft tun kann, um zum Wohlergehen der Gesellschaft nach dem Ende des Wachstums beizutragen.

Berlin und Köln, im Februar 2011

Reiner Klingholz  
Direktor  
Berlin-Institut für Bevölkerung  
und Entwicklung

Roland Krüger und Loring Sittler  
Generali Zukunftsfonds



# GESAMTBEWERTUNG

## Die bislang klare Trennung zwischen Ost und West verwischt – im ländlichen Raum häufen sich die Probleme

Noch vor wenigen Jahren erschien der demografische Wandel in Deutschland als ein abstraktes Phänomen, das irgendwann in ferner Zukunft und bestenfalls in peripheren Gebieten Ostdeutschlands Folgen zeigen würde. Manche Kritiker glaubten sogar, das statistische Zahlenwerk zu Alterung und Schrumpfen sei reine Panikmache.

Heute ist der Wandel in der Mitte der Republik angekommen. Die Einwohnerzahl Deutschlands lag im September 2010 mit 81,8 Millionen bereits um rund 780.000 unter ihrem Höchststand von 2002. Und selbst diese Zahl dürfte viel zu hoch angesetzt sein: Weil es in Deutschland seit 1987 (auf dem Gebiet der ehemaligen DDR seit 1981) keine Volkszählung mehr gab, haben sich nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 1,3 Millionen Karteileichen in den Meldeämtern angesammelt – Menschen, die in der behördlichen Statistik geführt werden, in Wirklichkeit aber längst weggezogen oder verstorben sind.<sup>1</sup> Wir wären demnach nur noch ein Volk von rund 80 Millionen.

Gleichzeitig erreicht die Alterung der Belegschaften die Wirtschaft: Waren 2001 nur 20 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland älter als 50, so sind es gegenwärtig schon etwa 25 Prozent. Und der Anteil der Älteren wird weiter steigen. Bei bestimmten Berufsgruppen mit hohem Altersdurchschnitt, etwa den Lehrern sowie dem gesamten öffentlichen Dienst, stehen regelrechte Wellen von Verrentungen und Pensionierungen bevor. Und während der Westen vorübergehend von den Kindern der Babyboomer profitieren kann und damit

noch einmal einen kleinen „Berg“ von Studien- und Ausbildungsanfängern anhäufen wird, gelangt im Osten die halbierte Generation der nach der Wende Geborenen ins Ausbildungsalter. Vor allem in ländlichen Regionen fehlt der Nachwuchs bei Auszubildenden und Berufseinsteigern.

Ein Fünftel der heutigen Bevölkerung Deutschlands hat einen Migrationshintergrund, ist also aus dem Ausland zugewandert oder hat mindestens einen zugewanderten Elternteil. Bei den unter Zehnjährigen ist es bereits jeder Dritte. Während ein großer Teil der Migranten gut integriert ist, Steuern zahlt und seine Kinder sich kaum noch von denen der Einheimischen unterscheiden, konzentrieren sich in bestimmten Stadtvierteln die Problemfälle, bildungsfern und perspektivlos, zu Parallelgesellschaften.

Auch die regionalen demografischen Verwerfungen innerhalb Deutschlands zeigen sich immer deutlicher. Zwischen 2002, dem Jahr des Bevölkerungshöchststandes, und 2008 haben 202 von 413 Landkreisen und kreisfreien Städten mehr als ein Prozent ihrer Einwohner verloren. In dem gleich langen Zeitraum zuvor traf das nur auf halb so viele Kreise zu. Diese lagen vorwiegend in Ostdeutschland, das nach der Wende erhebliche demografische Verluste zu verbuchen hatte. Gegenwärtig verliert bereits etwa ein Drittel der westdeutschen Kreise Bevölkerung.

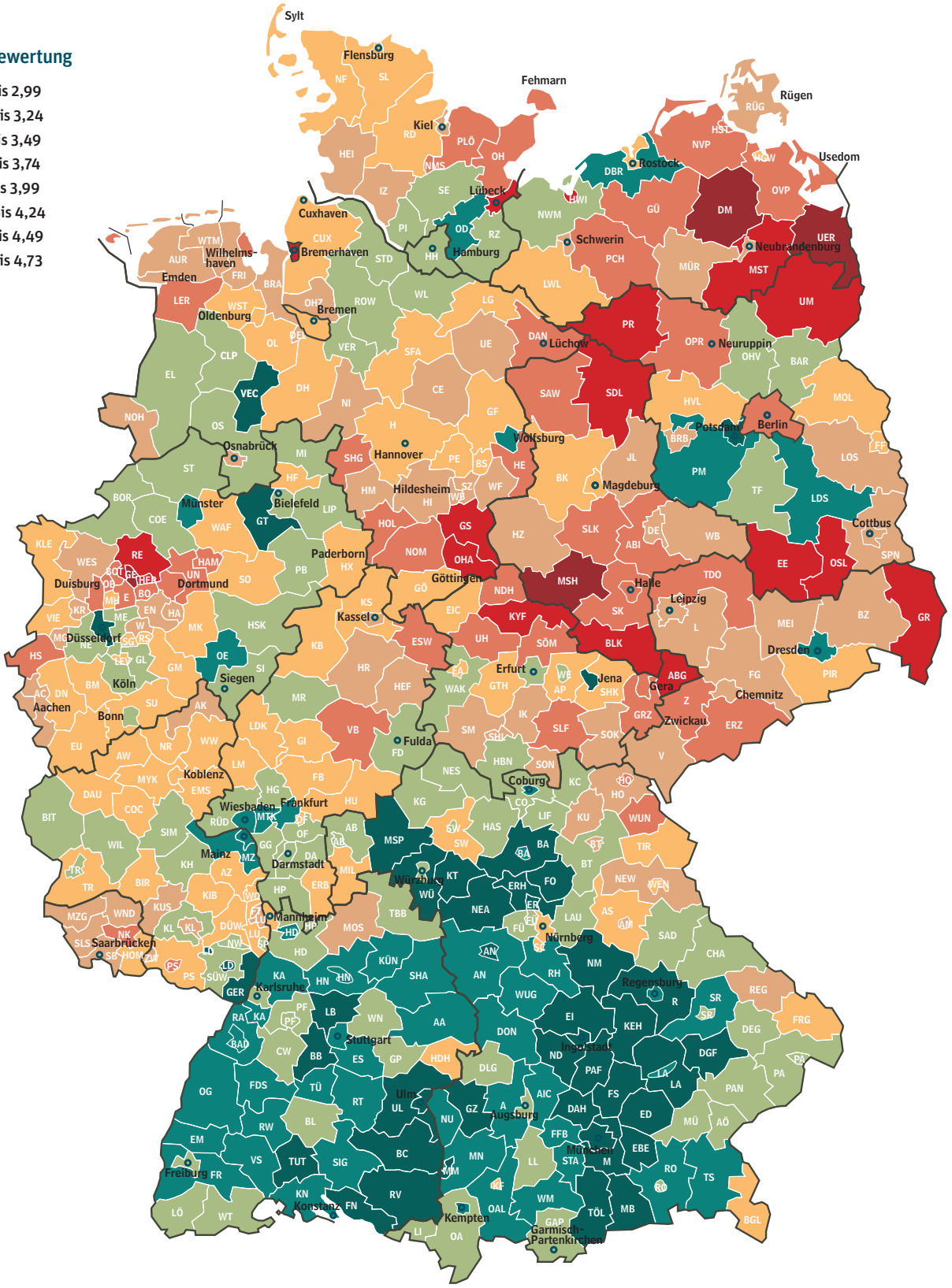
Doch nicht nur die Statistik zeigt Veränderungen, auch die Sicht vieler Menschen auf alte Glaubenssätze verändert sich. Globalisierung, Klimawandel, die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und eben auch der demografische Wandel – all dies lässt die Menschen an dem lange vorherrschenden Dogma vom ewigen Wachstum als Glücksbringer zweifeln. Viele Menschen der alternden Wohlstandsgesellschaft sehnen sich nach Sinnstiftung, Nachhaltigkeit und menschlichen Bindungen – und sie versuchen, sich auf irgendeine Weise für die Gesellschaft nützlich zu machen. Dieses Thema wird im zweiten Teil dieser Studie beleuchtet.

### Der Süden bleibt Deutschlands Boomregion

Die vorliegende Studie bildet die regionalen Unterschiede in Deutschland ab. Um die Lage der Regionen zu beschreiben, hat das Berlin-Institut eine Reihe von verschiedenen demografischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren zu Rate gezogen. Die Wirtschaftskraft spielt dabei eine Rolle, ebenso wie die Arbeitslosigkeit, der Bildungsstand oder die Altersstruktur der Bevölkerung. Zusammengefasst in einem Index erlaubt die Summe der Indikatoren als Bewertung einen Überblick darüber, wie gut die Städte und Landkreise in Deutschland für die Zukunft gerüstet sind. Die Bewertungen sind dabei an dem System der Schulnoten orientiert und reichen von 2,58 für den Landkreis München bis 4,73 für Uecker-Randow in Mecklenburg-Vorpommern.

Gesamtbewertung

- 2,58 bis 2,99
- 3,00 bis 3,24
- 3,25 bis 3,49
- 3,50 bis 3,74
- 3,75 bis 3,99
- 4,00 bis 4,24
- 4,25 bis 4,49
- 4,50 bis 4,73



Sie beschreiben nicht nur den Ausblick für die Regionen, sondern sind auch als Orientierungshilfe für künftige Entscheidungen zu verstehen. Immer mehr Gebiete müssen sich von jahrzehntelangem Bevölkerungswachstum und von einer Wohlstandsmehrung verabschieden. Die dort Verantwortlichen müssen entscheiden, ob sie gegen die vorherrschende Entwicklung ansteuern können und wollen oder ob ihnen letztlich nur die Anpassung an den Wandel bleibt.

Wie auch schon in den beiden Vorgängerstudien erweisen sich die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern als die zukunftsfähigsten. Sie verfügen nicht nur über die höchste Wirtschaftskraft je Einwohner, sondern auch über den geringsten Anteil an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Dank anhaltender Zuwanderung junger Menschen auf der Suche nach attraktiven Arbeitsplätzen und in der Vergangenheit vergleichsweise hoher Nachwuchszahlen verfügen die beiden süddeutschen Länder auch über den größten Bevölkerungsanteil unter 35-Jähriger. Ähnlich jung geblieben sind die beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin, die traditionell sehr attraktiv sind für junge Zuwanderer aus dem In- und Ausland.

Im Freistaat Bayern liegen 15 der 20 am besten bewerteten Kreise Deutschlands. Hier hat sich vor allem der Großraum um München in den vergangenen Jahren als dynamischste Region Deutschlands erwiesen. Unter den acht Besten sind die Landkreise München, Eichstätt, Landshut, Bad Tölz-Wolfratshausen, Kelheim, Freising und Erding. Sie alle liegen im Umkreis von rund 100 Kilometern um die bayerische Landeshauptstadt. Doch obwohl sich die Dominanz bayerischer Kreise unter den besten Regionen verstärkt hat – Bayern bleibt, gemessen an seinen Zukunftsaussichten, ein gemisch-

Die besten Landkreise und kreisfreien Städte

Rang	2006	Kreis	Gesamtnote
1	7	München, Landkreis (Bayern)	2,58
2	16	Eichstätt (Bayern)	2,62
3	28	Landshut, Landkreis (Bayern)	2,68
4	31	Bad Tölz-Wolfratshausen (Bayern)	2,70
5	18	Kelheim (Bayern)	2,70
6	2	Freising (Bayern)	2,72
7	11	Bodenseekreis (Baden-Württemberg)	2,74
8	3	Erding (Bayern)	2,76
9	25	Potsdam (Brandenburg)	2,77
10	190	Ansbach, Stadt (Bayern)	2,80
11	1	Biberach (Baden-Württemberg)	2,81
12	21	Erlangen-Höchstadt, Landkreis (Bayern)	2,82
13	34	Jena (Thüringen)	2,84
14	12	Dingolfing-Landau (Bayern)	2,84
15	81	Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim (Bayern)	2,85
16	27	Neuburg-Schrobenhausen (Bayern)	2,86
17	9	Ludwigsburg (Baden-Württemberg)	2,86
18	47	Kitzingen (Bayern)	2,87
19	33	Ebersberg (Bayern)	2,88
20	93	Neumarkt in der Oberpfalz (Bayern)	2,88

Die schlechtesten Landkreise und kreisfreien Städte

Rang	2006	Kreis	Gesamtnote
393	372	Goslar am Harz (Niedersachsen)	4,25
394	309	Lübeck (Schleswig-Holstein)	4,25
395	417	Oberspreewald-Lausitz (Brandenburg)	4,27
395	392	Mecklenburg-Strelitz (Mecklenburg-Vorpommern)	4,27
397	431	Altenburger Land (Thüringen)	4,31
398	433	Prignitz (Brandenburg)	4,31
399	413	Görlitz (Sachsen)	4,32
399	412	Stendal (Sachsen-Anhalt)	4,32
401	370	Osterode am Harz (Niedersachsen)	4,34
402	403	Herne (Nordrhein-Westfalen)	4,34
403	423	Wismar (Mecklenburg-Vorpommern)	4,35
404	414	Elbe-Elster (Brandenburg)	4,35
405	424	Uckermark (Brandenburg)	4,35
406	400	Bremerhaven (Bremen)	4,37
407	388	Recklinghausen (Nordrhein-Westfalen)	4,38
408	430	Kyffhäuserkreis (Thüringen)	4,41
409	438	Burgenlandkreis (Sachsen-Anhalt)	4,46
410	-	Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt)	4,56
411	435	Demmin (Mecklenburg-Vorpommern)	4,58
412	421	Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen)	4,66
413	416	Uecker-Randow (Mecklenburg-Vorpommern)	4,73

Aufgrund von Gebietsreformen in Sachsen-Anhalt und Sachsen hat sich die Anzahl der Kreise von 439 (2006) auf 413 (2008) reduziert.

tes Bundesland: Der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge findet sich auf Rang 391 von 413 Kreisen wieder. In keinem anderen Bundesland öffnet sich die Schere zwischen der Region mit der besten und jener mit der schlechtesten Aussicht weiter. Auch zahlreiche bayerische Grenzkreise zu Tschechien erreichen nur schwache Wertungen. Vor allem Kreise und Städte in Oberfranken leiden unter demografischen Verlusten. Hier sind nach der Wende alte, vormals oft subventionierte Fertigungsindustrien verloren gegangen – und mit ihnen viele junge Erwerbstätige und damit junge Menschen, die Familien gründen können.

Nur drei baden-württembergische Kreise gelangen unter die Top 20 – anders als noch 2006, als sie die Mehrheit in dieser Gruppe gestellt haben: der Bodenseekreis, Biberach und Ludwigsburg. Die Weltwirtschaftskrise, unter der die in Baden-Württemberg dominierende Automobilindustrie besonders zu leiden hatte, dürfte zu dem „Abstieg“ beigetragen haben. Auch wenn sich die Wirtschaft mittlerweile wieder gefangen hat, verzeichnet Baden-Württemberg seither nur noch wenig Zuwanderung. Dafür sind die Zukunftsperspektiven für das ganze Bundesland gleichmäßiger verteilt als in Bayern – und durchweg positiv. Wirkliche Problemzonen gibt es, anders als in Bayern, nicht. Als besonders stark erweist sich in Baden-Württemberg vor allem die Region an der Grenze zu Bayern, von Ulm über Biberach

bis an den Bodensee, sowie der Raum um die Landeshauptstadt Stuttgart. Nur zwei Kreise dieses Bundeslandes, der Neckar-Odenwald-Kreis und das ostwürttembergische Heidenheim, landen mit ihrer Bewertung in der unteren Hälfte der Gesamtwertung.

Deutlich verändert hat sich das Bild Ostdeutschlands – hier zeichnet sich inzwischen eine sehr differenzierte Entwicklung ab. Während die Bevölkerung im Osten insgesamt und in jedem Jahr seit der Wiedervereinigung geschrumpft ist, konzentrieren sich Stabilität oder Wachstum auf sehr wenige urbane Zentren. Einige ostdeutsche Kreise gelangen so in der Gesamtwertung mittlerweile weit nach vorn. Die boomende brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam schafft es mit Rang neun sogar in die Spitzengruppe, die thüringische Technologieschmiede Jena auf Rang 13. Noch 2006 lag mit Potsdam der beste ostdeutsche Kreis lediglich auf Platz 22. Neben mehreren brandenburgischen Umlandkreisen von Berlin, die ebenfalls relativ gut abschneiden, erreicht die sächsische Landeshauptstadt Dresden Rang 70, der Rostocker Umlandkreis Bad Doberan immerhin Rang 97.

Doch nach wie vor bilden ländlich entlegene oder altindustrialisierte Regionen Ostdeutschlands die Mehrheit der Schlusslichter. Unter den zwanzig Kreisen mit den schlechtesten Werten liegen 13 in den neuen Bundesländern, vor allem in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – 2006 waren es allerdings noch 19 gewesen. Uecker-Randow und Demmin in Mecklenburg-Vorpommern, Mansfeld-Südharz in Sachsen-Anhalt, der Landkreis Görlitz in Sachsen oder die Brandenburger Prignitz sind typische Beispiele für Gebiete, die weitab von wirtschaftlichen Zentren liegen, nur wenige Arbeitsplätze bieten können und schon seit Jahren für demografischen Niedergang stehen.

Gut 20 Jahre nach der deutschen Einheit verschwimmen allerdings die einst klaren Linien zwischen Ost und West. Zwar bleibt die Lage in der Mehrheit der ostdeutschen Regionen kritisch, und viele von ihnen werden nach zwanzig Jahren Abwanderung und niedrigen Geburtenraten auf absehbare Zeit demografische Krisengebiete bleiben. Doch mancherorts haben sich demografische und wirtschaftliche Indikatoren deutlich verbessert. Der Speckgürtel Berlins etwa ist attraktiv für Zuwanderer, hat eine positive Bevölkerungsprognose und verbucht einen Zuwachs an Arbeitsplätzen. Gleiches gilt für die größeren Städte in Thüringen und Sachsen: Erfurt, Jena, Leipzig und Dresden haben früheren Prognosen zum Trotz wieder Bevölkerung hinzugewonnen. Sie sind als Ausbildungs- und Arbeitsstandorte vor allem für die jüngeren Abwanderer aus dem ländlichen Raum der neuen Bundesländer interessant – diesen Schritt gehen mehr Frauen als Männer.

Dagegen sind Teile Westdeutschlands deutlich zurückgefallen. Hier zeigen sich die Zeichen der demografisch-wirtschaftlichen Krise vor allem in den Kreisen des Saarlandes, im Ruhrgebiet und entlang der ehemaligen Grenze zum Eisernen Vorhang, vom niedersächsischen Harz über Nordhessen und die Rhön bis nach Bayern. Dies sind durchweg Gebiete, in denen der Strukturwandel der letzten Jahrzehnte überkommene Industrien dahingerafft hat. Unter den 20 schwächsten Kreisen finden sich Herne, Recklinghausen und Gelsenkirchen in Nordrhein-Westfalen, Goslar und Osterode am Harz in Niedersachsen, Lübeck in Schleswig-Holstein und das zum Land Bremen gehörende Bremerhaven.

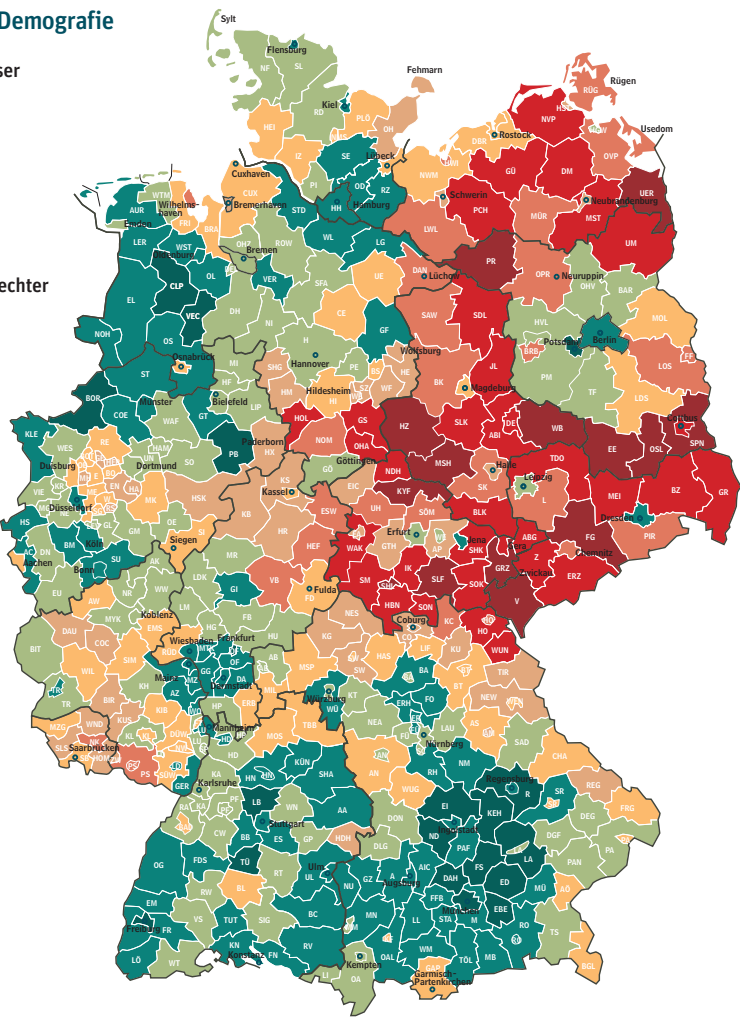
## Zwischenwertung Demografie

Wo die Lebensbedingungen schwierig sind, wo es an innovativen Betrieben und gut bezahlten Arbeitsplätzen mangelt, verschärft sich meist auch die demografische Lage. Dies wird deutlich, wenn man die Landkarte Deutschlands nach rein demografischen Kriterien betrachtet. Im Westen sind genau die oben genannten Gebiete von der Abwanderung junger Menschen, von der Überalterung und von den niedrigen Kinderzahlen je Frau betroffen – und damit von einem Bevölkerungsrückgang, der sich künftig noch verschärfen dürfte.

Im Osten gilt dies mit Ausnahme der wenigen prosperierenden Städte und ihres direkten Umlandes fast flächendeckend. Am schwierigsten ist und bleibt die demografische Lage in Sachsen-Anhalt, wo sechs der 20 Kreise mit der schlechtesten Demografiwertung liegen, gefolgt von Brandenburg mit fünf. Etwas besser steht Mecklenburg-Vorpommern da, wo nur Uecker-Randow an der polnischen Grenze unter die schlechtesten 20 fällt. Wie schon vor der Wiedervereinigung zeichnet sich das landwirtschaftlich geprägte Bundesland durch relativ hohe Fertilitätsraten innerhalb des generell geburtenarmen Deutschlands aus. Dies verschafft den seit zwei Jahrzehnten von Abwanderung geplagten Kreisen gegenüber anderen ostdeutschen Peripherregionen einen kleinen Vorteil. Der vorpommersche Kreis Demmin hat mit einer Kinderzahl je Frau von 1,70 nach vielen Jahren gar das westniedersächsische Cloppenburg als geburtenfreudigsten Kreis Deutschlands abgelöst. Generell hat sich die demografische Lage im Osten leicht verbessert, weil die Kinderzahl je Frau nach dem massiven Einbruch in den 1990er Jahren deutlich gestiegen ist.

## Zwischennote Demografie

- 2,24 und besser
- 2,25 bis 2,74
- 2,75 bis 3,24
- 3,25 bis 3,74
- 3,75 bis 4,24
- 4,25 bis 4,74
- 4,75 bis 5,24
- 5,25 und schlechter



Deutschlandweit gehören Cloppenburg und der Nachbarkreis Vechta neben zahlreichen Kreisen aus dem Großraum München, drei baden-württembergischen Kreisen, dem westfälischen Borken und Paderborn sowie dem hessischen Offenbach zu den demografisch gesehen stabilsten Regionen. All diese Kreise vermelden vergleichsweise hohe Kinderzahlen je Frau, wenngleich diese niemals ausreichen würden, um die dortige Bevölkerung langfristig stabil zu halten. Da diese Gebiete jedoch eine tendenziell junge Bevölkerung haben und junge Menschen zuwandern, wächst dort die Bevölkerung.

In den vergangenen Jahren hat sich die Kinderzahl je Frau regional deutlich verändert. Wie auch schon früher sind Studentenstädte wie Heidelberg, Freiburg und Münster besonders arm an Kindern, weil die vielen jungen Frauen dort in der Regel noch keine Familien gründen. Weil diese Städte jedoch immer



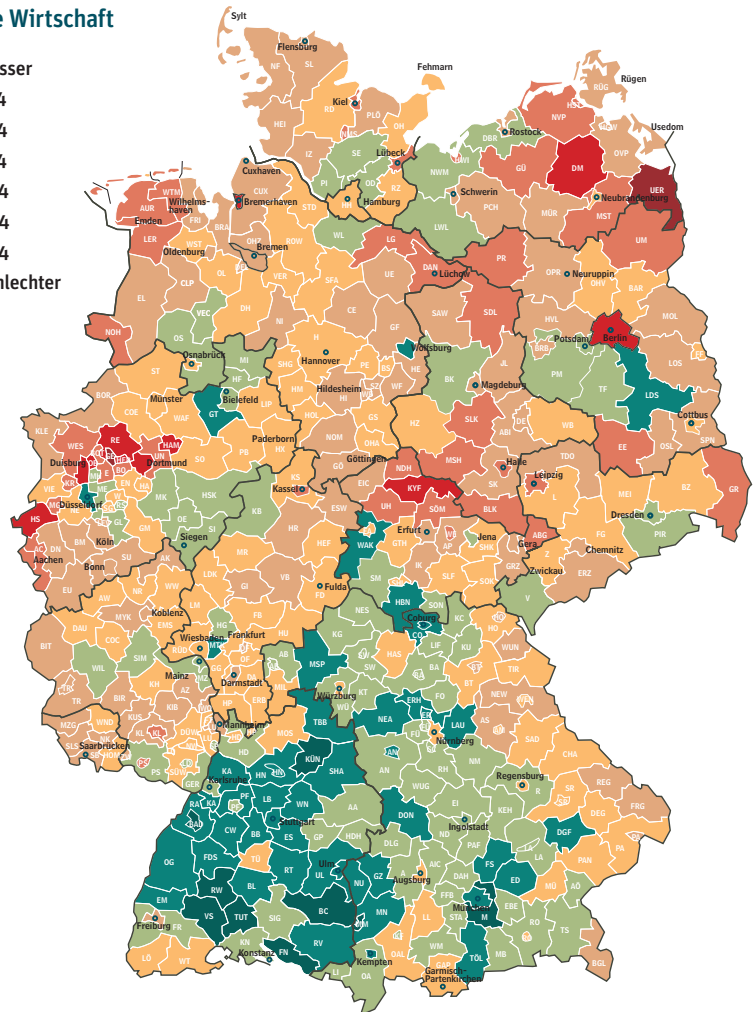
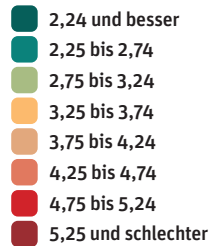
wieder junge Bevölkerung hinzugewinnen können, bleiben sie stabil. Ganz anders sieht es in ländlichen Kreisen der wirtschaftlichen Problemregionen des Westens aus. Sie leiden unter Abwanderung junger Menschen, zusätzlich mangelt es an Nachwuchs: So werden etwa in der Südwestpfalz, im nordhessischen Vogelsbergkreis oder im saarländischen St. Wendel nur wenig mehr als 1,25 Kinder je Frau geboren.

## Zwischenwertung Wirtschaft

Die wirtschaftliche Situation hat sich gegenüber 2006 in praktisch allen Regionen Deutschlands verbessert. Die Zahl der Arbeitslosen sank bis 2008 um mehr als eine Million und hat sich seitdem auch während der vorübergehenden Wirtschaftskrise nicht drastisch erhöht. Allerdings haben sich die Unterschiede zwischen den Regionen kaum verändert: Wer vorher wirtschaftlich gut dastand, dem geht es tendenziell besser; wirtschaftlich problematische Regionen konnten sich indes kaum verbessern. Lediglich der Abstand der ostdeutschen zu den westdeutschen Kreisen hat sich etwas verringert, denn die Weltwirtschaftskrise hat die stark exportorientierte Ökonomie Süddeutschlands stärker in Mitleidenschaft gezogen.

Dennoch wird die Wirtschaftswertung nach wie vor von baden-württembergischen Kreisen dominiert. Von den 20 wirtschaftsstärksten Kreisen liegen 16 in dem südwestdeutschen Bundesland. Vier bayerische Kreise schieben sich dazwischen, erst auf Rang 27 folgt mit Gütersloh ein Kreis in Nordrhein-Westfalen. Vor allem die sehr hohe Wirtschaftskraft der baden-württembergischen Fertigungsindustrie, entsprechend hohe Einkommen und eine hohe Beschäftigungsquote sorgen dort für beste

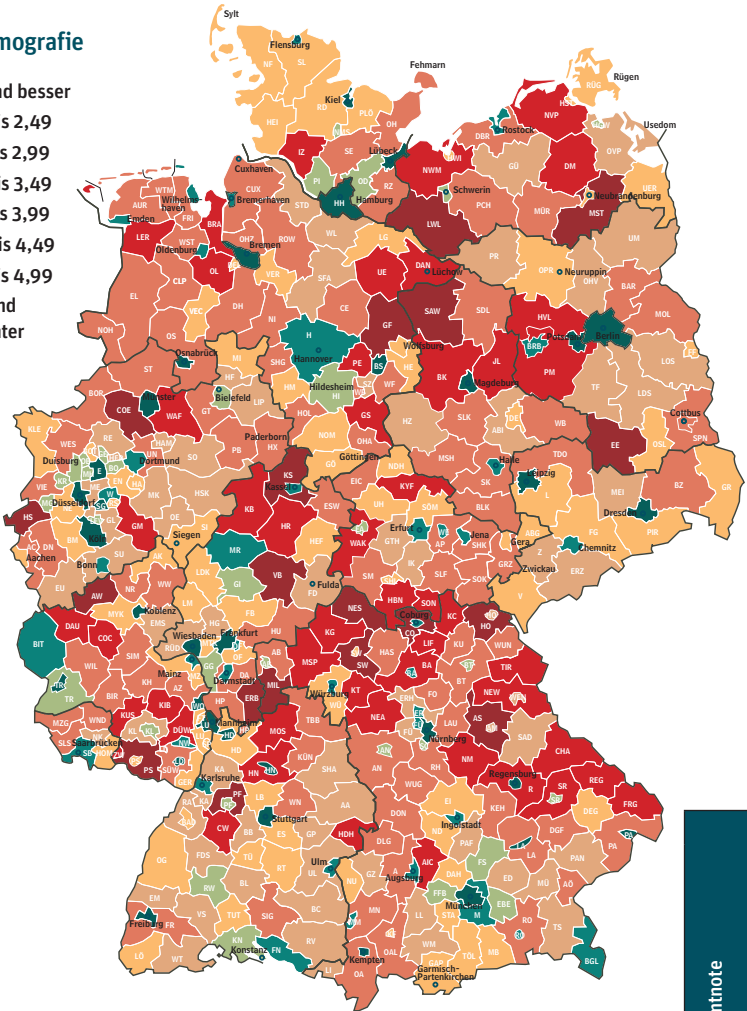
## Zwischennote Wirtschaft



Bewertungen. Inseln guter wirtschaftlicher Bewertung bilden auch Düsseldorf, Frankfurt und Wolfsburg – und interessanterweise der Raum Coburg, wo vor allem ein großer Automobilzulieferer für Arbeit und ein hohes Bruttoinlandsprodukt sorgt. Auch südlich von Berlin und in manchen Grenzregionen Thüringens sieht es erstaunlich gut aus. Anders als die süddeutschen Kreise, die vor allem über eine außergewöhnlich hohe Wirtschaftskraft und gute Einkommen verfügen, punkten die erfolgreichen ostdeutschen Kreise mit ver-

gleichsweise hohen Beschäftigungsquoten von Frauen und älteren Erwerbstätigen. Dass viele Menschen abgewandert oder verrentet sind, hat dazu beigetragen, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in diesen Gebieten verbessert hat.

Trend Demografie



So war etwa die weniger exportorientierte Wirtschaft der neuen Bundesländer kaum von der jüngsten globalen Krise betroffen.

Auch die Kinderzahlen je Frau haben sich unterschiedlich entwickelt. Im Osten sind sie wieder gestiegen, in ländlichen Regionen des Westens hingegen gesunken. Trends dürfen freilich nicht über bestehende Unterschiede hinwegtäuschen: Eine kinderarme Region mit jahrelanger Abwanderung potenzieller Eltern verbessert ihre Situation nur wenig, wenn wieder etwas mehr Kinder geboren werden.

Bei den demografischen Trends sind die Städte Deutschlands eindeutig auf dem Vormarsch. Die meisten verzeichnen Zuwanderung. Zudem sind die Kinderzahlen je Frau seit der Einführung des Elterngeldes und dem Ausbau der Kinderbetreuung gerade dort wieder gestiegen, wo viele gut qualifizierte Frauen leben und wo früher sehr

Trendbewertung

Für die Zukunftsfähigkeit einer Region ist nicht nur der Ist-Zustand von Bedeutung, sondern auch der Entwicklungstrend. Betrachtet wurde hierbei der Trend der Entwicklung in der Phase 2000 bis 2004 im Vergleich zu der Phase 2005 bis 2008. Schwache Regionen können dabei aufsteigen, weil sie nach einer Phase des Niedergangs beginnen, neue Potenziale zu entfalten. Starke haben oft wenig Möglichkeiten, ihre Position weiter zu verbessern. Auch ein landesweiter Wirtschaftsabschwung oder ein -aufschwung können sich regional unterschiedlich auswirken.

Bundesland

		Demografie									
		Gesamtnote	Kinderzahl	Unter 35-jährige	Frauenanteil	Wanderung	über 74-jährige	Prognose 2025	Zwischennote	Trend	
1	Baden-Württemberg	3,17	4,6	2,7	2,0	2,4	2,9	2,1	2,8	3,4	→
2	Bayern	3,23	4,7	3,3	2,2	2,3	3,2	2,4	3,0	3,6	→
3	Hamburg	3,47	6,0	2,0	1,0	2,0	2,0	2,0	2,5	1,2	↑
4	Hessen	3,55	4,8	3,7	1,9	2,9	3,4	2,4	3,2	3,4	→
5	Rheinland-Pfalz	3,56	4,5	3,8	2,3	2,6	3,8	2,5	3,2	3,4	→
6	Nordrhein-Westfalen	3,68	4,4	3,2	2,2	2,7	3,2	3,1	3,1	3,4	→
7	Schleswig-Holstein	3,73	4,1	3,9	2,2	1,9	3,8	2,4	3,0	3,1	→
7	Brandenburg	3,73	4,5	5,5	4,4	3,6	2,9	3,8	4,1	3,8	→
9	Niedersachsen	3,76	4,0	3,8	2,7	2,6	3,4	2,8	3,2	3,8	→
10	Thüringen	3,80	4,6	5,2	4,5	4,5	3,6	5,3	4,6	3,6	→
11	Saarland	3,84	5,7	4,7	2,3	2,8	4,2	4,0	4,0	3,7	→
12	Sachsen	3,87	3,9	5,5	4,1	4,0	4,9	5,2	4,6	3,1	→
13	Mecklenburg-Vorpommern	3,98	4,0	5,1	4,5	4,3	2,9	5,1	4,3	3,7	→
14	Berlin	4,01	6,0	3,0	1,0	2,0	2,0	2,0	2,7	1,0	↑
15	Bremen	4,03	5,0	3,5	2,0	3,0	4,0	3,0	3,4	1,9	↑
16	Sachsen-Anhalt	4,05	4,4	5,6	4,8	4,8	4,1	5,6	4,9	3,8	→

Benotung: Durchschnitt aller Kreise des jeweiligen Bundeslandes

wenig Nachwuchs zur Welt kam. Dadurch altert in den Städten die Bevölkerung weniger stark als in den ländlichen Gebieten. Unter den 70 besten Kreisen in der Trendwertung Demografie sind 65 kreisfreie Städte, aber nur fünf Landkreise. Wirtschaftsstarke Metropolregionen Westdeutschlands wie Frankfurt am Main, Hamburg, Düsseldorf oder München gehören sämtlich zu den Gebieten mit den besten Demografiетrends. Selbst die Städte des Ruhrgebietes melden, mit Ausnahme von Herne und Bottrop, eine vergleichsweise günstige demografische Entwicklung. Ebenso ostdeutsche Großstädte wie Dresden, Leipzig oder Potsdam. Neu ist, dass auch die Hauptstadt Berlin in der Spitzengruppe zu finden ist. Nach fast zwei Jahrzehnten Stagnation beginnt die Hauptstadt ihren Charme zu entfalten, sie zieht junge Menschen aus Deutschland und der Welt an und verzeichnet erstmals seit vielen Jahren wieder mehr Geburten als Sterbefälle. Am Ende der demografischen Trendwertung finden sich überwie-

gend ländliche Kreise des Westens. Da sich die Lage in vielen ländlichen Regionen des Ostens kaum noch verschlechtern konnte und die Kinderzahlen je Frau den Tiefstand der 1990er Jahre überwunden haben, weist der Trend dort zwangsläufig in die positive Richtung.

**Die wirtschaftlichen Trends** verliefen in den vergangenen Jahren überraschenderweise oft gegen die demografischen. Vom Wirtschaftsaufschwung zwischen 2005 und 2008 profitierten auch ländliche Regionen, denen es zuvor besonders schlecht gegangen war. Nur in wenigen der abgeschlagenen Regionen, wie in Vorpommern, in der Oberlausitz, im Erzgebirge oder in Oberfranken, war die Erholung eher schwach. Den günstigsten ökonomischen Trend zeigen die Umlandgebiete wirtschaftsstarker Großstädte, etwa die Region zwischen Dresden und Leipzig, der ländliche Raum in weiten Teilen Bayerns, die Gebiete um

Rostock und Schwerin in Mecklenburg und südlich von Kassel. Uneinheitlich ist der Trend in den Städten des Ruhrgebietes: Während Essen, Bochum und Gelsenkirchen schwach abschneiden, weisen Bottrop und Unna eine günstige ökonomische Dynamik auf.

Dies trifft auch für die Region zwischen Münster und Osnabrück zu, die sich die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen teilen. Vergleichsweise hohe Kinderzahlen und ein dynamischer Mittelstand mit einem guten Arbeitsmarkt sorgen hier für eine ungewöhnlich stabile Entwicklung. Schwächere Wirtschaftstrends verzeichnen in dem betrachteten Zeitraum tendenziell mittelgroße Städte wie Offenbach, Mainz, Wuppertal oder Nürnberg. Sie konnten sich unter den Bedingungen der vergangenen Jahre nicht wesentlich verbessern, was sie angesichts des generellen Aufschwungs in der wirtschaftlichen Dynamikwertung abfallen lässt.

	Wirtschaft										Integration			Bildung				Familienfreundlichkeit				
	Verfügbares Einkommen	Bruttoinlandsprodukt	Kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Zwischennote	Trend	Bildungschancen	Arbeitsmarktchancen	Zwischennote	Ohne Abschluss	Jugendarbeitslosigkeit	Hoch Qualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte	Kinderbetreuung	Freifläche	Zwischennote	
	1,8	2,7	1,9	2,9	1,9	3,8	2,3	4,0	2,7	3,5	→	6,0	4,3	5,1	2,3	1,9	3,9	2,7	3,4	5,6	4,0	4,3
	2,4	3,1	3,4	2,7	1,8	3,5	3,3	3,9	3,0	3,1	→	3,3	4,6	4,0	2,6	2,0	4,9	3,2	3,4	5,0	3,0	3,8
	1,0	1,0	6,0	5,0	3,0	4,0	4,0	4,0	3,5	4,0	↘	6,0	5,0	5,5	4,0	3,0	2,0	3,0	6,0	4,0	5,0	5,0
	2,5	3,1	4,8	3,7	2,7	3,6	3,5	3,9	3,5	3,7	→	6,0	4,3	5,1	2,9	2,7	3,9	3,1	3,3	4,1	4,0	3,8
	3,2	3,9	4,2	3,7	2,3	3,9	3,5	3,9	3,6	3,5	→	4,7	4,3	4,5	3,1	2,7	5,0	3,6	3,4	4,4	3,0	3,6
	2,4	3,4	3,9	4,3	3,2	4,4	3,9	4,9	3,8	3,8	→	6,0	3,8	4,9	2,7	3,0	4,1	3,3	3,5	4,3	4,7	4,2
	3,5	3,9	3,0	4,5	3,2	3,8	4,0	3,9	3,7	4,0	↘	5,0	5,1	5,1	3,7	3,5	5,1	4,1	3,6	5,2	3,4	4,1
	4,9	4,7	2,0	3,8	4,9	2,1	2,7	4,2	3,7	3,4	→	5,0	4,0	4,5	4,4	4,9	3,9	4,4	3,4	1,3	1,4	2,0
	3,6	4,1	3,0	4,3	3,0	4,2	3,9	4,1	3,8	3,7	→	5,7	3,9	4,8	3,4	3,0	4,9	3,8	4,1	5,6	2,8	4,2
	5,1	4,7	3,9	3,0	4,1	2,1	1,9	4,0	3,6	3,8	→	5,0	4,0	4,5	3,0	4,1	4,0	3,7	3,9	1,0	2,2	2,4
	2,8	3,7	3,2	4,5	2,5	4,5	4,5	4,7	3,8	2,6	↗	6,0	3,0	4,5	2,8	2,3	4,8	3,3	4,0	4,7	4,3	4,3
	5,1	4,8	3,2	3,2	4,6	1,9	2,1	4,2	3,6	3,5	→	5,0	4,0	4,5	3,9	4,9	2,9	3,9	4,7	1,1	3,5	3,1
	5,6	4,7	4,7	4,0	5,2	2,3	2,9	2,8	4,0	3,5	→	5,0	4,0	4,5	4,5	5,1	4,3	4,7	3,7	1,2	1,9	2,3
	5,0	4,0	6,0	6,0	5,0	5,0	5,0	4,0	5,0	5,3	↓	6,0	4,0	5,0	4,0	5,0	2,0	3,7	6,0	1,0	6,0	4,3
	2,0	1,5	6,0	5,5	5,0	4,5	4,5	5,0	4,3	4,3	↘	6,0	3,0	4,5	3,5	4,0	4,0	3,8	6,0	4,5	5,0	5,2
	5,4	4,6	3,7	3,3	5,1	2,3	2,3	4,6	3,9	2,9	↗	5,0	4,0	4,5	4,8	5,1	4,3	4,7	3,4	1,1	2,2	2,2



# DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

1

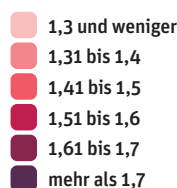
## Eine moderne Familienpolitik ist ohne Alternative

Im Jahr 1964, dem Höhepunkt des Babybooms der Nachkriegsgeschichte, kamen in Deutschland 1.357.000 Kinder zur Welt – im Mittel 2,5 Kinder je Frau. Doch schon Ende der 1970er Jahre pendelte sich diese durchschnittliche Fertilität bei 1,5 ein, um dann in den 1980ern auf ein Niveau von etwa 1,4 zu fallen, das seither zur Norm geworden ist. Jede nachwachsende Generation ist seither ein Drittel kleiner als die ihrer Eltern.<sup>2</sup>

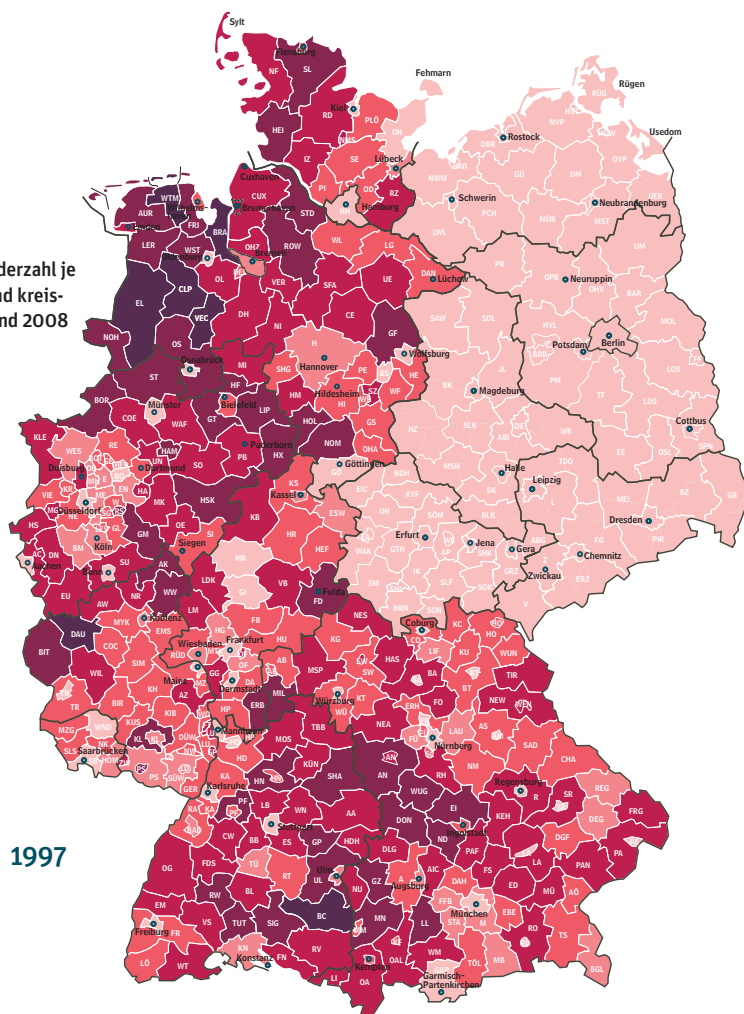
Warum aber kam es im Land des Wirtschaftswunders zu einem früheren und stärkeren Abfall der Geburtenraten als anderswo auf der Welt? Gerade in Westdeutschland prallte die gesellschaftliche Modernisierung – ausgedrückt in einer besseren Ausbildung und der Emanzipation von Frauen – auf ein politisch gefördertes Familienmodell, das auf einen männlichen Haupternährer und eine bestenfalls zuverdienenden Ehefrau gesetzt hatte. Ganztägige Kinderbetreuung oder Ganztagschulen fanden in dieser Politik keinen Platz, wurden gar als Entmündigung von Eltern empfunden. Für eine zunehmende Zahl von Paaren, deren Lebensentwürfe auf der beruflichen Entfaltung beider Partner und einem Doppelverdiener-Wohlstand aufbauten, aber auch für die wachsende Zahl Alleinstehender, wurde Kinderkriegen zum Berufs- und Armutsrisiko.

Mit dem demografischen Wandel hat sich der Druck auf die deutsche Familienpolitik zunehmend erhöht. Dem 1996 eingeführten Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Drei- bis Sechsjährige folgte 2005 ein Kinderbetreuungsgesetz, das bis 2013

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau in den Kreisen und kreisfreien Städten 1997 und 2008



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)

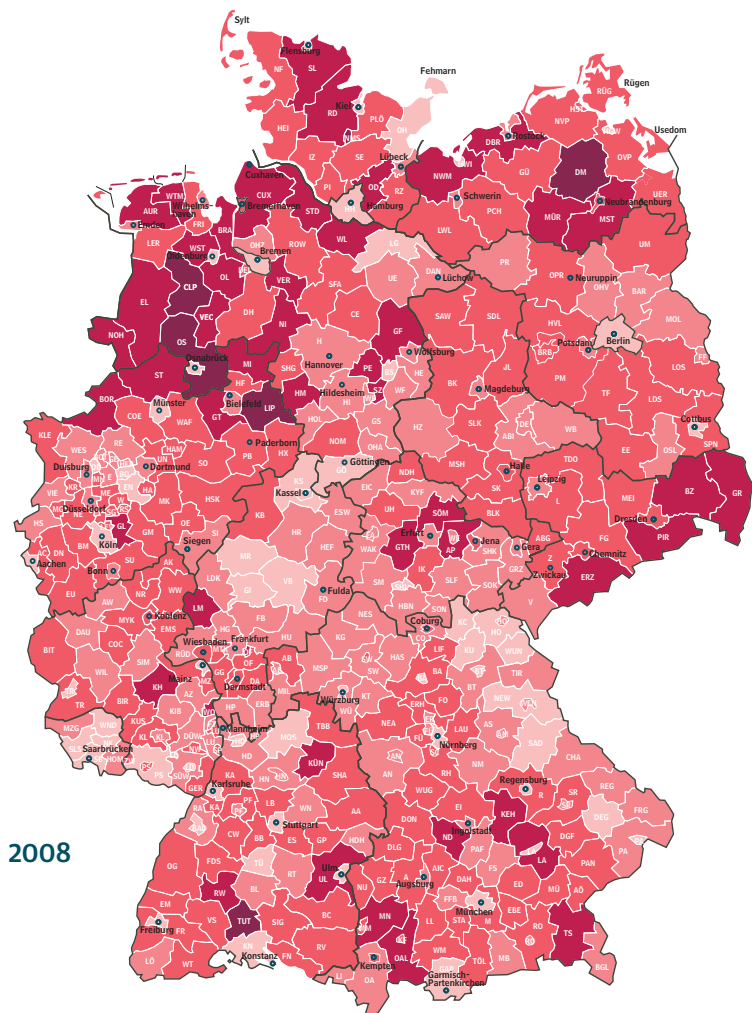


1997

auch den Kleinsten deutschlandweit einen Krippenplatz sichern soll. Das im Jahr 2007 eingeführte Elterngeld, eine an das letzte Einkommen gekoppelte einjährige Lohnersatzleistung, wollte zu einer höheren Geburtenzahl beitragen. Und wirklich hat sich die Zahl der Geburten in den Jahren 2007 und 2008 gegenüber 2006 leicht erhöht. Doch bereits 2009 war mit 665.000 Geburten ein neuer historischer Tiefpunkt erreicht. Waren die kostspieligen familienpolitischen Reformen also vergebens?

### Ende der deutschen Teilung

Im Jahr 1997 wurden in Deutschland durchschnittlich 1,37 Kinder pro Frau geboren – fast genauso viele wie 2008. Auf regionaler Ebene hat sich jedoch eine Menge verändert. Viele westdeutsche Landkreise mit ehemals hohen Kinderzahlen haben sich bis 2008 dem Durchschnitt angepasst oder liegen sogar darunter. Dagegen haben die meisten ostdeutschen Regionen stark aufgeholt. Vor allem in urbanen Gebieten mit vielen gut qualifizierten und erwerbstätigen Frauen ist die Fertilität gestiegen.



2008

## Immer weniger potenzielle Mütter

Die Zahl der Neugeborenen hängt sowohl von der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau als auch von der Zahl der Frauen im fruchtbaren Alter ab. Da seit 35 Jahren tendenziell immer weniger Kinder zur Welt kommen, nimmt, zeitversetzt um eine Generation, zwangsläufig auch die Zahl der potenziellen Mütter ab – daran kann keine Familienpolitik mehr

etwas ändern. Gab es 1995 noch 17,1 Millionen Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren, so sank deren Zahl auf 16,8 Millionen im Jahr 2000 und auf 15,6 Millionen 2008. Und weil sie künftig weiter sinken wird, muss die Zahl der Neugeborenen ebenfalls abnehmen – selbst wenn die Kinderzahl je Frau stiege.

Im Detail hat die neue Familienpolitik allerdings sehr wohl etwas verändert: Gerade in der Mittelschicht, wo die Entscheidung zwischen Familie und Beruf in der Vergangenheit

häufig zugunsten der Karriere gefallen war, ist Besserung sichtbar. Gut qualifizierte und berufstätige Frauen bekamen in den letzten Jahren deutlich mehr Kinder. Auf die Gesamtfertilität in Deutschland hatte das bisher freilich sehr geringe Auswirkungen – zumal sich die Geburtenfreudigkeit auch regional stark verändert hat.

## Mehr Kinder im Osten Deutschlands

Im Jahr 2007 gab es zum ersten Mal seit dem enormen Geburteneinbruch der Nachwendezeit, als sich die Fertilitätsrate in Ostdeutschland halbiert hatte, wieder einen Gleichstand zwischen Ost und West: Hier wie dort bekamen die Frauen im Mittel 1,37 Kinder. Viele Kreise des Ostens haben rasant aufgeholt. In Potsdam etwa, das 1997 noch zu den fünf geburtenärmsten Kreisen der Republik gehörte, wo durchschnittlich nur 0,92 Kinder je Frau zur Welt kamen, hat sich die Fertilität 2008 auf 1,38 Kindern erhöht – das ist immerhin deutscher Durchschnitt. Aber auch in Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern oder im thüringischen Eisenach haben die Kreißsäle wieder deutlich mehr Kundschaft. Der vorpommersche Landkreis Demmin hat mit 1,70 Kindern je Frau sogar das lange Jahre führende niedersächsische Cloppenburg als geburtenstärksten Landkreis abgelöst. 2008 ist nur noch ein Kreis aus den neuen Bundesländern unter den zehn geburtenärmsten zu finden: die Universitätsstadt Greifswald mit einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,14.

Jene Zeiten, in denen vor allem ländliche Regionen hohe und urbane Zentren sehr niedrige Kinderzahlen aufwiesen, scheinen zu Ende zu gehen. Gerade auf dem Lande in Westdeutschland, wo bis vor wenigen Jahren unter eher traditionellen Familienverhältnissen höhere Kinderzahlen die Norm waren, sind diese zurückgegangen. In vielen städtischen Regionen mit einem hohen Anteil qualifizierter, erwerbstätiger Frauen ist die Fertilität hingegen gestiegen. In den östlichen Bundesländern mit ihrer generell

hohen Frauenerwerbsquote dürfte die Einführung des Elterngeldes dem Nachholen von aufgeschobenen Geburten einen zusätzlichen Schub verliehen haben.

Die neue Familienpolitik mit dem Elterngeld und langfristig besseren Betreuungsbedingungen entfaltet somit gerade unter besser qualifizierten, erwerbstätigen Frauen ihre beabsichtigte Wirkung. Allerdings haben die Kinderzahlen auch am anderen Ende des sozialen Spektrums zugenommen: bei gering qualifizierten und arbeitslosen jungen Frauen in wirtschaftlichen Krisenregionen. Ihnen bietet die Mutterrolle eine Alternative zu Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit und über Transferleistungen ein höheres Einkommen. In weiten Teilen Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsen-Anhalts, im Saarland, aber auch in den krisengeschüttelten westdeutschen Hafenstädten Bremerhaven und Wilhelms- haven werden Frauen besonders häufig bereits vor ihrem 20. Geburtstag Mütter. In wirtschaftlich desolaten Regionen wie der Prignitz (Brandenburg), dem Salzlandkreis (Sachsen-Anhalt) oder Pirmasens (Rheinland- Pfalz) werden zwischen acht und zehn Prozent aller Kinder von Teenagern geboren. Der bundesdeutsche Durchschnitt liegt bei lediglich drei Prozent.

Deutlich gewachsen ist auch der Anteil in Deutschland geborener Kinder mit Migra- tionshintergrund. Heute ist etwa ein Fünftel aller Einwohner Deutschlands aus dem Ausland zugewandert oder hat mindestens einen Elternteil mit Migrationserfahrung. Bei den unter Zehnjährigen beträgt dieser Anteil bereits 33 Prozent – denn Zuwanderer sind im Mittel jünger als Einheimische und sie haben mehr Kinder. Allerdings gleicht

Weiterer Geburtenrückgang programmiert

Auch wenn eine moderne Familienpolitik es schaffen sollte, die durchschnittliche Kinderzahl je Frau zu erhöhen, dürfte die Zahl der Geborenen in Deutschland auf absehbare Zeit weiter sinken. Denn aufgrund der seit den 1970er Jahren niedrigen Fertilität wird auch die Gruppe der potenziellen Mütter immer kleiner. Zwischen 2007 und 2008 beispielsweise hat sich die durchschnittliche Kinderzahl je Frau leicht erhöht – dennoch wurden weniger Kinder geboren, weil die Zahl der Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren innerhalb eines Jahres um 300.000 abgenommen hat.

Jahr	Geburten in Deutschland	Frauen zwischen 15 und 44 Jahren
1960	1.261.614	15.220.147
1970	1.047.737	15.523.738
1980	865.789	16.966.985
1990	905.675	16.873.837
2000	766.999	16.816.554
2005	685.795	16.367.353
2006	672.724	16.132.870
2007	684.862	15.880.924
2008	682.514	15.567.428
2009	665.142	15.249.990

Entwicklung der Geburten und der Zahl potenzieller Mütter in Deutschland 1960 bis 2009 (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Eurostat)

sich die durchschnittliche Kinderzahl je Frau relativ rasch an den deutschen Durchschnitt an. Migrantinnen der zweiten Generation bekommen nur noch wenig mehr Kinder als Alteingesessene.<sup>3</sup>

Wirksame Familienpolitik braucht einen langen Atem. Erst in einigen Jahren wird sich zeigen, ob sich die Menschen in Deutschland wieder für mehr Kinder entscheiden. Es ist jedoch auch möglich, dass die seit mehr als einer Generation sehr niedrigen Kinderzahlen bereits zu einer sozialen Selbstverständ- lichkeit geworden sind und sich kaum noch politisch beeinflussen lassen. Doch auch wenn die neue Familienpolitik ihr erklärtes Ziel – mehr Nachwuchs – nicht erreichen

kann, bleibt sie unerlässlich. Der Arbeits- markt kann angesichts des demografischen Wandels auf die vielen qualifizierten Frauen nicht verzichten, schon deshalb sind qualita- tiv hochwertige Kinderbetreuung wie auch Ganztags- schulen notwendig. Diese Einrich- tungen können obendrein die Chancengleich- heit für Kinder in einem zunehmend sozial polarisierten und ethnisch gemischten Land verbessern.

# 2

## Bildung: endlich Mittelmaß

Als die Deutschen im Jahr 2001 zum ersten Mal die ernüchternden Ergebnisse des internationalen Schulleistungstests „Pisa“ zu Gesicht bekamen, war das Erschrecken groß. Die Studie förderte zu Tage, dass über ein Fünftel der 15-Jährigen in Deutschland nur auf Grundschnulniveau lesen konnte. Zudem war in keinem vergleichbaren Industrieland der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft abhängig wie hierzulande. Unter dem Eindruck dieser Ergebnisse entzündete sich eine wichtige Debatte um die offenkundigen Mängel im deutschen Bildungssystem. Dann folgten die ersten Reformen – und mittlerweile hat sich Einiges zum Besseren gewendet. In der jüngst veröffentlichten Pisa-Studie 2009 landeten die deutschen 15-Jährigen mit ihren Leseleistungen immerhin auf Platz 16 und damit im Mittelfeld der 34 seit 2000 beteiligten Staaten. Im Jahr 2000 landete Deutschland im letzten Drittel der Länder und war damit schlechter als der OECD-Durchschnitt. Der Anteil besonders schwacher Lese-Schüler ist gegenüber der ersten Pisa-Studie von knapp 23 auf 19 Prozent gesunken. Zudem ist inzwischen das Elternhaus weniger ausschlaggebend dafür, wie gut die Kinder lesen können.<sup>4</sup>

### Bildungsverlierer

Überall in Deutschland finden sich deutlich mehr Männer als Frauen unter den Schulabgängern ohne Abschluss. Am größten sind die Bildungsunterschiede zwischen den Geschlechtern in Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Dort machen Männer fast zwei Drittel der Schulabgänger ohne Abschluss aus. Insgesamt ist die Situation in Mecklenburg-Vorpommern am schlechtesten – jeder siebte männliche Schulabgänger des Jahres 2009 blieb dort ohne Abschluss.

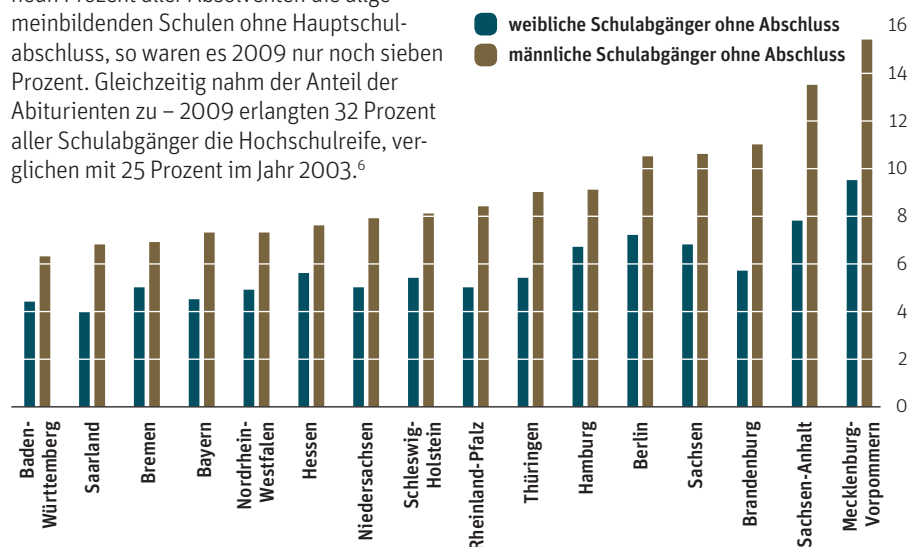
Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschnulabschluss an allen Schulabgängern nach Geschlecht im Jahr 2009 in Prozent  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)

Große Fortschritte hat die professionelle Betreuung und Förderung von Kindern im Vorschulalter in Kinderkrippen und Kindergärten gemacht. Die Vorschulbetreuung trägt nicht nur dazu bei, dass Kinder ihre sozialen Kompetenzen sowie die Sprach- und Kommunikationsfähigkeit ausbauen, sondern kann auch Nachteile aufgrund der sozialen Herkunft oder des Migrationshintergrundes ausgleichen. Von den Drei- bis Fünfjährigen werden mittlerweile 93 Prozent in irgendeiner Weise in Kindertagesstätten betreut – allerdings nur etwa ein Drittel von ihnen vor- und nachmittags. Bei den unter Dreijährigen liegt Deutschland mit einer Betreuungsquote von etwa 20 Prozent zwar noch immer im unteren Mittelfeld der EU-Länder, hat sich jedoch seit 2006 (14 Prozent) schon erheblich verbessert.<sup>5</sup> Im Osten, der seine Krippen aus DDR-Zeiten über die Wende gerettet hatte, gab es nie einen Mangel.

Eine weitere Verbesserung erzielte Deutschland bei den allgemeinbildenden Schulabschlüssen: Verließen im Jahr 2003 noch neun Prozent aller Absolventen die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschnulabschluss, so waren es 2009 nur noch sieben Prozent. Gleichzeitig nahm der Anteil der Abiturienten zu – 2009 erlangten 32 Prozent aller Schulabgänger die Hochschulreife, verglichen mit 25 Prozent im Jahr 2003.<sup>6</sup>

Ein Grund, sich bildungspolitisch zurückzulehnen, ist dies alles nicht. Nach wie vor bestehen erhebliche Unterschiede bei den Bildungserfolgen der Jugendlichen, wenn man die Ergebnisse nach Geschlecht, Migrationshintergrund, nach sozialer oder regionaler Herkunft getrennt betrachtet. Immer noch besitzt das Elternhaus einen viel zu großen Einfluss: Während es die Kinder leitender Angestellter zu Anteilen zwischen 47 Prozent (Bayern) und 63 Prozent (Brandenburg) auf ein Gymnasium schaffen, gelingt dies Kindern ungelerner Arbeiter nur zu acht (Bayern) bis 20 Prozent (Thüringen).<sup>7</sup>

Generell spalten die Bildungssysteme der ostdeutschen Bundesländer die Schülerschaft stärker als die der westdeutschen: Die Abiturientenquote ist im Osten (42 Prozent) höher als im Westen (30 Prozent) der Republik, gleichzeitig bleibt aber ein deutlich größerer Anteil von Schülern ohne Hauptschnulabschluss – im Schlusslichtland Mecklenburg-Vorpommern waren es 2009 zwölf Prozent



aller Schulabgänger. Auch Berlin, Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt schneiden mit Quoten zwischen acht und elf Prozent schlecht ab. Lediglich Thüringen weist mit sieben Prozent einen geringeren Wert auf. Im Westen liegt die Quote der Abgänger ohne Abschluss zwischen fünf Prozent in Baden-Württemberg und im Saarland sowie acht Prozent in Hamburg.

## Männliche Jugendliche bei der Bildung benachteiligt

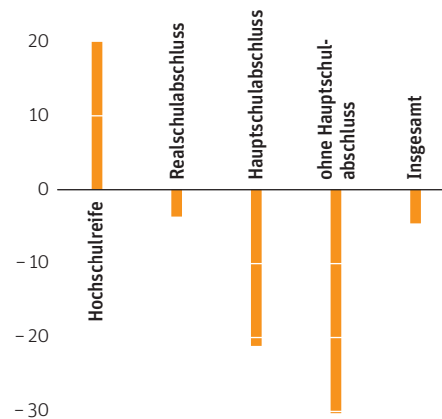
Mädchen erzielen heutzutage im Durchschnitt bessere Bildungsabschlüsse als Jungen. Männliche Jugendliche machen in Deutschland fast zwei Drittel der Schulabgänger ohne Abschluss aus. Umgekehrt stellen junge Frauen über 55 Prozent der Abgänger mit Hochschulreife.

In etwa 80 von insgesamt 413 Kreisen war im Jahr 2008 die Zahl der männlichen Schulversager mindestens doppelt so hoch wie die der weiblichen. Besonders prekär ist die Situation der männlichen Jugend in sehr ländlichen oder altindustrialisierten Regionen. Im Landkreis Ostvorpommern blieben im Jahr 2008 sage und schreibe 18 Prozent aller männlichen Schulabgänger des Jahres ohne Hauptschulabschluss – das ist Negativrekord für Deutschland. Kaum besser ist die Situation in Wismar und Mecklenburg-Strelitz (Mecklenburg-Vorpommern), in den Kreisen Prignitz und Oder-Spree (Brandenburg) sowie im Burgenlandkreis oder Anhalt-Bitterfeld (Sachsen-Anhalt). Überall dort schaffen mehr als 15 Prozent der jungen Männer nicht einmal einen Hauptschulabschluss. Diese Kreise sind meist typische Abwanderungsgebiete, und die Schulabschlüsse weisen darauf hin, dass diese Regionen durch den Wegzug der besser gebildeten und motivierten jungen Menschen, darunter mehr Frauen als Männer, intellektuell verarmen.

## Trend zum Abschluss mit Hochschulreife

Innerhalb von zehn Jahren hat sich die Anzahl an Schulabgänger ohne Abschluss um fast ein Drittel reduziert. Auch an den Haupt- und Realschulen wurden 2009 weniger entsprechende Abschlüsse gemacht als noch 1999. Der Rückgang der Schülerzahlen insgesamt ist eine, aber nicht die entscheidende Ursache für diese Entwicklung. Vielmehr gewinnt der Abschluss mit der Hochschulreife an Bedeutung: Rund ein Fünftel mehr Absolventen verließen die Schule mit dem Abitur oder einem gleichwertigen Abschluss.

Entwicklung der Absolventenzahlen nach Schulabschluss 1999 bis 2009 in Prozent  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)



Doch auch einige westdeutsche Städte und Kreise verzeichnen besonders schlechte Bildungsergebnisse: In der pfälzischen Industriestadt Ludwigshafen am Rhein, wo ein sehr hoher Anteil der Jugendlichen einen Migrationshintergrund hat, und im Landkreis Leer (Niedersachsen) lag der Anteil männlicher Schulabgänger ohne Abschluss bei 15 respektive 13 Prozent. Ohne Schulabschluss lässt sich heute, anders als noch vor einigen Jahrzehnten, praktisch keine Lehrstelle mehr finden. In der Folge wächst in der männlichen Bevölkerung der Anteil jener, die keinen Berufsabschluss vorweisen können: Während von den heute über 64-jährigen Männern in Deutschland 15 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung besitzen, sind es bei den 30- bis 34-jährigen sogar 17 Prozent.<sup>8</sup> Höchst problematisch bleibt die mangelhafte Bildung von Migranten, wie die Pisa-Studien zeigen. 15-jährige Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund haben gegenüber einheimischen Kindern einen Lernrückstand von durchschnittlich mehr als einem Schuljahr. Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede in Bayern, Rheinland-Pfalz, Hessen, Hamburg, Bremen und Berlin. Nordrhein-Westfalen zeigte die geringsten Leistungsunterschiede zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund. Trotz aller Fortschritte im Bildungsbereich hat in vielen Bundesländern etwa ein Viertel aller Schüler schlechte Chancen auf eine Berufsausbildung, weil sie über keinen oder nur einen niedrigen Schulabschluss verfügen.<sup>9</sup>

Die Zahl der Schüler in Deutschland wird in Zukunft aus demografischen Gründen kontinuierlich sinken. Sind es gegenwärtig noch zwölf Millionen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, so werden es im Jahr 2025 nur noch 9,5 Millionen sein. Rein rechnerisch würden dadurch bis 2025 die erforderlichen Bildungsausgaben des Staates um 21 Prozent sinken.<sup>10</sup> Eine große Chance liegt darin, die frei werdenden Mittel nicht einfach einzusparen, sondern für eine Verbesserung des Bildungssystems zu verwenden. Ausbaufähig ist etwa das Angebot an Ganztagschulen, von dem gegenwärtig erst ein Viertel aller Schüler profitiert. Immerhin hat sich das Angebot seit 2002 mehr als verdoppelt.

Auch scheidet altersbedingt in den kommenden Jahren etwa ein Fünftel des pädagogischen Personals an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen aus.<sup>11</sup> Wenn diese Lehrer ersetzt werden, bietet sich die Chance, besser qualifizierte Pädagogen einzustellen, pädagogische Berufe attraktiver zu machen, das Lehrer-Schüler-Verhältnis zu verbessern und mehr Männer und mehr Migranten zu Lehrern auszubilden.



# 3

## Dem Einwanderungsland gehen die Einwanderer aus

Seit 1955, als die ersten Gastarbeiter in Deutschland eintrafen, sind per Saldo mehr als neun Millionen Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen. Weil sie Familien gegründet haben, leben hierzulande mittlerweile 16 Millionen Einwohner, die einen sogenannten Migrationshintergrund besitzen: Sie sind selbst nach Deutschland zugewandert oder haben mindestens einen Elternteil, auf den das zutrifft. Deutschland war in den vergangenen Jahrzehnten eines der wichtigsten Einwanderungsländer der Welt. Migranten machen heute ein Fünftel der Bewohner aus.

Doch ein Einwanderungsland ist Deutschland längst nicht mehr. Kamen im langjährigen Mittel mehr als 200.000 Zuwanderer pro Jahr nach Deutschland, so ist dieser Wert schon seit 2003 rückläufig. 2008 verließen erstmals seit 1984 mehr Menschen Deutschland als zuzogen. Daraus resultierte ein Wanderungsverlust von 56.000, im Jahre 2009 waren es immerhin 13.000. Die Bundesrepublik verzeichnet seit 2006 sogar eine Netto-Abwanderung in die Türkei – 2008 waren es rund 10.000 Personen. Größere Einwanderergruppen kamen in diesem Jahr lediglich aus den armen EU-Ländern Rumänien (10.000) und Bulgarien (8.000).<sup>12</sup>

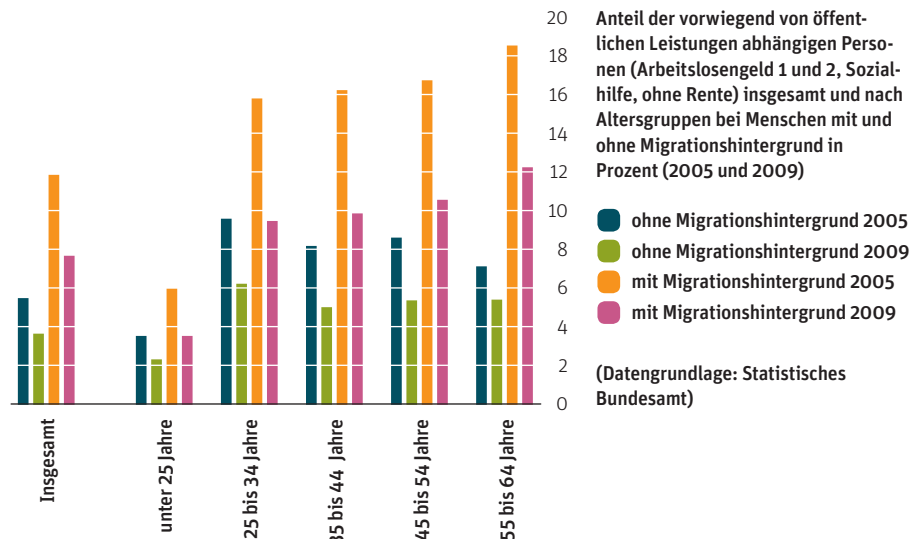
Selbst deutsche Staatsbürger zieht es vermehrt in wirtschaftlich attraktivere Länder: Seit 2005 ist deren Wanderungssaldo negativ. Von jenen etwa 70.000 deutschen Staatsbürgern, die 2008 der Bundesrepublik den Rücken kehrten, gingen beispielsweise 21.000 in die Schweiz, 7.000 nach Österreich und jeweils 5.000 nach Großbritannien und in die USA sowie 4.000 nach Kanada. Insgesamt gingen Deutschland in der jüngsten

ten Vergangenheit per Saldo mehr deutsche Staatsbürger verloren als Ausländer zuzogen. Die 2,6 Millionen Gastarbeiter, die zwischen 1955 und 1974 nach Deutschland kamen, fanden noch auskömmliche Jobs in Bergbau und Industrie. Doch seither wurden mehr und mehr manuelle Tätigkeiten und Jobs für gering qualifiziertes Personal wegrationalisiert oder ins Ausland verlagert. Jene 5,5 Millionen Menschen, die seit dem Jahr 1989 im Saldo zugewandert sind, hatten kaum noch Chancen, ohne anerkannte Qualifikationen einen guten Arbeitsplatz zu finden. So blieben Einwanderer über die Jahre immer häufiger ohne Beschäftigung, mussten mit schlecht bezahlten Tätigkeiten vorlieb nehmen oder

wurden zu Empfängern von Sozialleistungen. Unter den Zugewanderten und deren Nachkommen sind vergleichsweise viele jüngere Menschen. Das liegt zum einen daran, dass Migranten tendenziell im jungen Erwerbsalter einwandern, und zum anderen daran, dass sie im Mittel mehr Kinder haben. Deshalb stellen Migranten bei einem Bevölkerungsanteil von 20 Prozent heute mehr als ein Drittel des Nachwuchses. Doch diesem demografischen Potenzial steht eine triste Realität gegenüber: Während Einheimische im besten Erwerbsalter zwischen 35 und 44 Jahren zu 86 Prozent erwerbstätig sind, beträgt diese Quote bei Personen mit Migrationshintergrund lediglich 72 Prozent.

### Integration profitiert von wirtschaftlicher Belebung

Seit 2005, als die Bundesrepublik die höchste Arbeitslosigkeit ihrer Geschichte verzeichnete, ist die Zahl der Erwerbslosen um 40 Prozent gesunken. Menschen mit Migrationshintergrund haben davon überproportional profitiert: Waren 2005 noch fast zwölf Prozent aller Migranten überwiegend von Sozialtransfers abhängig, so fiel diese Quote bis 2009 auf weniger als acht Prozent. Zugewanderte und deren Nachkommen bleiben dennoch doppelt so häufig auf den Staat angewiesen wie Alteingesessene.



Allerdings bilden Migranten keine homogene Gruppe. So erweisen sich etwa Zuwanderer aus EU-Ländern als ökonomisch gut integriert. Deren Erwerbstätigenquote ist ähnlich hoch wie die von Einheimischen. Doch während der Anteil überwiegend von öffentlichen Leistungen Abhängiger bei Einheimischen fünf Prozent ausmacht, beträgt er bei Spätaussiedlern zehn, bei Türkischstämmigen 15 und bei Migranten aus dem Mittleren Osten gar 20 Prozent. Wichtige Ursachen für die schlechte Integration vieler Migranten in den Arbeitsmarkt sind ihre nicht anerkannten ausländischen Abschlüsse und mangelhafte Qualifikation: Zehn Prozent der Migranten verfügen über keinerlei Bildungsabschluss – bei den Einheimischen sind es nur knapp zwei Prozent. Dabei ist nicht nur das geringe Bildungsniveau von einigen Zuwanderungsgruppen selbst ein Problem, sondern auch die Tatsache, dass deren bereits in Deutschland geborene Nachkommen oft nicht viel besser dastehen.<sup>13</sup>

Je attraktiver eine Region in der Vergangenheit für Zuwanderer war – etwa weil die dortige Industrie viele Arbeitskräfte brauchte – umso größer ist heute der Anteil unqualifizierter Migranten. So ist in den früheren Schwerindustrie-Metropolen Essen und Duisburg der Anteil der Personen ohne Schulabschluss unter Migranten etwa elfmal so hoch wie unter Einheimischen. Die schlechtesten Werte erreichen die Regionen Rhein-Main (Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden) und Rheinpfalz (mit der Chemie-Metropole Ludwigshafen), wo Migranten 16- bis 17-mal so häufig ohne Abschluss sind wie Einheimische.

Während Personen ohne Bildung und Beschäftigung die Sozialsysteme belasten, entwickelt sich um Fachkräfte – Ingenieure, Wissenschaftler und Ärzte, aber auch um Facharbeiter, um Tischler, Krankenschwestern oder Automechaniker – zunehmend ein internationaler Wettbewerb. Verglichen mit klassischen Einwanderungsnationen wie den USA, Kanada, aber auch mit der Schweiz war Deutschland bisher wenig erfolgreich beim

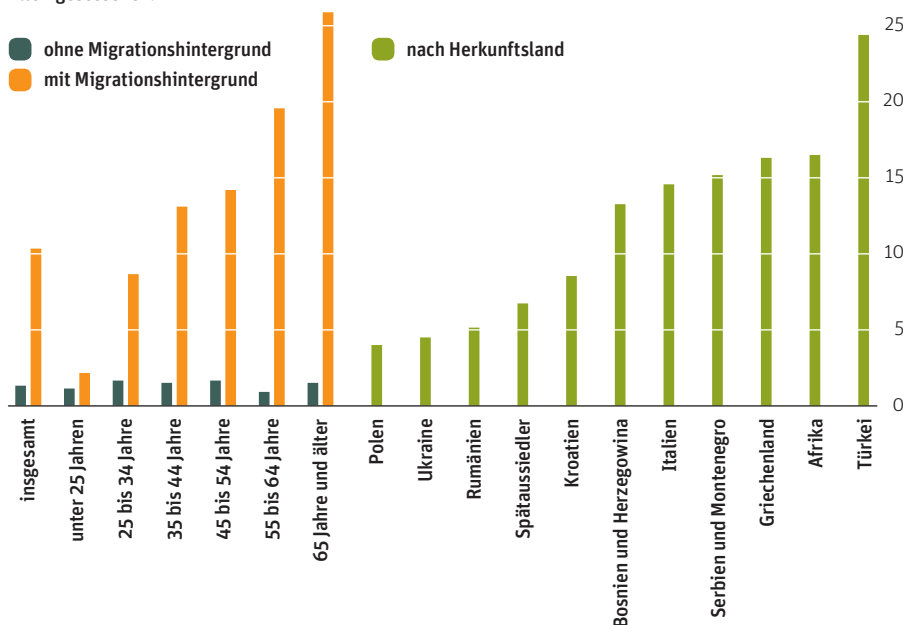
Anwerben qualifizierter Migranten. Ganze 157 Personen kamen 2009 aus Nicht-EU-Ländern und erhielten hierzulande eine Niederlassungserlaubnis als so genannte Hochqualifizierte. Während in den USA und in der Schweiz Hochqualifizierte die größte Einwandergruppe stellen und gering Qualifizierte die kleinste, ist es hierzulande umgekehrt.<sup>14</sup> Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen wählen andere Nationen ihre Migranten gezielt nach gesuchten Berufsabschlüssen aus und schrecken Unqualifizierte durch geringe Sozialleistungen ab. Auf der anderen Seite versprechen die durchlässigen Arbeitsmärkte in den USA oder Kanada mit ihrer großen Lohnspreizung qualifizierten und motivierten Zuwanderern binnen kurzer Zeit beruflichen und sozialen Aufstieg: In den USA schaffen es

Migranten oder deren Kinder bis in die Vorstandsetagen großer Unternehmen, oder sie gründen gleich selbst erfolgreich eine Firma. In Deutschland gelingt so etwas kaum.

In Zukunft wird Deutschland angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels und der demografischen Alterung seiner Bevölkerung mehr und mehr auf Zuwanderung angewiesen sein. Doch je besser qualifiziert ein Migrant ist, desto mehr kann er wählen zwischen Staaten und Regionen mit unterschiedlichen Einwanderungsbedingungen, Einkommens- oder Aufstiegsmöglichkeiten. Deutschland muss im Vergleich zu seinen Wettbewerbern auf dem Markt für gut ausgebildete Zuwanderer wesentlich attraktiver werden, will es nicht weiter ins Hintertreffen geraten.

## Mangelnde Bildung bleibt das Hauptproblem

Jeder zehnte Migrant hat keinen Schulabschluss – bei den Einheimischen nur jeder vierundsechzigste. Dass die heute schon ältere Generation der Gastarbeiter nicht über einen in Deutschland anerkannten Abschluss verfügt, ist wenig verwunderlich – wurde sie doch ins Land geholt, um einfache Arbeiten zu erledigen. Doch auch unter den Jüngeren ist der Anteil derer, die keine formale Bildung besitzen, mehr als doppelt so hoch wie unter Alteingesessenen.



Anteil der Personen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss (ohne Personen, die sich noch in der Ausbildung befinden) insgesamt, nach Altersgruppe bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie nach Herkunftsland in Prozent (2009) (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)

# 4

## Die demografische Wende erreicht den Arbeitsmarkt

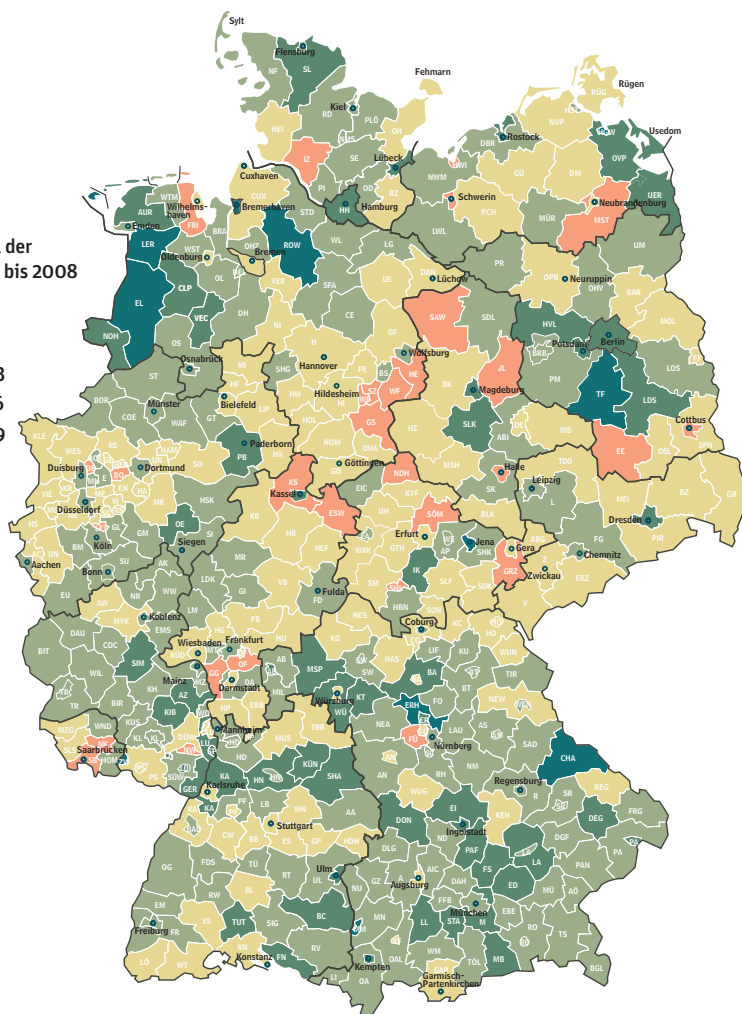
Im Jahr 1980 war die damalige Bundesrepublik Deutschland gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nach der Schweiz, Luxemburg und Island die wirtschaftlich viertstärkste Nation Europas. 2009 schaffte es das wiedervereinigte Deutschland gerade noch auf Rang 14.<sup>15</sup> Die Kosten der Wiedervereinigung und die insgesamt schwache wirtschaftliche Dynamik der zwei Nachwende-Jahrzehnte ließen das neue Deutschland gegenüber anderen europäischen Staaten deutlich zurückfallen. Von 1991 bis 2005 stieg die Zahl der Arbeitslosen nahezu kontinuierlich an und erreichte 2005 mit 4,86 Millionen ein bis dahin ungekanntes Niveau. Mit einer Arbeitslosenquote von zwölf Prozent – zehn Prozent im Westen und 19 Prozent im Osten – wies Deutschland einen der höchsten Werte innerhalb der EU auf.

Daran gemessen war der anschließende Aufschwung beeindruckend. Innerhalb von drei Jahren reduzierte sich die Zahl der Arbeitslosen um 32 Prozent. Bereits im Oktober 2008 gab es erstmals seit 1992 wieder weniger als drei Millionen Arbeitslose zu vermelden – allein in den neuen Bundesländern sank die Zahl um 500.000.<sup>16</sup> Kritiker verweisen allerdings auf eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit, von der schätzungsweise über eine Million Menschen betroffen sind. So viele Personen verstecken sich jedenfalls in staatlich geförderter Kurzarbeit und in „arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen“, ohne tatsächlich produktiv zu sein.<sup>17</sup>

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 2005 bis 2008 in Prozent

- Abnahme
- plus 0 bis unter 3
- plus 3 bis unter 6
- plus 6 bis unter 9
- plus 9 und mehr

(Datengrundlage: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder)



### Stabil durch die Krise

In der Aufschwungphase nach 2006 profitierte der Arbeitsmarkt einerseits von einem Boom der Weltwirtschaft. Andererseits wirkten die Arbeitsmarktreformen der bis 2005 regierenden rot-grünen Koalition – um den Preis eines größeren Drucks auf Arbeitslose, die fortan weniger Leistungen erwarten konnten oder eher im Niedriglohnsektor Beschäftigung fanden. Lag der Anteil der Geringverdiener (mit weniger als zwei Dritteln des Medianeinkommens) im Jahr 2000 noch bei knapp 18 Prozent, so war er bis 2006 auf mehr als 22 Prozent gestiegen.<sup>18</sup>

### Mehr Jobs – fast überall

Der wirtschaftliche Aufschwung zwischen 2005 und 2008 hat fast überall in Deutschland Arbeitsplätze geschaffen. Besonders stark war das Jobwachstum in den Metropolräumen Berlin, Hamburg, Stuttgart und München. Eine außergewöhnliche wirtschaftliche Entwicklung nahm die ländliche Region im Westen Niedersachsens, wo die Landkreise Leer und Emsland zu den größten Jobmotoren zählen. In abgelegenen ländlichen Kreisen Nordhessens, Südniedersachsens und der neuen Bundesländer schrumpfte hingegen die Zahl der Erwerbstätigen trotz des nationalen Booms.



Auch unter einem anderen Aspekt haben die Reformen Wirkung gezeigt: Während seit 1965 jede Konjunkturkrise einen höheren Sockel der Arbeitslosigkeit zurückgelassen hatte als die vorherige, erwies sich der deutsche Arbeitsmarkt in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 als erstaunlich robust. Zwischen 2008 und 2010 stieg die Erwerbslosenquote nur geringfügig und lag im Juni 2010 bei lediglich sieben Prozent. Deutschland fand sich damit im unteren Drittel der Werteskala der 27 EU-Staaten. Zwar konnten in der Phase des Booms fast alle deutschen Regionen Arbeitsplätze hinzugewinnen, besonders stark entwickelte sich die Wirtschaft aber in den Metropolregionen Berlin, München, Stuttgart und Hamburg. Unter den Bundesländern verzeichneten zwischen 2005 und 2008 die beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg das stärkste Jobwachstum. Dort gelangten über sechs Prozent mehr Menschen in Arbeit. In der Mehrheit der westdeutschen Bundesländer lag dieser Wert zwischen drei und vier, in den ostdeutschen Bundesländern zwischen zwei und drei Prozent. Das Saarland profitierte am wenigsten.

Zwei wirtschaftsstarke Ballungsräume, das Rhein-Main-Gebiet und das Rheinland, entwickelten sich in diesem Zeitraum allerdings eher schwach und schafften nur unterdurchschnittliches Wachstum. Das Ruhrgebiet konnte erstmals seit langem den weiteren Jobverlust stoppen und hat zumindest geringfügig zugelegt. Außergewöhnlich positiv war die Beschäftigungsentwicklung in Westniedersachsen, speziell in den Landkreisen Leer und Emsland, in denen mehr als zehn Prozent neue Arbeitsplätze hinzugekommen sind.

Spitzenreiter im Osten ist der brandenburgische Landkreis Teltow-Fläming vor den Toren Berlins. Ist sein gesamtes Beschäftigungswachstum mit elf Prozent zwischen

2005 und 2008 schon beachtlich, so hat sich dort die Zahl der Arbeitsplätze im produzierenden Sektor sogar um fast 25 Prozent erhöht. Dass so viele neue Jobs ausgerechnet in der Fertigungsindustrie entstehen, ist in Deutschland eine absolute Ausnahme.

Trotz der positiven Tendenz entwickelten sich die Erwerbstätigenzahlen in einigen ländlichen Kreisen weitab von wirtschaftlichen Zentren rückläufig: Die Landkreise Elbe-Elster in Brandenburg sowie Mecklenburg-Strelitz, das Jerichower Land und der Altmarkkreis Salzwedel in Sachsen-Anhalt haben weiter Arbeitsplätze verloren. Das Gleiche gilt für manche Kreise in Nordhessen, in Südniedersachsen, im Saarland und an der Nordseeküste – manche sind bereits seit Jahren Regionen des wirtschaftlichen Niedergangs.

Mittlerweile hat der demografische Wandel in Deutschland endgültig den Arbeitsmarkt erreicht – wenngleich zunächst anders als erwartet. Denn die Arbeitslosigkeit ist nicht allein deshalb gesunken, weil zwischen 2005 und 2008 rund 3,7 Prozent mehr Menschen einen Job fanden. Entlastung brachte dem Arbeitsmarkt auch die Verrentung der zahlenmäßig sehr großen, vor 1945 geborenen Altersgruppe. In die Kohorte der 60- bis 64-Jährigen aufgerückt ist hingegen die Generation der in den ersten Nachkriegsjahren Geborenen, die etwa ein Drittel kleiner war. Dadurch hat die Zahl der Personen in der ältesten erwerbsfähigen Gruppe zwischen 2005 und 2008 um 441.000 Menschen, respektive fast zehn Prozent abgenommen. Allein durch diese Alterseffekte sank die Zahl der arbeitslosen über 55-Jährigen um etwa 150.000 Personen.<sup>19</sup>

Doch dieser Effekt bleibt einmalig. Von nun an wird die Zahl älterer Erwerbsfähiger jahrelang wachsen. Erst in Zukunft wird sich erweisen, ob diese dauerhaft in den Arbeitsmarkt integriert werden können und ob der geplante spätere Eintritt ins Rentenalter auch zu mehr Beschäftigung für Ältere führt. Die

eigentliche demografische Wende findet am jüngeren Ende der Alterspyramide statt: Denn die Zahl der 15- bis 18-Jährigen, darunter viele Lehrlinge, ist zwischen 2005 und 2008 um 360.000 Personen geschrumpft. Während in den Jahren bis 2006 bei den Arbeitsagenturen noch 40.000 bis 50.000 Anwärter registriert waren, die keine Lehrstelle bekamen, gab es davon 2009 nur noch 9.600. Ostdeutschland, wo derzeit die halbierte Nachwendegeneration ins Ausbildungsalter kommt, hat 2009 zum ersten Mal ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen angebotenen Lehrstellen und Nachfragern registriert.<sup>20</sup> Diese Relation wird sich mehr und mehr zuungunsten der Arbeitgeber entwickeln. Das bedeutet gute Aussichten für Jugendliche, die zunehmend von Unternehmen und Universitäten umworben werden. Und schlechte Aussichten für die deutsche „Sozialindustrie“, die im Auftrag der Politik über Jahre Hunderttausende „nicht vermittelbare“ junge Menschen in vorgeblich berufsqualifizierenden Maßnahmen geparkt und dafür pro Jahr vier bis fünf Milliarden Euro vom deutschen Steuerzahler kassiert hat.

In den kommenden 20 Jahren wird die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren in Deutschland jedes Jahr um durchschnittlich 340.000 Personen abnehmen.<sup>21</sup> Die schrumpfende Zahl Erwerbsfähiger wird nicht nur die wachsende Gruppe der Pensionäre finanzieren, sondern auch die Innovationskraft der Wirtschaft sichern müssen. Der enorme Wohlstandszuwachs, den die Westdeutschen in der Wirtschaftswunderzeit und die Ostdeutschen nach der Wiedervereinigung erlebt haben, ist in Zukunft nicht mehr zu erwarten.

# 5

## Sozialsysteme: magere Zeiten für die Babyboomer

Deutschlands Öffentlichkeit und auch die Politik haben die schleichende Alterung der Gesellschaft lange Zeit kaum wahr- und wenig ernst genommen. Das war für kurzfristig Denkende auch nicht nötig, denn die starke Gruppe der in den 1960er Jahren geborenen Babyboomer sorgt bis heute mit ihren Steuern und Sozialbeiträgen für hohe Einnahmen des Staates. Bis zur Jahrtausendwende gab es vergleichsweise wenige alte Menschen und immer weniger Kinder – beide Gruppen kosten das Gemeinwesen Geld. Doch jetzt nähert sich die Phase, da die starken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Nach den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes dürfte die Bevölkerung im heutigen Erwerbsalter von 20 bis 64 Jahren bis 2020 um 1,6 bis zwei Millionen, bis 2050 jedoch sogar um elf bis 14 Millionen schrumpfen – bundesweit um ein Viertel. Gleichzeitig wächst die Gruppe der über 64-Jährigen an: um knapp zwei Millionen bis 2020 und um sechs bis sieben Millionen bis 2050. Anders ausgedrückt: Während zurzeit auf 100 Erwerbsfähige 34 Menschen im (heutigen) Rentenalter kommen, werden es bis 2050 fast doppelt so viele sein. Im Jahr 2050 dürfte jeder siebente in Deutschland lebende Mensch 80 Jahre oder älter sein – ein dreimal so hoher Anteil wie heute.<sup>22</sup>

Deutschland sieht hierbei im internationalen Vergleich besonders alt aus. Weltweit altern – gemessen am Anteil der über 64-Jährigen – nur die Italiener, Südkoreaner und Japaner schneller als die Deutschen. In Japan, wo bereits heute 23 Prozent der Bevölkerung über 64 sind, dürften es 2050 rund 38 Prozent sein, in Deutschland immerhin 33.<sup>23</sup>

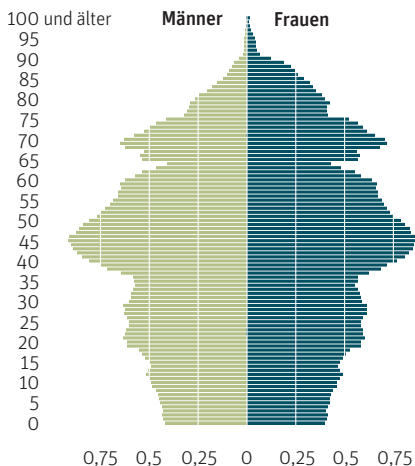
Damit stehen die Sozialsysteme vor einem enormen Anpassungsdruck. Die Renten etwa lassen sich künftig nur finanzieren, wenn entweder die Beiträge steigen, wenn die Summe der Einzahlungen nicht so schnell schrumpft wie vorausgesagt (etwa, wenn mehr Menschen erwerbstätig werden) oder aber die Auszahlungen sinken. Vermutlich läuft es auf eine Mischung der Veränderungen hinaus: Die Menschen werden künftig mehr und/oder länger arbeiten, sich aber dennoch mit bescheideneren Renten abfinden müssen.

### Rückgang der Erwerbsbevölkerung als Herausforderung für die Rentenkassen

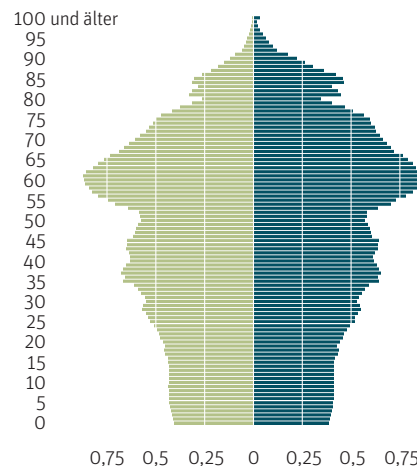
Im Jahr 2009 waren rund 50 Millionen Einwohner in Deutschland zwischen 20 und 64 Jahre alt. 16 Jahre später werden voraussichtlich nur noch 45 Millionen im Erwerbsalter sein – und bis 2050 nochmals neun Millionen weniger. Diese Entwicklung geht einher mit einer sinkenden Zahl von Steuer- und Abgabenzahlern, die das Sozialsystem und die Rentenkassen mittragen. Doch gerade die Sozialkassen werden in Zukunft höhere Ausgaben haben, da mehr Menschen in das Rentenalter gelangen und durch die steigende Lebenserwartung auch länger Rente beziehen.

Anteil der jeweiligen Altersjahre in Prozent der Gesamtbevölkerung  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)

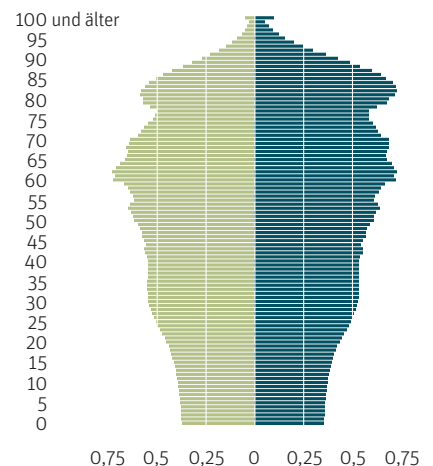
Deutschland 2009



Deutschland 2025



Deutschland 2050

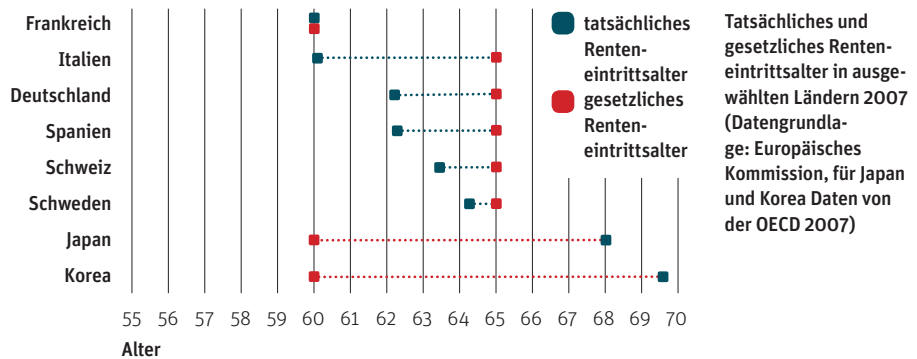


## Altersarmut bei vielen Rentnern zu erwarten

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung beschlossen, das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre anzuheben, was de facto einer – notwendigen – Rentenkürzung entspricht. Der neue Schwellenwert gilt jedoch erst von 2030 an als Regelaltersgrenze. Bis zu diesem Zeitpunkt allerdings dürfte die mittlere Lebenserwartung in Deutschland um weitere Jahre angestiegen sein. Wird der 2004 neu in die „Rentenanpassungsformel“ aufgenommene „Nachhaltigkeitsfaktor“ einbezogen, der die Alterung der Bevölkerung berücksichtigt, können männliche Rentner in Westdeutschland im Durchschnitt mit relativ stabilen Renten rechnen. Frauen haben im Mittel sogar einen Zuwachs vor sich, weil immer mehr von ihnen über die Jahre erwerbstätig geworden sind. Insgesamt bleibt ihr Rentenniveau aber niedriger als das der Männer. Dafür beziehen sie die Zahlungen aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung länger. Im Osten sieht es schlechter aus: Beginnend mit den Jahrgängen 1947 bis 1951 werden die durchschnittlichen Renten kontinuierlich in Richtung Grundsicherung oder sogar darunter sinken. Denn viele Menschen in den neuen Bundesländern waren seit der Wende lange Zeit ohne Arbeit oder waren schlecht bezahlt und als Teilzeitkräfte beschäftigt. Sie konnten während ihres Erwerbslebens nur niedrige Ansprüche erwirtschaften und laufen jetzt Gefahr, in die Altersarmut abzuweichen. Generell müssen vor allem die gering Qualifizierten in Ost und West, darunter viele Migranten, mit derartigen Einbußen rechnen. Über die Hälfte der westdeutschen, fast die Hälfte der ostdeutschen Frauen und knapp ein Drittel der ostdeutschen Männer haben Monatsrenten von weniger als 600 Euro zu erwarten. Kommt eine Inflation hinzu, verlieren die Renten weiter an Wert.

## Viele Erwerbstätige gehen vorzeitig in den Ruhestand

Das gesetzliche Renteneintrittsalter von Frauen liegt in vielen EU-Ländern bei 65 Jahren, für Frauen in Italien bei 60 und in der Schweiz bei 63 Jahren. Doch tatsächlich gehen die meisten Menschen schon Jahre früher in Rente. In Japan oder Korea ist die Situation umgekehrt. Männer und Frauen arbeiten in Japan bis zum 68. und in Korea bis zum 70. Lebensjahr – und somit deutlich länger als vorgeschrieben. Dahinter stehen finanzielle Gründe sowie der gesellschaftliche Stellenwert von Arbeit.



Diese Zukunftsaussichten stehen im krassen Gegensatz zu der Versorgung heutiger Rentner. Wer in der jüngeren Vergangenheit in den Ruhestand ging, konnte im Allgemeinen auf eine dauerhafte Vollbeschäftigung zurückblicken. Bei einer jährlichen Durchschnittsrente von rund 13.000 Euro gehören die heutigen Rentner zu der reichsten Alterskohorte, die das Land je gesehen hat – und auf absehbare Zeit gesehen haben wird. Das Armutsrisiko unter heutigen Rentnern, also der Anteil jener, die mit maximal 60 Prozent des Durchschnittseinkommens leben müssen, liegt mit zwölf Prozent unter dem in der Gesamtbevölkerung von 15 Prozent.<sup>24</sup>

## Leben auf Pump

Zusätzlich gefährdet wird das Rentensystem durch politische Geschenke an die wachsende Gruppe von Ruheständlern. Mehrfach wurden die nach der Rentenformel eigentlich notwendigen Nullrunden beziehungsweise Rentenkürzungen ausgesetzt. Ausgerechnet zum Höhepunkt der letzten Wirtschaftskrise (und vor der letzten Bundestagswahl) waren die Renten im Westen um 2,4 und im Osten um 3,4 Prozent gestiegen.<sup>25</sup> Da die Mittel

für die Extrazahlungen in den Rentenkassen gar nicht vorhanden sind, und diese ohnehin bereits einen jährlichen Steuerzuschuss von rund 80 Milliarden erhalten, werden diese Geschenke nur durch eine immer höhere Staatsverschuldung ermöglicht. Diese hatte Ende 2010 1,8 Billionen Euro erreicht.<sup>26</sup> Hinzuzurechnen sind überdies die bereits versprochenen, künftig fälligen Leistungen für Gesundheit, Pflege, Renten und Pensionen, die nicht durch künftige Einnahmen gedeckt sind. Diese „verdeckte Staatsschuld“, auch „Nachhaltigkeitslücke“ genannt, macht nach Schätzungen noch einmal mindestens acht Billionen Euro aus, somit etwa das Dreifache des Wertes aller produzierten Güter und Dienstleistungen (Bruttoinlandsprodukt) eines Jahres. All diese Leistungen werden durch die steigende Lebenserwartung zwangsläufig immer teurer – und sind von den kommenden Generationen zu erbringen.

Auch wenn längeres Arbeiten entscheidend zur Entlastung der Rentenkassen beiträgt, ist es kein Patentrezept, denn nicht alle Menschen werden länger Arbeit finden. Heute sind 72 Prozent der hoch qualifizierten

Erwerbstätigen im Alter von 55 bis 64 erwerbstätig, aber nur 39 Prozent der gering Qualifizierten. Für gut Ausgebildete wird sich die Lage eher verbessern, weil der wachsende Fachkräftemangel die Nachfrage erhöht. Wer aber zu wenig gelernt hat, für den entscheidet der Bildungsstand immer häufiger darüber, ob sie oder er arm oder reich alt wird. Insgesamt stellen sich die Deutschen längst darauf ein, länger zu arbeiten: So ist die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen seit 2000 von 37 auf 56 (2009) gestiegen. Sie liegt aber immer noch um 14 respektive zwölf Prozentpunkte unter dem Niveau in Schweden oder der Schweiz, wo es schon länger üblich ist, bis zum theoretischen Renteneintrittsalter auch tatsächlich zu arbeiten.<sup>27</sup>

Doch während sich das Rentenalter angesichts der immer weiter steigenden Lebenserwartung und der besseren Gesundheit der Menschen mit guten Argumenten auch auf über 67 Jahre anheben lässt, kann man das Auftreten von altersbedingten Krankheiten nicht durch eine Verordnung aufschieben. Auch die Pflegebedürftigkeit richtet sich nicht nach vorgegebenen Altersgrenzen.

Weil sich die medizinischen Möglichkeiten fortwährend verbessern, steigen zudem die Kosten der Versorgung mit zunehmendem Alter rapide an. Viele chronische Krankheiten wie Diabetes, Bluthochdruck und Verschleißerscheinungen sind heute parallel behandelbar. Selbst Organausfälle und einige Krebsarten lassen sich therapieren – allerdings zu hohen Kosten. Die Häufigkeit der altersbedingten Makuladegeneration, einer Augenkrankheit, die zur Erblindung führen kann, dürfte bis 2050 um 125 Prozent zunehmen, Oberschenkelhalsbrüche bei älteren Menschen um 88 Prozent, Herzinfarkte um 75 Prozent und Demenzen um etwa 100 Prozent.<sup>28</sup> Auf die Einwohnerzahl umgerechnet wird der Anteil der Erkrankten noch wesentlich höher ausfallen, denn Deutschlands Bevölkerung dürfte bis 2050 um acht bis zwölf Millionen schrumpfen. Insgesamt ist – selbst unter der Annahme, dass die Menschen immer mehr Lebensjahre bei guter

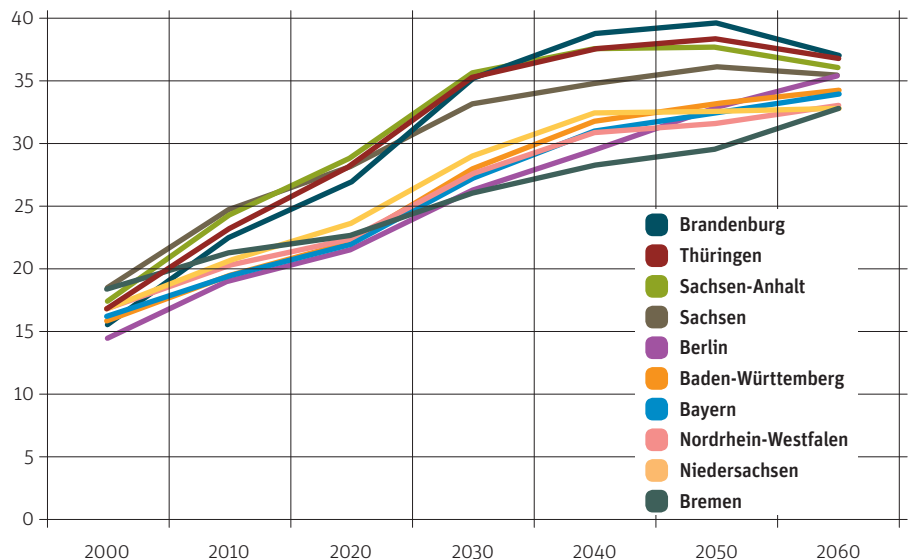
Gesundheit erleben – damit zu rechnen, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2030 um rund 50 Prozent erhöht und bis 2050 auf 4,5 Millionen verdoppelt.<sup>29</sup> Die öffentlichen Ausgaben für Pflege dürften sich in dem Zeitraum auf über zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes mehr als verdoppeln.<sup>30</sup>

Heute werden die meisten auf Pflege Angewiesenen zu Hause von Angehörigen versorgt, etwa zur Hälfte von den eigenen Kindern. Die Aussichten auf familiäre Unterstützung können sich auf mittlere Sicht sogar verbessern, denn bis etwa 2030 kommen die Eltern der geburtenstarken Babyboomer in ein Alter mit hoher Pflegewahrscheinlichkeit. Doch insgesamt verschlechtert sich das Verhältnis von Pflegebedürftigen zu potenziellen

Betreuern. Besonders betroffen sind dabei Gebiete, aus denen viele junge Menschen abgewandert sind. Verschärft werden die Bedingungen dadurch, dass der Arbeitsmarkt immer mehr Mobilität verlangt, dass immer mehr Frauen erwerbstätig sind und immer weniger Geschwister bereit stehen, um die Last der Pflege aufzuteilen. Zudem sind die Scheidungsraten in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich angestiegen. Es stehen also immer weniger Schwiegertöchter zur Pflege bereit, wie es in der Vergangenheit noch oft der Fall war. Letztlich wirkt sich auch die Erhöhung des Renteneintrittsalters negativ auf die Möglichkeit aus, die eigenen Eltern zu versorgen. Vor allem für die wachsende Zahl von Menschen ohne Kinder müssen daher andere Möglichkeiten der Versorgung gefunden werden.

## Nach 2050 sinkt die Zahl Älterer in Ostdeutschland

Laut den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes nimmt der Anteil über 64-Jähriger bis 2050 in allen Bundesländern kontinuierlich zu. Während in den folgenden Jahren bis 2060 in den westdeutschen Bundesländern und in den Stadtstaaten deren Anzahl nochmals zunehmen wird, werden die ostdeutschen Bundesländer bereits ihre Spitze der Alterung erreicht haben und im Schnitt sogar wieder jünger. In Brandenburg wird der Anteil Älterer von knapp 40 auf 37 Prozent im Jahr 2060 sinken. Grund ist die zahlenmäßig sehr kleine Generation, die in der Zeit des Geburtentiefs nach 1990 geboren wurde.



Anteil über 64-Jähriger an der Gesamtbevölkerung in ausgewählten Bundesländern 2000 bis 2060 in Prozent (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)

# 6

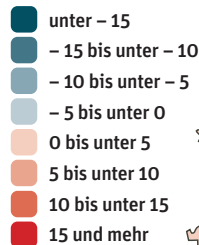
## Bevölkerungsentwicklung: das Schrumpfen weitet sich aus

Ende 2002 registrierte das Statistische Bundesamt in der Bundesrepublik Deutschland 82.536.680 Einwohner. Das war die höchste Einwohnerzahl der Geschichte – seit Kriegsende hatte die Bevölkerung fast ununterbrochen zugenommen. Im September 2010 lebten bereits über 770.000 Menschen weniger in Deutschland. Der neue Trend dürfte für lange Zeit ohne Umkehr sein. Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass Deutschland im Jahr 2050 vermutlich nur noch knapp 70 Millionen Einwohner haben wird – so viel wie zuletzt 1951.

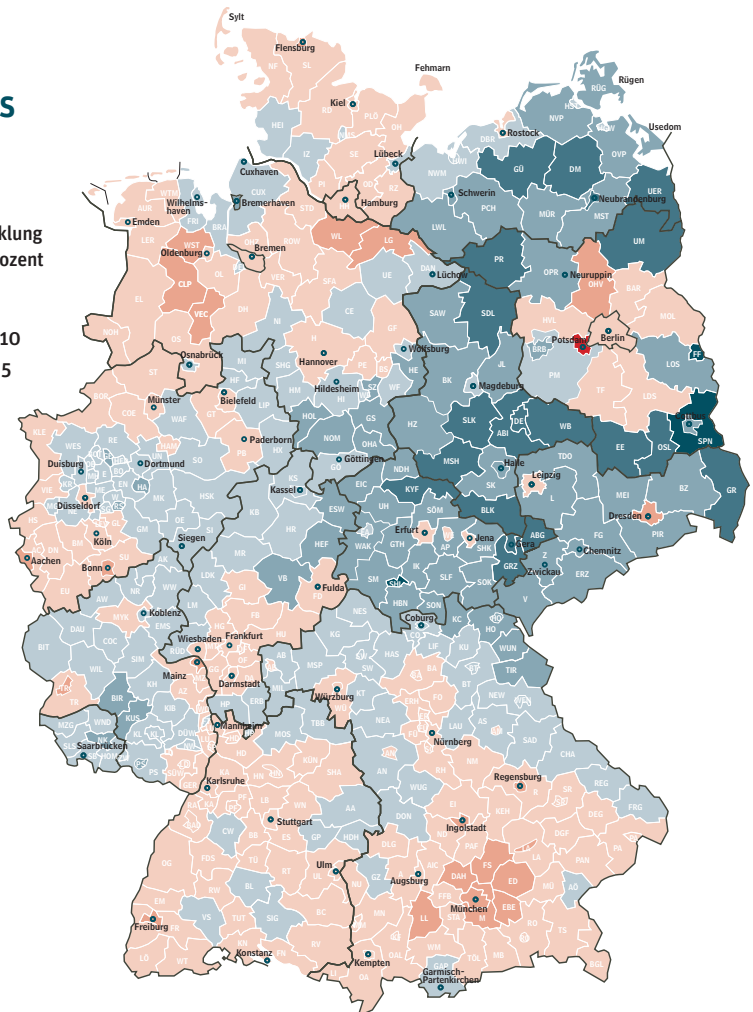
Die Ursachen der demografischen Entwicklung reichen weit zurück, zu ändern sind sie nicht mehr. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau liegt seit Ende der 1970er Jahre bei etwa 1,4. Jede Generation neu Geborener ist dadurch im Vergleich zu der ihrer Eltern um ein Drittel kleiner. Seit 1972 sterben in Deutschland jedes Jahr mehr Menschen als zur Welt kommen. Der „Sterbeüberschuss“ war in der Vergangenheit leicht auszugleichen, kamen doch im langjährigen Mittel seit 1972 etwa 200.000 Zuwanderer nach Deutschland. So wuchs die Einwohnerzahl zunächst weiter.

Doch in den vergangenen Jahren hat die Politik die Türen weitgehend verschlossen, und für gut Qualifizierte, die der Arbeitsmarkt eigentlich dringend bräuhete, ist Deutschland nur wenig attraktiv. Seit 2002 ist der Wanderungsgewinn rückläufig, und 2008 haben zum ersten Mal seit der Wirtschaftskrise Anfang der 1980er Jahre wieder mehr Menschen Deutschland verlassen als zugezogen sind.

Bevölkerungsentwicklung  
2000 bis 2008 in Prozent



(Datengrundlage:  
Statistisches Bundesamt,  
Bundesamt für Bauwesen und  
Raumordnung)



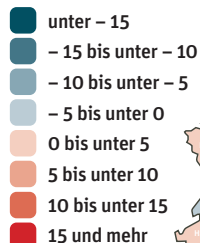
### Das Ende des Wachstums

Im Jahr 2050 dürfte Deutschland Prognosen zufolge nur noch etwa 70 Millionen Einwohner haben. Zwar sterben hierzulande seit 1972 mehr Menschen als geboren werden, aber bis 2002 ließ sich dieser natürliche Schwund über die Zuwanderung ausgleichen. Seit 2003 schrumpft die Bevölkerung – zunächst in kleinen und künftig in immer größeren Schritten. Der Sterbeüberschuss wird sich bis Mitte des Jahrhunderts auf rund eine halbe Million Menschen pro Jahr summieren.

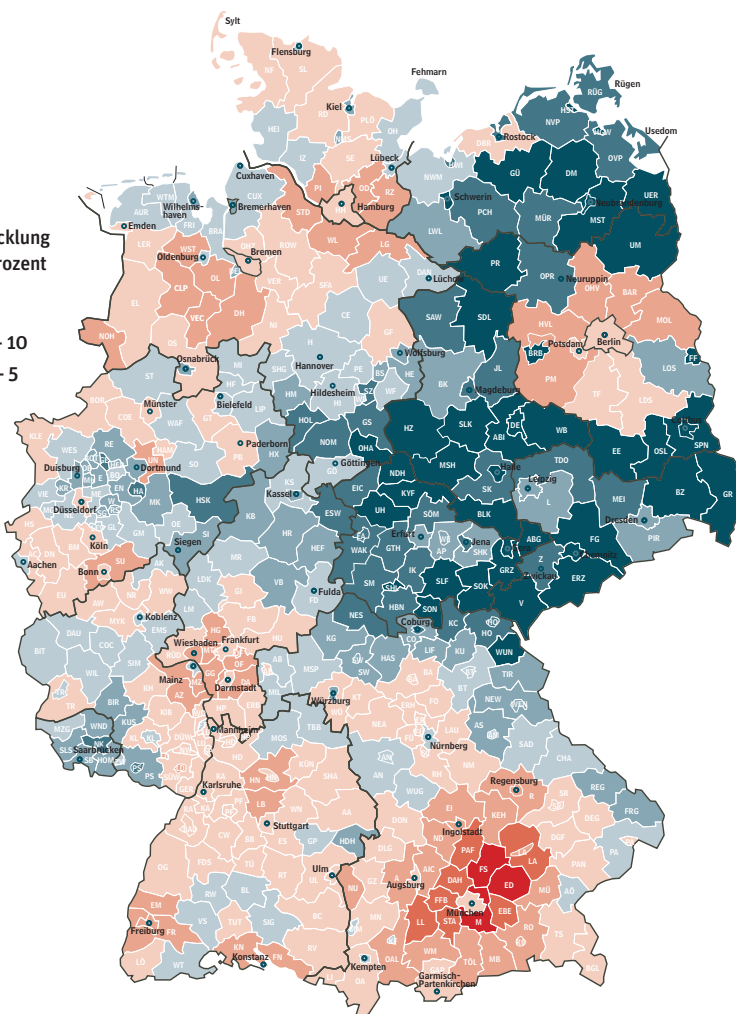
Bereits heute verlieren etwa zwei Drittel aller Kreise Bevölkerung. Am gravierendsten ist die Entwicklung in Ostdeutschland, wo lediglich in zehn Großstädten die Einwohnerzahlen zu Lasten des ländlichen Raumes zulegen. Auch Westdeutschland ist entlang der früheren innerdeutschen Grenze und entlang der Grenze zu Tschechien von Bevölkerungsverlust betroffen. Ebenso verlieren das Ruhrgebiet, die Südwestpfalz und das Saarland Einwohner.



**Prognostizierte  
Bevölkerungsentwicklung  
2008 bis 2025 in Prozent**



(Datengrundlage:  
Statistisches Bun-  
desamt, Bundesamt  
für Bauwesen und  
Raumordnung)



Künftig werden die Sterbeüberschüsse kontinuierlich ansteigen. Die geburtenstarken 1950er und 1960er Jahrgänge kommen langsam in ein Alter, in dem die Sterbewahrscheinlichkeit steigt. Und die Zahl der nachwachsenden Kinder sinkt auf absehbare Zeit, weil zwar die Kinderzahl je Frau im Wesentlichen gleich bleibt, aber die Zahl der Frauen im fruchtbaren Alter aufgrund des Geburteneinbruchs seit den 1970er Jahren kontinuierlich sinkt.

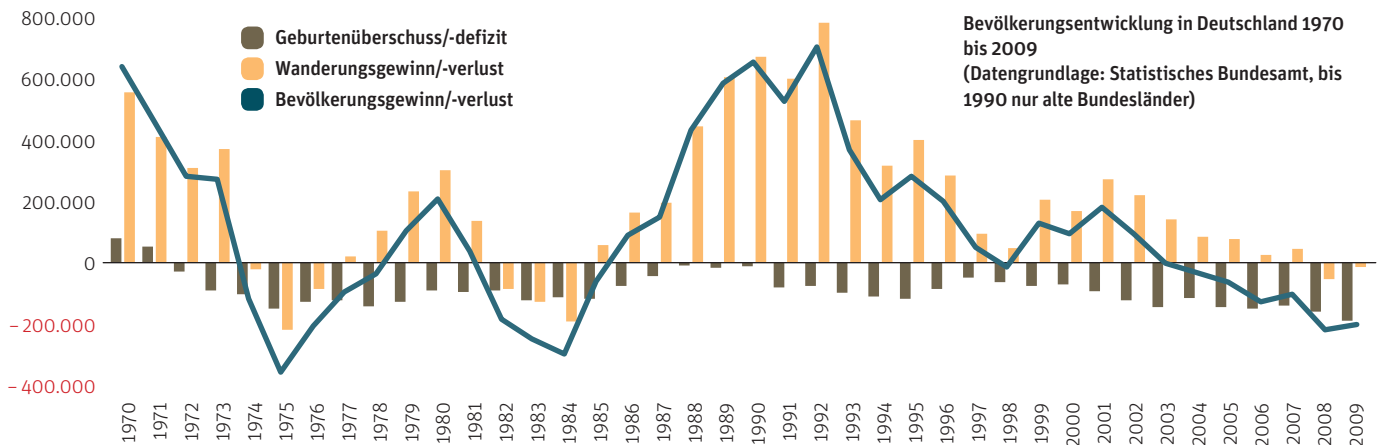
Die deutsche Bevölkerung schrumpft jedoch regional sehr ungleichmäßig. Am stärksten nimmt die Einwohnerzahl in Ostdeutschland ab, wobei der größte demografische Aderlass in den Jahren direkt nach der Wende stattgefunden hat. Seit 2000 hat Brandenburg rund drei Prozent seiner Bevölkerung verloren – und damit im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern den geringsten Verlust verzeichnet. Im Nachbarland Sachsen-Anhalt dagegen leben im Vergleich zu 2000 neun Prozent weniger Einwohner. Zum einen wandern aus allen ostdeutschen Ländern weiterhin Menschen gen Westen ab. Zum anderen sind die Sterbeüberschüsse hier besonders hoch, weil der Geburteneinbruch

nach der Wiedervereinigung dafür gesorgt hat, dass Mitte der 1990er Jahre nur noch eine „halbierte Generation“ zur Welt kam. Die Bevölkerung aller Ost-Länder wird weiter stark schrumpfen – prognostiziert werden bis 2025 Verluste zwischen sechs Prozent für Brandenburg und 16 Prozent für Sachsen-Anhalt, bis 2050 sogar 29 Prozent für ganz Ostdeutschland ohne Berlin.<sup>31</sup>

Hingegen haben in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Bayern die Einwohnerzahlen seit 2000 immerhin noch um etwa zwei Prozent zugelegt, in Hamburg waren es sogar mehr als drei Prozent. Berlin, das nach der Wiedervereinigung zunächst Einwohner verloren hatte, ist mittlerweile zu einem zumindest kleinen Magneten für Zuwanderer geworden und wuchs seit 2000 um fast zwei Prozent. Da mittlerweile alle deutschen Bundesländer außer Berlin einen Sterbeüberschuss verzeichnen, kann nur noch hinzugewinnen, wer den Verlust durch Zuwanderer ausgleichen kann. Während bis 2005 im Westen nur das Saarland Bevölkerung verlor, schrumpfen jetzt auch Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

## Demografische Alterung verringert Mobilität

Die Zahl der Ost-West-Wanderer summiert sich seit 1989 im Saldo auf fast zwei Millionen, das sind mehr als zwölf Prozent der ehemaligen DDR-Bevölkerung. Schwankte der Wanderungssaldo bis zum Jahr 2002 stark von Jahr zu Jahr, so hat er sich seitdem bei jährlich etwa 50.000 „Ostflüchtlingen“ eingependelt.<sup>32</sup> Die 18- bis 29-Jährigen sind dabei traditionell die Wanderungsaktivsten. Allerdings gibt es in dieser Gruppe aufgrund der stetig dünner werdenden Jahrgänge auch immer weniger Personen. Ihre Zahl sank zwischen 1991 und 2008 im Osten um mehr als eine halbe Million auf nur noch knapp 2,5 Millionen. Auch weil die Bevölkerung altert, ist in Zukunft mit einem weiteren Rückgang der Mobilität zu rechnen.



Die Hauptwanderungsziele haben sich in der jüngeren Vergangenheit auf wenige Regionen verengt: Mit Abstand am beliebtesten ist Bayern, dorthin gingen 2008 im Saldo 14.000 Menschen aus den anderen Bundesländern und aus dem Ausland, nach Baden-Württemberg immerhin 4.000. Neben Süddeutschland waren lediglich die Stadtstaaten Berlin (15.000) und Hamburg (2.000) Ziel von größeren Wanderungen, wobei auch die angrenzenden Gebiete von Brandenburg und Schleswig-Holstein von der Anziehungskraft der beiden Stadtstaaten profitieren. So verzeichnen sieben der acht an Berlin angrenzenden Landkreise Zuzüge. Alle anderen Bundesländer verzeichnen Verluste, darunter auch die West-Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen, die 2008 seit vielen Jahren zum ersten Mal einen negativen Wanderungssaldo hatten. Das Ausbleiben von Zuwanderung aus dem Ausland dürfte mitverantwortlich dafür sein, dass in immer mehr Teilen der Bundesrepublik unter dem Strich Abwanderung zu verzeichnen ist. Außerhalb Berlins registrieren die ostdeutschen Bundesländer fast flächendeckend Abwanderung – lediglich einige Großstädte konnten sich in den letzten Jahren stabilisieren oder können gar wachsen. In Brandenburg ist es Potsdam, in Mecklenburg-Vorpommern sind es Rostock und Greifswald,

in Sachsen Leipzig, Dresden und Chemnitz. In Thüringen ragen Jena, Weimar und Erfurt als Leuchttürme aus Regionen des demografischen Niedergangs, in Sachsen-Anhalt lediglich die Landeshauptstadt Magdeburg. All diese Städte regenerieren sich zu Lasten ihres eigenen Umlandes, denn dort packen wegen des reduzierten Angebotes an Bildungseinrichtungen und Kulturstätten, vor allem aber an Unternehmen und Jobs, die jüngeren Menschen ihre Koffer.

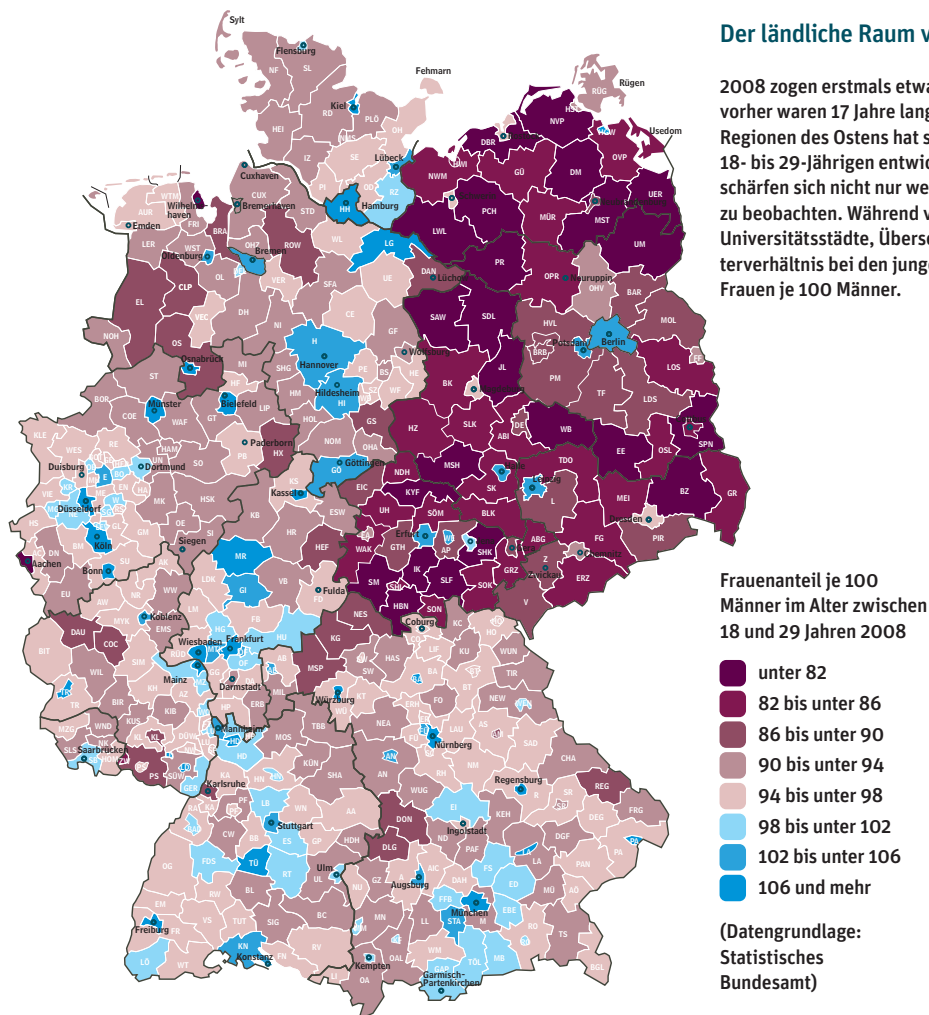
In Westdeutschland ist das Bild gemischt. Bevölkerungsmagneten bleiben die Regionen um München und Hamburg. Auch weite Teile Schleswig-Holsteins sowie der westliche Teil Niedersachsens rund ums Emsland und das Oldenburger Münsterland bleiben attraktiv für Zuwanderer. In Nordrhein-Westfalen gilt das vor allem für den an Belgien grenzenden westlichen Teil einschließlich des Rheinlandes mit den Städten Düsseldorf, Köln und Bonn. Verlassen werden im Westen viele Gebiete entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze: Der gesamte nördliche Teil Hessens, der südöstliche Teil Niedersachsens und der an Thüringen grenzende Teil Bayerns. Doch auch tief im Westen ist die Abwanderung ein Thema, so im Ruhrgebiet, in der Südwestpfalz und auf der Schwäbischen Alb. Ursache der Abwanderung ist fast immer wirtschaftliche Strukturschwäche oder eine Abgelegenheit von urbanen Ballungsräumen.

### Doppelter Bevölkerungsverlust in Deutschland

**Deutschland hat seit 2008 einen doppelten Bevölkerungsverlust:** Es werden weniger Kinder geboren als Menschen sterben und es wandern mehr Einwohner aus Deutschland aus als ein. Während das Geburtendefizit seit 1972 kontinuierlich anhält, schwankte der Wanderungssaldo in den letzten Jahrzehnten deutlich. Ende der 1980er Jahre bis 1996 kam es durch den Zuzug von durchschnittlich 200.000 Spätaussiedlern im Jahr zu hohen Wanderungsgewinnen. Zusätzlich wurden im Hochjahr 1992 mehr als 400.000 Asylbewerber in Deutschland aufgenommen. Beide Zuwanderungsströme sind bis auf wenige Tausend im Jahr verebbt. Aktuell bleiben größere Zuwanderungen aus anderen Ländern aus.

### Die Frauenabwanderung aus dem Osten geht zu Ende ...

Frauen in den neuen Bundesländern suchen häufiger eine Beschäftigung als solche im Westen, und sie haben auch deutlich höhere Bildungsabschlüsse als Männer. Gerade junge Frauen sind häufiger als Männer auf der Suche nach einem Ausbildungs- oder Studienplatz in den Westen gezogen, wegen einer Arbeitsstelle oder um dem Partner zu folgen. So ist in Ostdeutschland ein erhebliches Frauendefizit unter den 18- bis 29-Jährigen entstanden.



## Der ländliche Raum verliert junge Frauen

2008 zogen erstmals etwa gleich viele Frauen und Männer von Ost nach West – vorher waren 17 Jahre lang die Frauen in der Überzahl. Vor allem in den ländlichen Regionen des Ostens hat sich dadurch ein erhebliches Frauendefizit bei den 18- bis 29-Jährigen entwickelt. Doch die Gegensätze zwischen Stadt und Land verschärfen sich nicht nur weiter, sie sind mittlerweile auch im Westen der Republik zu beobachten. Während viele Großstädte und urbane Regionen, insbesondere die Universitätsstädte, Überschüsse an jungen Frauen aufweisen, sinkt das Geschlechterverhältnis bei den jungen Erwachsenen in immer mehr Landkreisen unter 90 Frauen je 100 Männer.

noch 78 Frauen je 100 Männer gesunken. Im Gegensatz dazu ist in einigen ostdeutschen Städten der Frauenanteil zum Teil deutlich gestiegen – etwa in Greifswald, Rostock, Erfurt, Halle, Leipzig, Jena, Weimar und Potsdam. Mittlerweile gibt es in sieben Städten des Ostens (Berlin eingeschlossen) einen deutlichen Frauenüberschuss – dies sind ausnahmslos Hochschulstandorte. Im Jahr 2000 galt dies für gar keine Stadt im Osten.

Auch im Westen verlassen junge Frauen zunehmend den ländlichen Raum. Mittlerweile gibt es in Westdeutschland 24 Kreise, in denen das Geschlechterverhältnis unter 90 Frauen je 100 Männer liegt – im Jahr 2000 waren es lediglich zehn Kreise. In etwa zwei Drittel aller westdeutschen Kreise hat sich das Geschlechterverhältnis bei den 18- bis 29-Jährigen verschlechtert. Kreise mit dem größten Frauendefizit sind auch hier die entlegenen Kreise wie Goslar (Niedersachsen), die Südwestpfalz (Rheinland-Pfalz) oder Amberg (Bayern). Im Gegensatz dazu verzeichnen die Universitätsstädte Heidelberg, Mainz und Würzburg mit mehr als 120 Frauen je 100 Männer dieser Altersklasse die höchsten Frauenanteile in Deutschland.<sup>33</sup> Die enormen Bildungserfolge junger Frauen und deren auch im Westen stark gestiegene Erwerbsbeteiligung machen ländliche Regionen mit herkömmlicher Wirtschaftsstruktur zunehmend unattraktiv. In Zukunft dürfte sich die bundesweite Bevölkerungsentwicklung angesichts einer sinkenden Einwohnerzahl immer deutlicher auf attraktive Stadträume und Metropolregionen konzentrieren. Der ländliche Raum hingegen dürfte mit wenigen Ausnahmen weiter an Bevölkerung verlieren.

Fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung schwächt sich diese Entwicklung ab. 2008 gingen im Saldo erstmals seit 1991 ebenso viele Frauen wie Männer aller Altersklassen von Ost nach West. Allerdings bleibt die Dominanz der Frauen in der mobilsten Altersgruppe von 18 bis 29 Jahren bestehen: Mit Ausnahme von Berlin, das als Großstadt junge Frauen anzieht, mangelt es in allen übrigen ostdeutschen Bundesländern auch 2008 deutlich an Frauen.

## ... doch jetzt verlassen die Frauen den ländlichen Raum im Westen

Während der Unterschied zwischen Ost und West schwindet, vergrößert sich jener zwischen Stadt und Land. In etwa der Hälfte der Kreise des Ostens hat sich das Geschlechterverhältnis in den letzten Jahren nochmals deutlich verschlechtert. Hierzu zählen fast ausschließlich von Großstädten weit entfernte ländliche Kreise wie der Altmarkkreis Salzwedel (Sachsen-Anhalt), Mecklenburg-Strelitz (Mecklenburg-Vorpommern) und der Kreis Elbe-Elster (Brandenburg). In diesen drei Kreisen ist das Verhältnis in der Altersklasse der 18- bis 29-Jährigen auf nur



# 7

## Stadt und Land: Dörfer mit ungewisser Zukunft

Jahrhundertlang kamen gerade auf dem Land besonders viele Kinder zur Welt. Für die bäuerliche Bevölkerung waren sie Arbeitskräfte und Altersversorgung zugleich. Zudem sind Menschen auf dem Land häufig konservativer als in den Städten, die hohe Bedeutung von Religion, Ehe und Großfamilie war lange ungebrochen. Auf der Suche nach einem Lebensunterhalt zogen oft jene Söhne in die Städte, die den väterlichen Hof nicht erbten. Die Töchter verdingten sich als Hausmädchen oder Köchinnen. So speiste der Bevölkerungsüberschuss des Landes das Wachstum der Städte. Doch in den vergangenen Jahrzehnten ist die Geburtenrate auch im ländlichen Raum gesunken, und fast überall sterben heute mehr Menschen als geboren werden.

Der Drang junger Menschen in die Städte ist hingegen ungebrochen. In den letzten fünfzig Jahren hat zudem der wirtschaftliche Strukturwandel die Zahl der Arbeitsmöglichkeiten im ländlichen Raum, etwa im Bergbau, in der Landwirtschaft oder der Fertigungsindustrie, zum Teil radikal vermindert. Arbeitsplätze und Bevölkerung der herausziehenden Wissensgesellschaft konzentrieren sich immer stärker in Stadt- und Metropolregionen. Bestand haben werden nur Dörfer, die für sich eine neue Funktion finden, die eigene Arbeitsplätze bieten oder sich durch besondere Attraktivität als Wohnort auszeichnen. Kleine, verkehrungünstig gelegene Dörfer in dünn besiedelten Regionen werden veröden – und einige von ihnen irgendwann verlassen sein.

### Landflucht in die Großstädte

Vor allem in jenen Bundesländern, in denen die Bevölkerungszahl insgesamt deutlich sinkt, stabilisieren sich die Großstädte, während die übrigen Regionen Bevölkerung verlieren. Auf der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ziehen mehrheitlich junge Menschen in dicht besiedelte Regionen, während ländliche Gemeinden jährlich Einwohner verlieren. In immer mehr Dörfern dünn besiedelter Regionen dürfte zukünftig das Licht ausgehen.

(Als Großstädte gelten Orte ab 100.000 Einwohner, als Mittelstädte Orte mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern, als Kleinstädte Orte mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern, als ländliche Gemeinden Orte mit unter 5.000 Einwohnern.)



Die amtliche Statistik verzeichnet in Deutschland derzeit knapp 4.600 Gemeinden und Gemeindeverbände. Lediglich 1.100 Gemeinden haben zwischen 2003 und 2008 mehr als ein halbes Prozent Bevölkerung hinzugewonnen. In rund 600 Gemeinden ist die Einwohnerzahl etwa gleich geblieben (Einwohnerentwicklung zwischen – 0,5 und + 0,5 Prozent). Über die Hälfte aller Gemeinden, etwa 2.800 an der Zahl, hat mehr als ein halbes Prozent ihrer Einwohner verloren.

Betrachtet man die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland differenziert nach Groß- (über 100.000 Einwohner), Mittel- (20.000 bis 100.000), Kleinstädten (5.000 bis 20.000) und ländliche Gemeinden (unter 5.000), so wird deutlich, dass in vielen Bundesländern die Schere zwischen städtischen und ländlichen Regionen weit auseinander geht. Lediglich Schleswig-Holstein und Bayern können aufgrund der landschaftlichen Attraktivität und der Nähe zur den Metropolen Hamburg versus München auch im ländlichen Raum noch ihre Bevölkerung relativ stabil halten – dort sind zwischen 2003 und 2008 die ländlichen Gemeinden nur um rund 0,6 Prozent geschrumpft und die Kleinstädte mit durchschnittlich 0,5 Prozent gewachsen. Hierzu tragen viele Ruhestandswanderer bei, die neben ländlicher Idylle auch eine gute Infrastruktur mit Ärzten, Apotheken und Geschäften suchen.

In jenen Bundesländern, die insgesamt deutlich Bevölkerung einbüßen, profitieren vor allem die Großstädte, während der ländliche Raum regelrecht ausblutet. In allen ostdeutschen Bundesländern verlieren die Großstädte am wenigsten Einwohner oder verzeichnen gar Zuwachs. In Sachsen etwa wuchsen die Großstädte wie Dresden und Leipzig zwischen 2003 und 2008 im Durchschnitt um 2,4 Prozent. Die sächsischen Mittelstädte verloren hingegen im Durchschnitt 5,2, die Kleinstädte 5,3 und die ländlichen Gemeinden 6,1 Prozent ihrer Bevölkerung. Ein ähnliches Muster lässt sich in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt beobach-

ten. Den deutschlandweit größten Aderlass erleben die Kleinstädte Sachsen-Anhalts. Sie verloren im Zeitraum 2003 bis 2008 im Durchschnitt sechs Prozent ihrer Einwohner. In Brandenburg hingegen wuchsen die Kleinstädte sogar. Ähnlich wie in Schleswig-Holstein dürfte dies der Nähe zu einer Metropole, in diesem Fall Berlin, zu verdanken sein. Gutverdiener und junge Familien aus der Hauptstadt zieht es häufig in verkehrsgünstig gelegene, kleinere Orte, von denen aus es sich in die Metropole pendeln lässt.

Der ostdeutsche Trend ist mittlerweile auch in westdeutschen Bundesländern zu beobachten. In Hessen etwa, wo das dicht besiedelte Rhein-Main-Gebiet wie ein Bevölkerungsmagnet wirkt, wuchsen die Großstädte um 1,3 Prozent, die ländlichen Gemeinden verloren hingegen 3,3 Prozent ihrer Einwohner. Und selbst in Bayern und Baden-Württemberg, die in den vergangenen Jahren massive Zuzüge zu verzeichnen hatten, profitieren die ländlichen Gemeinden nicht mehr vom Bevölkerungswachstum.

Wegen der bundesweit rückläufigen Bevölkerungszahlen wird sich der Wettbewerb der Kommunen um Bewohner, insbesondere um Familien und gut verdienende Steuerzahler, verschärfen. Dabei wird die Zahl der Gewinnergebiete schrumpfen und die der Verlierer zunehmen. Tendenziell dürften sich nur die größeren Städte stabilisieren, während ländliche Gemeinden verlieren. Gegenwärtig schrumpfen oft noch die Kleinstädte am stärksten, weil dort noch eine relativ junge Bevölkerung lebt, die auf der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sehr mobil ist. In Zukunft ist jedoch zu erwarten, dass sich die Kleinstädte bei einer deutlich geringeren Einwohnerzahl stabilisieren, während manche Dörfer von den Landkarten verschwinden werden.

Die starken Bevölkerungsverluste führen in ländlichen Gemeinden wie in Kleinstädten nicht nur zu Leerstand und Verfall von Gebäuden, sondern bereiten auch den kommunalen Finanzen Probleme. Denn Schrumpfung bedeutet stets einen Rückgang der Einnahmen durch weniger Steuer- und Gebührenzahler bei kaum geringeren oder sogar höheren Infrastrukturkosten. Verursacht werden diese durch überdimensionierte Wasser-, Abwasser-, Strom- oder Verkehrsnetze, deren Wartungs- und Instandhaltungskosten bestehen bleiben oder sich sogar erhöhen, wenn es weniger Nutzer gibt. Besonders teuer wird es, wenn Infrastruktursysteme aufgrund zu weniger Nutzer auszufallen drohen. So können sich beispielsweise Abwasserrohrleitungen zusetzen oder Trinkwassersysteme verkeimen, wenn der Durchfluss zu gering ist. Der erforderliche Rückbau der Leitungsnetze ist in ländlichen Gemeinden wegen des meist verstreuten Leerstandes von Gebäuden kaum zu bewerkstelligen.

Aus finanziellen aber auch aus ökologischen Gründen ist es nicht sinnvoll, in stark schrumpfenden, dünn besiedelten Regionen weiterhin flächendeckend die heute übliche Infrastruktur zu erhalten oder sogar durch Neuinvestitionen den Glauben zu vermitteln, man könne die demografische Entwicklung umkehren. Kommunalplaner wie auch private Investoren sollten deshalb darauf achten, welche Dörfer oder Siedlungen zukunftsfähig sind und welchen mit hoher Wahrscheinlichkeit der Niedergang bevorsteht. Dafür müssen die Planer wissen, welche Infrastruktur bei welchen Einwohnerzahlen erforderlich ist, um ungerechtfertigt hohe Kosten zu vermeiden. Damit künftig auf der einen Seite Schulen, Leitungssysteme und Dienstleistungsangebote überhaupt ausgelastet, auf der anderen Seite aber Mittel eingespart werden können, sollte in bestimmten Regionen die Landflucht sogar gefördert werden. Denn weniger Menschen in Deutschland werden in Zukunft auch in weniger Orten leben.

## Arm und Reich: die Mittelschicht schrumpft

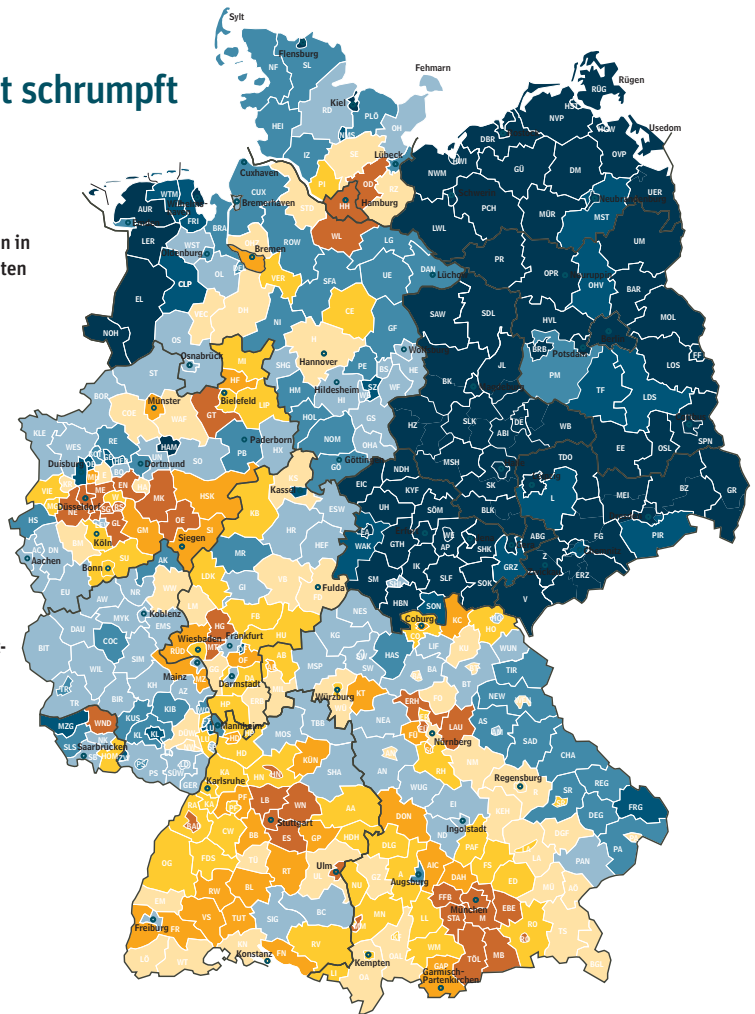
Seit den 1950er Jahren haben sich die Deutschen an eine ständige Vermehrung ihres persönlichen Wohlstandes gewöhnt. Doch mittlerweile scheint dieses Wachstum für die Bevölkerungsmehrheit beendet zu sein. Zwar haben Einkommen und Vermögen der Wohlhabenden in den vergangenen Jahren noch zugenommen, aber der Anteil der Einkommensschwachen ist gewachsen, und die Einkommens-Mittelschicht schrumpft.

Gehörten 1996 noch etwa 61 Prozent der Bevölkerung zur Mittelschicht und erzielten ein Einkommen zwischen 70 und 150 Prozent des Medianeinkommens, so hat sich dieser Anteil bis 2006 auf 54 Prozent verringert. Gleichzeitig ist der Anteil der Einkommensstarken von 16 auf 21 Prozent und jener der Armutsgefährdeten von 21 auf 26 Prozent gestiegen.<sup>34</sup> Während im oberen Zehntel der Bevölkerung die Einkommen am kräftigsten zunahmen, haben die Einkommen des untersten Zehntels nominell sogar abgenommen. Am stärksten drifteten Arm und Reich im Zeitraum von 2000 bis 2006 auseinander. Danach hat der Grad sozialer Spaltung vorerst nicht weiter zugenommen. Denn der Boom am Arbeitsmarkt bis 2008 hat auf der einen Seite die Zahl der Arbeitslosen reduziert, während die Finanzkrise auf der anderen Seite das Wachstum von Kapitaleinkünften und sehr hohen Gehältern gestoppt hat.

Verfügbares Einkommen in Prozent des bundesweiten Durchschnitts 2008

- unter 85
- 85 bis unter 90
- 90 bis unter 95
- 95 bis unter 100
- 100 bis unter 105
- 105 bis unter 110
- 110 bis unter 115
- 115 und mehr

(Datengrundlage: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder)



Ursache des Einkommensrückgangs im unteren und mittleren Einkommensbereich war zum einen die Arbeitsmarktreform Hartz IV, welche die Einkünfte von Langzeitarbeitslosen deutlich abgesenkt hat. Zum anderen ist die Zahl der Geringverdiener gewachsen. Die Einkommen der Spitzenverdiener haben hingegen deutlich zugelegt. Während in den 1990er Jahren Vorstandsmitglieder der Dax-Unternehmen im Durchschnitt das 20-fache eines normalen Mitarbeiters erhielten, lagen ihre Bezüge im Jahr 2009 beim 42-fachen.<sup>35</sup>

### Reiche Oberbayern, arme Vorpommern

Am meisten Geld in der Tasche haben die Menschen im Raum München, im Rheinland und rund um Frankfurt, Hamburg, Nürnberg und Stuttgart. Der Speckgürtel Berlins und die sächsischen Großstädte haben in den vergangenen Jahren deutlich aufgeholt. Dennoch ist nach wie vor ein klares West-Ost-Gefälle erkennbar. Mit den geringsten Einkommen müssen sich im Osten die Menschen in Vorpommern zufrieden geben und im Westen in den niedersächsischen Kreisen Wittmund und Leer. Dort boomt zwar der Arbeitsmarkt, aber die Löhne sind niedrig.

## Ungleiche Lebensverhältnisse in den Regionen

Vergleicht man den Wohlstand der Regionen Deutschlands anhand des verfügbaren Einkommens je Einwohner, so haben sich Ost- und West-Kreise seit der Wende angenähert. Im Jahr 1995 lagen – mit Ausnahme weniger Großstädte und einiger Kreise in deren direkter Umgebung – die allermeisten Regionen der neuen Bundesländer beim verfügbaren Einkommen unterhalb von 80 Prozent des deutschen Durchschnitts. Zwar hatte auch 2008 noch kein Ost-Kreis Westniveau erreicht, aber vor allem Umlandregionen von Großstädten kommen nahe an das Wohlstandsniveau West heran. Als wohlhabendste ostdeutsche Kreise erweisen sich der thüringische Wartburgkreis, in dem das Eisenacher Opelwerk steht und der Kreis Potsdam-Mittelmark, der unter gut betuchten Zuzüglern aus Berlin und Potsdam beliebt ist. Diese drei Kreise erreichten 2008 zwischen 89 und 95 Prozent des gesamtdeutschen Mittelwertes. Dresden, Cottbus und Potsdam kommen auf 83 bis 85 Prozent. Statistisch gesehen gehört auch die kreisfreie Stadt Suhl zu den wohlhabenden Regionen Ostdeutschlands. Dies scheint jedoch auf einem Datenfehler zu beruhen.

Strukturschwache Regionen des Ostens, vor allem im dünn besiedelten Norden, aber auch in Nordthüringen und in Sachsen-Anhalt, bleiben von wirtschaftlicher Dynamik abgekoppelt und dürften angesichts stark alternder und schrumpfender Bevölkerungen kaum noch aufholen. Der vorpommersche Grenzkreis zu Polen, Uecker-Randow, bleibt mit 73 Prozent des durchschnittlich verfügbaren Einkommens in Deutschland die ärmste Region der Republik. Am deutlichsten im Wohlstandsniveau zurückgefallen ist die Hauptstadt Berlin – von 98 Prozent im Jahr 1995 auf nur noch 83 Prozent in 2008. Verantwortlich dafür ist vor allem der Untergang vieler Industriebetriebe nach der Wende. Im Westen Deutschlands sind einige der reichsten Regionen wie Starnberg oder der Landkreis München im Vergleich zum übrigen Deutschland noch reicher geworden. Hier

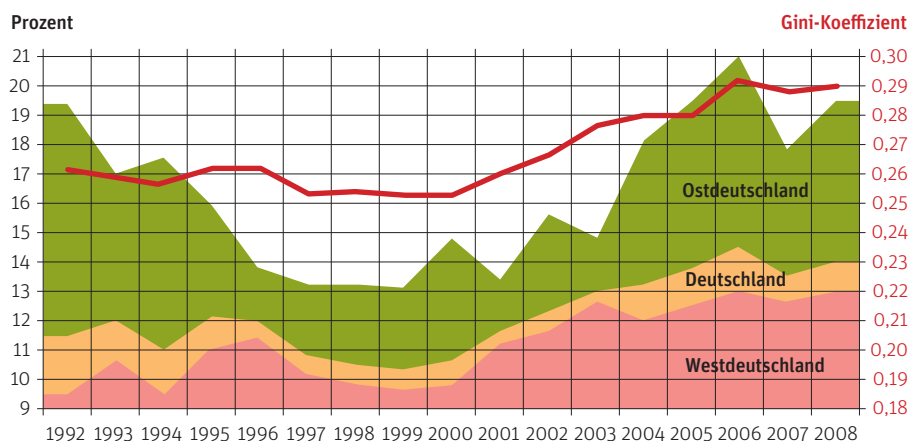
spiegelt sich die Entwicklung der letzten Jahre wieder, als die Einkommen des wohlhabendsten Teils der Bevölkerung überdurchschnittlich gestiegen sind. Das verfügbare Einkommen der Starnberger liegt jetzt bei 157 Prozent des deutschen Mittelwertes, vier Prozentpunkte höher als noch 1995. Doch zu den ärmsten Kreisen Westdeutschlands gehören mittlerweile auch bayerische Kreise, und zwar im ehemaligen Zonenrandgebiet, an der Grenze zu den neuen Bundesländern. Auch im Westen sind viele altindustrialisierte Regionen im Wohlstandsniveau abgestiegen. So finden sich heute Städte des Ruhrgebiets wie Duisburg, Gelsenkirchen und Herne unter den Schlusslichtern, aber auch Städte, die einst von maritimer Wirtschaft gelebt haben, etwa Kiel, Flensburg oder Wilhelmshaven.

Die regionale Wohlstandsentwicklung folgt tendenziell den modernen Branchen der Wirtschaft. In vielen Metropolen, in denen wissensintensive Dienstleistungen eine Hauptrolle für die lokale Ökonomie spielen, ist das verfügbare Einkommen deutlich gewachsen. Gleiches gilt für beliebte Wohngegenden in der Nähe solcher Metropolen. Klassische Industrieregionen hingegen, in denen Bergbau, Eisen- und Stahlproduktion, Schiffbau oder traditionelle Fertigungsindustrien niedergegangen sind, haben relativ gesehen Wohlstandseinbußen erlitten.

In Zukunft dürften sich diese regionalen Verwerfungen zwischen armen und reichen Gebieten eher vergrößern. Denn vor allem in demografisch schrumpfenden Regionen mit ihrer überalterten Bevölkerung werden die Kaufkraft und damit die Binnennachfrage sinken. Aber auch für die Durchschnittsbürger ist kaum mit einem weiteren Wohlstandswachstum zu rechnen: Denn die immer kleiner werdende Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter muss immer mehr Mittel aufwenden, um die wachsende Zahl von Älteren angemessen zu versorgen. Produktivitätsfortschritte, die in der Vergangenheit den Wohlstand aller gemehrt haben, werden künftig benötigt, um den demografischen Wandel zu bewältigen.

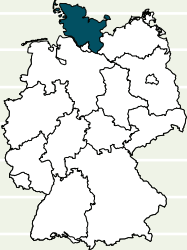

## Finanzkrise hat auch die Reichen ärmer gemacht

Im Vergleich zu den 1990er Jahren ist die Verteilung der Einkommen in Deutschland deutlich ungleicher geworden. Vor allem zwischen 1999 und 2006 wurden die Reichen reicher und die weniger Wohlhabenden im Rahmen der Hartz-IV-Reformen ärmer. Der Wirtschaftsboom zwischen 2005 und 2008 brachte viele Menschen in Arbeit und ließ die Einkommen der Reichen stark anwachsen. Die anschließende Finanzkrise hat für mehr „Gerechtigkeit“ gesorgt, weil sie die enormen Kapitaleinkünfte und sehr hohe Gehälter gekappt hat.



Armutsquoten<sup>36</sup> (in Prozent) und Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient) in Deutschland 1992 bis 2008. Je höher der Gini-Koeffizient, desto ungleicher ist das Einkommen der Einwohner verteilt. (Datengrundlage: Grabka, Markus M./ Frick, Joachim R. (2010))

# SCHLESWIG-HOLSTEIN UND HAMBURG

	Schleswig-Holstein		Hamburg	
Einwohnerzahl 2009	2.832.000		1.774.000	
Einwohnerzahl 2025 (Prognose)*	2.858.000		1.853.000	
Binnenwanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2004 bis 2008	3,2		4,9	
Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2008	1,42		1,25	
Migrantenanteil in Prozent 2008	13,0		27,8	
Durchschnittsalter 2008	43,4		42,3	
Haushaltseinkommen pro Kopf in Euro 2008	18.457		23.447	

\* Beruht auf regionalen Bevölkerungsprognosen des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

## Zwei Länder oder „Nordelbien“?

Anfang 2009 wäre es beinahe aus gewesen mit der HSH Nordbank. Die gemeinsame Landesbank der Bundesländer Schleswig-Holstein und Hamburg hatte Milliardenverluste angehäuft, mehr als 3.400 Arbeitsplätze waren in Gefahr. Ihre Haupteigentümer, die zwei nördlichsten deutschen Bundesländer, einigten sich schließlich auf ein milliardenschweres Hilfspaket zur Rettung der Bank.

Mit Kooperationen haben Hamburg und Schleswig-Holstein Erfahrung: Sie teilen sich unter anderem das Statistische Landesamt und die evangelisch-lutherische Landeskirche, ihre Unternehmer sind zusammen in einem Verband organisiert, und sie lassen sich gemeinsam bei der Europäischen Union vertreten. Nicht nur deshalb hat die – zumindest vorläufige – Rettung der Landesbank eine seit der Nachkriegszeit immer wieder aufflammende Debatte erneut angefacht: Beide Länder, so heißt es, würden davon profitieren, wenn sie zu einem Nordstaat fusionierten. Als „Nordelbien“ könnten sie die Effizienz der Verwaltung erhöhen, sparsamer wirtschaften und ihre hohe Verschul-

dung abbauen. Sie täten sich leichter bei grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekten, etwa beim Bau von Autobahnen oder der Vertiefung der Elbe für große Schiffe, sodass beide Länder besser im Standort-Wettbewerb bestehen könnten.

Doch trotz aller Diskussionen – die Länderfusion dürfte vorerst Fantasie bleiben. Hart kalkulierende Skeptiker mahnen, dass die Hochzeit mehr Geld kosten als einsparen würde, weil mit ihr für den Schleswig-Holstein-Teil jährliche Einnahmen von rund 170 Millionen Euro (2009) aus dem Länderfinanzausgleich wegfielen.<sup>37</sup> Zudem würde sich in beiden Ländern die Stimmkraft pro Einwohner im Bundesrat in etwa halbieren. Vor allem aber ist die Bevölkerung beider Bundesländer gegen eine Fusion, weil die Menschen um den Erhalt ihrer jeweiligen kulturellen Identität fürchten. Zu ungleich sind die beiden potenziellen Partner: auf der einen Seite die liberale Weltstadt Hamburg mit ihren knapp 1,8 Millionen Bürgern, auf der anderen Seite das eher konservative Agrarland Schleswig-Holstein mit seinen 2,8 Millionen Bewohnern, das sich in der Werbung gerne mit Kühen, Raps und Waterkant präsentiert.

Wegen seiner Nord- und Ostseehäfen ist Schleswig-Holstein ein wichtiger Bundeswehrstandort. Heute ist das Militär zwar immer noch einer der größten Arbeitgeber im Land, doch die Truppe zieht sich zunehmend zurück. Bis 2012 sollen 60.300 Soldaten weniger im Bundesland stationiert sein. Dutzende Stützpunkte wurden bereits aufgegeben. Der Verlust von regionalen Arbeitsplätzen ist das eine Problem. Das andere ist die Nachnutzung einer frei werdenden Fläche von rund 6.000 Hektar – was dem Gebiet der Städte Rendsburg, Büdersdorf und Itzehoe zusammen entspricht. Mit dem Konversionsprogramm der Landesregierung fließen seit 2000 dreistellige Millionenbeträge als Infrastrukturförderung in die betroffenen Regionen. Zum Beispiel nach Kappeln-Olpnitz

an der Ostsee, von wo nach der Schließung eines Marinehafens im Jahr 2006 rund 1.500 Soldaten mit ihren Familien abgezogen wurden. Die Militäranlage wird nun zu einem Yachthafen mit Hotel, Golfplatz und Restaurants umgebaut. Ein drei Kilometer langer Strand soll das Ressort umgeben. Die Einwohner hoffen, dass sich die 500 Millionen Euro Investitionen auszahlen und das Projekt Touristen in die landschaftlich reizvolle, aber strukturschwache Region lockt.

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftszweig im „Land zwischen den Meeren“. Der Landkreis Nordfriesland, zu dem die Nordseeinseln Sylt, Föhr und Amrum gehören, hat mit 40 Übernachtungen je Einwohner nach Rügen deutschlandweit die zweithöchste Besucherrate. Auf Rang acht folgt zudem der Kreis Ostholstein mit der Ostseeinsel Fehmarn. Allerdings sind Arbeitsplätze im Tourismus meist Saisonarbeitsplätze – im Winter sitzen Kellnerinnen und Köche oft arbeitslos zu Hause. Eine Lösung wären Wellness-Gäste, die kommen auch zur kalten Jahreszeit. Doch Badeorte wie Timmendorfer Strand oder Grömitz können nicht mit ihren

Wettbewerbern an der ostdeutschen Ostseeküste konkurrieren, die statt zubetonierter Fußgängerzonen mit Siebziger-Jahre-Flair vielerorts moderne Infrastrukturen zu bieten haben, die mit Mitteln aus dem Aufbau-Ost finanziert wurden.

### Speckgürtel-Effekt

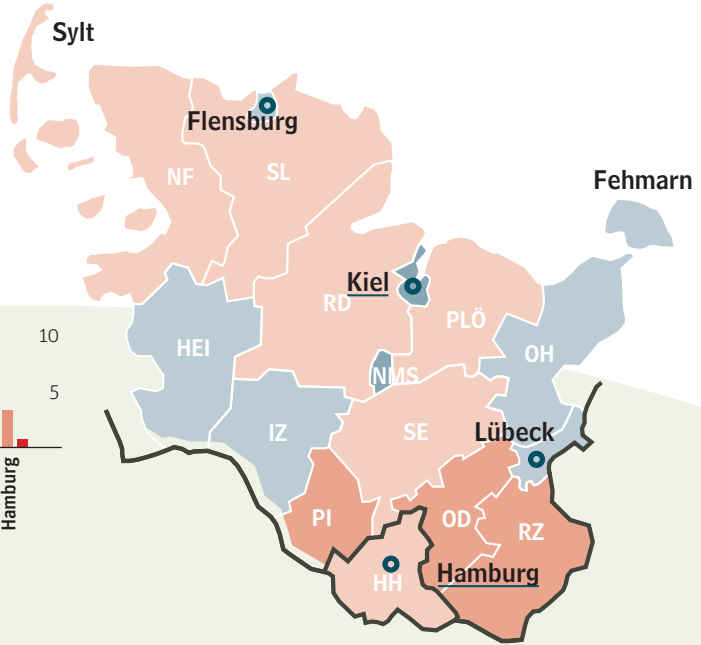
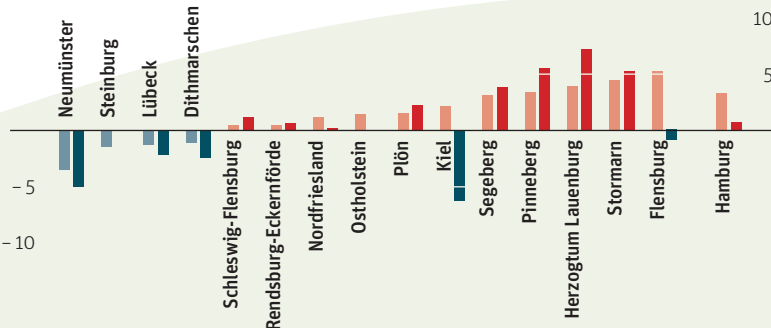
Während das Hamburger Umland noch von der Anziehungskraft der Hansestadt profitiert und auch künftig demografisch wachsen dürfte, verlieren schleswig-holsteinische Städte wie Kiel, Neumünster oder Lübeck Einwohner. Die Hafen- und Militärstandorte haben nach wie vor Probleme mit dem Strukturwandel. Touristisch reizvolle Gebiete an den Küsten können stabile Bevölkerungszahlen erwarten.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein und Hamburg 2008 bis 2025 in Prozent

- 10 bis unter – 5
- 5 bis unter 0
- 0 bis unter 5
- 5 bis unter 10



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)





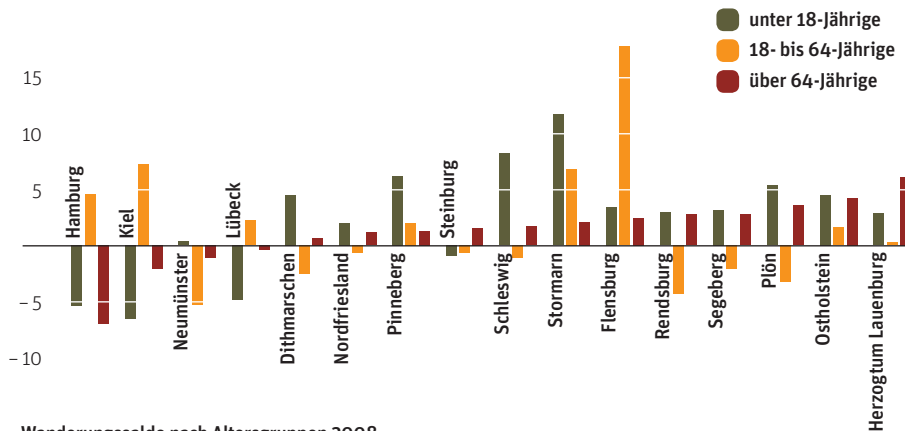


## Mitten im Leben

Der Name ist Konzept: „Mittenmang“ heißt auf norddeutsch so viel wie mittendrin, und so nennt sich auch der schleswig-holsteinische Verein, der Menschen mit Behinderung mitten in die Gesellschaft holt. Seit 2005 werden hier neue Wege des Miteinanders von Menschen mit und ohne Behinderung erprobt. Menschen, die selbst behindert oder beeinträchtigt sind, unterstützen sich gegenseitig. Und sie arbeiten dabei Seite an Seite mit Ehrenamtlichen ohne Behinderung. Mittenmang verfolgt dabei zwei Ziele: Behinderte sollen ihr Können und Wissen in gemeinnützige Projekte einbringen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Die gemeinsame Teamarbeit soll Begegnungen und Kontakte zwischen Menschen ohne und mit Behinderung fördern und die Wahrnehmung Behinderter verändern: Weg vom Bild der rein Hilfsbedürftigen, hin zu einem Menschen, der handlungsfähig und verantwortungsbereit sind – und dabei mitunter kompetenter als Menschen ohne Behinderung.

Etwa 40 Freiwillige unterschiedlichen Alters sind durchschnittlich im Projekt aktiv, wobei die Mehrheit der Engagierten älter als 50 Jahre ist. Rund 60 Prozent von ihnen sind Menschen mit Behinderungen, die Mehrzahl ist seelisch beeinträchtigt – sie leiden an Psychosen, sind schizophran oder manisch-depressiv. Die Freiwilligen engagieren sich nach ihren Interessen und Stärken: Gehbehinderte unterstützen Lernschwache beim Mathe-Unterricht oder verbringen Zeit mit Demenzkranken. Die Freiwilligen arbeiten sowohl in Familien, aber auch in Senioreneinrichtungen, Schulen und Behindertenwerkstätten. Oder sie helfen in den zwei Mittenmang-Standorten in Schleswig und Bad Segeberg, die der Verein jeweils einmal in der Woche als Café öffnet, um das Interesse der Bevölkerung zu wecken und um weitere Ehrenamtliche zu gewinnen.

[www.mittenmang.info](http://www.mittenmang.info)



Wanderungssaldo nach Altersgruppen 2008  
je 1.000 Einwohner der jeweiligen Altersgruppe  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)

Euro. In der schleswig-holsteinischen Kreisstadt Plön beträgt das jährliche BIP sogar nur 16.200 Euro – damit rangiert die Stadt im Osten Schleswig-Holsteins unter den wirtschaftsschwächsten Deutschlands.

Eine der wenigen neuen Branchen ist die Gesundheitswirtschaft, speziell die Medizintechnik, eine waschechte Zukunftsbranche. Denn wegen der zunehmenden Alterung werden in Deutschland künftig immer mehr Menschen künstliche Hüftgelenke oder Herzschrittmacher benötigen. Die Nachfrage entwickelt sich weitgehend unabhängig von der wirtschaftlichen Lage. Sie steigt zudem dank des zunehmenden Wohlstands in Entwicklungs- und Schwellenländern. Insgesamt arbeiten in Schleswig-Holstein rund 172.000 Menschen in der Gesundheitswirtschaft, das sind 19 Prozent aller schleswig-holsteinischen Beschäftigten. Pro Einwohner gibt es hier mehr Kliniken als irgendwo sonst in Deutschland.<sup>39</sup> In der Hansestadt Lübeck, die ansonsten unter großen wirtschaftlichen Problemen leidet und den letzten Platz in der Bundeslandwertung belegt, sitzt mit dem Unternehmen Dräger auch einer der bundesweit größten Hersteller von Medizintechnik, der weltweit 11.000 Menschen beschäftigt und 2009 rund 1,9 Milliarden Euro umgesetzt hat.

Von ihrer wichtigsten Zukunftsbranche hätte sich die Landesregierung jedoch beinahe selbst abgeschnitten: Als sie im Sommer 2010 nach Einsparmöglichkeiten suchte, wollte sie unter anderem das renommierte Medizinstudium in Lübeck streichen. Das

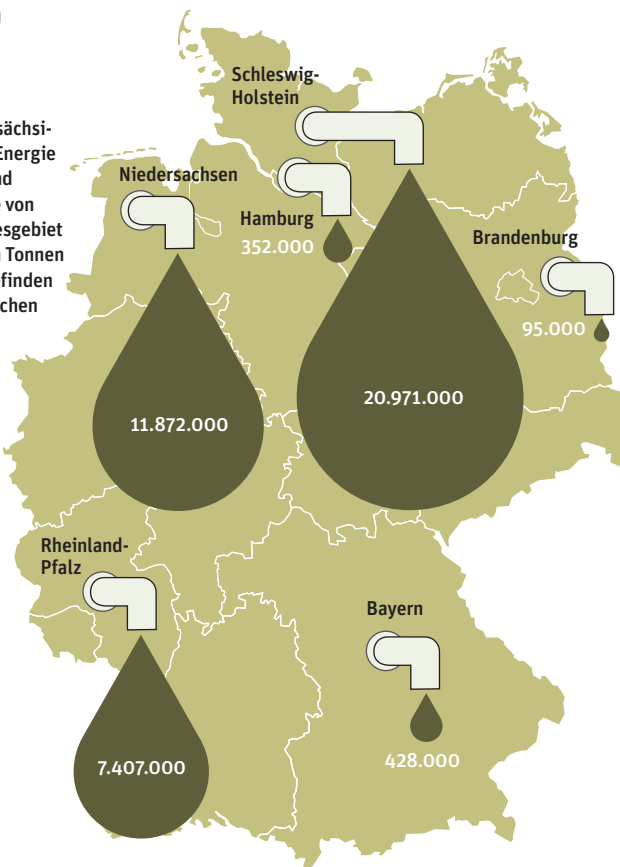
## Schleswig-Holstein unter Senioren beliebt

In die Hälfte der schleswig-holsteinischen Kreise sind 2008 mehr Menschen ein- als ausgewandert. Den höchsten Wanderungsgewinn verzeichnete die Stadt Flensburg mit 13 neuen Bürgern je 1.000 Einwohner. Die Stadt ist nicht nur bei jungen, sondern auch bei älteren Zuwanderern beliebt. Die Seniorenwanderung spielt in landschaftlich attraktiven Regionen wie in Ostholstein mit der Insel Fehmarn oder im Kreis Herzogtum Lauenburg mit seinem Naturpark Lauenburgische Seen eine immer größere Rolle.

## Die größten Erdölreserven Deutschlands liegen in Schleswig-Holstein

Laut einer Schätzung des niedersächsischen Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie verfügt Deutschland noch über Erdölreserven in Höhe von 41,1 Millionen Tonnen. Im Bundesgebiet wurden 2009 rund 2,8 Millionen Tonnen Erdöl gefördert. Die Reserven befinden sich hauptsächlich im Norddeutschen Becken und dort größtenteils in Schleswig-Holstein. Aber nicht alle Lagerstätten gelten als förderbar. So werden einige Gebiete in der Nordsee und ein Ölfund unter der Stadt Speyer in Rheinland-Pfalz kaum zur Ausbeutung kommen: Entweder ist diese technisch zu aufwändig und wirtschaftlich unsinnig oder sie ist aufgrund dichter Besiedlung nicht möglich.

**Erdölreserven in Tonnen 2010**  
(Datengrundlage: Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Niedersachsen)



hätte quasi das Aus für die Universität bedeutet. Erst lautstarke Proteste haben das verordnete Hochschulsterben verhindert. Ende 2010 folgte die endgültige Abwendung von den Schließungsplänen hin zu einem umfangreichen Förderprogramm. Die Universität und das Universitätsklinikum bilden dann einen Standort der drei von vier neuen deutschen Zentren für Gesundheitsforschung. Zum Glück für das Land, seine Hochschulen locken schließlich junge Menschen an und bieten Jobs für Hochqualifizierte. So konnten die Universitätsstädte Flensburg und Kiel in den vergangenen Jahren hohe Wanderungsgewinne verbuchen.

Wo in Schleswig-Holstein Tourismus und Hochschulen fehlen, sind die Aussichten düster. Beispielsweise in Neumünster im Landesinneren: Die 77.000-Einwohner-Stadt ist inzwischen nach Lübeck der zweitgrößte Problemfall des Bundeslandes, mit niedrigem Bildungsniveau, hoher Jugendarbeitslosigkeit und steigender Gewaltkriminalität in den letzten Jahren. So liegt die Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerquote bei elf Prozent, damit rangiert die Stadt im Bundesvergleich im letzten Drittel. Kein Wunder, dass die Bevölkerungszahl von 2000 bis 2008 um drei Prozent geschrumpft ist. Und zwar zu großen Teilen durch Abwanderung, denn die Frauen bekommen noch relativ viel Nachwuchs. Mit durchschnittlich 1,64 Kindern pro Frau hat die Stadt den dritthöchsten Wert unter allen Kreisen in Deutschland.

## Hamburg: Kaufkräftig und arm zugleich

Der Stadtstaat Hamburg ist einer der großen urbanen Räume in Deutschland, die vom demografischen Wandel profitieren werden. Die Bevölkerung dort wuchs zwischen 2000 und 2008 um 3,3 Prozent, was alleine auf die zunehmenden Wanderungsgewinne zurückzuführen ist. Denn an eigenem Nachwuchs fehlt es – die Hamburgerinnen bekommen im Schnitt nur 1,25 Kinder. Der Trend zur Zuwanderung dürfte anhalten, denn Wirtschaftsleistung, Arbeitsplätze, Kaufkraft – alles soll in den kommenden Jahren zulegen. Schon jetzt gilt die Hansestadt als wohlhabend – pro Kopf verdienen ihre Einwohner im Schnitt 23.400 Euro im Jahr. Damit liegen die Hamburger im Bundesvergleich fast gleichauf mit der Stadt München. Auch wirtschaftlich kann die Stadt mit München mithalten – das Bruttoinlandsprodukt liegt pro Einwohner bei 49.340 Euro und damit nur ein Achtel unter dem Niveau von München. Zugleich allerdings bekommt fast jeder fünfzehnte Hamburger zwischen 18 und 64 Jahren Arbeitslosen- oder Sozialhilfe, in München dagegen nur jeder Einundzwanzigste.<sup>40</sup>

Der Widerspruch zwischen diesen Zahlen zeigt: Der Stadtstaat ist, ebenso wie die Hansestadt Bremen, gespalten. Einerseits ist Hamburg ein attraktiver Unternehmensstandort mit florierenden Firmen und Luxusgeschäften. Andererseits wohnen in der Stadt überdurchschnittlich viele sozial Abgehängte und schlecht integrierte Migranten. Während in München nur acht Prozent der Migranten keinen Schulabschluss haben, sind es in Hamburg rund 14 Prozent.<sup>41</sup> Die meisten von ihnen haben große Schwierigkeiten, einen Job zu finden.

Wichtigste Einkommensquelle Hamburgs ist nach wie vor der Hafen. Die Stadt an der Elbe ist traditionell ein bedeutender Handelsplatz und der wichtigste Brückenkopf Chinas in Europa. Mit rund 300 Unternehmen sind





## Damit die Kleinsten willkommen sind

Die Familienstrukturen verändern sich: Immer mehr Mütter sind allein-erziehend, Eltern, Geschwister und Freunde wohnen häufig weit voneinander entfernt. Sich gegenseitig zu helfen wird dabei immer schwieriger. Viele Mütter sind nach der Geburt auf sich allein gestellt. Das Baby ist da, die Freude groß – der Stress aber auch. Die Organisation „welcome“ will diese Lücke schließen: Gegen eine Gebühr von bis zu vier Euro pro Stunde entlasten ehrenamtliche Mitarbeiterinnen die Mutter in den ersten Wochen nach der Entbindung zu Hause: Ein- bis zweimal die Woche passen sie auf das Baby auf, begleiten die Mutter zum Kinderarzt oder machen Einkäufe. Damit will welcome Krisen vorbeugen, die emotionale Bindung der Mütter zum Neugeborenen unterstützen, und – im Extremfall – die Kinder vor Vernachlässigung und Gewalt schützen.

2002 von einer Sozialpädagogin in Hamburg gestartet, ist aus dem anfänglichen „Wochenbett-Service“ die rasant wachsende welcome gGmbH geworden und ein Beispiel für gelungenes „Social franchising“: Bewährte Projekte werden nach dem Konzept der kommerziellen Franchise-Branche auf andere Regionen übertragen, um mit erprobten Methoden effizient und kostengünstig zu arbeiten. Dabei können welcome Filialen nicht von Selbstständigen, Privatpersonen oder kommerziellen Anbietern gegründet werden, sondern nur als Angebot in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Das Konzept hat Erfolg: Im Herbst 2010 gab es bereits rund 160 welcome-Standorte in 14 Bundesländern. 2012 sollen es deutschlandweit 250 sein. Mehr als 1.500 Ehrenamtliche sind bereits aktiv, um Müttern und ihren neugeborenen Kindern den Weg ins Leben zu erleichtern.

[www.welcome-online.de](http://www.welcome-online.de)

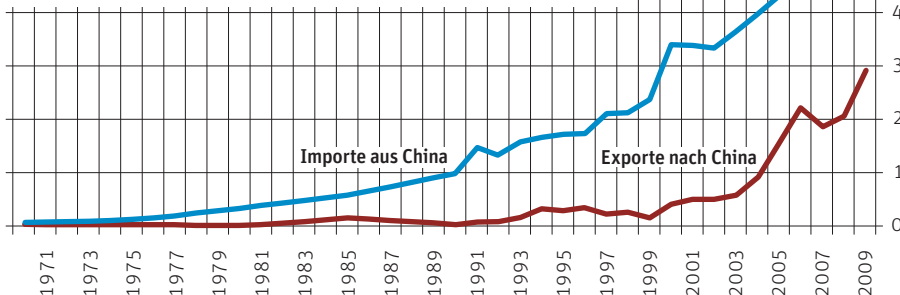
in der Hansestadt europaweit die meisten chinesischen Firmen angesiedelt. Nach Berlin findet sich hier auch die zweitgrößte chinesische Gemeinde Deutschlands, der etwa 10.000 chinesischstämmige Einwohner angehören. Hamburg hat stark von der Wiedervereinigung profitiert, seitdem fungiert die Stadt wieder als Drehscheibe nach Nordosteuropa. Auch deshalb hat sich der Containerumschlag im Hafen zwischen 2000 und 2006 mehr als verdoppelt, und Hamburg ist dabei, zum europäischen Marktführer Rotterdam aufzuschließen. Bis 2015 wollen Senat und Privatunternehmen insgesamt 2,9 Milliarden Euro in die Hafeninfrastruktur investieren. Zudem beschäftigt der Hafen trotz aller Automatisierung direkt und indirekt immer noch mehr als 140.000 Menschen.

Die vielen Hafen-Beschäftigten sind einer der Gründe dafür, dass in Hamburg nur 13 Prozent Hochqualifizierte arbeiten<sup>42</sup> – untypisch wenige für eine Großstadt. Aber in Reedereien, bei Logistikdienstleistern oder Handelsunternehmen arbeiten vergleichsweise wenige Universitätsabsolventen. Lediglich in der Medienbranche gibt es viele Jobs für Hochqualifizierte. So ist Hamburg Deutschlands führende Medienmetropole, hier arbeiten rund 62.000 Menschen in Redaktionen, Filmstudios oder Werbeagenturen.<sup>43</sup> Die in Hamburg ansässigen Verlage Springer, Gruner + Jahr und Heinrich Bauer halten zusammen mehr als die Hälfte der Marktanteile der deutschen Publikumspresse. Die wichtigste Hightech-Branche ist die Luftfahrtindustrie: Alleine im Bereich Flugzeugbau und -reparatur arbeiten rund 21.000 Menschen und machen Hamburg zu einem der drei weltweit größten Standorte dieser Branche. Im Hamburger Stadtteil Finkenwerder hat Airbus einen Standort mit rund 12.000 Beschäftigten. Hinzu kommen Lufthansa Technik und zahlreiche Zulieferer.

## Enge Wirtschaftsbeziehungen zwischen Hamburg und China

Milliarden Euro

China ist in den letzten 40 Jahren ein immer wichtigerer Handelspartner für die Hansestadt Hamburg geworden. Rund 300 chinesische Unternehmen haben ihren Sitz in Hamburg, und insgesamt 700 Unternehmen unterhalten Geschäftsbeziehungen zu China. Im Jahr 2009 sind aus China Güter im Wert von 5,6 Milliarden Euro importiert worden – 1970 waren es nur 66 Millionen. Der Großteil der Güter kommt in Containerschiffen in den Hamburger Hafen.

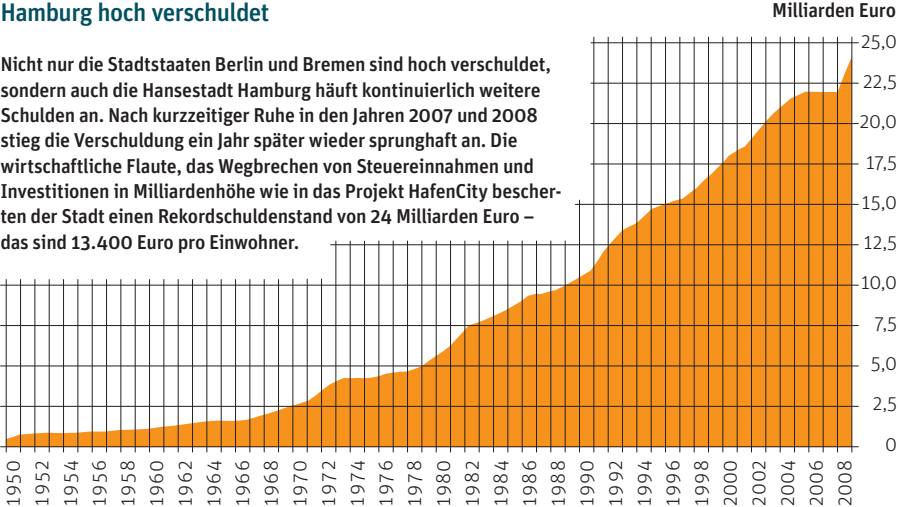


Außenhandel Hamburgs mit China 1970 bis 2009  
(Datengrundlage: Statistikamt Nord)

Seit 2000 stampft Hamburg das Milliardenprojekt HafenCity aus dem Boden: einen komplett neuen Stadtteil auf einem ehemaligen Hafengelände, der die Fläche der Innenstadt bis 2025 um 40 Prozent vergrößern soll. Früher lagerten hier Güter, jetzt ist es die größte innerstädtische Baustelle Europas. 12.000 Menschen sollen hier einmal leben, 45.000 hier arbeiten. Neu angesiedelte Unternehmen sollen, so der Plan des Senats, auch mehr hoch qualifiziertes Personal in die Stadt locken. Glanzstück der HafenCity soll einmal die neue Elbphilharmonie sein. Nur wenige Tage vor dem Richtfest des Prestigebaus hatte der Erste Bürgermeister angekündigt, der Stadtstaat müsse in naher Zukunft eine halbe Milliarde Euro sparen. Aber nicht bei der Elbphilharmonie, denn dafür muss der Senat inzwischen beinahe monatlich mehr Geld einplanen: Mit mehr als einer halben Milliarde Euro kostet der Bau voraussichtlich weit mehr als doppelt so viel, wie ursprünglich vorgesehen war. Dieses Geld dürfte der Stadt morgen im sozialen Bereich und bei der Bildung fehlen.

Hamburg hoch verschuldet

Nicht nur die Stadtstaaten Berlin und Bremen sind hoch verschuldet, sondern auch die Hansestadt Hamburg häuft kontinuierlich weitere Schulden an. Nach kurzzeitiger Ruhe in den Jahren 2007 und 2008 stieg die Verschuldung ein Jahr später wieder sprunghaft an. Die wirtschaftliche Flaute, das Wegbrechen von Steuereinnahmen und Investitionen in Milliardenhöhe wie in das Projekt HafenCity beschernten der Stadt einen Rekordschuldenstand von 24 Milliarden Euro – das sind 13.400 Euro pro Einwohner.



Schuldenstand in Hamburg 1950 bis 2009  
(Datengrundlage: Statistikamt Nord)

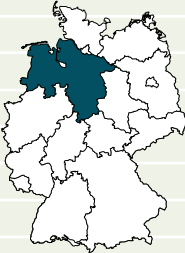

Bewertung Schleswig-Holstein

Bewertung Schleswig-Holstein			Gesamtnote		Demografie							Wirtschaft								Integr.		Bildung			Familienfrdl.								
					Kinderzahl	Unter 35-jährige	Frauenanteil	Wanderung	Über 74-jährige	Prognose 2025	Zwischennote	Trend	Verfügb. Einkommen	Bruttoinlandsprodukt	Kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl.+Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Zwischennote	Trend	Bildungschancen	Arbeitsmarktchancen	Zwischennote	Ohne Abschluss	Jugend arbeitslosigkeit	Hoch qualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte	Kinderbetreuung	Freifläche	Zwischennote
HEI	Dithmarschen	3,85	4	4	3	2	4	3	3,3	3,2	→	4	5	2	5	4	5	5	1	3,9	4,1	↓	3	5	4,0	4	5	6	5,0	3	6	2	3,7
FL	Flensburg	3,64	6	1	1	1	3	3	2,5	2,0	↗	5	2	1	6	4	5	4	5	4,0	4,4	↓	3	5	4,0	3	4	5	4,0	5	4	5	4,7
RZ	Herzogtum Lauenburg	3,44	4	4	1	2	3	1	2,5	4,2	↓	3	5	2	3	3	3	3	5	3,4	3,4	→	6	4	5,0	4	3	5	4,0	3	5	3	3,7
KI	Kiel	3,89	6	1	1	1	2	4	2,5	1,4	↑	5	2	6	6	4	4	4	5	4,5	5,0	↓	6	6	6,0	4	3	3	3,3	6	3	5	4,7
HL	Lübeck	4,25	5	4	1	2	5	3	3,3	1,8	↑	4	3	6	6	5	4	5	4	4,6	4,3	↓	6	6	6,0	4	5	5	4,7	5	4	4	4,3
NMS	Neumünster	4,15	2	3	3	3	4	4	3,2	2,6	↑	4	3	5	4	5	4	4	5	4,3	5,0	↓	6	6	6,0	4	5	5	4,7	4	5	4	4,3
NF	Nordfriesland	3,58	4	4	3	2	3	2	3,0	3,2	→	4	4	4	5	3	4	5	1	3,8	3,7	→	3	5	4,0	3	4	6	4,3	3	6	1	3,3
OH	Ostholstein	4,11	6	6	2	2	5	3	4,0	4,0	↓	3	5	3	3	3	4	5	1	3,6	3,7	→	6	6	6,0	4	4	6	4,7	3	6	3	4,0
PI	Pinneberg	3,37	4	5	2	2	3	1	2,8	2,8	↗	2	3	3	3	2	3	3	5	3,0	4,1	↓	6	4	5,0	3	3	4	3,3	3	5	5	4,3
PLÖ	Plön	4,04	4	6	3	2	3	2	3,3	3,2	→	4	6	3	6	3	4	4	3	4,1	3,7	→	6	6	6,0	4	3	6	4,3	3	6	3	4,0
RD	Rendsburg-Eckernförde	3,63	3	4	3	2	3	2	2,8	3,2	→	3	5	2	4	2	4	4	3	3,4	4,0	→	6	6	6,0	4	3	5	4,0	3	6	3	4,0
SL	Schleswig-Flensburg	3,73	3	4	3	2	3	2	2,8	3,0	→	4	5	2	5	3	4	5	4	4,0	3,6	→	3	5	4,0	5	4	6	5,0	3	6	2	3,7
SE	Segeberg	3,26	4	4	2	2	2	2	2,7	4,0	↓	3	4	2	2	2	2	2	5	2,8	4,3	↓	6	4	5,0	3	2	5	3,3	3	5	4	4,0
IZ	Steinburg	3,83	4	4	3	3	3	3	3,3	4,6	↓	4	4	2	4	3	4	4	6	3,9	3,3	→	3	5	4,0	4	3	5	4,0	4	6	3	4,3
OD	Stormarn	3,11	3	5	2	1	3	1	2,5	2,6	↗	1	3	2	3	2	3	3	5	2,8	3,1	→	6	4	5,0	3	2	5	3,3	3	5	4	4,0

Bewertung Hamburg

HH	Hamburg	3,47	6	2	1	2	2	2	2,5	1,2	↑	1	1	6	5	3	4	4	4	3,5	4,0	↓	6	5	5,5	4	3	2	3,0	6	4	5	5,0
----	---------	------	---	---	---	---	---	---	-----	-----	---	---	---	---	---	---	---	---	---	-----	-----	---	---	---	-----	---	---	---	-----	---	---	---	-----

# NIEDERSACHSEN UND BREMEN

	Niedersachsen		Bremen	
Einwohnerzahl 2009	7.929.000		662.000	
Einwohnerzahl 2025 (Prognose)	7.895.000		666.000	
Binnenwanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2004 bis 2008	0,9		2,3	
Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2008	1,42		1,30	
Migrantenanteil in Prozent 2008	16,9		26,6	
Durchschnittsalter 2008	43,0		43,7	
Haushaltseinkommen pro Kopf in Euro 2008	18.238		21.074	

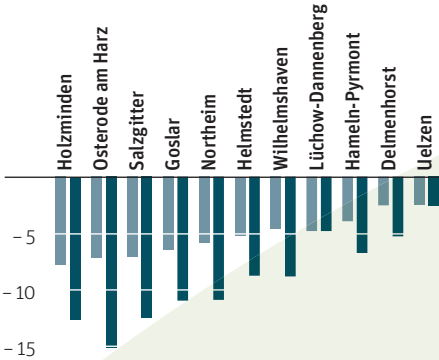
## Deutschlands Durchschnittsland und ein Kleinod des Föderalismus

Seit 2008 wächst im niedersächsischen Wilhelmshaven eine künstliche Halbinsel in die Nordsee. Dort bauen die Bundesländer Niedersachsen und Bremen gemeinsam den JadeWeserPort: einen neuen Güterhafen, dessen extratiefes Fahrwasser auch für moderne Riesen-Containerschiffe geeignet ist. Direkt dahinter werden unter anderem ein Gewerbepark, ein Güterbahnhof sowie eine Autobahn-anbindung aus dem Boden gestampft. Insgesamt fast eine Milliarde Euro stecken die beiden Länder zusammen mit privaten Geldgebern in die Großbaustelle. Zwischen 2.000 und 4.000 neue Arbeitsplätze sollen dort entstehen.<sup>44</sup> Profitieren soll auch die vom Strukturwandel arg gebeutelte Industrie- und Marinestadt Wilhelmshaven, in der die Beschäftigungsquote mit 44 Prozent auf dem niedrigsten Stand in ganz Niedersachsen liegt.<sup>45</sup> Mit den Häfen in Bremen und Bremerhaven fungiert die Region bereits als Schnittstelle des Exportlandes Deutschland mit der Welt. Das Durchgangsland Niedersachsen verfügt zudem über ein Netz aus 1.700 Kilometern Wasserstraßen, kleineren Seehäfen sowie Binnenhäfen in Städten wie in Lüneburg, Braunschweig oder Osnabrück und ist damit eine Drehscheibe nach Nord- und Osteuropa.

Niedersachsen ist demografisch und wirtschaftlich gespalten. Während sich im Westen auf Basis der Landwirtschaft eine wirtschaftlich erfolgreiche, weit verzweigte Agrarindustrie entwickelt hat, sieht es im Osten, im ehemals deutsch-deutschen Grenzland, düster aus. Von den 20 deutschen Kreisen mit den höchsten Geburtenraten finden sich acht in Niedersachsen, und zwar vor allem im westlichen Teil, wo die Bevölkerung entsprechend jung geblieben ist. Zu den prosperierenden Regionen gehört außerdem das Umland von Hamburg – dort profitieren Landkreise wie Stade, Lüneburg und vor allem Harburg, wo sich das landesweit höchste Haushaltseinkommen findet, als Speckgürtel der Großstadt. In südostniedersächsischen Kreisen wie Osterode oder Goslar hingegen ist die Bevölkerung stark gealtert – vor allem weil die Jungen abgewandert sind. In der Summe ergeben diese beiden Extreme deutschen Durchschnitt: Ob bei Demografie- und Bildungsindikatoren wie etwa dem Anteil Jüngerer und den Schulabbrecherquoten oder bei Wirtschaftsindikatoren wie dem verfügbaren Haushaltseinkommen, dem BIP oder der Arbeitslosenquote – Niedersachsen ist fast überall Durchschnittsland.

### Sturmfest und erdverwachsen

Vor allem der Westen des Bundeslandes macht dem Niedersachsenlied nach wie vor alle Ehre: Im Oldenburger Münsterland mit den Kreisen Cloppenburg und Vechta oder im Emsland ist die Bevölkerung noch „sturmfest und erdverwachsen“, wie es in der inoffiziellen Hymne des Landes heißt. Abwanderung ist hier kein Thema – die Einwohnerzahlen legen sogar zu. Seit Jahrzehnten kommen in der Region überdurchschnittlich viele Kinder je Frau zur Welt, wenngleich dieser Trend in der jüngsten Vergangenheit zurückgegangen ist. Noch 2000 bekamen die Frauen im Landkreis Cloppenburg im Mittel und auf das ganze Leben hochgerechnet 1,93 Kinder – für deutsche Verhältnisse eine Rekordzahl. Heute sind es 1,66. Das ist zwar immer noch deut-



lich mehr als der deutsche Durchschnitt zu bieten hat, aber inzwischen hat Cloppenburg die jahrelang gehaltene Führungsposition in Sachen Nachwuchs an den vorpommerschen Landkreis Demmin verloren. Doch während der ostdeutsche Kreis eher von sozialen Notlagen und Arbeitslosigkeit geprägt ist, herrscht im Oldenburger Münsterland mit einer Arbeitslosenquote von unter vier Prozent nahezu Vollbeschäftigung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der westliche Teil Niedersachsens noch sehr rückständig. Im Zuge des Emslandplans pumpten Bund und Land dann zwischen 1950 und 1989 mehr als 2,1 Milliarden D-Mark an Subventionen in die Region, um den dortigen Lebensstandard dem des Rests der Bundesrepublik anzugleichen. So entstand im Raum Emsland, Cloppenburg, Vechta eine leistungsstarke, regional verankerte Agrar- und Nahrungsmittelindustrie, in der Schätzungen zufolge heute ein Drittel aller Beschäftigten vor Ort arbeitet.

## Ost-West-Gefälle

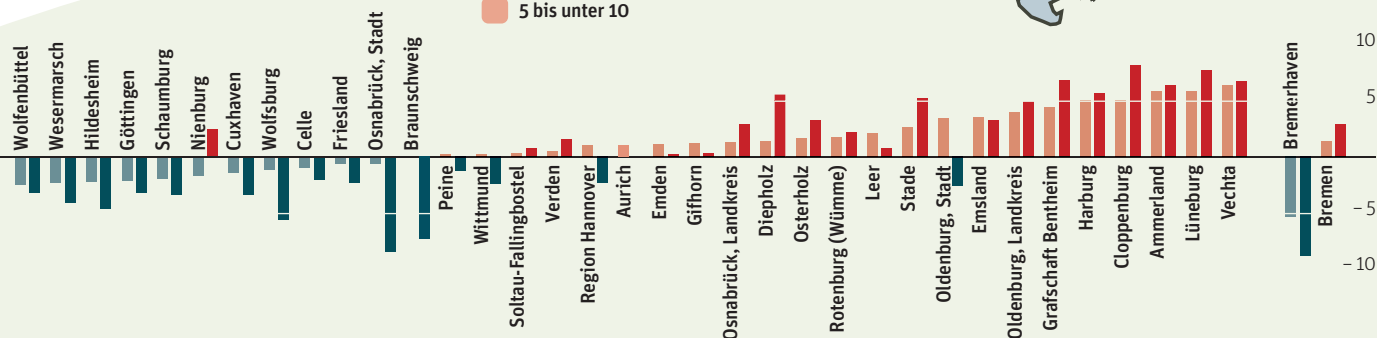
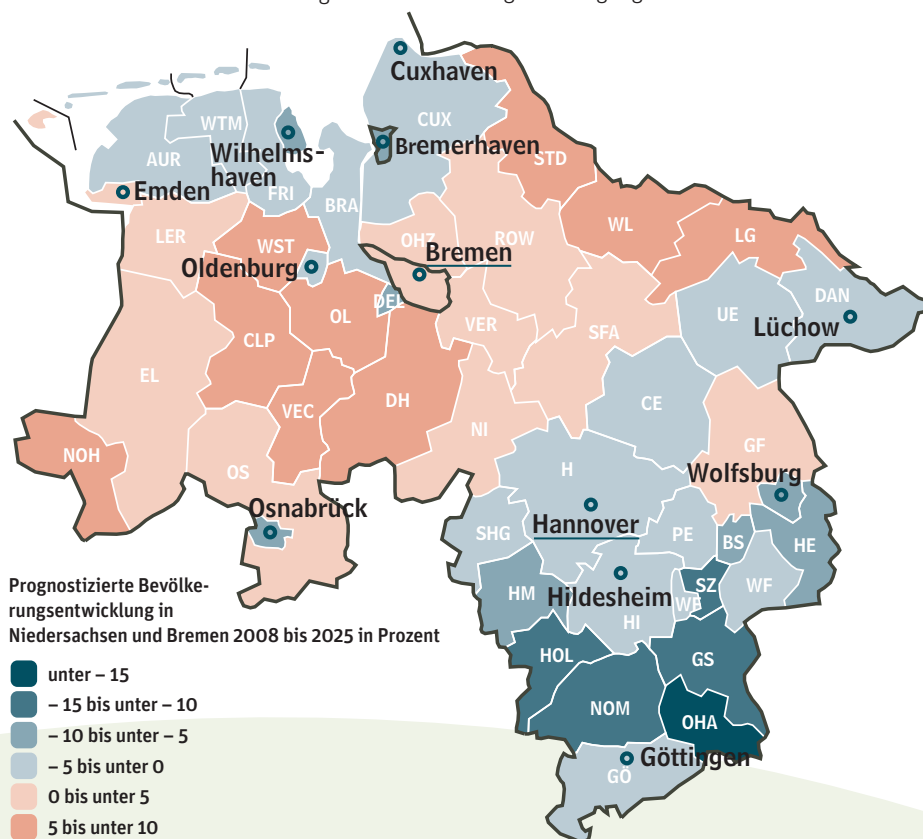
Gegen Osten und Süden Niedersachsens verschärft sich die demografische Lage: Die dortigen Kreise sind durch jahrelange Abwanderung bereits stark überaltert und werden künftig verstärkt Einwohner verlieren. Ganz anders sieht es in den wirtschaftsstarke Gebieten im Umland von Hamburg und im Südwesten des Bundeslandes aus.



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)

Eine weitere Einkommensquelle bietet für viele Landwirte inzwischen die Produktion von regenerativer Energie durch Biogas. Auf den schlechten Böden des Oldenburger Münsterlands wächst, dank der aus der Massentierzucht reichlich vorhandenen Gülle als Düngemittel, Silomais, aus dem Biogas vergoren wird. Auch die tierischen Exkremen selbst lassen sich so in nutzbare Energie verwandeln. Der Maisanbau belastet die Böden und das Grundwasser. Aber Biogasanlagen werden vom Staat subventioniert, darum wächst ihre Zahl beständig. Die Kon-

kurrenz um weitere Pachtflächen für den Anbau von Energiepflanzen nimmt stark zu und treibt die Preise nach oben. So beansprucht die Biogasproduktion bereits 170.000 Hektar des Bundeslandes – eine Fläche vom Umfang der Städte Hamburg und Berlin zusammen. Ende 2009 waren in Niedersachsen schon 950 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 439 Megawatt installiert,<sup>46</sup> das entspricht einem Drittel der Leistung des großen Kernkraftwerkes im emsländischen Lingen. Mehr steuert kein anderes Bundesland zur Biogasversorgung bei.





## Baden beim Bürger

Seit Jahren stehen viele Kommunen unter Kostendruck, und die Finanzkrise hat die Lage noch verschärft. Vor allem im Ruhrgebiet und im nördlichen Teil der Republik müssen die Stadtkämmerer sparen – und sie reduzieren ihre Angebote. Wie sich diese Zwänge überstehen lassen, zeigt das Beispiel der friesischen Stadt Emden. Als die Kommunalpolitiker 1993 das defizitäre lokale Schwimmbad dicht machen wollten, gründeten engagierte Emdener den „Förderverein Van-Ameren-Bad“ und schlossen einen befristeten Zeitvertrag mit der Stadt Emden. Seit über 16 Jahren führen sie jetzt das Freibad in Eigenregie und haben sich mit über 2.300 Mitgliedern zum größten Verein der 52.000-Einwohner-Stadt entwickelt. Umfangreiche Investitionen des Vereins – bislang rund 950.000 Euro – machten aus der einst von einer Beraterfirma „als nicht sanierungsfähiges Bad“ eingestuft Anlage ein Schmuckstück, das ohne öffentliche Zuschüsse, aber Dank vieler ehrenamtlicher Mitarbeiter aufrechterhalten wird. Sie erledigen den Ticketverkauf, die regelmäßige Pflege der Grünanlage sowie kleinere Reparaturen. Jährlich rund 10.000 Stunden arbeiten zumeist ältere Mitarbeiter für ihr Projekt – und haben dabei ständig die Wirtschaftlichkeit im Blick. Denn während sich die Verwaltung außerstande sah, die Schwimmhalle wirtschaftlich zu betreiben, machte der Verein bereits in der ersten Saison Gewinn. Systematisch suchten sie nach neuen Einnahmequellen, holten Banner-Werbung ins Freibad sowie etliche Veranstaltungen. Heute finden im zentral gelegenen Freibad Open-Air-Kinoabende, Modenschauen, Mittsommernachtsfeste und Jazz-Frühstücke statt. Den im vergangenen Jahr ausgelaufenen Zeitvertrag hat der Verein unlängst um weitere 15 Jahre verlängert.

[www.buergerbad.de](http://www.buergerbad.de)

Regenerative Energie soll auch etwas weiter nördlich für Arbeitsplätze sorgen: an der deutschen Nordseeküste, vor allem im strukturschwachen Ostfriesland. Schon jetzt liefert Niedersachsen – vor Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein – im bundesweiten Vergleich den meisten Strom aus Windkraft. Der erste deutsche Offshore Windpark soll 35 Kilometer vor der Nordseeinsel Borkum entstehen.<sup>47</sup> Im 40.000-Einwohner-Städtchen Aurich sitzt mit dem Anlagenbauer Enercon der deutsche Marktführer. Und in Emden hat der Windkraftanlagenhersteller SIAG Schaaf Industrie die ehemalige Werft Emden Nordseewerke übernommen und will hier künftig riesige Offshore-Windkraftanlagen herstellen. Die Umwidmung der Werft ist kein Einzelfall, denn vom traditionsreichen niedersächsischen Schiffbau ist nicht mehr viel übrig. Einzig im pittoresken Papenburg, an der Grenze zwischen dem Emsland und Ostfriesland, sitzt noch ein Großunternehmen:

Hier baut die Meyer Werft als einer der drei weltweit führenden Hersteller Kreuzfahrtschiffe und ist mit 2.500 Beschäftigten einer der größte Arbeitgeber in der Region. An der Flussmündung der Ems, in Emden, findet sich der andere große Arbeitgeber der Region: ein Volkswagen-Werk, das über den dortigen Hafen einen Teil seiner Autos verschifft und als „Blue Factory“ am Meer ganz auf regenerative Energieerzeugung setzen will.

## Wohlstand in der Monokultur

Der Hauptsitz von VW liegt am anderen Ende von Niedersachsen, in Wolfsburg im Osten des Bundeslands. Dort wird dank des Autobauers mit seinen rund 48.000 Mitarbeitern das bundesweit dritthöchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 77.000 Euro erwirtschaftet.<sup>48</sup> Allerdings gründet der wirtschaftliche Erfolg von Wolfsburg und seiner Umgebung auf einer krisenanfälligen Monokultur.

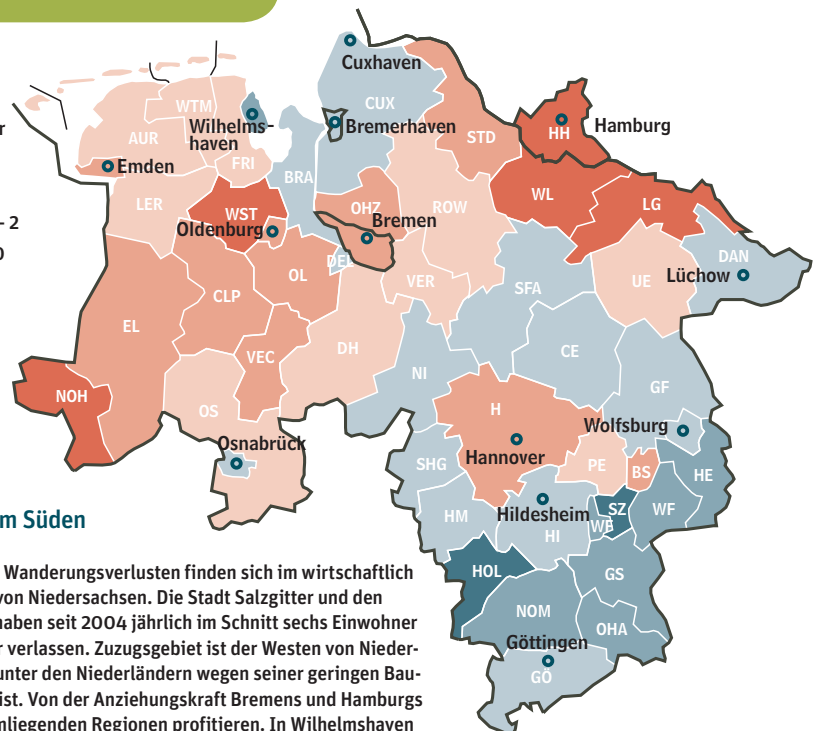
Wanderungssaldo  
je 1.000 Einwohner  
2004 bis 2008

- unter – 4
- 4 bis unter – 2
- 2 bis unter 0
- 0 bis unter 2
- 2 bis unter 4
- 4 und mehr

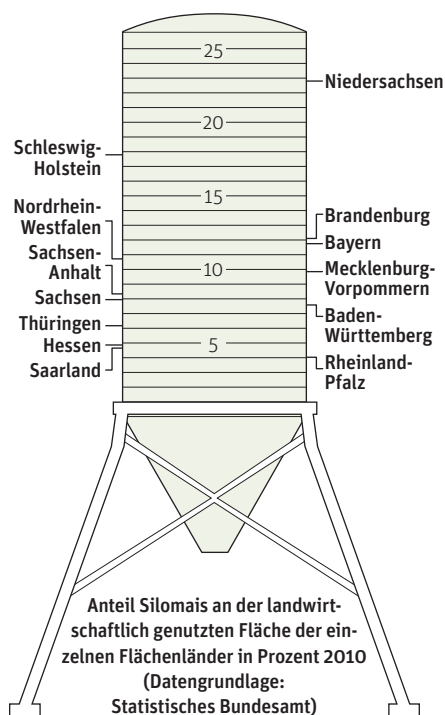
(Datengrundlage:  
Statistisches  
Bundesamt)

## Abwanderung im Süden

Fast alle Kreise mit Wanderungsverlusten finden sich im wirtschaftlich schwachen Süden von Niedersachsen. Die Stadt Salzgitter und den Kreis Holzminden haben seit 2004 jährlich im Schnitt sechs Einwohner je 1.000 Bewohner verlassen. Zuzugsgebiet ist der Westen von Niedersachsen, der auch unter den Niederländern wegen seiner geringen Bau- und Landpreise beliebt ist. Von der Anziehungskraft Bremens und Hamburgs können auch die umliegenden Regionen profitieren. In Wilhelmshaven und Bremerhaven findet bereits seit Jahren eine Stadtfucht statt.







## Niedersachsen im Anbau von Silomais führend

Auf fast jedem vierten Quadratkilometer der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Niedersachsen wird Silomais angebaut. Damit ist das Bundesland der Hauptanbauer von Silomais in Deutschland. Die Energiepflanze dient einerseits als Futterpflanze und andererseits als Rohstoff für die Biogasproduktion. Letztere hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen – unter anderem deshalb, weil die Fördermittelvergabe dafür gesorgt hat, dass sich einige Landwirte ganz darauf spezialisiert haben.

Wenn der Autobauer VW schwächelt, dann leidet die ganze Region, und es brechen auch schnell die üppigen Steuereinnahmen der Stadt weg. Der Autobauer ist der einzige verbliebene Dax-Konzern in Niedersachsen: Die Unternehmen TUI, Salzgitter AG, Continental und Hannover Rück sind inzwischen allesamt abgestiegen in die zweite Aktienliga.

Einige Kilometer flussabwärts des Harz-Flüsschens Oker liegt im flachen Land die Stadt Braunschweig. Die Technische Universität der Stadt hat sich gerade mit der Harzer TU Clausthal sowie den naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universität Hannover zur Niedersächsischen Technischen Hochschule zusammengeschlossen. Braunschweig hat sich als Forschungs- und Technologiezentrum einen Namen gemacht, wobei der Schwerpunkt neben der Automobilbranche für das nahe Wolfsburg vor allem auf Luftfahrttechnologie liegt. So finden sich hier das Luftfahrt-Bundesamt sowie der einzige Forschungsflughafen Deutschlands. Insgesamt arbeiten mehr als 15.000 Menschen in 250 Firmen und 27 Forschungseinrichtungen.

Dagegen sieht die nahe Landeshauptstadt Hannover eher blass aus. Bekannt vor allem als Messestadt, die sich mit Finanzspritzen von Bund und Land zur Weltausstellung Expo 2000 massiv hat aufrüsten lassen, sitzt sie heute auf einem überdimensionierten Ausstellungsgelände weit ab der Innenstadt, das die meiste Zeit des Jahres leer steht. Zwar finden in Hannover noch immer große Messen wie die Cebit und die Hannover Messe statt, zudem hat die Stadt mit Unternehmen der Finanz- und Versicherungsbranche eine vergleichsweise stabile Wirtschaft. Aber dies reicht nicht für alle Hannoveraner: Gut 22 Prozent aller Einwohner gelten als armutsgefährdet – das heißt, sie müssen mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens leben. Ähnlich sieht es auch in anderen deutschen Großstädten wie Dortmund oder Dresden aus.

## Chronischer Geldmangel in Bremen

Einen ähnlichen Anteil an einkommensschwachen Menschen hat das von Niedersachsen umschlossene Bundesland Bremen aufzuweisen. Nach Berlin finden sich hier anteilig die meisten Einwohner ohne Job: 11,8 Prozent der erwerbsfähigen Bremer waren im September 2010 abhängig von Arbeitslosengeld I. Jeder fünfte Bremer unter 65 Jahren bekam Hilfe zum Lebensunterhalt oder lebte

von Hartz IV, war also länger als ein Jahr arbeitslos (Arbeitslosengeld II) oder nicht erwerbsfähig (Sozialgeld). Fast ein Viertel der Sozialgeldempfänger war jünger als drei Jahre.<sup>49</sup>

Und nicht nur die Bewohner sind arm – auch Deutschlands mit seinen gerade mal 662.000 Einwohnern kleinstes Bundesland selbst ist finanziell am Ende. Momentan steht das Land mit rund 16 Milliarden Euro in der Kreide.<sup>50</sup> Ein Grund für die leeren Kassen: Bremen muss zahlreiche pensionierte Beamte bezahlen, die es bei einem Einstellungsboom in den siebziger Jahren angeheuert hatte. Zudem hat das Land mit dem Niedergang der Werftindustrie zu kämpfen. So machte etwa die Bremer Vulkan-Werft 1996 Konkurs, stellte den Schiffbau im Stadtteil Vegesack ein und entließ bundesweit mehrere tausend Mitarbeiter. Auch in Bremerhaven schlossen viele Werften während der Werftenkrise. Die zahlreichen Arbeitslosen belasten heute die Stadtfinanzen. Verschärft wird die prekäre Finanzlage Bremens durch den Umstand, dass viele Menschen, die in der Hansestadt arbeiten, im niedersächsischen Umland wohnen und dort ihre Steuern zahlen.

Bremen versucht gegenzusteuern – und kann das nur, indem es Leuchtturmprojekte mit weiteren Schulden finanziert. Dabei agieren die Planer nicht immer wohlüberlegt und erfolgreich. So hatte die Stadt 2004 am Rande eines strukturschwachen Viertels für 150 Millionen Euro sowie 480 Millionen Euro von privaten Investoren das Unterhaltungsareal Space Center eröffnet – und schon wenige Monate später wieder schließen müssen, weil sich kaum Besucher einfanden. Die Anlage passte immerhin thematisch: Der Stadtstaat an der Weser positioniert sich als Forschungs- und Bildungsstandort unter anderem in der Luft- und Raumfahrtindustrie. Hier arbeiten 1,6 Prozent der Erwerbspersonen im Bereich Forschung und Entwicklung – nach Baden-Württemberg die bundesweit zweithöchste Quote.<sup>51</sup>





## Die Netzwerker

Sie kennen die Welt der Senioren und fühlen sich fit genug, um anderen Rat zu geben. Oder sie leiten, falls Wünsche und Fragen offen bleiben, die Anfragen an jene weiter, die eine bessere Antwort haben. In Bremen haben sich 2008 einige Bürgerinnen und Bürger zum Verein „Forum älterer Menschen Bremen“ zusammengeschlossen. Als Kernteam koordinieren sie eine Handvoll Projekte, die den Alltag von Senioren erleichtern und verschönern: Sie organisieren regelmäßig auf ihre Zielgruppe ausgerichtete Filmvorführungen in drei Kinos, zu denen Senioren verbilligten Eintritt erhalten. Im Projekt „Wohnen im Alter“ vermittelt das Forum Termine mit ehrenamtlich arbeitenden Spezialisten, die Senioren über Möglichkeiten informieren, so lange wie möglich in der eigenen Wohnung zu bleiben, oder sie zu alternativen Wohnformen sowie Fördermöglichkeiten beraten. Im Projekt „Enkeltrick“ organisiert das Forum gemeinsam mit der Bremer Polizei und einer Senioren-Schauspielgruppe Veranstaltungen, um über gängige Tricks aufzuklären, mit denen Betrüger Senioren um ihr Geld bringen. Die Polizei referiert, die Laienschauspieler unterstützen die Beamten mit nachgestellten Szenen. Beim Hol- und Bringdienst des Forums transportieren ehrenamtliche Fahrer gehbehinderte Senioren zu Veranstaltungen und wieder nach Hause. Egal, welches Projekt das Forum anstößt, das System bleibt das gleiche: Ein Kernteam koordiniert das Ganze und mobilisiert zum Projekt passend die bürgerschaftliche Mitarbeit von – pensionierten – Experten.

[www.forum-aeltere-menschen-bremen.de](http://www.forum-aeltere-menschen-bremen.de)

Noch schlechter sieht es in Bremerhaven aus, wo ganze Stadtteile durch Abwanderung veröden. Von den 130.000 Einwohnern aus dem Jahr 1992 sind heute noch 114.000 da. Seit 2000 hat sich die Anzahl der Haushalte um zehn Prozent verringert. Die Folge ist ein Leerstand von rund 6.000 Wohnungen. Dennoch ist die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum weiterhin groß, denn fast 30 Prozent der Einwohner sind von Armut bedroht.<sup>52</sup>

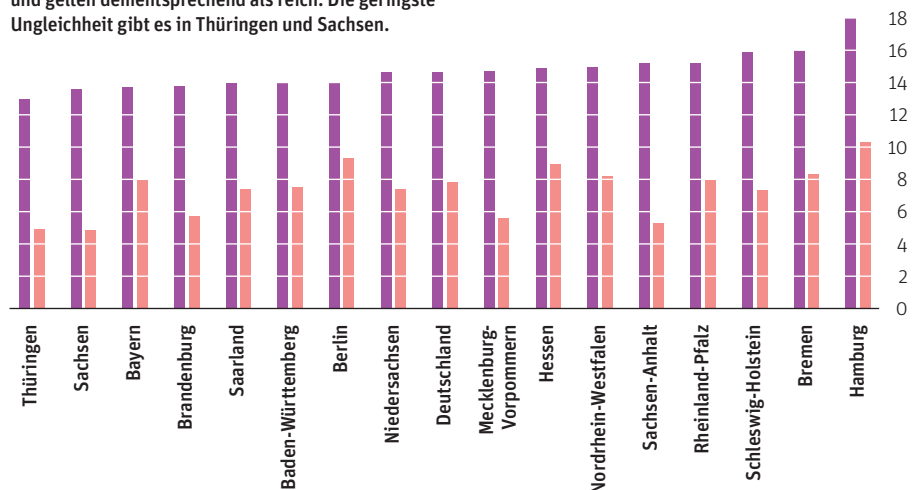
Doch wie durch ein Wunder hat sich Bremerhaven in den vergangenen Jahren enorm herausgeputzt: Die ehemalige Industriebrache auf der Landzunge zwischen Weser und altem Hafenbecken wird heute von einem segelförmigen Hotelhochhaus über-

**Armutsgefährdungsquote und Einkommensreichumsquote in den Bundesländern in Prozent 2009**  
(Datengrundlage: Statistisches Landesamt Niedersachsen)

■ Armutsgefährdungsquote  
■ Einkommensreichumsquote

## Arm und Reich leben nah beieinander

In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen leben anteilig die meisten Menschen, die mit weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens der Stadtbewohner über die Runden kommen müssen und somit als armutsgefährdet eingestuft werden. Gleichzeitig haben zwischen acht und zehn Prozent der Bremer und Hamburger mehr als 200 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung und gelten dementsprechend als reich. Die geringste Ungleichheit gibt es in Thüringen und Sachsen.



ragt. Zudem zieht das 100 Millionen Euro teure, futuristische „Klimahaus“ aus Glas und Stahl, ein Wissenschaftsmuseum zum Klimawandel, zahlreiche Besucher an. Zusammen mit dem prämierten Museum „Deutsches Auswandererhaus“, einem Zoo, dem Einkaufszentrum „Mediterraneo“, das ein italienisches Fischerdorf an der Nordseeküste simuliert, sowie gleich zwei Technologieparks gehört das Klimahaus zum Stadtentwicklungsprojekt „Havenwelten“. Und auch der Hafen, von dem die Stadt ihren Namen hat, boomt. Das Land Bremen will nun die Außenweser ausbaggern, damit auch große Überseeschiffe nach Bremerhaven einlaufen können. Gerade hat der klamme Stadtstaat zudem 500 Millionen Euro in einen vierten Containerterminal gesteckt.

Dies alles sind Investitionen in den Neuanfang des Küstenstandortes. Allerdings gibt Bremerhaven dabei Geld wie die Mutterstadt Bremen aus – nach dem Prinzip „ist der Ruf erst ruiniert, investiert es sich völlig ungeeignet“: Die schrumpfende Kommune will 2010 weitere Schulden von 137 Millionen Euro aufnehmen und sitzt dann auf einem Schuldenberg von mehr als einer Milliarde Euro – das sind über 9.000 Euro pro Bürger.<sup>53</sup> So schön das Bundesland den Besuchern auch vorkommen mag – nachhaltig ist das dortige Leben auf Kosten anderer nicht. Denn an seine Gläubiger zurückzahlen wird der Stadtstaat die Schulden vermutlich nie.

Bewertung Niedersachsen

Bewertung Niedersachsen			Gesamtnote	Demografie							Wirtschaft							Integr.		Bildung			Familienfrdl.										
				Kinderzahl Unter 35-jährige Frauenanteil Wanderung Über 74-jährige Prognose 2025 Zwischennote Trend	Verfügb. Einkommen Bruttoinlandsprodukt Kommunale Schulden Beschäftigung Arbeitsl.+Sozialhilfe. Frauenbeschäftigung Altersbeschäftigung Fremdenverkehr Zwischennote Trend	Bildungschancen Arbeitsmarktchancen Zwischennote Ohne Abschluss Jugendarbeitslosigkeit Hoch Qualifizierte Zwischennote Singlehaushalte Kinderbetreuung Freifläche Zwischennote																											
WST	Ammerland	3,63	3	4	3	1	2	1	2,3	4,4	↘	3	5	3	4	3	4	4	3	3,6	3,7	→	6	4	5,0	5	3	6	4,7	3	6	3	4,0
AUR	Aurich	3,93	3	3	2	2	3	3	2,7	4,2	↘	5	5	4	5	3	6	6	1	4,4	3,1	→	6	5	5,5	5	3	5	4,3	3	6	3	4,0
BS	Braunschweig	3,59	6	3	3	2	4	4	3,7	1,8	↑	3	2	2	5	3	4	4	5	3,5	4,3	↘	6	3	4,5	2	2	2	2,0	6	4	5	5,0
CE	Celle	3,76	4	4	2	3	4	3	3,3	4,2	↘	2	4	6	5	3	4	4	5	4,1	4,0	↘	5	3	4,0	3	3	4	3,3	3	6	2	3,7
CLP	Cloppenburg	3,45	2	1	4	2	1	1	1,8	4,0	↘	5	4	4	4	2	5	4	5	4,1	2,9	↗	6	4	5,0	3	3	6	4,0	2	6	2	3,3
CUX	Cuxhaven	3,73	3	5	3	3	4	3	3,5	4,0	↘	4	6	3	4	3	4	5	1	3,8	2,4	↗	6	3	4,5	3	3	6	4,0	3	6	2	3,7
DEL	Delmenhorst	3,97	4	4	1	3	2	4	3,0	3,0	→	4	5	3	4	4	4	3	6	4,1	4,3	↘	6	4	5,0	3	4	5	4,0	5	5	5	5,0
DH	Diepholz	3,60	4	4	3	2	3	1	2,8	4,0	↘	3	4	3	3	2	4	3	6	3,5	3,3	→	6	6	6,0	2	3	5	3,3	4	6	2	4,0
EMD	Emden	3,89	5	3	2	2	4	2	3,0	2,4	↗	4	1	2	6	4	6	6	5	4,3	3,9	→	6	5	5,5	4	3	5	4,0	5	6	1	4,0
EL	Emsland	3,40	3	1	4	2	2	2	2,3	4,2	↘	5	3	2	5	2	5	5	4	3,9	2,3	↗	6	4	5,0	3	2	5	3,3	2	6	2	3,3
FRI	Friesland	3,87	4	5	3	2	3	3	3,3	4,4	↘	4	5	3	5	3	4	5	1	3,8	3,6	→	6	5	5,5	2	3	6	3,7	4	6	3	4,3
GF	Gifhorn	3,55	3	3	3	3	2	2	2,7	5,2	↘	4	6	3	3	3	4	3	5	3,9	4,0	↘	6	3	4,5	3	3	3	3,0	3	6	2	3,7
GS	Goslar	4,25	5	6	4	4	6	5	5,0	4,6	↘	3	4	2	5	4	4	4	1	3,4	4,4	↘	6	3	4,5	5	3	5	4,3	6	5	3	4,7
GÖ	Göttingen	3,69	6	2	1	3	3	3	3,0	3,0	→	4	4	2	6	4	4	4	5	4,1	3,6	→	6	3	4,5	2	3	3	2,7	6	4	4	4,7
NOH	Grafschaft Bentheim	3,77	3	2	3	2	3	1	2,3	4,0	↘	5	4	4	5	2	6	5	5	4,5	4,6	↘	6	4	5,0	3	2	6	3,7	2	6	3	3,7
HM	Hameln-Pyrmont	3,96	3	5	3	3	5	4	3,8	3,2	→	4	4	4	4	4	3	4	2	3,6	3,9	→	4	4	4,0	4	4	5	4,3	6	5	4	5,0
H	Hannover	3,72	5	4	1	2	3	3	3,0	2,2	↗	3	2	5	4	4	3	3	5	3,6	4,0	↘	6	6	6,0	3	3	3	3,0	6	4	5	5,0
WL	Harburg	3,32	3	5	2	1	2	1	2,3	3,6	→	1	6	2	3	2	3	3	5	3,1	4,0	↘	6	3	4,5	3	3	6	4,0	3	5	4	4,0
HE	Helmstedt	4,12	5	5	2	4	5	4	4,2	3,2	→	3	5	3	4	4	4	4	5	4,0	3,7	→	6	3	4,5	3	4	5	4,0	5	6	3	4,7
HI	Hildesheim	3,79	5	4	1	3	4	3	3,3	2,6	↗	3	5	4	4	3	4	3	5	3,9	4,4	↘	4	4	4,0	3	3	4	3,3	6	5	4	5,0
HOL	Holzmin-den	4,09	5	5	3	5	6	5	4,8	4,0	↘	3	4	1	4	3	4	4	5	3,5	4,1	↘	4	4	4,0	4	3	5	4,0	5	6	2	4,3
LER	Leer	4,07	4	3	3	2	2	2	2,7	4,8	↘	5	5	3	6	3	6	6	2	4,5	2,9	↗	6	5	5,5	6	3	6	5,0	3	6	3	4,0
DAN	Lüchow-Dannenberg	4,21	5	6	4	3	6	3	4,5	4,8	↘	4	5	2	6	4	5	6	3	4,4	2,3	↗	5	3	4,0	4	4	5	4,3	4	6	1	3,7
LG	Lüneburg	3,61	6	3	1	1	2	1	2,3	3,4	→	4	5	5	5	3	4	4	5	4,4	4,1	↘	5	3	4,0	3	3	4	3,3	4	5	3	4,0
NI	Nienburg (Weser)	3,95	3	4	3	3	4	2	3,2	4,4	↘	4	5	3	4	3	4	3	6	4,0	3,4	→	6	6	6,0	3	3	6	4,0	4	6	2	4,0
NOM	Northeim	4,00	4	5	3	4	5	5	4,3	3,4	→	4	5	3	4	3	3	3	5	3,8	3,7	→	6	3	4,5	3	3	5	3,7	5	6	2	4,3
OL	Oldenburg, Stadt	3,72	6	2	1	2	2	3	2,7	2,2	↗	4	2	2	6	4	4	4	5	4,0	4,0	↘	6	4	5,0	3	3	3	3,0	6	5	5	5,3
OL	Oldenburg, Landkreis	3,54	3	4	3	2	2	1	2,5	4,8	↘	3	5	1	4	2	4	4	5	3,5	3,1	→	6	4	5,0	3	3	6	4,0	3	6	3	4,0
OS	Osnabrück, Stadt	3,75	6	2	1	3	4	4	3,3	1,8	↑	3	1	1	6	3	5	4	5	3,5	4,1	↘	6	4	5,0	3	3	4	3,3	6	5	5	5,3
OS	Osnabrück, Landkreis	3,36	2	2	4	2	3	2	2,5	4,4	↘	3	5	3	2	2	4	2	4	3,1	3,1	→	6	4	5,0	3	2	6	3,7	3	6	3	4,0
OHZ	Osterholz	3,88	5	5	3	2	2	2	3,2	4,4	↘	3	6	6	3	2	4	3	5	4,0	3,7	→	6	3	4,5	4	2	6	4,0	3	6	4	4,3
OHA	Osterode am Harz	4,34	5	6	3	4	6	6	5,0	4,4	↘	3	3	5	4	4	4	4	1	3,5	3,7	→	6	3	4,5	5	4	6	5,0	5	6	3	4,7
PE	Peine	3,64	3	4	2	2	3	3	2,8	4,6	↘	4	5	1	3	3	4	3	6	3,6	2,9	↗	6	3	4,5	3	3	5	3,7	4	6	4	4,7
ROW	Rotenburg (Wümme)	3,49	4	3	4	2	2	2	2,8	4,4	↘	4	4	3	3	2	4	3	5	3,5	3,4	→	6	3	4,5	5	3	5	4,3	2	6	1	3,0
SZ	Salzgitter	3,93	3	4	2	5	4	5	3,8	3,6	→	4	2	4	4	4	5	3	6	4,0	4,7	↘	6	3	4,5	3	3	5	3,7	5	5	1	3,7
SHG	Schaumburg	4,18	4	5	3	3	5	3	3,8	4,4	↘	3	5	2	4	3	4	4	4	3,6	4,9	↘	6	6	6,0	4	3	5	4,0	5	6	4	5,0
SFA	Soltau-Fallingb.ostel	3,50	4	4	3	3	3	2	3,2	3,6	→	4	4	4	3	3	3	3	1	3,3	4,4	↘	5	3	4,0	3	4	6	4,3	3	6	1	3,3
STD	Stade	3,32	3	3	3	2	2	1	2,3	3,6	→	3	4	3	3	3	4	3	5	3,5	3,0	→	6	3	4,5	3	3	4	3,3	3	6	3	4,0
UE	Uelzen	3,80	5	5	2	2	5	3	3,7	4,6	↘	4	4	4	5	3	4	4	2	3,8	3,7	→	5	3	4,0	3	4	5	4,0	4	6	1	3,7
VEC	Vechta	2,96	3	1	2	2	1	1	1,7	3,4	→	3	2	3	2	2	4	2	5	3,0	2,7	↗	6	4	5,0	3	2	5	3,3	2	6	3	3,7
VER	Verden	3,28	3	4	2	2	2	2	2,5	3,4	→	2	4	3	3	3	3	3	5	3,3	4,3	↘	5	3	4,0	3	2	5	3,3	3	6	3	4,0
BRA	Wesermarsch	3,88	3	4	4	3	3	3	3,3	4,6	↘	4	3	5	4	3	5	4	3	3,9	3,4	→	6	5	5,5	2	4	5	3,7	4	6	2	4,0
WHV	Wilhelmshaven	4,24	5	5	6	3	5	4	4,7	2,4	↗	4	2	1	6	4	4	5	5	3,9	4,4	↘	6	5	5,5	3	3	5	3,7	6	5	3	4,7
WTM	Wittmund	3,92	3	4	2	2	3	3	2,8	4,4	↘	5	5	3	6	3	5	6	1	4,3	3,6	→	6	5	5,5	5	3	6	4,7	3	6	1	3,3
WF	Wolfenbüttel	3,97	5	5	2	4	4	3	3,8	4,4	↘	3	6	3	4	3	4	3	6	4,0	2,9	↗	6	3	4,5	4	3	5	4,0	4	5	3	4,0
WOB	Wolfsburg	3,21	5	4	3	3	4	4	3,8	3,0	→	3	1	1	2	3	4	2	4	2,5	4,0	↘	6	3	4,5	2	3	2	2,3	5	4	2	3,7

Bewertung Bremen

HB	Bremen	3,68	6	3	1	2	4	2	3,0	1,8	↑	1	1	6	5	4	4	4	5	3,8	4,5	↘	6	3	4,5	3	3	3	3,0	6	5	5	5,3
HB	Bremerhaven	4,37	4	4	3	4	4	4	3,8	2,0	↗	3	2	6	6	6	5	5	5	4,8	3,8	→	6	3	4,5	4	5	5	4,7	6	4	5	5,0

# MECKLENBURG-VORPOMMERN

Einwohnerzahl 2009	1.651.000
Einwohnerzahl 2025 (Prognose)	1.426.000
Binnenwanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2004 bis 2008	-5,3
Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2008	1,43
Migrantenanteil* in Prozent 2008	2,4
Durchschnittsalter 2008	44,7
Haushaltseinkommen pro Kopf in Euro 2008	15.016



\* Ostdeutsche Bundesländer (außer Berlin) Angabe von Ausländeranteil, da keine Angaben zum Migrantenanteil verfügbar

## Die Frauen gehen, Touristen kommen

Von Dorf zu Dorf zu fahren, ist in Mecklenburg-Vorpommern dank der traumhaften Landschaft ein touristisches Vergnügen. Für Gäste trifft der Slogan des Landesmarketings zu: Ihnen tut MV gut. Die Zahl der übernachtenden Besucher hat sich seit 1997 verdoppelt.

Jene, die dort leben, wo andere Ferien machen, haben dagegen alles andere als eine Spaßgarantie. Vor allem für die Dorfjugend ist das Vergnügen zweifelhaft: Je weiter im Osten und je ferner der Küste, desto trostloser sind die Jobaussichten. Trotz Fortschritten waren auch im Jahr 2008 unter den 20 deutschen Regionen mit der höchsten Arbeitslosigkeit und der höchsten Jugendarbeitslosigkeit sieben respektive sechs aus Mecklenburg-Vorpommern.<sup>54</sup> Das daraus resultierende Leid können viele Männer noch nicht mal teilen: Es fehlen Frauen, vor allem junge.

Dass junge Frauen dem Landleben immer häufiger den Rücken kehren, lässt sich zwar auch in anderen ländlichen Regionen Deutschlands ausmachen. Aber in Mecklenburg-Vorpommern ist die Lage besonders

prekär: Sechs der 20 Kreise mit dem größten Mangel an Frauen in der Altersklasse der 18- bis 29-Jährigen finden sich in diesem Bundesland. Die deutschlandweit niedrigste Frauenquote in dieser für Ausbildung und Familiengründung wichtigen Altersklasse registriert der Kreis Parchim in Westmecklenburg. Hier kommen 77 Frauen auf 100 Männer. Der deutsche Durchschnitt liegt bei 97 Frauen.

Den Frauenmangel im Osten hatten Demografen zunächst als Nachwendephänomen angesehen: Viele der gut ausgebildeten Frauen akzeptierten den Wegfall ihrer Arbeitsplätze nicht als Schicksal, sondern als Herausforderung und suchten sich im Westen neue Jobs. Mittlerweile ist klar, dass die Abwanderung nur in wenigen Universitäts- und Großstädten aufgehört hat. Die Folge: In Mecklenburg-Vorpommern gibt es in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen noch 87 Frauen je 100 Männer. Die Neigung zur Abwanderung ist verknüpft mit der Höhe der Qualifikation: Je höher die Bildung, desto mobiler ist die Bevölkerungsgruppe.

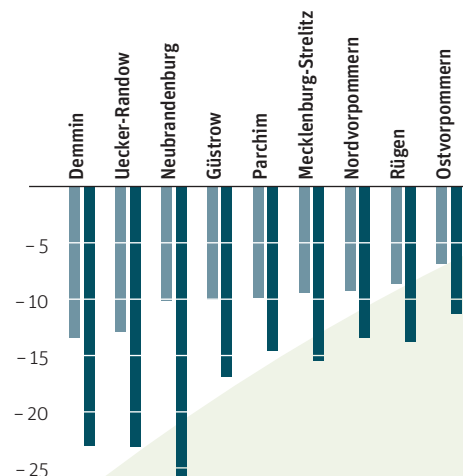
## Frauenpower im Nordosten

Der Frauenanteil ist zwar klein, aber oho – zumindest laut dem „Gender-Index 2007“, der ein Ranking zum Vergleich der Geschlechter erstellt hat. Ob in der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt oder in der Lokalpolitik: Frauen von der Ostseeküste liegen bei vielen Indikatoren vorne. In den Top Ten dieses Rankings von 413 deutschen Kreisen sind sechs aus Mecklenburg-Vorpommern, darunter die drei besten.<sup>55</sup> Die Mädchen an der Ostseeküste lernen demnach fleißiger als die Jungen – und arbeiten später auch mehr: Mecklenburg-Vorpommern ist eins von vier Bundesländern, in dem Frauen häufiger als Männer beschäftigt sind. Im Jahr 2008 gingen 54 Prozent der Frauen, aber nur 52 Prozent der Männer im Alter von 18 bis 64 Jahren einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Zum Vergleich: Deutschlandweit traf das im Mittel auf 48 Prozent der Frauen und 58 Prozent der Männer zu.<sup>56</sup>

Frauenpower zeigt sich auch in der Lokalpolitik. Nirgendwo sonst regieren so viele Bürgermeisterinnen. In den Landkreisen



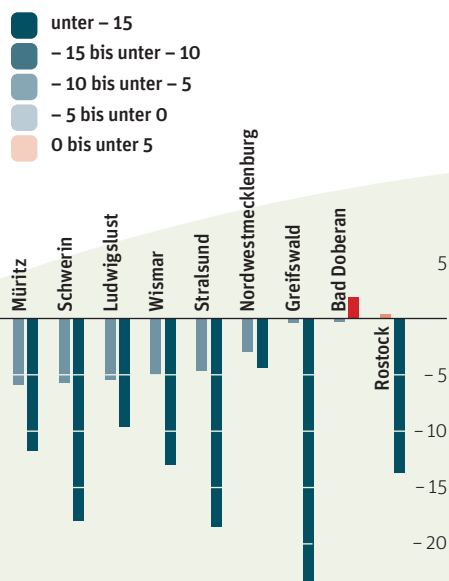
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)



Ludwigslust, Nordwestvorpommern und Rügen gibt es sogar mehr Bürgermeisterinnen als Bürgermeister. Dass ausgerechnet eine Frau, die ihren Wahlkreis seit 1990 in Vorpommern hat, zur ersten Bundeskanzlerin gewählt wurde, ist somit keine Überraschung.

Greifswald bildet eine Ausnahme vom mecklenburg-vorpommerischen Frauenmangel: Die Frauen sind in der Mehrzahl. Hier leben außerdem – wie in Rostock – überdurchschnittlich viele Junge und Hochqualifizierte. Greifswald hat gar den deutschlandweit dritthöchsten Anteil unter 35-Jähriger, nach Vechta und Cloppenburg, zwei traditionell besonders kinderreichen Landkreisen im Westen Niedersachsens. Das liegt vor allem an der Universität. Die Studierendenzahl ist seit 1990 fast um das Vierfache gestiegen. Rund 60 Prozent der 12.000 Studierenden sind Frauen, zudem zwei Drittel des Lehr- und Verwaltungsapparats. Weil Studentinnen aber nur selten Kinder bekommen, weist Greifswald eine unterdurchschnittliche Geburtenzahl pro Frau von 1,14 auf, und die Bevölkerung dürfte bis 2025 um ein Viertel schrumpfen.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern 2008 bis 2025 in Prozent



57 Prozent der Studierenden in Greifswald stammen aus anderen Bundesländern.<sup>57</sup> Die Stadt übt damit in dem am dünnsten besiedelten deutschen Bundesland, in dem es kaum Ballungseffekte gibt, noch am ehesten so etwas wie Anziehungskraft aus. Weder Rostock noch Schwerin, weder Wismar noch Stralsund können so viele neue Bewohner anlocken, wie es beispielsweise Dresden, Erfurt, Jena oder Leipzig gelingt. Lediglich bei den über 64-Jährigen ist Mecklenburg-Vorpommern ein Wanderungsgewinner. Viele Ältere wählen sich ein ruhiges Fleckchen am Wasser als Alterswohnsitz. Diese Zuwanderung verstärkt jedoch die ohnehin kommende Überalterung: Im Jahr 2030 dürfte es ein Drittel mehr über 64-Jährige geben als heute.<sup>58</sup>

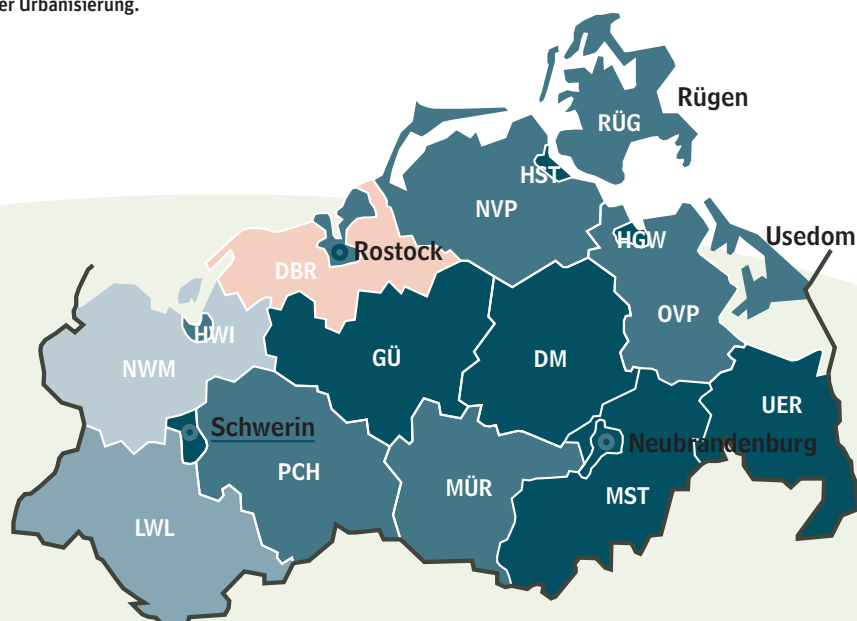
### Anhaltende Entleerung

Praktisch flächendeckend hat Mecklenburg-Vorpommern in der Vergangenheit Bevölkerung verloren – Tendenz: weiter massiv abwärts. Nur der Umland-Kreis von Rostock profitiert noch ein wenig von der Urbanisierung.

### Vorzeigeküste – armes Binnenland

Dass Mecklenburg-Vorpommern stark schrumpft, wurde bislang durch eine vergleichsweise gute demografische Ausgangslage statistisch bemäntelt – hier lebte nach der Wende einst die jüngste Bevölkerung Deutschlands. Dieses Kapital konnte das Land aber wegen der hohen Abwanderung nicht nutzen. Besonders die Binnenlandkreise bluten aus, zum Beispiel die Mecklenburgische Seenplatte, zu der Neubrandenburg und die Kreise Demmin, Mecklenburg-Strelitz und Müritz gehören. In dieser Region wird die Bevölkerungszahl den Prognosen zufolge von 2008 bis 2025 um 19 Prozent abnehmen – stärker als der Landesdurchschnitt mit 14 Prozent.<sup>59</sup>

Warum der Ausblick trübe ist, zeigt der Landkreis Demmin, wo Arbeitsplätze besonders rar sind. Rund 17 Prozent der 18- bis 64-Jährigen beziehen Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe, mehr als doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt. Demmin zählt – mit neun weiteren Kreisen des Landes – zu den 20 deutschen Regionen mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen, das Bundesland liegt auf dem letzten Platz.<sup>60</sup> Auch das Bildungsniveau ist schlecht – die Geburtenzahl je



Frau dagegen ist im Kreis Demmin deutschlandweit die höchste. Diese Kombination entspricht dem Profil von Zuwanderervierteln mancher Großstadt, die es in Demmin allerdings nicht gibt. Die Fertilitätsrate von 1,70 je Frau liegt unter anderem an Teenagerschwangerschaften, die unter arbeitslosen Jugendlichen im Osten zunehmend zu beobachten sind (siehe Kapitel Sachsen-Anhalt).

### Fachkräftemangel bedroht Zukunftsbranchen

Wegen des Geburteneinbruchs nach der Wende und der Abwanderung junger Menschen kommt heute auf eine Ausbildungsstelle in Mecklenburg-Vorpommern weniger als ein Bewerber – und damit weniger als in den anderen ostdeutschen Ländern. Aber nicht nur die Quantität, sondern auch das Bildungsniveau des Nachwuchses stellt die Betriebe vor Probleme. Mecklenburg-Vorpommern hat nach Sachsen-Anhalt den zweithöchsten Anteil an Schulabbrechern.

Woran es nicht mangelt, sind Initiativen, die darauf abzielen, den Fachkräftemangel abzumildern. Als erstes Bundesland gründete Mecklenburg-Vorpommern eine Rückholagentur für Abgewanderte. Das Konzept von „MV4you“ hat inzwischen in anderen Ländern Schule gemacht. Ein „Ausbildungs- und Qualifizierungspakt“ bündelt Landes- und Wirtschaftsinitiativen, zum Beispiel im dualen Studiengang der Volkswerft Stralsund GmbH und der dortigen Fachhochschule. Vor allem Branchen, deren Geschäfte gut laufen, schreckt die Aussicht, demnächst ohne Fachkräfte dazustehen. Vor dem Problem steht insbesondere das personalintensive – und boomende – Gastgewerbe.

Das Bundesland, in dem 1793 in Heiligendamm das erste Seebad Deutschlands eröffnet und in Warnemünde der Strandkorb erfunden wurde, hat bis heute nichts von seiner touristischen Anziehungskraft verloren. Diese nimmt sogar noch zu. Bezogen auf die Einwohnerzahl ist das Land zur Fremdenver-



### Die Schule im Dorf lassen

Lüchow war ein Dorf wie viele im dünn besiedelten Mecklenburg-Vorpommern: 2003 hatten in dem zur Gemeinde Altkalen gehörenden Örtchen noch vier Rentner ihren Hauptwohnsitz angemeldet. Heute hat das Dorf 43 dauerhafte Einwohner, fast die Hälfte von ihnen sind Kinder. Im Zentrum des Aufschwungs steht eine Schule in freier Trägerschaft, die ein aus der Stadt zugezogener Architekt mit einigen Gleichgesinnten gegründet hat. Über Monate hatten sich die interessierten Eltern getroffen, Lehrer gesucht, ein Schulkonzept entwickelt und eineinhalb Jahre Schriftverkehr mit dem Ministerium auf sich genommen, bevor der Trägerverein im August 2006 den Schulunterricht aufnehmen durfte. Anfangs lernten vier Kinder mit einer Lehrerin im Haus des Architekten, ein Jahr später zog die Schule in ein mithilfe von Spenden und EU-Mitteln wieder aufgebautes Dorfgemeinschaftshaus.

Seit dem Schuljahr 2009/2010 unterrichten vier Lehrer 27 Schülerinnen und Schüler jahrgangsübergreifend bis zur 5. Klasse. Teilweise kommen die Kinder aus den umliegenden Orten. Um halb acht werden die ersten per Vereins-Kleinbus abgeholt, eine Stunde später beginnt der Unterricht. Ihn bezahlen die Eltern mit 60 Euro pro Kind und Monat, das Essen kostet zusätzlich 30 Euro. Das anfangs belächelte Projekt hat sich längst etabliert. Der Schulverein ist inzwischen mit sechs Voll- und sechs Teilzeitangestellten der zweitgrößte Arbeitgeber der Gemeinde Altkalen. Die örtliche Bürgermeisterin hat das Schulprojekt von Anfang an unterstützt. Als der engagierte Vater und Architekt erwirken wollte, dass die Schule im Dorf gebaut wird und nicht in das Neubaugebiet der nächsten Kleinstadt ausweichen muss, begleitete die Lokalpolitikerin ihn kurzerhand zum Landrat. Ein Gespräch, und die Sache war geregelt. Wie in Lüchow sind in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen rund 70 Privatschulen entstanden, seit 2001 hat sich ihre Anzahl verdoppelt. In Lüchow sind bereits die nächsten Schritte geplant. 100 Menschen sollen einmal in dem Dorf leben, so die Vision des Architekten. Es soll Arbeit für alle geben, ein Altenheim und einen Dorfladen. Und im Nachbarort soll eine weitere Schule entstehen – die Oberstufe für die heutigen ABC-Schützen.

[www.landschule-luechow.de](http://www.landschule-luechow.de)

kehrsregion Nummer 1 in Deutschland geworden: 13 Übernachtungen pro Einwohner im Jahr sind fast doppelt so viele wie in Bayern und Schleswig-Holstein. Den Rekord unter den Kreisen hält die Insel Rügen mit 75 Übernachtungen. Zu Gast ist allerdings nicht die Welt: Nur drei Prozent der Besucher kommen aus dem Ausland. Als Wirtschaftsfaktor ist der Tourismus für Mecklenburg-Vorpommern so wichtig wie in keinem anderen Bundesland. Er sorgt für rund zehn Prozent der Einkommen. An der Küste werden 73,3 Prozent aller Umsätze erzielt. In den Binnenland-Kreisen Demmin und Uecker-Randow dagegen bleiben die Betten leer: Die Bettenauslastung betrug 2008 nur 21 bis 25 Prozent.<sup>61</sup>

Ein betriebswirtschaftlicher Vorteil der Gastbetriebe ist mit 65 Betten pro Betrieb ihre überdurchschnittliche Größe. Einen ähnlichen Größenvorteil hat hier auch die Landwirtschaft: Wegen der vielen großflächigen ehemaligen LPGs sind die Betriebe die größten Deutschlands, ihre Produktivität liegt um 20 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.<sup>62</sup> In dem weiten Land haben sich aber nicht nur Agrarfabriken breit gemacht, sondern auch rund 700 Ökobetriebe etabliert. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei sind in keinem Bundesland so verbreitet wie hier: Sie



stehen für 2,6 Prozent der Bruttowertschöpfung. In Deutschland insgesamt machen diese Branchen 0,9 Prozent der Bruttowertschöpfung aus.

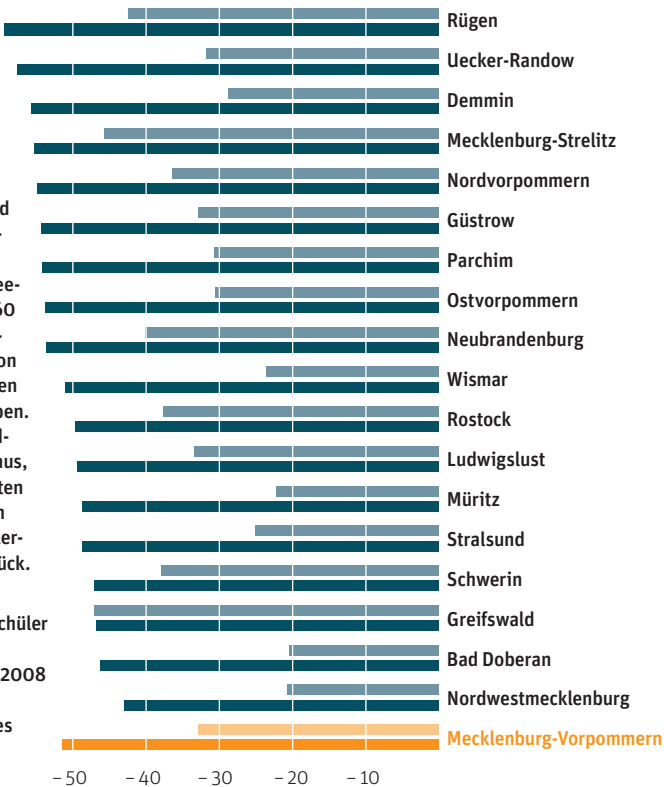
In rund 90 großen Betrieben der Ernährungsindustrie (mit über 50 Beschäftigten) arbeiten etwa 13.700 Menschen, zum Beispiel im Euro-Baltic-Fischverarbeitungszentrum in Sassnitz, wo bis zu 50.000 Tonnen Fisch im Jahr angelandet werden. Im ländlichen Raum ist die Landwirtschaft mit 21.300 Beschäftigten der größte Arbeitgeber.<sup>63</sup>

Klassische Männerjobs gibt es dagegen bei den fünf Großwerften in Rostock, Stralsund, Wismar und Wolgast, wo rund 4.600 Menschen arbeiten. Aber auch auf den Werften werden Arbeitsplätze rar. Trotz massiver Subventionen von über 500.000 Euro pro Arbeitsplatz und mehrfacher Investorenwechsel sinkt die Beschäftigung im Schiffbau stetig. Zudem werfen die hiesigen Werften nicht viel fürs Hinterland ab: Schafft ein Werftarbeitsplatz in der Regel drei weitere Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie, ist in Mecklenburg-Vorpommern dort nur einer je Werftarbeiter entstanden.<sup>64</sup>

Schülerzahlen halbiert und jede dritte Schule geschlossen

Innerhalb von zehn Jahren haben sich in allen Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns die Schülerzahlen halbiert und viele Schulen ihre Pforten geschlossen. Die bei deutschen Urlaubern sehr beliebte Ostseeinsel Rügen hatte 2008 fast 60 Prozent weniger schulpflichtige Kinder als noch 1998. Von vormals 52 allgemeinbildenden Schulen sind 30 übrig geblieben. Etwas besser sieht es im Landkreis Nordwestmecklenburg aus, der von der Nähe zu den Städten Lübeck, Wismar und Schwerin profitiert. Dort ging die Schülerzahl „nur“ um 43 Prozent zurück.

Entwicklung der Anzahl der Schüler (unterer Balken) und Schulen (oberer Balken) von 1998 bis 2008 in Prozent (Datengrundlage: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern)

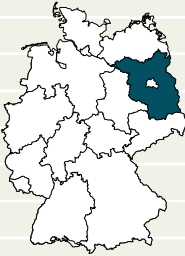



Bewertung Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern		Gesamtnote	Kind	Unter	Fraue	Wand	Über	Prog	Zwis	Trend	Verfi	Brutt	Komm	Besch	Arbei	Fraue	Alter	Frem	Zwis	Trend	Bild	Arbei	Zwis	Ohne	Jugend	Hoch	Zwis	Singl	Kind	Frei	Zwis		
DBR	Bad Doberan	3,24	3	6	6	3	1	2	3,5	4,4	↘	5	5	3	3	1	2	1	2,9	2,3	↗	5	4	4,5	4	4	5	4,3	3	1	1	1,7	
DM	Demmin	4,58	2	6	6	6	4	6	5,0	4,6	↘	6	5	5	5	6	4	5	5,1	3,3	→	5	4	4,5	5	6	5	5,3	3	2	1	2,0	
HGW	Greifswald	3,51	6	1	1	1	2	6	2,8	2,6	↗	6	4	3	6	5	3	2	4	4,1	3,6	→	5	4	4,5	4	4	2	3,3	4	1	4	3,0
GÜ	Güstrow	4,19	4	6	5	6	3	6	5,0	3,8	→	6	5	6	4	6	3	4	2	4,5	3,9	→	5	4	4,5	4	5	4	4,3	3	1	1	1,7
LWL	Ludwigslust	3,60	4	5	6	5	2	4	4,3	5,2	↘	5	5	3	1	4	1	1	5	3,1	2,3	↗	5	4	4,5	4	5	5	4,7	3	1	1	1,7
MST	Mecklenburg-Strelitz	4,27	3	6	6	6	3	6	5,0	5,2	↘	4	6	6	4	6	2	4	2	4,3	3,3	→	5	4	4,5	6	5	5	5,3	3	1	1	1,7
MÜR	Müritz	3,87	3	5	5	5	3	5	4,3	4,2	↘	6	5	6	3	5	2	3	1	3,9	3,6	→	5	4	4,5	5	4	5	4,7	3	1	1	1,7
NB	Neubrandenburg	3,80	4	4	4	5	2	6	4,2	3,0	→	5	2	2	4	6	2	2	5	3,5	4,3	↘	5	4	4,5	3	6	4	4,3	5	1	3	3,0
NVP	Nordvorpommern	4,20	4	6	6	5	3	5	4,8	4,8	↘	6	6	5	4	6	2	4	1	4,3	3,0	→	5	4	4,5	5	6	5	5,3	3	1	1	1,7
NWM	Nordwestmecklenburg	3,44	3	5	5	4	2	3	3,7	4,6	↘	5	6	4	2	4	1	2	1	3,1	2,9	↗	5	4	4,5	4	5	5	4,7	3	1	1	1,7
OV	Ostvorpommern	4,13	4	6	5	5	3	5	4,7	3,6	→	6	6	5	4	6	2	3	1	4,1	3,6	→	5	4	4,5	6	6	5	5,7	3	1	1	1,7
PCH	Parchim	4,04	4	6	6	6	3	5	5,0	4,2	↘	5	6	4	3	5	2	3	3	3,9	2,9	↗	5	4	4,5	5	5	5	5,0	3	1	1	1,7
HRO	Rostock	3,64	5	3	2	2	3	5	3,3	2,0	↗	6	3	4	5	5	3	2	3	3,9	4,4	↘	5	4	4,5	4	4	2	3,3	6	1	4	3,7
RÜG	Rügen	3,87	4	6	3	5	3	5	4,3	3,4	→	6	5	6	3	5	1	3	1	3,8	3,4	→	5	4	4,5	5	5	5	5,0	3	2	1	2,0
SN	Schwerin	3,93	5	5	2	3	4	6	4,2	2,8	↗	5	3	5	5	5	3	2	4	4,0	4,6	↘	5	4	4,5	3	5	3	3,7	6	1	3	3,3
HST	Stralsund	4,16	4	5	2	3	4	6	4,0	3,0	→	6	3	6	5	6	3	3	3	4,4	3,9	→	5	4	4,5	4	6	4	4,7	5	1	5	3,7
UER	Uecker-Randow	4,73	4	6	6	6	4	6	5,3	3,0	→	6	6	6	6	6	4	5	5	5,5	4,4	↘	5	4	4,5	4	6	5	5,0	3	2	1	2,0
HWI	Wismar	4,35	6	5	5	2	4	5	4,5	3,0	→	6	4	6	5	5	3	3	4	4,5	4,3	↘	5	4	4,5	6	5	4	5,0	5	1	4	3,3



# BRANDENBURG UND BERLIN

	Brandenburg		Berlin	
Einwohnerzahl 2009	2.512.000		3.443.000	
Einwohnerzahl 2025 (Prognose)	2.418.000		3.474.000	
Binnenwanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2004 bis 2008	– 0,9		2,9	
Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2008	1,41		1,30	
Migrantenanteil in Prozent 2008	2,6		25,0	
Durchschnittsalter 2008	44,9		42,7	
Haushaltseinkommen pro Kopf in Euro 2008	15.956		15.704	

## Wanderungsgewinner Groß-Berlin

Im Herbst 2010 fand im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg ein denkwürdiges Ereignis statt: Es handelte sich um die Eröffnung von zwei Grundschulen. Der Vorgang fand über den Stadtteil hinaus öffentliche Aufmerksamkeit, weil er aus dem Rahmen fällt. In den meisten ostdeutschen Regionen sind Schulschließungen an der Tagesordnung.

Einen drastischen Geburtenknick gab es nach der Wende auch in Berlin. Aus diesem Grund war eine der nun eingeweihten Grundschulen vor zehn Jahren geschlossen worden. Die Wiedereröffnung zeigt, dass sich in Berlin positive demografische Trends beobachten lassen. Die Geburtenrate hat sich, wie in ganz Ostdeutschland, erholt – und Berlin verzeichnet seit 2007 sogar wieder mehr Geburten als Todesfälle.

Dennoch gibt es kein Babywunder in Berlin, wie es der Berliner Hang zur Übertreibung nahelegt. Auch nicht in Prenzlauer Berg. Pro Frau wurden dort in den letzten Jahren nicht mehr Kinder geboren als anderswo in Berlin oder Ostdeutschland.<sup>65</sup> Dass dennoch rund

um den Kollwitzplatz unübersehbar viele Kinderwagen rollen, liegt an der Frauendichte in dem Viertel. Hierhin sind viele Frauen im gebärfähigen Alter gezogen. Und weil diese eben auch Kinder bekommen, spricht die Lokalpresse gern von einem „Babyboom“.

Die mehr als fünf Millionen Berliner Einwohner, mit denen Statistiker noch im Jahr 1990 für das Jahr 2020<sup>66</sup> rechneten, sind somit weiterhin nicht in Sicht. Kurz nach der Wiedervereinigung herrschte die Vorstellung, der Osten werde sich rasch in eine blühende Landschaft verwandeln – mit Berlin als Treibhaus. Stattdessen fiel die Hauptstadt zurück. Nicht nur wuchs Berlin nicht, es fing gar an zu schrumpfen, und zwar demografisch wie ökonomisch.

20 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es nun wieder Zeit für optimistische Prognosen. Seit 2005 wächst Berlin kontinuierlich, vor allem weil die Stadt neue Einwohner aus anderen Ländern und Bundesländern anlockt. Derzeit wohnen mehr als 3,4 Millionen Menschen in Deutschlands größter Stadt. Zwar sind die Prognosen heute ebenso wenig eindeutig wie vor 20 Jahren. Einigkeit herrscht aber darüber, dass Berlin bis 2025 zumindest leicht zulegen wird.

## Wachstumsregion Berlin und Umland

Berlin legt zu – und zieht einen Teil Brandenburgs, nämlich die angrenzenden Kreise, mit. Die Metropolregion ragt somit unter den ostdeutschen Regionen demografisch heraus. Die Hauptstadt und ihr Speckgürtel mit Kreisen wie Oberhavel, Barnim, Havelland sowie der Stadt Potsdam weisen die besten Bevölkerungstrends Ostdeutschlands auf. Andere Städte, die derzeit wachsen, zum Beispiel Leipzig, tun dies auf Kosten ihres Umlands. Doch in der Mittelfristprognose bis 2025 haben alle Städte im Osten mit einem Einwohnerschwund zu rechnen – mit Ausnahme von Berlin und Potsdam.

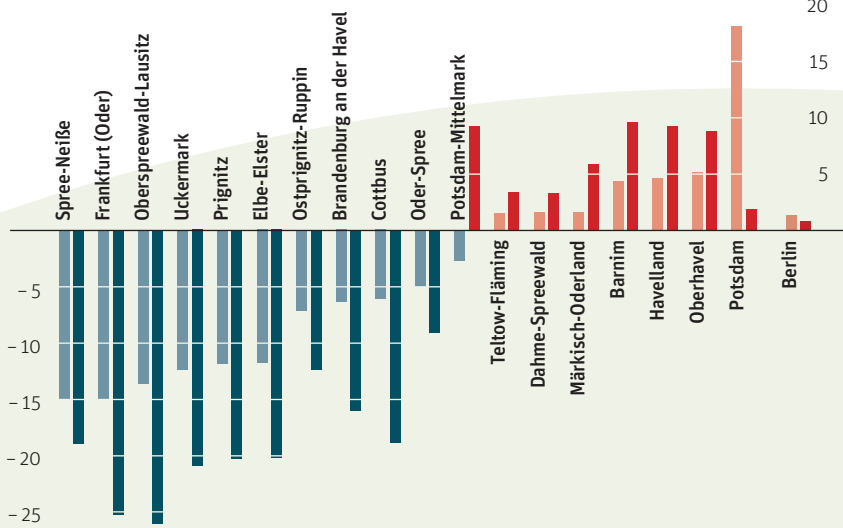
Drei der 20 deutschen Kreise mit den stärksten Wanderungsgewinnen von 2004 bis 2008 befinden sich hier. Viele Einwohner sind auf Achse, auch wenn sie nicht umziehen. Als Pendler arbeiten sie in Berlin und leben in Brandenburg. Darum haben manche Umlandkreise von Berlin zwar ein niedriges Bruttoinlandsprodukt, also eine relativ geringe Wirtschaftsleistung, die Bewohner dieser Kreise verfügen aber keinesfalls nur über ein niedriges Einkommen: Der brandenburgische Pendlereinkommenssaldo – die Differenz der Arbeitsentgelte zwischen Arbeitsort und Wohnort – ist in Brandenburg mit plus 19 Prozent (2005) mit Abstand der größte aller Bundesländer.<sup>67</sup>

### Hauptstadteffekt

Nach Jahren des Rückgangs legt Berlin wieder leicht an Bevölkerung zu. Und davon profitiert auch das Brandenburger Umland. Innerhalb der tortenstückartigen Kreise gilt dies aber nur für die Orte in der Nähe Berlins. Jenseits des Speckgürtels schrumpfen die Einwohnerzahlen massiv.

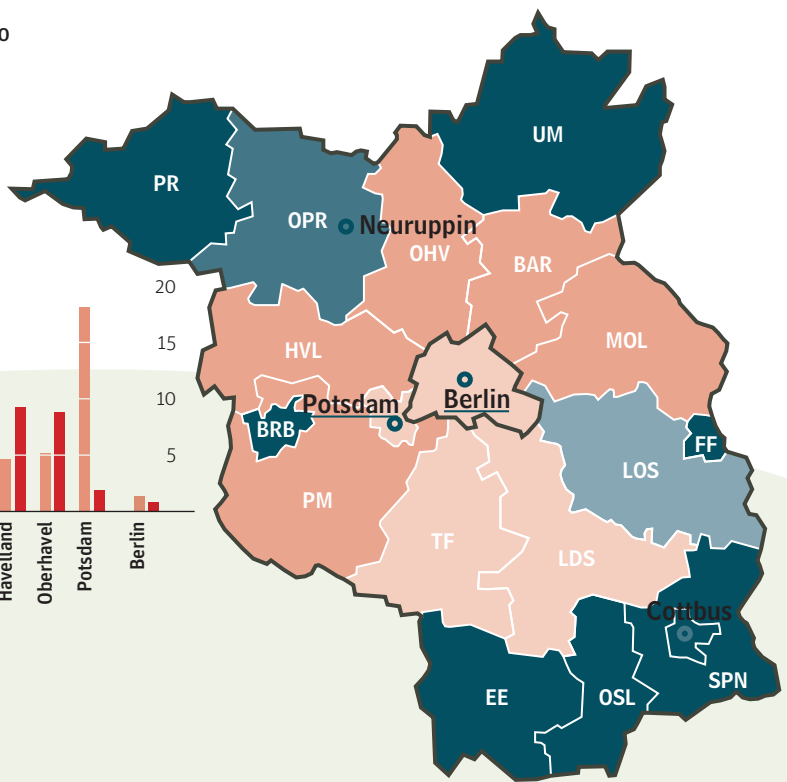
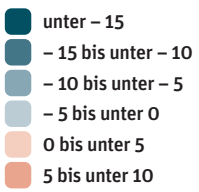


(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)



Des einen Wanderungsplus ist des anderen -minus: Sechs der 20 deutschen Kreise mit den stärksten Wanderungsverlusten liegen ebenfalls in Brandenburg. Genauer gesagt: an dessen Rand. Frankfurt/Oder kehrten von 2004 bis 2008 Jahr für Jahr 15 von 1.000 Einwohnern den Rücken – das ist der Abwanderungsrekord für Deutschland. Brandenburg bekommt damit zwei Gesichter. Je weiter weg von Berlin die Brandenburger wohnen, desto mehr ähnelt ihre demografische Struktur der traurigen Situation der umliegenden ostdeutschen Bundesländer. Unter den 20 deutschen Kreisen mit dem geringsten Anteil unter 35-Jähriger finden sich fünf am Rand von Brandenburg. Hier sind auch Jugendarbeitslosigkeit und Schulabbrüche ähnlich stark verbreitet wie im ländlichen Mecklenburg-Vorpommern.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg und Berlin 2008 bis 2025 in Prozent



### Regional: top; national: Tropf; international: Flop

Die eher guten demografischen Aussichten inmitten der ostdeutschen Bevölkerungsmalaise scheinen das Berliner Selbstbild zu bestätigen: Berlin ist etwas Besonderes. Genauso gut lassen sich mit dem Wanderungsgewinn aber auch die Vorurteile der stolzen Bayern, Hamburger oder Sachsen gegenüber der Bundeshauptstadt belegen: Wenn man so will, stabilisiert sich Berlin auf Kosten anderer Regionen – demografisch, indem es junge Leute magnetisch anzieht, und – mehr noch – finanzpolitisch.

„Berlin ist so lange, wie sich die finanzhistorischen Quellen zurückverfolgen lassen, keine Kommune gewesen, die sich aus sich selbst heraus hätte finanzieren können“, schrieb 2004 die Berliner Senatsverwaltung für Finanzen. Sie wies damit die Verantwortung für das rasante Schuldenwachstum von sich und begründete die Forderung nach mehr

Finanzhilfe.<sup>68</sup> Auch wenn die entsprechende Verfassungsklage Berlins im Jahr 2006 gescheitert ist, hängt die Hauptstadt weiter am Tropf. Sie wird über Sonderzuweisungen, Länderfinanzausgleich und Solidarpakt II gleich mehrfach begünstigt: als Stadtstaat, als Hauptstadt und als – teilweise neues – Bundesland. Nur knapp 43 Prozent seiner Ausgaben finanziert Berlin durch eigene Steuereinnahmen. 38 Prozent bezahlt die Stadt mit Finanzhilfen und durch neue Schulden. Immerhin: In den Jahren 2007 und 2008 wurde der Schuldenberg etwas abgetragen. Seit 2009 legt er aber wieder zu. Mehr als 17.000 Euro öffentliche Schulden lasten auf jedem Einwohner – nur die Bremer stehen tiefer in der Kreide.<sup>69</sup>

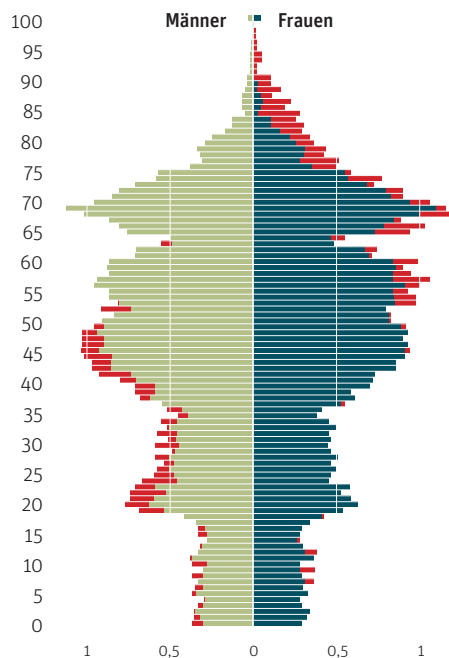
Dafür ist – neben politischen Fehlentscheidungen – die wirtschaftliche Schwäche der Stadt verantwortlich. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die einst bedeutende Industriestadt zum industriepolitischen Sorgenfall. Im Westen der Stadt lockten massive Bundeshilfen Branchen an, die eher aufs Land denn in eine Großstadt passten: Massenproduktionen, die viel Fläche, aber nur wenige qualifizierte Arbeitskräfte benötigten. Als die Subventionen wegfielen, verschwanden diese Betriebe aus dem Westen, während im Osten die Kombinate Pleite gingen. Seither ist die Industrie fast vollständig verloren gegangen. Berlin gilt als einzige Hauptstadt der Welt, die ökonomisch unter dem Durchschnitt des jeweiligen Landes liegt.<sup>70</sup>

Aufgrund dieser Schwäche gibt es viele Vergleiche, die Berlin scheuen muss. Acht Dax-Konzerne haben ihr Hauptquartier in München, drei in Frankfurt am Main. Berlin hat keinen einzigen. In Berlin siedeln sich keine Konzernzentralen an, nur deren Filialen. Eine Ausnahme bieten lediglich halbstaatliche Betriebe wie die Deutsche Bahn AG, deren Umzug nach Hamburg 2006 nur durch massive politische Intervention verhindert werden konnte.

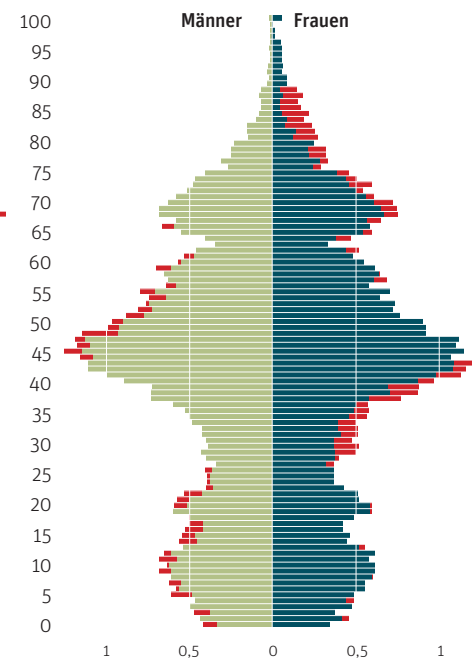
## Demografische Extreme in Brandenburg

Falkensee, im Umland von Berlin gelegen, gehört zu den am stärksten wachsenden Städten Brandenburgs. Nach dem Fall der Mauer sind viele junge West-Berliner vor die Tore der Hauptstadt gezogen, um im neu gebauten Eigenheim eine Familie zu gründen – zur Arbeit wird täglich in die Hauptstadt gependelt. Heute leben fast doppelt so viele Menschen in Falkensee wie 1990 – die meisten im besten Erwerbsalter. Der Industriestandort Schwedt hingegen, wo vor der Wende ein riesiges Erdölkombinat stand, bietet besonders den jungen Bewohnern keine Perspektive mehr, und für das Pendeln nach Berlin liegt er zu weit entfernt. Heute ist die Industrie modernisiert – kommt aber mit einem Bruchteil an Arbeitskräften aus. Gegenüber 1990 verlor Schwedt 35 Prozent seiner Einwohner. Zurück bleiben nur die Älteren. Deutlich sichtbar ist bei beiden Städten der Frauenüberschuss in den höheren Altersgruppen. In Schwedt kommt ein Männerüberschuss bei den 20- bis 50-Jährigen hinzu, weil aus dem Krisengebiet überproportional viele junge Frauen abgewandert sind.

Stadt Schwedt/Oder im Kreis Uckermark  
Altersaufbau der Bevölkerung 2009



Stadt Falkensee im Kreis Havelland  
Altersaufbau der Bevölkerung 2009



Anteil der jeweiligen Altersklassen in Prozent der Gesamtbevölkerung,  
in Rot der Überschuss von Frauen beziehungsweise Männern  
(Datengrundlage: Landesamt für Bauen und Verkehr Brandenburg)

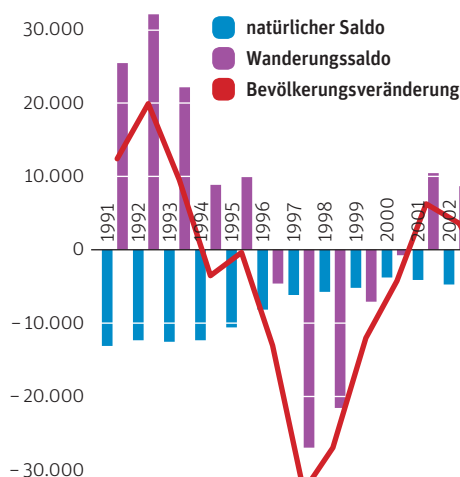
Die Stadt, die sich so gern mit Paris oder London vergleicht, erreicht gerade einmal das wirtschaftliche Niveau von Warschau und Budapest.<sup>71</sup> Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt nur bei der Hälfte Hamburgs. Die Stadt, die gerne auf die vielen jungen Leute verweist, die in ihr leben, sieht mit einem Durchschnittsalter von knapp 43 Jahren<sup>72</sup> im

internationalen Metropolenvergleich eher alt aus: Hauptstadtregionen sind normalerweise jünger, zum Beispiel Paris oder London. Der Anteil der unter 35-Jährigen in Berlin (38 Prozent) ist nicht mal im nationalen Vergleich Spitze, sondern nur Durchschnitt und geringer als in Frankfurt/Main oder München.<sup>73</sup>

## Dienstleisterstadt Berlin

Die Einwohner sind kreativ, wenn es um die Erfindung neuer Tätigkeitsprofile geht. Neue Jobs in der Kreativwirtschaft sind ein hervorstechendes Merkmal des Berliner Arbeitsmarktes. Berlin hat mit 14 Prozent die höchste Selbstständigenquote Deutschlands (elf Prozent). Von 1993 bis 2008 hat sich die Zahl der Selbstständigen um 98.000 auf 236.000 erhöht.<sup>74</sup> Darunter sind viele der derzeit rund 100.000 Berliner Künstler und Kreativberufler wie Architekten, Programmierer oder Werbefachleute. Der Anteil der Kreativen an den Erwerbstätigen ist in Berlin deutlich größer und wächst schneller als in westdeutschen Großstädten. Doch liegt das Einkommen der Berliner rund 30 Prozent unter dem westdeutscher Großstadtkreativer.<sup>75</sup>

Eine boomende Dienstleistungsbranche ist das Touristikgewerbe – vier der zehn umsatzsärksten Hotels Deutschlands bieten in Berlin Betten feil. In die Hauptstadt kommen nicht nur Geschäfts- und Politreisende, sondern vor allem Städtetouristen. Auf keine andere Stadt Deutschlands sind so viele ausländische Besucher neugierig. Knapp 7,5 Millionen war Berlin 2009 eine Übernachtung wert. Nach München zog es 4,4 Millionen.<sup>76</sup>



### Die Hauptstadt wächst wieder

Als einziges Bundesland verzeichnete die Hauptstadt Berlin im Jahr 2009 Wanderungsgewinne und gleichzeitig einen geringen Geburtenüberschuss von 391 Neugeborenen. Damit hat die demografische Entwicklung eine überraschende Wendung genommen. Bis vor wenigen Jahren hatte Berlin Bevölkerung an die Umlandkreise verloren, und es starben mehr Menschen als geboren wurden.



## Hilfe, wenn die Erinnerung versagt

Mehr als eine Million Demenzerkrankte leben in Deutschland, 33.000 von ihnen in Brandenburg. Ihre Zahl steigt stetig: 2015 werden es laut Schätzungen allein in Brandenburg rund 43.000 sein. Zwei Drittel der Kranken werden zu Hause betreut. Eine schwierige Aufgabe, bei der sich Angehörige seit 1997 Unterstützung bei der Alzheimer-Gesellschaft Brandenburg e.V. holen können. Ihre Mitglieder informieren und beraten über Ursachen, Krankheitsverlauf und Behandlungsmöglichkeiten zur Alzheimer-Erkrankung. Sie vertreten die Interessen Demenzerkrankter in den stationären Pflegeeinrichtungen, unterstützen Selbsthilfegruppen und fördern und koordinieren den Aufbau regionaler Beratungsstellen.

2002 begann die Gesellschaft für die Idee zu werben, Laien in die Betreuung Demenzerkrankter einzubinden – trotz großer Skepsis, ob auf unausgebildete Leute Verlass wäre. Dass die Alzheimer-Gesellschaft das Experiment dennoch wagte, liegt an den finanziellen Rahmenbedingungen: Seit 2002 steht Angehörigen von Pflegebedürftigen zusätzlich zum Pflegegeld eine Pauschale zu, anfangs waren es 460 Euro pro Jahr, inzwischen sind es – je nach Betreuungsbedarf – jährlich 1.200 oder 2.400 Euro. Mit diesem Geld sollen die Angehörigen Betreuer finanzieren, damit sie selbst mal zum Arzt oder zum Einkaufen gehen können. Doch mit Profis, die im Schnitt 20 Euro die Stunde kosten, würden die Angehörigen sich nur ein paar Stunden pro Monat von ihrem 24-Stunden-Einsatz freikaufen können. Zu mehr Freiraum verhelfen die von der Alzheimer-Gesellschaft veranschlagten Sätze, die zwischen fünf und zehn Euro betragen und nur in Einzelfällen darüber hinausgehen. Ihren ehrenamtlichen Helferinnen zahlt die Initiative eine Aufwandsentschädigung von fünf bis sieben Euro pro Stunde. Insgesamt können die Freiwilligen bis zu 175 Euro pro Monat verdienen: die sogenannte steuerfreie Übungsleiterpauschale. Mehr als 1.500 Menschen in ganz Brandenburg, die meisten von ihnen Rentnerinnen, haben bereits eine Fortbildung für diesen Job absolviert. Jedes Jahr nehmen die Helfer an einer Nachschulung teil, einmal im Monat treffen sie sich zur Supervision. Die Laien arbeiten so gut, dass der Landesverband sie in weiteren Projekten einsetzt: in Wohngruppen für Menschen mit Demenz, in die Angehörige und Helfer eingebunden werden, sowie bei Urlaubsreisen für Betroffene und Angehörige.

[www.alzheimer-brandenburg.de](http://www.alzheimer-brandenburg.de)

Saldo und Veränderung  
in absoluten Zahlen  
(Datengrundlage: Statis-  
tisches Landesamt Berlin  
Brandenburg)

Von diesem Touristenstrom hoffen künftig auch Brandenburger Regionen zu profitieren, die sich derzeit herausputzen. Im Süden des Landes werden 21 ehemalige Braunkohle-Tagebaue geflutet. Einen Eindruck davon, welche Freizeitflächen hier entstehen, vermittelt die Internationale Bauausstellung Fürst-Pückler-Land. So ziert die ehemalige Bergbaustadt Großbräschen, die zur Hälfte vom Bagger verschlungen wurde, eine Seebrücke. Der See folgt bis 2015.



## Viele Sprachen – eine Stimme

In den Berliner Problembezirken Wedding und Moabit leben Menschen aus über hundert Ländern. Trotzdem sprechen etliche Bewohner mit einer Stimme, seitdem sich im November 2008 die Bürgerplattform „Wir sind da!“ gegründet hat. Die Idee: Wenn Bürger sich zusammentun, wenn sie gemeinsame Interessen feststellen und gemeinsam auftreten, dann sind sie eine Macht, auch wenn sie wenige sind und keiner Partei angehören. Über zwei Jahre haben die Vorbereitungen gedauert, bis sich 40 Gruppen aus beiden Stadtteilen nach dem Modell des amerikanischen Community Organizing zusammenschlossen. Moschee-Vereine sind darunter, Kirchengemeinden und andere religiöse Zentren, aber auch Müttergruppen, Kitas und ein Selbstständigenverband. Gemeinsam bestimmen sie in der Bürgerplattform Themen, bei denen alle an einem Strang ziehen: saubere Spielplätze, weniger Drogenhandel in der U-Bahn, kürzere Wartezeiten im Jobcenter, bessere Bildung für junge Leute im Kiez.

Organisiert wird die Bürgerplattform unhierarchisch. Ein Strategieteam, dem alle Interessierten beitreten können, trifft sich zweimal im Monat und berät die nächsten Schritte. Ein Kernteam, in dem alle Vereine mit einer Stimme vertreten sind, entscheidet, welche Vorschläge verfolgt werden. Einen Vorsitzenden gibt es nicht. Dafür koordiniert das Deutsche Institut für Community Organizing, eine Einrichtung der Berliner Katholischen Fachhochschule, das Projekt. In Berlin hat „Wir sind da!“ ein erfolgreiches Referenzprojekt im ehemaligen Industriebezirk Oberschöneweide. Als dort nach der Wende zahlreiche Betriebe eingingen, blieben tausende Bewohner ohne Arbeit zurück. Statt ausschließlich auf externe Hilfe zu vertrauen, gründeten sie 2002 die Bürgerplattform „Bürger verändern ihren Kiez – Organizing Schöneweide“ – und erzielten erste Erfolge: Nach jahrelangen Verhandlungen erreichte „Organizing“, dass die bis dahin an mehreren Standorten arbeitende Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in eine der Industriehallen umziehen durfte.

[www.wir-sind-da-berlin.de](http://www.wir-sind-da-berlin.de)

## Szeneviertel für Wissenschaftler

Hochspezialisierte Dienstleistungen bergen das größte Wachstumspotenzial für Berlin und Brandenburg. Sowohl in Berlin als auch in Potsdam und Cottbus wohnen überdurchschnittlich viele Hochqualifizierte. In Berlin hat jeder siebte sozialversicherungspflichtige Beschäftigte einen akademischen Abschluss, die Hochschullandschaft zählt zu den größten und vielfältigsten in Europa. Es gibt vier Universitäten, sieben Fachhochschulen und 60 Forschungsstätten. Nur Bremen bringt – bezogen auf die Bevölkerungsgröße – mehr Hochschulabsolventen hervor als Berlin. Hinzu kommen Bildungseinrichtungen in Brandenburg, von denen einige bequem von Berlin aus per S-Bahn zu erreichen sind, etwa das Hasso-Plattner-Institut unweit der Filmstudios in Babelsberg. Das Institut für IT-Fachkräfte gehört zur Universität Potsdam, wird aber vollständig von der Stiftung des namensgebenden SAP-Mitgründers bezahlt. Ausgründungen finanziert der Stifter über einen Wagniskapitalfonds gleich mit.

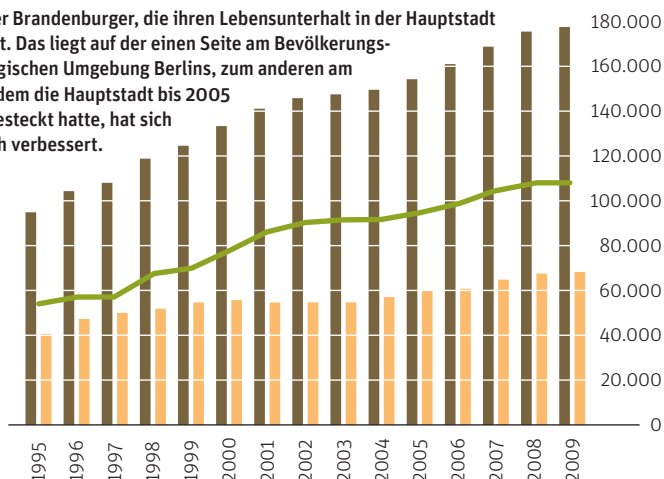
Nicht die Berliner Luft, sondern das Gründungsklima der Stadt ist außergewöhnlich: Berlin ist mit 1.230 Neugründungen je 10.000 Firmen im Jahr 2009 Spitzenreiter in Deutschland. Auf Platz zwei liegt Brandenburg (980).<sup>77</sup> In Berlin-Brandenburg gibt es sechs Biotechparks, darunter Berlin-Buch, wo mit dem Max-Delbrück-Zentrum für molekulare Medizin eine renommierte Forschungseinrichtung steht. In Berlin-Adlershof wächst nach eigenen Angaben mit 750 Unternehmen und 12.500 Beschäftigten das größte Technologie- und Wissenschaftscluster Deutschlands heran. Solche Firmen und Institute sorgen dafür, dass Berlin mit 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (2008) anteilig fast so viel Geld in Forschung und Entwicklung steckt wie der Forschungsprimus Baden-Württemberg. Allerdings ist dort die Wertschöpfung aus der Forschung ungleich höher: Baden-Württemberg kam 2009 auf 144 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner – Berlin gerade mal auf 28.<sup>78</sup>

## Immer mehr Brandenburger arbeiten in Berlin

Seit 1995 hat sich die Zahl der Brandenburger, die ihren Lebensunterhalt in der Hauptstadt verdienen, nahezu verdoppelt. Das liegt auf der einen Seite am Bevölkerungswachstum in der brandenburgischen Umgebung Berlins, zum anderen am Jobwachstum in Berlin. Nachdem die Hauptstadt bis 2005 in der Beschäftigungskrise gesteckt hatte, hat sich die Situation seitdem deutlich verbessert.

■ Brandenburg nach Berlin  
■ Berlin nach Brandenburg  
■ Pendlersaldo

Entwicklung der pendelnden Beschäftigten zwischen Brandenburg und Berlin 1995 bis 2009  
(Datengrundlage: IAB-Regional)



Gefälle auf dem Arbeitsmarkt

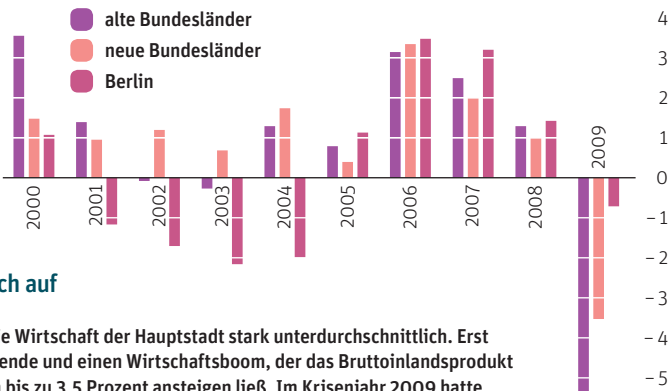
Eine Bevölkerungsgruppe ist nicht vom Gründungsfieber erfasst: Entgegen dem landläufigen Eindruck sind unter den türkischstämmigen Einwohnern Berlins nicht mehr Selbstständige als unter anderen Migranten oder Deutschen, sondern weniger.<sup>79</sup> Zwar verfügen viele der Zuwanderer über einen Hochschulabschluss (39 Prozent). Das gilt allerdings in erster Linie für Migranten aus EU-Ländern oder von anderen Kontinenten – nicht für solche aus der Türkei. Von diesen haben im Alter von 15 bis 64 Jahren nur drei Prozent einen Hochschulabschluss und drei Viertel keinen Berufsabschluss.<sup>80</sup> Auch wenn der Migrantenanteil Berlins kleiner ist als in manch anderen deutschen Großstädten, so wird es für die Zukunft Berlins wichtiger werden, die Migranten ins Erwerbsleben zu integrieren. Zwar sank die Geburtenrate ausländischer Frauen seit 2000 von 1,77 auf 1,42 Kinder (2008), während die der deutschen Frauen von 1,07 auf 1,27 Kinder stieg.<sup>81</sup> Dennoch wird der Migrantenanteil, der bei unter Zehnjährigen rund 40 Prozent beträgt, weiter steigen. Das ist ein Alarmsignal für den Arbeitsmarkt. Derzeit fangen in Berlin anteilig

Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent

(Datengrundlage: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“)

Berlin holt wirtschaftlich auf

Bis 2004 entwickelte sich die Wirtschaft der Hauptstadt stark unterdurchschnittlich. Erst das Jahr 2005 brachte die Wende und einen Wirtschaftsboom, der das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahr um bis zu 3,5 Prozent ansteigen ließ. Im Krisenjahr 2009 hatte Berlin mit einem Minus von 0,7 Prozent den geringsten Rückgang von allen Bundesländern in Ost- und Westdeutschland zu verzeichnen.



nur halb so viele ausländische Jugendliche eine Lehre an wie Migrantenkinder generell in Deutschland. Noch niedriger ist ihre Ausbildungsbeteiligung in Brandenburg. Im Durchschnitt sind die Migranten in der Hauptstadt stärker von öffentlichen Hilfen abhängig als in anderen Städten. Ein Befund, der auch

für die deutsche Bevölkerung Berlins gilt. Nirgendwo leben mehr Menschen von Hartz IV als hier. Auch sechs brandenburgische (Rand-)Kreise gehören zu den 20 Regionen mit den höchsten Sozialleistungsquoten. Besserung ist in den nächsten Jahren nur für die Metropolregion Berlin zu erwarten.

Bewertung Brandenburg

BAR	Barnim	3,48	5	6	4	1	2	1	3,2	4,2	↘	5	6	1	4	5	2	2	4	3,6	3,3	→	5	4	4,5	4	5	4	4,3	3	1	2	2,0
BRB	Brandenburg an der Havel	3,83	4	6	4	4	4	6	4,7	2,4	↗	5	4	2	4	6	2	5	3,9	3,4	→	5	4	4,5	3	5	4	4,0	4	1	1	2,0	
CB	Cottbus	3,95	6	5	5	3	6	5,0	4,2	↘	5	3	1	5	5	2	2	5	3,5	4,6	↗	5	4	4,5	3	5	2	3,3	5	1	3	3,0	
LDS	Dahme-Spreewald	3,10	4	6	4	2	3	2	3,5	3,8	→	4	3	2	3	3	1	2	3	2,6	2,7	↗	5	4	4,5	4	4	4	4,0	3	1	1	1,7
EE	Elbe-Elster	4,35	4	6	6	6	4	6	5,3	5,0	↓	5	5	2	4	6	3	4	5	4,3	2,4	↗	5	4	4,5	5	6	5	5,3	3	2	1	2,0
FF	Frankfurt (Oder)	3,74	5	5	3	6	3	6	4,7	3,0	→	5	3	1	5	6	2	2	5	3,6	3,9	→	5	4	4,5	3	5	3	3,7	4	1	1	2,0
HVL	Havelland	3,58	4	5	4	2	2	1	3,0	4,8	↓	5	6	3	3	4	2	3	5	3,9	4,1	→	5	4	4,5	5	4	5	4,7	2	2	1	1,7
MOL	Märkisch-Oderland	3,60	5	6	4	2	2	1	3,3	4,2	↘	5	6	1	4	5	2	3	4	3,8	4,3	↘	5	4	4,5	5	5	4	4,7	3	1	1	1,7
OHV	Oberhavel	3,43	5	5	3	1	2	1	2,8	3,8	→	5	5	1	3	5	2	3	5	3,6	3,4	→	5	4	4,5	4	5	4	4,3	3	2	2	2,3
OSL	Oberspreewald-Lausitz	4,27	5	6	5	6	4	6	5,3	3,2	→	5	5	1	4	6	3	4	5	4,1	2,3	→	5	4	4,5	5	6	4	5,0	4	2	2	2,7
LOS	Oder-Spree	3,83	4	6	5	4	3	4	4,3	3,6	→	5	5	3	4	5	2	2	4	3,8	3,4	→	5	4	4,5	6	5	4	5,0	3	1	1	1,7
OPR	Ostprignitz-Ruppin	4,00	4	6	5	5	3	5	4,7	3,4	→	5	5	3	4	6	2	3	2	3,8	3,7	→	5	4	4,5	5	6	5	5,3	3	2	1	2,0
P	Potsdam	2,77	5	2	1	1	2	2	2,2	1,8	↑	5	3	2	3	3	2	1	3	2,8	4,7	↘	5	4	4,5	3	3	1	2,3	5	1	3	3,0
PM	Potsdam-Mittelmark	3,20	4	6	4	1	2	1	3,0	4,6	↓	4	6	2	3	3	1	2	4	3,1	3,1	→	5	4	4,5	4	4	4	4,0	3	1	1	1,7
PR	Prignitz	4,31	5	6	6	5	5	6	5,5	3,8	→	5	5	3	4	6	3	3	5	4,3	2,7	↗	5	4	4,5	6	5	4	5,0	4	1	1	2,0
SPN	Spree-Neiße	3,99	4	6	6	6	4	6	5,3	4,4	↓	5	4	3	4	5	2	3	4	3,8	1,4	↑	5	4	4,5	4	5	5	4,7	3	1	1	1,7
TF	Teltow-Fläming	3,29	4	5	4	2	2	2	3,2	3,6	→	5	5	2	2	4	1	2	4	3,1	3,3	→	5	4	4,5	5	5	4	4,7	3	1	1	1,7
UM	Uckermark	4,35	4	6	6	6	3	6	5,2	3,8	→	6	5	3	5	6	4	4	3	4,5	3,7	→	5	4	4,5	5	6	4	5,0	3	2	1	2,0

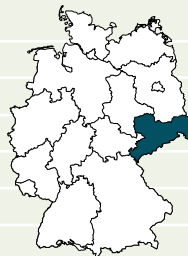
Bewertung Berlin

B	Berlin	4,01	6	3	1	2	2	2	2,7	1,0	↑	5	4	6	6	5	5	5	4	5,0	5,2	↓	6	4	5,0	4	5	2	3,7	6	1	6	4,3
---	--------	------	---	---	---	---	---	---	-----	-----	---	---	---	---	---	---	---	---	---	-----	-----	---	---	---	-----	---	---	---	-----	---	---	---	-----



# SACHSEN

Einwohnerzahl 2009	4.169.000
Einwohnerzahl 2025 (Prognose)	3.645.000
Binnenwanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2004 bis 2008	-2,3
Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2008	1,45
Migrantenanteil in Prozent 2008	2,7
Durchschnittsalter 2008	45,7
Haushaltseinkommen pro Kopf in Euro 2008	15.755



## Metropolenbildung: Die Sachsen sammeln sich

Allein die beiden Großstädte Leipzig und Dresden können sich derzeit stabilisieren beziehungsweise sie wachsen sogar. Sie locken vor allem aus dem eigenen Umland Zuzügler an. Dresden konnte zwischen 2004 und 2008 sogar den bundesweit höchsten Wanderungsgewinn von jährlich 1,2 Prozent erzielen. Weil jedoch auch die Peripherie irgendwann leer läuft und damit kein dauerhafter Quell von Menschen sein kann, dürften auf längere Sicht sogar in den sächsischen Metropolen die Bevölkerungszahlen wieder sinken. Schon bis 2025 dürfte Dresden sieben und Leipzig neun Prozent seiner Einwohner verlieren.

## Weise und weiße Köpfe

In Sachsen schalten und walten die Pioniere des demografischen Wandels in Deutschland. Das trifft auch auf den Umgang der Sachsen mit der Überalterung zu. Sie reagieren so pragmatisch wie möglich: Die Schuldenlast für die kommenden Generationen wird seit Jahren gering gehalten. Es wird viel Geld in Zukunftsindustrien investiert und der rare Nachwuchs vorbildlich betreut und ausgebildet. Damit ist Sachsen in vielen Belangen nicht nur für den Osten ein Vorbild, sondern für die ganze Republik.

Den Sachsen bleibt auch gar nichts anderes übrig, als sich an den Wandel anzupassen – denn der Handlungsbedarf ist hier enorm. Mehr als zehn Prozent der Bevölkerung sind über 74 Jahre alt – in den Nachbarländern Thüringen und Brandenburg sind es neun Prozent respektive acht Prozent. Unter den 20 deutschen Kreisen mit dem höchsten Anteil von Hochaltrigen liegen fünf in Sachsen: Chemnitz, Zwickau, der Vogtlandkreis, der Erzgebirgskreis, Mittelsachsen und der Kreis Görlitz. In diesen Gebieten haben nach der Wende zahlreiche Produktionsbetriebe geschlossen, die Jungen zogen in Massen fort, und zurück blieben vorwiegend Ältere. Gemessen am Durchschnittsalter der Bevölkerung ist Sachsen mit 45,7 Jahren knapp nach Sachsen-Anhalt das zweitälteste Bundesland.

Ein Ende der Alterung ist nicht abzusehen: Obwohl die Kinderzahl je Frau seit 2000 – wie überall im Osten – wieder angestiegen ist und 2008 in allen sächsischen Kreisen außer der Stadt Leipzig über dem deutschen Durchschnitt von 1,37 lag, kommt viel zu wenig Nachwuchs nach, um die Bevölkerung zu verjüngen. Und auch der demografische Aderlass wird weitergehen: Seit 1990 hat Sachsen 572.000 respektive zwölf Prozent seiner Einwohner verloren. Damit wohnen hier schon heute weniger Menschen, als es im Jahr 1900 der Fall war. Bis 2030 dürfte die Einwohnerzahl von 4,17 Millionen (2009) auf dann 3,64 Millionen sinken. Die europäische Statistikbehörde Eurostat prognostiziert, dass von allen Regionen Europas die Region Chemnitz im Jahr 2030 die älteste Bevölkerung haben wird.<sup>82</sup>

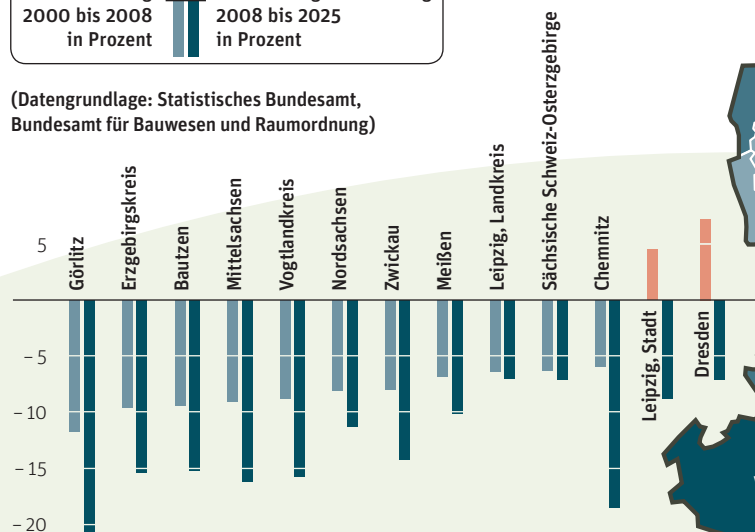
Sachsen war zu DDR-Zeiten und auch lange davor ein Industriekernland. Aus dem heutigen Freistaat stammten die Computersaurier der Marke Robotron, der wichtigsten Rechenmaschinenschmiede des Ostblocks, ebenso der „Trabant“, der meistverkaufte Personenwagen der DDR. Doch während vor der Wende praktisch überall in Sachsen die Schlote rauchten und selbst die Täler des Erzgebirges hoch industrialisiert waren, brach mit dem Strukturwandel die Beschäftigung in den Randgebieten förmlich ein – sei es im Braunkohlebergbau in der Oberlausitz, im Uranbergbau im Erzgebirge oder in der Textilindustrie im Vogtland. In Industri ruins wie in Teilen des traditionsreichen alten MZ-Werk in Zschopau finden heute Trödelmärkte oder das Nachtleben in Diskotheken statt; selbst das historische Rathaus der Stadt Zschopau steht zum Verkauf. Viele Industriegebäude werden keine neue Verwendung finden und warten auf den Abriss.

Doch in den sächsischen Metropolregionen ist die Reindustrialisierung wieder erfolgreich in Gang gekommen. Seit 1998 steigt die Zahl der Industriebeschäftigten, und

zwar oft in Branchen, deren Betriebe zwar mit dem Ende der DDR untergegangen sind, deren Fachkräfte aber für den Neuanfang ideal genutzt werden konnten. Anders als in vielen anderen Gebieten der neuen Bundesländer zogen hier die anfänglich hoch subventionierten Ansiedlungen Folgeinvestitionen nach sich. Der Konzern Globalfoundries, der mit derzeit 2.600 Beschäftigten in Sachsen Mikrochips fertigt, investiert von 2010 bis 2012 in Dresden rund 1,3 Milliarden Dollar, um seine Kapazitäten zu verdreifachen. Rund 1.500 Unternehmen mit mehr als 43.000 Mitarbeitern arbeiten im Mikroelektronik-Cluster zwischen Dresden und Chemnitz<sup>83</sup> – der Pleite des Herstellers Qimonda im Jahr 2009 zum Trotz. Jeder zweite Mikrochip Europas stammt bereits aus Sachsen.<sup>84</sup> Hinzu kommen andere Industrieprodukte, deren Verkauf Sachsen ein im Ostländervergleich überdurchschnittliches Bruttoinlandsprodukt beschert. In Chemnitz führen Firmen wie StarragHeckert, Union oder Niles-Simmons die Maschinenbautradition des Standorts fort, in Leipzig rollen BMW und Porsche vom Band, und mit DHL hat die Logistikbranche am Flughafen Leipzig/Halle ihren größten Luftfrachtstützpunkt aufgebaut.



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)



## Nicht nur Unis, sondern auch Jobs

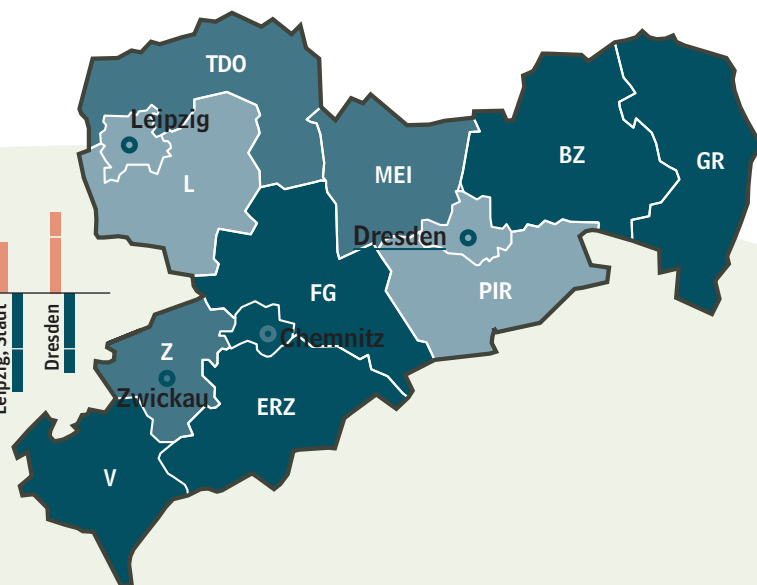
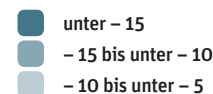
In Sachsen sorgt das Arbeitsplatzangebot für Zukunftsperspektiven, die in vielen anderen ostdeutschen Hochschulstädten fehlen. Hier finden Studenten nicht nur Bildungswege, sondern auch Jobs. Die drei sächsischen Großstädte gehören zu den 20 deutschen Kreisen, in denen am meisten Hochqualifizierte arbeiten. Vor allem in Dresden hat das Qualifikationsniveau der Beschäftigten stark zugenommen: Über 20 Prozent haben einen Hochschulabschluss, was deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von zehn Prozent liegt. Dass diese Jobperspektiven gedeihen, liegt zu einem großen Teil an der Finanzpolitik des Landes, denn Sachsen hat einen großen Teil der Transfergelder von Bund, EU und alten Bundesländern dazu genutzt, um Investoren anzulocken.

Mit den frühen und massiven Investitionen, zunächst unter dem West-Import-Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, hat sich Sachsen einen gewichtigen Vorsprung verschafft. Heute ist die Investitionsquote – der Anteil investiver Ausgaben an allen öffentlichen Landesausgaben – einer der höchsten unter den Bundesländern. 2008 lag sie bei 23 Prozent, verglichen mit 16 Prozent in den ostdeutschen Flächenländern. Die staatlichen Investitionen werden trotz Einschnitten auch 2010 überdurchschnittlich hoch bleiben.<sup>85</sup> Davon profitieren Forschung und Entwicklung: Bei den öffentlichen und privaten Forschungsausgaben liegt Sachsen als einziges östliches Flächenland über dem

## Flächendeckender Schwund

Auch wenn Sachsen das wirtschaftliche Vorzeigeland im Osten ist – demografisch sieht es schlecht aus. Die Bevölkerung ist bereits so stark gealtert, dass der Schwund programmiert ist. Den könnten nur neue Zuwanderer bremsen.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Sachsen 2008 bis 2025 in Prozent



deutschen Durchschnitt. Zudem hat es als einziges von 2003 bis 2009 seinen – wenn auch im Vergleich zum Westen niedrigen – Anteil an Patentanmeldungen um 42 Prozent gesteigert.<sup>86</sup>

Doch auch die Kulturförderung kommt nicht zu kurz, denn das Potenzial zu einer der attraktivsten Tourismusregionen in Deutschland ist groß: Im Vergleich der Flächenländer gibt Sachsens öffentliche Hand pro Kopf am meisten aus.<sup>87</sup> Vor allem Dresden ist ein Besuchermagnet und zählt allein im Jahr 2009 rund 3,3 Millionen Gästeübernachtungen. Die restaurierte barocke Innenstadt mit Frauenkirche, Dresdner Zwinger und Semperoper gehört bei Gästen aus dem In- und Ausland zu den Top-Ten-Reisezielen in Deutschland.

### Kann Sachsen angesichts der schrumpfenden Basis bestehen?

Ob Pisa-Studie oder Iglu: In Bildungsvergleichen schneiden sächsische Schüler sehr gut ab. Sachsen erntet damit die Früchte seiner Bildungspolitik, denn es hat vorbildlich auf den Rückgang der Schülerzahlen reagiert. Statt es beim Schließen vieler Grundschulen zu belassen, wurde das dadurch Gesparte wieder ins Bildungssystem investiert. Die steigende Bildungsqualität ändert aber nichts an den abnehmenden Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen, die in den letzten 15 Jahren um die Hälfte gesunken sind.<sup>88</sup> Das geht einher mit weniger Nachwuchs für die Berufs- und Hochschulen vor Ort. Sachsen ist zunehmend auf Studierende aus anderen Bundesländern angewiesen, will es die Schließung von Hochschulstandorten in den kommenden Jahrzehnten vermeiden. Mit Werbekampagnen sollen Studierende aus anderen Ländern und insbesondere aus Westdeutschland gewonnen werden. Das Wissenschaftsministerium wirbt etwa mit dem Slogan „Studieren in Sachsen ist die halbe Miete“ mit den niedrigen Lebenshaltungskosten für ein Studium in Sachsen. Dem Ruf nach Sachsen folgen bis dato jedoch vor allem Ostdeutsche.<sup>89</sup>



### Wächter gegen den Verfall

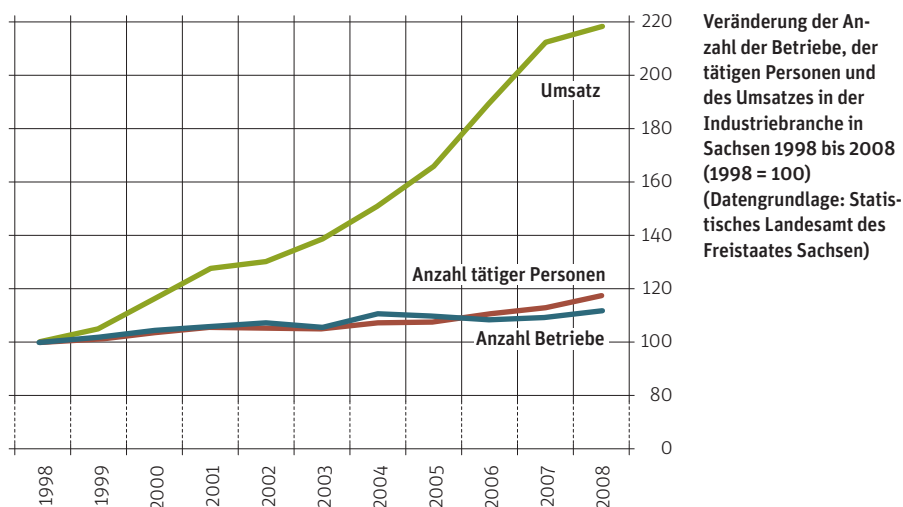
In Leipzig stehen tausende Wohnungen leer, hunderte Gründerzeithäuser verrotten. Häufig scheuen Eigentümer die teure Sanierung. Seit Oktober 2004 versucht der Verein HausHalten e.V. das Problem zu einer Chance zu machen, indem seine ehrenamtlichen Mitarbeiter Zwischennutzern Raum in leer stehenden Gründerzeitgebäuden verschaffen. Das Prinzip: Die Zwischennutzer zahlen nur die Betriebskosten der Immobilie, sanieren sie dafür teilweise und verpflichten sich, regelmäßige Kontrollgänge durch das Haus zu machen. Aus den Zwischennutzern werden Wächter, aus den Gebäuden sogenannte Wächterhäuser. Alle Beteiligten profitieren: Die Nutzer erhalten viel Fläche für wenig Geld. Eigentümer gewinnen Zeit, ohne dass ihre Gebäude weiter verfallen oder durch Vandalismus schwer beschädigt werden. Kritische Stadtteile mit viel Leerstand werden aufgewertet, da der Verein Zwischennutzer auswählt, deren Nutzungspläne eine positive Ausstrahlung auf die Nachbarschaft haben.

Auch die Stadt unterstützt den Stadtaufbau von unten. Sie hilft bei der Suche nach leeren Häusern, versucht bei Streit, die Parteien an einen Tisch zu bekommen, und ist zu pragmatischen Lösungen bereit. So dürfen Wächterhausnutzer auch ohne die eigentlich vorgeschriebene feuerfeste Decke zu Veranstaltungen einladen – stattdessen wird die Bereitschaft der Feuerwehr erhöht. Selbst die anfangs reservierte Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft hat erste Wächterhäuser in die Obhut des Vereins gegeben. Die Idee breitet sich derweil aus. In Chemnitz und Halle sind erste Wächterhäuser bezogen.

[www.haushalten.org](http://www.haushalten.org)

### Sächsische Industrie im Aufwind

Das Mikroelektronik-Cluster zwischen Dresden und Chemnitz verhilft Sachsens Industrie zu neuem Aufschwung. Seit 1998 hat sich der Umsatz in der Branche mehr als verdoppelt. Jeder dritte Euro wird dabei im Ausland eingenommen, weil dort die sächsischen Mikrochips verkauft werden. Rund 254.000 Personen arbeiteten 2008 in den fast 3.000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus.



Rückkehr in die Städte

Zwischen 1993 und 2000 haben viele Sachsen die Städte verlassen, um in die umliegenden Regionen, die grünen Speckgürtel, zu ziehen. Im Zuge dieser Suburbanisierung entleerten sich die Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz zunehmend. Aktuell findet wieder eine Umkehr der Stadtfucht hin zu einer Landflucht statt. Die Städte sind zu Magneten geworden, da sie den Bewohnern eine Infrastruktur und Arbeitsplätze bieten, die in ländlichen Regionen kaum mehr vorhanden sind.

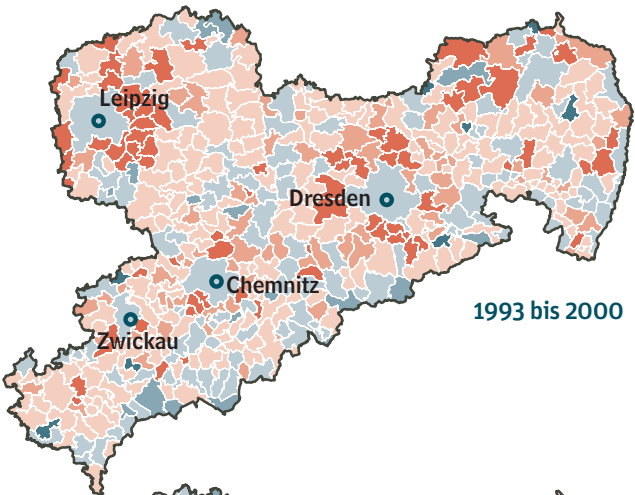
Die Anpassung geht weiter

Bildung, Finanzen, Industrie: Obwohl sich Sachsen besser an die demografischen Wandel angepasst hat als viele andere Bundesländer, kann es sich nicht zurücklehnen. Mit dem Rückgang der Bevölkerung, dem Abschmelzen der Mittel aus dem Solidarpakt II und rückläufiger EU-Förderung schwindet die Finanzkraft der öffentlichen Haushalte. Noch immer kann das Land in guten Jahren nicht mehr als 57,4 Prozent (2008)<sup>90</sup> und in Krisenzeiten nicht mehr als 53,4 Prozent (2010)<sup>91</sup> seiner Ausgaben aus eigenem Steueraufkommen bezahlen. Auf Landesebene ist die Kürzung schon geplant: Bis 2025 soll jeder vierte Euro im Haushalt gestrichen werden.<sup>92</sup> Gespart werden soll vor allem am Personal, zum Beispiel indem Finanzämter fusionieren. Eine ähnliche Kostensenkungsmaßnahme hat das Land schon hinter sich gebracht: Im Jahr 2008 wurden 29 Kreise zu 13 zusammengelegt. Das soll den Bürgern eine Menge Ämter und letztendlich 160 Millionen Euro jährliche Verwaltungskosten ersparen.

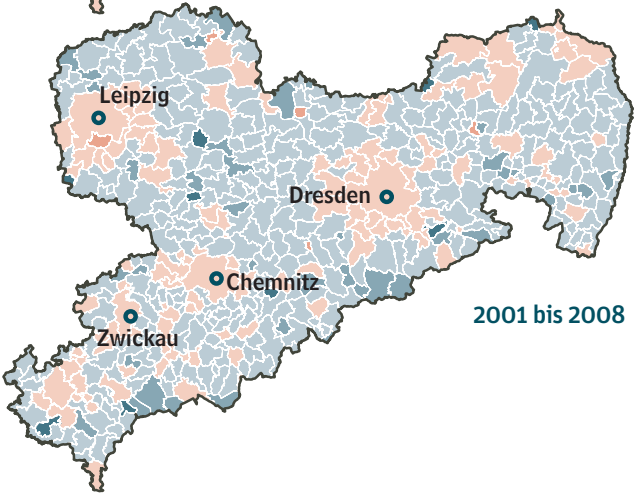
Durchschnittlicher jährlicher Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner für 1993 bis 2000 und 2001 bis 2008

- unter - 20
- 20 bis unter - 10
- 10 bis unter 0
- 0 bis unter 10
- 10 bis unter 20
- 20 und mehr

(Datengrundlage: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen)



1993 bis 2000



2001 bis 2008

Bewertung Sachsen

Bewertung Sachsen		Gesamtnote	Kind	Unter	Fraue	Wand	Über	Prog	Zwisch	Trend	Verfü	Brutto	Komm	Besch	Arbei	Fraue	Alter	Frem	Zwisch	Trend	Bildu	Arbei	Zwisch	Ohne	Jugend	Hoch	Zwisch	Singl	Kind	Frei	Zwisch		
BZ	Bautzen	3,96	3	6	6	5	4	6	5,0	4,0	↘	5	5	2	3	5	2	2	5	3,6	3,0	→	5	4	4,5	4	5	3	4,0	4	1	3	2,7
C	Chemnitz	3,89	4	6	3	3	6	6	4,7	2,0	↗	5	3	4	4	5	2	2	5	3,8	4,4	↘	5	4	4,5	4	5	1	3,3	5	1	4	3,3
DD	Dresden	3,10	4	2	2	1	3	4	2,7	1,2	↑	5	3	1	4	4	2	1	3	2,9	4,3	↘	5	4	4,5	4	4	1	3,0	6	1	5	4,0
ERZ	Erzgebirgskreis	4,11	3	6	5	5	5	6	5,0	3,8	→	5	6	3	3	5	2	2	4	3,8	3,9	→	5	4	4,5	3	5	4	4,0	4	2	4	3,3
GR	Görlitz	4,32	3	6	5	5	6	6	5,2	3,2	→	5	5	3	5	6	3	4	4	4,4	3,6	→	5	4	4,5	4	6	3	4,3	5	1	3	3,0
L	Leipzig, Stadt	3,82	5	3	1	1	4	4	3,0	1,2	↑	6	4	6	5	5	3	3	4	4,5	4,4	↘	5	4	4,5	5	5	1	3,7	6	1	5	4,0
L	Leipzig, Landkreis	3,79	4	6	4	4	4	4	4,3	3,4	→	5	5	3	3	5	1	2	5	3,6	2,6	↗	5	4	4,5	3	5	4	4,0	5	1	3	3,0
MEI	Meißen	3,88	4	6	5	5	5	5	5,0	3,8	→	5	5	4	2	4	2	2	5	3,6	2,3	↗	5	4	4,5	3	4	3	3,3	5	1	3	3,0
FG	Mittelsachsen	3,92	4	6	5	5	6	6	5,3	3,4	→	5	5	2	2	4	2	2	5	3,4	2,7	↗	5	4	4,5	4	5	3	4,0	4	1	3	2,7
TDO	Nordsachsen	4,11	4	6	5	5	4	5	4,8	4,4	↘	5	5	4	3	5	2	2	5	3,9	3,3	→	5	4	4,5	5	6	4	5,0	4	1	2	2,3
PIR	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3,51	3	6	4	4	5	4	4,3	3,2	→	5	6	3	2	4	1	1	1	2,9	3,1	→	5	4	4,5	4	5	3	4,0	4	1	3	2,7
V	Vogtlandkreis	3,87	5	6	4	5	6	6	5,3	3,2	→	5	5	3	2	4	1	2	3	3,1	4,6	↘	5	4	4,5	3	4	4	3,7	4	1	3	2,7
Z	Zwickau	4,05	4	6	4	4	6	5	4,8	3,6	→	5	5	3	3	4	2	2	5	3,6	3,7	→	5	4	4,5	4	4	4	4,0	5	1	5	3,7

# THÜRINGEN

Einwohnerzahl 2009	2.250.000
Einwohnerzahl 2025 (Prognose)	1.942.000
Binnenwanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2004 bis 2008	-5,4
Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2008	1,39
Migrantenanteil in Prozent 2008	2,1
Durchschnittsalter 2008	45,3
Haushaltseinkommen pro Kopf in Euro 2008	15.366



## Investitionen in den Nachwuchs

Thüringen ist das Småland Deutschlands. Nirgendwo, außer vielleicht bei Ikea, können Eltern ihre Kinder so einfach zur Betreuung abgeben wie in diesem Bundesland. 59 Prozent der unter sechsjährigen Thüringer sind tagsüber außer Haus und unter Aufsicht. So viele wie in keinem der anderen Bundesländer. Deren Durchschnitt liegt bei 18 Prozent. Beim Umfang der Ganztagsbetreuung von Kleinkindern und Kindern im Vorschulalter liegen die 23 thüringischen Kreise deutschlandweit unter den besten 26. Nur Dresden, Rostock und der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge können mithalten.

Der Osten Deutschlands ist den Westländern bei der Kinderbetreuung weit voraus – und innerhalb des Ostens ragt Thüringen heraus. Im Jahr 2010 hat das Land den bundesweit einmaligen Betreuungsstandard sogar noch ausgeweitet. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gilt nicht mehr vom dritten, sondern sogar schon vom ersten vollendeten Lebensjahr an. Feiern Thüringer Kinder ihren ersten Geburtstag, bringen die Eltern sie entweder in eine Betreuungseinrichtung oder erhalten nach dem Elterngeld

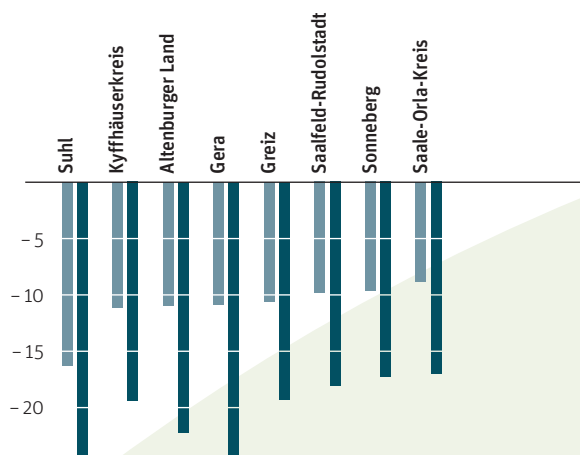
vom Bund ein Jahr lang ein „Erziehungsgeld“ vom Land. Um maximal vier einjährige Zöglinge soll sich jede Betreuerin und jeder Betreuer kümmern müssen – und zwar nicht etwa halbtags, sondern bis zu zehn Stunden.<sup>93</sup>

Die Fürsorglichkeit lässt auch im Schulkindalter nicht nach. Drei Viertel der Grundschüler in Thüringen gehen auf eine Ganztagschule – der deutsche Durchschnitt liegt bei weniger als einem Fünftel.<sup>94</sup> Die Thüringer Grundschüler werden aber nicht nur länger, sondern auch intensiver betreut: In keinem anderen Bundesland sind die Klassen so klein. An allgemeinbildenden Schulen – von der Grundschule bis zum Gymnasium – widmet sich ein Lehrer im Mittel rund elf Schülern. Deutschlandweit kommen im Schnitt auf einen Lehrer dagegen rund 15 Schüler.<sup>95</sup>

Hinter diesen bildungspolitischen Highlights steckt Methode. Die Landespolitik hat den Bildungsausgaben im Länderbudget Priorität eingeräumt. Der Freistaat investiert pro Jahr 5.100 Euro (2007) in jeden Grundschüler und 7.100 Euro in jeden Sekundarschüler – auch das ist bundesweit einmalig.<sup>96</sup> Die Mittel, die durch die rückläufigen Schülerzahlen frei werden – Experten sprechen von einer „demografischen Rendite“ –, belässt das Land im Bildungssystem.

Diese Investitionen tragen tatsächlich Früchte: Das Thüringer Schulsystem produziert die wenigsten Schulabbrecher aller neuen Bundesländer.<sup>97</sup> Thüringer Schüler schneiden bei Bildungsrankings gut ab. Ebenso wie ihre Altersgenossen im Nachbarland Sachsen lagen sie beim Pisa-Test 2006 über dem OECD-Durchschnitt und in der Lese- und Mathematik-Kompetenz in der nationalen Spitzengruppe, gemeinsam mit den Ländern Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg. Wie Sachsen ist Thüringen zudem Kaderschmiede für Ingenieure. Beide Länder bringen sowohl je beschäftigten Ingenieur als auch bezogen auf alle Hochschulabsolventen mehr neue Technikspezialisten hervor als die anderen Bundesländer.<sup>98</sup>

Daneben nutzen die Thüringer die ausgebauten Ganztagsbetreuung für Klein- und Schulkinder, um einer Beschäftigung nachzugehen. Fünf thüringische Kreise gehören bei der Frauenbeschäftigung zu den deutschen Top Ten. Im Bundesländervergleich ist die Frauenbeschäftigung nur in Brandenburg und Sachsen höher. Auch die Älteren sind in Thüringen überdurchschnittlich häufig erwerbstätig. Insgesamt ist die Thüringer Beschäftigungsquote nach der von Bayern die zweithöchste aller Bundesländer. Zudem hat das Land prozentual die wenigsten Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger der neuen Bundesländer.<sup>99</sup>





## Zum Arbeiten auf Achse

Damit widerspricht das Bundesland dem Bild vom Osten ohne Arbeit – allerdings nur auf den ersten Blick. Denn viele Thüringer finden Beschäftigung nur in anderen Bundesländern. Thüringen hat noch zwischen 2004 und 2008 pro Jahr rund ein halbes Prozent seiner Bevölkerung durch Abwanderung verloren. Ein anderer Teil der Einheimischen pendelt, kehrt also abends oder am Wochenende wieder ins Bundesland zurück. Rund zehn Prozent ihres Verdienstes erzielen die Thüringer in anderen Bundesländern. Jeder zweite thüringische Auspendler arbeitet in Bayern oder Hessen, jeder Siebte in Sachsen.<sup>100</sup> Es zieht sie also vor allem in Richtung besser bezahlte Jobs im Westen, während sie gleichzeitig von den günstigeren Lebenshaltungskosten in ihrer Heimat profitieren können. Das ist kein Wunder, denn das Lohnniveau in Thüringen zählt seit der Wiedervereinigung zu den deutschlandweit niedrigsten. Das spiegelt sich auch im

verfügbaren Haushaltseinkommen wider: Unter den 20 deutschen Regionen mit dem niedrigsten Einkommen befinden sich fünf in Thüringen.

Das Pendeln fällt nicht nur dank der Autobahn A4 leicht, die von Ost nach West quer durch Thüringen verläuft, sondern auch wegen der Thüringer-Wald-Autobahn A71 Erfurt-Schweinfurt und der A73 Suhl-Nürnberg Richtung Süden. Genau zwischen diesen beiden neuen Autobahnen liegt der Kreis Hildburghausen, dessen Einwohner das Straßenangebot rege nutzen, um zur Arbeit zu gelangen: Dieser Kreis am Südhang des Thüringer Waldes weist die höchste Beschäftigungsquote Deutschlands auf, dicht gefolgt von zwei anderen Thüringer Grenzkreisen, dem Wartburgkreis und Sonneberg.

## Selbst Großstädte werden schrumpfen

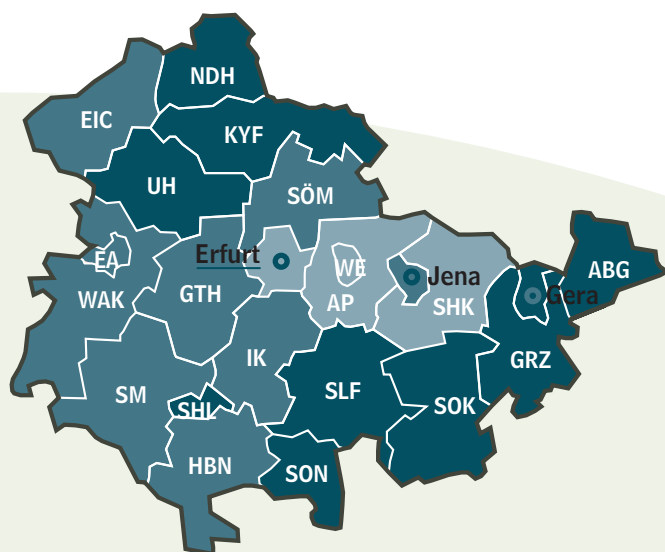
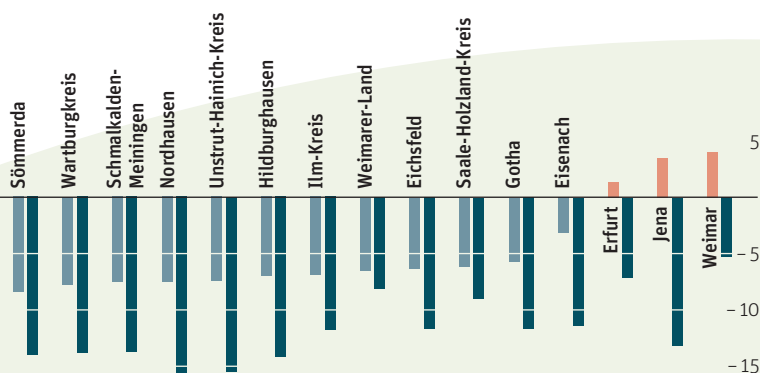
Nur die thüringische Städtereihe Erfurt-Weimar-Jena blieb bislang von dem großen Schrumpfen verschont. Für die Zukunft drohen jedoch auch diesen attraktiven Universitätsstädten Bevölkerungsverluste.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Thüringen 2008 bis 2025 in Prozent

- unter – 15
- – 15 bis unter – 10
- – 10 bis unter – 5



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)



## Industrialisierung macht Fortschritte

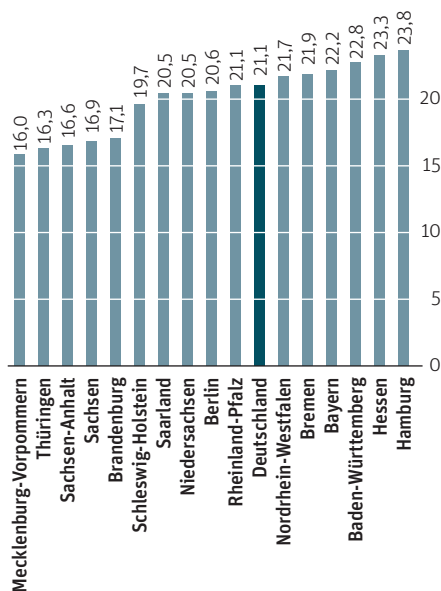
Thüringen kann jedoch auch auf heimische Fortschritte bauen. Das Land, zu dem manchem Westdeutschen nur der Wintersport im Thüringer Wald und die Weimarer Klassik einfällt, hatte immer schon eine starke industrielle Basis. In der DDR waren die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl wichtige Standorte der Computerindustrie (VEB Kombinat Mikroelektronik Erfurt), der optischen Industrie (Carl Zeiss Jena) und des Fahrzeugbaus (Wartburg Eisenach, Simson Suhl). Nach dem Aderlass der Wende hat das Land Industrie in nennenswertem Umfang wiederaufgebaut. Die Betriebsdichte des verarbeitenden Gewerbes ist überraschend hoch: Bei der Zahl der Betriebe liegt die Thüringer Industrie mit 39 Betrieben je 100.000 Einwohner deutschlandweit auf dem zweiten Platz, hinter Baden-Württemberg (41 Betriebe) und vor Bayern (31). Die Zahl der Thüringer Beschäftigten in der Industrie ist im Vergleich der neuen Bundesländer seit 2000 ebenso überdurchschnittlich gewachsen (um 23 Prozent bis 2008) wie ihr Umsatz (um 62 Prozent).<sup>101</sup>

An dieser Entwicklung hat die Automobil- und Zulieferungsbranche ebenfalls einen großen Anteil. Rund 450 Firmen und etwa 45.000 Mitarbeiter zählt dieser Sektor in Thüringen, der umsatzmäßig zweitgrößte



nach der Ernährungsindustrie. Die Branche besteht keineswegs nur aus Opel/Eisenach, wo derzeit 1.800 Opelaner arbeiten. Ebenfalls in Eisenach unterhält der Zulieferer Bosch seine größte ostdeutsche Tochtergesellschaft mit 1.700 Beschäftigten. LKW-Anhänger montiert Schmitz Cargobull in Gotha, während in Waltershausen Mehrzweckfahrzeuge namens „Multicar“ aus der Werkhalle rollen. In Sömmerda werden PCs von Medion und Fujitsu-Siemens gefertigt, und auch ein Teil der deutschen Solarindustrie hat sich in Thüringen niedergelassen, darunter Ersol und PV Crystalox Solar in Erfurt, Schott Solar in Jena und Sunways in Arnstadt.

Die Firmen profitieren von den Hochschulstandorten Jena, Erfurt, Weimar, Ilmenau, Nordhausen und Schmalkalden – und diese wiederum von Unternehmensansiedlungen. In den drei erstgenannten Städten leben, studieren und arbeiten anteilmäßig mehr Junge, mehr hoch Qualifizierte und mehr Frauen als in den anderen Kreisen Thüringens. Jena weist – nach dem Siemens-Standort Erlangen – sogar den deutschlandweit zweithöchsten Anteil von Hochschulabsolventen an allen Beschäftigten auf. Das Bruttoinlandsprodukt liegt in Erfurt und Jena über dem deutschen Durchschnitt.



## Stadtentwicklung von unten

Gera war bis zur Wende eine bedeutende DDR-Industriestadt. Dann schloss das Industriekombinat, zurück blieben leere Fabrikhallen und Ladenlokale, viele Geraer wurden arbeitslos und zogen weg. Anfang der 1990er Jahre lebten noch etwa 129.000 Menschen in der Stadt, im Jahr 2001 waren es nicht einmal mehr 110.000. Mit „pessimistisch“ war die Stimmung in der Stadt gut beschrieben. Inzwischen hat sich das trotz weiterhin schrumpfender Bevölkerungszahl geändert. Und der 2002 gegründete Verein „Ja – für Gera“ hat daran seinen Anteil. Pro Jahr koordiniert die von acht Unternehmern gegründete Initiative regelmäßig Veranstaltungen, um die ausgestorbene Stadtmitte zu beleben – und macht damit möglich, was die klamme öffentliche Hand nicht anbieten kann. Im Sommer spielen Bands, Bürger malen gemeinsam im Freien, abends kommen Tanzgruppen auf lang verwaiste öffentliche Plätze. Im Winter lädt der Verein einmal monatlich zu Vorträgen – etwa zur Stadtentwicklung Geras oder zum demografischen Wandel vor Ort. Ein vom Verein finanzierter „Stadthausmeister“ kurvt zusätzlich täglich in einem Smart mit „Ja – für Gera“ Logo durch die Stadt, um wichtige Straßen, Grünanlagen und Plätze zu kontrollieren und zu säubern. Die Vereinsmacher denken groß – und holen Fachleute aus der ganzen Republik ins Boot. So sammelten sie zusammen mit Studierenden der Weimarer Bauhaus-Akademie Ideen zur weiteren Gestaltung der Innenstadt – und begeistern immer mehr Bürger von ihrer Initiative. Jedes Jahr rücken zum Ende des Winters mehr als 250 Freiwillige zum gemeinsamen Großreinemachen aus, einige Wochen später bepflanzen sie Teile der Innenstadt.

„Ja – für Gera“ hat sich eine klare Struktur mit vier Ebenen gegeben: Die erste ist bewusst auf weniger als zehn Mitgliedsunternehmen begrenzt, von denen drei den Vorstand bilden: Diese Ebene zahlt einen großen Teil der Beiträge und trifft die Mehrzahl der Entscheidungen. Die zweite Ebene bilden die Förderkreismitglieder. Auch sie zahlen, beraten, greifen in die Entscheidungen jedoch nicht direkt ein. Die Förderer, Privatpersonen und Unternehmen, bilden die dritte Ebene des Vereins: Sie bringen sich mit Geld und Know-how themenorientiert, aber nicht unbedingt dauerhaft in die Arbeit ein. Die Partner bilden schließlich die vierte Ebene: Verbände, Vereine, Universitäten, Institute und sonstige Einrichtungen. Mit ihnen arbeitet der Verein in inhaltlichen Fragen zusammen.

[www.ja-fuer-gera.de](http://www.ja-fuer-gera.de)

## Niedrige Löhne in Thüringen

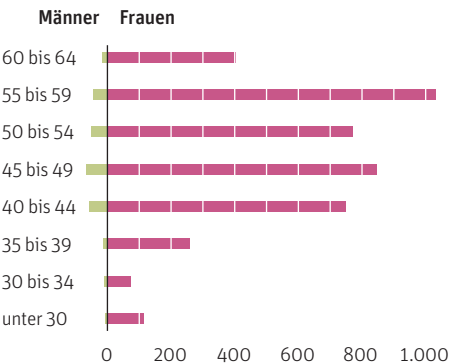
In Thüringen verdienen die Arbeitnehmer brutto rund sieben Euro weniger pro Stunde als ihre Kollegen im Nachbarland Hessen. Nur im wirtschaftlich schwachen Mecklenburg-Vorpommern sind die Löhne noch niedriger. Deshalb pendeln viele thüringische Arbeitnehmer täglich nach Hessen oder Bayern, wo sie besser bezahlt werden – kein Wunder, dass Thüringen zu den Bundesländern mit den meisten Auspendlern gehört.

Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer in Euro 2009  
(Datengrundlage: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“)

Aufgrund ihrer Attraktivität für Wissenschaft und Wirtschaft stabilisieren sich die thüringischen Hochschulzentren derzeit demografisch. Entlang der Autobahn A4 fallen die Bevölkerungsrückgänge von Erfurt über Weimar bis Jena bis zum Jahr 2025 relativ moderat aus. Mit Imagekampagnen versuchen die Universitätsstädte, ihr gutes Abschneiden in diversen Hochschulrankings zu nutzen, um Studierende anzuwerben. Auf einen solchen „brain gain“ sind sie in einigen Jahren dringend angewiesen. Dann fehlt wegen des Geburtenknicks nach der Wende der einheimische Studierendennachwuchs.

Jeder dritte Grundschullehrer ist älter als 55 Jahre

Das Personal an allgemeinbildenden Schulen ist in Thüringen stark überaltert – und vor allem weiblich. Von insgesamt 4.493 Grundschullehrern und -lehrerinnen im Jahr 2009 waren nur 119 jünger als 30 Jahre. Hingegen unterrichteten drei Mal so viele über 60-jährige Lehrerinnen und Lehrer. Wurden schon zu DDR-Zeiten fast nur Frauen Grundschullehrerinnen, so hat sich das Ungleichgewicht der Geschlechter noch verstärkt: Unter den 119 jungen Lehrerinnen und Lehrern unter 30 waren 2009 nur fünf Männer.



Lehrpersonal nach Alter und Geschlecht an den Grundschulen in Thüringen  
(Datengrundlage: Thüringer Landesamt für Statistik)

Bewertung Thüringen

Bewertung Thüringen		Gesamtnote	Kinder	Unter	Frauen	Wand	Über	Progn	Zwisch	Trend	Verfü	Brutt	Komm	Besch	Arbei	Frauen	Alters	Frem	Zwisch	Trend	Bildu	Arbei	Zwisch	Ohne	Jugend	Hoch	Zwisch	Singl	Kinder	Freifl	Zwisch		
ABG	Altenburger Land	4,31	4	6	5	5	5	6	5,2	3,2	→	5	5	3	4	6	3	3	5	4,3	3,3	→	5	4	4,5	3	5	5	4,3	5	1	4	3,3
EIC	Eichsfeld	3,60	5	3	4	5	2	5	4,0	4,2	↘	6	5	4	2	4	2	2	5	3,8	3,3	→	5	4	4,5	1	4	5	3,3	3	1	2	2,0
WAK	Eisenach	3,63	5	6	3	2	4	5	4,2	2,6	↗	5	4	3	3	4	3	2	3	3,4	4,4	↘	5	4	4,5	5	4	4	4,3	4	1	1	2,0
EF	Erfurt	3,44	5	3	1	2	3	4	3,0	2,0	↗	5	3	3	5	5	3	2	4	3,8	4,6	↘	5	4	4,5	3	4	2	3,0	6	1	3	3,3
G	Gera	4,11	5	6	4	5	5	6	5,2	3,0	→	5	4	3	4	5	3	2	5	3,9	4,6	↘	5	4	4,5	3	5	4	4,0	5	1	2	2,7
GTH	Gotha	3,60	3	6	4	4	3	5	4,2	3,6	→	5	5	4	2	4	2	1	3	3,3	3,9	→	5	4	4,5	2	4	5	3,7	4	1	3	2,7
GRZ	Greiz	4,22	5	6	5	5	5	6	5,3	4,4	↘	5	6	4	3	4	2	2	5	3,9	3,9	→	5	4	4,5	4	4	5	4,3	4	1	3	2,7
HBN	Hildburghausen	3,42	5	5	6	5	3	5	4,8	4,6	↘	5	5	2	1	3	1	1	2	2,5	3,4	→	5	4	4,5	3	3	5	3,7	3	1	1	1,7
IK	Ilm-Kreis	3,88	4	6	6	5	4	5	5,0	3,6	→	5	5	5	3	4	2	2	4	3,8	3,4	→	5	4	4,5	2	4	3	3,0	4	1	3	2,7
J	Jena	2,84	4	1	1	2	2	5	2,5	2,2	↗	6	2	2	5	3	2	1	4	3,1	4,0	↘	5	4	4,5	1	2	1	1,3	5	1	3	3,0
KYF	Kyffhäuserkreis	4,41	5	6	6	6	4	6	5,5	4,6	↘	6	6	5	4	6	3	4	4	4,8	3,3	→	5	4	4,5	3	5	5	4,3	3	1	1	1,7
NDH	Nordhausen	4,22	4	6	5	5	4	6	5,0	3,4	→	6	5	4	4	5	3	3	5	4,4	3,9	→	5	4	4,5	4	5	4	4,3	3	1	3	2,3
SHK	Saale-Holzland-Kreis	3,74	5	6	6	5	3	4	4,8	4,4	↘	5	5	5	2	3	1	1	4	3,3	3,4	→	5	4	4,5	3	4	4	3,7	4	1	2	2,3
SOK	Saale-Orla-Kreis	3,83	5	6	5	5	4	6	5,2	4,0	↘	5	5	4	2	4	2	1	4	3,4	3,9	→	5	4	4,5	2	4	5	3,7	4	1	1	2,0
SLF	Saalfeld-Rudolstadt	4,13	5	6	6	5	5	6	5,5	4,2	↘	5	5	4	3	4	2	2	4	3,6	4,0	↘	5	4	4,5	5	4	4	4,3	4	1	2	2,3
SM	Schmalkalden-Meiningen	3,75	5	6	6	5	4	5	5,2	4,4	↘	5	5	2	2	3	1	2	3	2,9	3,7	→	5	4	4,5	4	4	4	4,0	4	1	2	2,3
SÖM	Sömmerda	4,02	3	5	5	5	3	5	4,3	3,4	→	5	5	6	3	5	2	2	6	4,3	4,1	↘	5	4	4,5	3	6	5	4,7	3	1	2	2,0
SON	Sonneberg	3,84	5	6	5	5	4	6	5,2	4,8	↘	4	5	4	1	3	1	1	5	3,0	4,3	↘	5	4	4,5	2	4	5	3,7	4	1	3	2,7
SHL	Suhl	3,87	6	6	5	6	3	6	5,3	3,2	→	3	4	5	3	4	2	2	3	3,3	4,6	↘	5	4	4,5	4	5	3	4,0	4	1	1	2,0
UH	Unstrut-Hainich-Kreis	4,03	4	5	5	5	3	6	4,7	3,0	→	6	5	6	3	5	2	2	5	4,3	3,7	→	5	4	4,5	4	4	5	4,3	3	1	2	2,0
WAK	Wartburgkreis	3,46	5	6	5	5	3	5	4,8	4,6	↘	4	5	2	1	3	1	1	4	2,6	2,4	↗	5	4	4,5	3	3	5	3,7	3	1	2	2,0
WE	Weimar	3,45	5	2	1	2	3	4	2,8	2,2	↗	6	5	4	6	4	4	3	2	4,3	4,6	↘	5	4	4,5	3	3	1	2,3	5	1	3	3,0
AP	Weimarer-Land	3,64	3	5	4	5	3	4	4,0	4,0	↘	6	5	6	3	4	2	2	3	3,9	3,4	→	5	4	4,5	2	4	4	3,3	3	1	2	2,0

Neben Städten und Kreisen mit guten gibt es in Thüringen auch solche mit eher schlechten Aussichten. Diese liegen nicht nur fernab, sondern durchaus auch an den Verkehrswegen, von denen andere Kreise so stark profitieren. Suhl im Thüringer Wald beispielsweise, einst ein wichtiger Standort der Waffen- und Motorradindustrie, verzeichnet mit 16 Prozent seit 2000 den stärksten Bevölkerungsrückgang in Deutschland, die zweithöchsten Wanderungsverluste – und die niedrigste Geburtenrate je 1.000 Einwohner.<sup>102</sup> Bis 2025 wird Suhl nach Prognosen des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR) einen Bevölkerungsverlust von noch einmal 25 Prozent erleben.<sup>103</sup>

Kein Babywunder – trotz Familienpolitik

Der Bevölkerungsrückgang in Thüringen wird mit Sicherheit weitergehen, denn trotz vorbildlicher Betreuungsangebote und guter Bildungschancen fehlt es weiterhin an Nachwuchs. Zwar ist die Zahl der Geburten je Frau gestiegen: Brachten 1.000 Thüringer Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren im Jahr 2000 35 Kinder zur Welt, waren es 2008 immerhin 44. Aber dahinter verbirgt sich auch ein Nachholeffekt für den massiven Geburtenrückgang in den 1990er Jahren, als viele Frauen im Osten wegen der neuen und unsicheren Verhältnisse die Familiengründung erst einmal aufgeschoben haben. Und weil es immer weniger potenzielle Mütter gibt, sinkt die Zahl Thüringer Kinder ohnehin: 2000 wurden 17.577 geboren, 2009 waren es trotz des Anstiegs der Fertilität nur 16.854. Bis zum Jahr 2025 dürfte Thüringen ungefähr 14 Prozent seiner Bevölkerung verlieren.<sup>104</sup>

# SACHSEN-ANHALT

Einwohnerzahl 2009	2.356.000
Einwohnerzahl 2025 (Prognose)	1.985.000
Binnenwanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2004 bis 2008	-6,7
Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2008	1,40
Migrantenanteil in Prozent 2008	1,8
Durchschnittsalter 2008	45,9
Haushaltseinkommen pro Kopf in Euro 2008	15.291



## Weniger ist Zukunft

Dort, wo einst Stadtkirche und Markplatz von Staßfurt, einem 22.000-Einwohner Ort am Ostrand des Harzes, lagen, befindet sich heute ein Grundwassersee. Um sieben Meter hat sich im Laufe der vergangenen 100 Jahre das Stadtzentrum in der „Wiege des Kalibergbaus“ abgesenkt, weil die in der Tiefe ausgespülten Salzminen nachgaben. Die Stadt verlor so nach und nach ihren Mittelpunkt – und mit der Schließung der Gruben im Jahr 1972 auch den Bergbau. Nach 1990 schloss auch noch das größte Fernsehgeräte-werk der DDR seine Pforten. Ein Fünftel ihrer Bewohner hat die Stadt seither verloren. Mit dieser Entwicklung ist Staßfurt in Sachsen-Anhalt nicht Ausnahme, sondern Regel. Die einstige Schwerindustrieregion der DDR hat seit 1989 rund 20 Prozent ihrer Einwohner verloren – 600.000 Menschen.<sup>105</sup> In keinem Bundesland, auch in keiner größeren europäischen Region, war der Schwund größer. Wie die verbleibenden Menschen wohnen, arbeiten und versorgt werden sollen, ist eine Zukunftsfrage, die sich kaum irgendwo in Europa so massiv stellt wie in Sachsen-Anhalt.

Der wirtschaftliche Strukturbruch beutelte die veraltete Bergbau- und Chemieindustrie Sachsens-Anhalts, in der zu DDR-Zeiten rund 100.000 Industriearbeiter beschäftigt waren, besonders schwer. Von den knapp 1,3 Millionen Erwerbstätigen des Jahres 1991 – zu diesem Zeitpunkt hatten die marodesten Betriebe bereits geschlossen – war 2008 noch etwa eine Million übrig. In der Folge verließen seit 1990 zirka 270.000 Menschen das Land Richtung Westen. 2008 packten immer noch mehr als 18.000 ihre Koffer.<sup>106</sup>

Hinzu kam der „Geburtenknick“ nach der Wende. Zwischen 1990 und 1994 brachen die Nachwuchszahlen von 32.000 auf 14.000 ein. Seit diesem Tiefpunkt steigt die Zahl der jährlichen Geburten zwar wieder an, doch auch im Jahr 2008 erblickten kaum 18.000 neue Sachsen-Anhaltiner das Licht der Welt.<sup>107</sup> Jedes Jahr sterben in Sachsen-Anhalt etwa 12.000 Menschen mehr als geboren werden. Zwischen 2007 und 2025, so die aktuellste Landesprognose, wird Sachsen-Anhalt weitere 17,5 Prozent seiner Bevölkerung verlieren – mehr als jedes andere Bundesland.

## Experimentierfeld Stadtumbau

Selbst für Ostdeutschland ist ungewöhnlich, dass ein Bundesland praktisch auf seiner gesamten Fläche Einwohner verliert. Sachsen und Thüringen besitzen mehrere moderat wachsende Großstädte. Brandenburg hat das Berliner Umland und Mecklenburg-Vorpommern immerhin noch einige Küstenregionen mit günstiger Bevölkerungsentwicklung. In Sachsen-Anhalt hat sich allein die Landeshauptstadt Magdeburg in den letzten Jahren einigermaßen demografisch stabilisiert.

Fast alle Städte Sachsens-Anhalts haben seit dem Mauerfall ein Viertel bis ein Drittel ihrer Einwohner eingebüßt. Die früheren Industriestädte Bitterfeld-Wolfen, Sangerhausen, Köthen und Staßfurt schrumpfen ungebremst. Der Wohnungsleerstand stieg Mitte der 1990er Jahre auf einen Spitzenwert von 23 Prozent. Zwischen 2001 und 2009 wurden dann im Rahmen des Stadtumbau-programmes Ost in Sachsen-Anhalt etwa 60.000 Wohnungen, vor allem von den Wohnungsbaugesellschaften „vom Markt genommen“. Doch immer noch liegt der Leerstand bei 16 Prozent.<sup>108</sup>

Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung 2010 in Sachsen-Anhalt haben sich 19 Städte auf die Suche nach Antworten auf die massiven demografischen Veränderungen gemacht. Doch manche Projekte wirken hilflos – wie jenes in Staßfurt, wo man einen Spazierweg rund um das Grundwasserloch in der Stadtmitte gebaut hat. Oder in Halberstadt, wo man sich die „Kultivierung der Leere“ zum Motto gesetzt hat und entlang eines „Trainingspfades des Sehens“ Picknicks auf leeren Plätzen stattfinden. Doch es finden sich auch zukunftsfruchtige Ideen. So versucht Köthen, wo Homöopathie-Begründer

Samuel Hahnemann seine wichtigsten Bücher schrieb, zum Zentrum dieser Heilkunst zu werden. Ein Museum ist entstanden, 2009 wurde die „Europäische Bibliothek der Homöopathie“ eingerichtet und seit 2010 gibt es den Fernstudiengang „Praktische Homöopathie“. Nirgendwo auf der Welt dürfte derzeit so viel Geld in den Rückbau von Städten investiert werden wie in Ostdeutschland. Denn nur in den Zentren liegt die Zukunft stark schrumpfender Regionen. Für die ländlichen Gebiete dürften die Probleme immer größer werden. In Sachsen-Anhalt gibt es schon jetzt Dörfer, in denen fast alle Einwohner über fünfzig Jahre alt sind sowie Gemeinden ohne Gasthaus oder Laden. In einigen Jahren könnten die ersten Dörfer zu Wüstungen werden.

### Mehr Teenager werden Mütter

Spitze ist Sachsen-Anhalt hingegen bei den Teenager-Müttern – und das ist in der Regel ein Indikator für Bildungsferne und soziale Probleme von Jugendlichen. Im Jahr 2007 wurden 6,3 Prozent aller Neugeborenen in Sachsen-Anhalt von Müttern unter 20 Jahren zur Welt gebracht, das ist der mit Abstand höchste Wert aller Bundesländer. Der Landkreis Stendal verzeichnet – nach dem rheinland-pfälzischen Pirmasens – mit mehr als sieben Prozent den zweithöchsten Wert aller Kreise in Deutschland. Dennoch, die demografischen Trends ändert die Zunahme

der Geburten kaum. Bis 2025 wird sowohl die Zahl der über 60-Jährigen, als auch die Zahl der Hochbetagten (über 74 Jahre) um etwa 40 Prozent zunehmen. Im Gegensatz dazu schrumpft die Zahl der unter 20-Jährigen um weitere 28 Prozent.<sup>109</sup> Im Jahr 2025 wird Sachsen-Anhalt mit knapp 16 Prozent hochbetagter Bevölkerung das demografisch älteste Bundesland sein.

### Licht zu Strom, Stroh zu Öl

Immerhin gab es in vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen am Arbeitsmarkt. In den Jahren 2003 bis 2005 lag die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt bei dramatischen 21 Prozent. Bis 2008 sank sie auf nur noch 15 Prozent – wenngleich nicht nur durch neue Jobs, sondern auch durch die Verrentung vieler Arbeitsloser. Drei von zehn Kreisen mit der bundesweit höchsten Arbeits-

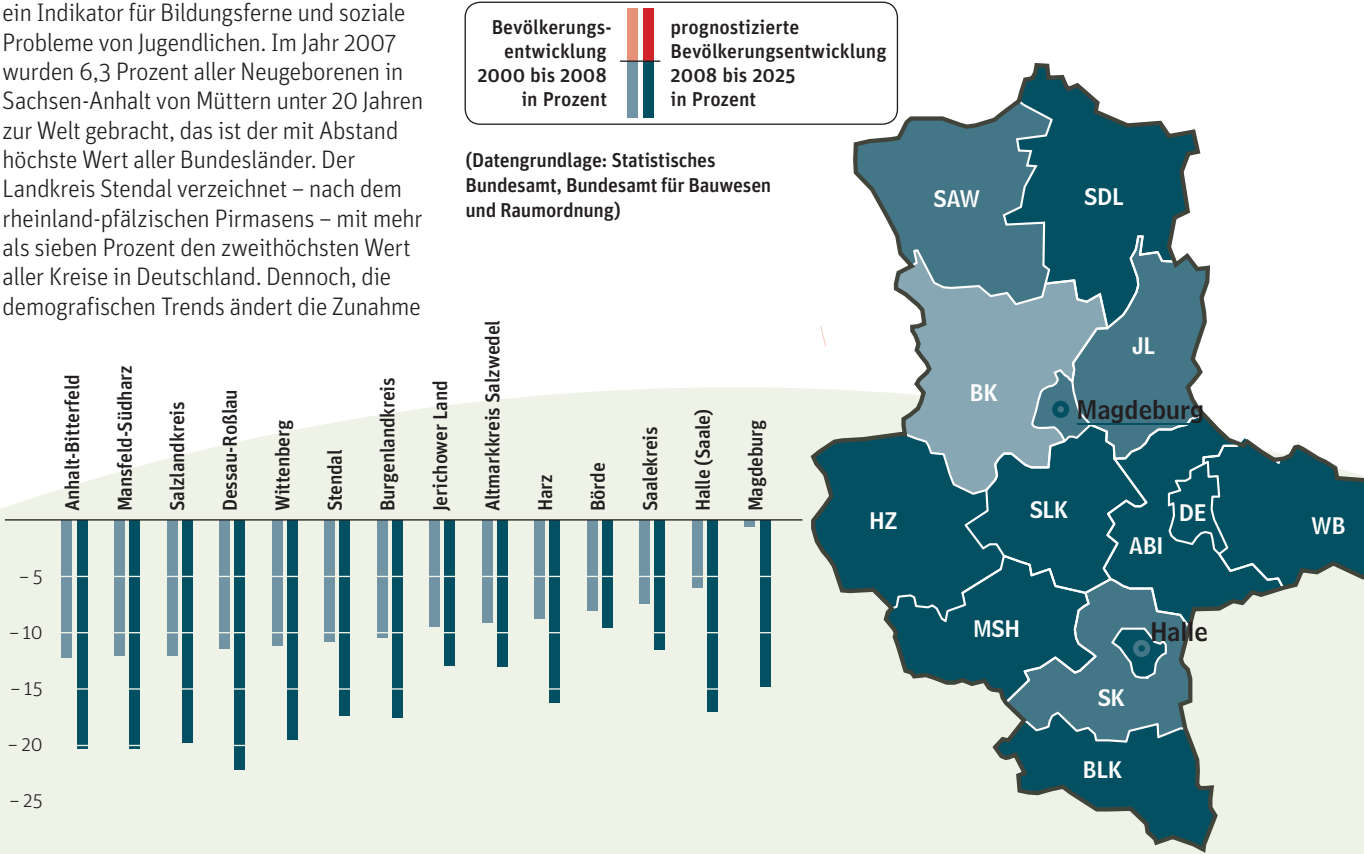
losigkeit im Jahr 2008 lagen in Sachsen-Anhalt. Der Landkreis Mansfeld-Südharz, eine frühere Bergbauregion, kam auf 19,5, Stendal auf 18 Prozent. Vergleichsweise günstig ist die Situation mit zehn Prozent Arbeitslosigkeit im Bördekreis an der Grenze zu Niedersachsen. Profitieren dürfte die Region von der Nähe zur niedersächsischen Autostadt

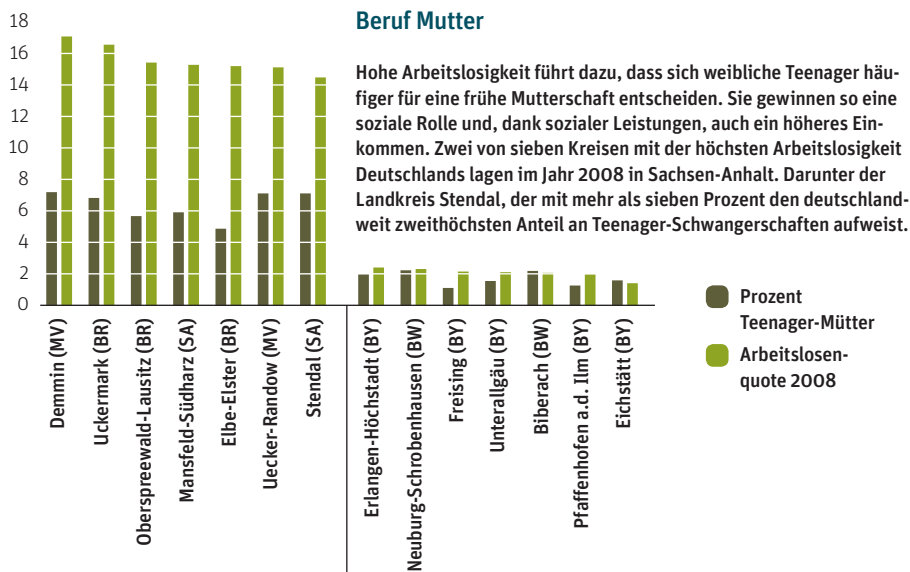
### Alles schrumpft

Sachsen-Anhalt ist das Bundesland, das am schlimmsten vom demografischen Wandel betroffen ist. Lediglich die Hauptstadt konnte sich in den letzten Jahren einigermaßen stabilisieren. Doch selbst dort dürfte mittelfristig die Bevölkerungszahl wieder sinken.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt 2008 bis 2025 in Prozent

- unter – 15
- 15 bis unter – 10
- 10 bis unter – 5





Anteil der Neugeborenen von unter 20-jährigen Frauen in den sieben am wenigsten und am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Kreisen in Deutschland (2008)  
(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder)

Wolfsburg, die auch für Berufspendler noch erreichbar ist. Immerhin etwa 10.000 neue Jobs sind zwischen 2005 und 2008 in Sachsen-Anhalt entstanden. Die Region um den traditionsreichen 14.000-Einwohner-Ort Leuna im Süden von Sachsen-Anhalt ist heute einer der größten Standorte chemischer Industrie in Deutschland. Unternehmen wie BASF, Total, Linde und Thyssen-Krupp haben hier Werke. Eine Vorreiterrolle nimmt die Solarindustrie ein. In Thalheim, einem Stadtteil der Doppelstadt Bitterfeld-Wolfen, ist links und rechts der „Sonnenallee“ ein weltweit bedeutender Standort der Solarindustrie entstanden. Vier Fünftel der europäischen und ein Fünftel der weltweit produzierten Solarzellen wurden im Jahr 2008 in Thalheim gefertigt, wo unter anderem der damals weltgrößte Solarzellenhersteller Q-Cells seinen Sitz hat. In den vergangenen Jahren sind 3.600 Arbeitsplätze in der Solarindustrie Sachsen-Anhalts entstanden.<sup>110</sup>

Das Bundesland versucht auch, den Bogen zur „chemischen Industrie von morgen“ zu schlagen: In Leuna entsteht gegenwärtig ein Bioraffinerie-Forschungszentrum, das untersucht, wie sich mithilfe von Stroh, Holz, Algen und anderen nachwachsenden Rohstoffen in Zukunft Erdöl ersetzen lässt. Die Investitionen in moderne Industrieanlagen haben dafür gesorgt, dass Sachsen-Anhalt zwischen 2000 und 2008 ein Wirtschaftswachstum von 24,1 Prozent vorlegen konnte. Das war so hoch wie in Thüringen und wurde bundesweit nur vom Saarland und von Sachsen übertroffen (25,5 Prozent). Doch die Wirtschaftskrise hat sich in Sachsen-Anhalt besonders stark bemerkbar gemacht: 2009 lag das Bundesland nur noch 18,9 Prozent über dem Niveau von 2000 und war deutschlandweit auf Rang sechs zurückgefallen – unter den ostdeutschen Bundesländern auf Rang vier.<sup>111</sup>

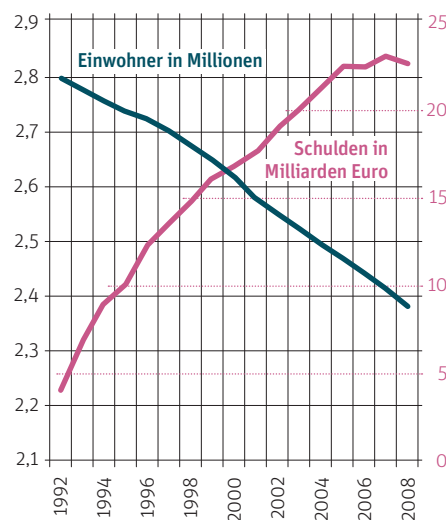
### Schuldenbremse dringend benötigt

Allein zwischen den Jahren 2000 und 2008 haben sich die Schulden des Landes Sachsen-Anhalt um 35 Prozent erhöht. Die Einwohnerzahl ist im gleichen Zeitraum um neun Prozent gesunken. Nach 2005 hat das Land die Schuldenbremse angezogen. Doch die Wirtschaftskrise hat dem Sparen wieder ein Ende gesetzt.

Traditionell schlecht ist es um den Bildungsstand eines Teils der sachsen-anhaltinischen Schüler bestellt. Die Quote jener, die nicht einmal einen Hauptschulabschluss erreichen, gehört deutschlandweit seit Jahren zu den höchsten. Von den zwanzig Kreisen mit den höchsten Schulabbrecher-Quoten des Jahres 2008 liegen acht in Sachsen-Anhalt. Trauriger Spitzenreiter ist der Burgenlandkreis, ganz im Süden des Bundeslandes. Dort verließen fast 14 Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss. Tragisch ist das vor allem vor dem Hintergrund des demografisch bedingten Rückgangs der Ausbildungsplatzbewerber. Zwischen 2005 und 2009 hat sich die Zahl der Bewerber auf eine Lehrstelle von 30.000 auf weniger als 15.000 reduziert.<sup>112</sup>

### Nichts geht ohne Subventionen

Äußerlich hat sich Sachsen-Anhalt vielerorts hübsch gemacht. Die Umweltverschmutzer der vergangenen Industrieepoche wurden abgerissen. Die Flüsse sind klar, die Autobahnen neu, auch wenn darauf relativ wenige



Entwicklung der Kreditmarktschulden des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände in Sachsen-Anhalt sowie die Einwohnerzahl 1992 bis 2008  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)



Autos fahren. Viele Orte sind dank sanierter Innenstädte attraktiv anzusehen, auch wenn sie oft menschenleer wirken. Zahlreiche Industrieparks und Gewerbegebiete wurden ausgewiesen, wenngleich nur wenige von ihnen ausgelastet sind. Sachsen-Anhalt hat bundesweit die größte Dichte an Unesco-Weltkulturerbe-Stätten, denen die Besucher oft fehlen. Sachsen-Anhalt ist ein Musterbeispiel dafür, wie schrumpfende Regionen leerer, aber doch schöner werden können.

Allerdings ist nicht zu vergessen, dass nur ein Bruchteil der Kosten für die Erneuerung auch vor Ort erwirtschaftet wird. Sachsen-Anhalt hat nach Brandenburg die zweitniedrigste Erwerbstätigenquote aller Bundesländer. Die Pro-Kopf-Einkommen betragen zwar 80 Prozent des westdeutschen Niveaus, die gezahlten Steuern aber nur etwa 50 Prozent. Die Differenz erklärt sich über den Länderfinanzausgleich, über Zahlungen der Arbeitslosen- und Rentenversicherungen wie auch durch den Subventionsregen, der auf Sachsen-Anhalt niedergeht. Die sogenannten raumwirksamen Mittel summierten sich allein für den Zeitraum von 2002 bis 2007 auf mehr als 6,7 Milliarden Euro – pro Einwohner gerechnet mehr als in jedem anderen Bundesland. Zusätzlich nahm die Verschuldung von Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen zwischen 2002 und 2008 um 3,7 Milliarden Euro zu.<sup>113</sup> Der „Aufbau Sachsen-Anhalt“ ist nur mit sehr viel fremdem Geld möglich – allein im betrachteten Zeitraum waren das fast 1,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Bewertung Sachsen-Anhalt

Bewertung Sachsen-Anhalt		Gesamtnote	Demografie						Wirtschaft						Integr.	Bildung			Familienfrdl.														
			Kinderzahl	Unter 35-Jährige	Frauenanteil	Wanderung	Über 74-Jährige	Prognose 2025	Zwischennote	Trend	Verfügb. Einkommen	Bruttoinlandsprodukt	Kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl.+ Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Zwischennote	Trend	Bildungschancen	Arbeitsmarktchancen	Zwischennote	Ohne Abschluss	Jugendarbeitslosigkeit	Hoch Qualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte	Kinderbetreuung	Freifläche	Zwischennote		
SAW	Altmarkkreis Salzwedel	4,00	4	5	6	5	3	5	4,7	5,0	↓	5	5	5	2	5	2	1	5	3,8	3,0	→	5	4	4,5	6	6	5	5,7	2	1	1	1,3
ABI	Anhalt-Bitterfeld	4,13	5	6	5	5	4	6	5,2	3,6	→	6	4	3	3	5	2	3	5	3,9	2,5	↗	5	4	4,5	5	5	4	4,7	4	1	3	2,7
BK	Börde	3,60	4	6	5	5	3	4	4,5	4,8	↘	5	4	3	1	4	1	1	5	3,0	2,6	↗	5	4	4,5	4	5	5	4,7	3	1	1	1,7
BLK	Burgenlandkreis	4,46	4	6	5	5	5	6	5,2	4,0	↘	5	5	5	4	6	3	3	5	4,5	3,1	→	5	4	4,5	6	6	5	5,7	3	1	3	2,3
DE	Dessau-Roßlau	3,95	5	6	4	5	5	6	5,2	3,2	→	5	4	4	3	5	2	2	5	3,8	2,5	↗	5	4	4,5	4	6	3	4,3	4	1	1	2,0
HAL	Halle (Saale)	4,04	5	4	1	4	4	6	4,0	2,0	→	6	4	4	5	5	3	3	5	4,4	4,9	↗	5	4	4,5	5	4	2	3,7	5	1	5	3,7
HZ	Harz	3,88	5	6	5	5	5	6	5,3	3,6	→	5	5	4	3	5	2	2	1	3,4	2,5	↗	5	4	4,5	4	4	5	4,3	3	1	2	2,0
JL	Jerichower Land	3,92	4	6	6	5	4	5	5,0	4,6	↘	5	5	3	3	5	2	2	5	3,8	1,5	↑	5	4	4,5	5	4	5	4,7	3	1	1	1,7
MD	Magdeburg	3,66	5	4	2	1	4	5	3,5	1,6	↑	6	3	3	4	5	2	2	5	3,8	4,3	↘	5	4	4,5	5	4	3	4,0	5	1	4	3,3
MSH	Mansfeld-Südharz	4,56	4	6	6	6	5	6	5,5	4,4	↘	5	6	4	4	6	3	4	5	4,6	3,1	→	5	4	4,5	5	6	5	5,3	3	2	2	2,3
SK	Saalekreis	4,01	4	6	5	5	3	5	4,7	4,2	↘	5	4	5	3	5	2	2	5	3,9	2,0	↗	5	4	4,5	5	6	4	5,0	3	1	3	2,3
SLK	Salzlandkreis	4,22	4	6	5	5	5	6	5,2	4,0	↘	6	5	3	4	5	3	3	5	4,3	3,3	→	5	4	4,5	5	4	4	4,3	3	1	3	2,3
SDL	Stendal	4,32	4	6	6	6	3	6	5,2	4,2	↘	6	5	4	4	6	3	2	5	4,4	3,6	→	5	4	4,5	5	6	5	5,3	3	1	1	1,7
WB	Wittenberg	3,89	5	6	6	5	4	6	5,3	4,0	↘	5	5	2	3	5	2	2	4	3,5	2,3	↗	5	4	4,5	3	5	5	4,3	3	1	1	1,7



Leere als Chance

Die Initiatoren des Naturparks Dübener Heide – ein Gebiet, das etwa zu gleichen Teilen in den Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt liegt – haben erkannt, dass dünn besiedelte Landstriche ein Trumpf im umweltschonenden Tourismus sind. Das fast 80.000 Hektar große Gebiet ist eines der wenigen Großschutzprojekte, das nicht vom Staat, sondern von Bürgern vorangetrieben wurde und auch heute noch in privater Trägerschaft liegt: Während sich der Verein Dübener Heide 1990 gründete, um die mittelfristige Ausweitung des DDR-Braunkohlenabbaus auf die Dübener Heide zu verhindern, verfolgen die rund 400 Mitglieder heute das Ziel, das Gebiet als Lebens- und Erholungsraum zu erhalten und für die Regionalentwicklung und den umweltschonenden Tourismus zu nutzen. Ausgebildete Natur- und Landschaftsführer bieten Führungen auf verschiedenen Lehrpfaden an. Regionale Produzenten, Händler, Kultur- und Tourismusmanager entwickeln gemeinsam ein Netz aus Ausflugszielen, den sogenannten „Heidemagneten“. Die Naturpark-Verwaltung arbeitet mit fast allen Grundschulen der Region am Thema Umweltbildung. Ehrenamtliche helfen bei der Krötenwanderung, dozieren in Schulen, entdecken gemeinsam mit Jugendgruppen den Wald, begleiten Wanderungen oder setzen sich gegen den geplanten Bau großer Verkehrsstraßen durch den Naturpark ein.

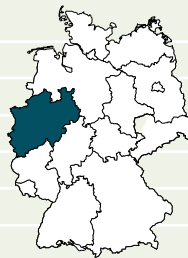
Die Mehrzahl der Angebote entwickeln einzelne Mitglieder des in 13 Ortsgruppen organisierten Vereins. Dieser koordiniert vor allem gemeinsame Angebote und steuert länderübergreifende Prozesse: Dürfen die vom Arbeitsamt vermittelten Mitarbeiter etwa die Rad- und Wanderwege nur bis zur Landesgrenze des über zwei Bundesländer reichenden Gebietes ausschildern, übernehmen Ehrenamtliche die Arbeit im anderen Bundesland. Und selbst in der sachsen-anhaltinischen Leere bleiben die Naturschützer nicht allein: Jährlich kommen rund eine Millionen Besucher in die Dübener Heide.

www.naturpark-duebener-heide.com



# NORDRHEIN- WESTFALEN

Einwohnerzahl 2009	17.873.000
Einwohnerzahl 2025 (Prognose)	17.582.000
Binnenwanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2004 bis 2008	0,2
Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2008	1,40
Migrantenanteil in Prozent 2008	24,5
Durchschnittsalter 2008	42,8
Haushaltseinkommen pro Kopf in Euro 2008	19.876



## Das entkernte Bundesland

Mehr als 300 gelbe Heliumballons schwebten im Sommer 2010 ein paar Tage lang am Himmel von Nordrhein-Westfalen. Im Rahmen der Aktion „Schachtzeichen“ sollten die Ballons mit den daran hängenden Fähnchen weithin sichtbar machen, wo sich in der Region alte, mittlerweile geschlossene Zechen und Bergwerksschächte befinden – wie Stecknadeln auf einer Landkarte. Die Aktion lief im Rahmen des Programms, das Essen als europäische Kulturhauptstadt 2010 stellvertretend für das gesamte Ruhrgebiet unter dem Motto „Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel“ auf die Beine gestellt hatte.

Ein passendes Motto, denn der Ruhrpott, das ehemalige Industrie- und Bergbauzentrum Deutschlands, hat den Strukturwandel noch immer nicht abgeschlossen. Jahrelang erschwerte eine Koalition aus Gewerkschaften, SPD und Staatsunternehmen jedes Nachdenken über Alternativen zur Montanindustrie. Stattdessen wurde weiter unverdrossen auf eine unrentable, von Subventionen abhängige Branche gesetzt. Mehr als 100 Milliarden Euro Staatsbeihilfen sind seit 1980 in den Steinkohlebergbau Deutschlands geflossen,

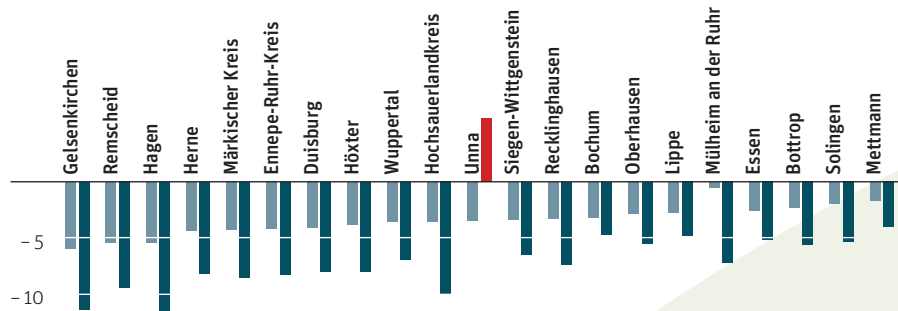
um Arbeitsplätze in den Regionen zu sichern – Geld, das vermutlich mehr Menschen in Lohn und Brot gehalten hätte, wenn damit direkt die Ansiedelung neuer Industrien und damit der Strukturwandel finanziert worden wäre. Denn trotz aller staatlichen Unterstützung ist die Branche schon lange im Niedergang begriffen. Mitte der 1950er Jahre waren im deutschen Steinkohlebergbau noch 600.000 Menschen beschäftigt, mittlerweile sind es knapp 30.000. Im Ruhrrevier gibt es gerade noch drei aktive Zechen, im Saarland eine.

2018 läuft die Steinkohleförderung voraussichtlich aus. Eine Stiftung der Ruhrkohle AG soll dann in Nordrhein-Westfalen und im Saarland die „Ewigkeitskosten“ übernehmen, also Folgekosten für die Altersversorgung der Bergleute, für Schäden an Gebäuden oder das Abpumpen von Grundwasser in durch Gruben abgesenkten Gebieten. Rund 13 Milliarden Euro werden dafür fällig.<sup>114</sup>

Der verschleppte Strukturwandel zieht nicht nur die Region, sondern auch das ganze Bundesland demografisch und ökonomisch nach unten. Vor allem wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage zwischen Ruhr und Emscher ist das einwohnerstärkste deutsche Bundesland insgesamt auch das am höchsten verschuldete: Im Haushaltsjahr 2009 stand Nordrhein-Westfalen mit sieben Milliarden Euro in den roten Zahlen.<sup>115</sup> Ein Jahr zuvor musste bereits ein Viertel der Städte, Gemeinden und Kreise ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, weil diese ihren Haushalt nicht ausgleichen konnten.<sup>116</sup> 2010 konnte weit über die Hälfte der NRW-Kommunen nur noch mit einem Nothaushalt agieren und lediglich Pflichtaufgaben erledigen. Sie konnten keine Straßen mehr sanieren und mussten Schwimmbäder, Sportstätten oder



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)



Theater schließen. Die Gemeinden haben keinerlei Spielraum mehr, um dringend notwendige Maßnahmen gegen den demografischen Wandel einzuleiten. Ein Teufelskreis: je weniger Arbeitsplätze und Steuerzahler, desto höher die Sozialausgaben. Damit fehlt das Geld für eine bessere Infrastruktur, weshalb sich kein Gewerbe mehr anlocken lässt. Noch weniger Arbeitsplätze entstehen, und die Steuereinnahmen sinken weiter.

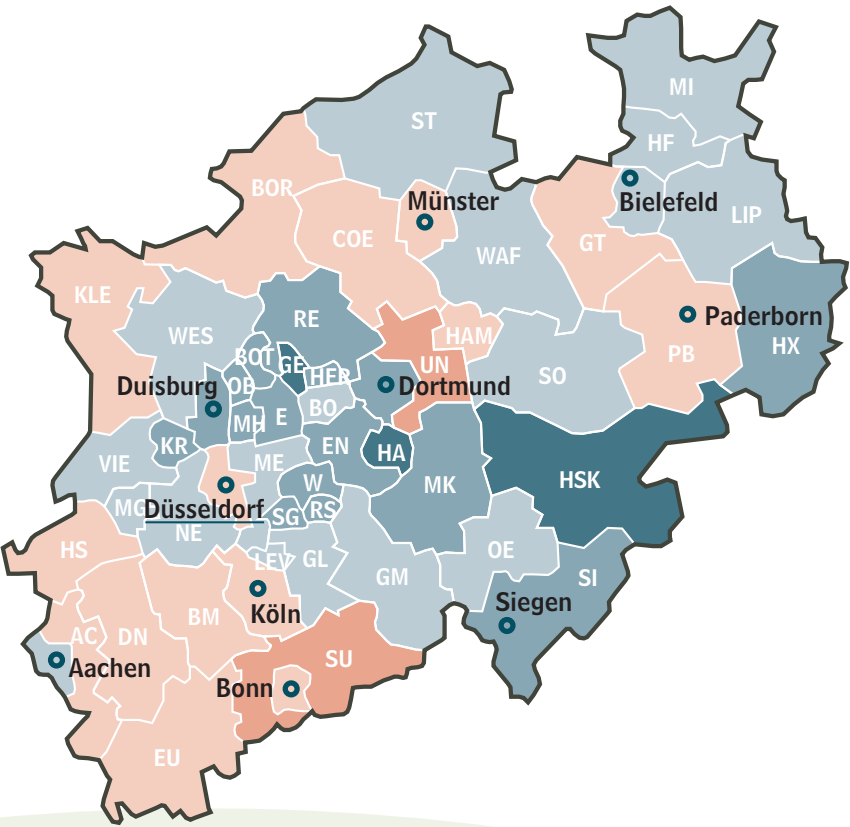
Auch im Bildungsbereich sieht es nicht gut aus: Zwar ist NRW nach Baden-Württemberg und Bayern das Land mit den niedrigsten Schulabbrecher-Quoten. Doch Bildungsstudien wie Pisa 2006 verweisen das Bundesland regelmäßig auf die hintersten Plätze. Dieser Widerspruch kann nur bedeuten, dass die Landesregierung einfach die Standards abgesenkt hat und vielen jungen Menschen Bildungszertifikate überreicht, die sie anderenorts nie bekommen würden. Deutlich schlechter schneidet Nordrhein-Westfalen noch bei den beruflichen Bildungsabschlüssen ab: Jeder Dritte hatte 2008 gar keinen Abschluss in der Tasche – damit ist das Bundesland nach Bremen und Rheinland-Pfalz das Schlusslicht unter den Bundesländern. Gleichzeitig hat nur jeder zehnte Beschäftigte einen Hochschulabschluss. Das vergleichsweise niedrige Bildungsniveau fördert zudem die Arbeitslosigkeit. Sieben Prozent der Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren haben 2008 Arbeitslosen- oder Sozialgeld erhalten. Jeder dritte Arbeitslose war bereits länger als ein Jahr ohne Arbeit. Nur in Bremen leben mehr Langzeitarbeitslose.<sup>117</sup>

### Wachstum im Rheinland

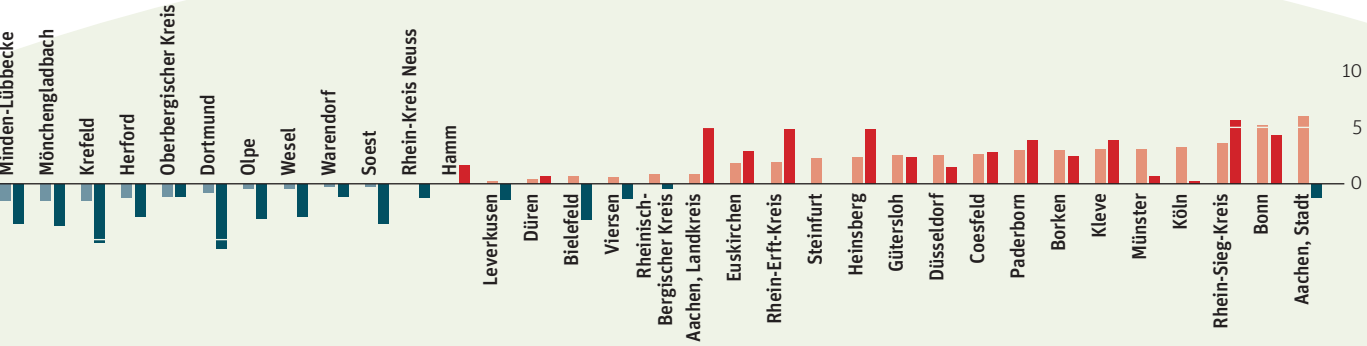
Fast alle Kreise des Ruhrgebietes stehen vor ähnlichen demografischen Herausforderungen wie der Osten Deutschlands: Viele junge und qualifizierte Menschen sind in Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels abgewandert. Damit ist der langfristige Bevölkerungsrückgang vorgezeichnet. Das Rheinland hingegen gewinnt durch Zuwanderung.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen 2008 bis 2025 in Prozent

- 15 bis unter – 10
- 10 bis unter – 5
- 5 bis unter 0
- 0 bis unter 5
- 5 bis unter 10



NORDRHEIN-  
WESTFALEN



Demografisch ist die Lage im Bundesland sehr unterschiedlich: Wirklich marode ist das Bundesland nur im Kernbereich, dem Ruhrgebiet, während es den meisten anderen Regionen deutlich besser geht. Die erfolgreichen Zuwanderungsregionen Köln-Bonn-Düsseldorf und Aachen sowie das überwiegend katholische Ostwestfalen mit Paderborn und seinen vergleichsweise hohen Geburtenraten haben mit Zuwachsraten von drei bis sechs Prozent die Bevölkerung des ganzen Bundeslandes gerade noch stabil gehalten. Doch das wird nicht dauerhaft so bleiben: Nach dem Saarland und Rheinland-Pfalz dürfte Nordrhein-Westfalen schon in naher Zukunft das nächste westdeutsche Bundesland sein, dessen Bevölkerung deutlich schrumpft.<sup>112</sup> Bis 2025 wird die Bevölkerung – trotz Wanderungsgewinnen – um zwei Prozent von jetzt 17,9 auf etwa 17,6 Millionen Menschen zurückgehen.

## Ballungsraum mit Schrumpftendenz

Der Ruhrpott ist der Kern des Bundeslandes – und wird innen langsam hohl: Mit seinen mehr als fünf Millionen Einwohnern ist der städtische Großraum zwischen Duisburg und Dortmund in Fläche und Einwohnerzahl mit der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg vergleichbar. Es ist nach London und der Region Paris der drittgrößte Ballungsraum in der EU-27.<sup>119</sup> Doch während sich die Randbezirke und angrenzenden Kreise vergleichsweise gut entwickeln, haben viele der Städte direkt im Pott ihre Attraktivität als Wohnort verloren, die Wirtschaft lahm, die Geburtenraten sind niedrig. Und das, obwohl in Städten wie Dortmund und Duisburg mehr als 25 Prozent Migranten leben, die das niedrige Fertilitätsniveau wenigstens etwas anheben. Bochum gehört mit einer Fertilitätsrate von 1,2 je Frau sogar zu den kinderärmsten 20 deutschen Kreisen. Und in Städten wie Essen oder Oberhausen liegt der Anteil der Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger mit über zehn Prozent weit über dem Schnitt des Bundeslandes.

## Hoher Migrantenanteil im Ruhrgebiet

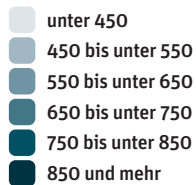
Während im gesamten Bundesgebiet jeder fünfte Einwohner einen Migrationshintergrund hat, gilt dies in der internationalen Finanzmetropole Frankfurt für fast jeden zweiten und in Dortmund oder Duisburg für fast jeden dritten Einwohner. Städte wie München oder Stuttgart, die für wirtschaftliches Wachstum stehen, haben dabei nur wenige Arbeitslose- und Sozialhilfeempfänger. Ganz anders sieht es in Duisburg und Dortmund aus, wo viele gering qualifizierte Einwohner, insbesondere ehemalige Gastarbeiter, keine Jobs mehr in der Industrie finden und sich neue Wirtschaftsbranchen nur zögerlich ansiedeln.



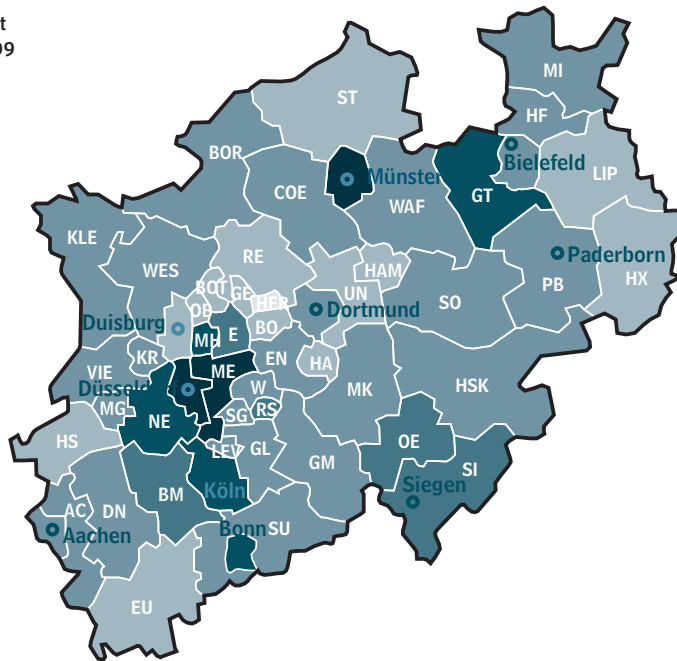
Am schlimmsten ist die Lage mitten im Zentrum des Ruhrgebiets, in der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen. Das „Armenhaus des Westens“ bildet zusammen mit den beiden Problemfällen Pirmasens in Rheinland-Pfalz und Wilhelmshafen das demografische und wirtschaftliche Schlusslicht Westdeutschlands. Rein statistisch büdet die Stadt jedem ihrer Einwohner 1.380 Euro Schulden (2008) auf. Die Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerquote liegt bei fast 13 Prozent – einer der höchsten Werte aller deutschen Großstädte. Dementsprechend gehört Gelsenkirchen zu den 20 deutschen Kreisen mit den niedrigsten Beschäftigungsquoten. Und die wenigen Arbeitsplätze sind überdurchschnittlich häufig in Männerhand, die Frauenbeschäftigungsquote ist die sechsniedrigste bundesweit. Der Grund: Das alte Malochermilieu bietet traditionell wenige Jobs für Frauen. Seit Anfang der 1960er Jahre hat Gelsenkirchen 123.000 Einwohner verloren.<sup>120</sup> Alleine seit 2000 schrumpfte die Stadt um satte sechs Prozent – und sie soll in den kommenden Jahren weitere zwölf Prozent ihrer Bürger verlieren. Hauptmagneten für die Abwanderer sind das Münsterland im Norden oder die Städte des prosperierenden Rheinlands im Süden.

Unter ähnlich hoher Abwanderung wie Gelsenkirchen leidet auch Duisburg am westlichen Rand des Ruhrgebiets. Die Stadt war früher das Zentrum der deutschen Montanindustrie und die reichste des gesamten Bundeslandes. Anfang der 1960er Jahre lebten hier noch 663.000 Einwohner, fast 50 Jahre später sind es nur noch 492.000. Bis 2030 sollen es nach Schätzungen des statistischen Landesamtes noch einmal 44.000 Einwohner weniger werden.<sup>121</sup> Hauptarbeitgeber war viele Jahrzehnte das Stahlwerk von Thyssen-Krupp. Allerdings hat sich die Belegschaft seit den 1970er Jahren auf weniger als 19.000 halbiert. In der jüngsten Krise schrieb das Unternehmen tieferrote Zahlen von 1,9 Milliarden Euro, zwei der fünf Hochöfen des Werks wurden 2009 vorübergehend stillgelegt. Duisburg steckt seit über zehn Jahren in den roten Zahlen und hat inzwischen 500 Millionen Euro Schulden angehäuft.<sup>122</sup>

#### Gemeindliche Steuerkraft in Euro je Einwohner 2009



(Datengrundlage:  
Statistisches  
Bundesamt)



Dabei schrumpft die Bevölkerung in den Stadtteilen des Duisburger Südens mit ihren vielen Einfamilienhäusern aus den 1950ern und -60ern vor allem durch Sterbefälle. Der Ortsteil Ungelsheim mit einem Durchschnittsalter von 51,8 Jahren ist nach Angaben des Amtes für Statistik und Europa-Angelegenheiten in Duisburg der älteste Stadtteil im ganzen Bundesland.<sup>123</sup> Im industriell geprägten Norden der Stadt halten nur die höheren Geburtenraten der Migranten, die hier in einigen Bezirken mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, einen noch größeren Schwund auf. Trotzdem werden schon jetzt in den Nord-Stadtteilen Bruckhausen und Beeck direkt am Stahlwerk mehr als 100 Häuser abgerissen und durch den „Grüngürtel Duisburg-Nord“ ersetzt. Anders aber als ostdeutsche Kommunen, in denen bereits Hunderttausende von Wohnungen durch Abriss „vom Markt genommen“ wurden, finanziert Duisburg die 72 Millionen Euro für Rückbau und Umgestaltung nicht nur aus dem Bundesprogramm Städteumbau. Der Stahlkonzern ThyssenKrupp kommt für die Hälfte der Kosten auf.

Zudem sitzen die Städte des Ruhrgebiets an der Aufgabe, die Integration von Zuwanderern zu verbessern. Insgesamt haben in Nordrhein-Westfalen 4,2 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund, das ist fast jeder vierte.<sup>124</sup> Alternde Migranten stellen das Land dabei vor besondere Probleme. Sie müssen häufig mit niedrigen Renten klarkommen, weil sie irgendwann ihre Arbeit verloren haben. Viele von ihnen sind frühverrentet, weil sie zeitlebens in körperlich stark belastenden Schwerindustrien oder dem Bergbau geschuftet haben. Frauen, die nie einen Job hatten, müssen mit einer Grundsicherung auskommen. Im gesamtdeutschen Durchschnitt wird der Bevölkerungsanteil von ausländischen Menschen über 60 Jahre von heute 6,5 Prozent auf neun Prozent im Jahr 2020 ansteigen. In Nordrhein-Westfalen wird dieser Anteil noch höher liegen, da sich hier in den 1950er und 1960er Jahren besonders viele Gastarbeiter angesiedelt haben.

#### Niedrige Steuerkraft im Ruhrgebiet

Die gemeindliche Steuerkraft bemisst die Einnahmen einer Gemeinde aus Grundsteuer, Gewerbesteuer sowie Einkommen- und Umsatzsteuer. Je höher sie ist, desto wohlhabender ist eine Gemeinde und desto mehr Geld steht für Investitionen zur Verfügung – etwa für den Ausbau der Kinderbetreuung oder die Instandhaltung von Straßen und Grünanlagen. Fast das gesamte Ruhrgebiet leidet unter einer geringen Steuerkraft: Duisburg kann pro Einwohner rund 460 Euro im Jahr ausgeben – Düsseldorf an der Rheinschiene dagegen mehr als doppelt soviel.

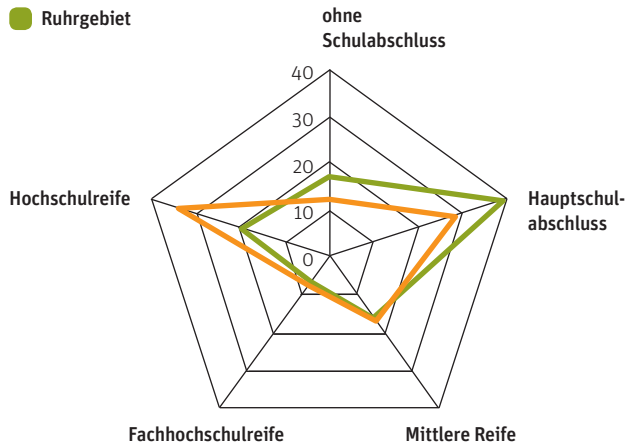
Der Druck ist daher hoch, tragfähige Integrationsmodelle zu finden. Immerhin stehen die Chancen dafür nicht schlecht. Denn das Bundesland kennt sich aus mit Migranten, seit Anfang des 20. Jahrhunderts viele Polen und Tschechen zur Maloche in den Pott gezogen sind. Kein Wunder, dass NRW das erste Bundesland war, das einen Landesminister auch für Integration verantwortlich gemacht hat. Die Landesregierung kümmert sich heute im Zuge ihrer „Integrationsoffensive“ – neben Themen wie Sprachförderung, dem Einrichten von „Integrationsagenturen“ als Anlaufstellen für Migranten sowie dem Schutz vor Zwangsheirat – speziell um ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Aber das Ruhrgebiet muss vor allem an seine wirtschaftliche Zukunft denken. Ansätze für die Zeit nach der Kohle sind überall zu spüren, aber es wird kaum mehr eine Phase kommen, die durch Vollbeschäftigung oder gar Arbeitskräftemangel bestimmt ist. Auch Versuche, mit Projekten wie der Love Parade Leben in den Pott zu bringen, sind geradezu tragisch gescheitert. Während im Norden der Region Städte wie Bottrop oder Recklinghausen den Wandel noch nicht richtig angepackt haben, ist er in südlicheren Kommunen wie Essen, Bochum, Dortmund, wo die Zechen schon länger dicht sind, in vollem Gange. Die Chancen auf einen Umschwung zu Hightech-Branchen, Dienstleistung und Forschung stehen nicht schlecht.

## Bildungsniveau der Migranten an der Rheinschiene höher als im Ruhrgebiet

An der Rheinschiene hat jeder dritte Einwohner mit Migrationshintergrund seine Schulausbildung mit Abitur abgeschlossen – im Ruhrgebiet nur jeder Fünfte. Dagegen haben die Migranten im Ruhrpott viel häufiger nur einen Hauptschulabschluss. Während die Städte Düsseldorf, Bonn, Köln oder Aachen mit ihren Jobs in der Medienbranche und im Technologiebereich immer attraktiver für hoch qualifizierte Zuwanderer werden, kämpft das Ruhrgebiet weiterhin mit dem Erbe der Montanindustrie.

- Rheinschiene
- Ruhrgebiet



Bevölkerung mit Migrationshintergrund zwischen 15 und 64 Jahren nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss in Prozent 2008  
(Datengrundlage: Information und Technik Nordrhein-Westfalen)

Insgesamt studieren hier an 21 Hochschulen mehr als 160.000 Studenten. In den Städten des Ruhrgebiets sind denn auch schon zahllose Kreativviertel gegründet worden, die Künstlern, Werbeagenturen oder Software-schmieden eine Heimat bieten sollen. Daneben hat die Universität Duisburg-Essen mehrere Millionen Euro in das „Ruhr Institute for Software Technology“ investiert. Und 59 Unternehmen, darunter Evonik und Thyssen-Krupp, wollen mit dem Projekt „Innovation City Ruhr“ aus den 53 Städten und Gemeinden des Potts eine energieeffiziente Pilotregion machen. Das Rhein-Ruhrgebiet ist eine von acht Modellregionen in Deutschland, in denen die Bundesregierung gerade Elektroautos testet. Schon in wenigen Jahren will NRW die deutschlandweit führende Modellregion für Elektromobilität sein.

## Münsterland, Sauerland, Ostwestfalen: Industrie in der Peripherie

Jenseits des Ruhrgebietes, in Ostwestfalen und im Sauerland, wo es nie zu einer Abhängigkeit von der Kohle gekommen war, sieht es deutlich besser aus. Tatsächlich arbeiten hier inzwischen anteilig mehr Menschen in der Industriebranche als an Emscher und Ruhr. Die breit gestreuten Familienunternehmen und Nischen-Marktführer in unterschiedlichen Branchen haben sich als deutlich flexibler, innovativer und krisenresistenter erwiesen als die alten Großunternehmen im Ruhrgebiet. Im Westen des Sauerlandes haben sich vor langer Zeit vor allem Metall verarbeitende Betriebe, Zulieferer der Autoindustrie und Werkzeugbauer niedergelassen. In Warstein im Kreis Soest sowie mit Veltins im nahen Meschede finden sich, neben zahlreichen kleineren Brauereien und nur wenige Kilometer voneinander entfernt, zwei der größten deutschen Bierbrauer.

Allerdings hat auch das Sauerland östlich des Ruhrgebiets seine eigenen Probleme: Die deutsche Mittelgebirgsregion ist dünn besiedelt, und die Bevölkerung schrumpft – vor allem in den östlichen, an Niedersachsen grenzenden Kreisen. Der Hochsauerlandkreis dürfte bis 2025 zehn Prozent seiner Bevölkerung verlieren. Seine Schülerzahlen werden sich bereits bis 2019 um ein Viertel reduziert haben.<sup>125</sup> Dennoch ist und bleibt das Sauerland ein Fluchtpunkt für wohlhabende Familien, die aus dem Ruhrgebiet fortgezogen sind. So ist der Landkreis Olpe rund um das gleichnamige 25.000-Einwohner-Städtchen mit einem Haushaltseinkommen von 26.700 Euro pro Kopf nach dem bayerischen Starnberg und dem Hochtaunuskreis bei Frankfurt am Main der wohlhabendste deutsche Landkreis. Ähnlich gut situiert sind die Haushalte im angrenzenden Märkischen Kreis sowie im Rheinisch-Bergischen Kreis und im Kreis Mettmann im nahen Bergischen Land.

Auch in der nordöstlichen Ecke von NRW findet sich eine Region, die sich positiv entwickelt und auf den Mittelstand aufbaut: Ostwestfalen-Lippe zwischen Paderborn im Süden, Bielefeld in der Mitte und Minden im Norden ist die Heimat des Medienriesen Bertelsmann. Hier sitzen außerdem Unternehmen wie Dr. Oetker, Melitta, Miele, der Möbelproduzent Flötotto oder der Küchenhersteller Nobilia. Etwas mehr als zwei Millionen Menschen leben in dieser Region. Ein stark verwurzelter Bürgertum mit vielen Familienunternehmen, funktionierende soziale Netzwerke und ein großes regionales Selbstbewusstsein bilden eine stabile Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg. Zudem liegen zwischen den Nordausläufern des deutschen Mittelgebirges und dem Teutoburger Wald zwei der zehn deutschen Kreise mit der höchsten durchschnittlichen Kinderzahl je Frau.<sup>126</sup> Ostwestfalen-Lippe erinnert nicht umsonst an das Oldenburger Münsterland in Niedersachsen – es ist gewissermaßen dessen Fortsetzung über die Ländergrenze hinweg.



Ähnlich heil ist die Welt in dem westlich gelegenen Münster. Die idyllische Uni- und Fahrradstadt hat sich in den vergangenen Jahren durch Zuwanderung demografisch verbessert, hier wohnen besonders viele Menschen unter 35 Jahren. Jeder Sechste der 276.000 Einwohner ist ein Student. Entsprechend sind nur wenige Menschen ohne Arbeit – nur 5,5 Prozent der 18- bis 64-Jährigen beziehen Arbeitslosen- oder Sozialhilfe, während es im ganzen Bundesland 7,3 Prozent sind. Gleichzeitig finden immer mehr Hochqualifizierte einen Job in der Stadt, und die Einkommen steigen. So hatten die Haushalte in Münster mehr Geld zur Verfügung als noch 2000 und liegen aktuell über dem Niveau Nordrhein-Westfalens.

## Rheinland – der neue Motor im größten Bundesland

In den vergangenen Jahren ist das gefühlte Zentrum Nordrhein-Westfalens von der Ruhr an den Rhein gewandert. Hier wächst die Bevölkerung, wenn auch vor allem durch Zuwanderung. Denn die Rheinschiene entlang der Städte Düsseldorf, Köln und Bonn, erweitert um das Gebiet bis Aachen, ist die wirtschaftlich erfolgreichste Region des Bundeslandes. Am Rhein findet sich etwa die höchste Unternehmensdichte. So sitzt in

Leverkusen zwischen Düsseldorf und Köln der Dax-notierte Chemieriese Bayer, in Köln die Lufthansa, und in Bonn residieren die ehemaligen Staatsbetriebe Deutsche Post sowie die Deutsche Telekom. In der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf haben mit Eon, Henkel und Metro gleich mehrere Dax-Konzerne ihren Hauptsitz. Die Stadt ist ein Spitzenstandort für Werbung, Mode, Telekommunikation und Unternehmensberatung sowie der nach Frankfurt am Main zweitwichtigste Finanzplatz Deutschlands. Es gibt in Düsseldorf 2,4-mal so viele Unternehmen pro Einwohner wie in Herne, dem Schlusslicht des Bundeslandes.<sup>127</sup> Kein Wunder, dass der Kreis Düsseldorf im Jahr 2008 nur eine Verschuldung von gerade mal 230 Euro pro Einwohner aufzuweisen hatte. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 73.300 Euro ist Düsseldorf zudem der einzige Kreis des Landes unter den deutschen Top 20. Zum Vergleich: In Bottrop lag das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im selben Jahr bei gerade mal 18.800 Euro, der Landesschnitt rangierte mit 30.500 Euro sogar nur knapp über dem des Saarlands.

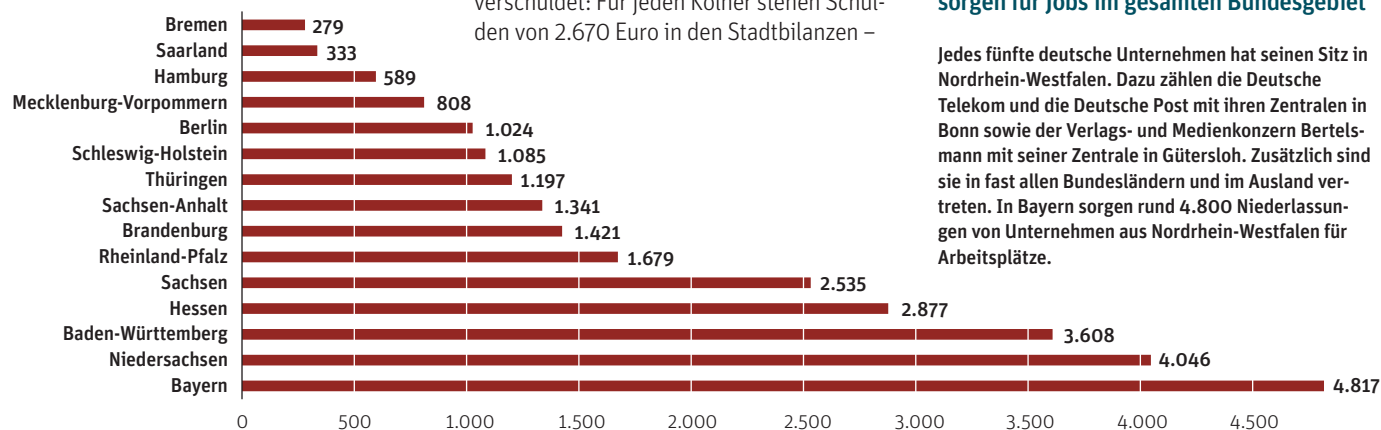
Düsseldorf ist zwar Landeshauptstadt, die größte Stadt ist jedoch das etwas rheinaufwärts gelegene Köln mit knapp einer Million Einwohnern. Im Gegensatz zum stadtkämmerrisch vorbildlichen Düsseldorf ist die selbstbewusste Dom-Metropole allerdings hoch verschuldet: Für jeden Kölner stehen Schulden von 2.670 Euro in den Stadtbilanzen –

insgesamt sind es rund 2,7 Milliarden Euro.<sup>128</sup> Damit gehört die kreisfreie Stadt Köln zu den zehn höchst verschuldeten deutschen Kreisen. Aber immerhin legt Köln demografisch zu. Seit 2000 ist die Einwohnerzahl um 3,4 Prozent gewachsen, seit 2004 hat die Stadt jährliche Wanderungsgewinne von knapp einem Prozent. Bis 2030 überwiegen die Geburten sogar die Sterbefälle in Köln.<sup>129</sup> Die Zahl der Grundschulkinder zwischen sechs und neun soll bis 2019 um zehn Prozent zulegen.<sup>130</sup> Und nicht nur Köln selber wächst: Rings um die Stadt sowie um Bonn profitieren Landkreise wie der Rhein-Erft-Kreis oder der Rhein-Sieg-Kreis von Pendlern und Suburbanisierung.

Ein starker Magnet für Zuwanderer ist die Universität Köln, eine der größten Deutschlands. Nach ihrem Studium bleiben die Neubürger dann häufig in der Stadt, die eine ausgedehnte Medien- und Kulturbranche bietet. So residieren hier der Privatsender RTL und mit dem WDR der größte ARD-Sender. Außerdem ist Köln Sitz des Verlags- und Medienhauses M. DuMont Schauberg und des im Stadtteil Ossendorf gelegenen Studio- geländes Coloneum, das sich mit Potsdam Babelsberg um den Rang von Europas

## Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen sorgen für Jobs im gesamten Bundesgebiet

Jedes fünfte deutsche Unternehmen hat seinen Sitz in Nordrhein-Westfalen. Dazu zählen die Deutsche Telekom und die Deutsche Post mit ihren Zentralen in Bonn sowie der Verlags- und Medienkonzern Bertelsmann mit seiner Zentrale in Gütersloh. Zusätzlich sind sie in fast allen Bundesländern und im Ausland vertreten. In Bayern sorgen rund 4.800 Niederlassungen von Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen für Arbeitsplätze.



Betriebe von nordrhein-westfälischen Unternehmen in anderen Bundesländern 2008  
(Datengrundlage: Information und Technik Nordrhein-Westfalen)





## Neues Leben im „Dorv“

Kein Laden, kein Arzt, zuletzt schloss auch die Sparkasse. Das war Barmen. Bis die Einwohner sich zusammentaten – und eine Rundum-Versorgung in Eigenregie organisierten: 2003 gründeten einige Vorreiter den Trägerverein „Dorv“ – Dienstleistung und Ortsnahe Rundum-Versorgung. Die Initiatoren sicherten die Finanzierung, befragten die Bevölkerung, was sie am dringendsten brauchte – und eröffneten 2004 in der leer stehenden Sparkassenfiliale das „Dorv“-Zentrum, ein Ladenlokal, das die Barmener nach dem alten Kaufhausprinzip betreiben: alles unter einem Dach.

Bäcker, Fleischer und Gemüsebauern aus den Nachbardörfern bringen die frischen Waren, der Rest kommt von einer Großhändler-Gemeinschaft, die sich auf kleine Geschäfte auf dem Land spezialisiert hat. Sie liefert nur an, was wirklich gebraucht wird und verlangt keine Mindestabnahmemengen. Von jedem Produkt bietet „Dorv“ seinen Kunden einen Markenartikel und eine billige No-Name-Variante. Das zweite Standbein sind Dienstleistungen. „Dorv“-Mitarbeiter helfen – wenn nötig – bei Amtsanträgen und leiten sie an die zuständigen Behörden weiter. Ähnliches gilt für die Serviceleistungen von Banken, Versicherungen oder den Stadtwerken. Auch im sozialen Bereich ist „Dorv“ aktiv: Die Initiative sammelt Rezepte für Medikamente, die von der Apotheke des Nachbardorfes ausgeliefert werden. Oder vermittelt Pflegebedürftige an einen Pflegedienst.

Der „Dorv“-Laden ist mittlerweile Verkaufsstelle und Treffpunkt, selbst für kulturelle Veranstaltungen. Der Laden trägt sich heute selbst, auch dank der für die Dienstleistungen eingenommenen Provision. Die aufgenommenen Kredite können abbezahlt werden. Denn auch bei der Finanzierung ging „Dorv“ neue Wege: Für die anfangs nötigen 100.000 Euro zogen die „Dorvler“ von Haustür zu Haustür und verkauften Anteile am „Dorv“, das Stück zu 250 Euro. So sammelte der Verein 25.000 Euro ein. Die gleiche Summe gaben sieben Barmener über Kredite. Den Rest von 50.000 Euro beschafften sich die „Dorvler“ über Eigenleistung und einen günstigen Kredit von der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Das „Dorv“ im Dorf ist inzwischen eine Marke. Die Initiatoren sprechen auf Kongressen und geben ihre Erfahrung – gegen Bezahlung – in ganz Deutschland und an andere EU-Länder weiter.

[www.dorv.de](http://www.dorv.de)

größtem Studiokomplex streitet. Dazu kommen die renommierte Kunsthochschule für Medien sowie die Internationale Filmschule Köln. Sie alle tragen dazu bei, dass Köln nach München und Berlin die attraktivste deutsche Großstadt für Kreative ist.<sup>131</sup> Insbesondere die Bundeshauptstadt zieht jedoch auch hier Galerien und Künstler ab.

Von der Abwanderung nach Berlin hat das etwas südlich gelegene Bonn dagegen durchaus auch profitiert: Als die Regierung aus der ehemaligen Bundeshauptstadt wegzog,

kamen zum Ausgleich zahlreiche neue Bundesbehörden an den Rhein, darunter der Bundesrechnungshof, die Bundesnetzagentur oder das Bundeskartellamt. Zugleich blieb die Stadt – zumindest bislang – der Standort von sechs Bundesministerien. Außerdem sitzen hier 16 UN-Organisationen sowie zahlreiche Forschungseinrichtungen und Großunternehmen. Das beschert der Stadt einen überdurchschnittlich hohen Anteil an hoch qualifizierten Beschäftigten: Jeder fünfte, der hier arbeitet, hat einen Hochschulabschluss.<sup>132</sup> So steht Bonn unterm Strich heute besser da als vor dem Abzug der Regierung.


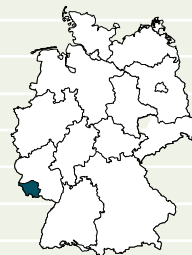
Das sieht in der 260.000-Einwohner-Stadt Aachen am äußersten westlichen Rand von NRW ganz anders aus. Auch hier wirkt zwar eine Universität als Anreiz für Zuwanderung: An der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) sind fast 33.000 Studenten immatrikuliert, damit ist jeder achte Einwohner ein Student. Allerdings zieht die RWTH dank ihrer technischen Ausrichtung vor allem Männer an: Nur knapp ein Drittel der Studierenden ist weiblich.<sup>133</sup> Das hat zur Folge, dass Aachen mit nur knapp 78 Frauen je 100 Männer im Alter von 18 bis 29 Jahren im deutschlandweiten Vergleich auf dem vorletzten Platz liegt. Schlechter geht es in diesem Sinne nur dem Kreis Parchim in Westmecklenburg – wobei dort der Jungmänner-Überschuss durch die Abwanderung der jungen Frauen zustande kommt, während in Aachen die Männer zuwandern.

Ein weiteres Problem Aachens ist, dass die Studenten ihre Stadt vor allem als Durchgangsstation betrachten und nach dem Studium wegziehen, um woanders Geld zu verdienen. Aachen gehört – zusammen mit den verarmten Ruhrpott-Städten Gelsenkirchen und Herne – zu den 20 deutschen Kreisen mit den niedrigsten Beschäftigungsquoten: Nur rund 40 Prozent aller 18- bis 64-Jährigen haben hier eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Mit dieser Quote liegt der Kreis bundesweit auf dem drittletzten Platz.<sup>134</sup> Die Stadt will jetzt verstärkt Unternehmen anlocken, um ihre Studenten nach dem Abschluss zu halten und mehr Gewinn aus dem Wissen zu ziehen. So werden auf dem RWTH-Campus von 2010 bis 2017 bis zu 19 technische Forschungscluster angesiedelt. Mit der Expansion will die Hochschule 250 nationalen und internationalen Technologieunternehmen die Möglichkeit geben, ihre Forschungs- und Entwicklungsarbeit in Aachen auszuweiten. Die Firmen sollen dann, so der Plan, neue Mitarbeiter anstellen, die mit ihren Familien in die Männerstadt ziehen. Das würde dann auch endlich die Frauenquoten aufpolieren – auch eine Art von Strukturwandel.

# Bewertung Nordrhein-Westfalen

		Gesamtnote	Demografie						Wirtschaft						Integr.	Bildung		Familienfrdl.															
			Kinderzahl	Unter 35-jährige	Frauenanteil	Wanderung	über 74-jährige	Prognose 2025	Zwischennote	Trend	Verfügb. Einkommen	Bruttoinlandsprodukt	Kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl.+Sozialhilfee.	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Zwischennote	Trend	Bildungschancen	Arbeitsmarktchancen	Zwischennote	Ohne Abschluss	Jugendarbeitslosigkeit	Hoch Qualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte	Kinderbetreuung	Freifläche	Zwischennote		
AC	Aachen, Landkreis	3,83	4	3	2	2	3	2	2,7	4,0	↘	3	5	4	5	3	5	5	5	4,4	3,9	→	6	4	5,0	2	3	4	3,0	4	5	5	4,7
AC	Aachen, Stadt	3,88	6	1	6	2	2	3	3,3	3,4	→	3	2	6	6	3	5	6	4	4,4	4,7	↘	6	4	5,0	3	2	1	2,0	6	3	5	4,7
BI	Bielefeld	3,29	5	2	1	3	4	3	3,0	2,6	↗	2	2	1	4	4	2	5	3,0	4,4	↘	6	3	4,5	2	3	3	2,7	5	4	4	4,3	
BO	Bochum	4,09	6	4	1	3	4	3	3,5	2,6	↗	3	3	6	6	3	5	5	4,5	4,6	↘	6	3	4,5	3	3	4	3,3	5	4	6	5,0	
BN	Bonn	3,34	5	2	1	2	3	2	2,5	2,0	↗	2	1	6	6	3	5	4	3,9	4,1	↘	6	4	5,0	2	2	1	1,7	5	3	5	4,3	
BOR	Borken	3,49	3	1	3	2	2	2	2,2	4,0	↘	3	4	3	4	2	5	4	3,8	3,7	→	6	6	6,0	3	2	6	3,7	1	5	4	3,3	
BOT	Bottrop	4,08	5	4	2	3	4	4	3,7	3,4	→	4	5	3	5	3	5	6	4,5	2,6	↗	6	4	5,0	4	4	5	4,3	2	5	4	3,7	
COE	Coesfeld	3,39	4	2	3	2	2	2	2,5	5,0	↘	2	5	2	4	2	4	4	3,5	2,4	↗	6	6	6,0	2	2	5	3,0	1	5	4	3,3	
DO	Dortmund	4,09	5	3	1	2	4	4	3,2	2,4	↗	4	3	6	6	5	5	5	4,9	3,9	→	6	4	5,0	3	4	3	3,3	4	5	5	4,7	
DU	Duisburg	4,16	5	4	2	3	4	4	3,7	2,6	↗	5	3	4	5	5	5	6	4,8	3,3	→	6	3	4,5	4	3	4	3,7	4	5	5	4,7	
DN	Düren	3,69	4	3	3	3	3	2	3,0	4,2	↘	3	4	3	5	3	5	4	4,1	3,4	→	6	4	5,0	2	3	4	3,0	3	4	4	3,7	
D	Düsseldorf	2,98	5	3	1	1	3	2	2,5	1,2	↑	1	1	1	4	3	4	3	2,6	4,3	→	6	3	4,5	3	2	1	2,0	6	3	6	5,0	
EN	Ennepe-Ruhr-Kreis	3,84	6	5	2	3	4	4	4,0	3,4	→	1	4	4	4	3	4	3	3,5	3,9	→	6	3	4,5	3	3	4	3,3	4	4	6	4,7	
E	Essen	4,01	5	4	1	2	4	4	3,3	1,6	↑	3	1	6	6	4	5	5	4,4	4,7	↘	6	5	5,5	3	4	2	3,0	5	4	6	5,0	
EU	Euskirchen	3,63	4	4	3	2	3	2	3,0	3,8	→	3	4	5	5	2	5	4	4,0	3,4	→	6	4	5,0	1	3	5	3,0	3	5	3	3,7	
GE	Gelsenkirchen	4,66	5	4	2	4	4	5	4,0	2,8	↗	5	4	5	6	5	6	6	5,4	4,0	↘	6	4	5,0	4	4	5	4,3	4	5	6	5,0	
GT	Gütersloh	2,90	3	2	3	2	2	2	2,3	4,2	↘	1	2	2	2	2	4	1	2,4	3,4	→	6	3	4,5	2	2	5	3,0	2	4	5	3,7	
HA	Hagen	3,87	4	4	2	4	4	5	3,8	3,4	→	2	3	3	4	4	3	6	3,6	3,4	→	6	3	4,5	3	4	5	4,0	4	5	4	4,3	
HAM	Hamm	4,02	4	3	3	3	3	2	3,0	3,6	→	5	4	5	6	4	5	6	5,0	3,9	→	6	3	4,5	3	4	5	4,0	3	4	3	3,3	
HS	Heinsberg	4,10	5	3	2	2	3	2	2,7	5,0	↘	4	5	4	6	3	6	6	5,0	3,3	→	6	4	5,0	3	3	5	3,7	3	5	5	4,3	
HF	Herford	3,51	4	3	2	3	4	3	3,2	3,6	→	1	4	5	2	3	3	2	3,1	4,7	↘	6	3	4,5	2	3	5	3,3	4	4	5	4,3	
HER	Herne	4,34	5	4	2	3	5	4	3,8	3,8	→	4	5	4	6	4	5	6	5,0	3,4	→	6	3	4,5	3	4	4	3,7	4	4	6	4,7	
HSK	Hochsauerlandkreis	3,48	4	3	3	4	4	5	3,8	3,8	→	1	3	4	3	3	4	3	2,8	3,7	→	6	4	5,0	3	2	5	3,3	3	5	3	3,7	
HX	Höxter	3,68	4	3	4	4	4	4	3,8	4,2	↘	3	5	3	4	3	4	4	2	3,5	3,1	→	6	3	4,5	2	3	5	3,3	3	5	3	3,7
KLE	Kleve	3,64	4	3	2	2	3	2	2,7	3,4	→	3	4	3	6	2	5	5	4,1	4,0	↘	6	3	4,5	3	3	5	3,7	2	5	4	3,7	
K	Köln	3,43	6	2	1	1	2	2	2,3	1,6	↑	2	1	6	5	4	4	5	3,9	4,7	↘	6	4	5,0	3	3	2	2,7	6	2	5	4,3	
KR	Krefeld	3,91	4	4	1	2	4	4	3,2	2,6	↗	3	2	3	6	4	5	6	4,3	4,1	↘	6	3	4,5	5	3	4	4,0	4	4	5	4,3	
LEV	Leverkusen	3,58	4	4	1	2	4	3	3,0	2,8	↗	3	1	6	3	4	4	4	3,8	5,1	↘	6	3	4,5	2	4	2	2,7	4	4	5	4,3	
LIP	Lippe	3,46	2	3	3	4	4	3	3,2	3,6	→	2	4	5	3	3	4	2	4	3,4	4,4	↘	6	3	4,5	2	3	4	3,0	3	4	4	3,7
MK	Märkischer Kreis	3,69	4	3	3	3	3	4	3,7	3,8	→	1	3	4	3	3	4	2	3,1	3,9	→	6	4	5,0	4	2	5	3,7	3	5	5	4,3	
ME	Mettmann	3,39	4	5	2	3	3	3	3,3	3,6	→	1	3	3	3	3	3	2	3,0	3,7	→	6	3	4,5	2	2	3	2,3	4	4	6	4,7	
MI	Minden-Lübbecke	3,35	3	3	3	3	4	3	3,2	3,4	→	2	3	4	3	3	3	2	4	4,0	↘	6	3	4,5	2	3	5	3,3	3	4	4	3,7	
MG	Mönchengladbach	3,94	4	3	1	3	3	3	2,8	2,6	↗	2	4	6	5	4	5	4	4,5	4,9	↘	6	3	4,5	4	4	4	4,0	4	4	5	4,3	
MH	Mülheim an der Ruhr	3,54	4	6	2	2	5	4	3,8	2,8	↗	1	2	1	3	4	4	6	3,1	3,1	→	6	4	5,0	2	2	4	2,7	4	4	5	4,3	
MS	Münster	3,18	6	1	1	2	3	2	2,5	1,4	↑	1	1	6	5	3	4	3	3,4	3,9	→	6	6	6,0	2	2	2	2,0	4	3	4	3,7	
GM	Oberbergischer Kreis	3,55	4	3	3	3	3	3	3,2	4,6	↘	1	4	6	3	3	4	3	3,5	3,7	→	6	3	4,5	2	3	4	3,0	3	5	4	4,0	
OB	Oberhausen	4,24	6	4	1	2	3	4	3,3	2,6	↗	4	5	6	5	4	5	5	4,9	4,1	↘	6	4	5,0	3	4	5	4,0	3	5	6	4,7	
OE	Olpe	3,22	4	2	3	3	2	3	2,8	3,8	→	1	3	3	2	2	5	3	2,9	2,6	↗	6	4	5,0	2	2	6	3,3	2	5	4	3,7	
PB	Paderborn	3,37	4	1	2	2	2	2	2,2	4,2	↘	4	3	2	4	3	5	3	3,6	4,6	↘	6	3	4,5	2	3	4	3,0	3	5	4	4,0	
RE	Recklinghausen	4,38	5	4	2	3	4	4	3,7	3,8	→	3	5	6	5	4	5	6	5,0	3,3	→	6	4	5,0	3	4	5	4,0	3	5	6	4,7	
RS	Remscheid	3,64	4	4	2	5	4	4	3,8	3,2	→	1	3	3	3	3	4	2	3,1	5,1	↘	6	4	5,0	3	3	4	3,3	3	3	5	3,7	
BM	Rhein-Erft-Kreis	3,52	4	4	2	2	2	2	2,7	3,0	→	3	4	3	4	3	4	5	3,8	3,6	→	6	4	5,0	2	3	5	3,3	3	4	5	4,0	
GL	Rheinisch-Bergischer Kreis	3,37	3	5	2	2	3	3	3,0	3,8	→	1	5	2	3	3	3	5	3,1	4,0	↘	6	3	4,5	2	3	4	3,0	4	3	5	4,0	
NE	Rhein-Kreis Neuss	3,35	4	4	1	3	3	3	3,0	3,2	→	1	2	3	4	3	4	4	3,3	3,1	→	6	3	4,5	2	2	4	2,7	3	4	6	4,3	
SU	Rhein-Sieg-Kreis	3,63	4	3	2	2	2	1	2,3	3,8	→	2	5	6	5	2	4	5	4,1	4,4	↘	6	4	5,0	3	3	4	3,3	3	4	5	4,0	
SI	Siegen-Wittgenstein	3,47	5	3	3	4	3	4	3,7	3,2	→	1	2	4	3	2	5	3	3,0	3,1	→	6	4	5,0	2	3	4	3,0	3	5	4	4,0	
SO	Soest	3,59	4	3	3	2	3	3	3,0	3,8	→	3	4	4	4	3	4	3	3,6	4,3	↘	6	4	5,0	2	2	5	3,0	3	5	4	4,0	
SG	Solingen	3,66	4	4	1	3	4	4	3,3	1,8	↑	1	4	4	3	3	4	3	3,5	5,0	↘	6	4	5,0	3	3	5	3,7	4	3	5	4,0	
ST	Steinfurt	3,36	3	2	3	2	2	3	2,5	4,0	↘	3	4	3	2	4	3	5	3,4	2,7	↗	6	6	6,0	2	2	5	3,0	2	5	4	3,7	
UN	Unna	4,05	4	4	3	3	3	1	3,0	4,4	↘	3	5	4	5	4	5	6	4,6	2,7	↗	6	3	4,5	3	4	5	4,0	3	5	6	4,7	
VIE	Viersen	3,62	5	4	2	2	3	3	3,2	4,4	↘	2	4	2	4	3	4	4	3,5	3,6	→	6	3	4,5	3	3	5	3,7	3	4	5	4,0	
WAF	Warendorf	3,55	4	2	3	3	3	3	3,0	4,8	↘	2	4	3	3	2	4	3	3,4	3,3	→	6	6	6,0	2	2	5	3,0	2	5	4	3,7	
WES	Wesel	3,97	5	4	2	2	3	3	3,2	4,4	↘	3	5	5	5	3	5	5	4,5	2,9	↗	6	4	5,0	2	3	5	3,3					

# RHEINLAND-PFALZ UND SAARLAND

	Rheinland-Pfalz		Saarland	
Einwohnerzahl 2009	4.013.000		1.023.000	
Einwohnerzahl 2025 (Prognose)	4.097.000		964.000	
Binnenwanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2004 bis 2008	0,9		- 1,2	
Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2008	1,38		1,25	
Migrantenanteil in Prozent 2008	18,8		17,6	
Durchschnittsalter 2008	43,2		44,5	
Haushaltseinkommen pro Kopf in Euro 2008	18.555		19.083	

## Wo die Menschen der Arbeit hinterherfahren

Wenn über Rheinland-Pfalz und dem Saarland die Sonne aufgeht, gibt es häufiger mal Staus an den Grenzen ins benachbarte Ausland. In den Autos sitzen Pendler. Rund 11,4 Millionen Menschen leben insgesamt in der Region „Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie“, die Rheinland-Pfalz und das Saarland zusammen mit Luxemburg, dem französischen Lothringen und dem belgischen Wallonien umfasst. Und rund 200.000 von ihnen brechen jeden Morgen auf, um in einem der Nachbarländer zu arbeiten.

In wenigen Randlagen Deutschlands haben Staatsgrenzen so wenig Bedeutung wie in der Großregion zwischen den Ballungsräumen Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Brüssel, Basel und Paris. Und das nicht erst seit dem Wegfall der Personenkontrollen an innereuropäischen Grenzen im Zuge des Schengen-Abkommens von 1995. Die Idee einer grenzübergreifenden Region „Saar-Lor-Lux“ ist bereits 40 Jahre alt. Die statistischen Ämter der Region erheben ihre Zahlen seit mehr als 30 Jahren gemeinsam. 2007 war die gesamte

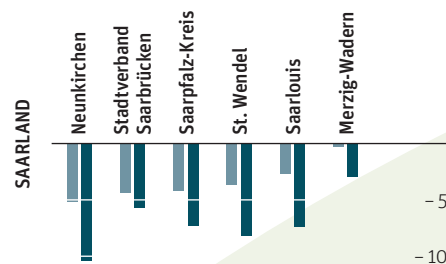
Großregion Kulturhauptstadt Europas. Und inzwischen haben sich auch die Universitäten des Saarlands, aus Lüttich, Luxemburg, Metz, Nancy, Kaiserslautern und Trier zu einer „Universität der Großregion“ zusammengeschlossen. Die Einwohner profitieren derweil vor allem vom gemeinsamen Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Sie wohnen oft in den deutschen Teilen der Großregion, in denen die Mieten vergleichsweise niedrig sind, und arbeiten in Luxemburg, wo die Finanzindustrie ebenso für Arbeitsplätze sorgt wie das Baugewerbe.

### Viel Wald, wenig Arbeit

Allerdings ist in der Region nicht nur die Arbeit, sondern auch der Wohlstand ungleich verteilt. In Luxemburg liegt der Bruttomonatsverdienst um ein Viertel höher als in den Nachbarregionen. Die Menschen wohnen gerne in dem idyllischen Rheinland-Pfalz, das zu 42 Prozent mit Wäldern bedeckt ist: Die bebaute Wohnfläche hat dort zwischen 1989 und 2009 um ein Drittel zugenommen, was über dem bundesweiten Durchschnitt von 27

Prozent liegt.<sup>135</sup> Doch profitable Arbeit findet die Bevölkerung häufig nur in den umliegenden Regionen. In Rheinland-Pfalz herrscht zwar nach Baden-Württemberg und Bayern die deutschlandweit drittniedrigste Arbeitslosenquote, und auch die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 4,2 Prozent (2008) relativ gering. Aber das kommt vor allem daher, dass viele Rheinland-Pfälzer bereit sind, aus den ländlichen Regionen dorthin zu pendeln, wo Jobs vorhanden sind.

Vom östlichen Rand des Bundeslands, an der Grenze zu Hessen und Baden-Württemberg, fahren die Menschen in den Großraum Frankfurt-Mannheim-Heidelberg oder nach

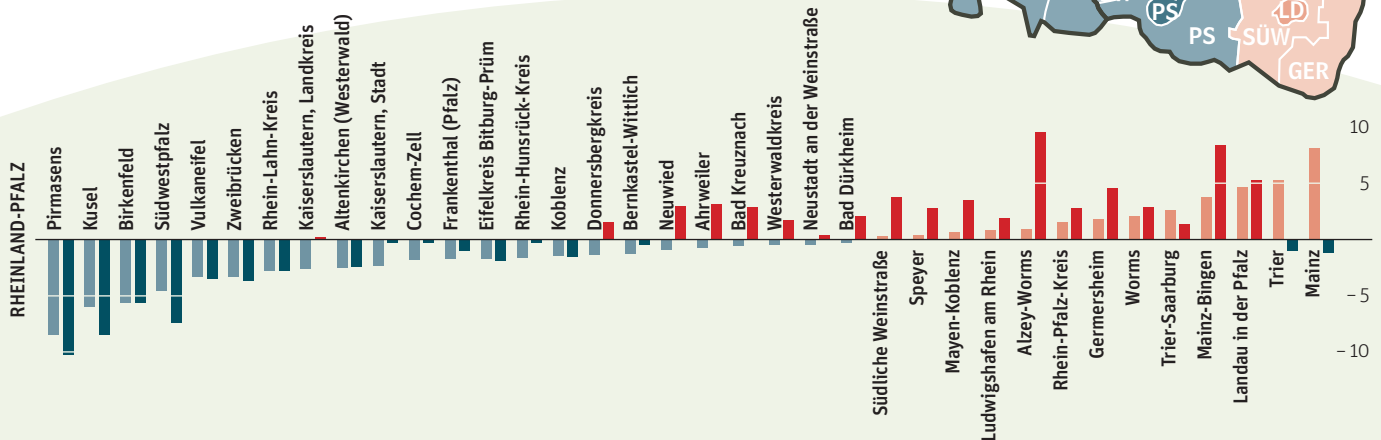


Ludwigshafen. Dort gibt die BASF, der einzige Dax-Konzern von Rheinland-Pfalz, 33.000 Menschen Arbeit. Mit Abbott in Ludwigshafen oder Boehringer in Ingelheim bieten weitere Unternehmen der Chemie- und Pharmaindustrie Arbeitsplätze. Das reicht allerdings nicht für das ganze Bundesland. Rheinland-Pfalz hat im Vergleich zu den anderen westdeutschen Bundesländern nach Schleswig-Holstein das zweitniedrigste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf.<sup>136</sup> Von den zwanzig deutschen Landkreisen mit dem niedrigsten Wert liegen alleine fünf in Rheinland-Pfalz.

Dort finden sich überwiegend kleine Ortschaften, beispielsweise in der Südwestpfalz, im Hunsrück, in der Eifel oder im Westerwald. Überhaupt gibt es im gesamten Land außer Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier und Kaiserslautern keine größeren Orte. Die vielen kleinen Ortschaften fern dieser Zentren leiden seit vielen Jahren unter Abwanderung und Überalterung. Die Kreise Cochem-Zell und Vulkaneifel beispielsweise verzeichnen bereits mehr als zehn Prozent über 74-Jährige. Dies sind Werte, die ansonsten nur im niedersächsischen Harz und in vielen Gebieten Ostdeutschlands, vor allem im sächsischen Vogtland, zu beobachten sind.



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)

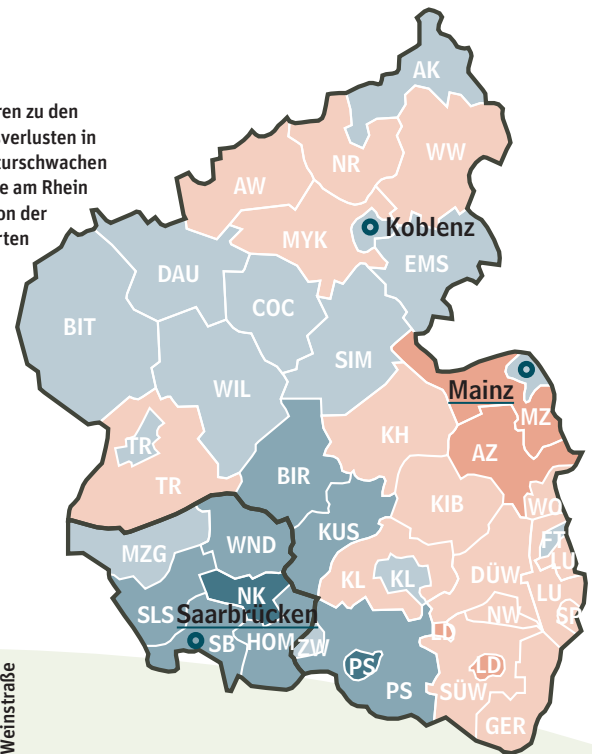
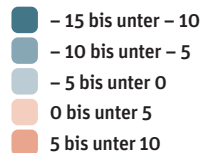


Die 41.000-Einwohner-Stadt Pirmasens hat eine der ältesten Bevölkerungen Deutschlands – hier ist sogar fast jeder achte Einwohner über 74 Jahre alt. Von 2000 bis 2008 ist die Bevölkerung um 8,5 Prozent geschrumpft. Die Arbeitslosen- und Sozialhilfequote liegt bei zwölf Prozent und damit mehr als doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Der umliegende Landkreis Südwestpfalz hat mit drei Prozent deutschlandweit den geringsten Anteil an hoch Qualifizierten. Bisher hat die Region den Wegbruch der Schuhindustrie und vor allen der Garnisonsstandorte, die in der Vergangenheit ausreichend Arbeitsplätze boten, nicht verkraftet.

## Immer der Arbeit nach

Die Südwestpfalz und das Saarland gehören zu den Gebieten mit den stärksten Bevölkerungsverlusten in Westdeutschland. Anders als diese strukturschwachen Gebiete verzeichnen die westlichen Kreise am Rhein Zuwachs. Der Großraum Trier profitiert von der Nähe zu den Arbeitsplätzen im benachbarten Luxemburg.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz und im Saarland 2008 bis 2025 in Prozent



## Lichtblicke in Mainz

Einer der wenigen wirklichen Lichtblicke ist das am Rhein – gegenüber vom hessischen Wiesbaden – gelegene Mainz: Die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt, in der die TV-Sender von ZDF, 3Sat und Arte sowie mit der Johannes-Gutenberg-Universität eine der ältesten und größten deutschen Hochschulen sitzen, glänzt mit guten Werten bei Bildungs- und demografischen Indikatoren. In der Stadt mit knapp 200.000 Einwohnern arbeitet mehr als die Hälfte aller sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten in wissensintensiven

Dienstleistungsbranchen. Insgesamt haben 17 Prozent von ihnen ein Hochschuldiplom in der Tasche – weit mehr als doppelt so viele wie im Landesschnitt.

Mainz gehört zudem wie Cloppenburg, Vechta und Greifswald zu den vier jüngsten Kreisen Deutschlands: Menschen unter 35 Jahren machen mehr als zwei Fünftel der Mainzer Gesamtbevölkerung aus. Darüber hinaus herrscht ein Frauenüberschuss. Das ist typisch für Städte, an deren Universitäten sich Fächer wie Musik, Kunst, Medizin oder Psychologie studieren lassen. In Mainz leben mit 121 Frauen je 100 Männer im Alter von 18 bis 29 Jahren so viele Frauen wie nirgendwo sonst in Deutschland – abgesehen vom baden-württembergischen Heidelberg.

Frauen, Bildung und Kinder passen in Deutschland aber nicht zusammen, und die Fertilitätsrate liegt in Mainz mit 1,14 Kindern je Frau sogar deutlich unter dem Bundesmittelwert von 1,38. Die Stadt verzeichnete jedoch mit acht Prozent zwischen 2000 und 2008 das größte Bevölkerungswachstum in Rheinland-Pfalz, vor allem aufgrund von Zuwanderung. Zwischen 2004 und 2008 ist die Zahl der Mainzer durch Wanderungsgewinne allein jährlich um rund ein Prozent gewachsen, wobei zwei Drittel der Zugezogenen zwischen 18 und 29 Jahren alt waren – und damit wohl größtenteils zum Studium oder zu einer anderen Ausbildung in die Stadt gekommen sind.

Der hohe Bildungsstand der Bevölkerung wirkt sich mittlerweile auch auf den Mainzer Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosen- und Sozialhilfequote der Stadt lag 2008 bei fünf Prozent – damit gehört Mainz zu den 20 deutschen kreisfreien Städten mit dem geringsten Anteil an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Zudem prosperieren die Kreise rings um Mainz. Im Landkreis Mainz-Bingen etwa findet sich das höchste verfügbare Haushaltseinkommen in ganz Rheinland-Pfalz<sup>137</sup> – hier wohnen viele Menschen, die in Mainz arbeiten. Ein Drittel aller Einpendler in die Stadt stammt aus diesem Landkreis.<sup>138</sup>

## Kulturelles Gut

Direkt vor den Toren von Mainz findet sich Deutschlands wichtigste Weinbauregion. Sechs der insgesamt 13 deutschen Anbaugebiete liegen in Rheinland-Pfalz, etwa Mosel, Rheinhessen oder Pfalz. Auf insgesamt 63.000 Hektar stehen Rebstöcke, zwischen 65 und 70 Prozent der gesamten deutschen Erntemenge stammen von hier. Rheinland-pfälzischer Wein geht dabei zu einem großen Teil ins Ausland: 90 Prozent der deutschen Weinexporte kommen aus diesem Bundesland.

Laut Statistischem Bundesamt arbeiteten 2007 in Rheinland-Pfalz insgesamt 53.700 Menschen in 12.000 Weinbau-Betrieben.<sup>139</sup> Einer der größten ist die Sektellerei Schloss Wachenheim AG mit rund 1.000 Mitarbeitern. Doch der Weinbau bietet kaum Wachstumsaussichten für die Wirtschaft des Bundeslandes: Er gibt kaum Jobs für hoch Qualifizierte, viele Arbeiter sind lediglich Saisonkräfte. Noch dazu sinkt die Zahl der

Arbeitsplätze wegen der zunehmenden Automatisierung der Branche. Der Weinbau ist – vor allem an den Steillagen der Mosel – mühevoll, die oft kleinen Betriebe werfen meist nur wenig Geld ab. So ist denn der Weinbau in Rheinland-Pfalz vor allem ein kulturelles Gut: Er erhält eine traditionelle Nutzung der Landschaft, lockt Touristen an und poliert das Image des Bundeslandes als Bastion für Genießer auf.

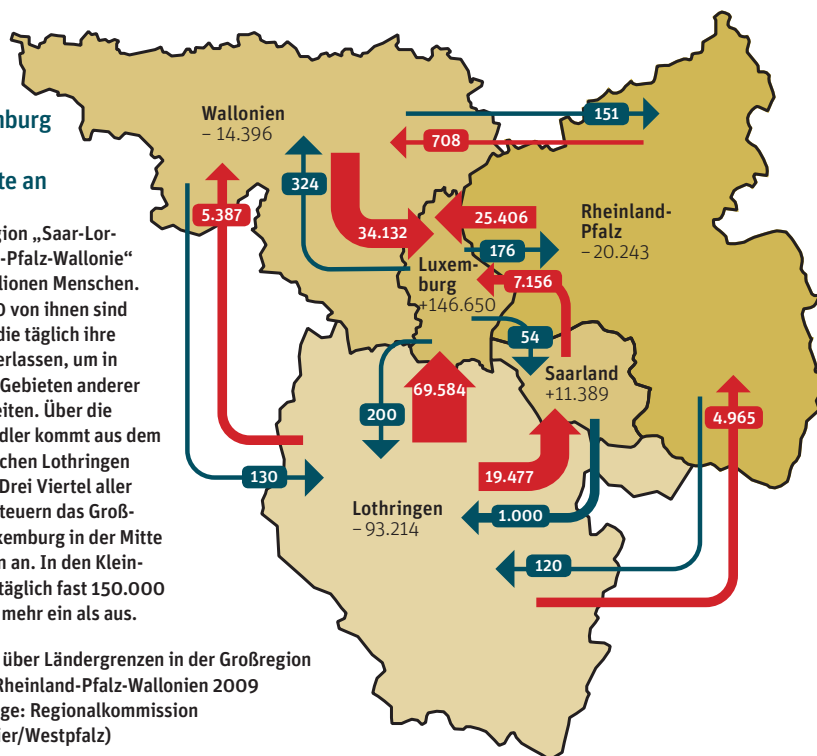
## Klein – schrumpfend – Saarland

Das Saarland ist Deutschlands demografisches Sorgenkind. Einst war der südwestlichste Zipfel des Landes, der erst 1957 über einen Volksentscheid Teil der Bundesrepublik wurde, dank seiner Kohlevorkommen und der Schwerindustrie ein wichtiger Motor des Wirtschaftswunders. Als die Schloten noch rauchten, fanden rund 60.000 Menschen Arbeit in der Montanindustrie. Doch schon in den 1960ern begann mit der Stahlkrise der Strukturwandel. Das nahe gelegene

## In der Großregion zieht Luxemburg die meisten Arbeitskräfte an

In der Großregion „Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonien“ leben 11,4 Millionen Menschen. Rund 200.000 von ihnen sind Grenzgänger, die täglich ihre Wohnregion verlassen, um in benachbarten Gebieten anderer Länder zu arbeiten. Über die Hälfte der Pendler kommt aus dem strukturschwachen Lothringen in Frankreich. Drei Viertel aller Grenzgänger steuern das Großherzogtum Luxemburg in der Mitte der Großregion an. In den Kleinstaat pendeln täglich fast 150.000 Erwerbstätige mehr ein als aus.

Berufspendler über Ländergrenzen in der Großregion Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonien 2009 (Datengrundlage: Regionalkommission SaarLorLux-Trier/Westpfalz)







## Ersatz für große Schwestern und Brüder

Was in den USA lange erprobt ist, kam 2007 auch ins pfälzische Ludwigshafen. Das Mentorenprogramm „Big Brothers Big Sisters Deutschland“ will Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen unterstützen: Männer übernehmen für Jungen, Frauen für Mädchen eine Patenschaft auf Zeit. In der Regel verbringen sie ein Jahr lang mindestens acht Stunden im Monat mit ihrem Schützling. Ihre Rolle ist weder die eines Nachhilfelehrers noch die eines Erziehers oder Babysitters. Ein Mentor ist für ein Kind ein erwachsenes Vorbild, ein Freund, der zuhört und Möglichkeiten aufzeigt. Der Zusammenschluss zum Team kann spielerisch zur Integration sozial benachteiligter Kinder beitragen. Das nutzen vor allem Jugendliche aus Zuwandererfamilien: Rund 60 Prozent von ihnen haben einen Migrationshintergrund.

Für Kinder und Jugendliche ist die Teilnahme am Programm kostenlos. Voraussetzung: Die Eltern müssen einverstanden sein. Die Kinder müssen mitmachen wollen – und dürfen nicht auf professionelle therapeutische Hilfe angewiesen sein. Rund zehn Prozent der Bewerbungen werden abgelehnt. Die ehrenamtlichen Mentorinnen und Mentoren müssen im Vorfeld ein mehrstufiges Aufnahmeverfahren bestehen. Dazu gehören drei Referenzen aus dem privaten und beruflichen Umfeld, ein erweitertes Führungszeugnis sowie ein 90-minütiges persönliches Gespräch. Ein Einführungsworkshop bereitet sie auf ihre Aufgabe vor.

In den USA hat die 1904 gegründete Organisation 280.000 Mentoren. In Deutschland unterstützen inzwischen rund 260 ehrenamtliche Paten, 67 Prozent von ihnen Frauen, die Ludwigshafener Initiative. Von der Industriestadt am Rhein aus wird der bundesweite Aufbau des vor allem durch Spenden finanzierten Programms koordiniert: Inzwischen hat die Initiative sechs Regionalstellen in Deutschland.

[www.bbbsd.org](http://www.bbbsd.org)

Luxemburg stand vor denselben Problemen – schaffte es jedoch in den folgenden Jahren, sich als internationaler Finanzplatz zu etablieren. Im Vergleich dazu hat das kleinste deutsche Flächenland den Strukturwandel nach dem Niedergang der Stahl- und Kohleindustrie bislang nur in Ansätzen bewältigt.

Jahrelang hat sich das Saarland mit Kohlesubventionen durchgemogelt. Doch 2012 soll, nach 300 Jahren Bergbaugeschichte, die letzte Grube an der Saar schließen. Ausgelöst hat das endgültige Ende der Kohleförderung nicht etwa die Einsicht in die Unwirtschaftlichkeit, sondern eine Reihe abrupter Bodensenkungen über dem durchlöchernten Erdreich, die zu regelrechten Erdbeben geführt hatten.

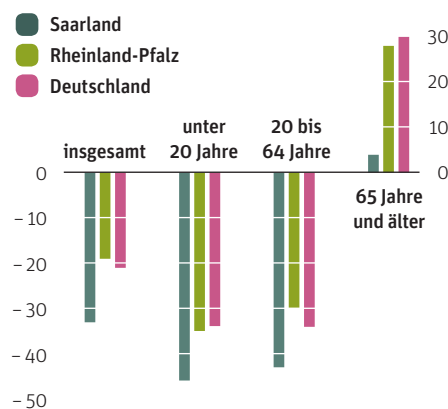
Da das Land unter einer niedrigen Beschäftigungsquote und einer geringen Wirtschaftsleistung leidet, sind viele mögliche Reformen und Gegenmaßnahmen wegen Geldmangel von vornherein ausgeschlossen. Zudem haben sich die Schulden des Saarlands inzwischen auf mehr als elf Milliarden Euro aufgetürmt. Dafür sind jährlich allein 500 Millionen Euro Zinsen fällig.<sup>140</sup>

Wegen der schlechten Ausgangslage begann schon in den 1960er Jahren die Bevölkerungszahl zu sinken. Die Neuansiedelung der Automobilindustrie und Wanderungsgewinne nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, als auch dem Saarland viele Aussiedler zugeteilt wurden, brachten Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre eine kurzfristige demografische Erholung. Seither gehen die Einwohner-

zahlen aber wieder zurück, denn das Saarland weist neben Hamburg von allen westdeutschen Bundesländern seit langem die niedrigste Kinderzahl je Frau auf. Nach Prognosen des Statistischen Bundesamts dürfte das Saarland bis 2025 rund zehn Prozent seiner Einwohner verlieren, mehr als jedes andere westdeutsche Bundesland und auch mehr als das ostdeutsche Sachsen.<sup>141</sup> Selbst der Stadtverband Saarbrücken schrumpft bereits seit mehreren Jahren – dort bekommt eine Frau im Schnitt gerade mal 1,21 Kinder. Doch der Bevölkerungsrückgang beruht nicht nur auf niedrigen Geburtenzahlen. Seit 2004 verzeichnet das Land fast jährlich wieder Wanderungsverluste.<sup>142</sup>

## Zuwachs nur in der Gruppe der Älteren

Im Jahr 2060 dürften Langfristschätzungen des Statistischen Bundesamtes zufolge im Saarland ein Drittel und in Rheinland-Pfalz wie im Bundesgebiet ein Fünftel weniger Menschen leben. Der Rückgang der Bevölkerung betrifft vor allem die Jüngeren und die Gruppe im heutigen Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren. Die Zahl der unter 20-jährigen dürfte sich im Saarland binnen 50 Jahren fast halbieren. Das ist eine Folge des seit Jahrzehnten andauernden Geburtenrückgangs und der dadurch schwindenden Zahl an potenziellen Eltern, die wiederum nur wenige Kinder bekommen. Weil die Bevölkerung des Saarlandes heute schon stark gealtert ist, kann die Zahl der über 64-jährigen in den nächsten fünf Jahrzehnten kaum noch zunehmen.



Bevölkerungszunahme und -abnahme in den verschiedenen Altersgruppen von 2009 bis 2060 in Prozent (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)





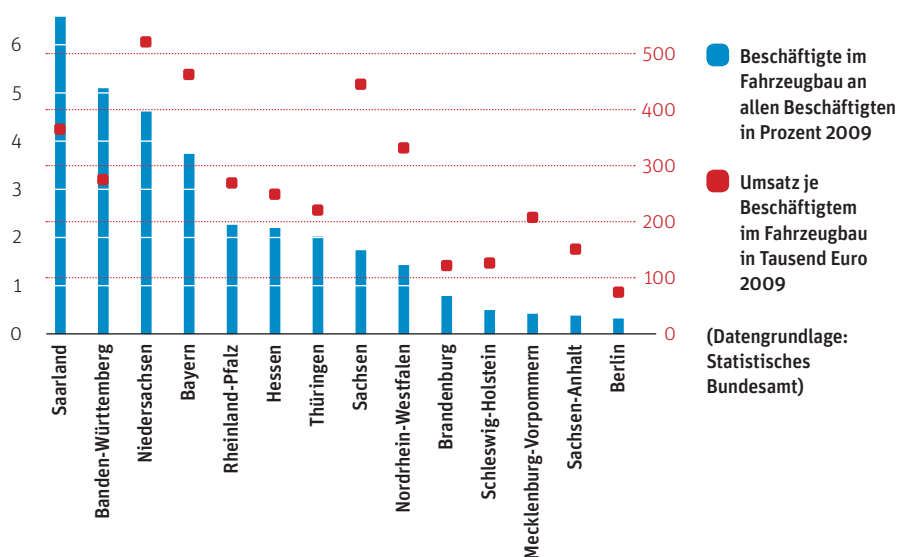
## Hilfe für junge Mütter

Wie in anderen Gebieten, in denen der Strukturwandel tausende von Arbeitsplätzen gekostet hat, leben auch im Saarland viele Menschen von Sozialleistungen. Vor allem für junge, alleinerziehende Mütter aus sozial schwachen Verhältnissen ist die Lage schwierig. Die frühe Mutterschaft bedeutet für viele Frauen das Aus für Ausbildungsplanung und Berufsperspektive.

Die saarländische Antwort auf dieses Problem heißt „Tandem“, ein 2009 gestartetes Projekt der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands, des Diözesanverbandes Trier und des Caritasverbandes. Ehrenamtliche Frauen begleiten junge Mütter mit unter dreijährigen Kleinkindern im Alltag, unterstützen sie beim Wechsel von der Schule in den Beruf oder beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und helfen ihnen, sich finanziell unabhängig zu machen. Die Patinnen sind dabei keine Babysitter für die Kinder, sondern vor allem Beraterinnen der Frauen: Sie helfen bei der Beantragung des Elterngeldes und bei der Suche nach einer Kinderbetreuung, beraten bei der Jobsuche, trainieren Vorstellungsgespräche oder helfen mit eigenen Kontakten. Und sie unterstützen die Frauen beim Meistern ihrer neuen Mutterrolle bis zur Frage, wo sich im Haushalt Geld einsparen lässt. Die Projektinitiatoren bewerben ihr Angebot vor allem in Wöchnerinnen-Stationen und Schwangeren-Beratungsstellen – und mithilfe des Migrationsdienstes: Die jungen Mütter, häufig mit Migrationshintergrund, und ihre Mentorinnen sollen idealerweise aus dem gleichen Kulturraum kommen.

Die Frauen treffen sich in der Regel einmal wöchentlich für ein paar Stunden, meist in der Wohnung der jungen Mutter. Die Dauer der Tandems ist an das Erreichen von Zielen geknüpft, die beide Frauen zu Beginn in einer Patenschaftvereinbarung schriftlich festhalten: Diese hält fest, was Patin und Mutter voneinander erwarten, und wo die Grenzen der Patenschaft liegen. Das hilft vor allem den Ehrenamtlichen, denn den in der Regel berufstätigen Frauen zwischen 40 und 50 Jahren fällt es bei der Patenschaft häufig schwer sich abzugrenzen.

[www.caritas-saarbruecken.de/56501.html](http://www.caritas-saarbruecken.de/56501.html)



## Hoffnung auf neue Industrien

Als Maßnahme gegen den Abwärtstrend hat das Saarland – durchaus erfolgreich – versucht, sich als Standort für die Automobilindustrie zu etablieren. So produziert Ford seit 40 Jahren in Saarlouis, dazu kommen Zulieferer wie Bosch in Homburg, ZF in Saarbrücken oder Magna in Sulzbach. Zudem liefert die Saarstahl AG Bauteile an die Autobranche. Laut Industrie- und Handelskammer Saarland arbeiten 24.000 Personen in der Automobilbranche, sie erwirtschafteten 2008 zwei Fünftel des gesamten Industriesatzes des Bundeslandes.<sup>143</sup> Allerdings hat sich das Saarland damit erneut auf eine krisenanfällige Branche eingelassen, die in Deutschland langfristig Arbeitsplätze zugunsten von automatisierter Produktion sowie von Fertigung in Niedriglohnländern abbauen dürfte.

Um sich auch aus dieser Misere zu befreien, setzt das Saarland nun auf Hightech: neben Bio- und Nanotechnologie vor allem auf Informationstechnologie. Das Intel Visual Computing Institute hat erst 2009 seine Pforten geöffnet. Die Einrichtung ist eine Kooperation zwischen dem Chipproduzenten Intel, der Universität des Saarlands, den Max-Planck-Instituten für Informatik und für Softwaresysteme sowie dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz. Daneben sollen Einrichtungen wie der Cluster IT.Saarland der Landesregierung oder der Kaiserslautern-Saarbrücken Computer Science Cluster, der die Informatikeinrichtungen der beiden Unistandorte zusammenfasst, neue Arbeitsplätze für die Region bringen.

## Jeder 15. Beschäftigte im Saarland ein Fahrzeugbauer

Im Saarland arbeiten mit knapp sieben Prozent anteilig die meisten Beschäftigten im Fahrzeugbau. Der stärkste Umsatz je Arbeitskraft wird allerdings in den Bundesländern Niedersachsen, Bayern und Sachsen erzielt. Auf jeden sächsischen Fahrzeugbauer kommen 443.000 Euro Umsatz während es im Saarland 364.000 Euros sind. Im Krisenjahr 2009 ist der Umsatz in der saarländischen Automobilbranche stark eingebrochen: Waren es 2008 noch insgesamt 10,5 Milliarden, sind es ein Jahr später nur noch 8,2.

Die neue Hightech-Strategie scheint erste Früchte zu tragen. So gehört der Stadtverband Saarbrücken zu den zehn deutschen Städten mit einem Anstieg des verfügbaren Haushaltseinkommens pro Kopf um mehr als ein Viertel seit 2000. Um den Aufwärtstrend weiter zu verstärken, müsste das Saarland jedoch mehr in Forschung und Entwicklung investieren – Geld, dass das klamme Bundesland nicht hat. Momentan gibt es nur etwas mehr als ein Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung aus und bildet mit

Sachsen-Anhalt das Schlusslicht im Bundesvergleich.<sup>144</sup> Zudem helfen den ehemaligen Bergleuten, zahlreichen gering Qualifizierten oder schlecht integrierten Migranten des Saarlands Softwarejobs nicht weiter. Damit ist vorerst ein Ende der Negativspirale aus

Arbeitslosigkeit, Abwanderung, niedrigen Geburtenraten und hoher Verschuldung in den deutschen Teilen der Großregion „Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie“ nicht abzusehen. Viele Bewohner werden weiter im nahen Ausland nach Arbeit suchen müssen.

## Bewertung Rheinland-Pfalz

AW	Ahrweiler	3,64	5	5	2	2	5	2	3,5	5,0	↓	3	5	4	4	2	4	4	1	3,4	3,3	→	5	6	5,5	2	2	5	3,0	3	5	3	3,7
AK	Altenkirchen (Westerwald)	3,86	4	3	2	3	4	3	3,2	3,0	→	4	5	5	3	2	5	4	5	4,1	3,6	→	6	4	5,0	3	2	6	3,7	3	6	4	4,3
AZ	Alzey-Worms	3,71	5	3	2	3	2	1	2,7	4,4	↓	3	5	5	3	2	4	3	6	3,9	2,7	→	6	5	5,5	3	3	6	4,0	3	5	4	4,0
DÜW	Bad Dürkheim	3,53	5	5	2	2	4	2	3,3	4,8	↓	2	5	5	3	2	3	3	3	3,3	4,0	↓	6	4	5,0	3	2	5	3,3	3	3	4	3,3
KH	Bad Kreuznach	3,35	3	4	2	2	4	2	2,8	4,0	↓	3	4	4	3	3	4	3	3	3,4	3,4	→	1	5	3,0	3	3	5	3,7	3	5	4	4,0
WIL	Berncastel-Wittlich	3,42	5	4	3	3	4	3	3,7	4,0	↓	3	4	5	3	2	3	4	1	3,1	3,0	→	1	6	3,5	3	2	6	3,7	3	5	2	3,3
BIR	Birkenfeld	3,74	4	4	3	4	5	4	4,0	4,4	↓	3	5	4	4	3	4	3	4	3,8	3,4	→	1	5	3,0	3	3	6	4,0	3	5	2	3,3
BIT	Bitburg-Prüm	3,46	4	3	2	2	4	3	3,0	2,4	→	3	4	5	6	1	6	6	2	4,1	3,6	→	1	6	3,5	2	2	6	3,3	3	5	1	3,0
COC	Cochem-Zell	3,72	4	4	4	3	5	3	3,8	4,8	↓	4	5	4	3	2	3	4	1	3,3	2,6	→	5	6	5,5	5	2	6	4,3	3	5	1	3,0
DAU	Daun	3,70	5	4	4	4	5	3	4,2	4,6	↓	3	4	6	4	2	4	4	1	3,5	3,1	→	1	6	3,5	3	3	6	4,0	3	5	1	3,0
KIB	Donnersbergkreis	3,54	5	3	3	4	3	2	3,3	4,6	↓	4	5	5	3	2	4	3	5	3,9	2,4	→	5	2	3,5	3	3	5	3,7	2	5	2	3,0
FT	Frankenthal (Pfalz)	3,76	5	4	2	2	4	3	3,3	3,0	→	4	3	4	3	3	4	3	5	3,6	4,3	↓	6	4	5,0	5	3	4	4,0	4	4	4	4,0
GER	Germersheim	2,97	4	3	1	2	2	2	2,3	3,0	→	3	3	2	2	2	3	2	6	2,9	2,3	→	6	3	4,5	3	2	5	3,3	2	4	4	3,3
KL	Kaiserslautern, Stadt	3,91	5	3	4	3	4	3	3,7	2,8	→	4	2	6	6	4	4	4	5	4,4	5,0	↓	5	2	3,5	3	4	4	3,7	4	4	3	3,7
KL	Kaiserslautern, Landkreis	3,44	4	4	2	3	3	2	3,0	3,8	→	4	6	4	3	2	3	3	5	3,8	2,7	→	5	2	3,5	2	3	6	3,7	2	5	3	3,3
KO	Koblenz	3,71	4	3	1	2	5	3	3,0	1,6	↑	3	1	6	5	3	4	4	4	3,8	4,4	↓	5	6	5,5	3	3	4	3,3	6	4	4	4,7
KUS	Kusel	3,91	4	5	3	4	5	4	4,2	4,6	↓	4	6	6	3	2	3	3	5	4,0	3,3	→	5	2	3,5	2	3	6	3,7	3	5	3	3,7
LD	Landau in der Pfalz	2,99	6	3	1	1	3	1	2,5 <td>1,6</td> <td>↑</td> <td>3</td> <td>2</td> <td>1</td> <td>4</td> <td>2</td> <td>4</td> <td>3</td> <td>5</td> <td>3,0</td> <td>3,1</td> <td>→</td> <td>6</td> <td>3</td> <td>4,5</td> <td>5</td> <td>2</td> <td>4</td> <td>3,7</td> <td>4</td> <td>3</td> <td>1</td> <td>2,7</td>	1,6	↑	3	2	1	4	2	4	3	5	3,0	3,1	→	6	3	4,5	5	2	4	3,7	4	3	1	2,7
LU	Ludwigshafen am Rhein	3,77	4	3	1	2	3	2	2,5	1,4	↑	5	1	6	4	3	5	4	5	4,1	5,0	↓	6	4	5,0	6	4	3	4,3	4	4	5	4,3
MZ	Mainz, Stadt	3,10	6	1	1	1	2	3	2,3	2,0	→	3	1	3	5	2	4	3	4	3,1	5,3	↓	6	5	5,5	1	2	1	1,3	5	3	5	4,3
MZ	Mainz-Bingen, Landkreis	3,07	4	4	1	2	2	1	2,3	3,2	→	1	4	3	2	2	3	3	5	2,9	2,6	→	6	5	5,5	3	2	4	3,0	3	4	4	3,7
MYK	Mayen-Koblenz	3,70	4	4	2	2	3	2	2,8	3,0	→	3	4	5	4	2	4	4	5	3,9	3,7	→	5	6	5,5	3	3	6	4,0	3	4	4	3,7
NW	Neustadt an der Weinstraße	3,46	4	5	2	2	5	2	3,3	2,0	→	2	4	4	4	2	4	4	5	3,6	3,1	→	6	4	5,0	3	2	5	3,3	4	4	1	3,0
NR	Neuwied	3,68	4	4	2	3	4	2	3,2	4,0	↓	3	4	3	3	2	4	3	5	3,4	3,4	→	6	4	5,0	5	3	5	4,3	3	5	4	4,0
PS	Pirmasens	4,22	4	5	2	4	6	5	4,3	3,2	→	4	3	6	5	5	4	4	5	4,5	5,0	↓	5	2	3,5	4	5	5	4,7	5	3	2	3,3
SIM	Rhein-Hunsrück-Kreis	3,49	5	4	2	3	4	3	3,5	4,0	↓	3	4	1	3	2	4	3	3	2,9	2,9	→	5	6	5,5	3	3	6	4,0	3	5	2	3,3
EMS	Rhein-Lahn-Kreis	3,60	4	4	3	4	4	3	3,7	3,8	→	3	5	4	3	2	3	3	3	3,3	3,6	→	6	4	5,0	3	2	5	3,3	3	5	3	3,7
LU	Rhein-Pfalz-Kreis	3,50	5	5	2	2	3	2	3,2	3,2	→	2	6	4	2	2	3	2	6	3,4	3,9	→	6	4	5,0	2	2	5	3,0	3	4	5	4,0
SP	Speyer	3,26	4	4	2	2	3	2	2,8	3,4	→	3	2	4	3	3	2	4	3	3,0	3,9	→	6	4	5,0	2	3	4	3,0	4	3	4	3,7
SÜW	Südliche Weinstraße	3,44	5	5	3	2	4	2	3,5	4,0	↓	3	5	3	3	2	3	4	3	3,3	3,6	→	6	3	4,5	2	2	5	3,0	3	4	3	3,3
PS	Südwestpfalz	3,68	6	5	4	4	4	4	4,5	5,2	↓	3	6	1	3	2	3	3	4	3,1	3,0	→	5	2	3,5	3	3	6	4,0	3	4	2	3,0
TR	Trier, Stadt	3,37	6	1	1	1	3	3	2,5	1,2	↑	4	2	6	6	2	6	5	2	4,1	3,7	→	1	6	3,5	3	2	4	3,0	6	3	3	4,0
TR	Trier-Saarburg, Landkreis	3,51	4	4	2	2	3	2	2,8	2,6	→	3	6	5	6	1	5	5	2	4,1	3,6	→	1	6	3,5	3	2	6	3,7	3	4	3	3,3
WW	Westerwaldkreis	3,58	4	3	3	3	3	2	3,0	4,2	↓	3	4	2	3	2	4	4	4	3,3	2,7	→	6	4	5,0	3	3	6	4,0	3	6	4	4,3
WO	Worms	3,51	3	3	1	2	3	2	2,3	1,2	↑	4	4	3	4	3	5	3	5	3,9	4,0	↓	6	5	5,5	3	3	5	3,7	4	5	3	4,0
ZW	Zweibrücken	3,75	4	4	5	3	5	3	4,0	4,6	↓	4	1	6	4	3	4	3	5	3,8	3,4	→	5	2	3,5	4	3	4	3,7	4	5	1	3,3

## Bewertung Saarland

MZG	Merzig-Wadern	3,82	5	4	2	2	4	3	3,3	4,2	↓	4	5	3	5	2	5	5	3	4,0	3,6	→	6	3	4,5	3	2	6	3,7	3	5	4	4,0
NK	Neunkirchen	4,09	6	5	3	3	4	5	4,3	3,8	→	3	5	3	4	3	4	5	5	4,0	2,4	→	6	3	4,5	3	3	5	3,7	4	5	5	4,7
SB	Saarbrücken	3,81	6	4	1	3	4	4	3,7	2,4	→	3	2	3	6	4	5	5	5	4,1	2,0	→	6	3	4,5	3	3	3	3,0	6	5	3	4,7
SLS	Saarlouis	3,94	6	5	3	3	4	4	4,2	4,0	↓	4	2	3	4	2	5	5	5	3,8	2,6	→	6	3	4,5	3	2	6	3,7	4	4	5	4,3
HOM	Saarpfalz-Kreis	3,61	5	5	2	3	5	4	4,0	3,4	→	2	3	4	4	2	4	3	5	3,4	2,3	→	6	3	4,5	2	2	4	2,7	4	4	5	4,3
WND	St. Wendel	3,78	6	5	3	3	4	4	4,2	4,4	↓	1	5	3	4	2	4	4	5	3,5	2,4	→	6	3	4,5	3	2	5	3,3	3	5	4	4,0

# HESSSEN

Einwohnerzahl 2009	6.062.000
Einwohnerzahl 2025 (Prognose)	6.156.000
Binnenwanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2004 bis 2008	-0,2
Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2008	1,38
Migrantenanteil in Prozent 2008	25,2
Durchschnittsalter 2008	43,0
Haushaltseinkommen pro Kopf in Euro 2008	19.840



## Dreigeteiltes Bundesland

Nahe der Stadt Gelnhausen im osthessischen Main-Kinzig-Kreis steht am Rande eines Feldes eine Skulptur aus rotem Sandstein. Der drei Tonnen schwere Hohlkörper ist mit Erde aus den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gefüllt. Er markiert den Ort, an dem sich seit der zweiten EU-Ost-Erweiterung 2007 das geografische Zentrum der Europäischen Union befindet. Dies ist nicht der einzige Mittelpunkt, den das Bundesland Hessen vorzuweisen hat: Das Statistische Bundesamt hat den demografischen Mittelpunkt Deutschlands in der Gemeinde Niederaula ausgemacht, die im nordosthessischen Landkreis Hersfeld-Rotenburg liegt.<sup>145</sup> Der demografische Mittelpunkt ist der Ort, zu dem alle Einwohner des Landes im Mittel die geringste Wegstrecke zurückzulegen haben.

Dank seiner zentralen Lage im Herzen Deutschlands und der EU hat das Bundesland Hessen sich als Drehscheibe für Passagiere, Waren und Informationen sowie als zentraler Handelsplatz profiliert. Auf hessischem Boden in und um Frankfurt am Main liegen Deutschlands wichtigste Börse und der drittgrößte Messeplatz der Welt, zentrale Frachtlager zahlreicher Speditionen und Versandhändler, das Bankenzentrum des Landes, der wichtigste Internetknoten und

der größte Flughafen des Landes. In der Stadt residieren die drei nach Mitarbeiterzahlen wichtigsten privaten Arbeitgeber Hessens – Lufthansa, Deutsche Bahn und Deutsche Post –, die allesamt Menschen oder Güter bewegen. Insgesamt transportieren 10.000 hessische Unternehmen Passagiere, Waren oder Informationen und setzen dabei zusammen jährlich 31 Milliarden Euro um. Das ist rund ein Fünftel des deutschlandweiten Logistikumsatzes.<sup>146</sup>

Unter anderem deshalb erwirtschaften die Hessen nach den Bewohnern der Stadtstaaten Hamburg und Bremen das höchste Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf hierzulande.<sup>147</sup> Allerdings bilden diese beeindruckenden Eckdaten nur den Mittelwert ab – sie gelten nicht für das gesamte Bundesland. Denn Hessen teilt sich wirtschaftlich und demografisch in drei sehr unterschiedliche Zonen auf: in den boomenden Süden (Regierungsbezirk Darmstadt), die einigermaßen stabile Mitte (Regierungsbezirk Gießen) und den schwächelnden Norden (Regierungsbezirk Kassel). Kein westdeutsches Flächenland ist derart eindeutig in unterschiedlich prosperierende Regionen geteilt.

Insgesamt schrumpft die Bevölkerung in der Hälfte der Kreise zwischen Odenwald und Weserbergland, zwischen Taunus und Rhön – und zwar in allen, die nicht an die prosperierenden südhessischen Städte Frankfurt, Offenbach, Wiesbaden und Darmstadt oder an das rheinland-pfälzische Mainz grenzen. Besonders stark ist der Einwohnerrückgang im Norden des Bundeslands. So hat der Werra-Meißner-Kreis seit 2000 rund sieben Prozent seiner Bevölkerung verloren – ähnlich hohe Verluste finden sich in den ländlichen Gebieten Thüringens. Das liegt zum einen daran, dass wenig Kinder geboren werden, zum anderen an der Abwanderung. Unterm Strich erweist sich Hessen jedoch noch als demografisch stabil – allerdings vor allem deshalb, weil der Süden die Gesamtwerte nach oben zieht.

Im Süden wächst nicht nur die Bevölkerung, hier brummt auch die Wirtschaft, und zwar vor allem der Dienstleistungssektor mit seinen zahlreichen Banken, Versicherungen und Unternehmensberatungen, aber auch mit seinen Messegästen und dem Flughafenverkehr. Diese Branchen sorgen für drei Viertel der hessischen Bruttowertschöpfung, derselbe Anteil aller Erwerbstätigen arbeitet auch in diesem Sektor. Dagegen sank der Anteil, den das produzierende Gewerbe zur Wertschöpfung beiträgt, zwischen 1991 und 2008 von 28 auf 21 Prozent – und damit weit unter den bundesdeutschen Schnitt von 26 Prozent.<sup>148</sup> Und das, obwohl in Südhessen mitarbeiterstarke Industrieunternehmen sitzen, zum Beispiel der Autobauer Opel in Rüsselsheim, aber auch Chemie- und Pharmaunternehmen wie Sanofi-Aventis in Bad Soden, Merck in Darmstadt oder Heraeus in Hanau. Südhessen ist durchaus eine Indus-

trieregion von Bedeutung für Deutschland. Weil die Dienstleistungsbranchen wichtiger sind für das Bundesland, und weil sie zudem weniger exportabhängig sind als der Industriesektor, hat Hessen nicht so stark unter der Krise gelitten wie sein südlicher Nachbar Baden-Württemberg, das Saarland oder das nordwestlich angrenzende Nordrhein-Westfalen. Kurioserweise hat die Bankenkrise im Bankenland Hessen vergleichsweise geringe Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gehabt.

### Magnet Rhein-Main

Der Großraum Frankfurt gehört zu den wenigen Metropolregionen in Deutschland, die trotz des demografischen Wandels mittelfristig weiter wachsen dürften. Nordhessen hingegen, vor allem die Grenzregion zu Thüringen, ähnelt immer mehr den östlichen Bundesländern.



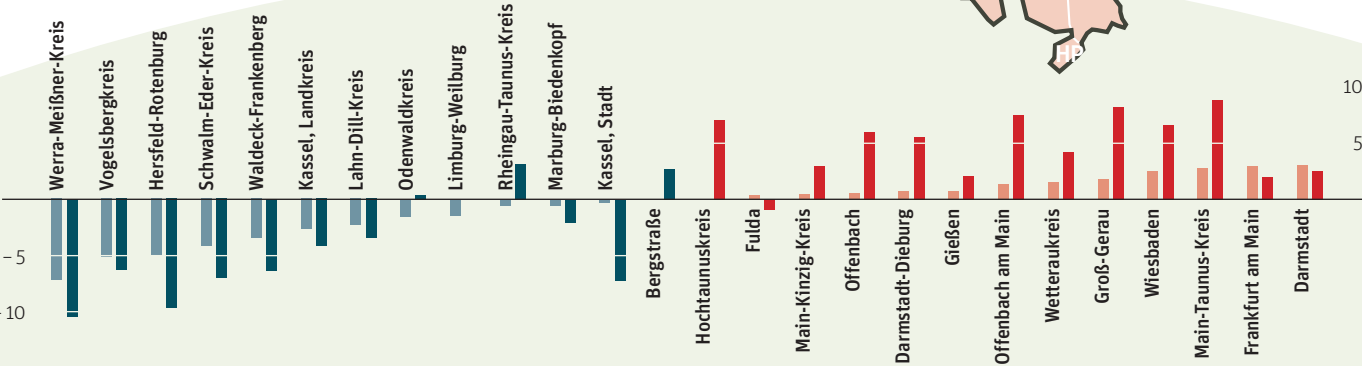
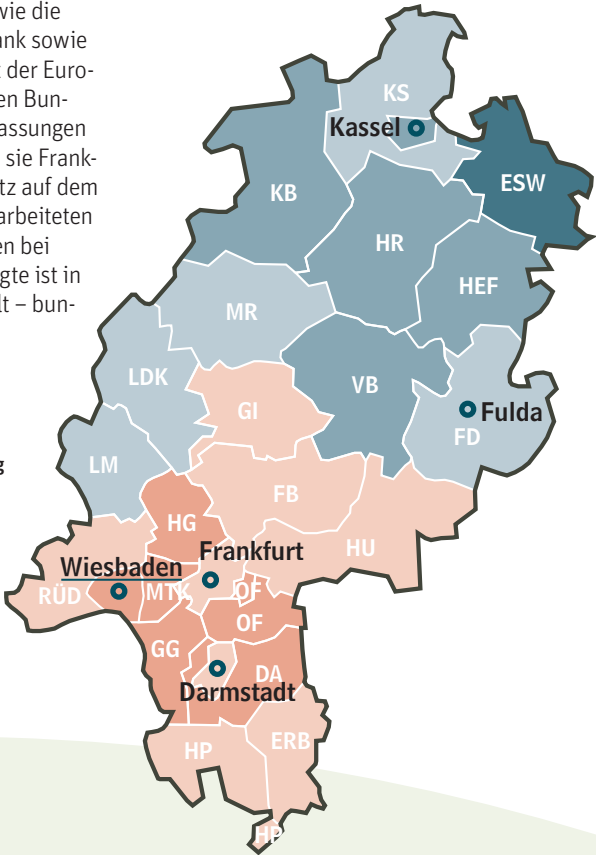
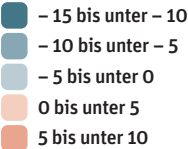
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)

### Hoch im Süden

Die kreisfreien Städte Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden gehören denn auch zu den Kreisen, in denen deutschlandweit das höchste BIP pro Einwohner erwirtschaftet wird.<sup>149</sup> Die Region ist Teil einer Achse des wirtschaftlichen Wohlstands und demografischen Wachstums, die von Düsseldorf über Stuttgart bis nach München verläuft. Auf dieser Achse finden sich auch fast alle Dax-Unternehmen des Landes. In Frankfurt am Main sind es vor allem Banken wie die Commerzbank und die Deutsche Bank sowie die Deutsche Börse. Zusammen mit der Europäischen Zentralbank, der Deutschen Bundesbank sowie zahlreichen Niederlassungen internationaler Geldhäuser machen sie Frankfurt zum bedeutendsten Bankenplatz auf dem europäischen Festland. Insgesamt arbeiteten 2009 in der Stadt 74.000 Menschen bei 227 Banken. Jeder zehnte Beschäftigte ist in einem Kreditmarktinstitut angestellt – bundesweit ist es nur jeder 37.<sup>150</sup>

Frankfurt bildet in Hessen die wichtigste Drehscheibe für Verkehrsströme auf Straßen, Schienen und Flüssen sowie aus der Luft. Das Frankfurter Kreuz zum Beispiel, die Kreuzung der Autobahnen 3 und 5, ist einer der meistbefahrenen Straßenknotenpunkte in Europa. Der Frankfurter Bahnhof ist mit 350.000 Passagieren täglich die bedeutsamste deutsche Drehscheibe im Schienenverkehr. Auch beim immateriellen Verkehr bildet Frankfurt

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Hessen 2008 bis 2025 in Prozent



einen wichtigen Kreuzungspunkt: In der Mainstadt läuft über den drittgrößten Internetknoten Europas fast der gesamte deutsche Datenverkehr.

Der wichtigste Bestandteil der Drehscheibe Frankfurt liegt jedoch elf S-Bahn-Minuten südwestlich der Innenstadt: Der Frankfurter Flughafen ist der wichtigste Passagierflughafen des Landes und gehört zu den neun größten weltweit. Beim Frachtaufkommen liegt er europaweit auf Platz eins. Der Airport ist rein statistisch betrachtet sogar der größte Fischereihafen Deutschlands, weil hier per Luftfracht und LKW 31.000 Tonnen Frischfisch umgeschlagen werden – mehr als an jedem echten Hafen. Insgesamt arbeiten am Flughafen über 70.000 Menschen in 500 Unternehmen.

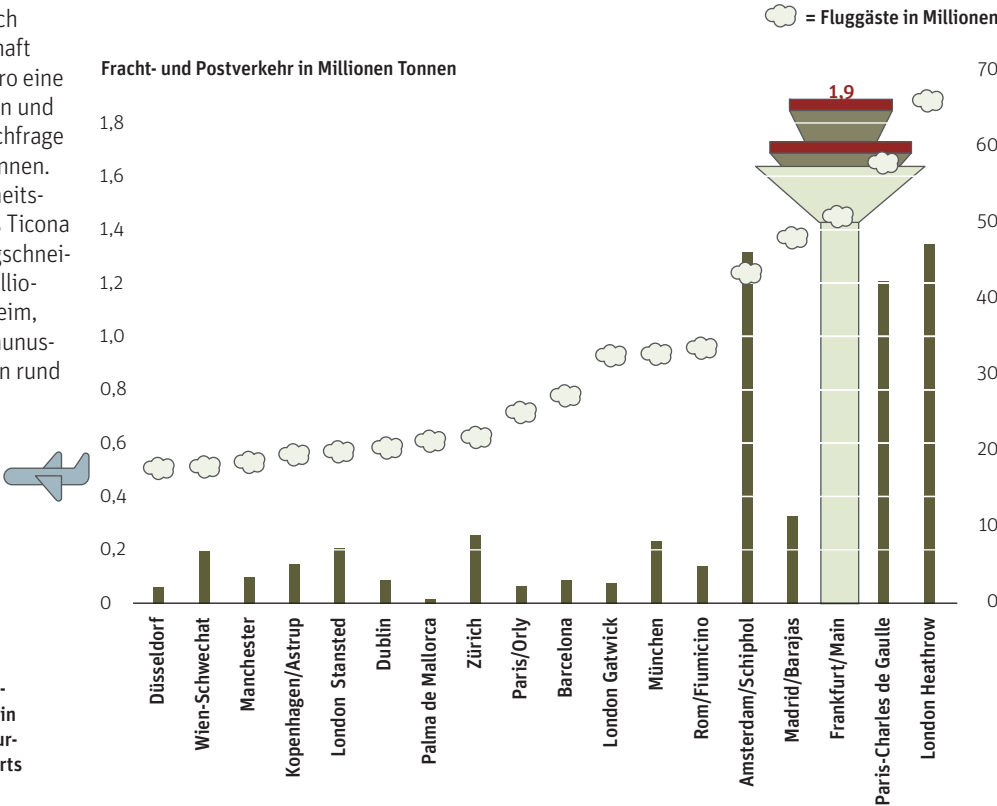
Diese Zahlen werden künftig sogar noch ansteigen, denn die Betreibergesellschaft Fraport errichtet für vier Milliarden Euro eine neue Werfthalle, eine vierte Landebahn und ein drittes Terminal, um die starke Nachfrage befriedigen und weiter wachsen zu können. Vorher muss sie allerdings aus Sicherheitsgründen den Umzug des Chemiewerks Ticona aus dem Ort Kelsterbach in der Einflugschneise bezahlen, was Fraport rund 600 Millionen kostet. Und in den Örtchen Flörsheim, Kelsterbach und Raunheim im Main-Taunus-Kreis haben Eigentümer und Mieter von rund

1.200 Häusern und Wohnungen, die direkt in der Einflugschneise liegen, Anspruch auf Ankauf oder Ausgleichszahlen von Fraport. Weil es hier künftig 700.000 Flugbewegungen und 90 Millionen Passagiere pro Jahr geben soll, liegen Teile der Orte im sogenannten Siedlungsbeschränkungsgebiet. Das heißt, diese Orte dürfen keine Kindergärten oder Krankenhäuser mehr errichten und auch keine neuen Baugebiete ausweisen – und haben damit praktisch keine Entwicklungsperspektive mehr. Wegen der anhaltenden Versiegelung vor allem im Süden des Bundeslandes hat sich Hessens Regierung jetzt eine – vorsichtige – Flächendiät verordnet. Laut Landes-Nachhaltigkeitsstrategie sollen von 2020 an nicht wie bisher täglich 4,2 Hektar sondern nur 2,5 Hektar Landesfläche unter neuen Siedlungen und Verkehrswegen verschwinden.<sup>151</sup>

Dass jedoch zukünftig weniger Fläche versiegelt wird, ist schwer vorstellbar, denn das Bevölkerungswachstum geht im Großraum Frankfurt kontinuierlich weiter. Die Einwohnerzahl der kreisfreien Stadt Frankfurt hat sich zwischen 2000 und 2008 um 2,8 Prozent erhöht, und auch in Zukunft ist ein weiterer Zuwachs zu erwarten. Das Gleiche gilt für den angrenzenden Main-Taunus-Kreis. Er gehört zusammen mit dem Hochtaunuskreis zu den wohlhabendsten und kaufkräftigsten Kreisen in ganz Deutschland.<sup>152</sup> In die landschaftlich schönen Regionen des Mittelgebirges Taunus nordwestlich der großen Städte sind in den vergangenen Jahrzehnten viele Wohlhabende und Gutverdienende abgewandert. Bis zum Jahr 2025 sollen nochmals neun Prozent mehr Bürger in den Kreisen wohnen.<sup>153</sup>

Flughafen Frankfurt wichtige internationale Drehscheibe

Der Flughafen Frankfurt am Main ist der wichtigste Luftbahnhof für Passagiere und Fracht in Deutschland. Über 50 Millionen Fluggäste wurden im Jahr 2009 befördert – nach den Airports London-Heathrow und Charles de Gaulle in Paris europaweit die dritthöchste Anzahl.



Die größten europäischen Flughäfen nach Fluggästen in Millionen sowie Fracht- und Postverkehr in Millionen Tonnen 2009 (Datengrundlage: Europäische Kommission-Eurostat)



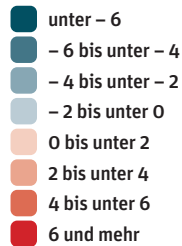
## Die Mehrzahl der Gemeinden mit Sterbeüberschuss

In drei Vierteln aller hessischen Gemeinden gab es 2008 mehr Sterbefälle als Geburten. Konnte dieser Verlust nicht durch Zuwanderung ausgeglichen werden, verlor die Gemeinde unterm Strich Bevölkerung. Dies trifft vorrangig auf die Regionen in Nordhessen zu. Die Gemeinde Herleshausen im Werra-Meißner-Kreis hat einen Sterbeüberschuss von 18 Personen je 1.000 Einwohner, während in der von Frankfurt am Main nur 20 Kilometer entfernte Gemeinde Niederdorfelden durch einen Geburtenüberschuss von acht je 1.000 die Bevölkerung wächst – ähnlich wie in vielen Regionen im Großraum Frankfurt am Main.

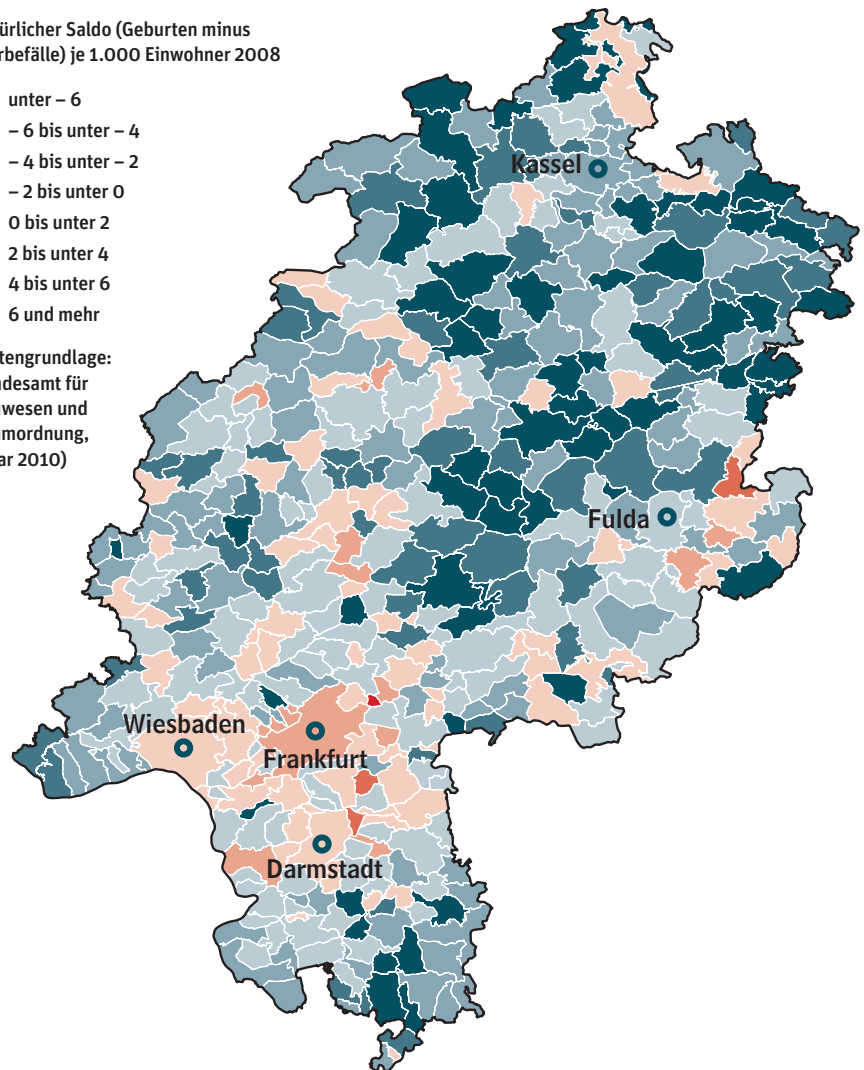
In Frankfurt am Main wohnen 670.000 Menschen, von denen mehr als 40 Prozent einen Migrationshintergrund haben.<sup>154</sup> Anders aber als etwa im Ruhrgebiet oder in Berlin ist ein relativ großer Teil dieser Menschen sehr gut qualifiziert: Sie arbeiten, oft als Teil der europäischen Migrationselite, gut bezahlt in den großen Industrieunternehmen, in Banken und Versicherungen. Sie unterscheiden sich damit fundamental von einer zweiten Gruppe von weniger gut integrierten Migranten, die einst als Gastarbeiter kamen, aber im Laufe des Strukturwandels ihre Arbeit verloren haben und heute mangels Qualifikation keine neue Arbeit finden können.

Dies gilt besonders für die mainaufwärts gelegene 120.000-Einwohner-Stadt Offenbach, wo Menschen mit Migrationshintergrund ein Drittel der Bevölkerung ausmachen. Offenbach ist eine alte Industriestadt, vor einigen Jahren und Jahrzehnten florierten hier die Elektroindustrie und die Lederwaren-Branche. Doch in den Achtzigern machten viele Unternehmen pleite oder verlegten ihre Produktion nach Asien. Dadurch hat die Stadt zahlreiche Arbeitsplätze verloren. Die Arbeitslosigkeit lag im Dezember 2010 bei zehn Prozent und damit über dem Bundesschnitt von sieben. Der außergewöhnlich hohe Anteil an Migranten in Offenbach ist auch der Grund für die hohen Kinderzahlen je Frau vor

Natürlicher Saldo (Geburten minus Sterbefälle) je 1.000 Einwohner 2008



(Datengrundlage: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Inkar 2010)



Ort: Die kreisfreie Stadt gehört mit durchschnittlich 1,54 Kindern je Frau zu den 30 deutschen Kreisen mit den höchsten Kinderzahlen. Über 41 Prozent der Einwohner sind unter 35 Jahren, und damit ist die Stadt noch jünger als Frankfurt am Main oder Hamburg. In den letzten Jahren hat die Bevölkerungszahl trotz Krise auf dem Arbeitsmarkt um 1,2 Prozent zulegt.<sup>155</sup>

Das südlich von Offenbach gelegene Darmstadt wächst ebenfalls. Der Grund für den Aufwärtstrend ist freilich ein ganz anderer als in Offenbach: Die gesamte Region Darmstadt etabliert sich als Zentrum der Informations- und Telekommunikationstechnologie. Nach dem Rhein-Neckar-Kreis und München konzentrieren sich bundesweit die meisten Softwareunternehmen in der Stadt Darmstadt. Inzwischen arbeiten hier rund sechs Prozent aller Beschäftigten in diesem Sektor – 3,5-mal mehr als im Bundesdurchschnitt.<sup>156</sup>



In Darmstadt und Umgebung sitzt die ganze Wertschöpfungskette für Informationstechnologie: von der TU Darmstadt über zahlreiche kleinere Unternehmen bis zu Branchenriesen wie der Darmstädter Software AG, dem zweitgrößten deutschen Software-Hersteller. Die Firma gehört zu vier hessischen Unternehmen, die zusammen mit der baden-württembergischen SAP aus dem nahen Walldorf die Region Rhein-Main-Neckar im europaweiten Vergleich auf den ersten Platz als wichtigste Software-Region des Kontinents hieven.

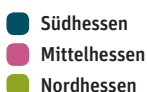
## Stagnation in der Mitte und Schrumpfen im Norden

Von solchen Erfolgen können die Mitte und der Norden Hessens nur träumen. Hier kommt die Wirtschaft nicht mehr voran, und die Bevölkerung schrumpft. So hatten der mittelhessischen Vogelsbergkreis und der nordhessische Kreis Hersfeld-Rotenburg von 2000 bis 2008 jeweils mehr als fünf Prozent Schwund zu verzeichnen.<sup>157</sup> Am stärksten waren die Verluste im nordhessischen Werra-Meißner-Kreis, wo die Bevölkerung bis 2025

## Zukunftsbranchen ziehen Bevölkerung an

Im Süden Hessens konzentrieren sich die Wirtschaft und die Bevölkerung des Bundeslandes. Zwei Drittel der Bevölkerung leben und arbeiten in und um die großen Städte Frankfurt am Main, Offenbach und Darmstadt. Der Bankensektor, der Verkehrsknotenpunkt Frankfurt Airport und die aufstrebende Technologiebranche der Region tragen dazu bei, dass 70 Prozent des hessischen Bruttoinlandsprodukts im Süden erwirtschaftet werden.

Anteil der Fläche, der Bevölkerung, der Erwerbstätigen und des Bruttoinlandsprodukts von Süd-, Mittel- und Nordhessen an Hessen insgesamt in Prozent 2008 (Nordhessen = Regierungsbezirk Kassel, Mittelhessen = Regierungsbezirk Gießen, Südhessen = Regierungsbezirk Darmstadt)



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)



## Hilfe statt Miete

Sie haben sich in etlichen Unistädten etabliert: Wohngemeinschaften von Senioren und Studenten oder Auszubildenden, die mindestens volljährig sind. Das Konzept ist einfach: Alleinstehende Senioren vermieten ein Zimmer und bekommen dafür keine Miete, sondern Hilfe: Pro Quadratmeter sind eine Stunde Hausarbeit im Monat fällig, die Nebenkosten werden in der Regel zusätzlich abgerechnet. Dabei kann die Hilfe Einkaufen, Putzen oder den Hund ausführen bedeuten. Oder auch einfach nur Gesellschaft. Viele ältere Menschen können mit der kleinen Unterstützung länger zu Hause wohnen bleiben. Studenten und Auszubildende profitieren gerade in Städten mit knappem Wohnungsangebot.

Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ wird häufig von Hochschul- oder Studentenwerken organisiert. Sie führen mit beiden Zielgruppen ausführliche Informationsgespräche, besichtigen die Wohnräume der Senioren und helfen bei der Vertragsgestaltung.

In Deutschland war Darmstadt Vorreiter: Schon 1992 begann dort „Wohnen für Hilfe“, die Partnerstadt München folgte, dann schlossen sich auch Berlin, Frankfurt und Freiburg an. Inzwischen arbeitet das Projekt erfolgreich an 13 Uni-Städten in ganz Deutschland.

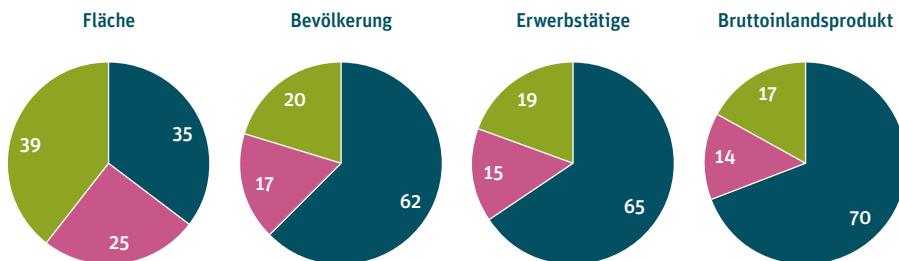
[www.wohnenfuerhilfe.info](http://www.wohnenfuerhilfe.info)

nochmals um elf Prozent abnehmen soll.<sup>158</sup> In der örtlichen Kreisstadt Eschwege werden bereits leer stehende Gebäude abgerissen.

Die Mitte des Bundeslands profitiert immerhin noch von den Hochschulstädten Marburg und Gießen. So studieren in der 76.000-Einwohner-Stadt Gießen insgesamt mehr als 31.000 Menschen – keine andere deutsche Stadt hat, bezogen auf die Einwohnerzahl, dermaßen viele Studenten. Sie halten die Bevölkerungszahl stabil und sorgen dafür, dass jeder vierte Einwohner zwischen 18 und 29 Jahre alt ist, während in Hessen insgesamt

nur jeder Siebte diesem Alter entspricht. Doch nach dem Studium bleiben die wenigsten von ihnen in der Region. Wie auch, gibt es doch kaum größere Unternehmen, die Jobs für Hochschulabsolventen anbieten.

Noch düsterer sieht es allerdings in Nordhessen aus, der Problemregion des Bundeslands. Der gesamte Norden schrumpft demografisch und ist bereits stark überaltert. So gehören die Kreise Werra-Meißner und Hersfeld-Rotenburg mit elf Prozent Hochbetagten zu den am stärksten überalterten Kreisen Deutschlands.<sup>159</sup> Laut Statistischem



Landesamt wird bis 2030 der Werra-Meißner-Kreis am stärksten innerhalb Hessens gealtert sein – fast ein Drittel aller Einwohner wird dann 65 Jahre und älter sein. Kein Wunder, denn junge Menschen wandern auf der Suche nach Arbeit ab.

Insgesamt soll der nordhessische Regierungsbezirk Kassel bis 2030 rund elf Prozent seiner Einwohner verlieren.<sup>160</sup> Damit herrschen demografische Bedingungen fast wie in Ostdeutschland. Die Region richtet sich bereits darauf ein, dass ihre Bürger künftig viele Dienstleistungen und Produkte nicht mehr in jeder Klein- und Mittelstadt beziehen können, sondern nur noch im einzigen urbanen Zentrum der Gegend, der Stadt Kassel. Die Kommune Kassel will sich mit einem „Zukunftsprogramm“ attraktiver für junge

Familien machen. Dazu gehören beispielsweise ein Wissenschaftspark in direkter Universitätsnähe, Bildungsprogramme für Kinder und Jugendliche sowie eine Initiative, die junge Menschen in die Museen der Stadt locken soll. Passend dazu hat das Land Hessen 200 Millionen Euro für die Kassler Museumslandschaft lockergemacht – die Stadt Kassel beteiligt sich mit weiteren 20 Millionen Euro. Damit sollen Museen, Schlösser und mehrere Parks saniert sowie Hotels und Restaurants gebaut werden.

Viele Unternehmen nutzen den geografischen Vorteil des Zentrumslands Hessen. Denn so spät am Tag wie in Nordhessen können in keiner anderen Region Deutschlands Waren verschickt oder umgeschlagen werden, die am nächsten Tag schon beim Empfänger

ankommen sollen. Von hier aus können LKW jeden Ort in Deutschland innerhalb von fünf Stunden erreichen – ein unschätzbarer Vorteil für Unternehmen, deren Produkte schnell ankommen sollen. In der Region zwischen Kassel und Fulda haben darum zahlreiche Speditionen oder Frachtpostunternehmen zentrale Umschlaganlagen errichtet. Im demografischen Zentrum Deutschlands, der 5.500-Einwohner-Gemeinde Niederaula, betreiben etwa die Deutsche Post und die Paketdienste von TNT und UPS Verteilermittelpunkte. Fast jeder fünfte Beschäftigte in der hessischen Logistikbranche arbeitet im Norden des Bundeslandes. Die Beschäftigtenzahl wuchs von 1999 bis 2004 um ein Viertel.<sup>161</sup> Die Nordhessen sind zwar abgeschlagen, aber immerhin zentral gelegen – ein Vorteil, den ihnen keiner nehmen kann.

Bewertung Hessen

Bewertung Hessen		Gesamtnote	Kinder	Unter	Frauen	Wander	Über	Progn	Zwisch	Trend	Verfü	Brutto	Komm	Besch	Arbeits	Frauen	Alter	Frem	Zwisch	Trend	Bildu	Arbeits	Zwisch	Ohne	Jugend	Hoch	Zwisch	Singl	Kind	Freifl	Zwisch		
HP	Bergstraße	3,42	5	4	2	2	3	2	3,0	4,0	↘	2	4	3	2	4	3	5	3,4	3,0	→	6	4	5,0	2	2	4	2,7	3	4	5	4,0	
DA	Darmstadt, Stadt	3,40	4	2	3	2	3	2	2,7	2,4	↗	3	1	6	4	4	4	4	3,8	5,1	↓	6	4	5,0	2	3	1	2,0	5	3	4	4,0	
DA	Darmstadt-Dieburg, Landkreis	3,41	4	4	2	3	2	1	2,7	4,2	↗	2	5	3	3	2	3	3	5	3,3	3,7	→	6	4	5,0	4	2	4	3,3	3	4	5	4,0
F	Frankfurt am Main	3,17	5	2	1	2	2	2	2,3	1,0	↑	3	1	6	4	3	4	4	2	3,4	4,1	↗	6	3	4,5	3	3	1	2,3	6	2	6	4,7
FD	Fulda	3,40	5	3	2	3	4	3	3,3	3,8	→	3	3	3	4	2	4	4	3	3,3	2,7	↗	6	5	5,5	2	2	5	3,0	2	4	3	3,0
GI	Gießen	3,53	6	2	1	2	3	2	2,7	2,8	↗	3	3	5	5	3	4	3	5	3,9	4,0	↘	6	4	5,0	3	3	4	3,3	3	4	4	3,7
GG	Groß-Gerau	3,32	4	3	2	2	2	1	2,3	2,8	↗	3	2	6	2	3	3	4	3	4,3	4,9	↗	6	4	5,0	3	3	3	3,0	3	5	5	4,3
HEF	Hersfeld-Rotenburg	3,86	5	5	4	4	5	4	4,5	3,0	→	3	3	5	4	3	4	5	2	3,6	2,7	↗	6	5	5,5	2	3	5	3,3	3	5	2	3,3
HG	Hochtaunuskreis	3,25	5	5	1	3	4	1	3,2	3,6	→	1	2	6	3	2	3	3	2,9	4,3	↘	6	4	5,0	2	2	2	2,0	4	3	5	4,0	
KS	Kassel, Stadt	3,95	6	3	1	2	4	4	3,3	2,2	↗	4	1	6	6	5	5	6	4	4,6	4,7	↘	6	4	5,0	3	3	3	3,0	4	3	5	4,0
KS	Kassel, Landkreis	3,74	6	5	2	3	4	3	3,8	5,0	↓	3	5	4	3	2	3	3	3,5	2,9	↗	6	4	5,0	1	3	5	3,0	3	5	4	4,0	
LDK	Lahn-Dill-Kreis	3,54	5	3	2	3	3	3	3,2	3,4	→	2	3	4	3	3	4	3	3	3,4	2,6	↗	6	4	5,0	3	3	5	3,7	3	5	4	4,0
LM	Limburg-Weilburg	3,56	3	3	2	3	3	3	2,8	3,2	→	3	4	3	4	2	4	4	5	3,6	3,1	→	6	4	5,0	3	3	5	3,7	3	5	4	4,0
HU	Main-Kinzig-Kreis	3,63	5	4	1	3	3	2	3,0	4,2	↗	2	4	5	3	2	3	4	3	3,3	4,0	↗	6	6	6,0	4	3	5	4,0	3	4	4	3,7
MTK	Main-Taunus-Kreis	3,02	4	4	1	2	3	1	2,5	3,0	→	1	1	6	2	2	2	2	2	2,6	4,6	↘	6	4	5,0	2	2	1	1,7	4	4	6	4,7
MR	Marburg-Biedenkopf	3,42	6	2	1	3	3	3	3,0	2,0	↗	4	3	3	5	2	4	3	5	3,6	3,1	→	6	4	5,0	2	2	4	2,7	3	5	4	4,0
ERB	Odenwaldkreis	3,68	5	4	3	3	4	2	3,5	5,0	↓	3	5	2	3	2	4	4	4	3,4	3,3	→	6	4	5,0	3	3	6	4,0	2	5	3	3,3
OF	Offenbach am Main, Stadt	3,52	3	2	1	4	2	1	2,2	2,2	↗	4	2	6	5	4	4	4	4	4,1	5,3	↓	6	4	5,0	4	3	2	3,0	4	3	5	4,0
OF	Offenbach, Landkreis	3,43	4	4	1	3	3	1	2,7	3,4	→	1	2	6	3	3	3	3	3	3,5	4,0	↗	6	4	5,0	2	3	4	3,0	4	4	6	4,7
RÜD	Rheingau-Taunus-Kreis	3,48	5	5	2	3	3	2	3,3	3,8	→	1	5	6	3	2	3	3	3	3,3	3,7	→	6	4	5,0	3	2	4	3,0	3	4	4	3,7
HR	Schwalm-Eder-Kreis	3,98	5	4	3	4	4	4	4,0	4,8	↘	3	4	6	4	2	4	4	4	3,9	2,7	↗	6	5	5,5	3	3	5	3,7	2	6	3	3,7
VB	Vogelsbergkreis	4,03	6	5	3	5	4	4	4,7	5,0	↓	3	5	5	4	3	4	3	4	3,9	2,7	↗	6	4	5,0	2	3	6	3,7	3	5	1	3,0
KB	Waldeck-Frankenberg	3,52	4	4	3	4	4	4	3,8	4,6	↘	2	4	5	3	2	3	3	1	2,9	2,9	↗	6	4	5,0	5	3	5	4,3	2	5	1	2,7
ESW	Werra-Meißner-Kreis	4,16	5	6	3	4	5	5	4,7	4,0	↘	3	4	5	5	3	4	5	3	4,0	3,9	→	6	5	5,5	4	3	5	4,0	3	4	2	3,0
FB	Wetteraukreis	3,55	5	4	2	2	3	2	3,0	3,4	→	2	4	5	3	2	3	4	4	3,4	3,9	→	6	6	6,0	3	3	4	3,3	3	4	4	3,7
WI	Wiesbaden	3,22	4	3	1	2	3	1	2,3	1,6	↑	2	1	4	5	4	4	3	4	3,4	4,6	↘	6	4	5,0	4	3	2	3,0	4	2	5	3,7

# BADEN-WÜRTTEMBERG

Einwohnerzahl 2009	10.745.000
Einwohnerzahl 2025 (Prognose)	11.112.000
Binnenwanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2004 bis 2008	1,1
Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2008	1,37
Migrantenanteil in Prozent 2008	26,8
Durchschnittsalter 2008	42,2
Haushaltseinkommen pro Kopf in Euro 2008	20.752



## Gut gerüstet für die Zukunft

„Wenn Daimler hustet“, so lautet ein Sprichwort im Südwesten Deutschlands, „dann bekommt ganz Baden-Württemberg eine Lungenentzündung.“ Im Jahr 2009 hat Daimler recht kräftig gehustet: Der Autokonzern steckte in einer Absatzkrise, sein Umsatz ging um ein Fünftel zurück, am Ende standen mehrere Milliarden Euro Verlust in der Bilanz. Und zum ersten Mal seit 1993 musste der Autohersteller in seinem Hauptwerk in Sindelfingen, wo er mehr als 30.000 Menschen beschäftigt, Kurzarbeit anmelden.

Umsatzrückgänge, Verluste und Kurzarbeit gab es nicht nur bei Daimler, tatsächlich hatte sich auch der Rest der baden-württembergischen Wirtschaft angesteckt. Im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise musste das südwestliche Bundesland den tiefsten wirtschaftlichen Einbruch seit seiner Gründung 1952 hinnehmen. Im Vergleich aller Bundesländer sank hier das Bruttoinlandsprodukt nach dem des Saarlands am zweitstärksten: um 7,4 Prozent im Gegensatz zu fünf Prozent im Länderschnitt.

Der Grund für den außergewöhnlichen Schwächeanfall war ausgerechnet die Stärke der Industrie zwischen Neckar und Bodensee. Das produzierende Gewerbe erwirtschaftet hier rund ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung, während es im Bundesdurchschnitt nur knapp ein Viertel ist.<sup>162</sup> Vor allem die Automobilindustrie ist stark im Südwesten: Hier haben sich Zulieferer wie Bosch und Hersteller wie Daimler und Porsche angesiedelt, und Audi hat sein zweites Standbein in Heilbronn. Rund ein Viertel aller in Deutschland im Fahrzeugbau Beschäftigten arbeitet in Baden-Württemberg. Ebenso wichtig ist der baden-württembergische Maschinenbau samt Elektrotechnik. Er macht beispielsweise das Städtchen Esslingen vor den Toren Stuttgarts mit rund 22.000 Mitarbeitern zum größten Maschinenbau-Standort des Bundeslandes.<sup>163</sup> Und ob nun Maschinenbau oder Autoindustrie: Die baden-württembergischen Industrieunternehmen verdienen im Schnitt fast jeden zweiten Euro im Ausland – Baden-Württemberg weist nach Bremen und dem Saarland die dritthöchste Exportquote auf. Kein Wunder also, dass die weltweite Krise der Märkte die Wirtschaft im Südwesten hart getroffen hatte.

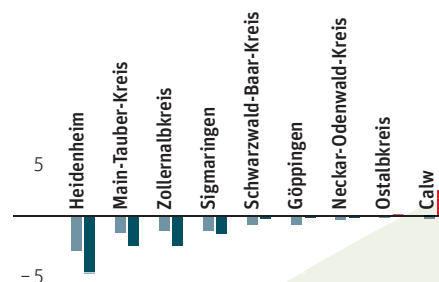
Doch dies alles scheint schon Vergangenheit: Die Arbeitslosenquote ist wieder auf das Niveau von 2008 gesunken, das Bruttoinlandsprodukt war im ersten Halbjahr 2010 im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Vorjahr bereits wieder um 5,0 Prozent angestiegen.<sup>164</sup> Mit dem schnellen Wiederaufstieg nach dem tiefen Fall zeigt Baden-Württemberg, dass es nach der Wertung dieser Studie die Wirtschaftsmacht Nummer 1 unter allen deutschen Bundesländern ist. Und das schon seit der Nachkriegszeit: Als einziges Bundesland stand das „Ländle“, das gerne mit mangelnden Hochdeutschkenntnissen kokettiert, im Länderfinanzausgleich stets auf der Seite der Geberländer. Ein Grund für die gute Lage: Baden-Württemberg war nie Standort krisengeschüttelter Branchen wie Kohle, Stahl oder Schiffbau – und musste darum auch keinen schmerzhaften Strukturwandel bewältigen. Stattdessen sorgt heute ein breit gestreuter Mix aus Konzernen und mittelständischen Unternehmen, die zu großen Teilen mit Hightech-Produkten ihr Geld verdienen, für wirtschaftliche Stärke.

Allerdings hat die hohe Exportabhängigkeit, insbesondere in der Automobilindustrie, einen Haken: Weil sich die Exporte immer mehr Richtung Asien verlagern, kann es schon mit

Bevölkerungs-  
entwicklung  
2000 bis 2008  
in Prozent

prognostizierte  
Bevölkerungsentwicklung  
2008 bis 2025  
in Prozent

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)



der nächsten globalen Krise zu einem massiven Einbruch kommen. In Zukunft hängt eine mögliche Lungenentzündung Baden-Württembergs vor allem davon ab, ob China oder Indien husten.

Ein Großteil der mittelständischen Weltmarktführer, die es in Deutschland gibt, sitzt zwischen Mannheim und Friedrichshafen. Alle sind Spezialisten in ihrer Branche und mit Nischenprodukten über Deutschlands Grenzen hinweg bekannt. So ist etwa die Firma Herrenknecht im badischen Schwanau, der weltweit erfolgreichste Produzent von riesigen Tunnelbohrmaschinen, und das Unternehmen Putzmeister aus Aichtal, das die leistungsfähigsten Betonpumpen der Welt herstellt. Sie sorgen mit dafür, dass in Baden-Württemberg durchschnittlich 4,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden. Mit diesem Wert steht das Bundesland an der Spitze Deutschlands, dieser liegt sogar über den Quoten internationaler Innovationsschmieden wie Schweden oder Finnland. Dabei kommt etwa 80 Prozent der Forschungsinvestitionen aus dem privaten Wirtschaftssektor – während es in den ost-deutschen Bundesländer wie Brandenburg nicht einmal 30 Prozent sind. Eine Folge von intensiver Forschung und Entwicklung sind Patentanmeldungen, und auch hier liegt Baden-Württemberg vorn: 2009 wurden in Baden-Württemberg pro 100.000 Einwohner 144 Patente angemeldet – im bundesweiten Schnitt waren es gerade mal 58.<sup>165</sup>

### Integration über den Arbeitsmarkt

Die Bevölkerung der zahllosen baden-württembergischen Kleinstädte mit ihren ausgedehnten Neubaugebieten verfügt nach denen der Stadtstaaten Hamburg und Bremen durchschnittlich über das dritthöchste Haushaltseinkommen pro Kopf bundesweit. Hier sind so wenige Jugendliche

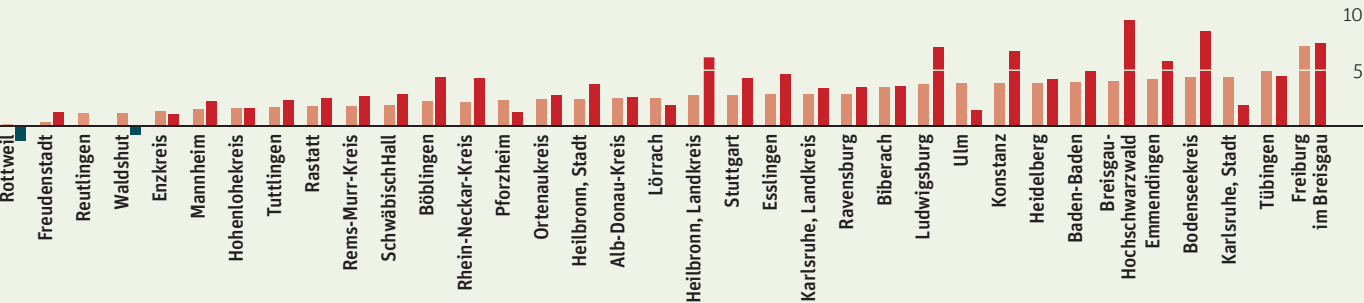
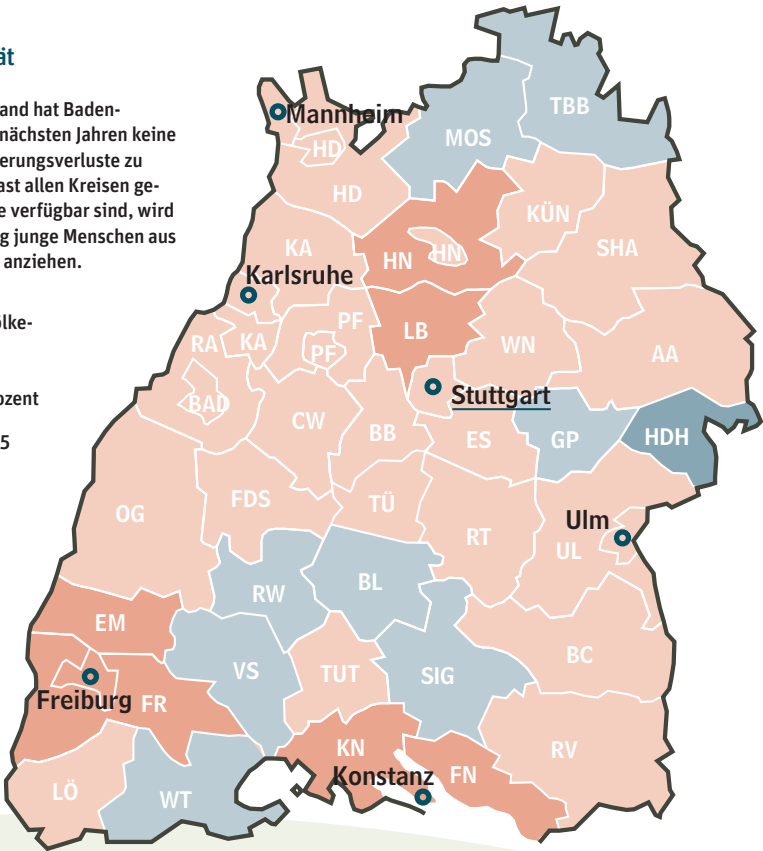
arbeitslos wie nirgendwo sonst, und hier muss ein kleinerer Teil der Menschen seinen Lebensunterhalt mit Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe bestreiten als in jedem anderen Bundesland. Die brummende Wirtschaft lockt Zuwanderer an.

### Hort der Stabilität

Als einziges Bundesland hat Baden-Württemberg in den nächsten Jahren keine wesentlichen Bevölkerungsverluste zu befürchten. Weil in fast allen Kreisen genügend Arbeitsplätze verfügbar sind, wird das Land auch künftig junge Menschen aus dem In- und Ausland anziehen.

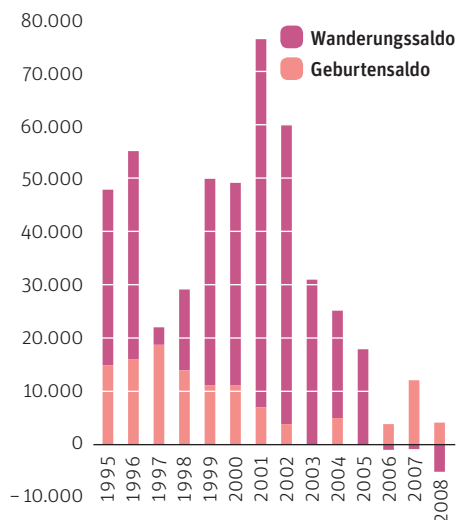
Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg 2008 bis 2025 in Prozent

- 10 bis unter - 5
- 5 bis unter 0
- 0 bis unter 5
- 5 bis unter 10



## Ohne Zuwanderung kein Bevölkerungswachstum

Seit 2005 kommen in Baden-Württemberg weniger Kinder zur Welt, als Menschen sterben. Die Bevölkerung nahm dennoch weiter zu, weil das Bundesland aufgrund seiner guten Arbeitsmarktsituation sehr beliebt bei Zuwanderern aus dem In- und Ausland ist.



**Bevölkerungsentwicklung mit Wanderungsgewinn/-verlust und Geburtenüberschuss/-defizit in Baden-Württemberg 1995 bis 2008**  
(Datengrundlage: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg)

Zwischen 2000 und 2008 ist die Bevölkerungszahl so um 2,1 Prozent angestiegen. Das ist nach Bayern und Hamburg der drittstärkste Zuwachs bundesweit. Insgesamt sind seit 1990 mehr als eine Million Menschen im Saldo nach Baden-Württemberg eingewandert. Rund drei Viertel davon stammen aus dem Ausland:<sup>166</sup> in den 1990er Jahren viele Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie Spätaus-

siedler aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion, später auch zahlreiche Menschen aus anderen Ländern der Europäischen Union. Und in den Wirtschaftswunderjahren waren bereits viele Menschen aus Südeuropa und der Türkei als Gastarbeiter eingewandert. Sie alle zusammen machen Baden-Württemberg zu dem Flächenland mit dem größten Migrantenanteil: Gut ein Viertel aller Baden-Württemberger hat Wurzeln im Ausland. Nur in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen leben mehr Migranten. Ein Grund dafür, dass man Baden-Württemberg im Gegensatz zum Ruhrgebiet oder dem Saarland nicht sofort mit Migranten assoziiert: Die Zuwanderer sind vergleichsweise gut integriert, was darauf hinweist, dass Integration besser funktioniert, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen, vor allem, wenn es viele Arbeitsplätze gibt.

Der gute Arbeitsmarkt bedeutet hohe durchschnittliche Einkommen. Zum Beispiel in der Landeshauptstadt Stuttgart, die sogar für baden-württembergische Verhältnisse außergewöhnlich wohlhabend ist. Das Haushaltseinkommen liegt hier über dem Durchschnitt des Bundeslands, das Bruttoinlandsprodukt ist mit 57.000 Euro pro Kopf und Jahr sogar fast doppelt so hoch – und das, obwohl Stuttgart nach Frankfurt am Main und Nürnberg die Großstadt mit dem dritthöchsten Migrantenanteil bundesweit ist. Rund 37 Prozent aller Einwohner haben einen Migrationshintergrund.<sup>167</sup> Zwar sind sie, wie auch die Migranten in anderen Bundesländern, überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Stuttgart gehört jedoch zu den deutschen Städten mit den wenigsten Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger. Schon vor zehn Jahren hat die Stadt Vertreter von Politik, Verwaltung und öffentlichen Trägern, der Wirtschaft und der Bürgerschaft zu einem „Bündnis für Integration“ an einen Tisch gebracht. Erfolgreiche Einrichtungen sind zum Beispiel das Stadtteilzentrum Haus 49 im Nordbahnhofsviertel, wo engagierte Bürger Nachhilfe für Kinder und Jugendliche anbieten.

Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sowie an jungen Leuten, die als Auszubildende in Frage kommen, könnte die Wirtschaft ausbremsen. So suchen die Unternehmen des Bundeslandes in allen Tätigkeitsbereichen Arbeitskräfte mit Meisterausbildung oder Hochschulabschluss. Bis 2020 könnten 550.000 Fachkräfte fehlen.<sup>168</sup> Baden-Württemberg kümmert sich darum aktiv um Nachschub – und setzt schon bei der Schule an. So hat das Bundesland 500 Millionen Euro für seine Qualitätsoffensive locker gemacht. Eine Werbekampagne wirbt zum Beispiel um junge Lehrer. Das Ziel: kleinere Klassengrößen für eine bessere Schulausbildung. Beziehungsweise für eine noch bessere. Denn Baden-Württemberg belegt bei allen Bildungstests neben Bayern regelmäßig Spitzenplätze. In keinem anderen Bundesland brechen so wenig Jugendliche die Schule ohne Abschluss ab. In Heidelberg beispielsweise sind es rund drei Prozent. Bundesweit liegt die Quote bei sieben Prozent.<sup>169</sup>

Die Qualitätsoffensive setzt sich in der Berufs- und Hochschulausbildung fort. So kann sich Baden-Württemberg rühmen, die Berufsakademien erfunden zu haben, die heute Duale Hochschulen heißen. Dort pauken Studenten zunächst im Hörsaal, um dann das Erlernte einige Monate lang in Unternehmen anzuwenden, in denen sie parallel angestellt sind. Auf diese Weise ziehen sich die baden-württembergischen Firmen gut ausgebildetes Personal heran. Die zweigleisige Ausbildung hatten in den Siebzigern schwäbische Firmen wie Daimler, Bosch und SEL ausgetüftelt. Nach einem ähnlichen System haben im süd-baden-württembergischen Tuttlingen gerade rund 100 Unternehmen, zumeist Mittelständler, zusammen mit der Kommune eine eigene Wirtschaftsfakultät gegründet. Auf einem alten Industriegelände und unter dem Dach einer staatlichen Fachhochschule





## Wenn sich Geben und Nehmen ergänzen

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren nicht einmal zehn Prozent der Bevölkerung älter als 60 Jahre. Im Jahr 2050 dürften es 40 Prozent sein. Schon heute wohnt mehr als die Hälfte aller über 80-Jährigen in Deutschland allein. Die Bereitschaft, sie zu pflegen, sinkt: 1997 waren knapp 59 Prozent der Angehörigen und Bekannten dazu bereit, 2009 nur noch rund 45 Prozent, ermittelten Wissenschaftler der Universität Hamburg. Zudem sinken die durchschnittlichen Renten, und die Pflegeversicherung deckt nicht alle Kosten.<sup>24</sup>

Einen Ausweg aus diesem Dilemma hat eine Seniorengenossenschaft in der baden-württembergischen Kleinstadt Riedlingen schon vor knapp zwei Jahrzehnten beschrieben. Wer in Rente geht, so die Idee, hat meist noch viel Elan, aber häufig zu wenig für das eigene hohe Alter vorgesorgt. Wer hingegen gebrechlich ist, möchte so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben, kann sich die Pflege zu Hause aber meist nicht leisten. Diese beiden Gruppen versucht man in Riedlingen zusammenzubringen – mit Hilfe eines Systems, das neben Engagement auch auf finanzielle Anreize setzt. Dabei erhalten die Helfer entweder einen Stundenlohn von 6,15 Euro – oder das Versprechen, für jede geleistete Stunde Arbeit in der Zukunft selbst eine Stunde Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können. Umsorgte ohne Stundenkonto bezahlen für den Service eine Stundenpauschale von 8,20 Euro an die Genossenschaft. Wer sein Guthaben nicht braucht, kann sich den Gegenwert auszahlen lassen oder sein Konto vererben.

Das Konzept geht auf: Die Genossenschaft trägt sich selbst und bietet ihren Mitgliedern Leistungen, die Sozialstation oder Rotes Kreuz früher nicht erbringen konnten – oder nur zu Preisen, die sich kaum jemand leisten konnte. Helfer liefern Essen aus, bereiten Senioren zu Hause das Frühstück zu, bringen sie zum Arzt oder zur Tagespflege der Seniorengenossenschaft. Anfangs engagierten sich 20 aktive Helfer, mittlerweile sind es 113. Mit jährlichen Einnahmen von gut 570.000 Euro hat es die Genossenschaft fast auf die Größe eines mittelständischen Betriebes gebracht.

[www.martin-riedlingen.de/senioren/seniorenhomepage.htm](http://www.martin-riedlingen.de/senioren/seniorenhomepage.htm)

wollen die Firmen, viele von ihnen Teil der starken örtlichen Medizintechnikbranche, in der wirtschaftsstarken Region für die kommenden Jahre ihren Fachkräftenachwuchs sicherstellen.

Dabei verfügt Baden-Württemberg auch ohne solche halbprivaten Initiativen schon über mehr Hochschulen als jedes andere Bundesland. Und mit Konstanz, Freiburg, Heidelberg und Karlsruhe sitzen hier vier der neun Eliteuniversitäten mit dem Exzellenzsiegel der Bundesregierung. Kein Wunder, denn Karlsruhe mit seinen 290.000 Einwohnern ist ein echtes Zentrum für Forschung und

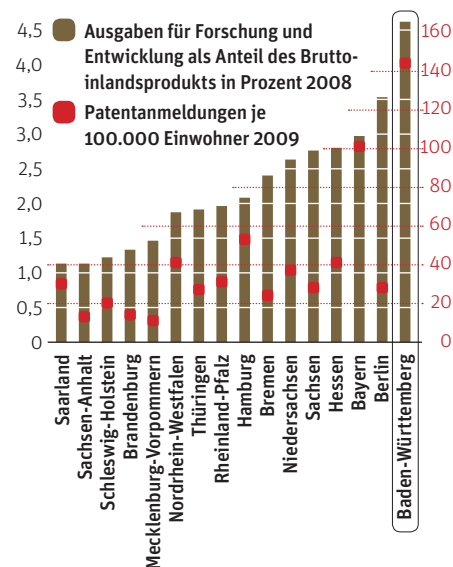
Bildung. Dafür sorgt – neben einer großen IT-Industrie sowie mehreren Kunst- und Musikhochschulen – vor allem das neu gegründete Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Das Ergebnis ist eine Hochschule mit 9.000 Beschäftigten und 20.000 Studenten. Das KIT arbeitet dabei mit einem Jahresetat von rund 700 Millionen Euro<sup>170</sup> – das ist mehr als allen Kunsthochschulen in Deutschland zusammen jährlich zur Verfügung stehen.<sup>171</sup> Rund um solche Hochschulen und Forschungszentren siedeln sich wissens- und technologieintensive Branchen mit einer Vielzahl an Arbeitsplätzen an. Als Resultat konnte Karlsruhe seit 2000 ein Bevölkerungswachstum von 4,4 Prozent verbuchen.

## Angenehmes Altwerden für Wohlhabende

Diese Rechnung geht vor allem deshalb auf, weil viele Menschen, die in den Hochschulstädten Baden-Württembergs studiert haben, auch nach dem Abschluss ihres Studiums bleiben und vor Ort ihren ersten Job annehmen. Sie wandern nicht, wie es etwa in Aachen oder in den neuen Bundesländern häufig der Fall ist, in andere Regionen Deutschlands ab. Ein Indiz dafür: Die Bevölkerung klassischer baden-württembergischer Universitätsstädte wie Tübingen, Heidelberg oder Freiburg wächst konstant, im Schnitt sogar mehr als das sowieso schon zuwanderungsstarke Bundesland insgesamt. Doch wie

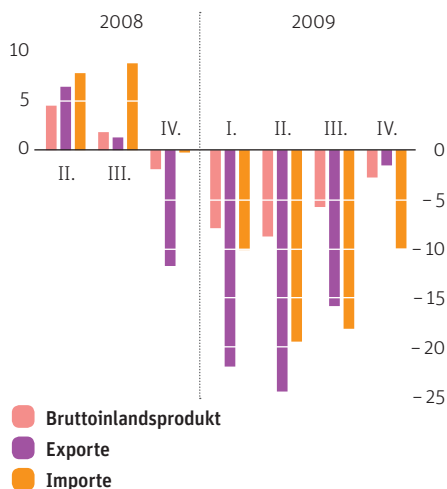
## Erfolgreiche Forschungslandschaft in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg hat im Jahr 2008 über 4,6 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert. Kein anderes Bundesland bringt mehr Mittel auf. Die rund 17 Milliarden Euro sind gut angelegt – so meldet Baden-Württemberg die meisten Patente an und wird seinen Ruf als Tüftlerland wieder einmal gerecht.



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Deutsches Patent- und Markenamt)





Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, der Exporte und der Importe in Baden-Württemberg gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal 2008 und 2009 in Prozent (Datengrundlage: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg)

oft in Hochschulstädten liegen die Kinderzahlen je Frau außerordentlich niedrig – obwohl in all diesen Städten 42 Prozent der Bevölkerung unter 35 sind und der Frauenanteil hoch ist. Das malerische Heidelberg, wo sich die älteste Universität Deutschlands befindet, hat mit 128 Frauen je 100 Männer sogar den höchsten Frauenüberschuss in ganz Deutschland. Doch bei der Kinderzahl je Frau von nur 1,07 belegt Heidelberg den bundesweit drittletzten Platz.

Ähnlich sieht es in Freiburg im Breisgau aus. Trotzdem ist Freiburg der am stärksten wachsende Kreis in Baden-Württemberg: 7,1 Prozent zwischen 2000 und 2008. Die 220.000-Einwohner-Stadt gilt als Deutsch-

## Kurze Krise im Ländle

Wenn die Auftragslage im Unternehmen schlecht ist, werden die Mitarbeiter oftmals in Kurzarbeit geschickt. So auch im Jahr der Wirtschaftskrise 2009. Besonders betroffen waren exportorientierte Branchen wie die Automobilindustrie oder der Maschinenbau, die die Krise allerdings schon wieder hinter sich haben. Aufgrund der Unternehmensstruktur kam es in Baden-Württemberg viel häufiger zu Kurzarbeit als in Bayern.

## Exportland von Wirtschaftskrise stark betroffen

Baden-Württemberg zählt zu den von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffene Region. Ein Großteil des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet das Bundesland durch den Export von Gütern wie Autos und Maschinen nach Asien. Da die Nachfrage aus dem Ausland 2009 einbrach, ging der Export 2009 im Vergleich zu 2008 zurück. Die Umsatzeinbußen bei den Unternehmen spiegeln sich im Bruttoinlandsprodukt wieder.

lands Ökostadt Nummer 1: Sie hat einen grünen Bürgermeister, ist Heimat des schon in den Siebzigern gegründeten Öko-Instituts und zudem die führende Solarenergie-Stadt der Republik. Hier wurde schon vor mehr als 30 Jahren das Fraunhofer Institut für

Solare Energiesysteme gegründet, heute mit 900 Mitarbeitern das größte europäische Forschungsinstitut seiner Art. Im Stadtteil Vauban stehen fünfzig bunt gestrichene Holzhäuser, die ihre Energieversorgung fast komplett von der Sonne beziehen – eine Vorzeigesiedlung für Solarenergie. Das angenehme Klima und die ruhige soziale Lage in Freiburg haben in den vergangenen Jahrzehnten viele Familien angezogen, die nicht mehr wegziehen und hier jetzt alt werden.

So, wie es in Freiburg in 20 Jahren mal aussehen wird, sieht es in Baden-Baden heute schon aus. Dort sind 12,5 Prozent der Einwohner über 74 Jahre alt – der höchste Wert des gesamten Bundesgebiets. Die Bevölkerung ist in den vergangenen Jahren stark

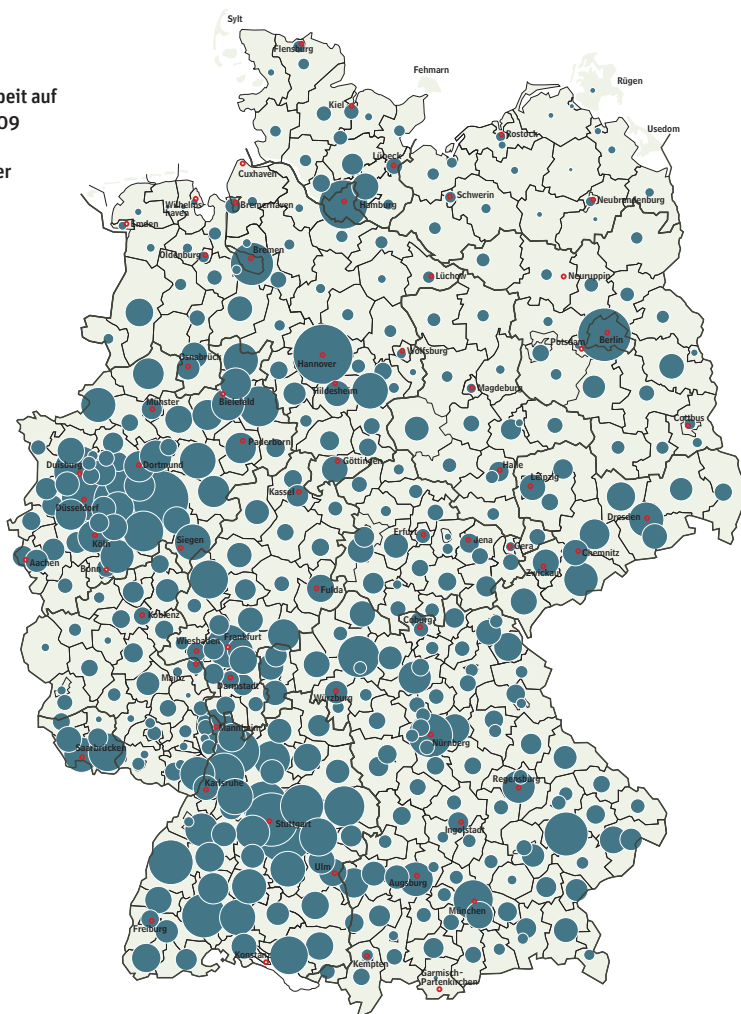
## Konjunkturelle Kurzarbeit auf Kreisebene im Juni 2009

### Anzahl der Kurzarbeiter

50.000  
20.000  
5.000



(Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)



gewachsen – vor allem durch den Zuzug von gut betuchten Rentnern. So gehört Baden-Baden zu den 20 deutschen Kreisen mit den höchsten Wanderungsgewinnen überhaupt.

Diese Ruhestandswanderung können sich freilich nicht alle leisten: Baden-Baden kommt auf ein durchschnittliches verfügbares Haushaltseinkommen pro Kopf von 25.000 Euro und zählt damit zu den Top

10 in Deutschland.<sup>172</sup> Hier machen Transaktionen mit Luxuswohnungen 58 Prozent aller Immobiliengeschäfte aus.<sup>173</sup> Pflege, Fremdenverkehr, Wellness- und Gesundheitseinrichtungen für Ältere bieten Arbeit für die jüngeren. Die südlichen Kreise Baden-

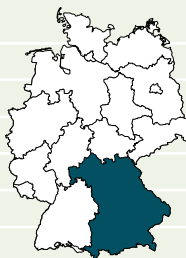
Württembergs sind damit Zukunftslabore für das reiche Deutschland von morgen. Als Modell für die demografische Wirklichkeit in den ebenfalls stark alternden Regionen in Vorpommern, dem Vogtland, dem Saarland oder dem Ruhrgebiet taugen sie weniger.

## Bewertung Baden-Württemberg

Baden-Württemberg		Gesamtnote	Kinder	Unter	Frauen	Wand	über	Progr	Zwisch	Trend	Verfü	Brutt	Komm	Beschl	Arbeits	Frauen	Alters	Frem	Zwisch	Trend	Bildu	Arbeits	Zwisch	Ohnei	Jugend	Hoch	Zwisch	Singl	Kinder	Frei	Zwisch		
UL	Alb-Donau-Kreis	2,97	3	2	3	2	2	2	2,3	3,6	→	2	4	2	1	3	1	5	2,4	2,7	→	6	5	5,5	2	2	6	3,3	2	6	3	3,7	
BAD	Baden-Baden	3,06	6	6	1	1	6	2	3,7	3,0	→	1	1	1	4	2	4	3	1	2,1	3,4	→	6	3	4,5	2	2	4	2,7	5	5	1	3,7
BC	Biberach	2,81	4	2	3	2	2	2	2,5	3,8	→	3	2	1	1	1	4	1	4	2,1	2,6	→	6	5	5,5	2	1	4	2,3	2	6	3	3,7
BB	Böblingen	2,97	4	3	2	3	2	2	2,7	3,8	→	1	1	2	2	2	3	2	5	2,3	4,6	→	6	4	5,0	2	2	1	1,7	3	6	5	4,7
FN	Bodenseekreis	2,74	4	3	2	2	3	1	2,5	2,2	→	1	2	3	3	1	4	2	1	2,1	2,6	→	6	4	5,0	3	1	2	2,0	3	6	4	4,3
FR	Breisgau-Hochschwarzwald	3,14	4	3	2	2	3	1	2,5	4,2	→	1	5	2	4	2	4	3	1	2,8	3,1	→	6	4	5,0	1	2	5	2,7	3	6	4	4,3
CW	Calw	3,40	4	3	3	4	3	2	3,2	4,6	→	2	5	2	2	2	4	2	2	2,6	4,0	→	6	4	5,0	3	2	5	3,3	3	6	4	4,3
EM	Emmendingen	3,10	4	3	2	2	3	1	2,5	3,6	→	3	4	1	2	1	3	2	4	2,5	3,7	→	6	4	5,0	2	2	5	3,0	3	6	4	4,3
PF	Enzkreis	3,29	4	3	3	3	3	2	3,0	5,0	→	1	4	2	2	1	3	1	5	2,4	3,0	→	6	4	5,0	3	2	5	3,3	3	6	5	4,7
ES	Esslingen	3,04	4	3	1	2	3	2	2,5	3,4	→	1	2	1	2	2	3	2	5	2,3	3,6	→	6	4	5,0	2	2	3	2,3	4	6	6	5,3
FR	Freiburg im Breisgau	3,31	6	1	1	1	2	1	2,0	1,8	→	3	1	4	6	2	6	5	4	3,9	4,6	→	6	4	5,0	2	1	1	1,3	6	5	5	5,3
FDS	Freudenstadt	3,04	4	3	1	3	3	2	2,7	3,6	→	2	3	2	2	2	4	2	1	2,3	4,3	→	6	4	5,0	3	2	5	3,3	2	6	3	3,7
GP	Göppingen	3,37	4	3	2	3	3	3	3,0	3,8	→	2	4	2	2	2	4	2	5	2,9	4,1	→	6	4	5,0	2	2	5	3,0	3	5	5	4,3
HD	Heidelberg	3,10	6	1	1	2	2	2	2,3	1,2	→	1	1	3	6	2	6	6	3	3,5	5,1	→	6	4	5,0	1	1	1	1,0	6	3	4	4,3
HDH	Heidenheim	3,61	5	3	3	4	4	4	3,8	4,6	→	2	3	3	2	2	4	2	5	2,9	4,0	→	6	5	5,5	2	2	4	2,7	3	6	4	4,3
HN	Heilbronn, Landkreis	3,14	5	2	2	2	2	1	2,3	4,6	→	2	3	1	2	2	4	2	5	2,6	2,9	→	6	6	6,0	2	2	4	2,7	3	6	4	4,3
HN	Heilbronn, Stadt	3,10	5	3	1	2	3	2	2,7	1,6	→	1	1	1	4	2	4	3	5	2,6	3,9	→	6	6	6,0	2	2	4	2,7	3	5	4	4,0
KÜN	Hohenlohekreis	3,09	3	2	3	3	3	2	2,7	4,2	→	1	2	2	1	2	3	1	5	2,1	3,0	→	6	6	6,0	3	2	5	3,3	3	6	3	4,0
KA	Karlsruhe, Landkreis	3,16	4	4	2	2	3	2	2,8	3,6	→	2	3	2	2	2	3	2	5	2,6	3,1	→	6	3	4,5	2	2	4	2,7	3	6	5	4,7
KA	Karlsruhe, Stadt	3,28	6	2	4	1	3	2	3,0	2,4	→	2	1	2	5	2	4	3	5	3,0	4,3	→	6	3	4,5	2	2	2	2,0	5	5	5	5,0
KN	Konstanz	3,05	6	3	1	2	3	1	2,7	2,6	→	2	3	1	5	2	4	4	3	3,0	2,7	→	6	2	4,0	2	2	3	2,3	4	5	4	4,3
LÖ	Lörrach	3,38	5	3	1	2	3	2	2,7	3,2	→	2	4	1	6	2	5	5	3	3,5	3,9	→	6	2	4,0	2	2	5	3,0	3	6	4	4,3
LB	Ludwigsburg	2,86	4	3	1	2	2	1	2,2	3,2	→	1	3	1	2	2	3	1	5	2,3	3,4	→	6	4	5,0	2	2	3	2,3	3	6	5	4,7
TBB	Main-Tauber-Kreis	3,29	4	3	3	3	4	3	3,3	4,2	→	3	3	2	2	2	3	2	3	2,5	2,9	→	6	6	6,0	2	2	5	3,0	3	6	2	3,7
MA	Mannheim	3,50	5	3	1	2	3	2	2,7	1,4	→	4	1	5	5	3	4	4	5	3,9	4,6	→	6	4	5,0	3	2	2	2,3	5	4	5	4,7
MOS	Neckar-Odenwald-Kreis	3,80	6	3	3	3	3	3	3,5	4,8	→	3	4	4	3	2	4	3	5	3,5	3,3	→	6	4	5,0	4	2	6	4,0	3	6	3	4,0
OG	Ortenaukreis	3,00	4	3	2	2	3	2	2,7	3,4	→	2	3	1	2	2	3	2	3	2,3	2,7	→	6	4	5,0	2	2	5	3,0	3	6	4	4,3
AA	Ostalbkreis	3,18	4	2	2	3	3	2	2,7	3,8	→	2	3	2	2	2	4	2	5	2,8	2,6	→	6	5	5,5	2	2	4	2,7	3	6	4	4,3
PF	Pforzheim	3,44	5	3	2	2	4	2	3,0	2,6	→	2	2	2	3	3	4	2	5	2,9	4,9	→	6	4	5,0	4	3	4	3,7	4	5	4	4,3
RA	Rastatt	3,06	5	4	2	2	3	2	3,0	3,8	→	2	2	2	1	2	3	1	5	2,3	2,7	→	6	3	4,5	2	2	4	2,7	4	6	4	4,7
RV	Ravensburg	2,94	4	2	2	2	2	2	2,3	3,6	→	2	2	2	3	1	4	2	3	2,4	4,0	→	6	4	5,0	2	2	4	2,7	3	6	3	4,0
WN	Rems-Murr-Kreis	3,29	5	3	2	3	3	2	3,0	4,2	→	1	4	1	2	2	4	2	5	2,6	3,7	→	6	4	5,0	2	2	4	2,7	3	6	5	4,7
RT	Reutlingen	3,08	5	3	1	3	3	2	2,8	3,2	→	1	3	3	2	2	3	1	4	2,4	4,7	→	6	4	5,0	2	1	4	2,3	3	6	4	4,3
HD	Rhein-Neckar-Kreis	3,27	5	4	1	2	3	2	2,8	3,0	→	2	4	2	3	2	3	3	5	3,0	3,6	→	6	4	5,0	2	2	2	2,0	4	6	5	5,0
RW	Rottweil	3,05	3	3	2	3	3	3	2,8	2,6	→	1	3	1	1	2	3	1	5	2,1	2,6	→	6	6	6,0	2	2	5	3,0	3	6	4	4,3
SHA	Schwäbisch Hall	3,13	4	2	3	2	3	2	2,7	3,6	→	3	2	2	2	1	4	1	5	2,5	2,4	→	6	6	6,0	2	2	5	3,0	3	6	3	4,0
VS	Schwarzwald-Baar-Kreis	3,16	4	3	2	3	4	3	3,2	3,6	→	1	3	2	2	2	3	1	2	2,0	3,1	→	6	6	6,0	2	2	5	3,0	3	6	4	4,3
SIG	Sigmaringen	3,22	4	2	3	4	3	3	3,2	4,2	→	3	3	1	3	2	4	2	4	2,8	2,0	→	6	4	5,0	3	2	5	3,3	2	6	2	3,3
S	Stuttgart	3,03	6	2	1	2	3	2	2,7	1,4	→	1	1	1	5	2	4	3	4	2,6	4,3	→	6	4	5,0	3	2	1	2,0	5	3	6	4,7
TÜ	Tübingen	3,14	6	1	1	2	1	2	2,2	3,0	→	2	4	2	5	2	4	3	5	3,4	4,4	→	6	4	5,0	2	1	2	1,7	3	5	5	4,3
TUT	Tuttlingen	2,95	2	2	2	3	3	2	2,3	3,4	→	1	2	1	1	2	3	1	5	2,0	2,3	→	6	6	6,0	3	2	5	3,3	3	6	4	4,3
UL	Ulm	2,99	6	1	1	2	3	2	2,5	2,4	→	1	1	2	4	2	4	3	4	2,6	3,4	→	6	5	5,5	2	2	2	2,0	4	5	4	4,3
WT	Waldshut	3,46	4	3	2	2	3	3	2,8	3,8	→	2	4	2	6	2	5	5	2	3,5	4,1	→	6	2	4,0	3	2	5	3,3	3	6	3	4,0
BL	Zollernalbkreis	3,33	5	3	3	3	3	3	3,3	3,6	→	1	3	2	2	2	3	2	5	2,5	4,3	→	6	4	5,0	2	2	5	3,0	3	6	4	4,3

# BAYERN

Einwohnerzahl 2009	12.510.000
Einwohnerzahl 2025 (Prognose)	12.838.000
Binnenwanderungssaldo je 1.000 Einwohner 2004 bis 2008	2,5
Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2008	1,36
Migrantenanteil in Prozent 2008	19,7
Durchschnittsalter 2008	42,5
Haushaltseinkommen pro Kopf in Euro 2008	20.341



## Hohe Berge, tiefe Täler – nicht nur in der Landschaft

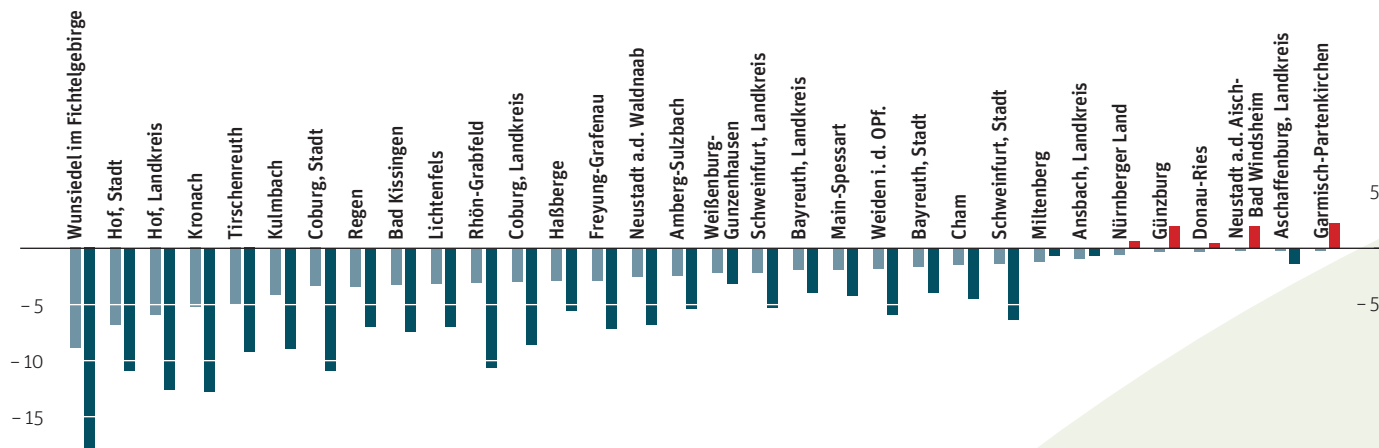
„Eine gelungene Symbiose von Laptop und Lederhose“ – mit diesen Worten lobte der damalige Bundespräsident Roman Herzog 1998 das erfolgreiche Zusammenspiel von Hightech und Tradition in seinem Heimatbundesland Bayern.<sup>174</sup> Die Formulierung brachte auf den Punkt, was die Bayern von sich selber halten: Sie fühlen sich modern und bodenständig zugleich. Und damit immer etwas besser als der Rest der Republik. Kein Wunder also, dass laut einer repräsentativen Umfrage des Bayerischen Rundfunks 95 Prozent aller Bayern gerne in ihrem Bundesland wohnen. Mehr als ein Fünftel aller Menschen, die von woanders zugewandert sind, sind „stolz auf den Freistaat“.<sup>175</sup>

Warum auch nicht? Bayern ist demografisch und wirtschaftlich in Deutschland eine Ausnahmeerscheinung. Mit mehr als 70.000 Quadratkilometern Fläche ist es das größte Bundesland, bei der Einwohnerzahl liegt es mit 12,5 Millionen Menschen nach Nordrhein-Westfalen auf Platz zwei. Und im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern legt die Bevölkerung in Bayern sogar weiter zu: Zwischen 2000 und 2008 gab es ein Plus von 2,4 Prozent, nur der Stadtstaat Hamburg konnte mehr Einwohner dazugewinnen.

Auch wirtschaftlich kann sich das Bundesland sehen lassen. Die Bayern erwirtschafteten 2009 – nach Hamburg, Bremen und Hessen – das vierthöchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Das Bundesland hat im

Ländervergleich die höchste Beschäftigungs- und mit 4,8 Prozent (2009) die niedrigste Arbeitslosenquote.<sup>176</sup> Das hohe Bruttoinlandsprodukt wird von einem breit gestreuten Spektrum an Branchen erwirtschaftet: Der großen Auto-, Metall- und Elektroindustrie stehen eine starke Finanzwirtschaft sowie zahlreiche Medizintechnik- oder Biotechnologie-Unternehmen gegenüber. Dazu kommt das bayerische Chemiedreieck im Südosten des Bundeslands, wo rund 30 Unternehmen mit insgesamt mehr als 25.000 Mitarbeitern jährlich über acht Milliarden Euro umsetzen.<sup>177</sup> Die weit gefächerte Branchenstruktur mit einer Mischung aus Großunternehmen und starken Mittelständlern macht die bayerische Wirtschaft krisenresistenter als die des benachbarten Baden-Württembergs mit dessen dominanten Bereichen aus Auto-, Metall- und Elektroindustrie. Auch deshalb sank das Bruttoinlandsprodukt in Bayern 2009 trotz der Wirtschaftskrise lediglich um durchschnittlich 5,4 Prozent – und nicht überdurchschnittlich um 7,4 Prozent wie beim westlichen Nachbarn.<sup>178</sup>

Doch im Gegensatz zum fast flächendeckend wirtschaftsstarke Baden-Württemberg zeigen sich in Bayern neben Spitzenwerten in Sachen Innovation, Arbeitsmarkt und Wohlstand regional auch echte Tiefpunkte: Bayern ist nicht nur landschaftlich betrachtet eine Ansammlung von Bergen und Tälern. So haben die Menschen in Oberbayern, wo auch München liegt, durchschnittlich 16 Prozent mehr Geld zur Verfügung als die im Osten wohnenden Niederbayern.<sup>179</sup>



# Importierte Industrialisierung

Es ist noch nicht sehr lange her, da hatte Bayern ökonomisch wenig vorzuweisen: Bis 1945 war es, vor allem in seinen südlichen Regionen, im Wesentlichen ein Agrarland. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs profitierte Bayern davon, dass viele Unternehmen, die aus Ostdeutschland und Ostberlin abwandern wollten oder mussten, in dem zur amerikanischen Besatzungszone gehörenden Bundesland einen neuen Standort fanden. Bayern importierte seine Industrialisierung also gewissermaßen – und verwandelte sich dadurch innerhalb weniger Jahrzehnte von einer Bauern- und Handwerkerregion in einen modernen Industrie- und später Dienstleistungsstandort. Die Landesregierungen förderten gezielt die Ansiedlung von Hightech-Branchen wie Mikroelektronik oder Biotechnologie sowie von Forschungseinrichtungen wie der Max-Planck- oder der Fraunhofer-Gesellschaft.

# Nord-Süd-Gefälle

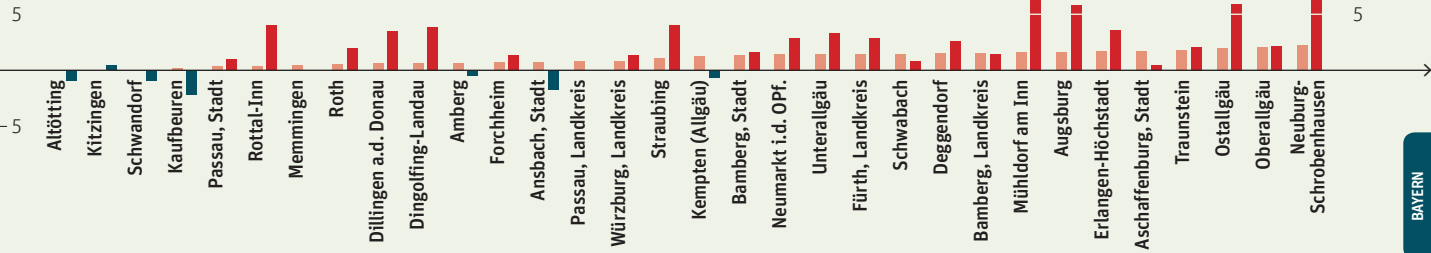
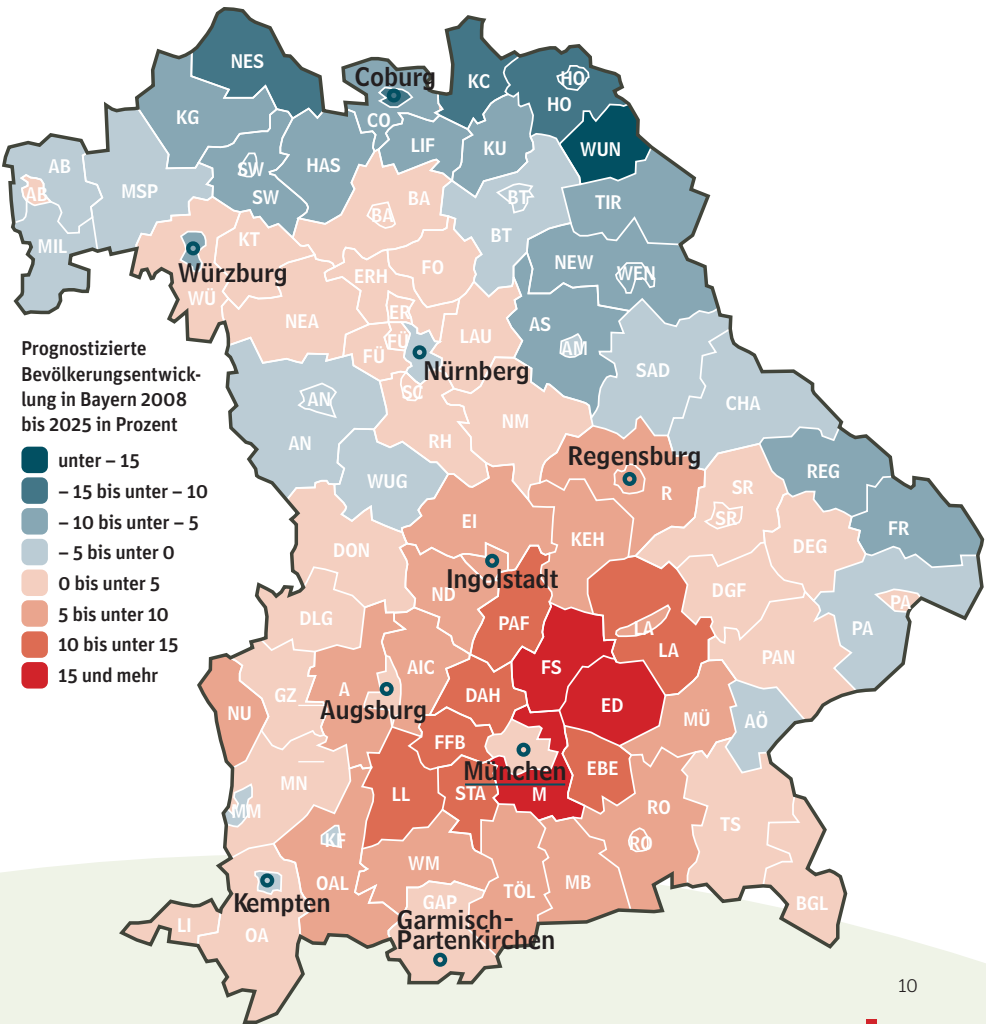
Auch im wohlhabenden Bayern gelingt es nicht, für eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sorgen. Schuld daran ist der Arbeitsmarkt, der im Norden weitaus schwächer ist als im Rest des Freistaates. Vor allem die jungen und qualifizierten Menschen ziehen den Süden dem Norden vor.



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)

Zudem nutzte das Bundesland nach 1989 weit mehr als die ostdeutschen Bundesländer die Öffnung der Grenzen nach Osten und präsentierte sich erfolgreich als Handelspartner für Länder wie Tschechien, Ungarn oder die Slowakei. Was folgte, war ein beispielloser Aufstieg, abzulesen beispielsweise am Län-

derfinanzausgleich: Bis 1992 erhielt Bayern noch Gelder aus der Umverteilung von armen auf reiche Bundesländer – heute ist es mit rund 3,4 Milliarden Euro jährlich der größte Einzahler in den Topf. Dieses Geld landet in der Summe fast vollumfänglich im Haushalt der darbenenden Hauptstadt Berlin.<sup>180</sup>



Doch während Bayern in den vergangenen Jahrzehnten wirtschaftlich einen großen Sprung nach vorne gemacht hat, hat es vergessen, auch seine Familienpolitik auf den neusten Stand zu bringen. Die Folgen der über lange Jahre antiquierten Familienpolitik: Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau liegt in Bayern mit 1,36 (2008) sogar noch unter dem Bundesdurchschnitt von 1,38.<sup>181</sup> Traditionelle Frauenbilder und mangelhafte Kinderbetreuung machen es den vielen hoch qualifizierten Frauen im Bundesland nicht gerade leicht, Job und Familie unter einen Hut zu bekommen. Heute können allein die Städte wie München oder Nürnberg vergleichsweise ausreichend Betreuungsplätze bieten; vor allem ihnen ist es zuzuschreiben, wenn Bayern bis 2013 die erforderliche Betreuungsquote erreichen wird.

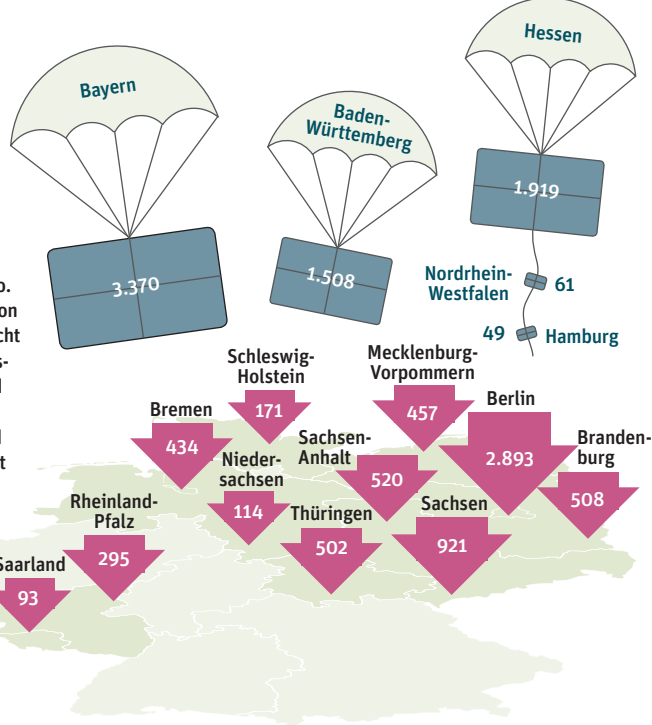
Seit 2001 gab es in Bayern keinen Geburtenüberschuss mehr – ohne Zuwanderung würde die Bevölkerung seit vielen Jahren schrumpfen. Bislang kann das Bundesland dies vermeiden. Besonders viele Bewohner ziehen dabei die Oberzentren fast aller Regionen an, also nicht nur das oberbayerische München, sondern etwa auch das oberpfälzische Regensburg und das unterfränkische Würzburg. Doch Bayern muss dafür sorgen, dass es weiterhin für in- und ausländische Zuwanderer attraktiv bleibt, wenn es nicht zurückfallen will.

Ein Mittel, um die Zuwanderung in Schwung zu halten, sind die renommierten Hochschulen des Landes in Städten wie München, Augsburg, Würzburg oder Erlangen-Nürnberg. Sie locken bildungshungrige junge Menschen an, die sich nach ihrem Abschluss hier, so die Hoffnung, niederlassen. Nach

## Länderfinanzausgleich – Bayern größtes Geberland

Das Geberland Bayern finanziert fast zur Hälfte den Länderfinanzausgleich von 6,9 Milliarden Euro. Der bayerische Obulus in Höhe von rund 3,4 Milliarden Euro entspricht den Beträgen, die den ausgleichsberechtigten Ländern Bremen und Berlin zusammen zustehen. Die Hauptstadt ist dabei mit Abstand der größte Nehmer und finanziert mit den 2,9 Milliarden Euro rund 14 Prozent seiner Ausgaben im Haushaltsjahr 2009.

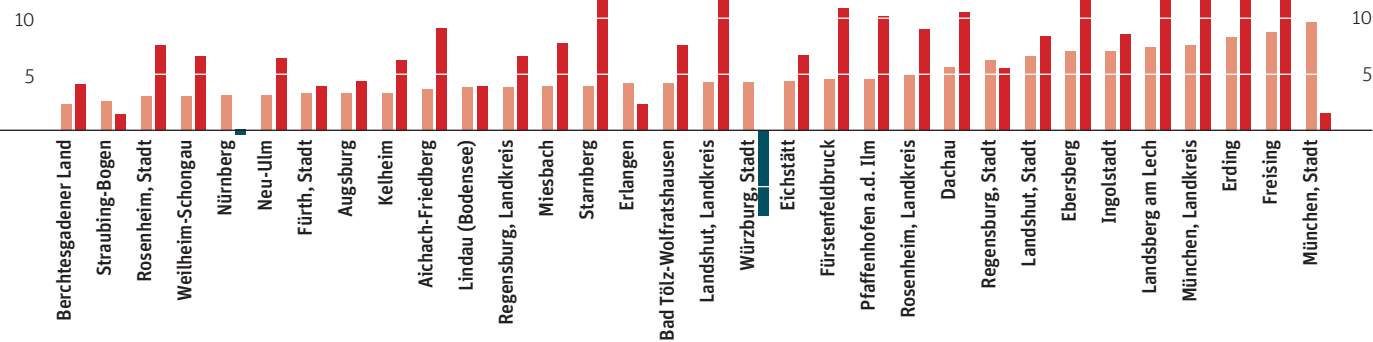
Transferleistungen im Länderfinanzausgleich in Millionen Euro 2009 (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)



Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gehört Bayern zu den Bundesländern mit den dritthöchsten Studierendenzahlen. Im Wintersemester 2009/2010 war jeder achte Studierende in Bayern eingeschrieben, aber nur wenige kamen aus einem anderen Bundesland.<sup>182</sup> Bayern braucht zukünftig mehr Studierende von auswärts, weil hier nur ein vergleichsweise geringer Anteil Junger das Abitur ablegt und ein Studium beginnt. Doch die niedrige Abiturientenquote liegt nicht etwa daran, dass bayerische Schüler so schlecht wären, sondern an den vergleichsweise guten Jobperspektiven auch mit Haupt- oder Realschulabschluss in der Tasche und vor allem an den strengeren bayerischen Auslesekriterien. Dass bayerische Schulen und Schüler erstklassig sind, belegen zahlreiche Schülervergleichsstudien – von Pisa bis Iglu.

## Kraftzentrum Oberbayern

Das wirtschaftliche Kraftzentrum für Bayerns ist der Regierungsbezirk Oberbayern. Verwaltungssitz und Zentrum Oberbayerns ist die Stadt München mit seinen 1,3 Millionen Einwohnern. Hier sitzen insgesamt sieben Dax-Unternehmen, mehr als in jeder anderen deutschen Stadt. Dazu zählen der mit 76 Milliarden Euro umsatzstarke deutsche Konzern Siemens sowie der größte deutsche Versicherer, Allianz, und die wertvolle Automarke BMW. Hinzu kommen der Technologieriese Infineon sowie weitere zahlreiche Biotech-Unternehmen in und um München. Eine gut laufende Medienindustrie mit dem größten deutschen Privatfernseh-Anbieter





ProSiebenSat.1 Media und die Bavaria Filmstudios sitzen direkt am Ortsrand von München im gleichnamigen Landkreis. In der bayerischen Landeshauptstadt finden sich zudem gleich zwei Hochschulen mit dem Exzellenz-Gütesiegel der Bundesregierung. Die florierende Wirtschaft trägt dazu bei, dass München besonders attraktiv für hoch Qualifizierte ist.<sup>183</sup> Kein Wunder also, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Landkreis München einen so hohen Wert wie nirgendwo sonst in Deutschland erreicht, und dass der Anteil der Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger mit 2,6 Prozent sechsmal niedriger als beim Schlusslicht Demmin in Mecklenburg-Vorpommern ist. Das Einzige, was das Wachstums München etwas bremst, sind der Gewerbesteuerhebesatz und die Arbeitskosten, die jeweils zu den höchsten in Deutschland gehören.

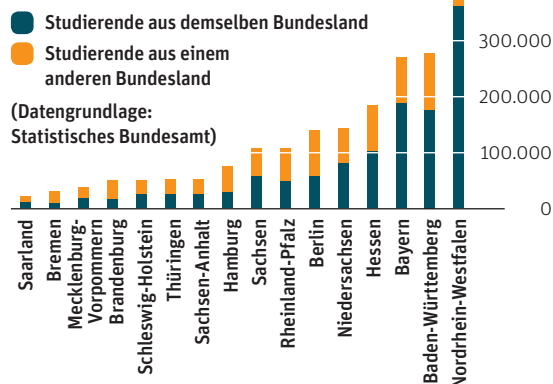
Auch im Speckgürtel rund um München blüht die Wirtschaft. Rings um die bayerische Landeshauptstadt liegen Kreise wie Erding, Freising, Dachau oder Ebersberg, die allesamt mit guten Indikatorwerten glänzen, oder Starnberg, der wohlhabendste Landkreis Deutschlands. Die Ortschaften in diesen Kreisen sind meist keine reinen Schlafstädte, aus denen sich morgens Pendlerlawinen nach München wälzen. Stattdessen findet sich dort ebenfalls eine breit gestreute Wirtschaft, sodass täglich auch Menschen in den Speckgürtel pendeln. So sorgt in Freising der Münchner Flughafen für Jobs, in Erding sitzt die gleichnamige weltweit größte Weißbierbrauerei und Starnberg kann jährlich 660.000 Übernachtungen von Touristen vorweisen. Das einzige Problem des Speckgürtels: Er wird künftig überdurchschnittlich stark altern, weil hier viele Menschen in Einfamilienhäusern sitzen, deren Kinder zur Ausbildung oder zum Studium fortgezogen sind.

So hat denn die Stadt München selber eine vergleichsweise junge Bevölkerung – rund 41 Prozent der Einwohner sind jünger als 35 Jahre, während es im Bundesdurchschnitt nur 37 Prozent sind. Mit rund zehn Prozent zwischen 2000 und 2008 kann München zudem

das zweitstärkste Wachstum aller deutschen Städte nach Potsdam vorweisen. Die Münchnerin bekommt im Mittel zwar weniger Kinder als der Bundesdurchschnitt. Aber ähnlich wie im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg wohnen hier so viele junge Frauen im besten Familiengründungsalter, dass sich ihre Kinder seit einigen Jahren trotzdem zu einem Geburtenüberschuss summieren. So wurden 2009 in München so viele Kinder entbunden wie seit 1960 nicht mehr.<sup>184</sup> Dementsprechend soll die Zahl der unter 15-Jährigen in München in den kommenden 20 Jahren um knapp 14 Prozent zulegen, während sie in Landesdurchschnitt um zehn Prozent abnimmt.<sup>185</sup>

Allerdings leiden die Münchner auch unter dem hohen Bevölkerungswachstum und damit verbunden unter hohen Lebenshaltungskosten und einer drohenden Überhitzung des Immobilienmarkts. Zwar hat die dicht besiedelte Stadt durch den Umzug von Messe und Flughafen sowie die Umwidmung von Bahnflächen Platz für neue Wohnungen gewonnen. Aber der Wohnungsneubau hinkt der hohen Zahl an Zuzüglern hinterher. Bis 2020 bräuchte München jährlich 9.200 neue Wohnungen – aber nur 5.600 werden pro Jahr errichtet. Die Folge des knappen Angebots: Die ohnehin schon hohen Mieten steigen weiter. Schon jetzt liegen sie in München und den umgebenden Landkreisen mit 10,30 Euro pro Quadratmeter deutlich über dem Bundesschnitt von 6,40 Euro.<sup>186</sup>

**Studierendenzahlen in den Bundesländern nach Ort des Erwerbs einer Hochschulzugangsberechtigung im Wintersemester 2009/2010**



## Bayerische Studierende bleiben unter sich

Im Wintersemester 2009/2010 waren an den bayerischen Hochschulen rund 273.000 Studierende eingeschrieben – fast doppelt so viele wie etwa in Niedersachsen. Die niedersächsischen Universitäten und Fachhochschulen sind ähnlich wie die der Stadtstaaten sehr beliebt bei Studierenden aus anderen Bundesländern. Die bayerische Hochschullandschaft dagegen ist von bayerischen Studierenden dominiert. Nur knapp 30 Prozent der Studierenden kommen aus anderen Bundesländern, während es in Niedersachsen und Berlin 43 respektive 58 Prozent sind.





## Hilfe aus der Schuldenfalle

Seit Anfang 2005 spannt die Stadt Augsburg Ehrenamtliche in die städtische Sozialarbeit ein: Rund 50 Sozialpaten, meist kompetente Rentner, versuchen, überschuldete Familien in ärmeren Stadtteilen vor der Zwangsäumung zu bewahren. Dabei widmen sich professionelle Sozialarbeiter den harten Fällen. Die Freiwilligen kümmern sich darum, dass es nicht noch mehr werden. Sie unterstützen ihre Mitbürger dort, wo die staatliche Hilfe aufhört. Die in Leistungsrecht, Insolvenzverfahren und Psychologie geschulten Paten sprechen auf der Bank vor und bei Vermietern, erklären Vorschriften, Paragraphen und Formulare – und sie begegnen den Betroffenen von Mensch zu Mensch, wie das ein Beamter einem Leistungsempfänger gegenüber nicht kann. Sie motivieren, trösten und sortieren Plastiktüten voller ungeöffneter Rechnungen. Und sie stellen mitunter Fragen, die einen Beamten nichts angehen. Brauchen die Kinder wirklich Markenkleidung? Muss ein Auto sein, wenn die Leasing-Raten der Familie im wahrsten Sinne des Wortes die Butter vom Brot nehmen?

Ihre Rolle macht die Sozialpaten zum idealen Mittler. Sie besprechen ihre Fälle mit dem Fallmanager. Der tut anschließend, was er schon immer getan hat: Anträge prüfen, Mietschulden begleichen, Stromrechnungen übernehmen. Seit es die Sozialpaten gibt, müssen weniger Familien in die städtischen Obdachlosenunterkünfte ziehen. Im Gegenzug hat das Programm die Stadt kaum etwas gekostet – außer der Überwindung, Bürokratie für die Mitarbeit von Ehrenamtlichen zu öffnen. Sie dürfen im Amt für Soziale Leistungen ein- und ausgehen und haben einen eigenen Raum, in dem sie telefonieren und am Computer arbeiten können. Sie sprechen Empfehlungen aus und übernehmen Verantwortung. Die Beamten müssen lediglich akzeptieren, dass sie für ihre Klientel oft nur noch eine Nebenrolle spielen.

[www.freiwilligen-zentrum-augsburg.de](http://www.freiwilligen-zentrum-augsburg.de)

von Nürnberg aus das Softwarehaus Datev bundesweit IT-Dienstleistungen für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte an, die Marktforscher GfK ergründen von hier aus die Konsumgewohnheiten der Menschen. Aber auch Industrie gibt es weiterhin in Nürnberg, beispielsweise der Luftfahrttausrüster Diehl oder ein Werk von Bosch, das seit 2009 Großgetriebe für Windkraftanlagen herstellt. Doch die Stadt musste in jüngerer Vergangenheit auch immer wieder herbe Rückschläge hinnehmen. So schloss 2001 das lokale Werk des Eisenbahnbauers Adtranz, 2003 ging Grundig Pleite, 2007 wurde das Nürnberger AEG-Werk dicht gemacht. Und auch der Versandhändler Quelle musste 2009 Insolvenz anmelden. Wer in Nürnberg einmal arbeitslos ist, bekommt oft keinen Job mehr. Denn ähnlich wie im Ruhrgebiet haben rund 14,2

Prozent der Arbeiter in der Region keinerlei Berufsabschluss, weit mehr als der Bundesdurchschnitt von 12,9 Prozent.<sup>187</sup> Oft gehören sie zu den überdurchschnittlich vielen Migranten in der Region: Mit 38 Prozent hat Nürnberg nach Frankfurt am Main den zweithöchsten Bevölkerungsanteil von Migranten unter den deutschen Großstädten.<sup>188</sup>

Aber die Lage in Nürnberg ist immer noch weitaus besser als in den Problemregionen Bayerns, die sich allesamt nördlich und östlich von Nürnberg erstrecken – im unterfränkischen Spessart etwa oder im Bayerischen Wald. Das wahre Krisenzentrum Bayerns ist jedoch Oberfranken im äußersten Nordosten des Bundeslands, direkt an der Grenze zu Thüringen, Sachsen und Tschechien. Hier finden sich die schlechtesten Indikatorwerte Bayerns: Es gibt zu wenig Arbeit, die Men-

schen haben vergleichsweise wenig Geld, die Bevölkerung ist stark überaltert und schrumpft. Dabei sah es in der Region lange Zeit gar nicht so schlecht aus. Bis 1945 gehörte sie zum mitteldeutschen Industrieraum, dem größten deutschen Wirtschaftszentrum neben dem Ruhrgebiet. Weil im Boden der Region wichtige Rohstoffe für die Porzellanherstellung vorkommen, bildete sich hier zudem das Zentrum der deutschen Porzellan- und Keramikindustrie. In der Zeit der deutschen Teilung lag Oberfranken allerdings am Rande der westlichen Welt, die Gegend wurde als „Bayerisch-Sibirien“ geschmäht. Dementsprechend unattraktiv erschien sie Hochtechnologie-Unternehmen.

Die Randlage änderte sich zwar mit dem Fall der Mauer. Doch seitdem hat Oberfranken mit neuen Problemen zu kämpfen: Ähnlich wie in Südniedersachsen oder Nordhessen hat hier die Zonenrandförderung lange Jahre Industrien am Leben erhalten, die eigentlich nicht mehr wettbewerbsfähig waren. Den Wegfall der Subventionen hat die Region bislang noch nicht verkraftet. Die Wirtschaft wird zudem geschwächt, weil die Produktionskosten auf der Ostseite der ehemaligen innerdeutschen Grenze niedriger sind und Unternehmen von staatlichen Subventionen dorthin gelockt werden. So errichtete beispielsweise der Automobilzulieferer Polytec entgegen erster Planungen seine neue Fabrik vor einigen Jahren nicht im oberfränkischen Nordhalben, sondern lieber ein paar Kilometer weiter im thüringischen Ebersdorf. Der Bürgermeister von Nordhalben machte daraufhin Schlagzeilen, weil er drohte, er wolle seine Gemeinde demnächst Thüringen anschließen, weil sie dann auch in den Genuss der Fördermittel komme. Verschärft hat sich die Lage zudem seit dem EU-Beitritt des östlichen Nachbarlandes Tschechien 2004, wo Arbeitsplätze noch weniger kosten als in Ostdeutschland.

Die Abwanderung von Unternehmen setzt eine Abwärtsspirale in Gang. Sie kostet zunächst Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. So arbeiteten in Oberfranken 2009 rund fünf Prozent weniger sozialversicherungspflichtig

Beschäftigte als noch neun Jahre zuvor. Im Landkreis Wunsiedel waren es sogar 13 Prozent weniger. In den vergangenen acht Jahren schrumpfte die Bevölkerung der kreisfreien Stadt Hof um rund sieben, die des Landkreises Wunsiedel im Fichtelgebirge sogar um neun Prozent.<sup>189</sup> Bis 2025 könnte Wunsiedel noch einmal 18 Prozent seiner Einwohner verlieren.<sup>190</sup> Schon heute sind bereits so viele Menschen weggezogen, dass dem Kreis bei der nächsten Landtagswahl der Verlust eines Abgeordneten droht, weil der Zuschnitt der Wahlkreise nach der Bevölkerungsgröße berechnet wird. Und wegen der Abwanderung vor allem junger Menschen steigt der Altersschnitt: Die Bevölkerung des Regierungsbezirks Oberfranken ist schon jetzt die älteste in Bayern – und wird den Abstand in den kommenden 15 Jahren noch ausbauen. Wunsiedel, Hof und Coburg gehören zu den 20 Kreisen mit der ältesten Bevölkerung in ganz Deutschland. Dort ist bereits jeder neunte Einwohner älter als 74 Jahre.<sup>191</sup>

Dieser Abwärtsspirale konnten sich bislang nur wenige oberfränkische Gemeinden entziehen. Ein Beispiel ist die 27.000-Einwohner-Kreisstadt Kulmbach etwas westlich von Hof. Hier haben sich Hersteller von Wärme- und Kältetechnik sowie Bierbrauer und andere Lebensmittelunternehmen angesiedelt. Immerhin gibt es in Oberfranken mit mehr als 200 Brauereien die größte Bierproduzentendichte Bayerns – und damit der Welt.

## Perspektive für die Landwirtschaft

Bayern ist – aller Modernisierung zum Trotz – noch immer das wichtigste Agrarland Deutschlands und noch vor Niedersachsen der größte Nahrungsmittelproduzent hierzulande. Ein Fünftel aller Äcker und Weiden Deutschlands liegen in Bayern, hier wird rund ein Viertel der deutschen Milch produziert, bei Hopfen ist es sogar ein Viertel der weltweiten Produktion. Doch eine große Zahl der bayerischen Landwirte verabschiedet sich von Ackerbau und Viehzucht. So arbeiteten 1991 noch 320.000 Menschen auf bayrischen Almten und Höfen, 2009 waren es

gerade mal 161.000. Die Land- und Forstwirtschaft erwirtschaftet gerade mal noch ein Prozent der Bruttowertschöpfung des Bundeslands.<sup>192</sup>

Die wirtschaftliche Stärke einer Region wird sich zunehmend in den Städten konzentrieren. Gleichzeitig muss sich der ländliche Raum immer stärker auf Umverteilung verlassen. Die immerhin funktioniert in Bayern: Die Landesregierung streicht viele Subventionen aus EU- und Bundesmitteln ein und erhält die Landwirtschaft aus politischen Gründen am Leben. Die Landesregierung will mit der Förderung nicht nur die sozialen Strukturen im ländlichen Raum erhalten. Sondern indirekt auch eine der wichtigsten bayerischen

Industrien stützen: den Tourismus. Denn die Landwirte übernehmen nicht nur die Nahrungsmittelproduktion – sie pflegen auch die Landschaft und stellen damit sicher, dass Touristen in Bayern eine pittoreske Kulisse vorfinden. Das Bundesland ist das Reiseziel Nummer 1 für ausländische Gäste, die nach Deutschland kommen. Die Tourismusbranche setzt in Bayern jährlich mehr als 24 Milliarden Euro um, das ist fast ein Fünftel der gesamtdeutschen touristischen Wertschöpfung. Und sie gibt mehr als 560.000 Bayern Arbeit.<sup>193</sup> Kein Wunder also, dass – allen Hochtechnologiebranchen zum Trotz – Tourismus in Bayern als „Leitökonomie“ bezeichnet wird. Denn er ist eine Chance für den weitläufigen ländlichen Raum des Bundeslandes – womöglich die einzige.

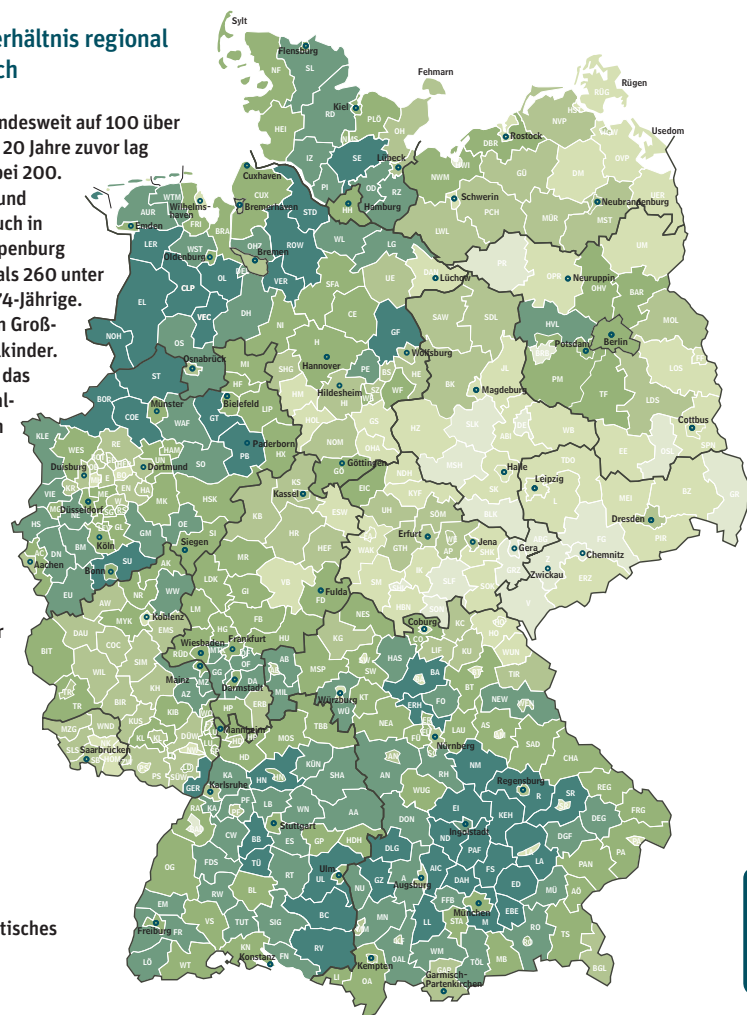
## Kinder-Senioren-Verhältnis regional stark unterschiedlich

Im Jahr 2008 kamen bundesweit auf 100 über 74-Jährige 158 Kinder – 20 Jahre zuvor lag dieses Verhältnis noch bei 200. In Kreisen wie Freising und Erding in Bayern aber auch in niedersächsischen Cloppenburg und Vechta leben mehr als 260 unter 15-Jährige je 100 über 74-Jährige. Somit kommen auf einen Großelternteil fast drei Enkelkinder. Weitaus ungünstiger ist das Jung-Alt-Verhältnis vor allem in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen und Thüringen. Im thüringischen Altenburger Land oder Gera sind es nur noch 88 Kinder je 100 Hochaltrige.

Anzahl unter 15-Jähriger je 100 über 74-Jährige 2008

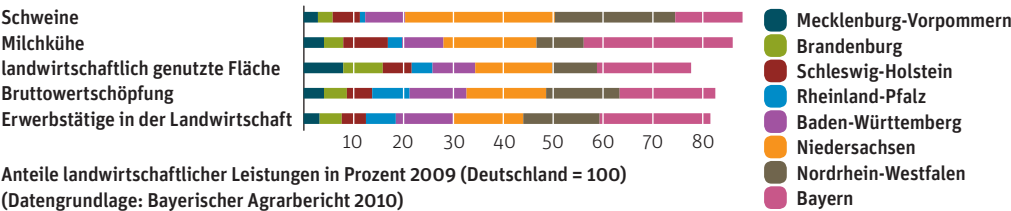
- unter 100
- 100 bis unter 125
- 125 bis unter 150
- 150 bis unter 175
- 175 bis unter 200
- 200 und mehr

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)



Bayern dominiert die Agrarwirtschaft in Deutschland

Jeder fünfte Landwirt, Fischer oder Förster in Deutschland kommt aus Bayern. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche, bei den Milchkühen sowie der daraus resultierenden Bruttowertschöpfung. Nur bei der Schweinezucht liegt Niedersachsen vorn – fast jedes dritte deutsche Schwein ist ein niedersächsisches.



Bewertung Bayern

Bewertung Bayern		Gesamtnote	Kinder	Unter 35	Frauen	Wanderung	Über 74	Prognose	Zwischennote	Trend	Verfügb. Einkommen	Bruttoinlandsprodukt	Kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl.+Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altenbeschäftigung	Fremdenverkehr	Zwischennote	Trend	Bildungschancen	Arbeitsmarktmöglichkeiten	Zwischennote	Ohne Abschluss	Jugendarbeitslosigkeit	Hoch Qualifizierte	Zwischennote	Singelhäushalte	Kinderbetreuung	Freifläche	Zwischennote		
AIC	Aichach-Friedberg	3,17	4	3	2	2	2	1	2,3	4,6	↘	1	4	3	2	1	4	3	5	2,9	2,6	↗	6	5	5,5	3	2	6	3,7	2	5	3	3,3
AÖ	Altötting	3,31	4	4	2	3	4	3	3,3	4,4	↘	3	1	4	2	2	4	3	5	3,0	2,1	↗	5	4	4,5	1	2	4	2,3	3	6	4	4,3
AM	Amberg	3,75	5	4	4	2	5	3	3,8	3,8	→	3	1	3	4	3	4	4	5	3,4	4,1	↘	1	6	3,5	3	3	4	3,3	6	5	4	5,0
AS	Amberg-Weizsach	3,60	5	3	2	4	3	4	3,5	5,0	↘	4	5	6	2	2	4	3	5	3,9	2,3	↗	1	6	3,5	2	2	6	3,3	3	6	1	3,3
AN	Ansbach, Stadt	2,80	5	3	1	2	5	3	3,2	2,8	↗	3	1	1	3	2	2	3	4	2,4	2,4	↗	1	3	2,0	2	3	5	3,3	4	5	1	3,3
AN	Ansbach, Landkreis	3,08	5	3	3	3	3	3	3,3	4,4	↘	3	4	3	1	2	3	2	4	2,8	2,6	↗	1	3	2,0	3	2	6	3,7	3	5	2	3,3
AB	Aschaffenburg, Stadt	3,31	5	3	1	2	4	2	2,8	2,8	↗	2	1	3	3	2	4	3	5	2,9	3,6	→	6	5	5,5	2	3	5	3,3	4	4	4	4,0
AB	Aschaffenburg, Landkreis	3,37	4	4	2	3	3	3	3,2	4,4	↘	2	4	2	2	1	3	3	5	2,8	3,4	→	6	5	5,5	2	2	5	3,0	3	5	4	4,0
A	Augsburg, Stadt	3,38	5	3	1	1	4	2	2,7	2,2	↗	4	1	3	4	3	3	3	5	3,3	5,0	↘	6	3	4,5	3	2	3	2,7	6	4	5	5,0
A	Augsburg, Landkreis	3,19	4	3	2	2	2	1	2,3	4,2	↘	2	4	2	2	1	3	3	5	2,8	2,3	↗	6	5	5,5	3	2	6	3,7	3	5	4	4,0
KG	Bad Kissingen	3,45	5	4	4	3	5	4	4,2	4,8	↘	3	4	4	2	2	4	3	1	2,9	3,0	→	1	6	3,5	3	2	6	3,7	2	5	2	3,0
TÖL	Bad Tölz-Wolfratshausen	2,70	4	4	1	2	3	1	2,5	3,2	↗	1	4	3	3	1	3	3	1	2,4	3,6	→	1	5	3,0	1	1	5	2,3	4	5	2	3,7
BA	Bamberg, Stadt	3,15	6	3	1	2	5	2	3,2	2,0	↗	3	1	1	5	2	4	4	3	2,9	3,6	→	1	5	3,0	2	2	4	2,7	5	4	5	4,7
BA	Bamberg, Landkreis	2,96	4	2	2	2	2	2	2,3	4,6	↘	3	5	2	1	2	3	3	5	3,0	2,4	↗	1	5	3,0	2	2	6	3,3	2	5	3	3,3
BT	Bayreuth, Stadt	3,78	6	2	2	3	4	3	3,3	2,6	↘	2	1	6	6	3	4	4	4	3,8	5,0	↘	6	5	5,5	3	2	4	3,0	4	5	4	4,3
BT	Bayreuth, Landkreis	3,48	5	4	2	3	3	3	3,3	4,2	↘	3	5	6	2	2	3	3	3	3,4	3,3	→	6	5	5,5	2	2	6	3,3	2	5	1	2,7
BGL	Berchtesgadener Land	3,67	5	4	2	2	5	2	3,3	2,4	↗	3	4	4	6	2	5	5	1	3,8	4,6	↘	5	4	4,5	3	1	6	3,3	4	6	2	4,0
CHA	Cham	3,28	5	3	3	3	3	3	3,3	4,6	↘	4	3	5	3	2	4	5	1	3,4	2,0	↗	1	3	2,0	2	2	6	3,3	4	6	1	3,7
CO	Coburg, Stadt	3,16	4	5	2	2	6	5	4,0	2,4	↘	1	1	1	3	3	3	3	4	2,4	3,4	→	1	5	3,0	3	2	4	3,0	5	3	4	4,0
CO	Coburg, Landkreis	3,34	5	4	2	4	4	4	3,8	5,2	↘	2	4	3	1	2	2	2	5	2,6	4,0	↘	1	5	3,0	4	2	6	4,0	2	4	3	3,0
DAH	Dachau	2,97	4	3	2	1	1	1	2,0	3,0	→	1	5	2	2	2	3	2	5	2,8	3,3	→	6	4	5,0	2	2	4	2,7	4	5	4	4,3
DEG	Deggendorf	3,40	6	3	2	2	3	2	3,0	3,4	→	4	3	3	3	2	5	4	5	3,6	3,3	→	1	6	3,5	3	2	5	3,3	2	6	3	3,7
DLG	Dillingen an der Donau	3,29	4	2	4	3	2	2	2,8	4,2	↘	2	4	4	1	2	3	2	5	2,9	2,7	↗	6	5	5,5	3	1	6	3,3	2	6	3	3,7
DGF	Dingolfing-Landau	2,84	4	3	3	3	2	2	2,8	4,4	↘	3	1	1	1	2	3	3	5	2,4	1,9	↗	1	4	2,5	3	2	6	3,7	2	6	2	3,3
DON	Donau-Ries	3,08	4	2	4	3	3	2	3,0	4,2	↘	1	2	2	2	1	4	3	5	2,5	1,7	↗	6	5	5,5	2	1	5	2,7	3	6	2	3,7
EBE	Ebersberg	2,88	4	3	1	1	2	1	2,0	2,8	↗	1	4	3	2	1	3	3	5	2,8	3,3	→	6	4	5,0	2	1	4	2,3	3	5	4	4,0
EI	Eichstätt	2,62	4	1	1	2	2	1	1,8	3,2	→	3	5	1	2	1	4	3	3	2,8	1,6	↗	1	6	3,5	1	1	5	2,3	3	6	2	3,7
ED	Erding	2,76	4	2	1	1	1	1	1,7	3,6	→	2	4	2	2	1	3	2	4	2,5	2,6	↗	6	4	5,0	2	1	6	3,0	3	5	3	3,7
ER	Erlangen	2,96	5	1	2	2	3	2	2,5	2,2	↘	2	1	4	2	2	3	2	4	2,5	3,9	→	6	5	5,5	2	2	1	1,7	6	3	5	4,7
ERH	Erlangen-Höchststadt	2,82	4	3	2	2	2	2	2,5	3,6	→	1	4	3	1	1	2	2	5	2,4	2,0	↗	6	5	5,5	2	1	3	2,0	3	4	4	3,7
FO	Forchheim	2,90	4	3	3	2	2	2	2,7	4,0	↘	2	5	4	1	2	3	2	4	2,9	2,7	↗	1	5	3,0	1	2	5	2,7	2	5	3	3,3
FS	Freising	2,72	5	1	1	1	1	1	1,7	2,6	↗	2	1	5	2	1	3	2	4	2,5	3,7	→	6	4	5,0	2	1	4	2,3	3	5	4	4,0
FRG	Freyung-Grafenau	3,66	5	3	3	4	4	3	3,7	4,8	↘	4	5	5	4	2	5	6	1	4,0	3,1	→	1	6	3,5	2	2	6	3,3	2	6	1	3,0
FFB	Fürstenfeldbruck	3,19	5	4	1	2	2	1	2,5	2,8	↘	1	5	3	3	1	3	3	5	3,0	3,9	→	6	4	5,0	2	2	3	2,3	4	5	5	4,7
FÜ	Fürth, Stadt	3,37	5	3	1	2	2	2	2,5	2,4	↗	1	1	6	2	3	2	2	5	2,8	4,6	↘	6	5	5,5	5	3	4	4,0	5	4	5	4,7
FÜ	Fürth, Landkreis	3,36	4	5	2	2	2	2	2,8	3,6	→	1	5	2	2	2	3	6	2,9	3,0	→	6	5	5,5	2	2	6	3,3	4	4	5	4,3	
GAP	Garmisch-Partenkirchen	3,34	6	5	1	2	5	2	3,5	3,4	→	2	4	4	4	2	4	5	1	3,3	3,9	→	1	5	3,0	2	2	5	3,0	5	5	1	3,7
GZ	Günzburg	2,97	4	2	3	3	2	2	2,7	3,8	→	2	2	1	1	2	3	2	5	2,3	1,6	↗	6	5	5,5	3	2	5	3,3	3	5	3	3,7
HAS	Haßberge	3,36	5	3	3	4	3	4	3,7	4,0	↘	4	4	2	2	2	4	3	5	3,3	2,7	↗	1	6	3,5	3	2	6	3,7	2	5	1	2,7
HO	Hof, Stadt	4,23	5	5	2	4	5	5	4,3	3,6	→	3	2	6	5	3	4	5	5	4,1	4,9	↘	6	5	5,5	4	3	5	4,0	5	3	3	3,7
HO	Hof, Landkreis	3,95	6	6	2	4	6	5	4,8	5,0	↘	2	4	5	3	2	2	4	4	3,3	3,7	→	6	5	5,5	2	2	6	3,3	3	5	2	3,3
IN	Ingolstadt	2,89	5	2	2	1	3	1	2,3	2,4	↗	3	1	3	2	2	4	3	4	2,8	3,0	→	1	6	3,5	4	2	3	3,0	4	4	4	4,0

			Demografie						Wirtschaft										Integr.	Bildung			Familienfrdl.										
		Gesamtnote	Kinderzahl	Unter 35-jährige	Frauenanteil	Wanderung	über 74-jährige	Prognose 2025	Zwischennote	Trend	Verfögl. Einkommen	Bruttoinlandsprodukt	Kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl.+Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Zwischennote	Trend	Bildungschancen	Arbeitsmarktchancen	Zwischennote	Ohne Abschluss	Jugend Arbeitslosigkeit	Hoch qualifizierte	Zwischennote	Singlehaushalte	Kinderbetreuung	Freifläche	Zwischennote		
KF	Kaufbeuren	3,58	4	4	1	2	6	3	3,3	3,2	→	2	3	2	3	3	4	2	5	3,0	3,7	→	5	3	4,0	4	3	5	4,0	6	5	4	5,0
KEH	Kelheim	2,70	3	2	3	2	2	1	2,2	4,2	↘	3	4	2	2	1	4	3	3	2,8	2,7	↗	1	3	2,0	2	2	6	3,3	1	6	2	3,0
KE	Kempten (Allgäu)	3,02	4	3	1	1	5	3	2,8	1,6	↑	2	1	1	2	2	3	2	5	2,3	2,9	↗	5	3	4,0	5	2	4	3,7	6	4	4	4,7
KT	Kitzingen	2,87	5	3	2	2	3	2	2,8	4,6	↘	2	3	3	3	2	3	3	3	2,8	2,3	↗	1	3	2,0	2	2	5	3,0	3	4	3	3,3
KC	Kronach	3,43	6	5	3	4	4	5	4,5	4,6	↘	1	3	6	1	2	2	3	4	2,8	2,7	↗	1	5	3,0	3	2	6	3,7	3	4	2	3,0
KU	Kulmbach	3,75	6	5	3	3	4	4	4,2	4,4	↘	2	3	5	2	3	2	3	5	3,1	3,7	→	6	5	5,5	2	3	6	3,7	3	5	2	3,3
LL	Landsberg am Lech	3,31	4	3	3	1	2	1	2,3	3,8	→	2	4	4	4	1	4	4	5	3,5	2,7	↗	6	4	5,0	3	2	4	3,0	3	6	3	4,0
LA	Landshut, Stadt	3,20	6	4	1	1	5	1	3,0	1,8	↑	2	1	6	3	2	3	4	4	3,1	5,0	↑	1	4	2,5	2	2	5	3,0	4	5	4	4,3
LA	Landshut, Landkreis	2,68	3	2	3	2	1	1	2,0	4,2	↘	3	4	1	2	1	4	3	5	2,9	2,1	↗	1	4	2,5	2	2	5	3,0	1	6	2	3,0
LIF	Lichtenfels	3,33	4	4	2	4	4	4	3,7	4,8	↘	3	3	5	2	2	3	3	2	2,9	3,1	→	1	5	3,0	3	2	6	3,7	2	5	3	3,3
LI	Lindau (Bodensee)	3,28	5	4	2	1	4	2	3,0	3,6	→	2	4	5	3	1	4	4	1	3,0	4,0	↑	5	3	4,0	3	1	4	2,7	4	5	4	4,3
MSP	Main-Spessart	2,95	5	4	4	3	3	3	3,7	4,8	↘	3	3	3	1	1	3	2	4	2,5	2,0	↗	1	3	2,0	2	2	4	2,7	3	5	2	3,3
MM	Memmingen	2,94	4	3	1	2	4	3	2,8	2,0	↗	1	1	1	2	2	3	2	5	2,1	2,6	↗	6	5	5,5	3	2	5	3,3	4	5	2	3,7
MB	Miesbach	2,97	5	4	1	2	3	1	2,7	3,2	→	1	3	5	4	2	3	5	1	3,0	3,0	→	1	5	3,0	2	2	4	2,7	4	5	2	3,7
MIL	Miltenberg	3,65	5	3	3	3	3	3	3,3	5,2	↘	2	4	4	2	2	4	3	5	3,3	3,3	→	6	5	5,5	3	2	6	3,7	2	5	4	3,7
MÜ	Mühlendorf am Inn	3,42	4	3	3	2	3	1	2,7	3,6	→	2	3	4	3	2	4	4	5	3,4	2,4	↗	5	4	4,5	4	2	6	4,0	3	6	3	4,0
M	München, Stadt	2,95	6	1	1	1	2	2	2,2	1,4	↑	1	1	6	3	2	2	2	3	2,5	5,3	↘	6	4	5,0	3	2	1	2,0	6	3	6	5,0
M	München, Landkreis	2,58	4	4	3	1	2	1	2,5	2,0	↗	1	1	1	3	1	3	3	3	2,0	3,0	→	6	4	5,0	1	1	1	1,0	4	4	5	4,3
ND	Neuburg-Schrobenhausen	2,86	3	2	3	2	2	1	2,2	3,4	→	3	3	2	2	1	4	3	5	2,9	2,1	↑	1	6	3,5	2	1	5	2,7	3	6	3	4,0
NM	Neumarkt in der Oberpfalz	2,88	5	2	2	3	2	2	2,7	4,6	↘	3	3	1	2	2	4	3	5	2,9	1,6	↗	1	3	2,0	2	2	5	3,0	3	6	2	3,7
NEA	Neustadt/Aisch-Bad Windsheim	2,85	4	3	3	3	3	2	3,0	4,6	↘	3	4	3	1	2	3	2	3	2,6	1,7	↑	1	3	2,0	2	2	6	3,3	3	5	1	3,0
NEW	Neustadt an der Waldnaab	3,78	6	3	3	4	3	4	3,8	4,6	↘	4	5	4	3	2	4	4	5	3,9	3,1	→	1	6	3,5	4	2	6	4,0	3	6	1	3,3
NU	Neu-Ulm	3,00	4	3	2	2	2	1	2,3	3,2	→	2	3	3	1	1	3	2	5	2,5	2,7	↗	6	5	5,5	3	2	5	3,3	3	4	4	3,7
N	Nürnberg	3,70	6	3	1	1	4	3	3,0	1,8	↑	3	1	6	4	3	3	4	4	3,5	5,0	↘	6	5	5,5	5	3	3	3,7	5	3	6	4,7
LAU	Nürnberger Land	3,29	4	5	2	2	3	2	3,0	4,0	↘	1	4	2	2	2	2	2	5	2,5	3,0	→	6	5	5,5	4	2	5	3,7	4	4	4	4,0
OA	Oberallgäu	3,28	5	4	3	2	3	2	3,2	4,4	↘	2	4	6	3	1	3	4	1	3,0	3,4	→	5	3	4,0	2	2	6	3,3	3	5	2	3,3
OAL	Ostallgäu	3,20	3	3	3	2	3	1	2,5	4,0	↘	3	4	6	3	1	4	4	1	3,3	2,9	↗	5	3	4,0	2	2	6	3,3	3	6	2	3,7
PA	Passau, Stadt	3,46	6	4	1	2	5	2	3,3	1,8	↑	2	1	6	6	2	5	6	2	3,8	4,1	↘	1	6	3,5	3	2	4	3,0	4	4	3	3,7
PA	Passau, Landkreis	3,38	5	3	2	2	3	3	3,0	4,2	↘	4	4	4	3	2	4	5	1	3,4	3,0	→	1	6	3,5	3	2	6	3,7	2	6	3	3,7
PAF	Pfaffenhofen an der Ilm	2,96	5	2	3	2	1	1	2,3	3,8	→	2	4	1	2	1	4	3	5	2,8	2,1	↑	1	6	3,5	4	1	5	3,3	3	6	3	4,0
REG	Regen	3,79	5	4	4	4	3	4	4,0	4,8	↘	4	4	6	4	2	5	6	1	4,0	3,1	→	1	6	3,5	3	2	6	3,7	2	6	1	3,0
R	Regensburg, Stadt	3,02	6	2	1	1	3	1	2,3	1,0	↑	3	1	6	4	2	4	4	3	3,4	4,4	↘	1	3	2,0	2	2	2	2,0	6	5	5	5,3
R	Regensburg, Landkreis	2,95	4	3	2	2	1	1	2,2	4,8	↘	3	5	2	2	1	3	3	5	3,0	2,0	↗	1	3	2,0	2	2	6	3,3	4	6	3	4,3
NES	Rhön-Grabfeld	3,39	5	3	4	5	3	5	4,2	5,2	↘	3	4	4	3	2	4	4	1	3,1	3,1	→	1	6	3,5	3	2	5	3,3	2	3	1	2,0
RO	Rosenheim, Stadt	3,35	5	3	1	2	3	1	2,5	2,2	↗	1	1	5	4	2	4	4	5	3,3	4,3	↘	5	4	4,5	3	2	4	3,0	5	5	5	5,0
RO	Rosenheim, Landkreis	3,21	4	3	2	2	3	1	2,5	4,2	↘	2	4	3	4	2	4	4	2	3,1	2,9	↗	5	4	4,5	2	2	5	3,0	3	6	3	4,0
RH	Roth	3,22	4	3	2	2	2	2	2,5	4,2	↘	2	5	2	2	2	3	3	5	3,0	2,0	↗	6	5	5,5	2	2	6	3,3	3	5	3	3,7
PAN	Rottal-Inn	3,31	4	3	2	2	4	2	2,8	3,8	→	3	4	4	3	2	4	5	3	3,5	3,6	→	1	4	2,5	4	2	6	4,0	2	6	2	3,3
SC	Schwabach	3,56	4	4	2	2	3	2	2,8	2,8	↗	2	3	3	3	2	3	6	3	3,1	4,7	↘	6	5	5,5	3	2	5	3,3	6	5	4	5,0
SAD	Schwandorf	3,44	6	3	2	2	3	3	3,2	3,8	→	4	4	4	2	2	4	4	5	3,6	2,7	↗	1	6	3,5	2	2	6	3,3	3	6	2	3,7
SW	Schweinfurt, Stadt	3,43	4	4	2	2	6	4	3,7	3,2	→	3	1	1	4	3	5	3	5	3,1	3,1	→	1	6	3,5	1	3	4	2,7	4	5	5	4,7
SW	Schweinfurt, Landkreis	3,50	5	4	3	4	3	4	3,8	5,4	↘	3	6	2	1	1	3	2	6	3,0	2,6	↗	1	6	3,5	2	2	6	4,3	2	4	3	3,0
STA	Starnberg	3,02	4	5	1	2	3	1	2,7	3,0	→	1	1	2	5	1	4	5	4	2,9	2,4	↗	6	4	5,0	2	1	2	1,7	4	5	4	4,3
SR	Straubing, Stadt	3,43	5	4	3	2	4	2	3,3	2,8	↗	2	1	6	4	3	3	4	5	3,5	3,6	→	1	6	3,5	4	2	5	3,7	3	5	2	3,3
SR	Straubing-Bogen, Landkreis	3,05	4	3	2	2	2	2	2,5	4,8	↘	4	5	2	3	1	4	4	3	3,3	2,3	↗	1	6	3,5	2	2	6	3,3	1	6	1	2,7
TIR	Tirschenreuth	3,70	5	4	3	4	4	4	4,0	4,8	↘	4	4	4	3	2	4	4	4	3,6	3,0	→	1	6	3,5	3	2	6	3,7	3	6	1	3,3
TS	Traunstein	3,11	3	4	3	2	4	2	3,0	3,6	→	2	3	3	3	2	4	4	1	2,8	3,1	→	5	4	4,5	2	1	5	2,7	3	6	2	3,7
MN	Unterallgäu	3,10	3	3	3	2	3	2	2,7	4,2	↘	2	4	3	2	1	4	3	2	2,6	3,1	→	6	5	5,5	2	1	5	2,7	3	6	2	3,7
WEN	Weiden in der Oberpfalz	3,57	5	4	1	2	4	4	3,3	3,8	→	2	1	5	4	3	3	4	5	3,4	4,9	↑	1	6	3,5	2	4	6	4,0	5	4	2	3,7
WM	Weilheim-Schongau	3,00	4	3	2	2	3	1	2,5	3,8	→	2	3	2	3	2	3	4	4	2,9	2,1	↗	1	5	3,0	3	2	4	3,0	4	6	3	4,3
WUG	Weißenburg-Gunzenhausen	3,03	4	3	3	3	4	3	3,3	4,2	↘	3	4	2	2	2	3	3	3	2,8	2,4	↗	1	3	2,0	2	2	6	3,3	3	5	2	3,3
WUN	Wunsiedel im Fichtelgebirge	4,24	6	6	3	4	6																										



# KLAMME KOMMUNEN UND ENGAGIERTE BÜRGER

## Was kann die Zivilgesellschaft zur Lösung der Probleme beitragen, die der demografische Wandel bringt?

Etwa die Hälfte aller 413 deutschen Kreise verliert bereits gegenwärtig Bevölkerung. In 42 Landkreisen und kreisfreien Städten schrumpft die Einwohnerzahl seit 2004 um mehr als ein Prozent pro Jahr.<sup>194</sup> Wirtschaftliches Wachstum findet vorwiegend in urbanen Räumen statt, und die dabei entstehenden Arbeitsplätze sind ein Grund dafür, dass die deutschlandweit kleiner werdende Zahl junger Menschen dorthin zieht. In tausenden Kleinstädten und Dörfern hingegen fehlt nicht nur die nachwachsende Generation, es mangelt auch an Steuer- und Gebührenzahlern, an Nutzern der kommunalen Infrastruktur, an Kunden für lokale Dienstleister und an Nachwuchs für Vereine und die freiwillige



Feuerwehr. Schulen schließen, öffentliche Buslinien werden eingestellt, Läden und Poststellen machen zu. All dies raubt den Orten im ländlichen Raum zusätzlich Attraktivität, die sie doch dringend bräuchten, um Menschen zu halten.

Aber auch viele Großstädte leiden unter dem demografischen Wandel. Vor allem solche, deren Wirtschaft lange von heute veralteten Industrien dominiert war. Viele dieser Orte haben während des Strukturwandels tausende Bewohner verloren – oft die jungen und am besten gebildeten. Heute kämpfen die einstigen Industrieviertel in bestimmten Stadtvierteln mit einer Häufung von gering Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen. Im Westen der Republik sind insbesondere Einwanderer oft nur gering gebildet, arbeitslos und arm. Die Kindergeneration kann sich nur sehr schwer aus den Unterschichtmilieus der Städte lösen, weil weder das familiäre Umfeld noch die Umgebung Lernanreize und Motivation vermitteln. Hinzu kommt häufig eine chronische Finanzknappheit der Kommunen, die den Verwaltungen kaum Spielräume für Investitionen in die Zukunft lässt.

An den demografischen Veränderungen in den deutschen Regionen zeigt sich, dass Staat und Kommunen viele Probleme nicht lösen und die Erwartungen der Bürger nicht erfüllen können. Auf der einen Seite mangelt es an Geld – auf der anderen Seite lassen sich auch mit Geld nicht alle Schwierigkeiten aus der Welt schaffen. Dies machen etwa die enormen Ausgaben deutlich, die im Laufe der Jahre ohne ein nachhaltiges Konzept in die Kohleförderung für die Bergbauregionen des Westens oder in den Aufbau Ost geflossen sind.

Obwohl immer wieder ein „Rückzug des Staates“ aus der sozialen Verantwortung beklagt wird, gibt die Bundesrepublik de facto seit Mitte der 1990er Jahre weitgehend unverändert mehr als 30 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Sozialleistungen aus – im Jahr 2009 waren das mit 31,3 Prozent des BIP fünf Prozentpunkte mehr als 1990 und sieben mehr als 1970.<sup>195</sup> Die Zahl der hauptamtlich Beschäftigten in der freien Wohlfahrtspflege hat sich seit 1970 fast vervierfacht.<sup>196</sup> Zwar hat einerseits die Zahl der Hilfebedürftigen und älteren Menschen zugenommen, doch sind andererseits auch die Erwartungen an die Qualität öffentlicher Güter und Dienstleistungen gestiegen – staatlich finanzierte Standardlösungen stellen die Bürger immer seltener zufrieden. Angesichts dieser Ansprüche fallen der Zivilgesellschaft neue Aufgaben zu. Die Unfähigkeit des Staates, alle Erwartungen zu erfüllen, soll durch eine größere Eigenverantwortung der Bürger für Lebensrisiken und ihr Lebensumfeld

beantwortet werden, so lautet oft der Tenor, – von der Kinderbetreuung über die Pflege bis zur Altersvorsorge. Selbstorganisiertes, freiwilliges Engagement von Bürgern für ihre Gemeinschaft soll lokale, aber auch übertragbare Lösungen finden, Probleme mildern und Lebensqualität erhalten – kreativ, gemeinschaftsstiftend und kostengünstig.

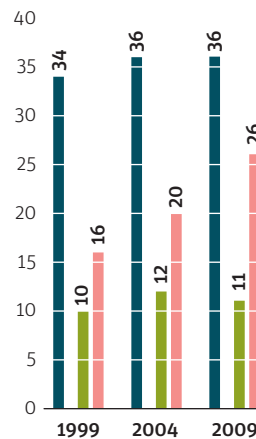
Deshalb wird ehrenamtliches, bürgerschaftliches, bürgerliches oder eben freiwilliges Engagement allorts gelobt und mehr und mehr auch eingefordert. In den vergangenen zehn Jahren sind Landes- und Bundesnetzwerke für Engagierte entstanden. Es gibt fast täglich Konferenzen, Freiwilligentage, Ehrenamtsbörsen oder Seminare zur Gewinnung und Schulung von Freiwilligen. Bundes- und Landesminister werben wie Wohlfahrtsverbände und Stiftungen öffentlich für Engagement.

Doch welches Potenzial birgt freiwilliges Engagement jenseits von feierlichen Ansprachen und Tagungen angesichts der Tatsache, dass die Bevölkerung älter wird und schrumpft und die regionalen Disparitäten größer werden? Können einfache Bürger dazu beitragen, dass die Kinder einer Kommune besser gebildet, Läden und Kulturhäuser nicht geschlossen, Hilfsbedürftige gepflegt, eine Busverbindung aufrechterhalten wird? Können Freiwillige dafür sorgen, dass schrumpfende Regionen ihre Lebensqualität nicht verlieren?

**Freiwilliges Engagement und Bereitschaft zum freiwilligen Engagement, Bevölkerung ab 14 Jahre in Prozent**

■ Engagiert  
■ Bestimmt bereit  
■ Eventuell bereit

(Datengrundlage: Freiwilligen-surveys 1999, 2004 und 2009)



Bisher hat das freiwillige Engagement trotz der stark gewachsenen öffentlichen Diskussion über Sinn und Notwendigkeit von ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht zugenommen. Der bundesweite Freiwilligen-survey zeigt, dass in den vergangenen zehn Jahren stets ein reichliches Drittel aller Bürger freiwillig engagiert war.<sup>197</sup> Die unterschiedliche Geschichte der beiden Teile Deutschlands, vermutlich aber auch der Wegzug hunderttausender gebildeter und motivierter Menschen aus den neuen Bundesländern sind Gründe dafür, dass es erhebliche Unterschiede beim Grad des Engagements zwischen Ost und West gibt. Nach den Ergebnissen des Generali Engagementatlas 2009 mit den Umfrageergebnissen des Forschungsinstituts Prognos ist im Westen der Anteil engagierter Bürger etwa ein Drittel höher als im Osten.<sup>198</sup>

Das Gros des Engagements, etwa ein Drittel, findet in den Bereichen Sport, Freizeit und Geselligkeit statt. Knapp ein Fünftel der Engagierten ist im Bereich Soziales, Gesundheit und Pflege tätig. 14 Prozent arbeiten freiwillig vor Ort, etwa bei Feuerwehr und Rettungsdienst. Lediglich elf Prozent engagieren sich für ältere Bürger. Hier liegt in der Zukunft der größte Handlungsbedarf, denn die Zahl der über 74-Jährigen wird sich in den nächsten vier Jahrzehnten verdoppeln. Vor allem die Generation der 55- bis 64-Jährigen scheint das zu erkennen. Mit über fünf Prozent dieser Altersgruppe sind hier nicht nur anteilig

## Nicht mehr Engagement, aber mehr Bereitschaft dazu

Trotz aller Förderprogramme und Engagementpreise ist der Anteil jener Menschen, die sich freiwillig engagieren, in den vergangenen zehn Jahren praktisch unverändert geblieben. Ein reichliches Drittel der Bürger gibt an, sich in dieser Form für die Gesellschaft einzusetzen. Lediglich der Anteil jener, die „eventuell bereit“ wären, sich zu engagieren, hat deutlich zugenommen. Um diese stille Reserve in die Reihen der Aktiven zu holen, müssen die Angebote den Interessen und Fähigkeiten der potenziellen zivilgesellschaftlichen Akteure entsprechen. Vor allem braucht es Angebote, die niedrigschwelliger sind als die des klassischen Ehrenamtes mit seinen starren Strukturen.

die meisten Menschen für Ältere engagiert, sondern hier ist auch die Bereitschaft am größten, noch mehr zu tun. Von den bereits Aktiven könnte sich laut Befragung zum Engagementatlas 2009 ein Drittel vorstellen, in Zukunft für ältere Menschen tätig zu werden. Insgesamt können sich 37 Prozent allerer, die sich derzeit nicht gesellschaftlich engagieren, vorstellen, bürgerschaftlich aktiv zu werden. Hier zeigen vermutlich die öffentliche Diskussion und die enorme Zahl an Projekten und Programmen zum freiwilligen Engagement ihre Wirkung.

Zwar ist ein stärkeres Engagement aller Altersgruppen wünschenswert, doch die Kohorte der 55- bis 64-Jährigen und die der „jungen Rentner“ über 64 Jahre sind die einzigen zahlenmäßig wachsenden Gruppen, von der die Zivilgesellschaft in Zukunft profitieren kann. Die große Gruppe der in den 1960er Jahren geborenen Babyboomer, die derzeit noch überwiegend in guten Positionen im Beruf stehen, wird in zehn bis 20 Jahren in Rente gehen. Es ist die erste gesellschaftliche Gruppe, die begriffen haben dürfte, welche Folgen der demografische Wandel für das Gemeinwesen hat. Diesen Menschen geeignete Strukturen zu bieten, in denen sich ihr Engagement entfalten kann, bildet die große Herausforderung der nächsten Jahre.



## Freiwilliges Engagement – keine neue Erfindung

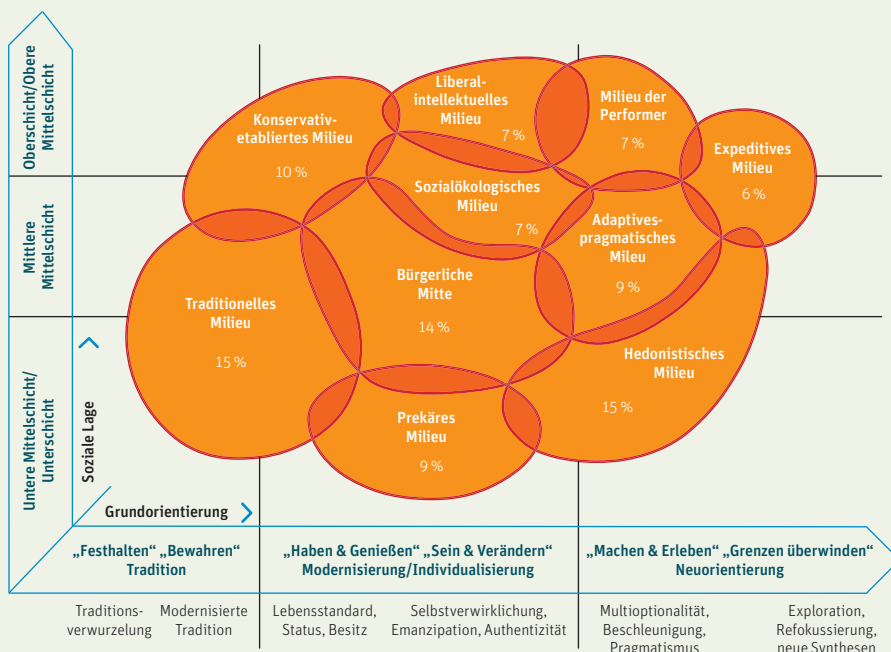
Unter „freiwilligem Engagement“ sind all jene Aktivitäten zu verstehen, die freiwillig, unentgeltlich, weitgehend öffentlich und im Interesse des Gemeinwohls stattfinden. Das schließt klassische „Ehrenämter“ mit ein, die innerhalb von Vereinen oder Organisationen übernommen werden, beschränkt sich aber nicht darauf. Eine bloße Mitgliedschaft in Vereinen, die für Unterhaltung oder Geselligkeit sorgen, zählt nicht dazu – ebenso wenig wie etwa die Hilfe für Verwandte oder Freunde.

Freiwillig engagiert haben sich Bürger schon immer – nicht selten vom Staat stark beschränkt oder argwöhnisch beäugt. Die Kirche ist eine der ältesten Institutionen, die freiwilliges Engagement für Bedürftige zu einem Teil ihres Wirkens gemacht hat. Doch gab es auch schon früher Engagement, das nicht an Religion geknüpft war – etwa in den seit 200 Jahren existierenden Freiwilligen Feuerwehren. Das Allgemeine Preußische Landrecht gestand den Untertanen seit 1794 zu, sich in Vereinen zusammenzufinden, allerdings bei gleichzeitigem Verbot „jeder

Beratung politischer Angelegenheiten“. Die in Deutschland bis 1945, in der DDR bis 1989 andauernden diktatorischen Zustände sorgten für den bis heute tiefen Ruf der deutschen „Vereinsmeierei“. Das Wort steht für eine Haltung von Vereinsmitgliedern, die etwa als Kaninchenzüchter oder Schützen vor allem ihrem speziellen Interesse nachgingen und sich dabei aus dem – politisch überwachten – öffentlichen Leben zurückzogen und damit gleichzeitig auf jeden Versuch verzichteten, die Gesellschaft zu verändern.

Die Bundesrepublik hatte auf der Basis einer boomenden Ökonomie mit Vollbeschäftigung und ständig wachsenden Einkommen lange darauf gesetzt, durch den Ausbau von sozialen Beratungs- und Unterstützungsangeboten die Bedürfnisse von Menschen „professionell“ zu lösen. Doch mit der 68er-Bewegung in der Bundesrepublik wollten sich die Bürger wieder stärker in die Organisation der Gesellschaft einmischen. Sie forderten mehr politische Partizipation und es entstanden soziale Bewegungen und Selbsthilfegruppen zu Themen, die viele Menschen beschäftigten.

Im vereinigten Deutschland bekam die Diskussion um das freiwillige Engagement Ende der 1990er Jahre einen starken Schub, als trotz hohen Wohlstandes durch Dauerarbeitslosigkeit, Politikverdrossenheit und klamme öffentliche Kassen Tendenzen des sozialen Zerfalls sichtbar wurden. Von der Vernetzung und Förderung von freiwilligem Engagement versprach man sich nicht nur eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sondern auch kreative und kostengünstige Lösungen für soziale Probleme. Im Jahr 2001 entstand aus einem Beirat zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ ein „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches



Gesellschaftliche Milieus in Deutschland  
(Datengrundlage: Sinus Sociovision)

## Unterschiedliche Lebensstile

Das Sinus-Institut unterscheidet in Deutschland zehn gesellschaftliche Milieus.<sup>8</sup> Diese weichen nicht nur in Einkommen, Lebensweise und Wertesystem voneinander ab, sie haben auch unterschiedliche Einstellungen zu freiwilligem Engagement. Während das „Prekäre Milieu“ und das „Hedonistische Milieu“ in der Regel nichts für das Gemeinwohl tun, arbeitet der Traditionsverwurzelte etwa als Zeugwart bei der Freiwilligen Feuerwehr, der Liberal-Intellektuelle leitet eine Selbsthilfegruppe, die Moderne Performerin coacht eine jugendliche Migrantin. Deshalb verändert sich durch den sozialen und demografischen Wandel nicht nur die Nachfrage nach, sondern auch das Angebot von Engagement.

Engagement“, das freiwilliges Engagement in allen Gesellschaftsbereichen fördern will. Zu diesem Bundesnetzwerk gehören mittlerweile zahlreiche Gremien, Institute und Verbände, die häufig selbst bereits „Netzwerke“ sind. Manche darunter sind altherwürdig, etwa der Deutsche Feuerwehrverband oder die Deutsche Bischofskonferenz. Manche bestehen seit Jahrzehnten, etwa die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen oder die Nakos, das Netzwerk der Selbsthilfekontaktstellen. Andere Mitglieder des Bundesnetzwerks existieren kaum länger als zehn Jahre, etwa der Bundesverband der Fördervereine. Die Entwicklung zeigt vor allem eins: Die Formen von Engagement verändern sich – von festen, fast unternehmensgleichen Strukturen hin zu freierem, individuellem Engagement.

Menschen setzen sich heute in erster Linie freiwillig für etwas ein, weil es ihnen Freude macht. Erst danach kommt das Bedürfnis, anderen helfen zu wollen. Ebenso wichtig, wie in diesem Sinne karitativ zu handeln, ist Befragten, dass sie mit „sympathischen Menschen“ zusammenkommen und gemeinsam etwas anpacken, was ihnen wichtig ist. Freiwilliges Engagement soll sinn- und gemeinschaftsstiftend sein. Angebote, sich zu engagieren, müssen diesen Bedürfnissen entgegenkommen, wenn sie Resonanz finden wollen. Die moderne Gesellschaft ist sehr viel heterogener geworden. Sie vereint nicht mehr nur „Arbeiterschaft“ und „Bürgertum“, sondern zahlreiche Milieus, die sich auch bei ähnlicher sozialer Lage in ihren Werten und Einstellungen, aber eben auch in der bevorzugten Form von freiwilligem Engagement unterscheiden.

So finden sich nach der Kategorisierung des Sinus-Instituts in einer unteren sozialen Lage nicht nur traditionsverwurzelte Arbeiter, sondern auch „Prekäre Milieus“

und Hedonisten.<sup>199</sup> Während sich die letzteren beiden Gruppen kaum freiwillig für die Gemeinschaft engagieren, findet man Angehörige des traditionellen Milieus vorwiegend als Vereins- oder Gewerkschaftsmitglied im klassischen Ehrenamt. In der gesellschaftlichen Mittel- und Oberschicht gibt es neben der „bürgerlichen Mitte“ heute auch die „Liberal-Intellektuellen“, die „Performer“, das „sozialökologische Milieu“ und das „Expeditiv Milieu“. Während Menschen aus der bürgerlichen Mitte noch zu den Machern und Organisatoren des klassischen Ehrenamtes gehören, können sich letztgenannte Gruppen mit traditionellen Engagementformen kaum mehr identifizieren. Gerade diese neue Mittel- und Oberschicht drängt in die neuen Formen des Engagements. „Liberal-Intellektuelle“ und „Moderne Performer“ wollen selbst bestimmen, auf welche Weise und wie lange sie sich einbringen. Sie schauen sich in Freiwilligenbörsen um, treten Initiativen bei oder gründen selbst welche. Und streifen am „Tag des Engagements“ auch mal den Blaumann über.

Zugleich ist das wachsende Interesse an freiwilligem Engagement auch ein „Angebotseffekt“. Mit den Babyboomern wird eine große Gruppe von Menschen älter, die in der Regel gut ausgebildet und finanziell abgesichert ist. Die sehr Wohlhabenden unter ihnen gründen nicht selten Stiftungen – gegenwärtig werden in Deutschland jährlich etwa 900 neu errichtet.<sup>200</sup> Mehr Menschen suchen jedoch eine sinnstiftende Tätigkeit nach Beruf und Familienphase, wollen aktiv an einer lebenswerten Kommune oder einer gerechten Gesellschaft mitwirken und dabei Gleichgesinnte treffen. Dabei wollen die Engagierten gleichzeitig autonom bleiben und eigene Ideen verwirklichen. All diese Faktoren dürften in Zukunft nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität des freiwilligen Engagements verändern.

## Engagement in demografischen Problemregionen – die Untersuchung des Berlin-Instituts

Bundesweite Befragungen geben zwar einen guten Gesamtüberblick über das Themenfeld freiwilliges Engagement, lassen aber lokale Probleme im Dunkeln. Das Berlin-Institut will mithilfe der vorliegenden regionalen Untersuchung herausfinden, wie es in den demografischen Problemregionen Deutschlands tatsächlich um das Engagement der Bürgerschaft bestellt ist. Wie gehen freiwillig Engagierte Probleme an? Welche Erfolge und Herausforderungen gibt es dabei? Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen aktiver Bürgerschaft, Kommunalverwaltung und Wohlfahrtsverbänden? Und trägt freiwilliges Engagement in der Region dazu bei, die Lebensqualität der Menschen angesichts einer problematischen demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu verbessern? Um diesen Fragen nachzugehen, hat das Berlin-Institut sechs Regionen Deutschlands ausgewählt und besucht. Dort waren in Experteninterviews und Gruppendiskussionen Menschen Gesprächspartner, die bei der Organisation von freiwilligem Engagement eine Schlüsselposition einnehmen: Verantwortliche in den Verwaltungen, in Vereinen und Verbänden oder bei Organisationen der Wohlfahrtspflege.

Bewusst wurden als Untersuchungsorte Regionen ausgewählt, die von demografischen Problemen besonders betroffen sind, und keine prosperierenden und wachsenden Kreise. In letzteren ist die Zivilgesellschaft im Allgemeinen weitaus besser vertreten, wobei die gute wirtschaftliche Lage förderlich für das Engagement ist. Umgekehrt trägt eine engagierte Gesellschaft über Netzwerke, die weit über das Ehrenamt hinausgehen, zum wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstand bei.

Stark alternde und schrumpfende Regionen verlieren tendenziell jene gut qualifizierten und engagierten Bürgerinnen und Bürger, die für den sozialen Zusammenhalt nötig wären. Freiwilliges Engagement steht also in demografischen Problemgebieten nicht nur vor besonderen kommunalen Herausforderungen – es findet auch in einem anderen Rahmen statt als in florierenden oder stabilen Regionen.

## Die Untersuchungsregionen

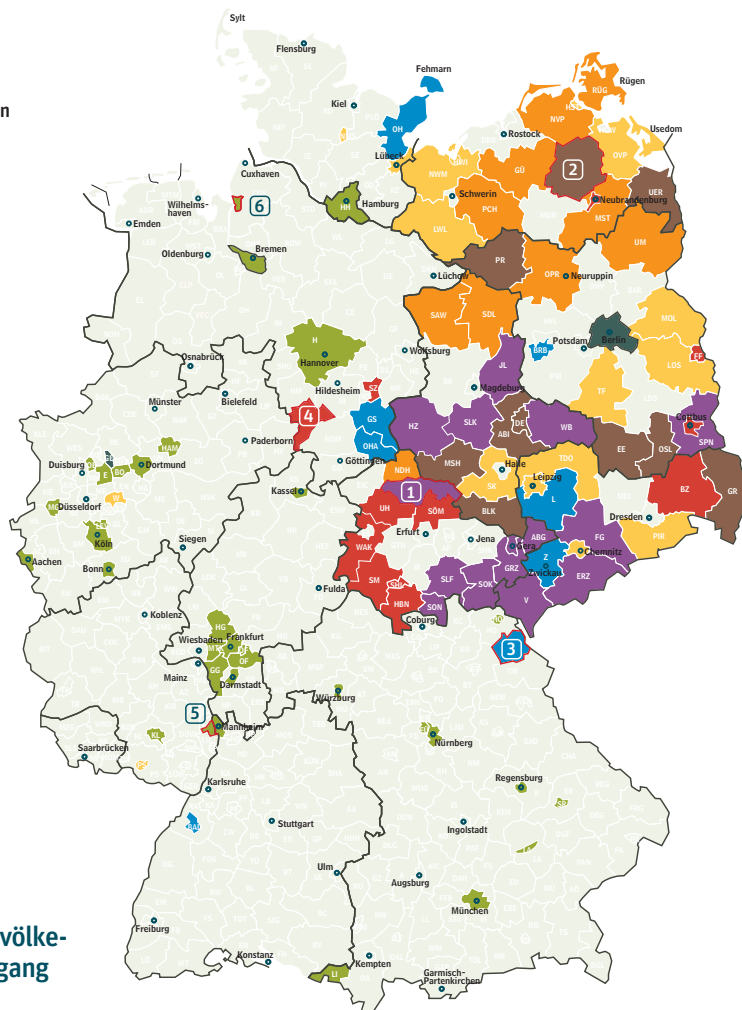
Zur Auswahl der Untersuchungsregionen wurden sämtliche Kreise Deutschlands anhand eines Sets von Indikatoren analysiert. Dazu wurden vier verschiedene Paare von Indikatoren gebildet, die auf besondere Problemlagen hindeuten. In das jeweilige „Problemcluster“ wurden all jene Landkreise und kreisfreien Städte aufgenommen, die bestimmte Schwellenwerte überschreiten. Diese Schwellenwerte markieren dabei für jedes Indikatorenpaar in etwa die problematischsten zehn Prozent aller deutschen Kreise.

Es ist kein Zufall, dass einige Kreise gleichzeitig von mehreren dieser kritischen Problemlagen betroffen sind, denn die Probleme kumulieren häufig in demografischen Krisengebieten. So gibt es zahlreiche Kreise, in denen die Bevölkerung stark schrumpft und gleichzeitig stark überaltert ist. Viele dieser Kreise weisen darüber hinaus Bildungs- und Beschäftigungsprobleme bei der Jugend auf. Insgesamt gelangten anhand der genannten Indikatoren 108 Kreise in eine oder mehrere der vier Gruppen.

### Die vier Problemlagen und ausgewählte Untersuchungsregionen

- Cluster 1
- Cluster 2
- Cluster 3
- Cluster 4
- Cluster 1 und 2
- Cluster 1 und 3
- Cluster 3 und 4
- Cluster 1, 2 und 3

(Datengrundlage:  
Eigene Berechnung)



### 1 Starker Bevölkerungsrückgang

Einwohnerverluste bedeuten für einen Kreis eine sinkende Anzahl von Steuer- und Beitragszahlern, schrumpfendes Erwerbstätigenpotenzial, Immobilienwertverfall und steigende Infrastrukturkosten je Einwohner. Obwohl unter diesen Bedingungen die Anforderungen an die Zivilgesellschaft steigen, wird die Aktivierung der Bürger eher erschwert, da Regionen mit Bevölkerungsrückgang besonders ihre aktivste und gut gebildete Einwohnerschicht verlieren. Als stark schrumpfend gelten dabei Kreise, die in der Bevölkerungsprognose bis 2025 mehr als zwölf Prozent Einwohnerverlust zu erwarten haben sowie einen aktuellen Wanderungsverlust von mehr als fünf Personen je 1.000 Einwohner verzeichnen. 47 Landkreise und kreisfreie Städte fallen in diese Kategorie.

### Vielfältige Problemlagen

Alterung, Bevölkerungsschwund, mangelhafte Bildung und Integrationsmängel sind die größten Probleme im Rahmen des demografischen Wandels. 108 Kreise und kreisfreie Städte erweisen sich anhand einer oder mehrerer der vier ausgewählten Indikatoren als besonders vom demografischen Wandel betroffen. Sie liegen überwiegend im Osten Deutschlands. Dabei treffen häufig mehrere Problemlagen auf ein und denselben Kreis zu. Für die Vor-Ort-Untersuchungen wurden sechs Regionen ausgewählt: der Kyffhäuserkreis in Thüringen (1), Demmin in Mecklenburg-Vorpommern (2), Wunsiedel in Bayern (3), Holzminden in Niedersachsen (4), Ludwigshafen in Rheinland-Pfalz (5) und Bremerhaven (6) zum Stadtstaat Bremen gehörend.

Kreis	Cluster 1		Cluster 2		Cluster 3		Cluster 4	
	Bevölkerungsprognose 2025 Prozent	Wanderung je 1.000 Einwohner	Unter 35-Jährige Prozent	Über 74-Jährige Prozent	Ohne Schulabschluss Prozent	Jugend- arbeits- losigkeit Prozent	Kommunale Schulden Euro je Einwohner	Ausländer- anteil Prozent
1 Kyffhäuserkreis	- 19,5	- 10,5	31,2	9,7	7,7	10,0	1.298	1,2
2 Demmin	- 23,0	- 14,6	31,9	9,2	11,8	10,8	1.498	1,6
3 Wunsiedel im Fichtelgebirge	- 18,0	- 4,9	31,9	11,7	6,2	4,3	2.921	6,5
4 Holzminden	- 12,6	- 5,9	34,0	11,3	9,9	5,4	299	6,4
5 Ludwigshafen am Rhein	1,9	1,3	38,1	8,7	12,4	6,3	2.138	21,6
6 Bremerhaven	-8,7	-2,7	36,7	9,5	8,9	9,4	23.084	10,6
Deutschland	- 1,5	0,4	36,8	8,6	7,0	5,0	987	8,8
Schwellenwert	< - 12,0	< - 5,0	< 32,0	> 9,0	> 9,0	> 8,0	> 1.300	> 10,0

## 2 Demografische Überalterung

Oberhalb eines Alters von 74 Jahren steigt die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden. Ist der Bevölkerungsanteil Hochbetagter sehr groß und sinkt gleichzeitig der Anteil jüngerer Menschen überproportional, so entstehen nicht nur enorme Belastungen für die kommunalen Haushalte, sondern es fehlen auch Menschen, die professionelle Pflege oder familiäre Unterstützung leisten können. Deshalb ist freiwilliges Engagement dort besonders wichtig.

Als deutlich überaltert gelten Kreise mit einem Anteil über 74-Jähriger von mehr als neun Prozent und einem Anteil unter 35-Jähriger von weniger als 32 Prozent. 33 Landkreise und kreisfreie Städte fallen in diese Kategorie.

## 3 Bildungs- und Beschäftigungsprobleme Jugendlicher

Ein hoher Anteil jugendlicher Arbeitsloser und unqualifizierter Schulabgänger ist eine schwere Hypothek auf die Zukunft einer Region. Fachkräftemangel, Perspektivlosigkeit und soziale Spannungen können die Folge sein. Auch wenn die Hauptverantwortung für Bildung beim Staat liegt, kann zivilgesellschaftliches Engagement zur Entschärfung der Lage beitragen.

Als Kreise mit erheblichen Bildungs- und Arbeitsmarktproblemen für Jugendliche gelten dabei jene mit über neun Prozent Schulabgängern, die keinen Abschluss erreichen, sowie mit einer Jugendarbeitslosigkeit von über acht Prozent. 39 Landkreise und kreisfreie Städte fallen in diese Kategorie.

## 4 Hoher Migrantenanteil bei gleichzeitig hoher kommunaler Verschuldung

Städte und Regionen mit sehr hohen Migrantenanteilen stehen vor der Herausforderung, die Zugewanderten und ihre Kinder in das Bildungs- und Beschäftigungssystem zu integrieren. Dies ist besonders schwierig, wenn sich vor dem Hintergrund einer früheren Gastarbeiterzuwanderung vor allem gering qualifizierte Migranten in bestimmten Städten konzentrieren. Hat die Kommune zusätzlich in der Vergangenheit über ihre Verhältnisse gelebt und sich hoch verschuldet, sind die Spielräume für aktive Integrationspolitik wie für kommunales Handeln insgesamt gering. Freiwilliges Engagement der Bürger ist dann häufig eines der wenigen verbleibenden Potenziale.

Als Kreise mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund gelten solche mit einem Ausländeranteil von über zehn Prozent. Der Migrantenanteil, der jene Menschen mit ausländischen Wurzeln einschließt, die bereits einen deutschen Pass besitzen, ist in der Statistik nicht auf Kreisebene verfügbar. Stellvertretend wird deshalb hier der Ausländeranteil verwendet, der im Allgemeinen ungefähr halb so groß wie der Migrantenanteil ist. Als hoch verschuldet gelten hier Kreise mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von über 1.300 Euro je Einwohner. In 36 Kreisen, bis auf fünf Ausnahmen allesamt kreisfreie Städte, paaren sich hoher Migrantenanteil und hohe Verschuldung der Kommunen.

Aus diesen vier Problemclustern wurden sechs Regionen stellvertretend ausgewählt – jeweils in Ost- und Westdeutschland sowie in verschiedenen Bundesländern. Vier der Regionen sind Kreise im ländlichen Raum, je zwei in den neuen und alten Bundesländern: der Landkreis Demmin in Mecklenburg-Vorpommern (2); der Kyffhäuserkreis in Thüringen (1); der fränkische Landkreis Wunsiedel in Bayern (3) sowie der Landkreis Holzminden in Niedersachsen (4). Zwei der ausgewählten Orte mit besonderen Haushalts- und Integrationsproblemen sind kreisfreie Städte im Westen der Republik: das zum Bundesland Bremen gehörende Bremerhaven (6) und die Industriestadt Ludwigshafen in Rheinland-Pfalz (5).

## 1 Kyffhäuserkreis

Im Förderwunderland hat unentgeltliches Engagement einen schweren Stand

Der Kyffhäuserkreis am Südrand des Harzes in Thüringen ist vor allem für ein über 80 Meter hohes Denkmal bekannt, das einen reichlich überdimensionierten Kaiser Wilhelm I. hoch zu Ross darstellt. Es steht auf jenem Felsen, der sowohl dem Denkmal als auch dem Landkreis den Namen gab. Demografisch und wirtschaftlich geht es weniger hoch her in dem Landkreis und der 23.000-Einwohner-Kreistadt Sondershausen. Die war zu DDR-Zeiten Sitz des „VEB Kombinati Kali“, mit Tausenden von Beschäftigten einem der größten Devisenbringer des Arbeiter- und Bauernstaates. Aus den Gruben in und um Sondershausen wurden Kali- und Steinsalze gefördert, um daraus Mineraldünger herzustellen. Nach der Wiedervereinigung wurde der Kalibergbau in Sondershausen eingestellt, was Ende der 1990er Jahre zu einer Rekordarbeitslosenquote von über 30 Prozent führte. Zwar ist die Arbeitslosigkeit mittlerweile auf zwölf Prozent zurückgegangen, doch im Herbst 2010 lebten im Kyffhäuserkreis noch immer 8.000 Menschen von Hartz IV – jeder zehnte Einwohner. Bei einem Bevölkerungsverlust von mehr als elf Prozent zwischen 2000 und 2008 gehört der Landkreis zu den am stärksten schrumpfenden der Republik. Mit einem jährlich verfügbaren Einkommen von weniger als 14.000 Euro je Einwohner landet der Kyffhäuserkreis auf dem viertletzten Platz aller 413 deutschen Kreise. Allerdings leidet darunter vorwiegend die jüngere Bevölkerung. Den Pensionären des Kyffhäuserkreises – immerhin 24 Prozent der Einwohner sind über 64 Jahre alt – geht es finanziell vergleichsweise gut, denn viele von ihnen beziehen gut dotierte Bergbaupensionen.

Überraschenderweise ist rein äußerlich nichts von der prekären Situation zu merken. Baufällige, graue Häuser aus DDR-Zeiten gibt es kaum noch. Fast alle Fassaden sind frisch verputzt und strahlen in leuchtenden, erdigen Farben. Viele der regionstypischen Fachwerkhäuser sind saniert, und selbst die Plattenbauwohnungen der einstigen Bergleute sind gefällig renoviert. Über dem schicken Marktplatz thront das aufwändig sanierte Schloss, eine ehemalige Fürstenresidenz mit dem heute wohl teuersten Restaurant der Region. Die „Bergbau und Musikstadt“ Sondershausen und der Landkreis leisten sich mit dem Loh-Orchester Sondershausen sogar eine eigene Hochkultur. Seit 2006 finden jährlich „Schlossfestspiele“ mit Opern- und Konzertaufführungen statt. Vor kurzem ist es auch gelungen, die neu gegründete Thüringer Landesmusikakademie in Sondershausen anzusiedeln.

Strukturschwäche muss offenbar nicht von Nachteil sein. Der Kyffhäuserkreis qualifiziert sich durch seine problematischen sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren für ziemlich jedes Förderprogramm des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union. Wie ganz Thüringen ist er Fördergebiet A bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Er ist Fördergebiet des Europäischen Sozialfonds und des Europäischen Fonds für die Entwicklung ländlicher Räume. Zusätzlich ist der Kyffhäuserkreis „Modellregion“ des Bundesprojektes „Region schafft Zukunft“, das allein sechs Millionen Euro in den Kreis spült. Die Kreisstadt Sondershausen erhält außerdem Geld aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. Zusätzlich zur Strukturförderung stehen zahllose projektbezogene Fördermittel verschiedener Bundesministerien bereit – für Qualifizierung, Arbeitsbeschaffung oder Kultur.

Um auf all dieses Geld zugreifen zu können, müssen vor Ort allerdings konkrete Projekte erdacht und beantragt werden. Die Bürokratie der Antrags- und Abrechnungsverfahren muss beherrscht werden und es schadet

nicht, wenn alle involvierten Akteure, vom Antragsteller über den Projektträger, die Stadt- und Kreisverwaltung bis zur Landespolitik gut miteinander vernetzt sind und an einem Strang ziehen. Und genau darin haben es die Verantwortlichen im Kyffhäuserkreis zu einer gewissen Perfektion gebracht. Der Erste Kreisbeigeordnete, Georg Schäfer, schwärmt davon, wie bei den Behörden des Landkreises ein Rädchen ins andere greift. Über die Jahre sei es gelungen, die fähigsten Personen in entsprechende Positionen zu bringen, um Fördermittel optimal abzuschöpfen. Unter diesen Umständen verschwimmen weitgehend die Grenzen zwischen dienstlichem und freiwilligem Engagement – oder es gerät in Vergessenheit, was das eine vom anderen unterscheidet. Das Engagement im Jugendbereich sei in keinem anderen Kreis Thüringens annähernd so hoch wie im Kyffhäuserkreis, meint Georg Schäfer. Als Beleg dafür nennt er die Höhe der abgerufenen Fördermittel: Sieben Millionen Euro aus Bundes-, Landes- und EU-Programmen für den Kinder- und Jugendbereich flossen in den vergangenen zehn Jahren hierher.

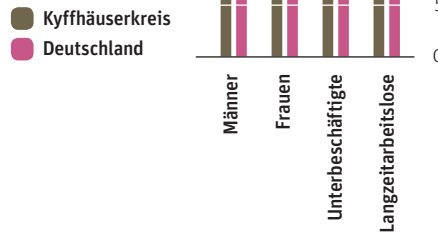
Da gab es das Programm „Kompetenzagentur“, das jungen Menschen mit „multiplen Problemlagen“ sozialpflegerische Hilfe leistete, oder „Guter Start ins Kinderleben“, das sich für die „Förderung elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenzen in prekären Lebenslagen im frühen Lebensalter“ einsetzte. Oder das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“, mit dem „soziale und beschäftigungswirksame Potenziale vor Ort“ aktiviert werden sollten. Ferner „Civitas“, ein Programm gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland, und „Lokale Aktionspläne für Demokratie und Toleranz“. Über ein gerade angelaufenes Projekt „Lernen vor Ort“ wird berichtet, und dass man sich bald für das Förderprogramm „Neue Lernkultur in Kommunen“ bewerben wird. „Wir haben ein sehr gutes Jugendamt“, sagt Schäfer, „dort sind Leute an der Spitze, die kaum ein Programm auslassen“.



## Hohe Arbeitslosigkeit im Kyffhäuserkreis

Im thüringischen Kyffhäuserkreis gab es im Oktober 2010 etwa 5.000 Arbeitslose. Das ist knapp jeder achte Einwohner im Erwerbsalter. Die Anzahl der Arbeitslosen erhöht sich auf über 7.000 wenn alle Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder einer beruflichen Weiterbildung des Arbeitsamtes mitgezählt werden und sich somit in der Unterbeschäftigungsquote von 19,5 Prozent finden. In den letzten Jahren konnte der Kreis seine Arbeitslosenzahlen deutlich reduzieren. Die günstigere Arbeitsmarktsituation ist auch Folge der jahrelangen Abwanderung und der zunehmenden Verrentung, die Arbeitsplätze frei macht.

Anteil Arbeitsloser und Unterbeschäftigter an den Erwerbspersonen sowie Anteil Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in Prozent im Oktober 2010 (Datengrundlage: Statistik der Bundesagentur für Arbeit)



Im Rahmen des Programms „Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie“, wofür der Landkreis im laufenden Jahr bereits 100.000 Euro erhalten hat, gibt es sogar noch einen Nachschlag. Denn das Programm wurde bundesweit nicht ausgeschöpft – und die Leute vom Kyffhäuser sind um gute Projektanträge nicht verlegen. Als einer von ganz wenigen Kreisen hat es der Kyffhäuserkreis auch geschafft, Fördermittel für zwei Mehrgenerationenhäuser zu erhalten – obwohl es diese Unterstützung vom Bund normalerweise nur ein Mal pro Landkreis gibt.

Fragt man jedoch nach freiwilligem, unentgeltlichem Engagement innerhalb dieser Projekte, so wird man kaum fündig. Oft kommen lediglich aus Projektmitteln bezahlte Sozialarbeiter oder andere Fachkräfte zum Einsatz, die bei den antragstellenden Projektträgern beschäftigt sind. Und diese müssen ihre Arbeit wieder einstellen, wenn ein Förderprogramm ausläuft. Eine Ehrenamtsagentur beispielsweise, die im Jahr 2001 mit Hilfe eines Bundesförderprogramms eingerichtet wurde, existiert längst nicht mehr. „Gewöhnliche“ Engagierte können von den zahllosen Förderprogrammen nicht profitieren. Das könnten nur wenige Experten, räumt Georg Schäfer ein.

## „Ehrenamt, Ehrenamt, Ehrenamt – das ist eine Utopie, die nicht greifen wird“

Eines der beiden Mehrgenerationenhäuser des Landkreises hat sich aus der Frauen- und Familienbegegnungsstätte „Düne“ heraus entwickelt. Zu dem anfangs rein ehrenamtlich geführten Schutzraum für Mütter und Kinder stieß die heutige Koordinatorin des Mehrgenerationenhauses, Monika Schreier, einst als Arbeitssuchende. Zunächst war sie in mehreren Kurzzeitprojekten beschäftigt – bis sich der Verein um das Mehrgenerationenhaus-Projekt bewarb und den Zuschlag erhielt. Mithilfe dieses Förderprogramms bezahlt er derzeit eine Hauptamtliche, drei Minijobber und viele Honorarkräfte. Doch das zumindest theoretische Ziel aller Förderprogramme, Einrichtungen wie das Mehrgenerationenhaus dauerhaft und selbsttragend in der Region zu verankern, dürfte Illusion bleiben.

Dass es nach dem Ende der fünfjährigen Förderperiode 2011 mit dem Mehrgenerationenhaus weitergeht, glaubt auch Monika Schreier nicht. Die frühere Familienministerin

Ursula von der Leyen, die das Mehrgenerationenhaus-Konzept einst initiiert hatte, habe zwar gefordert, dass sich alles irgendwann ehrenamtlich tragen solle. Doch das sei eine Utopie, meint Schreier. Die vielen Langzeitarbeitslosen in der Region seien oft zu frustriert, um sich zu engagieren. Vor allem aber wollten sie auch mal etwas Geld verdienen. Viele „Freiwillige“ erhalten deshalb für ihr Engagement in den Angeboten des Mehrgenerationenhauses eine Vergütung. So bekommen jene, die Dienstleistungen für Ältere erbringen, etwa für sie einkaufen oder sie zum Arzt fahren, 2,50 bis drei Euro je Stunde als Aufwandsentschädigung. Auch an die Übernahme der laufenden Kosten des Mehrgenerationenhauses durch die Kommune glaubt Monika Schreier nicht: „Man denkt im Ministerium, die Kommune ist so begeistert von dem Projekt, dass sie die 40.000 Euro jährlich selbst zur Verfügung stellt. Doch die Kommune wird nichts geben.“ Die Idee, lokale Unternehmen könnten als Sponsoren einspringen, hält sie für nicht umsetzbar. Im Kyffhäuserkreis gebe es keine größeren Firmen, und den kleinen gehe es wirtschaftlich nicht besonders gut – oder sie hätten wenig Interesse an lokalem Sponsoring.

Auch für Petra Schmid, die Geschäftsführerin der örtlichen Volkssolidarität, des in Ostdeutschland wichtigsten Wohlfahrtsträgers, scheint es selbstverständlich, dass freiwilliges Engagement vergütet wird. Die Volkssolidarität widmet sich vorwiegend älteren Menschen. Sie betreibt Seniorenbegegnungsstätten und betreute Wohngruppen. Auf etwa 70 fest Angestellte im Kreisverband kämen ungefähr doppelt so viele Freiwillige. Etwa die Hälfte von ihnen werde bezahlt. Wer Zeit in den betreuten Wohngruppen einbringt und dort Alte und Demente betreut, aber auch wer Veranstaltungen organisiert und Nachbarschaftshilfe leistet, erhält pauschal 175 Euro monatlich – die gesetzlich zulässige „Übungsleiterpauschale“. Dafür müsse sich allerdings niemand verpflichten, einen bestimmten Umfang an Tätigkeiten zu erledigen, sagt Petra Schmid. Denn dann sei die Sache nicht mehr freiwillig.



Zahlreiche Engagierte bei der Volkssolidarität sind arbeitslos und bemühen sich, ihr Engagement als Sprungbrett in bezahlte Arbeit zu nutzen. Wenn Petra Schmid eine Stelle zu besetzen hat, versucht sie das grundsätzlich aus dem Pool der freiwilligen Helfer zu tun. Für die Volkssolidarität seien Freiwillige eine unerlässliche Stütze, doch es sei schwierig, über Arbeitssuchende hinaus jüngere Menschen ohne Entgelt zu gewinnen: „Die fragen: ‚Was bekomme ich dafür? Ohne Moos nix los!‘“

Dank der umfangreichen Förderlandschaft kann es in Sondershausen allerdings auch engagierten Bürgern gelingen, Großes zu leisten – wie den Mitgliedern des Fördervereins Cruciskirche. In den 1990er Jahren war das örtliche Gotteshaus, nach dem Sondershauser Schloss das zweitälteste Gebäude der Stadt, nicht viel mehr als ein Haufen Schutt. Wolfgang Wytrieckus, damals Geschäftsführer einer Wohnungsbaugesellschaft, musste den Anblick der Ruine täglich von seinem Büro aus ertragen. Im Jahr 2001 gründete er zusammen mit anderen einen Förderverein, um zumindest den weiteren Verfall zu stoppen. In Eigenleistung wurden zunächst drei

Gewölbegräber der Kirche saniert. Schließlich reifte ein großer Plan: Inmitten der alten Kirchenmauern sollte ein Bürgerzentrum entstehen.

Glücklicherweise war das Wohngebiet um die Ruine Zuwendungsgebiet des Förderprogrammes „Soziale Stadt“. Allerdings musste die Stadt einen Eigenanteil leisten, um diese Förderung zu erhalten, wofür, wie so oft, kein Geld zur Verfügung stand. Der Förderverein Cruciskirche erklärte sich bereit, nicht nur den kompletten Projektablauf selbst zu managen, sondern auch die Hälfte des erforderlichen städtischen Eigenanteils aufzubringen – durch Spenden und Arbeitsleistungen. Als der Kyffhäuserkreis bald darauf auch noch Modellregion des Bundesprogrammes „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ wurde, verhalf das dem Bauprojekt zu weiterem Geldsegen. Mittlerweile ist das Denkmal saniert und das Bürgerzentrum im Rohbau fertig. Unter den etwa 90 Mitgliedern des Fördervereins sind nicht nur Bürger, sondern auch Projektbüros, Bau- und Industriebetriebe, die Stadtverwaltung und die Stadtwerke. Die Vereinsmitglieder legten auch selbst Hand an, vier bis fünf von ihnen seien täglich auf der Baustelle anzutreffen,

meint Wytrieckus. Das Vorzeigeprojekt Cruciskirche erhielt 2009 einen „Ehrenpreis für integrierte Stadtentwicklung und Baukultur“. In dem gerade abgeschlossenen Bauabschnitt, der 420.000 Euro gekostet hat, hat der Förderverein 20.000 Euro in bar und 40.000 Euro in Eigenleistungen investiert. Die restlichen 85 Prozent sind Fördermittel.

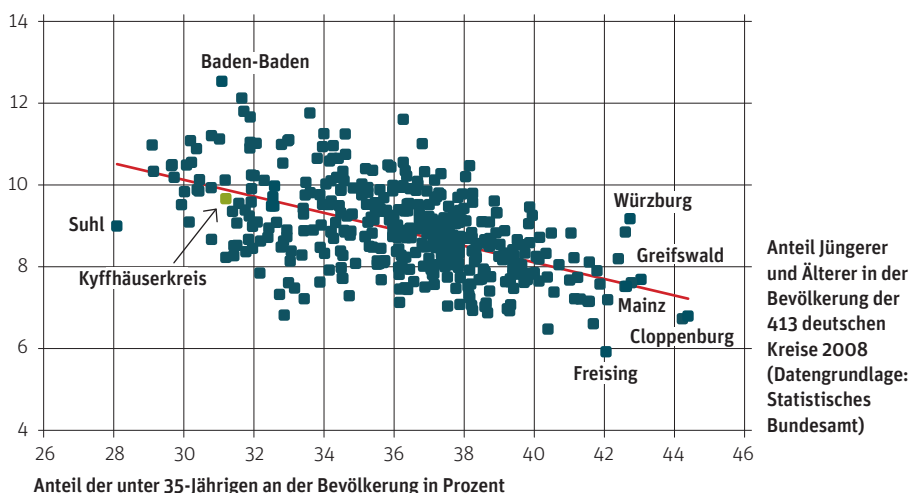
### „Ich glaube, ein wirklich zukunfts-fähiges Projekt ist das nicht“

Engagement, das sich nicht auf eine so breite Basis von Experten und Unternehmen stützen und entsprechende Förderquellen anzapfen kann, hat es schwer. In dem Sondershausener Stadtteil Großfurra bewahrt ein Bürgerverein mit Mühe ein Freibad vor der Schließung. Das Schwimmbad war in den 1970er Jahren mit Unterstützung des Kaliwerks und mit Arbeitsleistungen vieler Bürger Großfurras aufgebaut worden. Die Kosten des Betriebs in Höhe von jährlich 70.000 Euro waren der Stadt Sondershausen nach der Eingemeindung von Großfurra Ende der 1990er Jahre zu hoch. Doch die Bürger Großfurras stemmten sich gegen die scheinbar unvermeidliche Schließung. Seit nunmehr sieben Jahren

## Anteil der Jüngeren ist regional unterschiedlich verteilt

Der Anteil der Älteren nimmt in Deutschland stetig zu. Während Universitätsstädte und vormals kinderreiche Regionen in Bayern oder Niedersachsen in dem Verhältnis von Jung und Alt relativ gut dastehen, müssen sich vor allem ländliche Kreise um eine wachsende Zahl Älterer kümmern. Im Kyffhäuserkreis in Thüringen ist nur noch jeder dritte Einwohner jünger als 35 Jahre (31 Prozent) und bereits jeder Zehnte älter als 74 (zehn Prozent). Dagegen leben in den Universitätsstädten Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern und Mainz in Rheinland-Pfalz rund 43 Prozent Junge und nur acht Prozent Ältere.

Anteil der über 74-Jährigen an der Bevölkerung in Prozent



finanziert die Kommune in den beiden Sommermonaten Juli und August nur noch die Betriebskosten des Bades und stellt den obligatorischen Bademeister. Im Gegenzug muss der Badesportverein den Jahresbeitrag aller Mitglieder an die Stadt abführen, sämtliche anfallenden Instandhaltungsarbeiten übernehmen und auch den laufenden Betrieb des Bades mit freiwilligen Helfern und Spenden sicherstellen.

Sabine Trute, ehemalige Vorsitzende des Badesportvereins Großfurra, beklagt, dass die Beteiligung seit der Gründungseuphorie mehr und mehr erlahmt. Ein Freibad zu betreiben ist eben nicht dasselbe wie geselliges Beisammensein in einem Schützenverein. Jeden 1. Juli muss das Freibad öffnen und sämtliche Sicherheits- und Hygienebestimmungen erfüllen. Es muss klar sein, wer wann an der Kasse sitzt und welcher Rettungsschwimmer Dienst tut. Zwar kämen viele Jugendliche gern zum Schwimmen ins Bad, zur Mitarbeit im Verein seien sie jedoch nicht leicht zu gewinnen, dort sind Jugendliche knapp. Auch die wachsende Zahl rüstiger und gut qualifizierter Pensionäre sieht Sabine Trute nicht als zukunftsichernd für den Verein. Rentner übernehmen eher überschaubare Aufgaben, wie Kassierung oder Reinigungsarbeiten. Die Leitung und Koordination des Badesportvereins könnten sie aber nicht leisten.

Als Trute nach fünf Jahren die anspruchsvolle Tätigkeit der Vereinsvorsitzenden abgeben wollte, war es sehr schwierig, einen Nachfolger zu finden. Schließlich war es wieder ein Berufstätiger, der sich überzeugen ließ.

„Ich glaube, ein wirklich zukunftsträchtiges Projekt ist das nicht“, meint die ehemalige Vorsitzende ernüchtert. Es sei sehr schwierig, die Leute bei der Stange zu halten. Zu dem permanenten Druck, das Freibad allein mit Freiwilligen zu betreiben, kamen auch rechtliche Schwierigkeiten. So hatte der Verein Probleme, weil das zuständige Finanzamt den Betrieb eines Freibades nicht als eine gemeinnützige Angelegenheit sehen wollte.

Auch verlangt die Stadt Sondershausen, dass zusätzlich zum städtischen Schwimmmeister immer noch ein weiterer Rettungsschwimmer im Freibad Dienst tun muss. Dafür sind Freiwillige nicht leicht zu motivieren. Finanziell hat der Badesportverein Großfurra kaum Spielraum. Zwar gibt es zwei Ein-Euro-Jobber, und für einen davon kommt die Kommune auf. Doch selbst die 750 Euro, die für den anderen halbjährlich zu zahlen sind, seien für den Verein kaum zu finanzieren – der Jahresbeitrag der Vereinsmitglieder liegt nur bei zwölf Euro. Trute schätzt, dass 5.000 Euro im Jahr die anstehenden Kosten im Freibad decken würden. Doch selbst diese vergleichsweise geringe Summe ist sehr schwer aufzutreiben. Größere Sponsoren in der Region lassen sich nicht finden.

Sabine Trute räumt ein, dass der Verein vielleicht ein besseres Marketing bräuchte. Sie weiß, dass es Schulungen, Förderdatenbanken und Engagementwettbewerbe gibt. Doch um all das für den Badesportverein zu nutzen, bräuchte sie jemanden, der genügend Zeit hat, einen engagierten Rentner etwa: „Wir sind viel zu sehr damit beschäftigt, das Ding am Laufen zu halten.“

## Fazit

Echtes freiwilliges, unentgeltliches Engagement für das Gemeinwohl kann sich im Kyffhäuserkreis nur schwer entfalten. Fast alle Formen des Engagements sind eingebettet in eine kaum zu durchschauende Förderlandschaft. Wer sich hier nützlich macht, ist in Wirklichkeit oft auf der Suche nach einem Arbeitsplatz oder nach Fördermitteln. Vielfach sind die öffentlich geförderten Programme zeitlich befristete Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für lokale Sozialarbeiter. Sie sprechen Freiwillige kaum an. Selbst wenn die so ins Leben gerufenen Projekte sinnvoll sind, haben sie kaum Chancen, nach Auslaufen von Förderprogrammen von

Sponsoren oder Kommunen in der Region weiterfinanziert zu werden – und verschwinden. Private Förderungen durch Sponsoren und Stiftungen spielen kaum eine Rolle, vor allem weil finanzkräftige Unternehmen mit regionaler Verwurzelung rar sind.

Wo aber „Engagement“ durch Transferleistungen und externe Fördermittel angeregt wird, verfestigt sich der Glaube an die alleinige Zuständigkeit des Staates für das Gemeinwohl, der in Deutschland und insbesondere in Ostdeutschland tief verwurzelt ist. Selbst verantwortliche Personen im Bereich der Wohlfahrtspflege sind der Ansicht, der Einsatz von freiwillig Engagierten sei eine Form der Ausbeutung. Umgekehrt werden Vereine vielfach gegründet, um Zugriff auf Fördermittel und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu erhalten. Oft verschwimmt freiwilliges Engagement mit einem „Sozialunternehmertum“, das darauf gerichtet ist, in optimaler Weise Fördermittel abzuschöpfen.

Das traditionsverwurzelte Arbeitermilieu der ehemaligen Bergbauregion ist für freiwilliges, unentgeltliches Engagement nur schwer zu gewinnen. Eine gewisse Bezahlung durch Aufwandsentschädigungen wird in der Regel erwartet. In der großen und wachsenden Gruppe der vergleichsweise wohlhabenden Pensionäre dominieren die unterhaltungsorientierten Rentner, die viel reisen und ihren eigenen Interessen nachgehen. Gleichzeitig fehlt es kleineren Initiativen aus der Bürgerschaft an Beratung, an aktiven Mitmachern und Sponsoren. Ihre Arbeit ist gefährdet, obwohl die nötigen finanziellen Mittel oft nur im Bereich einiger Tausend Euro liegen. Solche Vereine sind zu klein und zu unprofessionell, um die bürokratischen Anforderungen der Förderprogramme zu erfüllen.

## 2 Landkreis Demmin

Echtes Engagement wird aus der Not geboren

Mit 42 Einwohnern je Quadratkilometer ist der Landkreis Demmin in Vorpommern einer der am dünnsten besiedelten Kreise Deutschlands. Die Menschen verteilen sich auf 69 Gemeinden, von denen viele wiederum aus mehreren Dörfern mit oft nur um die 100 Einwohner bestehen. Die Kreisstadt Demmin ist mit 12.000 Einwohnern der größte Ort weit und breit. Bis nach Rostock, der nächsten Großstadt, sind es knapp 80 Kilometer. Der Kreis Demmin hat die höchste Abwanderungsrate aller Landkreise in Deutschland. In den vergangenen Jahren verließen jährlich knapp 1,5 Prozent der Bevölkerung ihre Heimat. Nur in den kreisfreien Städten Suhl im Thüringer Wald und in Frankfurt/Oder ist der Aderlass größer.

In Demmin wurde schon zu DDR-Zeiten vorwiegend Landwirtschaft betrieben. Auch heute arbeiten hier noch fast zehn Prozent der Erwerbstätigen im Agrarsektor. Seit 1991 ist insgesamt jeder dritte Arbeitsplatz in der Region weggefallen. Das größte wirtschaftliche Aushängeschild ist das Werk des Fertigergerichte-Herstellers Pfanni in Stavenhagen, darüber hinaus haben noch die Discounter Aldi und Netto ihre Zentrallager für Mecklenburg-Vorpommern im Landkreis. Sonst gibt es keine größeren Arbeitgeber. Auch der Tourismus ist marginal. Wer sich im Norden erholen will, fährt an die Ostsee oder an die Mecklenburgischen Seen. Um Demmin herum gibt es nur Wiesen und Felder. Der Anteil Arbeitsloser und Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter betrug im Jahr 2008 etwa 17 Prozent – der höchste Wert in ganz Deutschland.

Da ein bürgerliches Aufsteigermilieu nach 20 Jahren Abwanderung weitgehend fehlt, gibt es nur wenige, die das Schicksal ihrer Region selbst in die Hand nehmen wollen und können. Unsere Interviewanfragen zum Thema „freiwilliges Engagement“ stoßen im Landkreis auf wenig Interesse, und zur abschließenden Gruppendiskussion erschienen mehrere Gesprächspartner trotz Zusage nicht. Von einer Vertreterin des Mehrgenerationenhauses in Stavenhagen, etwa 20 Kilometer von der Kreisstadt entfernt, erfahren wir, dass dort über einen „Schach-Opa“ hinaus kaum freiwillig Engagierte eingebunden sind. Lediglich ein bereits vorhandener Kindergarten wurde mit den Geldern des Mehrgenerationenhauses um einige Angebote erweitert.

Dem Landkreis stehen über das EU-Programm „Leader“ in der aktuellen siebenjährigen Förderperiode etwa 5,5 Millionen Euro zur „Förderung der ländlichen Entwicklung“ zur Verfügung, die durch Projektanträge von Kommunen, Vereinen oder Privatpersonen abgerufen werden können. Doch als Christina Lewerenz, Regionalmanagerin und zuständig für die Vergabe der Fördermittel, im Jahr 2007 ihren Job antrat, stellte kaum jemand Anträge. Es habe einige Zeit gedauert, bis sich die Existenz dieser Fördermittel herumgesprochen hatte. Mit Anzeigen in der Lokalzeitung wollte sie das Programm bei Bürgern und Vereinen bekannter machen. Denn „Leader“ soll auch Projekte fördern, die „von unten“ entwickelt werden und „Stärken stärken“. Regionalmanagerin Lewerenz hadert mit sich selbst: Prinzipiell sei sie für eine stärkere Förderung der gewichtigeren Zentren – doch solche gebe es im Landkreis kaum. So sei man darauf bedacht, dass alle Gemeinden etwas von dem Geld abbekommen. Im Landkreis Demmin stammen 90 Prozent aller Anträge von den Kommunen. Offenbar liegt das „Stärken stärken“ nicht zwingend im Interesse der lokalen Arbeitsgemeinschaft, die über die Förderungswürdigkeit der Anträge befindet. Denn darin sitzen, neben Vertretern von Vereinen und Verbänden Delegierte aller Kommunen, und alle wollen etwas von der Förderung abbekommen.

Die vom EU-Programm vorgeschriebene nachträgliche Evaluierung, ob die in den Projekten angeschobenen Angebote auch genutzt werden, sei nicht sehr aussagekräftig. Denn niemand prüfe die tägliche Auslastung eines mit Fördermitteln gebauten Gemeindezentrums wirklich nach. Zwar gebe es den Richtwert, dass ein solches Zentrum an 100 Tagen im Jahr genutzt werden soll, doch dies könne man sich auch „schönrechnen“, sagt Lewerenz.

Dass nur wenige Anträge aus der Zivilgesellschaft kommen, hat verschiedene Gründe. Kommunen erhalten über den Europäischen Fonds für ländliche Entwicklung 80 Prozent der Projektkosten als Zuschuss und müssen nur 20 Prozent Kofinanzierung einbringen. Privatpersonen oder Vereine müssen jedoch 50 Prozent der Gesamtsumme selbst stemmen und für zusätzliche 20 Prozent eine öffentliche Kofinanzierung beschaffen – das funktioniert in der strukturschwachen Region höchst selten. Auch kreative Ideen sind rar. „Man braucht die Macher, und man braucht Zeit für die Anträge“, sagt Christina Lewerenz. „Die ehrenamtlichen Bürgermeister haben diese einfach nicht und sind froh, wenn ihre Ämter die Anträge stellen.“ Und so sind unter den 21 „Leader“-Projekten, die 2010 gestartet sind, gleich acht Spielplätze, eine Art „Trimm-dich-Pfad“ und eine Badestelle. Eine regelmäßige Antragstellerin ist Petra Dinse in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der „Malchiner Bibliotheksfreunde“ und hauptamtliche Bibliothekarin in der städtischen Bibliothek. Bereits 1993, als die Stadt Malchin die Trägerschaft für die Stadtbibliothek übernahm, wurde vereinbart, dass die Stadt kein Geld für Veranstaltungen im Bibliothekshaushalt bereitstellt, sondern lediglich Fördermittel an einen zu gründenden Verein zahlt. Seitdem organisieren die „Bibliotheksfreunde“ Lesungen, schicken Vorlesepaten in Kindergärten und veranstalten das jährliche Bücherfest. Der Verein mit seinen etwa 20 Mitgliedern sorgt über Beiträge und Sponsorengelder auch dafür, dass Kinderbücher angekauft werden. Petra

Dinse ist klar, dass die Kommunen bestimmte kulturelle Aufgaben nie mehr werden übernehmen können und privates Engagement deshalb unabdingbar ist. Dennoch macht sie sich Sorgen, dass hauptamtliches Personal in der Kultur völlig wegrationalisiert werde. So käme es häufig vor, dass Bürgermeister nach der Verrentung hauptamtlicher Bibliotheksangestellter für einen ehrenamtlichen Ersatz plädierten.

Wenn Kommunen kulturelle Aufgaben auf Vereine verlagern, braucht es für diese Arbeit nicht nur ehrenamtliches Personal, sondern auch externe Gelder für die laufenden Kosten. Und das stellt die „Malchiner Bibliotheksfreunde“ vor neue Probleme. Eine pensionierte Lehrerin, die Petra Dinse in die Beantragungsbürokratie einzuarbeiten versucht hatte, gab kürzlich entnervt auf. Die meisten Vereinsmitglieder sind bereits im Rentenalter und haben nicht einmal einen Computer zu Hause. Fördermittel zu beantragen und abzurechnen, verlangt jedoch erhebliche buchhalterische Fähigkeiten – auch weil manche Regelungen schlichtweg absurd sind. So ersetzt der Landkreis den Autoren, die vom Verein zu Lesungen aus ganz Deutschland eingeladen werden, lediglich jene Fahrtkosten, die auf dem Gebiet des Landkreises anfallen. Und die Stadt Malchin fördert Vereine gemäß der Anzahl ihrer Mitglieder – jedoch nur, wenn sie den Wohnsitz in Malchin haben. Für viele der „Malchiner Bibliotheksfreunde“, die in den umliegenden Dörfern wohnen, gibt es kein Geld.

## „Die Menschen müssen lernen, miteinander leben zu wollen“

Außerhalb der größeren Orte Demmin, Malchin oder Stavenhagen finden sich zahlreiche winzige Dörfer, in denen kein öffentliches Leben mehr stattfindet. Orte, von denen viele zum Verschwinden verurteilt sein dürften. Doch zu unserer Überraschung gibt es auch solche, in die echtes Dorfleben zurückkehrt. So ein Ort ist das etwa 80 Einwohner zählende Gessin.

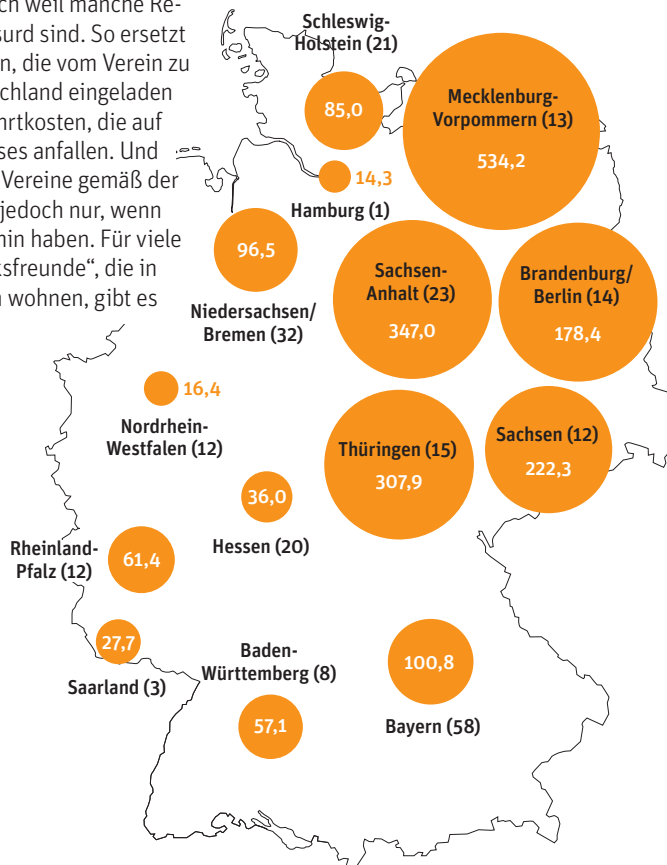
Im Land der Gutsherren, Großgrundbesitzer und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) wohnten in den meisten Dörfern keine eigenständigen Bauern, sondern Landarbeiter. Gessin hingegen blieb mit seinen elf Bauernhöfen, von denen acht noch immer existieren, bis zur sozialistischen Zwangskollektivierung die Ausnahme. Diese Struktur des klassischen Bauerndorfs bilde

noch heute die Basis für das außergewöhnlich hohe Maß an Gemeinsinn, das seine Bewohner verbindet, meint Bernd Kleist, der einst in den „Mittelhof“ von Gessin eingetraget hat. Mittelhöfe hatten traditionell gemeinschaftliche Aufgaben zu erfüllen – in Gessin bedeutete dies unter anderem die Verantwortung für Kirchkapelle und Friedhof. Um diese Verpflichtungen, die ihm über den Kopf wuchsen, „auszulagern“, gründete Kleist vor sieben Jahren den „Mittelhofverein“, in dem aus fast jedem der ansässigen Höfe und Haushalte mindestens eine Person Mitglied wurde. Am Anfang wollte der Verein lediglich Fördermittel für die Sanierung und Pflege der Kapelle akquirieren. Zum Kern der Dorfgemeinschaft wurde er erst, als Mittelhofbesitzer Kleist vor der Frage stand, ob er Teile seines riesigen Gehöfts abreißen sollte, weil er es weder finanzieren noch nutzen konnte. Der „Mittelhofverein“ beschloss, eines der Gebäude zu einem Dorfgemeinschaftshaus umzubauen. „Ihr müsst mir versprechen, dass wir das gemeinsam machen“ redete Kleist seinen Nachbarn damals ins Gewissen. „Und ihr müsst es auch nutzen!“

Bei der Sanierung des Gebäudes halfen viele mit – und natürlich flossen auch Fördermittel an den Verein. Zu einem „Fußballabend“ für die Männer im Fernsehraum des Mittelhofes kam bald ein Tanzabend für die Frauen. Je mehr Veranstaltungen die Gessiner ausrichteten, desto mehr Räume

## Mecklenburg-Vorpommern mit den höchsten pro Kopf Fördermitteln aus dem Eler-Programm

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (Eler) stellt Mittel für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft und zum Schutz des ländlichen Kulturerbes zur Verfügung. Mit den Geldern werden Junglandwirte unterstützt, Betriebsgebäude modernisiert, der Fremdenverkehr gefördert oder Dörfer in ländlichen Regionen (Leader-Regionen) saniert. In den dünn besiedelten Gebieten Mecklenburg-Vorpommerns fließen die meisten Gelder pro Kopf. Der Landkreis Demmin ist eine von 13 Leader-Regionen in dem Bundesland, und die Eler-Mittel kamen 2010 rund 21 Projekten in der Region zugute.



Anzahl der Leader-Regionen (in Klammern) und Höhe der Eler-Mittel pro Kopf in Euro 2007 bis 2013 (Datengrundlage: Europäische Kommission)

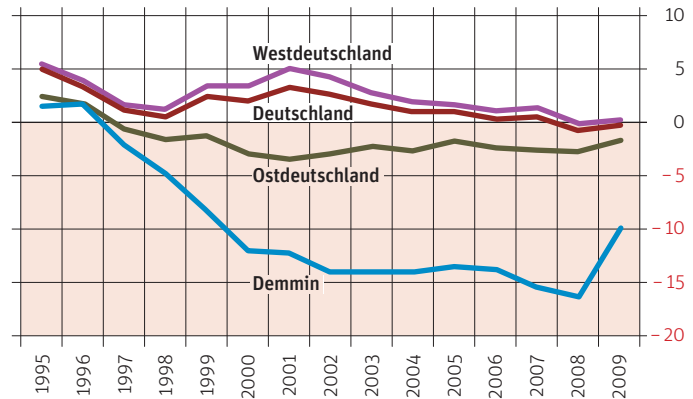
im Dorfgemeinschaftshaus richteten sie her. Es gründete sich eine Malgruppe und eine Gruppe zum Flechten von Körben. Mittlerweile gibt es zwei Keramikgruppen, je eine für Kinder und für Erwachsene, einen Seniorenabend und eine Männer-Kochgruppe. Für dieses „soziale Projekt für Männer“ musste erst mal eine Küche ins Dorfgemeinschaftshaus eingebaut werden, wofür Mittel des Sozialministeriums von Mecklenburg-Vorpommern angezapft werden konnten. In einem Raum mit vier Computern lernen Senioren den Umgang mit dem Rechner – das ist enorm wichtig in der dünn besiedelten Region, in der sich Bankgeschäfte fast nur noch elektronisch erledigen lassen. Auch mobile Dienstleister nutzen den Mittelhof, denn deren Läden sind aus den winzigen vorpommerschen Dörfern längst verschwunden: Mittwochs etwa kommt der Friseur. Die Unterhaltungskosten des Gebäudes, etwa 10.000 Euro pro Jahr, werden durch die Nutzungsentgelte und durch Veranstaltungen gedeckt, bei denen der Verein Gewinn macht.

Besucher des Mittelhofes sind längst nicht mehr nur Gessiner. Sie kommen auch aus den umliegenden Dörfern, in denen ein solches lebendiges Zentrum fehlt. „Es gibt viele öffentlich geförderte Dorfgemeinschaftshäuser, wo nichts passiert“, sagt Kleist. Der Mittelhof wurde hingegen im Jahr 2009 an 320 Tagen genutzt. Gerade gab es in Gessin eine große Herrentagsparty, mit etwa 1.000 Besuchern. Den Gessinern und dem „Mittelhofverein“ ist es gelungen, ihr vermeintlich zum Sterben verurteiltes Kleinstdorf wiederzubeleben. Jetzt wollen sogar wieder Menschen zuziehen. Das Pflegen der Dorfgemeinschaft, so Kleist, ist eine Bedingung dafür, dass die Dörfer in einer so dünn besiedelten Region nicht veröden: „Die Menschen müssen lernen, miteinander leben zu wollen. Da, wo das Miteinander nicht kommt, will keiner mehr hin.“

## Hoher Wanderungsverlust

Der Landkreis Demmin in Mecklenburg-Vorpommern hat seit 1997 mit Wanderungsverlusten zu kämpfen, die zu den höchsten in Deutschland zählen. Im Jahr 2009 sind erstmals wieder weniger Einwohner abgewandert, was das Wanderungsminus von 15 auf zehn Demminer je 1.000 reduzierte. Aufgrund des Geburtenknicks nach der Wende sinkt auch die Zahl der potenziellen jungen Abwanderer, die zwecks Ausbildung und besseren Jobaussichten ihrer Heimat den Rücken kehren.

Jährlicher Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner 1995 bis 2009 (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)



Geld sei dabei nicht unbedingt das Problem. Es gebe genug Fördermöglichkeiten, meint Kleist. Der „Mittelhofverein“ selbst nutzte Fördermittel zur Dorferneuerung und zur Solarförderung. Er hat über das Programm „Kommunal-Kombi“ sogar für drei Jahre zwei Angestellte beschäftigt, die den Verein jeweils nur 190 Euro im Monat kosten. Doch zahlreiche Verfahren seien kompliziert, vielen Engagierten fehle es an Informationen und Unterstützung bei Anträgen. So müsse man dreimal Anträge stellen, um von dem Programm „Kommunal-Kombi“ Geld zu erhalten, zu dem Bund, Land und Landkreis zuzahlen. Förderprogramme, etwa von den Ministerien, seien nicht untereinander abgestimmt, und dieses Förderwirrwarr könnten nur Profis durchdringen. Bernd Kleist ist selbst Teil eines Netzwerks von Vereinen und Initiativen der Region, das sich einmal im Monat trifft, um die bürokratischen Anforderungen zu bewältigen. Der Verwaltungsangestellte Kleist erläutert dort beispielsweise, wie Buchhaltungssoftware in Vereinen anzuwenden sei. Ein anderes Mal erklärt jemand das Gaststättenrecht, welches auch Vereine beachten müssen, wenn etwa im Dorfgemeinschaftshaus Speisen und Getränke angeboten werden.

## „Wir brauchen Führungskräfte und Menschen, die bereit sind, private Mittel einzusetzen“

Etwa 40 Kilometer von Gessin entfernt, in dem kaum größeren 100-Seelen-Dorf Törpin, kämpft ein anderer Engagierter: Helmut Pratzel hat vor dem Bau der Mauer in Greifswald studiert, sein Berufsleben aber in München verbracht. Danach kam er nach Vorpommern zurück und ließ sich in Törpin nieder. Er erwarb einen völlig heruntergekommenen, ehemaligen Gasthof und baute ihn zu seinem Wohnhaus um. Helmut Pratzel ist ein umtriebiger Mensch: Er hat eine Dorfchronik verfasst und einen Seniorenbeirat gegründet. Um die Bevölkerung einzubinden und besser Förderanträge stellen zu können, rief er den Verein „Törpiner Forum“ ins Leben. Bald kaufte der frühere Professor für Medizin auch die gegenüber liegende ehemalige Schule und machte sie zu einem Gemeinschaftshaus. Helmut Pratzel steckt auch eigenes Geld in die Projekte. Etwa 50.000 Euro hat er privat in das Dorfgemeinschaftshaus investiert, Fördermittel flossen aus dem „Leader“-Topf und vom Sozialministerium des Landes. Als Mediziner ist ihm die Aktivierung der Älteren besonders wichtig. Montags findet im frisch renovierten Gemeinschaftshaus jetzt immer



ein Volksliedersingen statt, zu dem etwa 20 bis 25 Senioren aus den umliegenden Dörfern kommen. Das Liederbuch dafür hat Pratzel selbst entwickelt. Freitags trifft sich hier eine Gruppe, die alte niederdeutsche Tänze einstudiert. Helmut Pratzel hat es sogar geschafft, im Gemeinschaftshaus eine Bibliothek und mehrere Computerarbeitsplätze einzurichten.

Die Aktivitäten des Professors haben Leben ins Dorf gebracht, von dem auch die umliegenden Orte profitieren. Allerdings bleibt Helmut Pratzel ein Einzelkämpfer. Er überlege sich schon, sagt Pratzel, wie es ohne ihn einmal weitergehen könnte. Aber ein möglicher aktiver und kreativer Nachfolger ist weit und breit nicht in Sicht.

Bei Helmut Pratzel ist das Entwickeln von förderfähigen Projekten zu einer Art Sozialunternehmertum geworden. In seinem Haus hat er ein Büro eingerichtet, wo auf einem mächtigen Schreibtisch die Förderanträge in Reih und Glied ihrer Bearbeitung harren. Pratzel hat einen Kreativzirkel gegründet, in dem Langzeitarbeitslose mit Stoff, Holz, Papier und Farbe arbeiten. Das soll einerseits deren kreative Seiten zutage fördern und schlummernde Interessen wecken. Andererseits gelingt es so auch, an Sachmittel für das Törpiner Forum zu kommen, die für jeden beschäftigten Hartz-IV-Empfänger von der Arbeitsagentur bezogen werden können. Das Entkernen des maroden Dorfgemeinschaftshauses und einiges an grober Arbeit übernehmen Ein-Euro-Jobber.

„Wir brauchen Führungskräfte“, sagt Helmut Pratzel, „dann kann so etwas in vielen Regionen entstehen. Und wir brauchen die Bereitschaft, auch private Mittel einzusetzen. Denn die Kassen sind alle leer.“ Pratzel hofft, dass sich mehr wohlhabende Pensionäre in Vorpommern niederlassen. Zumindest Lob und Auszeichnungen sind ihnen sicher. So war Helmut Pratzel 2009 für den Deutschen Engagementpreis nominiert und erhielt für seinen Einsatz auch eine Ehrenurkunde des Ministeriums für Soziales und Gesundheit von Mecklenburg-Vorpommern.

„Man muss es den Menschen schmackhaft machen, etwas für eine Gemeinschaft zu tun“ Mittlerweile scheint im wirtschaftlich und demografisch desolaten Vorpommern die Bereitschaft zum Machen und Mitmachen zu wachsen. Bernd Kleist vom „Mittelhofverein“ erzählt, wie ein Vortrag über die demografische Entwicklung der Region zum Schlüsselerlebnis für die Gessiner geworden ist: „Die Menschen begreifen, dass in absehbarer Zeit die völlige Verödung ihrer Dörfer droht, wenn sie nicht selbst Verantwortung für ihr Zusammenleben übernehmen.“

Das lässt sich auch am Engagement in einer Kirchengemeinde feststellen, obwohl in kaum einer Region Deutschlands die Religion eine so geringe Rolle spielt wie in Mecklenburg-Vorpommern. Pfarrer Detlev Brick, Pastor in einer kleinen Gemeinde, meint, die Bürger würden sich stärker engagieren als früher. Zwar seien unter den Weggezogenen im Allgemeinen die Aktiveren zu finden, aber die Zahl jener, die die Arbeit in der Gemeinde mittragen, hätte nicht abgenommen: „Wir haben einen Kreis, der Familienarbeit macht, den ich nicht selbst leiten muss. Das wäre vor 20 Jahren undenkbar gewesen.“ Eine wachsende Zahl von Nicht-Kirchenmitgliedern nutze jene Angebote der Kirche, in denen es um Lebenshilfe und die Gemeinschaft geht, sagt Pfarrer Brick. Die zurückbleibende, alternde Generation, denen die Kinder vielfach durch Wegzug abhanden gekommen sind, sucht neue Formen des Zusammenseins und der gegenseitigen Hilfe. Kirche wird so wieder zum Ort ganz praktischer Daseinsvorsorge.

## Fazit

Im Landkreis Demmin ist unentgeltliches freiwilliges Engagement nur schwer von Aktivitäten zu trennen, für die finanzielle Mittel aus den zahlreichen Förderprogrammen für den ländlichen Raum oder von der Arbeitsagentur fließen. Unsere engagiertesten Gesprächspartner äußern übereinstimmend, dass Geld an sich nicht das Prob-

lem sei. Was nach 20 Jahren Abwanderungsgeschichte fehle, seien Initiatoren und Organisatoren mit kreativen Ideen. Diese müssen passende Projekte überhaupt erst entwickeln und sich dann dem hochkomplexen Geschäft widmen, Anträge zu stellen und abzurechnen. Wo aber Engagierte auftreten, scharen sich um sie dann einige Freiwillige und stets auch Ein-Euro-Jobber oder „Kommunal-Kombi“-Beschäftigte. Die wenigen Macher und Vorzeigeprojekte, denen es gelingt, Menschen an der Basis zu aktivieren, werden von der Lokalpolitik und der Öffentlichkeit gern herausgehoben und mit Engagementpreisen bedacht – repräsentativ sind sie allerdings nicht. Werden Fördermittel hingegen, wie meist üblich, von den Kommunalverwaltungen abgerufen, so steht dahinter oft keine aktive Dorfgemeinschaft, die die Projekte schließlich mit Leben füllt.

Dennoch deutet einiges darauf hin, dass sich in den dünn besiedelten Regionen Vorpommerns auch ein neuer Zusammenhalt der verbliebenen Bevölkerung entwickelt. Da dort niemand wirklich an einen Aufschwung glaubt, wird immer mehr Menschen klar, dass sich Lebensqualität nur durch Gemeinsinn und Gemeinschaft aufrechterhalten lässt. Zentrales Problem der kleinen Dörfer sind die fehlenden „Gemeinschafts-orte“, an denen die Menschen zusammenkommen können. Und wenn sie doch – finanziert mit Fördermitteln – entstehen, müssen sie eine kritische Masse an Nutzern und Besuchern anziehen, um lebendige Ortszentren zu werden. Das gelingt jedoch nicht überall.

### 3 Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge

Wo die Kommune das Engagement steuert

Der oberfränkische Landkreis und die gleichnamige Stadt Wunsiedel liegen in der nord-östlichsten Ecke Bayerns an der Grenze zu Tschechien. 260 Kilometer sind es von hier nach München, 50 Kilometer mehr als in die tschechische Hauptstadt Prag. Nach Nürnberg und ins thüringische Gera, die nächsten größeren Städte, ist man rund 120 Kilometer unterwegs.

Wunsiedel war bis in die 1990er Jahre aufgrund seiner Rohstoffvorkommen eine Hochburg der Keramikindustrie. Namhafte Porzellanfirmen wie Hutschenreuther und Rosenthal sind hier entstanden, letztere hat nach wie vor ihren Sitz im Landkreis. Noch Anfang der 1990er Jahre hatte fast jeder Ort seine eigene Keramikfabrik, 50 Prozent aller Industriearbeiter des Landkreises waren in der Glas- und Keramikindustrie beschäftigt.<sup>201</sup> Doch die Wiedervereinigung, der Wegfall der Zonenrandförderung und der wirtschaftliche Strukturwandel führten hier zu größeren Verwerfungen als in anderen Teilen Bayerns. Von den einst 47.400 Arbeitsplätzen des Jahres 1991 sind gerade noch 37.500 übrig, von den 89.600 Einwohnern noch 77.500. Bei einem Arbeitsplatzverlust von 20 Prozent ist der Kreis Wunsiedel der größte wirtschaftliche Verlierer Westdeutschlands.<sup>202</sup> Mit dem Wegzug der jungen Generation ist die Zahl der jährlichen Geburten im Kreis Wunsiedel in den vergangenen zehn Jahren von 800 auf unter 500 gefallen.

Die Kreisstadt mit ihren 9.500 Einwohnern wirkt trister als viele der mit Fördermitteln gepöppelten Städte des Ostens. Allerorten im Zentrum blicken die Besucher in leer stehende Geschäfte und deren blinde Schaufenster. Zwischen 1999 und 2006 hat ein Viertel aller Läden in der Wunsiedeler Innenstadt geschlossen. Geblieben sind einige Lottobuden, eine Fleischerei, und ein Geschäft mit der alten Aufschrift „Feinkost“, in dem ein türkischstämmiger Gemüsehändler seine Waren feilbietet. Die ehrwürdige Buchhandlung Wunschheim in der Maximilianstraße, eines der ältesten Häuser am Platz, öffnet nur noch von sieben bis zwölf Uhr. Eine Dame weit im Rentenalter führt noch stundenweise die Geschäfte in dem stark renovierungsbedürftigen Gebäude. Ein wichtiger innerstädtischer Arbeitgeber ist die Brennerei des über die Region hinaus bekannten „Sechssämertröpfens“. Arbeit gibt es ansonsten bei den zahlreichen Behörden, im Vermessungsamt, dem Amtsgericht oder dem Landratsamt. Auf dem Marktplatz kündigt ein Schaukasten vom Vereinsleben der Stadt. In einer der Vitrinen hängt ein Zeitungsartikel der „Frankenpost“, der den wirtschaftlichen und demografischen Niedergang Oberfrankens beklagt.

Die Lokalpolitik geht längst offensiv mit den Problemen des demografischen Wandels um. Bereits im Jahr 2002 hat, vorangetrieben vom seither amtierenden Bürgermeister Karl-Willi Beck, eine Diskussion um die künftige Entwicklung eingesetzt. Es entstanden Bürgerforen, aus denen verschiedene Runde Tische hervorgegangen sind – für Jugendliche, für Senioren, für Menschen mit Behinderungen, für Vereine und ehrenamtlich Engagierte. Die Stadt will ihre Bürger einbeziehen und stützt sich dabei auf eine reiche, gewachsene Struktur von Kirchengemeinden und Vereinen. Mehr als 100 Vereine soll es in der Stadt geben. Lehrbuchhaft propagieren die Stadtoberen all das, was in der Öffentlichkeit als Anpassungsstrategie an den demografischen Wandel diskutiert wird: Familien- und Seniorenfreundlichkeit, altersgerechtes Wohnen, Mehrgenerationenprojekte, Zuwan-

derung und freiwilliges Engagement. Im Juli 2009 gab es den ersten „Wunsiedeler Familien- und Einwanderungstag“, auf dem sich die Stadt als attraktiver Wohnort präsentieren wollte. Darüber hinaus bietet Wunsiedel für seinen gesamten Nachwuchs von der Kinderkrippe bis zum Gymnasium eine ganztägige Betreuung – in Bayern eine Seltenheit.

#### „Ehrenamtliches funktioniert bei uns unwahrscheinlich gut“

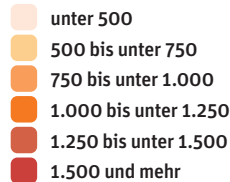
Leisten kann sich die Stadt ihr eigenes Engagement eigentlich nicht. „Wir versuchen, alles zu halten, was das Leben in dieser Stadt ausmacht“, sagt die Dritte Bürgermeisterin Margit Wiedenmaier. Dazu gehören eine Schwimmhalle, ein großes Stadion, ein kürzlich errichteter Greifvogelpark am Rande der Stadt und die Luisenburg-Festspiele. Seit Amtsantritt von Bürgermeister Beck im Jahr 2002 hat sich die Verschuldung der Stadt Wunsiedel verdoppelt. Alle Gemeinden des Landkreises zusammengenommen brachten es 2008 auf Schulden von 2.900 Euro je Einwohner – nach Passau der zweithöchste Wert aller bayerischen Kreise.

Dafür kann Wunsiedel bei allen Aktivitäten auf eine höchst engagierte Bürgerschaft bauen. „Ehrenamtliches funktioniert bei uns unwahrscheinlich gut“, sagt Heike Syma, die seit einem Jahr das Mehrgenerationenhaus in der Stadt leitet. Das freiwillige Engagement fuße auf einer langen Tradition. Offenbar begünstigt auch die Sozialstruktur der Bevölkerung das große Engagement in Wunsiedel. Denn in der „Ämterstadt Wunsiedel“ gibt es auf der einen Seite zahlreiche nicht erwerbstätige, aber bürgerlich engagierte Ehefrauen gut situerter Beamter. Aber auch die allmählich in Rente gehenden Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst suchen im Ruhestand eine sinnvolle Beschäftigung und bilden einen Kern von Engagierten.

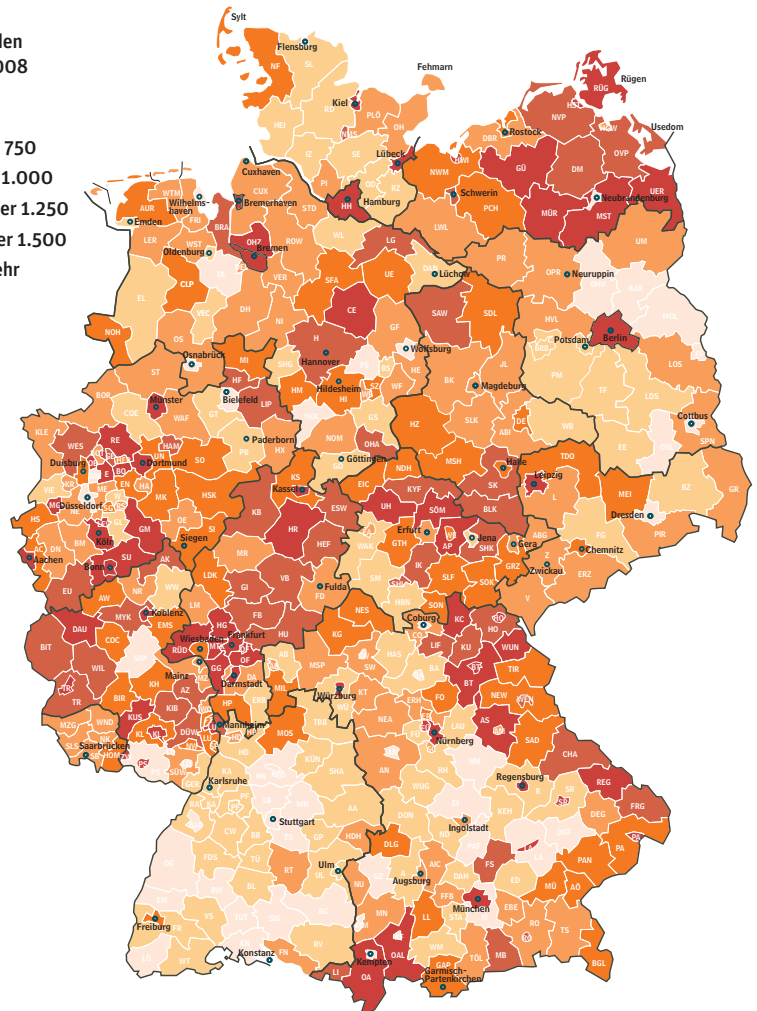
Ursprünglich sollte das Mehrgenerationenhaus nur als „virtuelles“ Projekt entstehen. Schließlich gab es bereits zahlreiche Räume, die generationenübergreifend genutzt wurden, von Kirchen und Vereinen für Krabbelgruppen und Seniorenkreise, für Vorträge und Chorproben. „Es wäre nicht sinnvoll gewesen, da etwas Paralleles daneben zu setzen“, sagt Heike Syma. Was schon existierte, sollte lediglich besser vernetzt werden.

Aber das Interesse von Bürgergesellschaft und kommunaler Verwaltung war so groß, dass das Mehrgenerationenhaus Wunsiedel nun auch als realer Ort existiert. In einem ehemaligen Café, direkt im Stadtzentrum, wurde der „Offene Treff“ des Mehrgenerationenhauses eingerichtet: eine Art Dienstleistungsdrehscheibe und Kontaktstelle für Menschen verschiedener Generationen. Hier bieten Freiwillige Computerkurse für Senioren an, es gibt eine Kinderbetreuung für die Zeit während des Einkaufens, einen Generationenchor, Seniorenpaten für Hauptschüler und Entlastungsangebote für Angehörige von Demenzpatienten. Selbst eine Bürgerbuslinie wurde ausgehend vom Mehrgenerationenhaus initiiert und arbeitet mit derzeit 18 freiwilligen Fahrern. Stadt und Stadtwerke unterstützen die Finanzierung des behindertengerechten Neunsitzers. „Es kommen immer mehr Ideen auf uns zu“, sagt Frau Heike Syma. „So blöd viele den Begriff Netzwerk finden, hier lebt er wirklich.“ Ihr Ziel angesichts des demografischen Wandels ist so einfach wie bestechend: „Was können wir tun, damit die, die noch hier sind, besser leben können und auch hier bleiben?“ Angesichts der kreativen Zusammenarbeit von Bürgergesellschaft und Stadtverwaltung dürfte das Mehrgenerationenhaus in Wunsiedel gute Chancen haben, auch nach dem Ende der fünfjährigen Bundesförderung zu überleben.

#### Kommunale Schulden pro Kopf in Euro 2008



(Datengrundlage:  
Statistisches  
Bundesamt)



#### Wunsiedel hat nach Passau die zweithöchste Verschuldung pro Kopf

Auf jeden Einwohner in Wunsiedel kommen fast 3.000 Euro kommunaler Schulden pro Jahr. Nur in der niederbayerischen Stadt Passau haben die Bewohner noch mehr Schulden. Der Landkreis München erreicht demgegenüber mit 300 Euro pro Kopf nur ein Zehntel der Schuldenhöhe von Wunsiedel.

Wir treffen in Wunsiedel zahlreiche Personen, die sich in diesem Sinne engagieren. Zum Beispiel Gertraud Sturm, eine Dame im Rentenalter, die sowohl als Stadträtin am Runden Tisch „Senioren/Menschen mit Behinderung“ aktiv ist wie auch als Vorsitzende des Hausfrauen- und des Evangelischen Frauenbundes. Zweimal im Monat treffen sich um die 50 Mitglieder des Hausfrauenbundes zu Vorträgen über Kultur- und Gesundheitsthemen oder machen Ausflüge und Tagesfahrten. Ähnliche Angebote bieten der evangelische wie auch der katholische Seniorenkreis.

In Wunsiedel scheint das Angebot der Engagierten die Nachfrage zu übersteigen. In unseren Gesprächen wird deutlich, dass bei manchen Angeboten, etwa bei der Kurzzeitbetreuung für Kinder und auch dem Bürgerbus, die Nachfrage nicht besonders groß ist. Auch die Freiwilligenbörse läuft nicht so recht: Es gebe einfach zu wenige, die Hilfe annehmen wollten. Vor allem Senioren, die eigentlich auf Unterstützung angewiesen seien, hätten Vorbehalte, sich von Fremden helfen zu lassen. „Das ist etwas, wo wir das Angebot vehement bewerben müssen, um die Leute zu knacken“, sagt Heike Syma. Weiter fortgeschritten sind die Betreuungsangebote zur Entlastung der Angehörigen von Demenzpatienten. Mittlerweile greifen acht Familien auf das Programm des Mehrgenerationenhauses zurück, um sich einige Stunden von der permanenten Aufsichtspflicht zu entlasten. Für diese Leistung erhalten die freiwilligen Betreuer eine Aufwandsentschädigung von den Pflegekassen.

## „Man muss sich dort von vielen Sachen verabschieden“

Eine weniger euphorische, wenngleich nicht negative Sicht auf das freiwillige Engagement in Stadt und Kreis haben die Vertreter von Vereinen und Initiativen, die „von unten“, also außerhalb von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Förderprogrammen entstanden sind. Etwa Arno Speiser, der Vorsitzender des Fördervereins Kinder- und Jugendprojekte in Wunsiedel. Er befürchtet, dass die Verwaltung sich zu stark in die Zivilgesellschaft einmischt und versucht, das Engagement zu vereinnahmen.

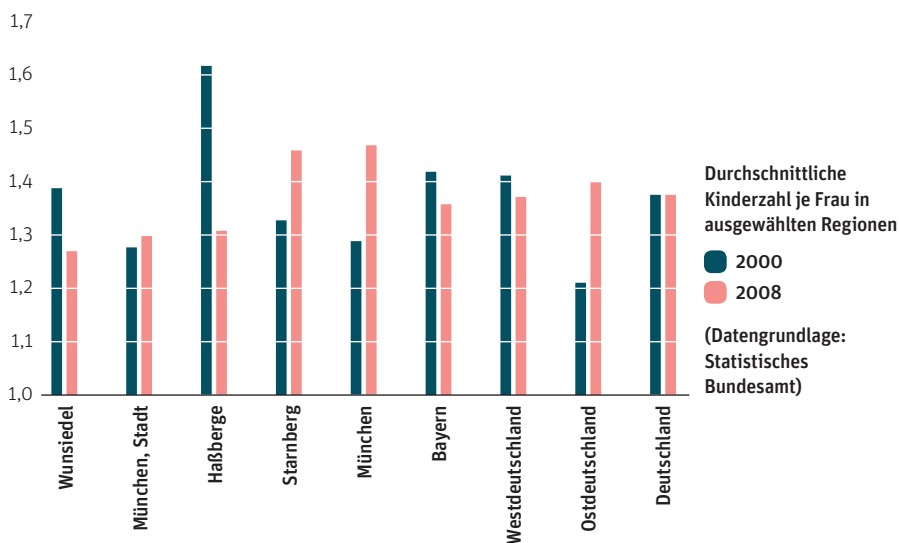
Oder Raimund Böhringer, freiberuflicher Stadtplaner und Vorsitzender des „Bürgerforums Wunsiedel“, das vor zehn Jahren entstanden ist, als der wirtschaftliche Niedergang und die Verödung der Innenstadt unübersehbar geworden waren. In dem Verein mit seinen rund 100 Mitgliedern, von denen sich zehn bis zwölf regelmäßig engagieren, sind vorwiegend Selbstständige, aber auch einige engagierte Vorruheständler organisiert. Das Bürgerforum hat es geschafft, einige kreative Projekte zur Belebung der Innenstadt Wunsiedels anzuschieben. Besonders stolz ist Böhringer auf das Projekt „Mit-

tag am Markt“, bei dem jeden Samstag von Mai bis Oktober ein gastronomischer Betrieb der Region Speisen und Getränke anbietet. Dieser öffentliche Imbiss ist nicht nur bei den Wunsiedelern ein beliebter Treff geworden, er findet auch bei den Ausstellern Anklang, weil sie nicht nur etwas Umsatz, sondern auch Werbung für sich machen können. Das Bürgerforum hat darüber hinaus eine leer stehende, unverkäufliche Gastwirtschaft als Genossenschaft erworben und einen Pächter gefunden, der dort wieder erfolgreich ein Restaurant betreibt. Auch Böhringer ist der Meinung, dass die politisch Verantwortlichen in Wunsiedel freiwilliges Engagement vor allem dann fördern, wenn sie die Fäden in der Hand behalten. Agiere das Bürgerforum aus Sicht der Lokalpolitik zu eigenständig dann gebe es auch Widerstände – eine „Nebenexekutive“ wolle man nicht.

Stadtplaner Böhringer sieht angesichts des Bevölkerungsrückgangs in der Region zahlreiche Dörfer und Kleinstädte Oberfrankens vor unlösbaren Problemen. Anders als in der Kreisstadt Wunsiedel, wo es zumindest noch Schulen und Ämter gebe, hätten die entlegeneren Gebiete nur noch im Rückbau von Infrastruktur eine Perspektive: „Man muss sich dort von vielen Sachen verabschieden.“

## Weniger Nachwuchs in Wunsiedel

Im Bundesland Bayern bekommen die Frauen im Schnitt immer weniger Kinder. Besonders in dem ländlichen Kreis Haßberge in Unterfranken und auch in Wunsiedel in Oberfranken sind die durchschnittlichen Kinderzahlen von 1,62 auf 1,31 respektive 1,39 auf 1,27 zurückgegangen. Dass dieser Rückgang nicht für alle bayerischen Kreise gilt, zeigen die Kinderzahlen in der Stadt München und im umliegenden Landkreis München sowie im wohlhabenden Starnberg. Eine ähnlich positive Entwicklung findet in Ostdeutschland statt, wo die Frauen aktuell im Schnitt mehr Kinder als in Westdeutschland bekommen.



In den kleineren Orten des Landkreises fehle auch die „kritische Masse“ an Kreativen und Engagierten. In den größeren Städten, wie Selb und Marktredwitz existieren noch ähnliche Initiativen wie in Wunsiedel. Aber nicht dort, wo der dörfliche Zusammenhalt und die Sozialstruktur der Arbeiterschaft mit dem Wegbrechen der Industrie zerfallen seien. In einer ganzen Reihe von Gemeinden gebe es kaum Entwicklungspotenzial.

Zum Beispiel Schwarzenbach an der Saale. Der Ort gehört zwar schon zum Landkreis Hof, ist aber Mitglied in einem Bündnis von neun Kommunen der Nachbarkreise Hof und Wunsiedel, die sich 2005 zusammenschlossen haben, um besser an Städtebaufördermittel zu kommen. Im Rathaus treffen wir Michael Stein, den Regionalmanager des Projekts „Generation 1-2-3“, eines Interkommunalen Altenhilfe- und Mehrgenerationenkonzeptes.

Dessen Ziel sei es, erklärt Stein, die Versorgung der hochbetagten Bevölkerung möglichst lange in den eigenen vier Wänden sicher zu stellen – in Orten, wo es kaum noch Geschäfte, keine Gaststätte, keine Fachärzte und nur noch einen ausgedünnten öffentlichen Nahverkehr gibt. In allen beteiligten neun Kommunen wurden Bürgerforen organisiert, um den Bedarf in den einzelnen Orten zu diskutieren. In jeder Kommune entstanden dann zwei bis drei themenbezogene Arbeitskreise, die zum Teil praktische Ergebnisse vorweisen können: In Schwarzenbach hat eine Bürgerbuslinie ihren Dienst aufgenommen, in Schönwald haben ehrenamtliche Fahrdienste den Transport übernommen. Auch einen Seniorenwegweiser, eine Informationssammlung für ältere Menschen, hat das Projekt herausgegeben. Inwieweit sich dadurch deren Lebensqualität verbessert hat, erschließt sich nicht zwingend. Michael Stein hofft, zumindest etwas angestoßen zu haben, wenn seine Stelle Ende des Jahres 2010 ausläuft. Manche Wünsche, die in den Foren auf den Tisch kamen, wie etwa betreutes Woh-

nen oder eine Tagespflege anzubieten und einen zusätzlichen Allgemeinmediziner anzusiedeln, waren für die Kommune nicht umzusetzen. Andere Projekte blieben einmalige Vorhaben. Und dem Bürgerbus in Schwarzenbach droht bereits wieder die Stilllegung, weil die Nachfrage fehlt.

Unweit des Büros von Michael Stein ist die Tristesse im Stadtzentrum von Schwarzenbach mit Händen zu greifen: Überall stehen die Geschäfte leer, in einem der Schaufenster stellt ein lokaler Künstler ein paar Bilder aus, in einem anderen bietet jemand eine gebrauchte Waschmaschine an. Schilder wie „Obst-Gemüse-Südfrüchte“ oder „Quelle“ erinnern an eine vergangene Zeit. Auch bei „Blume und Co.“ blüht nichts mehr – der Laden steht leer. Die Diakonie Hochfranken betreibt in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur einen „Werkladen“ für Gebrauchtwaren, in dem Arbeitslose beschäftigt und arme Menschen versorgt werden sollen. Lediglich direkt am Rathaus herrscht rege Geschäftigkeit: Der Vorplatz wird in großem Stil renoviert. Den weit überwiegenden Teil der Baukosten schießt der Freistaat Bayern zu – ohne massive Unterstützung der Landesregierung dreht sich hier kein Rad mehr. Aus eigener Kraft sind die Kommunen in Oberfranken nach jahrelanger Abwanderung und wirtschaftlichem Niedergang kaum noch handlungsfähig.

## Fazit

Die Kommunalverwaltung Wunsiedels hat sich das Konzept der „senioren- und familienfreundlichen Stadt“ auf die Fahnen geschrieben. Freiwilliges Engagement in traditionellen Formen ist in Wunsiedel weit verbreitet. Die Kommune versucht intensiv und erfolgreich, die zahlreichen Vereine und Gruppen, angegliedert an Kirchengemeinden, Schulen oder Wohlfahrtsverbände, in ein Netzwerk des Engagements einzubinden. Ausgehend von

einem Mehrgenerationenhaus als Mittelpunkt dieses Netzwerkes ist ein starkes Projekt entstanden, an dem Senioren, demente Menschen, Familien und Kinder beteiligt sind und auch betreut werden können.

An Engagierten scheint es in Wunsiedel nicht zu mangeln. Die hohe Bereitschaft gründet auf der lokalen Sozialstruktur: Ältere, nicht erwerbstätige Frauen aber auch Beamte und Angestellte im Ruhestand sehen im Engagement einen hohen ethischen Wert und bringen sich bereitwillig ein. Allerdings bleiben die Aktiven in ihrer Funktion eher untergeordnet – die Ausgestaltung des Engagementnetzwerks gibt die Kommunalverwaltung vor. Initiativen, die sich mehr Autonomie wünschen, können weniger von den Netzwerken profitieren, und fühlen sich teilweise gar durch die Dominanz der Verwaltung in ihre Arbeit eingeschränkt.

Einerseits besteht in der Kreisstadt Wunsiedel die Gefahr, dass die vielen Engagementwilligen und die Vielzahl an Unterstützungsangeboten für Ältere oder Familien gar keinem realen Bedarf gegenüberstehen. Andererseits sind die Probleme und Notlagen in den kleinen Gemeinden außerhalb der Kreisstadt ungleich größer. Aber dort fehlt es an freiwilligen Helfern, und gleichzeitig mangelt es an der Bereitschaft der Hilfsbedürftigen, sich auf die Unterstützung neuartiger Angebote einzulassen.



## 4 Landkreis Holzminden

### Aktive Bürgergesellschaft auf der Suche nach sich selbst

Der Landkreis Holzminden mit seiner 20.000 Einwohner zählenden Kreisstadt liegt im südlichen Niedersachsen. Er grenzt unmittelbar an den Solling, ein Mittelgebirge des Weserberglandes. Es gibt keinen Autobahnanschluss in der Nähe, und so dauert die Reise in die nächste Großstadt etwa eineinhalb Stunden, obwohl Kassel, Hannover, Göttingen und Salzgitter nur jeweils zwischen 60 und 80 Kilometer entfernt liegen. Holzminden, wo einst das synthetische Vanillin erfunden wurde und die Aromastoffindustrie bis heute einen wichtigen Wirtschaftszweig bildet, nennt sich seit 2003 „Stadt der Düfte und Aromen“.

Zwischen 1991 und 2008 hat der Kreis Holzminden mehr als sechs Prozent seiner Arbeitsplätze verloren.<sup>204</sup> Acht Prozent der Holzmindener im Erwerbsalter sind arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger, einer der höchsten Werte in Niedersachsen. Der Wanderungssaldo des Landkreises ist mit durchschnittlich sechs Fortzügen je 1.000 Einwohner pro Jahr stark negativ und macht den Kreis zum Hauptfortzugsgebiet in Niedersachsen. Weil die Jungen seit Jahren die Region verlassen, gehört auch der Anteil Hochbetagter an der Bevölkerung mit mehr als elf Prozent zu den Spitzenwerten des Bundeslandes.

In Holzminden treffen wir auf eine aktive Bürgergesellschaft, die ihren Ursprung in der mittelständisch geprägten Wirtschaft der Stadt hat. Mehrere finanzstarke Unternehmer engagieren sich für ihre Region. Etwa Ralf Schwager, Inhaber einer in Holzminden unübersehbaren Kaufhauskette mit mehreren Niederlassungen, der gleichzeitig die Stadtmarketing GmbH betreibt, mit der er das Image von Holzminden verbessern will. Oder die Familie Gerberding, deren Vorfahren an der Begründung der Aromastoff-Industrie maßgeblichen Anteil hatten. Sie haben vor einigen Jahren die „Gerberding-Stiftung“ errichtet, um in der Stadt gemeinnützige Projekte zu finanzieren. Im Jahr 2007 eröffnete die Gerberding-Stiftung in zentraler Lage in Holzminden das bundesweit erste, ausschließlich mit Geldern einer privaten Stiftung finanzierte Freiwilligenzentrum. Ziel war es, engagementwillige Bürger und Vereine, Organisationen sowie Projekte, die nach Freiwilligen suchen, zusammenzubringen.

### „Ich glaube, dass unser Freiwilligenzentrum, so gut es gemeint war, eher aufgestülpt war“

Das Freiwilligenzentrum ist in einem attraktiven, frisch renovierten Gebäude mitten in der Innenstadt untergebracht. 2007 startete das Zentrum mit großen Ambitionen, betreut von einem hauptamtlichen Sozialarbeiter und einer Praktikantin. Doch schon während wir unsere Interviews in Holzminden führen, befindet sich die Einrichtung in Abwicklung. Ende Juni 2010 stellt sie ihre Arbeit ein. Die Stifter waren mit den Ergebnissen des Zentrums nicht zufrieden. „Die laufenden Kosten waren wahnsinnig angesichts dessen, was letztlich herausgekommen ist“, sagt Frau Gerberding, Leiterin der Familienstiftung. Dabei hatte das Freiwilligenzentrum in den ersten zweieinhalb Jahren seines Bestehens erfolgreiche Projekte vorzuweisen. Die Stifter wie auch der Leiter des Freiwilligenzentrums schwärmen gleichermaßen vom „Bulli-

Projekt“, bei dem der lokale VW-Bastler-Club „Bulli-Teufel“ zusammen mit Jugendlichen ein altes Fahrzeug ausgebaut hat, um es dann der lokalen Musikschule für Musikprojekte zu übergeben. Das Projekt erhielt immerhin den 3. Preis des Bundeswettbewerbs „Ideen säen – Zukunft ernten“.

Auch wurden in Zusammenarbeit mit der Polizei und mehreren Schulen jugendliche „Schulbusbegleiter“ in Strategien der Deeskalation ausgebildet. Die Zahl der Zwischenfälle sei seitdem deutlich zurückgegangen, und mittlerweile hat man einen Polizisten und einen Busfahrer gefunden, die ehrenamtlich weitere jugendliche Begleiter schulen. Dem Leiter des Freiwilligenzentrums, Tobias Frank, gelang es, den Kreisarchäologen mit den Patienten einer Langzeittherapieeinrichtung zusammenzubringen. Diese arbeiten jetzt bei archäologischen Ausgrabungen an einer Burg in der Region mit. Immerhin 150 Interessierte hätten sich im Freiwilligenzentrum innerhalb der ersten zwei Jahre registrieren lassen, sagt Tobias Frank, der seine Enttäuschung über den Rückzug der „Gerberding-Stiftung“ aus dem Projekt nicht verbergen kann. Seiner Meinung nach hätte die Stiftung einen längeren Atem haben müssen.

Frau Gerberding ist der Auffassung, dass ein Freiwilligenzentrum in einem Ort wie diesem eher aufgestülpt wirke. Holzminden habe weder die Vielzahl an Menschen, die täglich in einem Freiwilligenzentrum vorbeischauchen, noch genug Institutionen, die ihrerseits Freiwillige suchen. Auch Tobias Frank räumt ein, dass Freiwilligenbörsen eher in Großstädten verbreitet seien als im ländlichen Raum: 90 Prozent aller derartigen Einrichtungen arbeiteten in Großstädten mit über 100.000 Einwohnern. Letztlich war die Kluft zwischen den Erwartungen der Stifter und den realen Möglichkeiten eines Freiwilligenzentrums in der ländlichen Region unüberbrückbar.

## „Die Ursprungsform des Ehrenamtes ist auf dem absteigenden Ast“

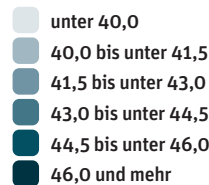
Eine der Einrichtungen, an die das Freiwilligenzentrum Engagierte vermittelt hat, ist das Pflegeheim des Deutschen Roten Kreuzes. Als Heimleiter René de Visser 2009 dort anfang, gab es kaum eine Struktur für die Arbeit mit Freiwilligen. In einem Hinterzimmer des Heims verrichteten ein paar ehrenamtlich tätige Frauen Nährarbeiten für die Heimbewohner. Die taten das seit Jahren, aber dennoch kannte das Personal des Heims sie nicht einmal mit vollem Namen. Mittlerweile hat de Visser mit diesem Zustand aufgeräumt. Freiwillige Helfer werden heute professionell in die Arbeit des Heims eingebunden.

De Visser sieht eine deutliche Veränderung in den Formen des freiwilligen Engagements: Das alte „Ehrenamt“, das man praktisch lebenslang und in festen organisatorischen Strukturen ausübe, sei „auf dem absteigenden Ast“. Auch in der Pflege wollten sich Engagierte heute selbst verwirklichen. Sie suchten zudem nach zeitlich begrenzten Projekten, die ihren eigenen Interessen entsprächen. De Visser meint, dass sich Institutionen und Vereine heute um Engagierte viel mehr bemühen müssten und der Umgang mit ihnen einen deutlich höheren Aufwand erfordere als früher. Weder könne man ihnen einfach Anweisungen erteilen, noch sie lediglich ihren eigenen Interessen nachgehen lassen. Vielmehr sei im Gespräch zu klären, was die Engagierten können und erwarten – und ob es dafür überhaupt Bedarf gebe. Um all dies zu berücksichtigen, führt das DRK-Pflegeheim mit Engagementwilligen regelrechte Bewerbungsgespräche. Freiwillige bieten beispielsweise Chi-Gong-Kurse oder Singegruppen an, in denen sie mit den Heimbewohnern tanzen oder musizieren. De Visser hat sogar die Position einer fest angestellten Ehrenamtsbegleiterin geschaffen, die Kontakt zu den mehr als 30 freiwilligen Mitarbeitern hält und deren Aktivitäten koordiniert.

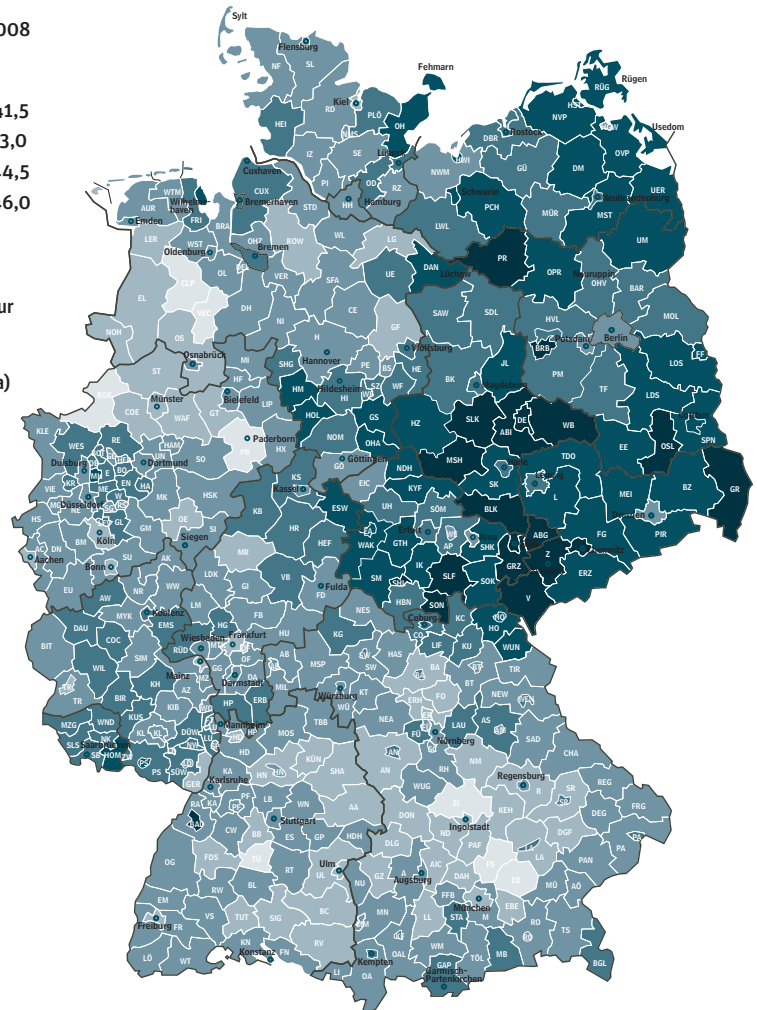
## Hohes Durchschnittsalter vorrangig in ländlichen Regionen

Die Bevölkerung in Ostdeutschland ist mit einem Durchschnittsalter von 44,3 Jahren zwei Jahre älter als in Westdeutschland (42,3). Den Rekord hält die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau in Sachsen-Anhalt: Dort sind die Bewohner im Mittel 47,4 Jahre alt. Deutschlands jüngste Region, gemessen am Durchschnittsalter der Bevölkerung, ist das niedersächsische Cloppenburg (38,4). Aber auch in Niedersachsen liegen Regionen mit einem hohen Durchschnittsalter der Einwohner: In Holzminden etwa erreicht die Bevölkerung mit 44,8 Jahren ostdeutsches Niveau. Die Einwohner im bayerischen Landkreis Wunsiedel (45,7) liegen ebenfalls weit über dem deutschlandweiten Durchschnittsalter von 42,7 Jahren. Die Abwanderung vor allem junger Menschen, der Rückgang der Geburten und die steigende Lebenserwartung lassen eine immer älter werdende Bevölkerung in den Orten zurück.

### Durchschnittsalter 2008



(Datengrundlage: Rostocker Zentrum zur Erforschung des demografischen Wandels – DemoData)



Die Abgrenzung zwischen professioneller Arbeit und freiwilligem Engagement in der Pflege ist ein schwieriges Thema. Hauptamtliche Pflegerinnen und Pfleger, für die ihre Tätigkeit, wie de Visser meint, oft auch Berufung sei, sähen immer mehr der schönen Seiten ihrer Tätigkeit an Ehrenamtliche ausgelagert. Denn diese haben Zeit, am Bett der Bewohner zu sitzen und mit ihnen zu sprechen, was Pflegerin oder Pfleger aufgrund des Zeitdrucks kaum noch könnten. Besonders das Personal für einfache Tätigkeiten, etwa Altenpflegehelfer, fürchtet um seine Arbeitsplätze.

René de Visser sieht in Zukunft noch großes Potenzial für freiwilliges Engagement in Pflegeeinrichtungen – auch weil die ältere Bevölkerung heterogener werde und die Angebote für kleine Zielgruppen maßgeschneidert werden müssten. Schon heute werde etwa nicht mehr das ganze Heim zum gemeinsamen Singen „zusammengetrommelt“, sondern mit kleineren Gruppen von wirklich Interessierten gesungen, gemalt oder getanzt.

### „Mein Eindruck ist, dass wir mit der Stadtverwaltung bisher nur minimal zusammenarbeiten“

In der Politik werde zwar viel über freiwilliges Engagement gesprochen, aber zu wenig getan, meint Heimleiter de Visser. Dabei habe freiwilliges Engagement auf lange Sicht nur dann eine Chance, wenn es von politischer Seite unterstützt werde. Engagement brauche Räumlichkeiten, eine EDV-Infrastruktur und einen sicheren finanziellen Rahmen. Auch Anlaufstellen für Engagementwillige seien wichtig, sagt de Visser – auf die Schließung des Freiwilligenzentrums anspielend, an dem sich die Kommune nicht finanziell beteiligen wollte. Auch Daniel Leonhardt vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Holzminden sieht das ähnlich: „Mein Eindruck ist, dass wir nur sehr minimal mit unserer Verwaltung und der Lokalpolitik zusammenarbeiten.“ Die Wohlfahrtsverbände fühlten sich bei vielen Entscheidungen nicht ausreichend einbezogen.

Fehlendes Vertrauen und mangelnde Zusammenarbeit haben auch für Schwierigkeiten beim Nachbarschaftshilfeverein „Weserblume“ in Bevern gesorgt, etwa zehn Kilometer von Holzminden entfernt. Die „Weserblume“ arbeitet ohne Anbindung an Wohlfahrtsverbände, Stiftungen oder die Kommune. Der Verein will den „Tausch von Talenten“ organisieren, also letztlich unentgeltliche gegenseitige Hilfe zwischen den Einwohnern. Man merkt den Mitarbeitern der „Weserblume“ ihren Enthusiasmus an. Ihre Vision ist die einer Nachbarschaft, in der jeder seine Fähigkeiten einbringt und im Gegenzug Unterstützung nach seinen Bedürfnissen erhält. Einer kann Reifen wechseln, und dafür bäckt ihm der andere einen Kuchen. Einer kennt sich mit dem PC aus, dafür übernimmt ein anderer im Gegenzug seine Einkäufe. Gerade im langen Winter 2009/10 gab es von älteren Menschen eine große Nachfrage nach Helfern, die Schnee schieben oder die Wege streuen. Vereinsleiterin Kerstin Ebbenga berichtet von einer älteren Dame, die die Früchte ihrer Obstbäume nicht mehr selbst ernten kann: „Warum muss sie in den Supermarkt gehen und Kirschmarmelade kaufen, wenn da ein richtiger Baum steht?“ Ebbenga möchte, dass sich Nachbarn in solchen Fällen helfen – und alle etwas davon haben. Über die rein praktische Seite sei dabei auch das menschliche Miteinander von Bedeutung. Viele der Mitglieder im Verein sind Hartz-IV-Empfänger oder ältere Menschen. Für die wolle man einfach auch da sein, ihnen zuhören und Rat geben.

Der Verein „Weserblume“ arbeitet abseits von Engagementpreisen und Stiftungsförderungen, und dadurch hat es der Verein nicht leicht. Er sieht sich konsequent basisdemokratisch. Mit der Lokalpolitik will er nichts zu tun haben. „Dann wäre die Sache nicht mehr das, was sie sein soll“, beschreibt ein Vereinsmitarbeiter seine Abneigung gegen Vereinnahmung. Die Unabhängigkeit bezahlt der Verein mit Geldknappheit und Unsicherheit, denn die Mittel für Raummiete, Strom, Telefon und das Gehalt der Vereinsvorsitzenden als einziger Angestellten muss über Mitgliedsbeiträge und Sponsoren „zusammengebetzelt“ werden. Der derzeitige Kassenstand sei „null“. Früher bot die „Weserblume“ auch noch eine Nachmittagsbetreuung für Schulkinder an, was dem Verein aufgrund des großen Bedarfs zahlreiche zahlende Mitglieder verschuf. Doch die Hausaufgabenhilfe wurde dem Verein aus brandschutzrechtlichen Gründen untersagt, woraufhin viele Eltern ihre Mitgliedschaft aufkündigten.

Der Verein kämpft in seiner Arbeit zudem um ein ausgewogenes Verhältnis von Nehmen und Geben bei der Nachbarschaftshilfe. Doch viele Menschen würden lediglich gern Hilfe in Anspruch nehmen – ohne selbst etwas beizutragen. Zudem sind ältere Menschen oft hilfsbedürftig, aber körperlich nicht immer in der Lage, ihrerseits Nachbarschaftshilfe zu leisten.

Der Verein kämpft in seiner Arbeit zudem um ein ausgewogenes Verhältnis von Nehmen und Geben bei der Nachbarschaftshilfe. Doch viele Menschen würden lediglich gern Hilfe in Anspruch nehmen – ohne selbst etwas beizutragen. Zudem sind ältere Menschen oft hilfsbedürftig, aber körperlich nicht immer in der Lage, ihrerseits Nachbarschaftshilfe zu leisten.

Auch mit der Arbeitsagentur hat der Verein „Weserblume“ es nicht leicht. Alle sechs Monate müssen die beim Verein tätigen Ein-Euro-Jobber ausgewechselt werden – gerade dann, wenn sie richtig eingearbeitet sind. Um ihre qualifizierte Bürokraft zu behalten, würde die Vereinsvorsitzende ihr gern einen festen Job auf 400-Euro-Basis anbieten, doch das Geld dafür fehlt. Zugang zu Fördermitteln hat die „Weserblume“ nicht, und den Verantwortlichen mangelt es offenbar auch an Informationen über die vielfältige Förderlandschaft von Stiftungen und der öffentlichen Hand. „Ich kenne mich noch zu wenig aus“, räumt Kerstin Ebbenga ein, die den Vereinsvorsitz erst vor kurzem übernommen hat. Die mangelnde Vernetzung und Unterstützung, Finanzschwäche und möglicherweise auch ein gewisser „separatistischer Stolz“ der Initiatoren führen dazu, dass die „Weserblume“ bislang noch auf der Liste der gefährdeten Arten steht.

### „Es ist sinnvoller, den Zugang zu bestimmten Bevölkerungsgruppen über Ehrenamtliche herzustellen“

Für die Kommunalverwaltung Holzminden scheinen Konzepte, wie Freiwillige in die Daseinsvorsorge einbezogen werden können, relativ neu zu sein. In dem ländlichen Kreis dominieren noch klassische Familienstrukturen, gerade schafft die Stadt Holzminden die ersten Betreuungsplätze für unter Dreißigjährige. Weder gibt es ein breites verfestigtes Sozialhilfe-Milieu noch einen hohen Migrantenanteil. Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit seien die Hauptzielgruppen des Sozialamtes Holzminden, sagt dessen Leiterin Marie-Luise Niegel. Deren Zahl steigt allerdings aufgrund der demografischen Entwicklung stark an – und verlangt neue Herangehensweisen.

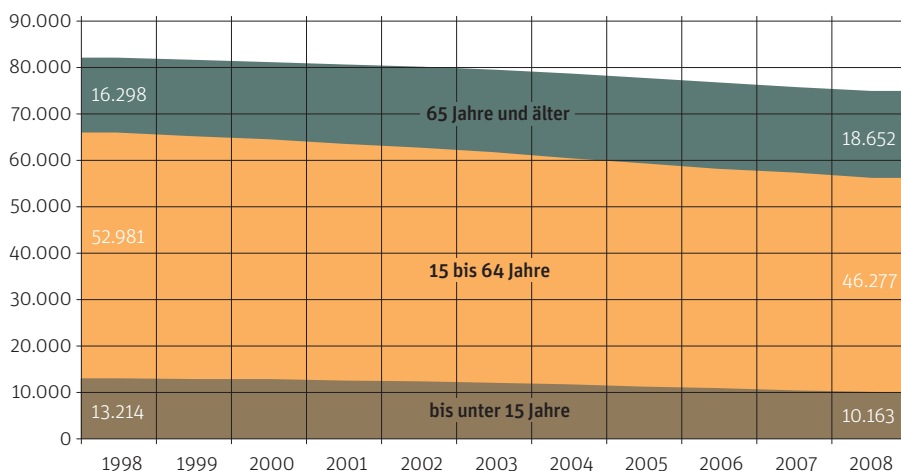
Die Amtsleiterin kann sich nur an einen Fall erinnern, in dem schon länger Freiwillige einbezogen werden: Seit etwa zehn Jahren gibt es ein Projekt, das ehrenamtliche Betreuer für Ältere und Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen schult und begleitet. Doch auch Marie-Luise Niegel stellt fest, dass der Bedarf an ehrenamtlicher Betreuung für Hilfsbedürftige wächst: So kam beispielsweise ein Asylbewerber zur Integrationsberatung, den sie als Vertreterin einer Behörde nicht unabhängig beraten, geschweige denn ihm bestimmte „Tricks und Kniffe“ verraten konnte. Als sie den Mann an eine nicht-staatliche Organisation verweisen wollte, wurde sie in der Region nicht fündig. Die nächste unabhängige Beratungsstelle für Asylsuchende fand sich im 50 Kilometer entfernten Hameln.

Mittlerweile versucht die Landespolitik, mehr Aufgaben auf freiwillig Engagierte zu verlagern – das spüre man auch in der Kreisverwaltung. Dies geschehe einerseits aus finanziellen Gründen, aber auch, weil so ein besserer Zugang zu bestimmten Gruppen von Hilfsbedürftigen zu bekommen sei. Seit 2008 läuft das Landesprojekt zur Ausbildung von freiwilligen „Integrationslotsen“ in Holzminden. Seit etwa einem Jahr gibt es in der Kreisverwaltung ein von der Landesregierung gefördertes „Seniorenservicebüro“, das unter anderem Freiwillige zu „Seniorenbegleitern“ ausbildet und deren Arbeit koordiniert. Gerade einsamen und vereinzelter Senioren sollen Gesprächspartner und Helfer in einfachen Lebensfragen zur Seite gestellt werden. Marie-Luise Niegel war positiv überrascht von der großen Nachfrage: Bereits zur Informationsveranstaltung kamen 40 Interessierte, von denen sich etwa die Hälfte sogleich zur 70-stündigen Qualifizierung zum Seniorenbegleiter anmeldeten. Schon nach einem

### Holzmindener werden weniger und älter

Innerhalb von zehn Jahren hat Holzminden neun Prozent seiner Bevölkerung verloren. 2008 lebten rund 10.000 junge Menschen unter 15 Jahren in der Region und somit ein Viertel weniger als noch 1998. Das ist auch eine Folge des konstant anhaltenden Wegzugs von potenziellen Familiengründern, die woanders ihre Kinder bekommen. Einzig die ältere Bevölkerung über 64 Jahre ist gewachsen: um knapp 14 Prozent auf gut 18.500 Einwohner.

Altersgruppen in absoluten Zahlen



Entwicklung der Bevölkerung in Holzminden von 1998 bis 2008  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)

Jahr ist die Seniorenbegleitung zu einem gut funktionierenden Projekt erwachsen, das sowohl auf Seiten der Engagierten als auch bei den Senioren auf reges Interesse stößt.

Ein zukunftsweisendes Projekt zum Zusammenführen von professionellen Angeboten und Freiwilligen scheint das geplante und gerade im Bau befindliche kommunale „Familienzentrum“ von Holzminden zu werden. Dabei funktioniert auch, wie mehrere Gesprächspartner bestätigen, die sonst kritisierte Zusammenarbeit zwischen Kommune, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen. Räume für kulturelle Veranstaltungen, für Gruppen und Vereine aller Generationen sollen hier unter einem Dach vereint werden. Zugleich sollen verschiedene Dienstleister und Träger der Wohlfahrtspflege aus dem Landkreis ihre Beratungen in den Räumen des Familienzentrums durchführen. Auch Selbsthilfegruppen, die nur gelegentlich einen Raum benötigen, werden eine zentrale Anlaufstelle bekommen. Das Konzept ähnelt dem Bundesprojekt der Mehrgenerationenhäuser, wobei es ein so gefördertes Projekt bereits in Eschershausen gibt, etwa 20 Kilometer von Holzminden entfernt. Das Zusammenbringen von Engagierten, Hilfsbedürftigen und Vereinen in einem Gebäude soll Synergien erzeugen. Initiativen, meint Daniel Mörsener von der Jugendhilfe Holzminden, bräuchten schließlich einen konkreten Ort, an dem sich Ideen entwickeln und verwirklichen lassen.

## Fazit

In Holzminden treiben lokale Unternehmer und leitende Angestellte als Vertreter eines aktiven Bürgertums das freiwillige Engagement voran. Von finanzkräftigen Akteuren wie der Gerberding-Stiftung, die das bundesweit erste privat finanzierte Freiwilligenzentrum eingerichtet hat, bis zum fragilen Nachbarschaftshilfeverein „Weserblume“ experimentiert die Bürgerschaft des Landkreises mit modernen Formen von Engagement. Auch das Deutsche Rote Kreuz als traditioneller Träger der Wohlfahrtspflege öffnet sich einem modernen Management der Freiwilligenarbeit: Das DRK geht auf Wünsche und Fähigkeiten der Engagierten ein, ermöglicht zeitlich begrenzte Einsätze für die Pflegebedürftigen und hat das Management von Freiwilligen in die Hände einer fest angestellten Engagementbeauftragten gelegt. Die Kommunalverwaltung öffnet sich dafür, Freiwillige an den Aufgaben der Daseinsvorsorge zu beteiligen. Allerdings ist dies meist an vom Land finanzierte Projekte gebunden, deren Weiterführung nach Auslaufen der Förderung unsicher ist.

Dennoch wirkt die Konkurrenz zwischen den Institutionen und Organisationen um Engagierte, um finanzielle Mittel und um öffentliche Aufmerksamkeit in Holzminden mitunter wie Sand im Getriebe. Die Kommune und die Gerberding-Stiftung haben bei der Schaffung eines Ortes für freiwilliges Engagement nicht zusammengearbeitet – sie verfolgen mit dem Freiwilligen- und dem Familienzentrum

jeweils unterschiedliche Projekte, die womöglich auch unter einem Dach hätten laufen können. Für die Stiftung war der ihrer Ansicht nach zu geringe Erfolg des Freiwilligenzentrums Anlass, es nach zwei Jahren wieder zu schließen. Die Stiftungsfinanzierung des Zentrums ohne Beteiligung anderer Geldgeber hat sich möglicherweise als Nachteil erwiesen. Doch auch dort, wo basisdemokratisch Engagierte arbeiten, gibt es Probleme, wie die „Weserblume“ erkennen lässt. Dem Nachbarschaftshilfeverein fehlen der Zugang zu finanziellen Mitteln und die Unterstützung durch die lokalen Eliten.

Trotz der Reibungsverluste ist die Bürgerschaft Holzminden innovativ und diskussionsbereit, was auch das große Interesse aller Verantwortlichen an unserem Abschlussworkshop zeigt. Sie ist auf der Suche nach wirkungsvollen Wegen, engagierte Bürger für das Gemeinwohl ihrer Stadt zu gewinnen. Für die Zukunft lässt dies auf eine effiziente Nutzung des freiwilligen Engagements hoffen.



## 5 Ludwigshafen am Rhein

Brücken bauen in einer gespaltenen Stadt

Die Geschichte von Ludwigshafen am Rhein, der zweitgrößten rheinland-pfälzischen Stadt, ist eng mit der chemischen Industrie verknüpft. Ihr Aufstieg begann, als die auf der gegenüberliegenden Rheinseite gelegene Stadt Mannheim der „Badischen Anilin und Sodafabrik“ (BASF) 1865 ein Firmengelände versagte und die „badische“ Fabrik kurzerhand in das pfälzische Ludwigshafen übersiedelte. Zahlreiche weitere Chemieunternehmen folgten der BASF. Doch die große industrielle Bedeutung wurde der Stadt später zum Verhängnis: Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs flogen die Bomber der Alliierten zahllose Luftangriffe, um die kriegswichtige Produktion zu unterbinden, und legten das Firmengelände sowie einen Großteil der Innenstadt nahezu vollständig in Schutt und Asche. Mit dem Wiederaufbau der Nachkriegszeit wuchs die Stadt schnell wieder heran und konnte es sich in den goldenen 1960er Jahren leisten, ihr ohnehin bescheidenes Stadtbild mit einem Wust von Hochstraßen und einem fehlgeplanten Riesenbahnhof komplett zu verschandeln. Seither gibt es in der Innenstadt praktisch keinen attraktiven Wohnraum mehr, dafür aber zahllose unwirtliche und verödete Plätze.

Noch immer ist Ludwigshafen ein bedeutender Standort der chemischen Industrie, vor allem dank der BASF, dem weltweit größten Unternehmen der Branche. Das Bruttoinlandsprodukt und die Steuerkraft der Stadt gehören, bezogen auf die Einwohnerzahl, zu den höchsten in Deutschland. Dennoch hat Ludwigshafen bis zum Jahr 2009 bereits Schulden in Höhe von fast einer Milliarde Euro angehäuft und gehört damit deutschlandweit zu den Städten mit dem höchsten Schuldenstand je Einwohner.<sup>205</sup> Auch dazu haben die Stadtplaner von einst beigetragen: Zwar sind in Ludwigshafen viele Hochqualifizierte und Facharbeiter beschäftigt, doch längst nicht alle wollen in der kaputtgeplanten Stadt wohnen. Die gut verdienende Mittelschicht lebt in Mannheim, Heidelberg oder den pfälzischen Umlandkreisen – bis hin zur idyllischen Weinstraße. In den vielfach tristen Wohngebieten Ludwigshafens bleiben vor allem jene zurück, die sich nichts anderes leisten können und der Stadt enorme Sozialausgaben bescheren.

Die Arbeitslosenquote Ludwigshafens lag im Herbst 2010 bei neun Prozent – während sie im umliegenden Rhein-Pfalz-Kreis weniger als vier Prozent betrug. Ein Drittel der städtischen Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund, und das durchschnittlich verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Ludwigshafen ist das niedrigste unter allen 36 Kreisen in Rheinland-Pfalz.<sup>206</sup> Hinzu kommt, dass die zahlreichen Hochstraßen drei Jahrzehnte nach ihrer Errichtung baufällig geworden sind und ihre Wartung enorme Summen verschlingt. Allein die Kosten für die anstehende Sanierung der Hochstraße Nord werden auf 100 bis 200 Millionen Euro geschätzt.

### „Mentoring ist eine wunderbare Möglichkeit, Menschen über Grenzen hinweg zusammenzubringen“

Ludwigshafen am Rhein ist eine Stadt mit tiefen Gräben. Sie verlaufen zwischen den prosperierenden Industrieunternehmen und der klammen Kommune. Und zwischen gut verdienenden Einpendlern und den wenig betuchten Einwohnern, von denen viele einen Migrationshintergrund haben. Freiwilliges Engagement in Ludwigshafen ist darauf ausgerichtet, diese Kluft zu überbrücken. Ein besonders populäres Mittel, Bedürftige und Gutverdiener zusammenzubringen, die sich im normalen Leben kaum begegnen, sind Mentoring-Projekte. Den Anfang gemacht hat im Jahr 2006 die aus den USA stammende Organisation „Big Brothers Big Sisters“. Sie ist angetreten, um Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien mit engagierten Erwachsenen „als große Brüder und Schwestern“ auf Zeit zusammenzubringen. „Big Brothers Big Sisters“ funktioniert als soziales Franchise-Unternehmen: Das „Produkt“, die Idee und Vorgehensweise, wird von der amerikanischen Mutter-Organisation übernommen. Mittlerweile arbeiten zehn verschiedene Länderorganisationen rechtlich selbstständig und finanzieren sich eigenständig über Spenden und Sponsoren.

Bei „Big Brothers Big Sisters“ können sich interessierte Erwachsene auf der einen Seite sowie Kinder und deren Eltern auf der anderen Seite melden. Die Auswahl von Mentor und Mentee wird von Psychologen begleitet, Mentoren werden zu Beginn geschult. In dem Programm gehen Mentor und Mentee die Verpflichtung ein, sich ein Jahr lang zu begleiten und mindestens zwei Mal pro Monat Zeit miteinander zu verbringen, insgesamt wenigstens acht Stunden. In Ludwigshafen, wo die Deutschland-Zentrale der Organisation mit vier hauptamtlichen Mitarbeitern

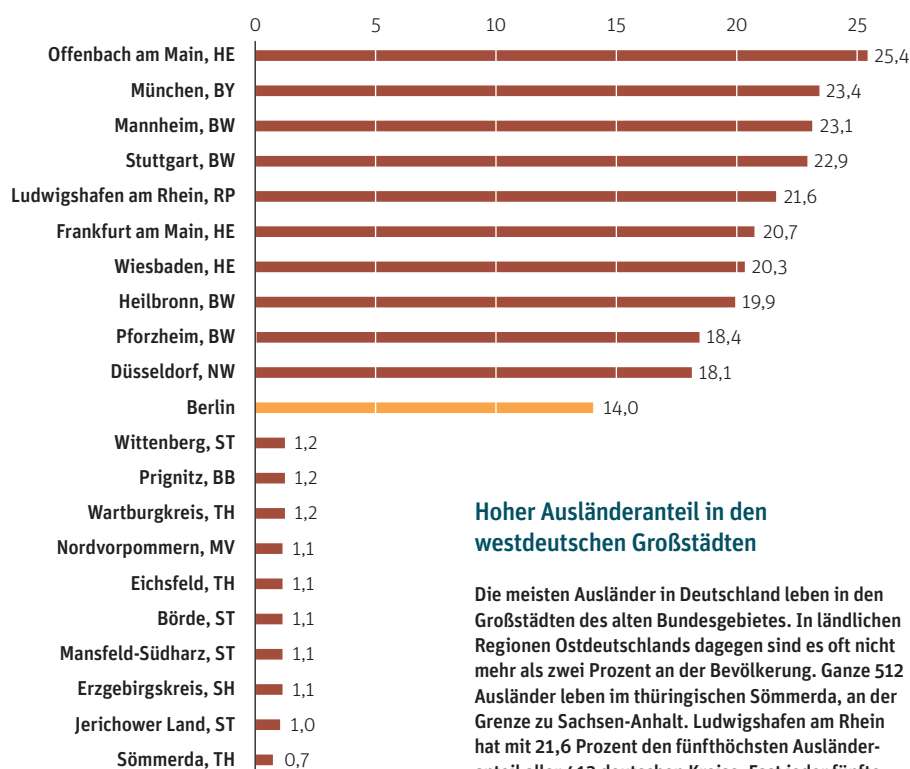
ansässig ist, sind 60 Prozent der vermittelten „kleinen Brüder und Schwestern“ nicht-deutscher Herkunft. Das Projekt ist so erfolgreich, dass es mittlerweile eine Warteliste für Mentoren suchende Kinder und Jugendliche gibt. Darauf stehen vor allem Jungen, denn Männer machen nur ein Drittel der Mentoren aus, und Betreuer und Betreute müssen bei „Big Brothers Big Sisters“ von gleichem Geschlecht sein. Während die Organisation potenzielle Mentoren vorwiegend über klassische Medien, etwa Zeitungsartikel, anspricht, werden Kinder und deren Eltern meist direkt in Veranstaltungen an Grund- und Hauptschulen oder bei Migrantenorganisationen kontaktiert.

Etwa 30 Tandems gibt es derzeit in Ludwigshafen und noch eine Menge Potenzial – auch wenn die Kinder eher aus der Arbeiterstadt und die Mentoren meist aus dem bildungsbürgerlichen Umland stammen. „Wir erleben ein wachsendes Bewusstsein dafür, dass der Staat nicht alles richten kann“, sagt Sabine Scheltwort, Mitarbeiterin bei „Big Brothers Big Sisters“. „Dennoch wollen die Engagierten flexibel bleiben und sich nicht langfristig binden.“ Mentoring scheint eine ideale Form zu sein, in einer sozial und räumlich immer stärker gespaltenen Gesellschaft Menschen verschiedener Schichten zusammenzubringen und gleichzeitig dem wachsenden Bedürfnis der Engagierten nach selbstbestimmter Sinnsuche entgegenzukommen. Mentor zu sein, gibt auf der einen Seite unmittelbar das Gefühl, einem Kind aus schwierigen sozialen Verhältnissen zu helfen. Auf der anderen Seite werden die Treffen individuell vereinbart und beide Partner machen das, worauf sie Lust haben. Nach einem Jahr läuft das Mentoring, so es nicht verlängert wird, automatisch aus. Das macht das Programm für junge, mobile Hochqualifizierte interessant – die Mehrheit der Mentoren ist zwischen 20 und 40 Jahre alt, darunter Studenten und viele Akademiker.

Die kirchlichen Organisationen Caritas und Diakonie versuchen sich ebenfalls an Mentorenprogrammen. Den Jugendmigrationsdienst der Caritas in Ludwigshafen gibt es seit 2007. Allerdings sind dort die Tandems nicht nur auf Freizeitgestaltung ausgerichtet, wie Stephanie Gutting von Jugendmigrationsdienst berichtet. Die Mentees werden meist aus den von der Caritas angebotenen Sprachkursen heraus vermittelt, die allerdings nicht immer ausreichen, um die Migranten sprachlich fit genug für eine Bewerbung auf einen Arbeitsplatz zu machen. Deshalb entstehen Tandembeziehungen mit dem Ziel, die deutsche Sprache anzuwenden und die Sprachkenntnisse zu verbessern. Die Mentees sind zwischen 18 und 40 Jahre alt und erhalten nebenbei auch noch ganz praktische Unterstützung: Stephanie Gutting erzählt,

wie eine Migrantin auf Wohnungssuche über ihren Mentor Zugang zu einer Wohnungsbau-genossenschaft gefunden hat – und dort jetzt mit ihrer Familie viel Leben in die überalterte Hausgemeinschaft bringt.

Das Mentorenprogramm, so Gutting, könnte wachsen, wenn die Caritas-Mitarbeiter dafür mehr Zeit investieren würden. Ideal wäre eine kontinuierliche Begleitung der Mentor-Mentee-Paare, doch derzeit steht bei Problemen neben Stephanie Gutting lediglich eine Kollegin als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Die Organisationen müssten aber in problematischen Situationen Unterstützung leisten. Etwa wenn Mentees mit Migrationshintergrund Probleme mit Behörden zu lösen hätten – hierum müssten sich professionelle Berater kümmern.



Ausländeranteil 2008, Extremwerte für deutsche Städte, Berlin zum Vergleich (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)

## Hoher Ausländeranteil in den westdeutschen Großstädten

Die meisten Ausländer in Deutschland leben in den Großstädten des alten Bundesgebietes. In ländlichen Regionen Ostdeutschlands dagegen sind es oft nicht mehr als zwei Prozent an der Bevölkerung. Ganze 512 Ausländer leben im thüringischen Sömmerda, an der Grenze zu Sachsen-Anhalt. Ludwigshafen am Rhein hat mit 21,6 Prozent den fünfthöchsten Ausländeranteil aller 413 deutschen Kreise. Fast jeder fünfte Bewohner und insgesamt 35.200 Ludwigshafener haben somit keinen deutschen Pass. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund dürfte etwa doppelt so hoch sein.

Die Ludwigshafener Diakonie geht diesen Weg bereits, wie Sozialberaterin Angelika Geist berichtet. Bei dieser Organisation stehen etwa 60 mit bestimmten Problemlagen vertraute Begleiter bereit, um Migranten zu beraten und bei der Lösung der Probleme zu unterstützen. Sie begleiten ihre Mentees etwa zur Ausländerbehörde oder zu Terminen bei der Wohnungssuche. Der Bedarf ist hoch: Im ersten Halbjahr 2010 hat die Diakonie etwa 300 Einzelberatungen durchgeführt, wobei etwa drei Vierteln der Hilfesuchenden zumindest phasenweise ein freiwilliger Begleiter zur Seite gestellt wurde. Angelika Geist hält diese Form der persönlichen Unterstützung für zukunftsweisend. Selbst wenn es keine konkreten Schwierigkeiten mit Ämtern und Behörden gäbe, hätten sehr viele Migranten Unterstützung nötig. Kinder aus nicht allzu problembelasteten Familien vermittelt Geist gern an „Big Brothers Big Sisters“, die sich auf diese Zielgruppe spezialisiert haben, „doch ich habe dort mehr Anträge laufen, als sie erfüllen können“. Das Eins-zu-Eins-Mentoring, so Angelika Geist, sei ideal für jene Menschen mit Migrationshintergrund, die nicht unbedingt professionelle Hilfe benötigten.

Beim „Lernzirkel“ Ludwigshafen, einem einst von türkischstämmigen Hochschulabsolventen gegründeten Verein, versucht man derzeit, klassische kostenpflichtige Nachhilfe mit freiwilligen Mentorenprogrammen zu verbinden. Ozan Yildirim, der den „Lernzirkel“ seit 2007 hauptberuflich leitet, sagt, der Verein wolle eine Rundumbetreuung türkischer Familien anbieten. Im „Lernzirkel“ versuchen Angehörige des türkischstämmigen Bürgertums, das Bildungsniveau in der eigenen Gemeinschaft zu verbessern. Zwar werden die Lehrkräfte, häufig Studierende mit türkischen Wurzeln, für den Nachhilfeunterricht bezahlt, doch es gibt auch viel freiwilliges Engagement: Studierende und Abiturienten betreuen jüngere Schüler als freiwillige Mentoren, versuchen sie anzuspornen und ihnen

eine Lebensperspektive aufzuzeigen. Dazu gehören auch Kino- oder Theaterbesuche, Beratungen über die schulische Laufbahn, Besuche bei den Eltern oder in den Schulen.

Yildirim würde die Tätigkeit des Vereins gerne ausweiten, doch dafür wäre eine bessere finanzielle Basis nötig. Die komplizierte Beantragung bei Bundes- oder EU-Programmen sei nur mit mehr hauptamtlichem Personal möglich. Die Stadtverwaltung lobt zwar die Arbeit des Lernzirkels und stelle dem Verein für Seminare mit türkischen Eltern Räume zur Verfügung, doch eine finanzielle Förderung gibt es wegen der knappen Kassen nicht. Die Stadt Ludwigshafen kann teilweise nur in Integrationsprojekte investieren, wenn die Mittel aus Förderprogrammen von Land, Bund oder EU kommen. Die städtische Integrationsbeauftragte Hannele Jalonen bedauert diese Abhängigkeit von Projekten – Integration müsse eine Regelförderung erhalten.

### **„Alle wissen, wir haben kein Geld – und trotzdem müssen wir die Dinge geregelt kriegen“**

Eine andere Art des Brückenbaus pflegt die Stadtverwaltung Ludwigshafen selbst. Weil eine engagierte, bürgerliche Mittelschicht vor allem außerhalb der Stadt lebt, muss sie eben auch im Umland rekrutiert werden: Dort leben Tausende von Ingenieuren und Controllern, Buchhaltern und Vertriebsmitarbeitern, die täglich zur Arbeit nach Ludwigshafen einpendeln. Waren in den Unternehmen einst Survivaltraining, Feuerlauf oder gemeinsame Klettertouren zur Stärkung des Teamgeists angesagt, so ist seit einigen Jahren bürgerschaftliches Engagement als teambildende Maßnahme gefragt. Susanne Ziegler von der Abteilung Stadtentwicklung ist die Aufgabe zugefallen, dieses Engagementpotenzial für die Stadt nutzbar zu machen.

Angefangen hat es vor einigen Jahren, als ein großes Pharmaunternehmen mit Sitz in Ludwigshafen einige hundert Teilnehmer eines Treffens von Außendienstmitarbeitern zur gemeinnützigen Arbeit nach Ludwigshafen schickte und bei Susanne Ziegler nach Einsatzmöglichkeiten suchte. Nur zwei Wochen brauchte die umtriebige Mitarbeiterin, um genug Projekte für die Mitarbeiter zu finden. Mittlerweile hat Ziegler eine Menge Erfahrung mit „Freiwilligen-Großeinsätzen“. Angestellte der Softwareschmiede SAP treffen sich zwei Mal im Jahr zum „freiwilligen Arbeitseinsatz“ in Ludwigshafen. In Kürze werden 40 „Junge Rotarier“ unter dem Motto „Arbeiten und feiern“ ein Wochenende lang im Wildpark Rheingönheim den Streichelzoo auf Vordermann bringen. Im Sommer kommt die „Mannheim Business School“ mit ihren Studenten und renoviert zwei Ludwigshafener Einrichtungen.

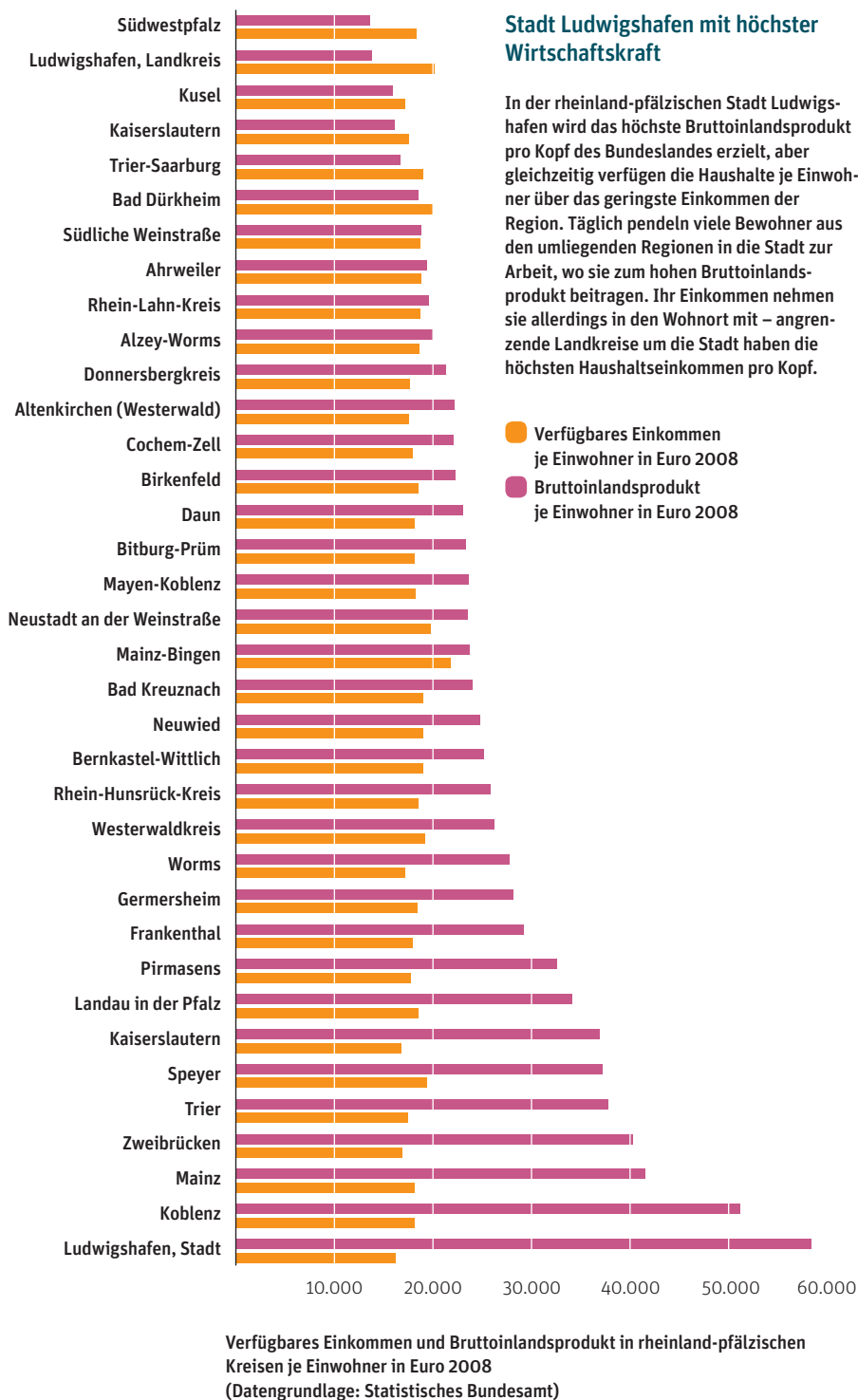
Eine konsequente Weiterentwicklung solcher „Social Events“ einzelner Firmen ist der Freiwilligentag, der 2008 zum ersten Mal in Ludwigshafen stattfand. An einem bestimmten Termin sind Bürger, Unternehmen und Vereine aufgerufen, etwas für ihre Stadt zu tun. 51 verschiedene Projekte kamen damals zustande, die meisten entwickelt von Susanne Ziegler: „Ich denke nach, und ich telefoniere!“ Mittlerweile weiß Ziegler, wobei die Kommune oder soziale Einrichtung Hilfe brauchen können und was überhaupt an einem einzigen Tag für Freiwillige machbar ist.

Manches Projekt, das so zustande kommt, bereitet Menschen für einen Tag Freude. So organisierten Jugendliche der Stiftung „Anpfiff zum Leben“ ein Tischtennisturnier in einer Behinderteneinrichtung. Mitarbeiter einer Tanzschule boten eine Tanzveranstaltung in einem Seniorenheim an. Doch mit großen Freiwilligen-Einsätzen können auch ganz konkrete Mängel städtischer Infrastruktur gelindert werden: In der Pfingstweide, einem Park in Ludwigshafen, wurden Wege neu

angelegt, Rindenmulch verteilt und Tulpenzwiebeln gesetzt. In einer Turnhalle hat eine Hockeymannschaft die Umkleieräume gestrichen, anderswo werden Räume in einem Kindergarten renoviert. Material dafür wird mitunter von lokalen Handwerksbetrieben bezogen – als Ausgleich dafür, dass diese aus Kostengründen nicht auch gleich den Auftrag erhalten. Ziegler hat ausgerechnet, dass allein der letzte Freiwilligentag der Stadt Ludwigshafen geldwerte Leistungen im Umfang von 200.000 Euro eingebracht hat.

Daneben ermöglichen solche Einsätze auch, dass viele Menschen in einen Bereich des freiwilligen Engagements hineinschnuppern, mit dem sie sonst nie in Kontakt gekommen wären. Manche Organisationen hoffen, so Nachwuchs für Bereiche zu finden, denen Engagierte allmählich ausgehen. Susanne Ziegler berichtet von einer Einrichtung für Multiple-Sklerose-Patienten, wo die langjährigen Helferinnen mittlerweile zu alt und zu wenige sind, um Patienten im Rollstuhl auszufahren. Ziegler hofft, auf dem nächsten Freiwilligentag Ersatz zu finden. Die Aussichten sind gut, denn mittlerweile sind in Ludwigshafen aus Kurzzeit-Einsätzen dauerhafte Beziehungen zwischen ansässigen Firmen und sozialen Einrichtungen geworden.

Wo Freiwillige knapp sind, aber der Bedarf groß ist, hilft eine Institution, die Engagierte gewinnen und vermitteln kann. In Ludwigshafen ist das die 2001 aus einem Bürgerworkshop hervorgegangene Ehrenamtsbörse „Vehra“. Nicht nur die Stadt, auch viele Vereine und Organisationen suchen freiwillige Helfer, sagt Sigrid Veller, die ehrenamtlich die Vermittlung von Freiwilligen bei „Vehra“ übernommen hat. Anfangs haben die Mitarbeiter von „Vehra“ eine Art „Meldebogen“ an alle Vereine in Ludwigshafen verschickt, mit Fragen nach dem Bedarf an Freiwilligen und den gewünschten Fähigkeiten. Doch der Rücklauf war gering, weil das Verfahren zu anonym war. Erst über direkte Gespräche hat sich die Ehrenamtsbörse in der Stadt bekannt



gemacht. Jetzt rufen Vereine einfach an, wenn sie Freiwillige brauchen. Manche wollen klassische Ehrenämter neu besetzen, suchen etwa einen Kassierer oder Schriftführer. Auch wenn das Deutsche Rote Kreuz einen Menüservice oder eine Kleiderkammer eröffnen wolle, so Sigrid Veller, dann gehe das nur mit Freiwilligen.

Zahlreiche Einrichtungen in Ludwigshafen gründen Fördervereine, weil sie ohne finanzielle Unterstützung von außen nicht auskommen. So wurde das städtische Tierheim 2008 in einen gemeinnützigen Verein umgewandelt, weil die Stadt es nicht mehr tragen wollte. Bis heute arbeitet es dank privater Sponder und freiwilliger Helfer weiter. Auch das einst städtische Strandbad Blies erhält heute mit Hilfe eines Fördervereins den Betrieb aufrecht.

Neben der Vermittlung betreibt die Ehrenamtsbörse auch einige größere Eigenprojekte. So wird seit fünf Jahren die Ludwigshafener „Tafel“ betrieben, eine Lebensmittelversorgung für Bedürftige. Weiterhin organisiert die Ehrenamtsbörse das Projekt „Lesepaten“ für Kindergärten, Schulen und Altenheime sowie das Projekt „Schaukelpferd“, eine Werkstatt, in der freiwillige Helfer gebrauchte Spielsachen reparieren und diese dann an Kindereinrichtungen verschenken. Die Ludwigshafener Ehrenamtsbörse vermittelt pro Jahr etwa 130 bis 150 Freiwillige.

Doch dass eine zunehmende Zahl älterer Menschen nach Engagement sucht, ist nicht zu spüren. „Leider“, sagt Sigrid Veller, „wie viele Aufrufe haben wir für das Projekt „Schaukelpferd“ gemacht? Wir suchen ehemalige Handwerker, Bastler, wenn auch nur für ein paar Stunden pro Woche. Doch da kommt wenig“. Veller bestätigt, dass es heute leichter sei, Engagierte für zeitlich begrenzte Projekte zu finden. Für klassische Ehrenämter hingegen könnten sich immer weniger Menschen begeistern. Die erste Frage von potenziell Engagierten sei meist, ob sie denn auch einmal wegbleiben könnten. Auch die Rentner würden sich ihre Gedanken machen, ob sie denn noch eine Urlaubsfahrt unternehmen können, wenn sie sich zur Hilfe bereit erklären.

### Fazit

In Ludwigshafen existiert keine homogene Gemeinschaft, in der das Bürgertum, die Arbeiterschaft und die sozial Schwachen ein aktives Miteinander pflegen. Die Stadt ist räumlich und gesellschaftlich gespalten. Unter diesen Bedingungen ist ein professionelles Engagement-Management notwendig, um Brücken zwischen den gesellschaftlichen Gruppen zu schlagen. Dies gelingt bei mehreren Projekten offenbar gut. Die Stadtverwaltung nutzt das Potenzial freiwilligen Engagements, das speziell von Unternehmen unterstützt wird, in kreativer Weise: Eine eigens dafür eingesetzte Mitarbeiterin entwickelt gezielt Projekte für Freiwilligen-Einsätze. So lässt sich projektbezogen und kurzfristig eine enorme Anzahl an Helfern gewinnen, die zwar nicht unbedingt in der Stadt selbst wohnen, aber dennoch Leistungen für sie erbringen. In klammen Städten wie Ludwigshafen besteht allerdings die

Gefahr, dass der Verweis auf fehlendes Geld zu einem Reflex wird, um jeden finanziellen Einsatz von Beginn an zu vermeiden. Dies gefährdet das Vertrauen der Engagierten besonders in Vereine und Organisationen, die neben bezahlten Kräften auch Freiwillige beschäftigen.

Auf der Ebene individueller Hilfe für Migranten versuchen verschiedene Organisationen, die wachsende soziale Kluft mithilfe von Mentoring-Projekten zu überbrücken. Diese modernen Formen des Engagements erfüllen in idealer Weise das Bedürfnis zu helfen und dabei zeitlich und inhaltlich flexibel zu bleiben. Aus diesem Grund sind sie unter jüngeren Akademikern sehr populär und werden von unterstützungsbedürftigen Familien und Kindern gerne angenommen. Mentoring-Projekte funktionieren umso besser, je professioneller Mentoren und Mentees ausgewählt und betreut werden. Eine erfahrene Organisation mit hauptamtlichen Mitarbeitern ist dafür unabdingbar. Weil sie zudem dauerhaft vorhanden sein muss, ist eine begrenzte öffentliche Projektförderung für diese Engagementform ungeeignet. Das Potenzial von Mentoring-Projekten, soziale Kontakte zwischen völlig verschiedenen Bevölkerungsschichten herzustellen und beide Seiten von der Kooperation profitieren zu lassen, ist groß.



## 6 Bremerhaven

### Stadt und Bürgerschaft in Zwietracht

Bremerhaven, strategisch günstig direkt an der Wesermündung gelegen, ist einst als Überseehafen der 60 Kilometer entfernten Hansestadt Bremen entstanden. Die bremische Exklave Bremerhaven war einst der bedeutendste Auswandererhafen Europas. Von hier aus brachten die Schiffe zwischen 1830 und 1974 rund 7,2 Millionen Deutsche, Ost- sowie Südeuropäer und Skandinavien in die Neue Welt.<sup>207</sup> Bis heute sind die Häfen der wichtigste Wirtschaftszweig in Bremerhaven – doch jetzt werden vor allem Container und PKW umgeschlagen. Anfang der 1970er Jahre, als die Werften und Häfen noch einen enormen Personalbedarf hatten, lebten in Bremerhaven 145.000 Menschen, darunter viele Gastarbeiter. Dann ging es mit der maritimen Wirtschaft zunächst allmählich, bald immer schneller bergab. Allein zwischen 1993 und 2010 sank die Einwohnerzahl Bremerhavens von 132.000 auf nur noch 113.000 Einwohner – prozentual einer der stärksten Verluste einer kreisfreien Stadt in Westdeutschland.<sup>208</sup>

In den vergangenen Jahren hat Bremerhaven versucht, sich mit gewaltigem Aufwand ein neues Image als Tourismus-, Wissenschafts- und Logistikzentrum zu geben. Doch die Altlasten des industriellen Strukturwandels wiegen schwer: Die Schulden des Landes Bremen, zu denen Bremerhaven wesentlich beigetragen hat, sind pro Kopf doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt und lähmen die Lokalpolitik. Mindestens ein Drittel der Bremerhavener Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund – aber die ehemaligen Gastarbeiter und deren Kinder finden kaum noch auskömmliche Jobs. Die Stadt hatte 2008

mit 14 Prozent die höchste Arbeitslosen- und Sozialhilfequote aller kreisfreien Städte in Deutschland. Die Hälfte der Arbeitssuchenden ist seit mehr als zwölf Monaten ohne Job. In den 1960er und 1970er Jahren, als die Gewinne der großen Betriebe noch sprudelten, bedeutete Engagement für die Arbeiterschicht etwas völlig anderes als für die Mittelschicht heute „bürgerschaftliches Engagement“. Für die Arbeiter ging es darum, ihren Anteil an der Mitbestimmung und am wachsenden Wohlstand zu sichern. Man kämpfte um politische Teilhabe und Interessenvertretung. Die Arbeiterschicht, vor allem auf den Werften, war traditionell gut organisiert und Bremerhaven hatte starke Gewerkschaften und eine machtvolle Sozialdemokratie.

Mit dem industriellen Niedergang ist dieses politische Engagement in Bremerhaven fast völlig weggebrochen, und der Stadtverwaltung scheint ein engagiertes Gegenüber abhanden gekommen zu sein. Wir finden bei der Verwaltung Bremerhavens keinen einzigen Gesprächspartner, der zum Thema freiwilliges Engagement zu einem Interview bereit gewesen wäre. Ein Mitarbeiter des Magistrats teilt uns zunächst mit, dass er nur anonym Auskunft geben könne, zieht aber später auch dieses Angebot zurück. Er verweist an einen vorgesetzten Stadtrat, der nach einigen Tagen per E-Mail mitteilt, dass bei der Stadt Bremerhaven zum Thema „freiwilliges Engagement“ derzeit leider niemand auskunftsfähig sei. Die Kommunalpolitik, so auch der Eindruck nach unseren Interviews mit Engagierten, scheint so sehr mit sich selbst und den Problemen der Stadt beschäftigt zu sein, dass sie sich nicht auch noch mit freiwillig engagierten Bürgern auseinanderzusetzen mag.

### „Wenn man seine Arbeit verliert, macht Engagement keinen Spaß mehr“

Sadik Sahin, ein türkischstämmiger Schweißer, war lange Zeit Teil der alten, engagierten Arbeiterschicht. Er hatte schon 1974 mit Kollegen einen türkischen Arbeitnehmerverein gegründet, aus dem in den 1980ern ein internationaler Verein wurde. Sahin war jahrelang als Elternvertreter der Kindergärten und Schulen in Bremerhaven aktiv, engagierte sich in Stadtteilkonferenzen und in der Gewerkschaft, er saß für die SPD im Stadtparlament. Sahin war ein Migrant, der es geschafft hatte. Doch als 1997 die Werft schloss, auf der er 25 Jahre gearbeitet hatte, verlor er seine Arbeit. Seitdem schlägt er sich mit Mühe durch, als Selbstständiger, als Montagearbeiter. Sahins persönlicher beruflicher Abstieg ist Sinnbild für den Abstieg der ganzen Stadt. Zwischen 1991 und 2000, in der Zeit der größten Krise für die Stadt, verlor Bremerhaven 3.300 Arbeitsplätze.<sup>209</sup> Mit der beruflichen und finanziellen Unsicherheit nahm auch das politische und soziale Engagement von Sadik Sahin und von vielen anderen Arbeitern ab: „Ohne Arbeit macht das alles keinen Spaß mehr. Man muss ja ständig darüber nachdenken, wie man seine Miete bezahlt“, sagt Sadik Sahin. Man sei auf Arbeitssuche, müsse flexibel sein, sei vielleicht auch frustriert und habe weniger Geld. Früher habe er sich frei genommen, um die Probleme anderer Leute zu regeln. Heute habe er selbst Probleme. Sahin ist noch immer in einigen Gremien tätig, vielleicht weil er immer engagiert war. Gegenwärtig beteiligt er sich an der Gründung eines „Demokratischen Migrantenforums“, das sich für Chancengleichheit von Zuwanderern einsetzen will. Doch er fragt sich manchmal, was ihm dieses ganze Engagement eigentlich bringt. Zu einem sicheren Lebensunterhalt hat es ihm nicht verholfen: „Und wenn ich zu einem Termin nach Bremen fahre, muss ich das Benzin selbst bezahlen. Jetzt, da ich arbeitslos bin, überlege ich schon, ob das geht.“

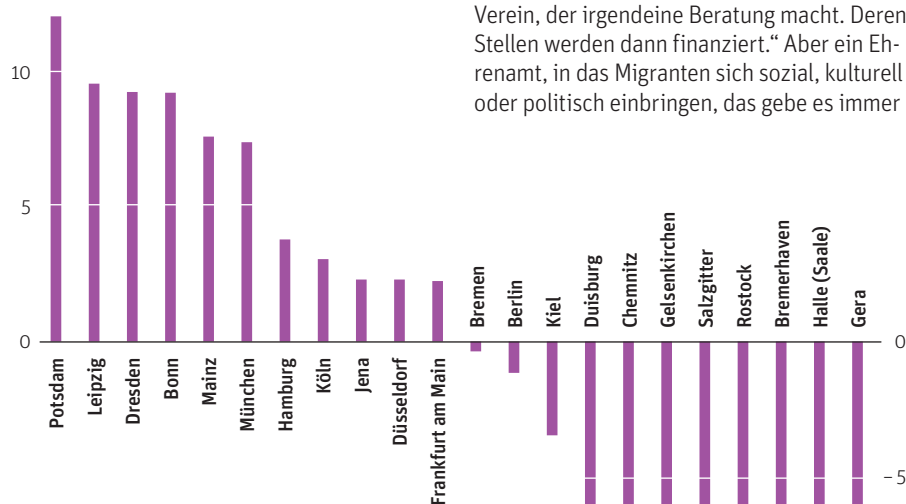
Wie Sahin geht es vielen Arbeitern mit Migrationshintergrund, die sich einst für ihresgleichen engagiert haben. Etwa Ali Can, vom Verein „Dialog für gleiche Rechte“. Wir treffen den gelernten Schlosser in der Vereinsbaracke in einem Industriegebiet von Bremerhaven-Lehe. Früher sei das hier eine „linke Truppe“ gewesen, sagt Can, der seit den 1980er Jahren in Deutschland lebt. Doch nach dem Untergang des Ostblocks sei es auch mit der linken Bewegung bergab gegangen. Dem Arbeiterverein wurde in den 1990er Jahren mit dem neuen Namen „Dialog für gleiche Rechte“ eine „Multikulti-Richtung“ verpasst. Unter den 22 zahlenden Mitgliedern und den nach Cans Schätzung etwa 100 Menschen, die sich gelegentlich blicken lassen, hätten fast alle einen türkischen Hintergrund, wenngleich mittlerweile 90 Prozent einen deutschen Pass besäßen. Früher

wollten die Mitglieder auch den Kontakt mit Einheimischen pflegen, doch das habe nicht so recht funktioniert. Gelegentlich treffen sie sich mit Antifa-Gruppen oder alternativen Vereinen. Offenbar hat sich die Vereinsarbeit im Wesentlichen auf geselliges Beisammensein reduziert. Es gebe eine Tanz- und eine Frauengruppe, und man plane einige Informations- und Kulturveranstaltungen, sagt Can. Die früher zwei bis drei Mal im Jahr stattfindenden Wochenendseminare für Frauen oder Jugendliche, meist zu Migrationsfragen, sind seit drei Jahren gestrichen, weil die öffentlichen Zuschüsse weggefallen sind.

Can hat damals selbst Orientierungsseminare für Jugendliche angeboten, die Probleme hatten, einen Beruf zu finden. Heute sei der ganze ehrenamtliche Bereich der Integrationsarbeit kommerzialisiert. „Integrationshändler“ nennt Can die Trägerorganisationen, die von Fördermitteln leben. „Die gründen einen Verein, der irgendeine Beratung macht. Deren Stellen werden dann finanziert.“ Aber ein Ehrenamt, in das Migranten sich sozial, kulturell oder politisch einbringen, das gebe es immer

weniger. Ali Can und seine Mitstreiter haben darüber hinaus Schwierigkeiten mit den immer komplexer werdenden Antragsverfahren. Aktuell habe Bremerhaven das Projekt „Wohnen in Nachbarschaften“ ausgelobt. Es stellt Geld für Vereine und lokale Initiativen bereit, die mit freiwilligem Engagement die Lebensqualität in den Stadtteilen verbessern wollen. Jeder darf Anträge stellen. „Doch da geben Leute ausführliche Begründungen über drei Seiten ab“, meint Can resigniert. „Wir haben weder die Zeit noch die Ausbildung dafür.“ Allenfalls könne man sich an große Träger wie die Arbeiterwohlfahrt oder die Caritas andocken, die dann die eigentlichen Projekte durchführten.

Viele Migrantenvereine sind von dem Niedergang der klassischen Arbeiterkultur betroffen. Der 1993 gegründete „Arbeitskreis Mosaik“, der auf der Homepage der Stadt Bremerhaven seine Tätigkeit anpreist, der früher noch Radiosendungen und Fernsehen für den Offenen Kanal gemacht hat, ist kaum noch aktiv. Auch vom „Solidaritätsverein“, den Remzi Cengiz 1976 zur Sozialberatung von Migranten mit gegründet hat, scheint nur eine Hülse übrig geblieben zu sein. Das Interesse an der Vereinsarbeit habe stark abgenommen, beklagt Cengiz. Wie viele Veranstaltungen der Solidaritätsverein gegenwärtig noch anbietet, ist nicht genau in Erfahrung zu bringen. Ein Faltblatt enthält zwar eine Liste von Beratungen, Arbeitsgruppen und Sprachkursen, die meisten Angebote sind jedoch mit dem Vermerk „in Planung“ versehen. Lediglich zwei Sprachkurse fanden gegenwärtig statt, so Cengiz, drei Ehrenamtliche und drei ABM-Kräfte arbeiteten gegenwärtig im Verein. Cengiz beklagt sich über die mangelnde Engagementbereitschaft der jungen Türkischstämmigen. Die hockten lieber in der Teestube. In den Vereinen seien immer nur die gleichen älteren Leute anzutreffen.



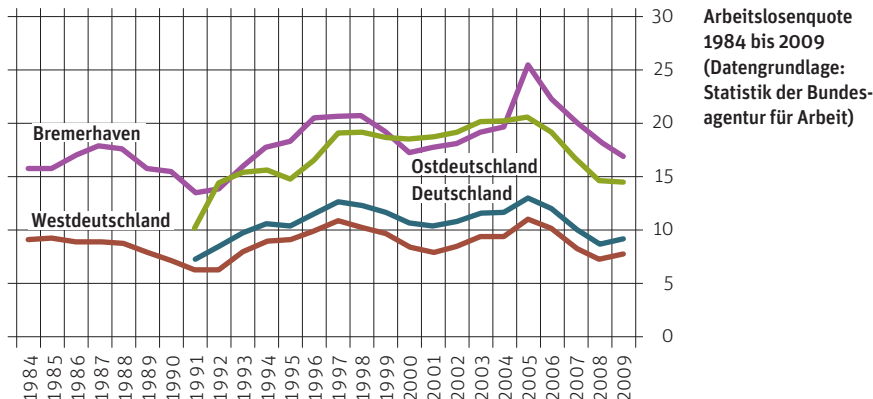
## Schwund und Wachstum in den Großstädten Deutschlands

In Deutschland gibt es 71 kreisfreie Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Die Hälfte dieser Städte verliert seit 1995 Bevölkerung. Das gilt für viele strukturschwache Städte in Ostdeutschland wie Gera in Thüringen und Halle in Sachsen-Anhalt, aber auch für die Mehrheit der altindustriellen Städte im Ruhrgebiet und für die Hafenstadt Bremerhaven. Innerhalb von 13 Jahren hat Bremerhaven fast 16.000 Einwohner verloren und ist damit um zwölf Prozent geschrumpft.

Extremwerte der Bevölkerungsentwicklung in kreisfreien Städten 1995 bis 2008 (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)

## Arbeitslosenquote Bremerhavens auf ostdeutschem Niveau

Die Arbeitslosenquote von Bremerhaven lag im Jahr 2009 bei 17 Prozent. Jeder sechste erwerbsfähige Bewohner war somit ohne Arbeit. Das sind fast doppelt so viele wie im bundesdeutschen Durchschnitt und ein größerer Anteil als in Ostdeutschland. Die Werftenkrise der 1970er Jahre bedeutete für einige regionale Werften das Ende – und für viele Bewohner die Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig gelingt es der Stadt bis heute nicht, ihre vielen ehemaligen Gastarbeiter und gering Qualifizierten in anderen Branchen unterzubringen.



## „Ich finde, dass Pflegeeinrichtungen ihre Einnahmen und Ausgaben offenlegen sollten“

Doch auch in Bremerhaven gibt es eine bürgerliche Bevölkerung, die sich freiwillig engagiert – allerdings andere Qualifikationen und finanzielle Mittel als die Arbeiterschicht mitbringt. Als Vertreter beider Gruppen bei unserem Workshop aufeinandertreffen, wird rasch deutlich, wie unterschiedlich die Lebenswelten von Arbeitern in prekärer Beschäftigung und von Akademikerinnen oder gut betuchten Hausfrauen sind.

Alice Fröhlich, die vor vielen Jahren aus den Niederlanden nach Bremerhaven kam, hat schon vor 25 Jahren den freiwilligen sozialen Dienst „Solidar“ aufgebaut. Im „Haus im Park“, einem privat betriebenen Pflegeheim für demente Menschen, helfen die Freiwilligen von Solidar bei der Betreuung der Patienten. Bei Aufbau und Konzeption des Pflegeheims war der Freiwilligendienst von Anfang

an eingebunden – er arbeitet praktisch in Symbiose mit der professionellen Pflegeeinrichtung. Die eigentliche Pflege wird von bezahlten Fachkräften erledigt, die rund 80 Freiwilligen „pflegen die Seele“, wie Alice Fröhlich es ausdrückt. Sie gehen mit den Patienten spazieren, lesen vor, bewirten sie mit Kaffee und Kuchen, haben eine Poesiegruppe ins Leben gerufen. Ein Freiwilliger bastelt mit älteren Männern, ein anderer regelt den gesamten Internetauftritt des Vereins und gibt gleich zwei Mitarbeiterzeitungen heraus – eine für die interne Kommunikation und eine für die Öffentlichkeit.

Alice Fröhlich und ihr Projekt „Solidar“ waren in Deutschland ihrer Zeit weit voraus und haben schon viele Auszeichnungen erhalten. 2003 kürte der Hausfrauenbund Bremerhaven Alice Fröhlich zur „Frau des Jahres“, 2006 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz am Bande und 2008 bekam der Verein den „Freiherr-vom-Stein-Preis“ der Alfred Töpfer Stiftung. Mittlerweile ist sie nicht nur Expertin für die Betreuung Demenzkranker, sondern auch für den Aufbau von Freiwilligendiensten und deren Mitwirken in der professionellen Pflege. Zu beiden Themen

hält sie bundesweit Vorträge. Sehr wichtig sei die Ausbildung und Betreuung der Freiwilligen, meint Fröhlich. Jeder erhalte am Anfang eine zwei- bis dreistündige Basisschulung zum Umgang mit Dementen. Auch Weiterbildungen werden angeboten. Dabei gebe es auch Überschneidungen mit pflegerischen Tätigkeiten, räumt Fröhlich ein, etwa wenn Patienten das Essen gereicht werden muss, die nicht mehr selbst Löffel oder Gabel zum Mund führen können. Fröhlich lässt dazu die Freiwilligen gegenseitig an sich üben – auch Schüler, die für ein Sozialpraktikum zum Verein stoßen. Wenn jemand selbst mal ein zu großes Stück einer heißen Kartoffel im Mund gehabt habe, meint sie, wirke das viel besser als jedes Referat.

Alice Fröhlich kann die Veränderung bei der Einstellung zum Engagement in Deutschland gut beurteilen, bringt sie doch die Erfahrung der ausgeprägten Freiwilligenkultur in den Niederlanden mit. Vor 20 Jahren hätten die Leiter der Pflegeeinrichtungen nur gelacht über ihre Idee, mit Freiwilligen zu arbeiten: „Jetzt reißen sich alle darum. Weil es mit dem Geld immer enger wird und weil eine gute Pflegeeinrichtung versuchen muss, die Qualität hoch zu halten.“ Auch sie kennt die Diskussion um die Verdrängung von Arbeitsplätzen auf der einen und die Ausbeutung von Freiwilligen auf der anderen Seite. Deshalb hält Alice Fröhlich es für absolut notwendig, dass Pflegeeinrichtungen ihre Einnahmen und Ausgaben offen legen. In Verhandlungen über Pflegesätze würde stets behauptet, dass darin lediglich sechs Prozent Verwaltungskosten enthalten seien und der Rest in die reine Pflege fließe. Dabei sei der Verwaltungskostenanteil stets höher. Wenn dann ein Betreiber sage, für diese oder jene Pflege- und Betreuungsleistung sei kein Geld mehr da und deshalb müssten Freiwillige einspringen, dann sei das momentan überhaupt nicht überprüfbar. Im schlimmsten Fall wird so mit freiwillig Engagierten ein Wasserkopf in der Verwaltung oder hohe Gehälter des Leitungspersonals finanziert.

## „Eine Stadt, die kein Geld hat, nimmt den Ehrenamtlichen die Arbeit weg und macht Netzwerke kaputt, die andere aufgebaut haben“

Eine andere aktive Bürgerin ist Marika Büsing, die in den 1990er Jahren aus Ostdeutschland nach Bremerhaven kam. Die Psychotherapeutin hat vor einigen Jahren die gemeinnützige GmbH „Weitblick“ gegründet, die sie bis heute ehrenamtlich leitet. „Weitblick“ bewarb sich in Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt für das Mehrgenerationenhausprojekt des Familienministeriums und bekam den Zuschlag. Mittlerweile arbeiten in dem Haus eine hauptamtliche Koordinatorin sowie zehn Honorarkräfte und etwa 30 Freiwillige. Ältere verwirklichen dort ihre Projektideen, organisieren einen Tanztee, machen Spiele-Nachmittage, lesen Kindern vor. Es gibt ein Kinderhotel, das die Kleinen auch über Nacht beherbergt – allerdings mit ausgebildeten und bezahlten Betreuern.

Mit Freiwilligen arbeitet auch das Projekt „Wellcome“, bei dem überwiegend ältere Menschen junge Familien nach der Geburt des ersten Kindes unterstützen und Eltern entlasten, und zwar unter einem Dach mit dem Mehrgenerationenhaus. Bisher stehen aus dem umliegenden, wohlhabenderen Landkreis Cuxhaven mehr engagementwillige Menschen bereit, als es hilfesuchende Familien aus Bremerhaven gibt. Marika Büsing hat deshalb angeregt, dass „Wellcome“ diese beiden Parteien besser zusammenbringt. Die Plattform dafür könnte eine Ehrenamtsbörse sein, die Büsing initiiert und an das Mehrgenerationenhaus angeschlossen hat. Eine solche Vernetzungsstelle für Engagement fehlte bisher in Bremerhaven.

Beim Abschlussworkshop, an dem neben Alice Fröhlich und Marika Büsing fünf weitere Engagierte, darunter drei Migranten aus Bremerhaven, teilnehmen, entladen sich Unzufriedenheit und Ärger auf die Stadtverwaltung, bei der sich kein einziger Gesprächs-

partner finden ließ. Die Lokalpolitik, so die einhellige Meinung, würdige und unterstütze freiwilliges Engagement nicht. Die Vertreterin einer Stadtteilkonferenz, in der sich Bürger für die Verbesserung der Lebensqualität im Stadtviertel einsetzen, bringt es auf den Punkt: Der Magistrat scheue sich, die Stadtteilkonferenzen zu sehr zu unterstützen, aus Sorge, diese könnten am Ende noch die Arbeit der Stadtverordneten übernehmen. Marika Büsing, die Initiatorin der Ehrenamtsbörse beklagt, die Verwaltung habe sich nie für dieses Projekt interessiert: „Aber jetzt erfahren wir so nebenbei, dass der Magistrat ebenfalls eine Ehrenamtsagentur gründet. Eine Stadt, die kein Geld hat, nimmt den Ehrenamtlichen die Arbeit weg, finanziert zwei Stellen und macht damit Netzwerke kaputt, die andere aufgebaut haben.“

### Fazit

Die industrielle Vergangenheit Bremerhavens erweist sich als Hypothek für das freiwillige Engagement. Sowohl die Arbeiterschaft von einst als auch die von dieser Zeit geprägte Lokalpolitik können mit einem modernen Verständnis von freiwilligem Engagement bisher offenbar wenig anfangen. Für die Beschäftigten in Werften und Häfen bedeutete Engagement vor allem Kampf um politische Teilhabe, höhere Löhne und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Engagement war weniger Beitrag als vielmehr Forderung. Gewerkschaften und Migrantenvereine haben sich in dieser Zeit eine starke Position und ein hohes Selbstbewusstsein aufgebaut, die mit dem Strukturwandel und dem Verlust vieler Arbeitsplätze in sich zusammengefallen sind. Zahlreiche Engagierte aus dieser Schicht wirken heute resigniert. Sie sind sich einig, dass ein sicherer und gut bezahlter Arbeitsplatz die Voraussetzung für freiwilliges Engagement bilde. Wo nichts zu fordern und zu verteilen ist,

trauen sich die Menschen einen eigenen Beitrag zum Gemeinwesen kaum mehr zu. Migrantenvereine fühlen sich darüber hinaus in der Zuständigkeit für ihre eigene Klientel von den Fürsorgeprofis der freien Träger an den Rand gedrängt.

Die Vernetzung der von Migranten geprägten Arbeiterschicht und den Engagierten der bürgerlichen Mittelschicht ist mangelhaft. Ein Austausch zwischen beiden Gruppen, auch ein Engagement füreinander, findet zu wenig statt. Teilweise gibt es mehr Hilfsbereite, als Menschen, die Hilfe annehmen wollen. Bis dato ist viel zu wenig bekannt, was Engagement bewirken kann, wo es Unterstützung gibt, wer sich dafür bewerben, aber auch wer sich wo einbringen kann.

Die Lokalpolitik hat das Ende der alten Gewaltenteilung zwischen Kommune und Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung noch nicht verinnerlicht. Mit Bürgern, die sich engagiert einmischen und mitwirken wollen, hat die Kommune noch keine funktionierende Arbeitsbasis gefunden. Bisher ignoriert sie weitgehend das sich entwickelnde, kreative und zukunftsweisende freiwillige Engagement der bürgerlichen Mittelschicht, das diese unter erheblichem Einsatz eigener Mittel aufbringt. Es scheint, als empfinde die Verwaltung dieses Engagement als Eingriff in den eigenen Machtbereich. Statt zu kooperieren, bringt die hoch verschuldete Stadt die Engagierten gegen sich auf und schafft gleichzeitig teure Parallelstrukturen. Von einer Zusammenarbeit zwischen Kommune und Bürgerschaft zur Milderung der lokalen sozialen Probleme scheint Bremerhaven weit entfernt.

# WAS TUN?

Das Berlin-Institut hat im Rahmen der vorliegenden Studie Expertinnen und Experten aus Politik und Gesellschaft in ausgewählten Regionen zu freiwilligem Engagement befragt. Diese Untersuchungen fanden in insgesamt sechs Bundesländern statt, in Großstädten und Dörfern, in demografisch noch stabilen und in bereits stark schrumpfenden Regionen. Alle diese Regionen sind mit verschiedenen Formen des demografischen Wandels und ökonomischen Umbrüchen konfrontiert. Die Menschen hier finden oft weniger Strukturen vor, die freiwilliges Engagement begünstigen, als in Gebieten mit florierender Wirtschaft und Bevölkerungswachstum.

Wie stark sich Engagement in einer Region entfalten kann, wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst: vom Einkommen und sozialen Status der Bewohner, von der Wirtschaftsgeschichte und der Tradition ehrenamtlicher Tätigkeit. Aber auch von der vorhandenen sozialen Infrastruktur, der Aktivität der Lokalpolitiker, der Besiedlungsdichte und der verkehrsmäßigen Anbindung. Letztlich hängt Engagement immer von aktiven Personen und ihren Ideen ab. Sie brauchen Anlaufstellen und Angebote, die ihnen den Einstieg ins Engagement erleichtern. Frustrierende und demotivierende Erfahrungen brauchen sie nicht.

**Empfehlungen**, die dazu dienen sollen, freiwilliges Engagement zu aktivieren, müssen sich an diesen Gegebenheiten orientieren und an verschiedenen Punkten ansetzen. Für viele Herausforderungen der Gesellschaft gibt es noch keine Rezepte. Auch im Bereich Engagement ist noch offen, wie Politik, Wirtschaft und Sozialverbände erfolgreich mit freiwillig Engagierten zusammenarbeiten können. Dennoch lassen sich aus der vorliegenden Studie auf fünf verschiedenen Ebenen wichtige Ideen zur Aktivierung und zur besseren Nutzung von freiwilligem Engagement ableiten:

**Erstens** zielen die Empfehlungen darauf ab, die generellen **Rahmenbedingungen von freiwilligem Engagement** zu verbessern. Hier geht es um die Frage, wie sich deutschlandweit die Strukturen und Förderungsmöglichkeiten von freiwilligem Engagement ändern sollten.

**Zweitens** weisen sie in Richtung einer speziellen **Förderung von Engagement im ländlichen Raum**, weil dort teilweise andere Herausforderungen bestehen und gezielt angegangen werden müssen als in den Städten.

**Drittens** wenden die Empfehlungen sich an die **Wohlfahrtsverbände und freien Träger der Wohlfahrtspflege**, die sich besser als bisher auf den Einsatz von freiwillig Engagierten vorbereiten müssen.

**Viertens** richten sie sich an **Stiftungen**, die zunehmend das Engagement der Bürger fördern.

**Fünftens** konzentrieren sie sich auf die **Aktivierung der Generation 60plus**. Dies ist nicht nur die einzige zahlenmäßig wachsende Altersgruppe in Deutschland, sondern auch eine Gruppe, in die künftig deutlich mehr qualifizierte und wohlhabende Menschen mit guter Gesundheit hineinwachsen als bisher.

## 1 Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement verbessern

Immer mehr Stadt- und Gemeindeverwaltungen erkennen, dass das freiwillige Engagement ihrer Bürger eine wichtige Ressource für die regionale Entwicklung und die Erhaltung der Lebensqualität vor Ort bildet. Manche jedoch sehen engagierte Bürger als Konkurrenten, die in den Machtbereich von Lokalpolitik und Verwaltung eingreifen. Wieder andere setzen Engagierte nur als kostenlose Hilfskräfte ein oder nutzen Engagement-Projekte hauptsächlich zur Abschöpfung von Fördermitteln. Wer eine aktive Bürgergesellschaft will, muss systematisch und langfristig Möglichkeiten des Engagements schaffen und auch mehr Einmischung und Mitsprache zulassen.

**Engagement-Infrastruktur dauerhaft finanzieren**

Engagement braucht eine verlässliche Basis, einen konkreten Ort, an dem Engagierte und Projekte aufeinandertreffen, Informationen ausgetauscht werden und Synergien entstehen können. In größeren Orten kann dies ein Freiwilligenzentrum oder ein Mehrgenerationenhaus sein, in kleineren ein Gemeinschaftshaus. Die Grundkosten eines solchen Orts müssen dauerhaft öffentlich oder durch Stiftungsmittel finanziert werden. Seine Existenz darf nicht an unsicheren oder befristeten Projektfinanzierungen hängen.



### Freiwilliges Engagement professionell managen

Kommunen benötigen – ebenfalls verlässlich finanziert – professionelle Manager freiwilligen Engagements. Diese wiederum brauchen konkrete Befugnisse, um die Interessen der Bürgerschaft gegenüber der Kommunalverwaltung zu vertreten. Die Engagementmanager müssen den Kontakt zwischen Engagierten einerseits sowie der Lokalpolitik und -verwaltung andererseits herstellen und dafür sorgen, dass Kommune und Bürgergesellschaft nicht gegeneinander arbeiten. Wo es möglich ist, sollten sie Engagement auf konkrete Aufgaben lenken sowie Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen Engagierter beilegen.

### Freiwilligenkultur durch Schulen, Hochschulen und Arbeitgeber fördern

Sich für die eigene Kommune mitverantwortlich zu fühlen, muss und kann man lernen. Schulen, Hochschulen und Arbeitgeber sollten zum Gedeihen einer Freiwilligenkultur beitragen. Zum Beispiel kann für „Freiwilliges Engagement“ eine Extrabewertung in Schulzeugnissen gegeben werden. Studierende können sich „Credit Points“ erarbeiten und Firmen ihre Arbeitnehmer für bestimmte Formen von freiwilligem Engagement freistellen. Bei Bewerbungen und Einstellungen können Engagementenerfahrungen einen Bonus erzeugen. Diese Praxis ist in anderen Ländern, an bestimmten Hochschulen sowie bei größeren Unternehmen bereits üblich und hat sich bewährt.

### Kriterien zur Evaluierung von freiwilligem Engagement entwickeln

Wo eine umfangreiche finanzielle Förderung von freiwilligem Engagement erfolgt, sollte auch dessen Wirksamkeit nachprüfbar sein. Statt wie bisher freiwilliges Engagement lediglich an den eingesetzten Mitteln oder der Zahl durchgeführter Projekte zu messen, sollten ergebnisbezogene Kriterien der Evaluation von Engagement entwickelt werden. Nur wenn der gesellschaftliche Nutzen von freiwilligem Engagement ermittelbar ist, lassen sich echte Erfolge von reinen Medienpräsentationen abgrenzen.

## 2 Die Basis für mehr freiwilliges Engagement im ländlichen Raum schaffen

Trotz der vielfach schwierigen Situation haben ländliche Räume in Deutschland eine starke Lobby. Über die Regionen ergießt sich seit Jahren ein warmer Regen aus Fördermitteln für Dorfumbau-, Infrastruktur-, Bildungs- oder Arbeitsförderungsprojekte. Eine klare Strategie für die Entwicklung des ländlichen Raumes ist dahinter jedoch nicht erkennbar. Angesichts eines bald greifenden Neuverschuldungsverbotes werden Fördermittel in Zukunft spärlicher fließen. Die Strategie für die Entwicklung des ländlichen Raumes kann somit nur Konzentration heißen – auf das, was Zukunft hat. Eine gemeinschaftsstiftende Zivilgesellschaft, eine „aktive Gemeinde“, kann dafür entscheidend sein.

### Engagementförderung muss die lokale Bevölkerungsstruktur berücksichtigen

Engagementformen, die hohe Anforderungen an die eigene Motivation und an die Autonomie jedes Engagierten stellen (wie Freiwilligenbörsen, Zeittauschbörsen oder auch offene Projektausschreibungen) sind für die bildungsbürgerliche Mittelschicht oder die „modernen Performer“ der Städte geeignet. In ländlichen Regionen, die bereits seit Jahren Abwanderung verzeichnen, funktionieren diese Formen in der Regel schlecht. Für „passive Gemeinden“ ohne engagierte „Macher“ sind sie völlig ungeeignet. Das dort vorherrschende traditionelle Milieu braucht stärkere Vorgaben und klare Strukturen für freiwilliges Engagement. Hier gilt es, auch aus negativen Erfahrungen zu lernen und Einrichtungen und Projekte aus städtischen Regionen oder „aktiven Gemeinden“ nicht einfach unter Verschwendung von Fördermitteln zu kopieren.

### Die „Macher“ freiwilligen Engagements unterstützen

Soll freiwilliges Engagement lokale Probleme angehen, braucht es überzeugende Organisatoren und Motivatoren. Diese „Macher“ sind einzelne aktive Einheimische, eventuell der Bürgermeister oder heimatverwurzelte Unternehmer, häufig aber auch Zugezogene, die einen anderen Blick auf die Situation mitbringen. Diese Menschen und ihre Ideen brauchen einen niedrigschwelligen Zugang zu finanziellen Mitteln und politische Unterstützung für ihr Engagement – auch wenn ihre Ideen nicht in jedem Fall umsetzbar sein mögen. Dazu gehört ein kreativer Umgang mit Verwaltungsvorschriften, falls diese ein Engagement verhindern. Laufen potenzielle Macher immer wieder vor verschlossene Türen der Lokal- oder Landespolitik, führt dies zum bürgerschaftlichen Austrocknen einer Kommune.

### Ortsbetreuer rekrutieren

Für einzelne oder mehrere „passive Gemeinden“, in denen kaum mehr aktive Bürger verfügbar sind, können Ortsbetreuer tätig werden. Diese können Macher nicht ersetzen, doch sie können freiwilliges Engagement zur Daseinsvorsorge der verbleibenden Bevölkerung aktivieren und bündeln. Als ehrenamtliche oder teilzeitbeschäftigte Ortsbetreuer können Menschen aus der Region in Bezug auf Fördermöglichkeiten, Projektmanagement und Öffentlichkeitsarbeit geschult werden. Ortsbetreuer könnten, ähnlich wie einst der Pfarrer, die Gemeindegewerkschafter oder die Ortsbäuerin, Ansprechpartner für die Dorfbewohner sein, diese zur Teilnahme an den Aktionen und Veranstaltungen umliegender „aktiver“ Dörfer motivieren, Hilfebedarf feststellen und Öffentlichkeitsarbeit für Betreuungsangebote leisten.

### Wohlfahrtsverbände als Koordinatoren des Engagements etablieren

Wohlfahrtsverbände genießen bei vielen, vor allem bei älteren Bürgern im ländlichen Raum, großes Vertrauen und verfügen meist über eine eigene Infrastruktur. Dadurch eignen sie sich gut als Andock-Stationen und Koordinatoren von zusätzlichem freiwilligem Engagement. Wohlfahrtsverbände sollten stärker die Funktion der Aktivierung und Koordination freiwilligen Engagements übernehmen. Sie sollten Engagierte nicht, wie es mitunter geschieht, als kostenlose Hilfskräfte marginalisieren oder als Konkurrenten sehen, die Arbeitsplätze bedrohen. Wohlfahrtsverbände können als „Engagement-Agenturen“

Bürgern konkrete Angebote für die Mitwirkung machen. Sie können aber ebenso neue Ideen von Freiwilligen managen und über Freiwilligendienste überregional Helfer vermitteln. Dafür müssten die Wohlfahrtsverbände in den einzelnen Einrichtungen vor Ort die Position eines professionellen Freiwilligenbetreuers schaffen und die nötige Infrastruktur für Engagierte bereitstellen, etwa Räume, Fahrzeuge oder Materialien. Zudem müssen im ländlichen Raum die Mobilität der Freiwilligen von den Wohn- zu den Einsatzorten gesichert und entstehende Unkosten erstattet werden.

### Dorfgemeinschaftshäuser zu Zentren der Kommunikation und des Engagements machen

Ein Hauptproblem der kleinen Dörfer in Schrumpfsregionen ist der Zerfall der Dorfgemeinschaft. Um diese wiederzubeleben, sind Orte der Begegnung nötig – etwa Dorfgemeinschaftshäuser. Dort sollten möglichst alle noch verfügbaren Dienstleistungen (Geldautomat, Laden, Gemeindegewerkschafter, Sprechzeiten von Diensten und Behörden, eventuell ein Café) gebündelt werden. Mobile Dienstleister (Friseur, Physiotherapeuten, Fußpfleger) sollten hier stundenweise Räume nutzen können. In einem Computerraum lässt sich das Internet nutzen und es können Online-Bankgeschäfte erledigt werden. Initiativen oder die Organisatoren geselliger Veranstaltungen sollten im Dorfgemeinschaftshaus kostenlos und nach Bedarf Räume zur Verfügung gestellt bekommen. Solche Häuser brauchen in der Regel eine Grundfinanzierung. Die Entscheidung über eine Finanzierung sollte auf den bestehenden und zu erwartenden Aktivitäten der Dorfgemeinschaft basieren. Wo die Aussichten zu gering sind, kann eine Förderung nicht gewährt werden. Wo sich die Erwartungen nach einigen Jahren nicht erfüllen, sollte die Finanzierung gestoppt werden.

### Regelförderung für freiwilliges Engagement schaffen

Gegenwärtig dominieren ständig wechselnde, befristete Programme zur Förderung der baulichen und sozialen Infrastruktur des ländlichen Raumes. Diese wirken häufig nur als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sind weder finanziell noch in den Köpfen der Menschen nachhaltig. Erforderlich ist eine Engagement-Regelförderung für den ländlichen Raum, die nicht an spezifische Projektvorgaben oder an Kofinanzierung gebunden ist. Unerlässlich ist eine Förderung, die auf der einen Seite eine Engagement-Infrastruktur dauerhaft finanziert und auf der anderen Seite „Risikokapital“ für kreative Ideen liefert. Mit solchem Kapital können neue, unbekannte Ansätze ausprobiert werden – mit dem Risiko des Scheiterns, aber auch der Chance für ganz neue Lösungen.

### „Stiftung Ländlicher Raum“ errichten

Zur Unterstützung von aktiven Bürgern im ländlichen Raum ist eine dauerhafte, niedrigschwellige und weitgehend ergebnisoffene Fördermöglichkeit auch mit kleineren Beträgen notwendig. Deshalb ist eine „Stiftung Ländlicher Raum“ empfehlenswert, bei der eine Gruppe von Antragstellern (beispielsweise immer fünf Bürger aus der Region oder dem Ort) unbürokratisch mit einer kurzen Vorhabenbeschreibung kleinere Summen (etwa bis 5.000 Euro) beantragen können. Viele Initiativen oder Aktionen brauchen nur einige hundert oder wenige tausend Euro, um die kritische Schwelle zum Leben oder Über-

leben zu überschreiten. Förderungen durch die Stiftung Ländlicher Raum sollten nicht an die Erwartung einer späteren Selbstfinanzierung von Projekten gebunden werden. Sie sollten sowohl Risikokapital wie auch selbstloses Sponsoring sein – sofern das Ziel der Verbesserung der Lebensqualität und der Daseinsvorsorge gewahrt bleibt. Es muss stets die Option der Einmalförderung, der Weiterförderung sowie der Einstellung von Förderung bestehen. Die Stiftung Ländlicher Raum könnte eine staatliche Stiftung (nach dem Vorbild der Deutschen Bundesstiftung Umwelt oder der Stiftung Warentest) sein. Das Stiftungskapital könnte aus den Privatisierungserlösen ehemals staatlicher Unternehmen stammen, deren Aufgabe es ist, die Infrastruktur in der Fläche zu sichern – etwa der Post oder der Bahn. Aber auch die Sparkassen, private Stiftungen und Unternehmen könnten die Stiftung Ländlicher Raum unterstützen beziehungsweise sie mitgründen.

#### Netzwerk von Bürgerstiftungen fördern

Die Stiftung Ländlicher Raum sollte helfen, ein Netzwerk von Bürgerstiftungen aufzubauen und diese wo nötig finanziell unterstützen. Bürgerstiftungen kennen die Bedürfnisse der Gesellschaft vor Ort und können als regionale Engagementagenturen Angebot und Nachfrage zusammenführen und auch Kommunen und Wohlfahrtsverbände mit Freiwilligen zusammenbringen. Gerade in strukturschwachen ländlichen Gebieten dürfte es allerdings schwierig sein, flächendeckend Bürgerstiftungen zu errichten. Deshalb wäre es sinnvoll, dass existierende Bürgerstiftungen ihren Arbeitsbereich auch in „passive Gemeinden“ in der Region ausdehnen, wo es an Freiwilligen und Engagementstrukturen mangelt.

## 3 Freiwillig Engagierte professionell in Verbände und freie Träger der Wohlfahrtspflege einbinden

In Deutschland sind viele im juristischen Sinn gemeinnützige oder wohltätige Organisationen aktiv und genießen steuerliche Vergünstigungen. Viele verfolgen letztlich auch eigennützige Zwecke – etwa den Erhalt eigener Arbeitsplätze oder die Sicherung oder Erhöhung der Gehälter ihres Führungspersonals und der Mitarbeiter. Das Klagen über „ständig schwindende Mittel“ und die Nutzung der Arbeitskraft von Freiwilligen oder gefördert beschäftigten Arbeitslosen kann hier zu einer Unternehmensstrategie werden, die freiwilliges Engagement zweckentfremdet und seinem Ruf schadet.

#### Einnahmen und Ausgaben gemeinnütziger und wohltätiger Organisationen verpflichtend öffentlich machen

Beschädigt und ausgenutzt wird der Einsatz von Freiwilligen dann, wenn ihre Tätigkeit nicht vorwiegend dazu dient, die Versorgung Bedürftiger zu verbessern, sondern lediglich dazu, den Geschäftsbetrieb zu sichern und eine große Verwaltung zu finanzieren. Dies ließe sich vermeiden, wenn Einnahmen und Ausgaben von wohltätigen Organisationen, die die Arbeit Freiwilliger nutzen, offen gelegt würden. Bisher fehlt es hier an Transparenz – es ist nicht detailliert nachprüfbar, wofür jene Kosten, die der öffentlichen Hand in Rechnung gestellt werden, tatsächlich anfallen. Die Öffentlichkeit sollte das Recht haben, zu erfahren, wie viel ein Leiter oder ein Angestellter (etwa eine Pflegerin oder ein Pfleger) einer Organisation verdient und in welcher Weise und mit welchem konkreten Nutzen unentgeltlich Freiwillige eingesetzt

werden. Nötig sind eine den gemeinnützigen und steuerbegünstigten Bereich erfassende Transparenzoffensive und die Schaffung gesetzlicher Mindestanforderungen. Diese Transparenzpflicht sollte Gegenleistung für das Steuerprivileg gemeinnütziger Organisationen und Unternehmen sein und könnte durch eine entsprechende Veröffentlichung von Informationen gewährleistet werden, die bei Amtsgerichten und Finanzämtern ohnehin vorliegen.

#### Freiwillige können Profis ersetzen

Der Übergang zwischen Tätigkeiten, die Profis und denen, die Freiwillige ausführen können, ist fließend – auch wenn dies von Kommunen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden ungern eingeräumt wird. Für freiwillige Tätigkeiten gibt es keine grundsätzlichen Grenzen, sofern die Engagierten entsprechend qualifiziert sind. Es ist eine Stärke freiwilligen Engagements, professionelle Kräfte zu ersetzen, wo sie nicht verfügbar sind oder wo Freiwillige eine gleichwertige oder gar bessere Arbeit leisten können. In Zukunft – und teilweise ist das schon heute der Fall – wird sich vielerorts nicht die Frage stellen, ob eine professionelle Kraft eine Tätigkeit erledigt, sondern ob sie überhaupt von jemandem ausgeführt wird.

### Freiwillige stärker einbinden

Viele Einrichtungen der Wohlfahrtspflege sowie gemeinnützige Vereine oder Organisationen sind auf die Einbeziehung von Freiwilligen in den laufenden Betrieb noch nicht ausreichend vorbereitet. Freiwillige werden mitunter wie Hilfsarbeiter behandelt und weder ausreichend betreut noch weitergebildet. Erforderlich ist die Einführung eines modernen Freiwilligenmanagements. Damit gibt es schon Erfahrungen, teilweise müssen Strategien im Umgang mit Freiwilligen jedoch auch noch entwickelt werden. Größere Einrichtungen brauchen einen hauptamtlichen Freiwilligenbetreuer. Zudem müssen Freiwillige auch in die Struktur der Organisationen integriert werden. Sie brauchen bestimmte Befugnisse und Mitsprachemöglichkeiten sowie den Zugang zu notwendigen Räumen und Infrastrukturen. Hauptamtliche Mitarbeiter der Wohlfahrtspflege sollten im Umgang mit freiwillig Engagierten geschult werden.

## 4 Stiftungen für die Bedürfnisse von Engagierten vor Ort sensibilisieren

Viele Stiftungen haben sich die Verbesserung der Lebensqualität und des Zusammenlebens auf die Fahnen geschrieben. Immerhin 60 Prozent aller Stiftungen fördern unmittelbar freiwilliges Engagement.<sup>210</sup> Und das Thema gewinnt an Bedeutung. Der „Wegweiser Bürgergesellschaft“, eine bundesweite Veranstaltungsdatenbank im Internet, verzeichnete im Jahr 2010 immerhin 73 Stiftungs-Veranstaltungen zum Thema freiwilliges Engagement. Zwei Jahre zuvor waren es lediglich 15. Doch von den Expertenrunden in Berlin, Frankfurt oder Bonn allein profitieren engagement-willige Bürger kaum – ihnen fehlen oft einige tausend Euro jährlich für konkrete Projekte.

### Unspektakuläre Projekte fördern

Die Konkurrenz von Stiftungen um besonders öffentlichkeitswirksame Projekte, die sich möglichst von jenen anderer Stiftungen unterscheiden, erschwert es Antragstellern an der Basis, Mittel für wirksame aber unspektakuläre Projekte zu akquirieren. Stiftungen müssen dafür sensibilisiert werden, dass für Regionen im demografischen Wandel die kontinuierliche und niedrigschwellige Förderung von Projekten erforderlich ist. Diese Projekte sind oft weder neu noch schlagzeilen-trächtig, aber wichtig, so die Unterstützung von pflegebedürftigen Mitbürgern oder der Erhalt eines Schwimmbades oder einer Bibliothek. Wer funktionierende Modelle in die Breite tragen will, muss auch wenig aufsehenerregende und nicht-innovative Projekte unterstützen. Eine Stiftung Ländlicher Raum wäre ein geeigneter Partner, der unbürokratisch Mittel für solche Projekte bereitstellen könnte.

### Anerkennungskultur von Engagement verändern

Der Wunsch nach Spektakulärem prägt viele Stiftungen und staatliche Institutionen. Doch eine Anerkennungskultur von Engagement, die dem von Konkurrenzdenken bestimmten Wirtschaftsleben entlehnt ist und die vermeintlich „Besten“ heraushebt, ist im Bereich des freiwilligen Engagements wenig hilfreich. Die Belobigung hervorragender Personen und Aktionen dient eher der medialen Präsenz der Auslober als der Sache selbst. Oft stehen auch die Kosten für Preisverleihungen in keinerlei sinnvollem Verhältnis zu dem für die „Gewinner“ ausgelobten Preisgeld. Gerade in Regionen mit wenig Engagementpotenzial führt diese Strategie zudem zur Häufung von Auszeichnungen einiger weniger Personen und zu Frustration bei den „alltäglichen“ Engagierten. Zu mehr und besserem Engagement tragen die Preisverleihungen in der Regel nicht bei. Viel stärker sollte auf die Breitenwirkung von Anerkennung und auf die Motivation für Engagement gesetzt werden – etwa durch die Erstattung von Unkosten für Engagierte oder die Bereitstellung von Startkapital für kreative Konzepte. Die Normalität, nicht der Spezialfall von Engagement sollte stärker gewürdigt werden. Hier wären die hohen Ausgaben für Galaveranstaltungen anlässlich von Preisverleihungen besser angelegt.

## 5 Engagement der Generation 60plus fordern und fördern

In den kommenden Jahren steht eine Pensionierungswelle von sehr gut qualifizierten Menschen der Babyboomer-Generation an: von Ärzten, Psychologen, Lehrern, Handwerksmeistern und Verwaltungsfachleuten. Diese Pensionäre werden sich von den heutigen Rentnern, deren überwiegender Teil nur eine Volksschulbildung erhalten und in einfachen Berufen gearbeitet hat, deutlich unterscheiden. Gelingt es, das Potenzial der Älteren für gesellschaftliches Engagement zu erschließen, könnten die Freiwilligen der Zukunft sehr viel „professioneller“ tätig werden als in der Vergangenheit.

**Engagement für das Gemeinwesen als attraktive Bürgeraufgabe thematisieren**

Die Gruppe der Rentner wird sowohl von den Kommunen als auch von den Wohlfahrtsverbänden noch immer vorwiegend als Gruppe angesprochen, die es zu betreuen und zu unterhalten gilt. In der Öffentlichkeit sollte stärker diskutiert werden, welche Rolle das bürgerschaftliche Engagement der älteren Generation haben kann und wie wichtig es als gesellschaftliche Stütze ist. Wenn freiwilliges Engagement für das Gemeinwesen von Menschen im Ruhestand als Aufgabe und als Element der Selbstverwirklichung empfunden wird, stärkt es sowohl die Gemeinschaft als auch den Status älterer Bürger in der Gesellschaft.

**Die Generation 60plus gezielt zu Engagement motivieren – Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand gestalten**

Viele der künftigen Rentner werden im Alter nicht nur über gute Qualifikationen verfügen und länger gesund sein, sondern vermutlich auch ein stärkeres Bedürfnis nach einer sinnvollen Aufgabe im „dritten Lebensabschnitt“ mitbringen. Ältere Arbeitnehmer oder Selbstständige sollten deshalb bereits in der Vorruhestandsphase umworben werden. Außerdem sollte ihnen die Möglichkeit und Notwendigkeit ihres Engagements in der Kommune aufgezeigt werden. Dies könnte beispielsweise in Zusammenarbeit zwischen Kommunen und den berufsständischen Vereinigungen – wie Handwerkskammern, Rechtsanwalts- oder Psychotherapeutenkammern – erfolgen. Aufgabe eines kommunalen Freiwilligenkoordinators, eines Ortsbetreuers oder des Freiwilligenmanagers eines Wohlfahrtsverbandes sollte es sein, aus dem Erwerbsleben ausscheidende Menschen mit interessanten Qualifikationen gezielt anzusprechen und ihnen konkrete Möglichkeiten aufzuzeigen, sich freiwillig zu engagieren.





# WIE AUS DATEN BEWERTUNGEN WERDEN

## Das Indikatorensystem des Berlin-Instituts

Statistiker erheben zu allen möglichen Kenngrößen Daten. Etwa zur Einwohnerzahl und zur Wirtschaftskraft, zum Wohnungsangebot und zur landwirtschaftlichen Produktion. Diese Zahlen sind notwendig, um Veränderungen rechtzeitig wahrnehmen und vernünftig planen zu können. Mittels Indikatoren, die Angaben zur demografischen, wirtschaftlichen oder sozialen Entwicklung auf eine Grundgröße beziehen (Einwohner je Quadratkilometer oder Bruttoinlandsprodukt je Einwohner), entsteht ein regional abgestuftes Bild, das sich in Karten oder Tabellen darstellen lässt und einen Vergleich der Regionen ermöglicht.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat im April 2004 mit der Studie „Deutschland 2020 – die demografische Zukunft der Nation“ erstmals eine auf statistische Indikatoren gestützte Bewertung aller deutschen Landkreise und kreisfreien Städte vorgelegt, mit der sich die demografische und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit bewerten lässt. Zwei Jahre später wurde mit der Studie „Die demografische Lage der Nation – Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?“ die Reihe fortgesetzt. Seit der ersten Veröffentlichung haben andere

Institute weitere Studien mit unterschiedlichen Indikatorensystemen erstellt. Diese nutzen zum Teil andere Indikatoren oder gewichten sie unterschiedlich. Deshalb unterscheiden sich mitunter die Ergebnisse.

Ökonomen neigen dazu, wirtschaftlichen Indikatoren ein größeres Gewicht zuzuschreiben als demografischen oder sozialen. Sozialwissenschaftler führen häufig Befragungen durch, um aus den gesammelten Meinungen ein Abbild der Wirklichkeit zu zeichnen. Subjektive Einschätzungen stimmen allerdings nicht immer mit objektiv messbaren Kriterien überein. Deshalb stützt sich das Berlin-Institut bei seiner Einschätzung der Zukunftsfähigkeit auf ein breites Spektrum demografischer, ökonomischer und sozialer Indikatoren.

Die Wechselwirkungen zwischen Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sind komplex. So schafft eine günstige Wirtschaftslage Arbeitsplätze und lockt Zuwanderer an. Wo sich viele Menschen niederlassen, entstehen weitere Jobs im Dienstleistungsbereich. Umgekehrt geraten jene Regionen, die in einer wirtschaftlichen Schwächephase ihre motivierten und gut ausgebildeten Einwohner durch Abwanderung verlieren, leicht in einen Abwärtsstrudel: Es fehlen die jungen Familien, weniger Kinder werden geboren und langfristig verschlechtert sich das Verhältnis von Leistungsträgern, Produzenten und Einzahlern in die Sozialsysteme zu Renten- und Pensionsempfängern.

Demografische und ökonomische Indikatoren nehmen deshalb in dieser Studie einen breiten Raum ein. Zusätzlich wurden Daten über die Integration von Migranten, den Bildungsstand der Bevölkerung und die Attraktivität der Wohnorte in die Bewertung aufgenommen. Alle haben einen Einfluss auf die Zukunftsfähigkeit der jeweiligen Region. Insgesamt umfasst das Modell 22 statistische Indikatoren, die vorrangig aus Daten der amtlichen Statistik stammen und bis auf Kreisebene verfügbar sind.

Gegenüber den zwei Vorgängerstudien ist das Bewertungssystem weiterentwickelt worden. Manche Indikatoren wurden ergänzt, andere durch neue, aussagekräftigere ersetzt:

Im Bereich Integration wurden die Bildungs- und Arbeitsmarktchancen von Ausländern durch die von Migranten ersetzt, um statt nach Staatsbürgerschaft nach Migrationshintergrund zu unterscheiden. Dazu wurden die Ergebnisse aus dem Mikrozensus verwendet, der seit wenigen Jahren die Haushalte nach ihrem Migrationshintergrund befragt. Die Daten liegen nur bis auf Raumordnungsebene vor. Kreise in derselben Raumordnungsregion haben den gleichen Wert erhalten. Alle ostdeutschen Kreise sind mit dem Durchschnittswert der ostdeutschen Bundesländer (ohne Berlin) bewertet worden, weil hier die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund für Aussagen auf kleinerer regionaler Ebene zu gering ist.

Der Indikator Baulandpreise wurde ersetzt durch den neuen Indikator Ganztagsbetreuung von unter Sechsjährigen. Um etwas über die Attraktivität einer Region für Zuwanderer auszusagen, tritt die Bedeutung einer angemessenen Kinderbetreuung immer weiter in den Vordergrund. Nur dann, wenn sich Eltern und insbesondere erwerbstätige Eltern der Fürsorge für ihre Kinder sicher sind, können sie am Arbeitsmarkt teilnehmen. Somit steht der Indikator Ganztagsbetreuung für die Familienfreundlichkeit einer Region.

Die Zunahme von älteren Alleinlebenden und jungen Menschen, die noch keine Familien gegründet haben, lässt sich schärfer durch den Indikator Singlehaushalte darstellen und ersetzt den Indikator Zahl der Personen je Haushalt.

### Indikatoren, Benotung und ihre Kriterien

Wie werden sich die 413 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte bis zum Jahr 2025 demografisch verändern? Wie gut sind sie für den prognostizierten Wandel gerüstet?

Um die „Zukunftsfähigkeit“ vergleichbar zu bewerten, hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 22 Indikatoren ausgewählt: zu den Bereichen Demografie und Wirtschaft, Integration von Migranten, Bildung und Familienfreundlichkeit. Hierfür wurden die Rohdaten aus den aktuellsten, auf Kreisebene verfügbaren amtlichen Statistiken ermittelt beziehungsweise errechnet und einem jeweils definierten Notenschlüssel unterworfen. Die Benotung entspricht jener des Schulsystems, mit einer 1 als bestem und einer 6 als schlechtestem Wert. Die einzelnen Bewertungen wurden für die verschiedenen Bereiche in Zwischennoten zusammengefasst. Zusätzlich wurde eine Gesamtnote aus dem Durchschnitt aller Indikatoren gebildet. Die Noten sind in einer Deutschlandkarte dargestellt (Seite 7) und für alle Indikatoren am Ende der entsprechenden Bundesland-Kapitel aufgeführt.

Die Kreise und kreisfreien Städte, die bereits in der Studie „Die demografische Lage der Nation“ aus dem Jahr 2006 den Maximal- oder Minimalwert bei den einzelnen Indikatoren erzielt haben, also unverändert an der Spitze respektive am Ende der Wertungen aller Kreise stehen, sind im Folgenden fett gedruckt.

### Bereich Demografie

Demografische Daten ermöglichen Aussagen über die Zukunft. Wo heute wenige Kinder geboren werden, wo ein Mangel an jungen Menschen, insbesondere an potenziellen Müttern herrscht, muss die nächste Generation schrumpfen. Dafür fallen die Alten mehr ins Gewicht. Diese Entwicklung wird dort verstärkt, wo mehr junge Menschen ab- als zuwandern.

### 1. Kinderzahl

**Bei gleichbleibender Lebenserwartung bleibt eine Gesellschaft zahlenmäßig stabil, wenn jede Frau im Mittel 2,1 Kinder bekommt. Unterhalb dieses Wertes würde eine Bevölkerung schrumpfen, es sei denn, die Lebenserwartung steigt oder Menschen aus dem Ausland wandern zu.**

Benotungsschlüssel		Maßeinheit:
1,71 und mehr	1	Anzahl der Kinder, die eine Frau durchschnittlich im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn die Geburtenraten für alle Altersgruppen zwischen 15 und 44 Jahren so blieben wie zum Zeitpunkt der Berechnung 2008. Diese Gesamtfertilitätsrate (TFR) wird häufig vereinfachend mit der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau gleichgesetzt.
1,61 bis 1,70	2	
1,51 bis 1,60	3	
1,41 bis 1,50	4	
1,31 bis 1,40	5	
1,30 und weniger	6	

Die Spanne reicht von 0,99 Kindern pro Frau im bayerischen **Würzburg** bis zu 1,70 Kindern pro Frau in Demmin in Mecklenburg-Vorpommern. (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

### 2. Unter 35-Jährige

**Ein hoher Anteil unter 35-Jähriger an der Bevölkerung ist ein Zeichen dafür, dass in den entsprechenden Regionen auf längere Sicht ausreichend Erwerbsfähige wie auch potenzielle Familiengründer vorhanden sind.**

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Prozen- tualer Anteil der unter 35-Jährigen an der Ge- samtbevölkerung im Stichjahr 2008.
41,01 und mehr	1	Die Spanne reicht von 28,1 Prozent im thüringischen Suhl bis
39,01 bis 41	2	
37,01 bis 39	3	
35,01 bis 37	4	
33,01 bis 35	5	
33 und weniger	6	

44,3 Prozent im niedersächsischen **Cloppenburg**.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene  
Berechnungen)

### 3. Frauenanteil

Da in strukturschwachen Regionen Männer eher eine  
Beschäftigung finden als Frauen, verlassen mehr  
Frauen als Männer diese Gebiete, vor allem junge.  
In der Folge fehlen dort potenzielle Mütter, was ein  
Frühindikator für weitere Bevölkerungsverluste ist.  
Da generell mehr Jungen als Mädchen geboren wer-  
den, liegt das Geschlechterverhältnis in Deutschland  
in dieser Altersgruppe normalerweise bei 98 Frauen  
gegenüber 100 Männern.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Anzahl Frauen je 100 Männer in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen im Stichjahr 2008.
98,01 und mehr	1	Die Spanne reicht von 77,0 in Parchim in Meck- lenburg-Vorpommern bis
94,01 bis 98	2	
90,01 bis 94	3	
86,01 bis 90	4	
82,01 bis 86	5	
82 und weniger	6	

127,9 im baden-württembergischen **Heidelberg**. Der  
hohe Wert für Heidelberg beruht auf dem Fächerangebot  
der Universität, welches überwiegend von Frauen favori-  
siert wird.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene  
Berechnungen)

### 4. Wanderung

Wie viele Menschen in eine Region einwandern bezie-  
hungsweise sie verlassen, ist ein Zeichen für deren  
Attraktivität. Je höher der Wanderungssaldo, desto  
beliebter die Region. Da vor allem 20- bis 39-Jährige  
wandern, verjüngen Wanderungsgewinne die Bevöl-  
kerung, bei Verlusten bleiben insbesondere Ältere  
zurück. Zudem sind Qualifizierte mobiler, weshalb  
Wanderungsbewegungen auch Auswirkungen auf die  
Wirtschaft haben.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Saldo aus Zu- und Abwanderungen (Zu- minus Abwanderun- gen) je 1.000 Einwohner; Mittelwert für die Jahre 2004 bis 2008. Bei allen Werten unter Null handelt es sich um Wanderungs- verluste.
5,1 und mehr	1	Die Spanne reicht von 12,3 Zuwanderern im Saldo pro 1.000 Einwohner in die sächsische Stadt Dresden, bis zu 15,4 Abwandern aus der Stadt Frankfurt an der Oder in Brandenburg. (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)
0,01 bis 5	2	
– 2,50 bis 0	3	
– 5 bis – 2,51	4	
– 10 bis – 5,01	5	
– 10,01 und weniger	6	

Die Spanne reicht von 12,3 Zuwanderern im Saldo pro  
1.000 Einwohner in die sächsische Stadt Dresden, bis  
zu 15,4 Abwandern aus der Stadt Frankfurt an der Oder  
in Brandenburg.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene  
Berechnungen)

### 5. Hochbetagte

Oberhalb eines Alters von 74 Jahren steigt die  
Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden. Dies  
belastet kommunale Haushalte und Sozialkassen.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Prozen- tualer Anteil der über 74-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Stichjahr 2008.
7 und weniger	1	Die Spanne reicht von 5,9 Prozent im bayerischen <b>Freising</b> bis 12,5 Prozent in baden-württembergischen <b>Baden-Baden</b> . (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)
7,01 bis 8	2	
8,01 bis 9	3	
9,01 bis 10	4	
10,01 bis 11	5	
11,01 und mehr	6	

in baden-württembergischen **Baden-Baden**.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene  
Berechnungen)

### 6. Bevölkerungsprognose 2008 bis 2025

Die Prognose berücksichtigt die Entwicklung der  
Fertilität, der Lebenserwartung sowie die Zu- und  
Abwanderungen innerhalb Deutschlands und über  
die Grenzen.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Prognos- tizierter Gewinn oder Verlust an Einwohnern im Zeitraum 2008 bis 2025 in Prozent.
5,01 und mehr	1	Die Spanne reicht von – 26,2 Prozent im brandenburgischen Kreis Oberspreewald-Lausitz bis 16,9 Prozent im bayerischen Freising. (Datengrundlage: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)
0,01 bis 5	2	
– 5 bis 0	3	
– 10 bis – 5,01	4	
– 15 bis – 10,01	5	
– 15,01 und weniger	6	

Oberspreewald-Lausitz bis 16,9 Prozent im bayerischen  
Freising.  
(Datengrundlage: Bundesamt für Bauwesen und  
Raumordnung)

### Bereich Wirtschaft

Wirtschaftlich erfolgreiche Regionen  
ziehen Menschen an, strukturschwache  
Gebiete, in denen ganze Branchen ster-  
ben und Arbeitsplätze abgebaut werden,  
fallen demografisch zurück. Da die kom-  
munalen Haushalte von Bevölkerungszahl  
und Steueraufkommen abhängen, erlau-  
ben Wirtschaftsdaten wie verfügbares  
Einkommen und das Bruttoinlandspro-  
dukt Aussagen über die zukünftige At-  
traktivität von Kreisen und Städten.

### 7. Verfügbares Einkommen

Die Lebensqualität der Regionen hängt auch vom  
Einkommen der privaten Haushalte ab. Das verfügbare  
Einkommen gibt an, wie viel Geld einer Person für den  
Konsum, zur Investition und zur Anlage pro Jahr im  
Mittel zur Verfügung steht.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Durchschnitt aller Nettoeinkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen sowie nach Erhalt von monetären Sozialleistungen in Euro pro Kopf im Stichjahr 2008.
21.001 und mehr	1	Die Spanne reicht von 13.710 Euro in der thüringischen Stadt Weimar bis 29.910 Euro im bayerischen <b>Starnberg</b> . (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung)
19.501 bis 21.000	2	
18.001 bis 19.500	3	
16.501 bis 18.000	4	
15.001 bis 16.500	5	
15.000 und weniger	6	

Die Spanne reicht von 13.710 Euro in der thüringischen  
Stadt Weimar bis 29.910 Euro im bayerischen **Starnberg**.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene  
Berechnung)

### 8. Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gibt den gesamten  
Wert der wirtschaftlichen Leistung an, der aus der  
Produktionstätigkeit im Inland resultiert.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Wert der im Inland hergestellten Wa- ren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleis- tungen für die Produktion anderer Waren und Dienst- leistungen verwendet werden, je Einwohner in
38.001 und mehr	1	Euro im Stichjahr 2008.
33.001 bis 38.000	2	
28.001 bis 33.000	3	
23.001 bis 28.000	4	
18.001 bis 23.000	5	
18.000 und weniger	6	

Euro im Stichjahr 2008.

Die Spanne reicht von 13.560 Euro im Kreis **Südwestpfalz** in Rheinland-Pfalz bis 85.370 Euro im bayerischen **Landkreis München**. Die Benotungen für verfügbares Einkommen je Einwohner und Bruttoinlandsprodukt können sich in Einzelfällen sehr unterscheiden – etwa in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen und dem angrenzenden Rhein-Pfalz-Kreis. In der Stadt ist das Bruttoinlandsprodukt aufgrund des großen Chemieunternehmens BASF sehr hoch, das verfügbare Einkommen jedoch recht niedrig, weil die meisten Gutverdiener lieber außerhalb der wenig attraktiven Stadt leben wollen. Der Landkreis wird dadurch zu einem Schlafkreis mit extrem niedrigem Bruttoinlandsprodukt – bei gleichzeitig hohen verfügbaren Einkommen.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung)

## 9. Kommunale Schulden je Einwohner

Eine hohe Verschuldung bindet den Kommunen die Hände, in die Zukunft zu investieren. Verschuldete Kommunen müssen an „freiwilligen Leistungen“ sparen, wozu viele Angebote im Jugend-, Sport- und Kulturbereich sowie für die Integration von Migranten gehören.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Kommunale Schulden je Einwohner im Stichjahr 2008.
500 und weniger	1	
501 bis 750	2	
751 bis 1.000	3	Die Spanne reicht von 0 Euro im niedersächsischen
1.001 bis 1.250	4	Wilhelmshaven und im sächsischen Dresden bis
1.251 bis 1.500	5	
1.501 und mehr	6	

3.018 Euro im bayerischen **Passau**.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. Für Hamburg, Berlin, Bremen und Bremerhaven liegen keine Daten vor. Die Verschuldung in den Stadtstaaten ist aber so hoch, dass diese nur die Note 6 erhielten.)

## 10. Beschäftigung

Der Indikator gibt an, wie viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, also Steuern und Sozialabgaben an die öffentlichen Haushalte entrichten.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: prozentualer Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Einwohnern zwischen 18 und 64 Jahren (am Wohnort) im Stichjahr 2008.
60,01 und mehr	1	
57,01 bis 60	2	
54,01 bis 57	3	
51,01 bis 54	4	
48,01 bis 51	5	
48 und weniger	6	

Die Spanne reicht von 39,0 Prozent im rheinland-pfälzischen Trier bis 63,7 Prozent im thüringischen Hildburghausen.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

## 11. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger

Wo wenig Menschen Arbeit finden und viele Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger leben, werden entsprechend wenig Steuern und Sozialabgaben gezahlt und den Kommunen fehlen wichtige Einnahmen.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Summe der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger je 100 Einwohner zwischen 18 und 64 Jahren im Stichjahr 2008.
3 und weniger	1	
3,01 bis 5,5	2	
5,51 bis 8	3	
8,01 bis 10,5	4	
10,51 bis 13	5	
13,01 und mehr	6	Die Spanne reicht von 1,4 im bayerischen Eichstätt

bis 17,1 in **Demmin** in Mecklenburg-Vorpommern.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

## 12. Frauenbeschäftigung

Angesichts des demografischen Wandels ist es wichtig, dass möglichst viele Erwerbsfähige tatsächlich einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen ist aus dieser Sicht zukunftsfähig.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen an der Gesamtzahl der Frauen zwischen 25 und 49 Jahren am Wohnort im Stichjahr 2008.
65,01 und mehr	1	
60,01 bis 65	2	
55,01 bis 60	3	
50,01 bis 55	4	
45,01 bis 50	5	
45 und weniger	6	Die Spanne reicht von

40,3 Prozent im niedersächsischen **Leer** bis 69,6 Prozent im thüringischen Hildburghausen.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

## 13. Altersbeschäftigung

Aufgrund der seit über 30 Jahren sinkenden Kinderzahlen werden die Deutschen künftig länger arbeiten müssen, um die Sozialsysteme zu finanzieren. Die Beschäftigungsquote der über 50-Jährigen zeigt deshalb an, ob eine Region gut für die Zukunft gestärkt ist.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Alter von 50 bis 64 Jahren an der Gesamtzahl der Einwohner zwischen 50 und 64 Jahren am Wohnort im Stichjahr 2008.
48,01 und mehr	1	
45,01 bis 48	2	
42,01 bis 45	3	
39,01 bis 42	4	
36,01 bis 39	5	
36 und weniger	6	

Die Spanne reicht von 32,9 Prozent im niedersächsischen **Leer** bis 52,5 Prozent im thüringischen **Jena**.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

## 14. Fremdenverkehr

Strukturschwache, dünn besiedelte Regionen können von ihrer Menschenleere und Natur profitieren – sofern sie touristisch attraktiv sind.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Übernachtungszahlen im Fremdenverkehr je Einwohner pro Jahr, Mittelwert der Jahre 2004 bis 2008.
9,01 und mehr	1	
7,01 bis 9	2	
5,01 bis 7	3	
3,01 bis 5	4	
1,01 bis 3	5	Die Spanne reicht von 0,3 Übernachtungen im nordrhein-westfälischen
1 und weniger	6	

**Herne** bis 74,5 Übernachtungen auf **Rügen** in Mecklenburg-Vorpommern. Weil die Übernachtungszahlen pro Einwohner gemessen werden, schneiden bevölkerungsarme Gebiete gut ab, touristisch interessante Städte wie Berlin, Lübeck oder München aber relativ schlecht. In Städten verteilen sich die Einkünfte aus dem Tourismus auf eine große Bevölkerung.

Die Durchschnittswerte für manche Kreise in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sind aufgrund mangelnder Daten aus weniger als fünf Jahren berechnet.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

## Bereich Integration von Migranten

In Deutschland leben derzeit 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, also Personen mit ausländischem Pass und Personen mit deutschem Pass, die oder deren Eltern im Ausland geboren sind. Aufgrund weiterer Zuwanderung und der höheren Fertilität von Migranten ist davon auszugehen, dass sich der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund weiter und auf lange Sicht sogar deutlich erhöhen wird. Diese Menschen in die Gesellschaft zu integrieren, sie mit Sprachkenntnissen und Ausbildung zu versorgen und das Entstehen von Parallelgesellschaften zu verhindern, ist eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft. Nicht nur, weil eine moderne Gesellschaft nur funktioniert, wenn alle Mitglieder zumindest theoretisch gleiche Chancen haben, sondern auch weil schlecht integrierte Migranten häufig keine Arbeit finden, also keine Steuern und Sozialabgaben zahlen und zu einem Kostenfaktor für die öffentlichen Haushalte werden.

## 15. Bildungschancen für Migranten

Dieser Indikator ist ein Maßstab für die Chancengleichheit von Migranten. Bei perfekter Integration müsste der Anteil der Migranten ohne Schulabschluss gemessen an der Gesamtheit der Migranten gleich ausfallen wie das entsprechende Verhältnis bei den Bürgern ohne Migrationshintergrund.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Anteil der Migranten über 18 Jahren ohne Schulabschluss im Vergleich zum Anteil der Personen der gleichen Altersgruppe ohne Migrationshintergrund im Stichjahr 2007. Die Personen, die sich noch
1 und weniger	1	in schulischer Ausbildung finden, wurden nicht berücksichtigt. Ein Wert von 1 bedeutet, dass Migranten die gleichen Chancen haben wie Einheimische. Ein Wert von 2 besagt, dass die Migranten doppelt so oft keinen Schulabschluss haben.
1,01 bis 2	2	
2,01 bis 3	3	
3,01 bis 4	4	
4,01 bis 5	5	
5,01 und mehr	6	

Die Spanne reicht von 1,00 in den bayerischen Kreisen der Region Regensburg und Oberland bis 17,0 in der Region Vorderpfalz in Rheinland-Pfalz.

Die Daten liegen nur für die Regionen auf Raumordnungsebene vor. Kreise in derselben Region haben den gleichen Wert erhalten.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

## 16. Arbeitsmarktchancen von Migranten

Menschen mit Migrationshintergrund leiden vielerorts überproportional unter Arbeitslosigkeit. Chancengleichheit würde bestehen, wenn ihre Erwerbslosenquote jener von Menschen ohne Migrationshintergrund entspräche.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Verhältnis der Erwerbslosenquote von Menschen mit Migrationshintergrund zu jener von Menschen ohne Migrationshintergrund im Stichjahr 2007. Bei perfekter Integration sollten die Anteile gleich
1 und weniger	1	sein, entsprechend einem Wert von 1. Ein Wert von 2 bedeutet, dass doppelt so viele Migranten keine Arbeit finden wie Einheimische.
1,01 bis 1,5	2	
1,51 bis 2	3	
2,01 bis 2,5	4	
2,51 bis 3	5	
3,01 und mehr	6	

Die Spanne reicht von 1,20 in der Region Westpfalz in Rheinland-Pfalz bis 4,40 in der bayerischen Region Ingolstadt.

Die Daten liegen nur für die Regionen auf Raumordnungsebene vor. Kreise in derselben Region haben den gleichen Wert erhalten.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

## Bereich Bildung

Das wichtigste Kapital eines rohstoffarmen Hochindustrialandes ist die intellektuelle Leistungsfähigkeit seiner Bürger und die Verfügbarkeit von Fachkräften. Ohne ausreichenden Bildungsstand kann ein Land im internationalen Wettbewerb nicht bestehen.

## 17. Schulabgänger ohne Abschluss

Wer die Schule ohne jeglichen Abschluss verlässt, hat geringe Chancen auf Arbeit und gesellschaftliche Anerkennung. Im Bundesdurchschnitt betrifft dies etwa sieben Prozent aller Schulabgänger.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Prozentualer Anteil aller Schulabgänger, die nicht einmal einen Hauptschulabschluss erreichen, im Stichjahr 2008.
4 und weniger	1	Die Spanne reicht von 2,1 Prozent im thüringischen
4,01 bis 6	2	
6,01 bis 8	3	
8,01 bis 10	4	
10,01 bis 12	5	
12,01 und mehr	6	

Eichsfeld bis 13,9 Prozent in Ostvorpommern in Mecklenburg-Vorpommern.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

## 18. Jugendarbeitslosigkeit

Ein hoher Anteil jugendlicher Arbeitsloser deutet auf deren niedrige Qualifikation und/oder einen geringen Bedarf an Nachwuchs im Berufsleben hin. Regionen, in denen Jugendliche geringe Chancen auf einen Arbeitsplatz haben, sind künftig kaum mehr wettbewerbsfähig und von Abwanderung bedroht.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Prozentualer Anteil Arbeitsloser an der Bevölkerung zwischen 18 und 24 Jahren im Stichjahr 2008.
2 und weniger	1	Die Spanne reicht von 1,3 Prozent im bayerischen
2,01 bis 4	2	
4,01 bis 6	3	
6,01 bis 8	4	
8,01 bis 10	5	
10,01 und mehr	6	

Eichstätt bis 13,0 Prozent in der brandenburgischen Uckermark.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

## 19. Hoch Qualifizierte

Arbeitskräfte mit sehr hohem Ausbildungsstand sind ein Maß für das Vorhandensein von Arbeitsplätzen in zukunftsfähigen Wirtschaftsbereichen.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit: Prozentualer Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Abschluss an Hochschule, Fachhochschule oder höherer Fachschule an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
15,01 und mehr	1	(am Arbeitsort) im Stichjahr 2008.
12,51 bis 15	2	
10,01 bis 12,5	3	
7,51 bis 10	4	
5,01 bis 7,5	5	
5 und weniger	6	



Die Spanne reicht von 2,8 Prozent im Kreis Südwestpfalz in Rheinland-Pfalz bis 25,3 Prozent im bayerischen Erlangen.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

### Bereich Familienfreundlichkeit

Eine stabile Gesellschaft braucht Nachwuchs. Und dieser benötigt ein familienfreundliches Umfeld mit einem ausreichenden Angebot an Kinderbetreuung, einem angemessenen Lebensraum sowie anderen Familien mit Kindern zum Spielen.

## 20. Singlehaushalte

Ein große Anzahl an Ein-Personen-Haushalten ist ein Hinweis auf viele alleinstehende ältere und/oder jüngere Menschen, die ohne Kinder oder Partner leben.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit:
30 und weniger	1	Prozentualer Anteil der Singlehaushalte an den Gesamthaushalten.
30,01 bis 33	2	
33,01 bis 36	3	Die Spanne reicht von 29,5 im nordrhein-westfälischen Kreis Borken bis 52,4 in Berlin.
36,01 bis 39	4	(Datengrundlage: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)
39,01 bis 42	5	
42,01 und mehr	6	

## 21. Ganztagsbetreuung

Ein hoher Anteil an unter Sechsjährigen, die mehr als sieben Stunden öffentlich betreut werden können, steht für eine bessere Möglichkeit für Eltern, Beruf und Familien zu vereinbaren.

Benotungsschlüssel		Maßeinheit:
35,01 und mehr	1	Prozentualer Anteil der Kinder unter sechs Jahren in einer Tagesbetreuung von mehr als sieben Stunden an allen Kinder der gleichen Altersgruppe im Stichjahr 2008.
28,01 bis 35	2	
21,01 bis 28	3	
14,01 bis 21	4	
7,01 bis 14	5	
7 und weniger	6	

Die Spanne reicht von 0,8 im niedersächsischen Wittmund bis 67,7 im thüringischen Saale-Holzland-Kreis.  
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

## 22. Freifläche

In einem stark zersiedelten Land gewinnen Naturräume einen besonderen Wert. Vor allem für Stadtbewohner, die dort Ruhe und Weite finden. Urbane Zentren können diese Werte häufig kaum mehr bieten.

Benotungsschlüssel Kreise		Benotungsschlüssel Städte	
10.001 und mehr	1	1.401 und mehr	1
7.501 bis 10.000	2	1.101 bis 1.400	2
5.001 bis 7.500	3	801 bis 1.100	3
2.501 bis 5.000	4	501 bis 800	4
1.001 bis 2.500	5	201 bis 500	5
1.000 und weniger	6	200 und weniger	6

**Maßeinheit:** Für die Bevölkerung und den Naturhaushalt zur Verfügung stehender Regenerationsraum (Wald, Gewässer, Naturschutzgebiete) je Einwohner in Quadratmeter im Stichjahr 2008. Für Städte und Landkreise wurden jeweils eigene Benotungsschlüssel definiert.

**Städte:** Die Spanne reicht von 86 Quadratmeter im bayerischen München bis 2.517 Quadratmeter in Brandenburg an der Havel.  
**Landkreise:** Die Spanne reicht von 531 Quadratmeter im nordrhein-westfälischen Mettmann bis 24.852 Quadratmeter in Mecklenburg-Strelitz in Mecklenburg-Vorpommern.  
(Datengrundlage: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)

## Trendnoten

## 23. Trendnote Demografie

Für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit einer Region ist nicht nur der gegenwärtige Zustand relevant, sondern auch die Entwicklung in den vergangenen Jahren. Für die Trendnote Demografie wurden deshalb die statischen Indikatoren 1 (Kinderzahl je Frau), 2 (Anteil unter 35-Jähriger), 3 (Frauenanteil), 4 (Wanderung) und 5 (Hochbetagte) jeweils für die Zeiträume 2000 bis 2004 sowie 2005 bis 2008 errechnet. Zur Benotung wurde der Entwicklungstrend zwischen beiden Zeiträumen für alle Kreise Deutschlands in sechs numerisch gleich große Gruppen geteilt, wobei die erste Gruppe mit der Note 1 bewertet wurde, die zweite mit der Note 2,

et cetera. Der Mittelwert aller fünf einzelnen demografischen Trend-Noten ergibt letztlich die Trendnote Demografie. Die Pfeile in den Tabellen der Länderkapitel zeigen an, wie sich die demografische Lage eines Kreises im Vergleich zu den restlichen Kreisen Deutschlands verändert hat.

## 24. Trendnote Wirtschaft

Zur Ermittlung der Trendnote Wirtschaft wurden die statischen Indikatoren 7 (verfügbares Einkommen), 8 (Bruttoinlandsprodukt), 9 (kommunale Schulden), 10 (Beschäftigung), 12 (Frauenbeschäftigung), 13 (Altersbeschäftigung) und 14 (Fremdenverkehr) jeweils für die Zeiträume 2000 bis 2004 sowie 2005 bis 2008 errechnet. Umfangreiche Arbeitsmarktreformen und die Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 erschweren die Vergleichbarkeit der Arbeitslosenzahlen vor und nach 2005. Bei dem Trendindikator Wirtschaft konnte daher der Indikator Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger nicht mehr berücksichtigt werden. Der Mittelwert aller sieben einzelnen ökonomischen Trendnoten ergibt letztlich die Trendnote Wirtschaft.

Im Zusammenhang mit der Gebietsreform in Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 wurden nicht nur Kreise zusammengelegt sondern auch Kreisgrenzen verschoben. Für die so neu entstandenen Kreise liegen keine Daten zu der Beschäftigung im Allgemeinen sowie der Beschäftigung von Frauen und Älteren über einen längeren Zeitraum vor und fließen somit nicht in den Trendindikator Wirtschaft mit ein.

# QUELLEN UND ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt (2008): Bevölkerungszahl vermutlich um 1,3 Millionen zu hoch. Pressemitteilung vom 22.07.2008. Wiesbaden.

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Natürliche Bevölkerungsbewegung 2008, Fachserie 1 Reihe 1.1. Wiesbaden.

<sup>3</sup> Milewski, N. (2010): Fertility of Immigrants. A Two-Generational Approach in Germany. Berlin/Heidelberg.

<sup>4</sup> OECD (2010): PISA 2009. Zusammenfassung der Ergebnisse. Grafikpaket. Berlin.

<sup>5</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010): Erster Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes. Berlin.

<sup>6</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Bildung und Kultur – Allgemeinbildende Schulen. Fachserie 11 Reihe 1. Wiesbaden.

<sup>7</sup> PISA-Konsortium Deutschland (2008): PISA 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im dritten Ländervergleich. Münster.

<sup>8</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Bildungsstand der Bevölkerung. Wiesbaden.

<sup>9</sup> Vgl. Fußnote 7.

<sup>10</sup> Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2010): Bildungsvorausberechnung. Wiesbaden.

<sup>11</sup> Ebd.

<sup>12</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Bevölkerungs- und Erwerbstätigkeit. Wanderungen. Fachserie 1, Reihe 1.2. Wiesbaden.

<sup>13</sup> Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden.

<sup>14</sup> Boeri, T. (2008): "Capturing Talent: A European Approach", presentation at the 7th Munich Economic Summit. Munich.

<sup>15</sup> The Conference Board 2009, Total Economy Database, eigene Berechnung, BIP je Einwohner in 1990 US\$ (konvertiert nach Geary Khamis PPPs).

<sup>16</sup> Bundesagentur für Arbeit (2009): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf. Nürnberg.

<sup>17</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage (2010): Jahresgutachten 2010. Berlin.

<sup>18</sup> Kalina, T./Weinkopf, C. (2008): Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen. In: IAQ-Report 1/2008. Essen.

<sup>19</sup> Dieser Rückgang bezieht sich auf den Zeitraum 2005 bis 2008. Quelle: Daten der Bundesagentur für Arbeit, Monats- und Jahreszahlen 2005 und 2008, eigene Berechnung.

<sup>20</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010): Berufsbildungsbericht 2010. Bonn.

<sup>21</sup> Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Vereinte Nationen (2009): World Population Prospects: The 2008 Revision. Population Database. New York.

<sup>24</sup> Statistisches Ämter des Bundes und Länder (2010): Sozialberichterstattung: Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden.

<sup>25</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2010): Statistisches Taschenbuch 2010. Bonn.

<sup>26</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Finanzen und Steuern: Schulden. Wiesbaden.

<sup>27</sup> Europäische Kommission (2010): Eurostat. Luxembourg.

<sup>28</sup> Beske, F./Katalinic, A./Peters, E./Pritzkeleit, R. (2009): Morbiditätsprognose 2050. Schriftenreihe Band 114. Fritz Beske Institut für Gesundheits-System-Forschung. Kiel.

<sup>29</sup> Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2010): Demografischer Wandel in Deutschland. Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern. Heft 2. Wiesbaden.

<sup>30</sup> Przywara, B./Diez Guardia, N./Sail, E. (2010): Future Long-term Care Needs and Public Expenditure in the EU Member States. CESifo Dice Report, Volume 8, Number 2. Munich.

<sup>31</sup> Vgl. Fußnote 21.

<sup>32</sup> Vgl. Fußnote 12.

<sup>33</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Regionaldatenbank. Wiesbaden.

<sup>34</sup> Miegel, S. et. al. (2008): Von Gewinnern und Verlierern. Die Einkommensentwicklung ausgewählter Bevölkerungsgruppen in Deutschland. IWG-Bonn.

<sup>35</sup> Schwalbach, J. (2010): Vergütungsstudie 2010. Vorstandsvergütung und Personalkosten. DAX30 Unternehmen, 1987-2009. Berlin.

<sup>36</sup> Die Armutsquote gibt an, welcher Anteil der Bevölkerung mit weniger als 60 Prozent des verfügbaren Medianeinkommens (bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten) auskommen muss. Der Gini-Koeffizient beschreibt die Ausgeglichenheit der Einkommensverteilung: Hätten alle Einwohner Deutschlands das gleiche Einkommen, läge der Wert bei null. Erhielte eine einzige Person das gesamte Volkseinkommen und alle anderen nichts, wäre der Gini-Koeffizient eins.

<sup>37</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Ausgaben und Einnahmen. Wiesbaden.

<sup>38</sup> Vgl. Fußnote 33.

<sup>39</sup> Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH: Medizintechnik. Kiel.

<sup>40</sup> Vgl. Fußnote 33.

<sup>41</sup> Statistisches Bundesamt (2009): Mikrozensus. Wiesbaden.

<sup>42</sup> Vgl. Fußnote 33.

<sup>43</sup> Handelskammer Hamburg (2006): Branchenporträts – Medienmetropole Hamburg. Hamburg.

<sup>44</sup> Norddeutsche Landesbank/Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (2007): Strategische Ansätze für ein Regionales Standortmanagement Jade-Weser-Raum. Hannover.

<sup>45</sup> Vgl. Fußnote 33.

<sup>46</sup> Fachverband Biogas (2010): Branchenzahlen Biogas Stand Ende 2009. Freising.

<sup>47</sup> Bundesverband Wind-Energie e.V. (2010): Windenergie-Nutzung in den Bundesländern. Bonn.

<sup>48</sup> Vgl. Fußnote 33.

<sup>49</sup> Bundesagentur für Arbeit (2010): Statistik: Länderreport Bremen September 2010. Hannover.

<sup>50</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Genesis-Online Datenbank. Wiesbaden.

<sup>51</sup> Dapp, T. F. (2010): Innovative Köpfe hat das Land! Vorhang auf... In: Deutsche Bank Research. Frankfurt am Main.

<sup>52</sup> Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (2009): Lebenslagen im Land Bremen. Bremen.

<sup>53</sup> Die Senatorin für Finanzen (2009): Finanzplan 2009 bis 2013. Bremen.

<sup>54</sup> Vgl. Fußnote 33.

<sup>55</sup> Bundesamt für Raumordnung und Bauwesen/Hans-Böckler-Stiftung (2008): Die Landkarte der Gleichstellung in Deutschland. Düsseldorf.

<sup>56</sup> Vgl. Fußnote 33.

<sup>57</sup> Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald (2010): Zahlen, Daten, Fakten. Greifswald.

<sup>58</sup> Vgl. Fußnote 21.

<sup>59</sup> Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2009): 4. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis 2030. Schwerin.

<sup>60</sup> Vgl. Fußnote 33.

- <sup>61</sup> Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern (2010): Fortschreibung der Landestourismuskonzeption Mecklenburg-Vorpommern 2010.
- <sup>62</sup> Hänsgen, D./Lentz, S./Tzschaschel, S. (2010): Deutschlandatlas. Unser Land in 200 thematischen Karten. Darmstadt.
- <sup>63</sup> Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern (2010): Zahlen und Fakten. Schwerin.
- <sup>64</sup> NORD/LB (2008): Die Maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Hannover.
- <sup>65</sup> Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): Mehr Geburten in Prenzlauer Berg. Demos Newsletter Ausgabe 84, 10. November 2009. Berlin.
- <sup>66</sup> Senatsverwaltung für Finanzen (2004): Verursachung der Schuldenlast außerhalb der Verantwortung Berlins. Anlage 2 zum Schriftsatz vom 28.09.2004. Berlin.
- <sup>67</sup> Statistisches Bundesamt (2008): Die Bundesländer: Strukturen und Entwicklungen. Wiesbaden.
- <sup>68</sup> Vgl. Fußnote 66.
- <sup>69</sup> Senatsverwaltung für Finanzen (2010): Haushalt und Finanzen Berlins. Ein Überblick. Berlin.
- <sup>70</sup> McKinsey & Company (2010): Berlin 2020. Wirtschaftliche Perspektiven durch neue Wachstumskerne. Berlin.
- <sup>71</sup> Europäische Kommission (2010): Eurostat Datenbank. Luxembourg.
- <sup>72</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Bevölkerungsfortschreibung 2008. Fachserie 1 Reihe 1.3. Wiesbaden.
- <sup>73</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>74</sup> Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2010): Erwerbstätigenrechnung – Erwerbstätige im Land Berlin. Statistischer Bericht A VI 9 – hj 2/09. Berlin.
- <sup>75</sup> DIW Berlin (2009): Einkommen in der Berliner Kreativbranche: Angestellte Künstler verdienen am besten. Wochenbericht des DIW Nr. 9/2009. Berlin.
- <sup>76</sup> Deutsche Zentrale für Tourismus (2010): Incoming-Tourismus Deutschland. Edition 2010. München.
- <sup>77</sup> Creditreform (2009): Insolvenzen Neugründungen Löschungen. Frankfurt/Main.
- <sup>78</sup> Deutsches Patent- und Markenamt (2010): Statistiken – Patente. München
- <sup>79</sup> Brenke, K. (2008): Migranten in Berlin: Schlechte Jobchancen, geringe Einkommen, hohe Transferabhängigkeit, in: DIW-Wochenbericht Nr. 35/2008. Berlin.
- <sup>80</sup> Ebd.
- <sup>81</sup> Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2009): Eheschließungen, Geborene und Gestorbene in Berlin 2008. Berlin.
- <sup>82</sup> Eurostat (2010): Regional population projections EUROPOP2008: Most EU regions face older population profile in 2030. Statistics in focus 1/2010. Luxembourg.
- <sup>83</sup> Silicon Saxony: Globalfoundries erweitert Dresdner Werk zur Gigafab. Meldungen 01.06.2010. Dresden
- <sup>84</sup> Silicon Saxony: SEMICON Europa ab 2009 im Herzen der europäischen Halbleiterindustrie zu Hause. Meldungen 25.08.2008. Dresden.
- <sup>85</sup> Sächsisches Staatsministerium der Finanzen (2010): Stabilitätsbericht. Bericht über die aktuelle Haushaltslage und die Mittelfristige Finanzplanung des Freistaates Sachsen des Jahres 2010. Dresden.
- <sup>86</sup> Deutsches Patent- und Markenamt (2010): Jahresbericht 2009. München
- <sup>87</sup> Statistisches Ämter des Bundes und der Länder (2010): Kulturfinanzbericht 2010. Wiesbaden.
- <sup>88</sup> Fiedler, R. (2008): Die Schüler- und Absolventenprognose für allgemeinbildende Schulen im Freistaat Sachsen bis zum Schuljahr 2020/21. In: Statistik in Sachsen 2/2008. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen. Kamenz.
- <sup>89</sup> Klemm, Felicitas (2008): Wanderungsverhalten der Studienanfänger 2006 unter dem Blickwinkel des Hochschulpakts 2020. In: Statistik in Sachsen 3/2008. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen. Kamenz.
- <sup>90</sup> Sächsisches Staatsministerium der Finanzen (2009): Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ des Freistaates Sachsen für das Jahr 2008. Dresden.
- <sup>91</sup> Sächsisches Staatsministerium der Finanzen (2010): Mittelfristige Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2010-2014. Dresden.
- <sup>92</sup> Ebd.
- <sup>93</sup> Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (2010): Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz. Erfurt.
- <sup>94</sup> Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2010): Bildungsmonitor 2010. Bessere Bildung trotz Haushaltskonsolidierung – Die Chancen des demografischen Wandels nutzen. Köln.
- <sup>95</sup> Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2010): Betreuung: Im Osten recht gut. iwd. Jg. 36. Nr. 33. Köln.
- <sup>96</sup> Vgl. Fußnote 94.
- <sup>97</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>98</sup> Vgl. Fußnote 94.
- <sup>99</sup> Vgl. Fußnote 50.
- <sup>100</sup> Statistisches Landesamt Thüringen (2009): Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Thüringen. Erfurt.
- <sup>101</sup> Statistisches Landesamt Thüringen (2009): Die Entwicklung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Thüringens und ein Vergleich mit Deutschland und den neuen Bundesländern von 2000 bis 2008. Aufsätze Juli 2009. Erfurt.
- <sup>102</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>103</sup> Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2010): Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): Inkar 2010. Bonn.
- <sup>104</sup> Ebd.
- <sup>105</sup> Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2010): Daten & Fakten: Bevölkerung. Magdeburg.
- <sup>106</sup> Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2009): Statistische Berichte. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungen und Wanderungsströme, Jahr 2008. Magdeburg.
- <sup>107</sup> Vgl. Fußnote 50.
- <sup>108</sup> Webseite der Internationalen Bauausstellung.
- <sup>109</sup> Vgl. Fußnote 103.
- <sup>110</sup> Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2010): Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2009/2010. Einkommen – Beschäftigung – Sicherheit. Bielefeld.
- <sup>111</sup> Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (2010): Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2008. Reihe 2 Band 1. Wiesbaden.
- <sup>112</sup> Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Sachsen-Anhalt: Sachsen-Anhalt. Pressemitteilung vom 29.3.2010. Magdeburg.
- <sup>113</sup> Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2010): Daten und Fakten. Magdeburg.
- <sup>114</sup> KPMG-Studie (2010): Ewigkeitskosten der Kohle betragen 13 Milliarden Euro. Pressemitteilung der Wirtschaftswoche.
- <sup>115</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Finanzen und Steuern. Wiesbaden.
- <sup>116</sup> Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (2009): Kommunalfinanzbericht September 2009. Düsseldorf.
- <sup>117</sup> Bundesagentur für Arbeit (2010): Statistik. Arbeitslose Jahreszahlen 2009. Nürnberg.
- <sup>118</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>119</sup> Europäische Kommission (2010): Eurostat. Luxembourg.
- <sup>120</sup> Regionalverband Ruhr (2010): Regionalstatistik.
- <sup>121</sup> Information und Technik NRW (2010): Statistik – Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Kreisen 2008 bis 2030. Düsseldorf.
- <sup>122</sup> Information und Technik NRW (2010): Kreisstandardzahlen. Düsseldorf.
- <sup>123</sup> Stadt Duisburg am Rhein (2010): Die Stadtbezirke, Strukturdaten – Bevölkerungsstatistik. Düsseldorf.
- <sup>124</sup> Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2009): Bevölkerung nach Migrationsstatus regional. Wiesbaden.
- <sup>125</sup> Information und Technik NRW (2010): Regionalisierte Schülerprognosen in Nordrhein-Westfalen 2010. Düsseldorf.
- <sup>126</sup> Vgl. Fußnote 33.

- <sup>127</sup> Blechinger, D. (2009): Nordrhein-westfälische Unternehmen und ihr Einfluss auf die regionale Beschäftigung. In: Statistische Analysen und Studie, Band 61, Information und Technik Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- <sup>128</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>129</sup> Information und Technik NRW (2009): Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2008 bis 2030/2050. Düsseldorf.
- <sup>130</sup> Vgl. Fußnote 125.
- <sup>131</sup> Landberg, A. (2010): Kreative Klasse in Deutschland 2010. Studie des Beratungsunternehmens Agiplan. Köln.
- <sup>132</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>133</sup> RWTH Aachen (2010): Fast 33.000 Studierende an der RWTH Aachen. Aachen.
- <sup>134</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>135</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Gebäude und Wohnungen. Wiesbaden.
- <sup>136</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>137</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>138</sup> Feldmann, Romy (2008): Rheinland-Pfalz regional: Mainz. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 07-2008.
- <sup>139</sup> Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Telefoninterview mit Jörg Breitenfeld am 22.07.2010.
- <sup>140</sup> Statistisches Bundesamt (2009): Finanzen und Steuern. Fachserie 14 Reihe 2. Wiesbaden.
- <sup>141</sup> Vgl. Fußnote 21.
- <sup>142</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>143</sup> IHK Saarland (2009): Das Auto bewegt das Saarland. Wirtschaft im Saarland 12/2009. Saarbrücken.
- <sup>144</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Bildung, Forschung und Kultur. Wiesbaden.
- <sup>145</sup> Statistisches Bundesamt (2004): Bevölkerungsschwerpunkt. Wiesbaden.
- <sup>146</sup> Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2007): Logistikstandort Hessen. Wiesbaden.
- <sup>147</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>148</sup> Vgl. Fußnote 50.
- <sup>149</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>150</sup> Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main (2010): Finanzplatz. Zahl der Frankfurter Kreditmarktinstitute. Frankfurt/Main.
- <sup>151</sup> Rat für Nachhaltige Entwicklung (2010): Hessen will Flächen schützen und nachhaltiger einkaufen. News Nachhaltigkeit. Berlin.
- <sup>152</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>153</sup> Vgl. Fußnote 103.
- <sup>154</sup> Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2008): Bevölkerung nach Migrationsstatus für regionale Anpassungsschichten. Ergebnisse des Mikrozensus 2007. Wiesbaden.
- <sup>155</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>156</sup> Leimbach, T. (2010): Software Atlas Deutschland 2010. Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung. Karlsruhe.
- <sup>157</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>158</sup> Vgl. Fußnote 103.
- <sup>159</sup> Ebd.
- <sup>160</sup> Stadt Kassel (2008): Zukunft gestalten – Perspektiven entwickeln. Kassel im Dialog. Demografischer Wandel. Kassel.
- <sup>161</sup> Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung: Logistikstandort Hessen. Wiesbaden.
- <sup>162</sup> Vgl. Fußnote 111.
- <sup>163</sup> Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2010): Branchenspiegel der Stadt- und Landkreise. Stuttgart.
- <sup>164</sup> Vgl. Fußnote 111.
- <sup>165</sup> Vgl. Fußnote 78.
- <sup>166</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>167</sup> Vgl. Fußnote 155.
- <sup>168</sup> IHK Region Stuttgart (2010): Fachkräftebedarf heute und morgen – Ergebnis einer Umfrage zur Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs baden-württembergischer Unternehmen. Stuttgart.
- <sup>169</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>170</sup> Karlsruher Institut für Technologie (2010): Daten und Fakten. Karlsruhe.
- <sup>171</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Bildungs- und Kulturfinanzen 2008. Wiesbaden.
- <sup>172</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>173</sup> Dahler & Company: Luxuswohnmobilienmarkt Deutschland, 2009.
- <sup>174</sup> Bundespräsidialamt: Reden Roman Herzog. Eröffnungsansprache von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich der CeBIT-Messe. 17.03.1999.
- <sup>175</sup> Bayerischer Rundfunk (2010): Ansichtssache Bayern – Annäherungen an eine Heimat. Pressemitteilung. München.
- <sup>176</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>177</sup> ChemDelta Bavaria: Chemieregion. München.
- <sup>178</sup> Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder. Bruttoinlandsprodukt 1999 bis 2009. Wiesbaden.
- <sup>179</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>180</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Finanzen und Steuern. Länderfinanzvergleich 2009. Wiesbaden.
- <sup>181</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>182</sup> Statistisches Bundesamt (2010): Hochschulen auf einen Blick. Wiesbaden.
- <sup>183</sup> Landberg, A. (2010): Kreative Klasse in Deutschland 2010. Studie des Beratungsunternehmens Agiplan. Mülheim an der Ruhr.
- <sup>184</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2010): Statistik Kommunal 2009 München. München.
- <sup>185</sup> Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (2010): Soziale Lage in Bayern 2010. München.
- <sup>186</sup> GBW-Gruppe: Wohnungsmarktreport Bayern. Pressemitteilung 29. Oktober 2009.
- <sup>187</sup> Litzel, N./Möller, J. (2009): Industrial clusters and economic integration. IAB-Discussion Paper 22/2009.
- <sup>188</sup> Statistische Bundesamt (2009): Bevölkerung nach Migrationsstatus für regionale Anpassungsstufen 2007. Wiesbaden.
- <sup>189</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>190</sup> Vgl. Fußnote 103.
- <sup>191</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>192</sup> Bayerisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (2010): Bayerischer Agrarbericht 2010. München.
- <sup>193</sup> Bayerisches Staatsregierung: Wirtschaftsfaktor Tourismus. München.
- <sup>194</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>195</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2010): Sozialbudget 2009.
- <sup>196</sup> Sozialpolitik aktuell (2010): Datensammlung. Duisburg.
- <sup>197</sup> Sinus Sociovision (2010): Sinus-Milieus in Deutschland 2010. Heidelberg.
- <sup>198</sup> Bundesverband Deutscher Stiftungen: Zahlen und Daten 2010. Berlin.
- <sup>199</sup> BMFSFJ (2010): Monitor Engagement. Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009. Kurzbericht des 3. Freiwilligensurveys. Berlin.
- <sup>200</sup> Generali Deutschland Holding AG/Prognos AG (2008): Engagementatlas 2009. Berlin.
- <sup>201</sup> Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge (2009): Wo es sich gut arbeiten und wohnen lässt. Informationsbroschüre des Landkreises. Mering.
- <sup>202</sup> Vgl. Fußnote 111.
- <sup>203</sup> Vgl. Fußnote 33.
- <sup>204</sup> Vgl. Fußnote 111.
- <sup>205</sup> Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2010): Staat und Gesellschaft; Finanzen, Steuern und Personal. Bad Ems.
- <sup>206</sup> Stadt Ludwigshafen am Rhein (2010): Statistik. Ludwigshafen.
- <sup>207</sup> Deutsches Auswanderhaus Bremerhaven: Geschichte. Bremerhaven.
- <sup>208</sup> Statistisches Landesamt Bremen (2010): Daten und Fakten. Bremen.
- <sup>209</sup> Vgl. Fußnote 111.

### **Berlin-Institut**

für Bevölkerung und Entwicklung  
Schillerstraße 59  
10627 Berlin

[www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org)

Das Berlin-Institut dankt dem Generali Zukunftsfonds für  
die Unterstützung bei der Erstellung dieser Studie.



[www.generali-zukunftsfonds.de](http://www.generali-zukunftsfonds.de)

ISBN 978-3-9812473-5-0

...uenmangel in ländlichen Regionen +++ Großstädte als Bevölkerungsmagnet +++ öffentliche Unterstützung für freiwilliges Engagement +++ Thüringen  
...ndeckend +++ Seniorenzuzug in Schleswig-Holstein +++ Bildungsprobleme in Sachsen-Anhalt +++ Viele Dörfer veröden +++ Stadtstaaten in der Schuld